

Sigrun Kabisch/Sabine Linke
Revitalisierung von Gemeinden
in der Bergbaufolgelandschaft

Forschung
Soziologie

Band 97

Sigrun Kabisch/Sabine Linke

Revitalisierung von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft

unter Mitarbeit von Ortrud Funck

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2000

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

ISBN 978-3-8100-2768-9 ISBN 978-3-663-11305-8 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-663-11305-8

© 2000 Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei Leske + Budrich, Opladen 2000

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Einbandgestaltung: disegno, Wuppertal

Inhalt

Vorwort	5
1. Einleitung	7
2. Zu den Entwicklungschancen von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft	11
2.1. Disparitäten in der Siedlungsentwicklung	11
2.2. Revitalisierung von Gemeinden in Randlage zum Sanierungstagebau	15
2.2.1. Zur wissenschaftlichen Diskussion um Revitalisierungsstrategien	15
2.2.2. Spezifik von Revitalisierungschancen der Tagebaurandgemeinden	16
2.3. Soziale Potentiale von Tagebaurandgemeinden	18
2.3.1. Zum Potentialbegriff	18
2.3.2. Bestimmung von Revitalisierungspotentialen	21
2.3.3. Ein Versuch zur Operationalisierung der sozialen Potentiale	33
3. Regionale Ausgangsbedingungen	43
3.1. Das Braunkohlerevier Südraum Leipzig	43
3.2. Der Tagebau Espenhain in seinen Entwicklungsphasen	50
3.2.1. Der aktive Tagebau	50
3.2.2. Der Sanierungstagebau	55
3.3. Die Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain - Niedergang und Revitalisierungsversuche	67
4. Zur Methodik der Untersuchung	77
4.1. Festlegung des Forschungsdesigns	77
4.2. Zur Einwohnerbefragung	78
5. Das Leben am Tagebaurand - Empirische Befunde und Ableitung von Gemeindetypen	83
5.1. Sozialstrukturelle Charakteristik	83
5.1.1. Sozialstruktur der Befragten in der Gesamtstichprobe	83
5.1.2. Sozialstruktur der Befragten im Vergleich der Untersuchungsgemeinden	89
5.1.3. Fazit	92
5.2. Wohnzufriedenheit in den Anliegergemeinden	94

5.2.1. Zufriedenheit mit den unmittelbaren Wohnbedingungen.....	94
5.2.2. Wahrnehmung und Bewertung der Lebensbedingungen	97
5.2.3. Fazit.....	108
5.3. Soziales Leben im Ort aus Bewohnersicht	111
5.3.1. Aktivitäten und Engagement.....	111
5.3.2. Soziale Beziehungen im Ort	114
5.3.3. Fazit.....	118
5.4. Tagebau und Bewertung der Lebensqualität.....	119
5.4.1. Informationsstand zur Tagebausanierung	119
5.4.2. Erinnerungen an den aktiven Bergbau.....	121
5.4.3. Reflexion der gegenwärtigen Auswirkungen der Tagebausanierung auf die Siedlungen	123
5.4.4. Erwartungen an die zukünftige Ortsentwicklung in der Bergbaufolgelandschaft	126
5.4.5. Fazit.....	130
6. Repräsentanten der Typen von Tagebaurandgemeinden im Revitalisierungsprozeß.....	133
6.1. Der städtische Vorort Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe.....	134
6.1.1. Ortscharakteristik	134
6.1.2. Auswertung der Befragung.....	149
6.1.3. Ableitung von Entwicklungsoptionen.....	170
6.2. Die industriell überprägte Gemeinde Espenhain	173
6.2.1. Ortscharakteristik	173
6.2.2. Auswertung der Befragung	185
6.2.3. Ableitung von Entwicklungsoptionen.....	210
6.3. Die ländlich-dörflich geprägte Gemeinde Störmthal	213
6.3.1. Ortscharakteristik	213
6.3.2. Auswertung der Befragung	233
6.3.3. Ableitung von Entwicklungsoptionen.....	259
6.4. Vergleichendes Fazit	264
7. Zusammenfassende Ergebnisse	269
8. Literaturverzeichnis	281

Vorwort

Die Suche nach Revitalisierungschancen niedergegangener kommunaler Strukturen ist im Zusammenhang mit der Diskussion um Zukunftsoptionen altindustrialisierter Regionen wissenschaftlich thematisiert worden. Dabei war der Blick vorrangig auf Städte gerichtet, die das Image der Region prägten. Eine differenzierte Betrachtung der Gemeinden in der Gesamtregion hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Betroffenheit von sozialer Erosion und des daraus abzuleitenden spezifischen Handlungsbedarfs wurde demgegenüber nicht vorgenommen. Dies trifft uneingeschränkt auch für die Braunkohlereviere in den neuen Bundesländern zu, die gegenwärtig besonders stark mit der Bürde der altindustrialisierten Region belastet sind. Der Investitionsbedarf für die Sanierung der Hinterlassenschaften des ostdeutschen Braunkohlebergbaus wird auf 16 Mrd. DM geschätzt. Sowohl mit Blick auf den Umfang der zu bewältigenden Aufgaben als auch auf das Finanzvolumen kann die Sanierung des Braunkohlebergbaus in den neuen Bundesländern als Deutschlands bedeutendstes Umweltprojekt bezeichnet werden. Der enorme Umfang an finanziellen Mitteln ist nur durch die Unterstützung der öffentlichen Hand aufzubringen. Die dafür notwendige gesellschaftliche Akzeptanz erfährt eine wesentliche Stärkung, wenn sich mit der Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft überzeugend nachvollziehbare gesamtgesellschaftliche Vorteile in bezug auf die Entstehung von attraktiven Erholungslandschaften, tragfähigen Wirtschaftsstrukturen mit einem möglichst großen Arbeitsplatzangebot und vitalen Siedlungskörpern verbinden. Dafür ist eine umfassende Erkundung der regionalen Erneuerungspotentiale erforderlich. Sie schließt zwingend die Bestimmung sozialer Potentiale für die Revitalisierung von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft ein. In der wissenschaftlichen Diskussion ist diese Fragestellung ein Novum. Ihre besondere Aktualität resultiert nicht zuletzt aus ihrer Einordnung in den Transformationsprozeß der neuen Bundesländer.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit den Entwicklungschancen von Gemeinden in Randlage eines gegenwärtig in Sanierung befindlichen Tagebaus im Mitteldeutschen Braunkohlerevier. Am Beispiel der vierzehn Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain, der sich in räumlicher Nähe zur südlichen Stadtgrenze von Leipzig befindet, werden die vorhandenen Potentiale und Defizite für den Revitalisierungsprozeß herausgearbeitet.

Die Untersuchungsergebnisse leisten einen wissenschaftlichen Beitrag zur theoretischen Fundierung von Revitalisierungsstrategien für niedergegangene Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft. Erstmals erfolgen eine

umfassende Bestimmung lokalspezifischer Entwicklungskomponenten und die Ableitung sozialer Potentiale. Die verschiedenen Dimensionen werden zusammengefaßt und systematisch geordnet. Die Inhalte der Systematik verweisen auf elementare Voraussetzungen und zentrale Mechanismen des gesamten Prozesses der Revitalisierung. Sie sind auf andere Regionen mit Erneuerungsbedarf übertragbar. Entsprechend der differenzierten Verfügbarkeit an sozialen Potentialen konnten im Untersuchungsraum verschiedene Typen von wiederzubelebenden Gemeinden identifiziert werden. Mit der umfassenden Analyse von lokal bedeutsamen Entwicklungsbedingungen und der abschließenden Verallgemeinerung der Ergebnisse leistet die vorliegende Studie einen wichtigen Beitrag für die Ableitung von Potentialen für die Revitalisierung der Untersuchungsregion insgesamt.

Die Verfasserinnen bedanken sich bei allen, die dieses Forschungsvorhaben befördert haben. Dazu gehören zunächst die Bürgerinnen und Bürger in den Untersuchungsgemeinden, die bereitwillig die Fragebögen ausfüllten, sowie die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die das Projekt unterstützten. Die gute Zusammenarbeit mit dem Referat Braunkohlenplanung der Regionalen Planungsstelle des Regionalen Planungsverbandes Westsachsen, dem Regierungspräsidium Leipzig sowie der Südraum Leipzig GmbH stellte eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Forschungsvorhabens dar. Bei der empirischen Erhebung und bei Teilen der Auswertung halfen Projektmitarbeiter, die zeitweise in das Vorhaben eingebunden waren. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UFZ-Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle GmbH, die zum einen in der Diskussion des Projektkonzeptes und bei dessen methodischer Umsetzung sowie bei der Interpretation der Ergebnisse mit kritischen Hinweisen hilfreich zur Seite standen, und die zum anderen die kartographische Darstellung der Forschungsergebnisse ermöglichten und bei der technischen Fertigstellung des Buches halfen.

Unser besonderer Dank gilt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, ohne dessen finanzielle Unterstützung das von 1996 bis 1999 bearbeitete Forschungsvorhaben (Förderkennzeichen: 0339674) nicht durchzuführen gewesen wäre.

Leipzig, im April 2000

Sigrun Kabisch
Sabine Linke

1. Einleitung

Im Zentrum der hier vorzustellenden Studie stehen das Handeln und das Verhalten der Einwohner von Gemeinden in unmittelbarer Nähe eines Braunkohletagebaus im Hinblick auf deren alltägliche Auseinandersetzung mit dem Einflüssen des Bergbaus. Zu den gravierendsten zählt die Devastierung von Ortschaften, in deren Vorfeld die Einwohner an andere Wohnstandorte umgesiedelt wurden. Die vielschichtige Problematik bergbaubedingter Umsiedlungen infolge der Ausdehnung von Tagebauen fand auch in der wissenschaftlichen Diskussion der 90er Jahre Beachtung (vgl. Decker et al. 1990, Berkner 1994, Kabisch, Berkner 1995, Dickmann 1996 u. a.). Demgegenüber blieben die negativen Auswirkungen der Braunkohleförderung im Großtagebau auf die Zukunftschancen der in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Orte und auf die Lebensbedingungen der Bewohner weitgehend unbeachtet. Diese Problematik stellt eine Spezifik ostdeutscher Bergbaureviere dar. Sie resultiert zum einen aus der in der DDR üblichen Praxis der sog. Unterschutzstellung von künftig bergbaulich zu beanspruchenden Räumen („Bergbauschutz“). Diese war mit einer drastischen Beschränkung von zentralen Investitionen und Neubau in den Siedlungen und insofern mit dem staatlich verordneten Niedergang der Gemeinden verbunden. Zum anderen war sie das Ergebnis der sich vergrößernden Schere zwischen ausgekohelter Tagebaufläche und ihrer Wiedernutzbarmachung. Aufgrund der erheblichen Sanierungsdefizite grenzten die Tagebaurandgemeinden über einen lang andauernden und ungewissen Zeitraum an eine unwirtliche und unzugängliche Landschaft, die den Wohnwert stark reduzierte. Politische Verantwortungsträger wie der Landrat des Landkreises Leipziger Land wiesen im Zusammenhang mit einer komplexen Landschaftsplanung schon frühzeitig auf die dringend notwendige Beachtung dieses Aspektes der Siedlungsentwicklung hin (vgl. Dieck 1993, S. 30). Gerade im Mitteldeutschen Bergbaurevier erfordert die Koexistenz von Tagebauen und Siedlungen besondere Aufmerksamkeit. Hier ist die Siedlungsdichte trotz der großflächigen Tagebauausdehnung hoch. Trotzdem erfolgten die wissenschaftliche Begleitung dieser spezifischen Problemlagen und die Auseinandersetzung damit nur sehr begrenzt bzw. nur im Zusammenhang mit weitergehenden Fragestellungen zu möglichen regionalen Entwicklungspfaden. Die vorzustellende Studie versucht, einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke zu leisten.

Aus gemeindesoziologischer Perspektive wird das Anliegen verfolgt, Entwicklungspotentiale und Strategien für eine erfolgreiche Revitalisierung von

Gemeinden in der gegenwärtigen Bergbaufolgelandschaft zu ermitteln. Sie beziehen sich insbesondere auf die Wiederbelebung der sozialen und städtebaulichen Strukturen in den Dörfern und Kleinstädten. Dabei wird von der Akteursperspektive vor Ort ausgegangen. Diese ist vergleichend auf die vergangenen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Einwohner im Zusammenhang mit der Kohleförderung, auf die gegenwärtige Erlebniswelt hinsichtlich der Sanierung der Tagebauflächen und auf die zukünftigen Erwartungen an ein Leben inmitten einer Erholungslandschaft gerichtet. Unter Berücksichtigung der ermittelten Meinungen der Bewohner und der Analyseergebnisse zu den objektiven Entwicklungsbedingungen der einzelnen Gemeinden werden soziale Potentiale abgeleitet, die den lokalspezifischen Revitalisierungsprozeß befördern können. Der Wandel der Tagebaulandschaft bildet dabei eine zentrale Bezugsgröße für die Einschätzung der Entwicklungsfähigkeit der Orte. Darüber hinaus werden in der Studie im Hinblick auf die Folgenutzungen in der künftigen Erholungslandschaft Handlungsempfehlungen formuliert, die auf die Vereinbarkeit von Naturraumangeboten und gruppenspezifischen Nutzungsmustern hinwirken.

Die vorliegende Studie belegt, daß die landschaftliche Aufwertung, die zur Entstehung von Naherholungsbereichen führen wird, den Erneuerungs- und Wiederbelebungsprozeß in den Gemeinden erheblich stimuliert. Das unmittelbare Erleben des Landschaftswandels nach langen Jahren der Stagnation löst bei den Bewohnern der Anliegergemeinden Aktivitäten aus, ihr eigenes Wohnumfeld zu verbessern und damit zu einer Aufwertung des örtlichen Erscheinungsbildes beizutragen. Die begründete Zuversicht, in absehbarer Zeit in einer Seen- und Waldlandschaft zu wohnen, stärkt die lokalen Kräfte und treibt den Erneuerungsprozeß voran. Die Zuwanderung neuer Einwohner ist ein Beweis für den Erfolg der Revitalisierungsbemühungen. Zugleich befördert sie die Revitalisierung, indem sie zur Sicherung des Bevölkerungsstandes beiträgt, eine ausgewogene Sozialstruktur im Ort begünstigt und den Kreis derjenigen, die sich für ihren Wohnort engagieren, potentiell vergrößert.

Die gemeindesoziologische Studie erforderte eine Methodenpluralität, die akteurstheoretische Ansätze mit geographischen und raumplanerischen Zugängen verknüpft. Am Anfang stand eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Revitalisierungsprozeß und dessen Komponenten. Die einen Erneuerungsprozeß befördernden Potentiale wurden erkundet, zusammengetragen und in einer Systematik geordnet. Diese bildete die Grundlage für die Operationalisierung sozialer Potentiale und bestimmte das weitere methodische Vorgehen sowie die Struktur des Fragebogens. Es schloß sich die Beschreibung des Untersuchungsfeldes an. Den Ausgangspunkt bildete dabei die Betrachtung der sozioökonomischen Entwicklung der Region, um spezifische Problemschwerpunkte zu verorten. Anschließend erfolgte die Konstruktion

der lokalen Situation, indem die realen objektiven Bedingungen vor Ort und deren Einbettung in den regionalen Zusammenhang einer Analyse unterzogen wurden. Die Ergebnisse fanden in den Ortscharakteristika ihren Niederschlag. Auf dieser Grundlage wurde das Design für die empirische Erhebung in den vierzehn Untersuchungsgemeinden erarbeitet. Es wurden sowohl quantitative als auch qualitative Erhebungsverfahren eingebunden, um die subjektive Sichtweise der im Untersuchungsfeld lebenden und agierenden Menschen möglichst umfassend abzubilden. Als Hauptmethode kam eine schriftliche Haushaltsbefragung zum Einsatz.

Das Buch ist dieser methodischen Vorgehensweise entsprechend in sechs inhaltliche Kapitel unterteilt.

- Im sich anschließenden *zweiten Kapitel* erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Stand der themenrelevanten wissenschaftlichen Diskussion. Zunächst wird der Einfluß des Wirtschaftsfaktors Braunkohlebergbau auf eine Region beschrieben und auf die begleitenden Veränderungen der Siedlungsstruktur hingewiesen. Besondere Beachtung erfahren die Tagebau-randgemeinden bezüglich ihrer historischen Entwicklung und ihrer aktuellen Existenzbedingungen. Die Ausführungen umfassen die Darstellung der besonderen Problemkonstellation, denen Gemeinden in unmittelbarer Randlage zu einem Tagebaurestloch ausgesetzt sind. Die Niedergangser-scheinungen werden skizziert. Danach wird der Schwerpunkt auf die Be-stimmung von sozialen Potentialen gelegt, die den Revitalisierungsprozeß von niedergegangenen Gemeinden befördern können. Diese werden in einer Systematik darstellt.
- Das folgende *dritte Kapitel* beschäftigt sich mit den Ausgangsbedingungen im Untersuchungsfeld. Im Anschluß an die Beschreibung des Mitteldeutschen Braunkohlereviers und dessen Teilreviers, dem Südraum Leipzig, wird am Beispiel des Tagebaus Espenhain der Verlauf einer Tagebauent-wicklung dargelegt. Zunächst wird auf den aktiven Tagebau und danach auf die Abfolge des Sanierungsprozesses einschließlich seiner Ziele hinsicht-lich der Gestaltung einer künftigen Naherholungslandschaft eingegangen. In den Ausführungen wird immer der Bezug zu den benachbarten Gemein-den hergestellt. Diese werden in ihrer jeweiligen ortsspezifischen Betrof-fenheit betrachtet. Drei Gruppen von unterschiedlich betroffenen Gemein-den können herausgefiltert werden.
- Im *vierten Kapitel* wird die Methodik der gemeindesoziologischen Studie erläutert.
- Eine Vorstellung der Untersuchungsergebnisse, alle Untersuchungsgemein-den einbeziehend, erfolgt in *fünften Kapitel*. Auf der Basis der Gruppierung und Differenzierung der sozialstrukturellen Merkmale der Einwohner wird eine Typisierung von Gemeinden vorgenommen, in die darüber hinaus wirtschafts- und siedlungsstrukturelle Merkmale einfließen und auf die im

Verlauf der Interpretation der Erhebungsergebnisse wiederholt Bezug genommen wird. Für die einzelnen Typen von Gemeinden können im Zusammenhang mit der Reflexion der Lebensbedingungen durch die Bewohner und mit ihren Erwartungen an eine steigende Lebensqualität in der gestalteten Bergbaufolgelandschaft spezifische Merkmalsausprägungen festgestellt werden, die den gemeindlichen Revitalisierungsprozeß befördern oder verzögern. Schließlich spiegeln die Typen auch den unterschiedlichen Grad des Revitalisierungserfolgs wider.

- Im *sechsten Kapitel* werden drei Repräsentanten der im vorangegangenen Kapitel herausgearbeiteten Typen von Tagebaurandgemeinden in bezug auf ihre Revitalisierungsbemühungen detailliert vorgestellt. Zunächst wird der jeweilige Ort charakterisiert, danach erfolgt die Auswertung der Befragungsergebnisse. Bei der Bestimmung der sozialen Potentiale wird der Schwerpunkt auf die Akteursebene gelegt, indem insbesondere die Aktivitäten und das Engagement der Einwohner betrachtet werden und auf Defizite aus Bewohnersicht aufmerksam gemacht wird. Abschließend werden konkrete Entwicklungsoptionen der einzelnen Gemeinden abgeleitet. Die Fallbeispiele bestätigen die im fünften Kapitel für die drei Typen herausgearbeiteten unterschiedlichen Revitalisierungserfolge und -erfordernisse.
- Das abschließende *siebente Kapitel* faßt die Untersuchungsergebnisse zusammen und leitet handlungsorientierte Schlußfolgerungen für den Revitalisierungsprozeß ab.

2. Zu den Entwicklungschancen von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft

2.1. Disparitäten in der Siedlungsentwicklung

Die kulturlandschaftlichen Wandlungen infolge des Braunkohlebergbaus schließen auch die im jeweiligen Kohlerevier liegenden Siedlungen ein. Letztere können im Zuge der Ausdehnung von Großtagebauen von der Landkarte gelöscht werden oder durch ihre Nachbarschaft zum Förderfeld den unmittelbaren Begleiterscheinungen des Tagebaubetriebes ausgesetzt sein und damit eine Beeinträchtigung ihrer Entwicklung erfahren.

Im hier betrachteten Untersuchungsfeld, das sich im Mitteldeutschen Braunkohlerevier befindet, bildeten einige der Untersuchungsgemeinden planmäßig die räumliche Begrenzung für das ausgekohlte Restloch. Ihre Randlage war damit langfristig vorbestimmt. Andere waren noch in das Abbaufeld einbezogen und somit zur Überbaggerung vorgesehen. Nach Jahren direkter Konfrontation mit dem aktiven Bergbau konnten sie nur aufgrund der 1989 beginnenden Umwälzungen in Politik und Wirtschaft in Ostdeutschland erhalten werden.

Allen diesen Siedlungen war eine jahrelange Randlage zum lebenden Tagebau gemeinsam. Für einen Teil der Orte verschärfte sich die Situation dadurch, daß sie zusätzlich mit Problemen konfrontiert waren, die aus der Spezifik des ostdeutschen Braunkohlebergbaus resultierten. Zu diesen Besonderheiten zählt zum einen, daß die Gemarkungen von Siedlungen, die langfristig zur Inanspruchnahme vorgesehen waren, als „Bergbauschutzgebiete“ festgelegt wurden. Diese sog. bergbauliche Unterschutzstellung war mit einer staatlich verordneten Beschränkung der Investitionen und der zentralen Genehmigung von Bauvorhaben verbunden. Der Verfall der Wohnungsbausubstanz und der Infrastruktur in den davon betroffenen Ortschaften war eine zwingende Folge. Zum anderen wurden in den ostdeutschen Bergbaurevieren Verzögerungen in den Sanierungsbemühungen in Kauf genommen, weil die Bergbaukombinate bedingt durch die Verpflichtung zur zentralen Gewinnabführung an den Staat über mangelnde Rücklagen verfügten. Dies führte zu einem sich immer weiter vergrößernden Sanierungsdefizit, obwohl im Berggesetz der DDR und in der Wiederurbarmachungsanordnung die Rechtsgrundlagen für eine zügige Rekultivierung gegeben waren (vgl. Krummsdorf, Grümmer 1981, S. 33; Müller, Süß 1996, S. 4 f.). Die Bestandsaufnahme nach der

Wende in Ostdeutschland ergab, daß der Anteil der wiedernutzbar gemachten an der ehemals bergbaubedingt beanspruchten Fläche nur etwa 47% betrug (vgl. Berkner 1995a, S. 151). Diese Größenangabe basiert auf der markscheiderischen Flächenbilanz. Daneben sprechen andere Quellen von nur 16% rekultivierter Fläche ehemaliger Braunkohlentagebaue (vgl. Rammner 1998, S. 569). Der erhebliche Sanierungsrückstand hatte zur Folge, daß viele Orte unter einem extrem lang andauernden Entzug von Gemarkungsfläche durch den Bergbau litten.

Die nach 1990 einsetzende Diskussion um den Fortgang der Braunkohleförderung in den ostdeutschen Revieren und die zwangsläufige Beanspruchung von Schutzgütern, u. a. von Siedlungen, sowie um die Überwindung der negativen Hinterlassenschaften des Bergbaus erforderte eine politische Entscheidung. In den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg wurde von den Regierungen festgelegt, daß der Braunkohleabbau nur noch auf wenige ausgewählte Tagebaue zu konzentrieren ist, und daß Schutzgüter nur in Ausnahmefällen in das Abbaufeld einzubeziehen sind. Zugleich wurde bestimmt, die im Bergbaugebiet liegenden Siedlungen in ihrer Entwicklung zu unterstützen und ihre langfristige Existenz zu sichern. Laut Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen ist das Untersuchungsfeld in die Kategorie „Gebiete mit besonderen Entwicklungs-, Sanierungs- und Förderaufgaben - Problemgebiete Braunkohlebergbau -“ eingeordnet. Hier wird auf die besondere Konfliktsituation der Siedlungen verwiesen.

„In den Problemgebieten Bergbaufolgelandschaften sollen die Siedlungsgebiete durch Wiederherstellung und Ausbau der infrastrukturellen Netze und Anlagen sowie durch Verbesserung der Arbeitsplatzsituation, der Wohnverhältnisse und der Erholungs- und Freizeitangebote revitalisiert werden.“ (SMU 1994, Z-32)

Eine an den Nachhaltigkeitszielen ausgerichtete Entwicklung der Siedlungsstruktur sollte sich vorrangig an zwei Kriterien orientieren: der Gewährleistung einer dauerhaft ausgewogenen und ressourcenschonenden Nutzung des Raumes und der Absicherung einer relativ gleichmäßigen Bevölkerungsentwicklung, die frei ist von einseitigen Konzentrations- und Entleerungsprozessen (vgl. BBR 1998, S. 56 f.). Diesen Erfordernissen kann in dem im Forschungsprojekt zu untersuchenden Siedlungsgebiet in der mitteldeutschen Bergbaufolgelandschaft bisher nur partiell entsprochen werden.

Aufgrund der über Jahrzehnte andauernden rücksichtslosen Ressourcenausbeutung mit deren negativen Wirkungen auf die Siedlungs- und Einwohnerstruktur sind erhebliche Ungleichgewichte entstanden, die es zu überwinden gilt. Der Erfolg hängt mit davon ab, wie es gelingt, die Vorzüge der Gebietskategorie „Verdichtungsraum“ bzw. „Randzone“ desselben zu nutzen. Im Unterschied zum Lausitzer Braunkohlerevier, das zur Gebietskategorie „Ländlicher Raum“ gehört, treffen für den Südraum Leipzig, in dem sich das Untersuchungsfeld befindet, die Merkmale des Verdichtungsraumes zu. Dies sind eine hohe Einwohnerzahl sowie Einwohner- und Siedlungsdichte, eine

absolute Dominanz der arbeits- und versorgungsräumlichen Beziehungen im Verdichtungsraum und die Nähe zu einem Oberzentrum. Jedoch ist die Merkmalsausprägung innerhalb des Gesamttraumes und zwischen den einzelnen Siedlungen sehr unterschiedlich, es muß auf erhebliche Disparitäten im Gebietstyp aufmerksam gemacht werden. Die kleinteilige Betrachtung weist auf Merkmalskonzentrationen hin, die ausgeprägte Fehlstellen einschließen. Auf die Ungleichheiten soll im folgenden näher eingegangen werden.

Zum einen wechseln sich relativ dichtbesiedelte/-bebaute Siedlungsbänder mit siedlungsleeren Räumen bis zu einer Ausdehnung von 40 km² ab. Diese Struktur ist nicht historisch gewachsen, sondern durch menschliche Eingriffe im Verlauf des letzten halben Jahrhunderts entstanden. Infolge der bergbaulichen Flächeninanspruchnahme wurde die Siedlungslandschaft ausgedünnt. Zugleich haben die Rohstoffgewinnung in Großtagebauen und die Kohleverarbeitung in hier errichteten Industrieanlagen eine industrielle Überformung der ursprünglich landwirtschaftlich genutzten Räume und eine urban-industrielle Beeinflussung des Charakters der Siedlungen bewirkt. Ländlich-bäuerliche Baustrukturen sind in zahlreichen Dörfern mit mehrgeschossigen Werkwohnungsbauten durchmischt worden. Letztere waren erforderlich, um die seit den 30er Jahren wachsende Industriearbeiterzahl in der Region unterzubringen. Damit ging neben der Veränderung des Siedlungsbildes ein Prozeß der Milieubeeinflussung in den Dörfern einher, der letztlich zu einem Wandel einer Reihe von ursprünglich agrarisch geprägten Dörfern hin zu Wohngemeinden für Industriearbeiter geführt hat. Allerdings ist dieser für den Aufbau der Braunkohleindustrie typische Siedlungsdruck schon seit Jahren nicht mehr zu registrieren. Im Gegenteil, die stark eingeschränkte Lebensqualität hat in den meisten Orten insbesondere in den 80er Jahren eine drastische Abwanderung bewirkt.

Weitreichende Folgen ergaben sich für die Siedlungen auch aus dem regionalwirtschaftlichen Strukturbruch Anfang der 90er Jahre. Nachdem die Branche Energie/ Wasser/Bergbau einen Kollaps erlitten hatte und nur noch in sehr eingeschränkter Form weitergeführt wurde, kennzeichneten ein hoher Anteil an Arbeitslosen und an Beschäftigten auf dem zweiten Arbeitsmarkt die erwerbsfähige Einwohnerschaft. Ortschaften, die sowohl hinsichtlich der Arbeitsplatzbereitstellung als auch der infrastrukturellen Versorgung fast vollständig auf die Betriebe der Kohleverarbeitung fixiert waren (vgl. Gerdes et al. 1997, S. 68 ff.), sahen sich ihrer Lebensgrundlage beraubt. Andere, in denen noch teilweise landwirtschaftliche Produktion vorhanden war, konnten diese nicht wieder als bewährtes traditionelles Standbein entwickeln, da auch der Landwirtschaftssektor erhebliche Einbrüche zu verzeichnen hatte. Somit bestand ein Vakuum in der sozioökonomischen Ausrichtung der Gemeinden. Die Suche nach Funktionsgewinnen als Grundlage einer neuen Selbstbestimmung ist bis in die Gegenwart nicht abgeschlossen. Sie verbindet sich in ho-

hem Maße mit der Entstehung einer interessanten Bergbaufolgelandschaft, weil darauf abzielende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen und Voraussetzungen für alternative Erwerbsmöglichkeiten schaffen können.

Als erster Erfolg auf dem eingeschlagenen Weg ist zu werten, daß einige Tagebaurandgemeinden im Südraum Leipzig in den letzten Jahren wieder Zuzug mit Suburbanisierungscharakter registrieren. Insbesondere in den Ortschaften in räumlicher Nähe zum Oberzentrum, die erhebliche Fortschritte in ihrem Aufwertungsprozeß vorweisen können, ist diese Entwicklung zu beobachten. Von generell großem Siedlungsdruck kann allerdings keine Rede sein. Denn die Rahmenbedingungen sowohl hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung als auch bezogen auf die konkreten Lebensbedingungen vor Ort können bislang flächendeckend keine entsprechenden Voraussetzungen bieten.

Zum anderen bestehen erhebliche Disparitäten in Hinblick auf die Verflechtungsbeziehungen innerhalb des Verdichtungsraumes. Die möglichen Wechselwirkungen zwischen Teilräumen setzen ein Aufeinanderzugehen und eine Kooperation zwischen Oberzentrum und Umland voraus. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß räumliche Nähe allein für abgestimmte funktionsteilige Beziehungen nicht hinreichend ist. Die spezifischen Entwicklungsphasen des Südraumes Leipzig, vor allem die Hochphase der Kohlegewinnung und -verarbeitung, haben eher zu einer Abkehr der Stadt von diesem Raum geführt. Eine hohe Beeinträchtigung der Umweltqualität in der gesamten Stadt-Umland-Region während dieser Zeit und das damit verbundene Negativimage waren Ursachen dafür. Unter den veränderten Bedingungen nach der umfangreichen Stilllegung von Tagebauen und kohleverarbeitenden Anlagen sind nun Möglichkeiten vorhanden, abgestimmte Entwicklungsziele zu verfolgen (vgl. Kabisch et al. 1996). Diese müssen erkundet und in für beide Seiten nutzbringende Vorhaben umgesetzt werden. Erst allmählich kann, wie die konkrete Entwicklung der Stadt Leipzig und des angrenzenden Südraumes belegt, eine von beiden Seiten als gleichberechtigte Partner getragene Kooperation aufgebaut werden. Damit ist auch eine mögliche Ausgleichsstrategie gefunden, die Differenzierungsmuster in ihrem Wert als lokale Eigenheit und Attraktivität betont und der Verfestigung negativer Begleiterscheinungen räumlicher und sozialer Disparitäten innerhalb dieses Verdichtungsraumes entgegenwirkt (vgl. BfLR 1997).

2.2. Revitalisierung von Gemeinden in Randlage zum Sanierungstagebau

2.2.1. Zur wissenschaftlichen Diskussion um Revitalisierungsstrategien

Revitalisierung (Wiederbelebung) beinhaltet die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Funktionsfähigkeit kommunaler Strukturen. In der jüngeren wissenschaftlichen Literatur wird der Revitalisierungsbegriff zunächst in der Diskussion um die Erneuerung städtischer Strukturen in Ostdeutschland aufgegriffen und diskutiert (vgl. Kunze, Schmidt 1994; BfLR 1994; Heide 1995; Einem et al. 1995; Franz et al. 1996). In diesem Zusammenhang ist unter städtebaulichen und raumordnungspolitischen Aspekten auf die Notwendigkeit hingewiesen worden,

„den Substanz-, Funktions- und Bevölkerungsverlusten ostdeutscher Innenstädte ein Ende zu bereiten und sie schrittweise wieder attraktiv und funktionstüchtig zu machen“ (Heide 1995, S. 15).

Diese grundlegende inhaltliche Ausrichtung trifft in modifizierter Form auch auf kleinstädtische und dörfliche Strukturen zu. Anknüpfungspunkte finden sich in der Diskussion um Dorferneuerung (vgl. Schwaighofer 1992) und Dorferneuerung (vgl. Knievel 1997). Dabei ist einer Präferenzierung von „Dorferneuerung“ im Sinne von Schwaighofer (vgl. 1992, S. 175) zuzustimmen, da dieser Begriff die Dynamik und die Kontinuität des Prozeßverlaufs besser zum Ausdruck bringt.

Ein weiterer inhaltlicher Zugang findet sich in der Auseinandersetzung mit Erneuerungsstrategien von Großstädten in altindustrialisierten Regionen. Hier werden Wachstum, Stagnation, Niedergang und Chancen für einen neuerlichen Aufschwung analysiert. Friedrichs (vgl. 1994, S. 133) gebraucht die Begriffe „Aufschwung“ und „Revitalisierung“ synonym und hebt hervor, daß „Theorien der Revitalisierung“ fehlen. Die Herausarbeitung von Strategien der Revitalisierung berücksichtigt dabei finanzpolitische und wirtschaftspolitische Mechanismen sowie ökologische Faktoren. Die Betonung der Rolle der korporativen Akteure, zu denen die dominanten Unternehmen, die Gewerkschaften und die lokalen Politiker gezählt werden, muß kritisch hinterfragt und differenziert werden. Denn im Wirken bestimmter Gruppen, die sich gegen grundlegende Veränderungen sperren, zeigen sich Verharrungstendenzen, die einen Revitalisierungsprozeß eher verzögern als befördern (vgl. Friedrichs, Thorn 1995, S. 82 f.)

2.2.2. *Spezifik von Revitalisierungschancen der Tagebaurandgemeinden*

Im Rahmen des soziologischen Forschungsprojektes trifft die Intention der Revitalisierung sowohl auf die städtischen als auch die dörflichen Tagebaurandkommunen zu. Sie zielt zunächst darauf ab, diese substantiell aufzuwerten und insbesondere für die Bevölkerung der Region als Wohnorte attraktiv zu machen. So sollen den zum Teil gravierenden Einwohnerverlusten in den 80er und ersten 90er Jahren infolge der permanenten Verschlechterung der alltäglichen Lebensbedingungen wieder eine Stabilisierung des Bevölkerungsbestandes und ein den jeweiligen lokalen Bedingungen angemessener Bevölkerungszuwachs folgen. Diese elementaren Voraussetzungen garantieren den Fortbestand der Orte und tragen zur Bereicherung des örtlichen Sozial- und Gemeinschaftslebens bei. Dabei bleibt aber immer eine überschaubare Größenordnung der Dörfer und Kleinstädte erhalten. Deren Vorteil ist die Sichtbarkeit des lokalen Wandels, der auf konkreten und nachvollziehbaren Vor-Ort-Initiativen basiert. Auch hier sind die korporativen Akteure als Träger dieser Initiativen von entscheidender Bedeutung. Allerdings ist deren Interesse ausschließlich auf eine Erneuerung und eine Zukunftsentwicklung gerichtet, da nur dadurch eine langfristige Lebensfähigkeit der Siedlung gewährleistet werden kann. Denn in kleineren Gemeinden ist der Spielraum zwischen Niedergang und Aufstieg wesentlich eingeschränkter als in Großstädten.

Die Wahrnehmung der Veränderungen trägt zur Stimulierung von Eigeninitiativen bei und initiiert selbstverstärkende Effekte, die das Tempo des Aufschwungs beschleunigen können. Parallel dazu eröffnen diese Voraussetzungen die Möglichkeit, neue eigenständige, auf die kommunalen Interessen ausgerichtete Entwicklungspfade einzuschlagen (z. B. Gewerbeansiedlung, Etablierung der Tourismusbranche), welche die ökonomische Basis erweitern und Funktionsgewinne bewirken. Die Entwicklungsfähigkeit der Gemeinden resultiert letztlich daraus, wie es gelingt, auf den verschiedenen Ebenen des kommunalen Lebens sich selbst steuernde Erneuerungsprozesse in Gang zu setzen. Demzufolge umfaßt Revitalisierung eine komplexe Erneuerungsstrategie, die nicht nur auf die soziale Gemeinschaft beschränkt bleibt, wie es im Zusammenhang mit der Diskussion um die Bewahrung lokalen Bewußtseins bei Umsiedlungsmaßnahmen (vgl. Wirth 1990, S. 166) der Fall ist.

Die Revitalisierung stellt somit eine besondere Phase der gemeinschaftlichen Entwicklung dar. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus einem besonders niedrigen Ausgangsniveau ortsbezogener städtebaulicher und sozialer Bedingungen, welches die kommunale Entwicklungsfähigkeit wesentlich einschränkt oder gar gefährdet.

Im Falle der Tagebaurandgemeinden resultierte die komplizierte Ausgangssituation aus deren z. T. weit vorangeschrittenem Niedergang infolge

bergbaulicher Beeinflussung. Eine der vierzehn Untersuchungsgemeinden war sogar bereits in Auflösung begriffen. Die Wiederbelebung stellt die erste Phase der Entwicklung der Anliegergemeinden nach der Stilllegung des Tagebaus dar und zielt auf die grundlegende Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort. Sie geht dann in eine höhere Entwicklungsphase über, wenn sich die kommunalen Bedingungen soweit konsolidiert haben, daß die Gefahr des existentiellen Niedergangs ausgeschlossen werden kann und ein Ort im wesentlichen aus sich selbst heraus lebens- und entwicklungsfähig geworden ist. Indikatoren für eine erfolgreiche Revitalisierung können u. a. eine relativ intakte örtliche Bausubstanz, konstante oder steigende Einwohnerzahlen, eine durchmischte Altersstruktur, ein vielseitiges Ortsleben und eine hohe Ortsverbundenheit der Einwohner sein.

Auf der Grundlage der jeweiligen lokalen Ausgangsbedingungen zum Zeitpunkt der Stilllegung des Tagebaus und unter Berücksichtigung der Konditionen, die zu deren Entstehen beigetragen haben, sind die jeweils vorhandenen Potentiale für die Ortsentwicklung, d. h. für die Revitalisierung, zu erkunden. Adäquat zur unterschiedlichen Entwicklungsfähigkeit sind die Revitalisierungserfordernisse und -chancen differenziert zu bestimmen. Dabei ist relevant, wieweit die zum Zeitpunkt der Tagebaustillegung ungünstigen Ausgangsbedingungen fortbestehen bzw. in welchem Maße sich die Bedingungen für die Ortsentwicklung bereits gewandelt haben und weitere dynamische Veränderungen absehbar sind.

Erste Erfahrungen zeigen, daß einmal begonnene Entwicklungen und kurzfristig spürbar gewordene Verbesserungen in den alltäglichen Lebensbedingungen selbstverstärkend wirken und den Revitalisierungsprozeß eigenständig vorantreiben.

Die Ermittlung der Möglichkeiten zur Wiederbelebung der Randgemeinden setzt einerseits die Betrachtung der günstigen Entwicklungsbedingungen (Potentiale) in Form von positiven Voraussetzungen, in Gang gekommenen vorteilhaften Veränderungen und bereits kurzfristig erzielten Erfolgen im alltäglichen Leben im Ort voraus. Andererseits sind auch die ungünstigen Bedingungen (Defizite) in Gestalt von Fehlstellen, Rückständen und zu beobachtenden problematischen Veränderungen zu registrieren. Während es gilt, die für eine Gemeinde vorzufindenden Potentiale in der Realität zu vernetzen und zu stimulieren, ermöglicht die Kenntnis der Defizite und ihrer Ursachen die zielgerichtete Suche nach Maßnahmen zur Beseitigung von Mängeln und zum Aufholen von Rückständen.

2.3. Soziale Potentiale von Tagebaurandgemeinden

2.3.1. Zum Potentialbegriff

Im allgemeinen Sinne kann Potential als

„die Möglichkeit zu einer Kraftentfaltung bzw. Leistungsfähigkeit“ (Leser et al. 1985, S. 98)

definiert werden. Potentiale sind somit Voraussetzungen und Möglichkeiten zum Erlangen bestimmter Ziele, die es zu definieren gilt. Dabei ist von einer Offenheit (Unsicherheit) der Zielerreichung auszugehen, d. h. vorhandene Potentiale führen nicht zwangsläufig zum angestrebten Ergebnis. Potentiale müssen weiterentwickelt und stimuliert werden. Sie sind unterschiedlichen und wechselseitigen Einflüssen ausgesetzt, welche ihre Ausprägung unterstützen, aber auch behindern können. Potentiale sind zunächst wertfrei. In Abhängigkeit vom jeweils zu erreichenden Ziel erlangen sie wertenden Charakter.

Auch in den Sozialwissenschaften wird der Potentialbegriff im Sinne von Möglichkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Stärke verwendet. Eine konkrete fachliche Definition des Begriffes gibt es jedoch nicht.

Von Potentialen wird insbesondere in der Stadt- und Regionalforschung gesprochen (vgl. Hoffmann, Nuissl 1998, S. 251-289; Jenkis 1995; ARL 1995). Dabei werden Begriffe wie „regionales Potential“, „endogenes Potential“, „Entwicklungspotential“ weitgehend synonym verwendet. Der Potential-Begriff steht im Zusammenhang mit einem paradigmatischen Wandel in der regionalwissenschaftlichen Diskussion wie auch in der raumordnungspolitischen Praxis. Bis in die 70er Jahre wurde die Förderung von Regionalentwicklung primär darin gesehen, die Rahmenbedingungen von staatlicher Seite aus zu beeinflussen.

„Maßnahmen regionaler Entwicklung waren vor allem der Import von Sachkapital, insbesondere auch von wirtschaftsnahen, materiellen Infrastrukturen, sowie finanzielle Transferleistungen, verbunden mit fiskalischen Anreizen und anderen direkten Subventionen für eine Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen.“ (Hoffmann, Nuissl 1998, S. 253)¹

¹ Im Rahmen dieser auf Strukturverbesserung zielenden Regionalpolitik wird der Begriff des Potentialfaktors verwendet. Als Potentialfaktoren für eine regionale Wirtschaftsentwicklung gelten wirtschaftsgeographische Lage, Agglomeration und Sektor- und Infrastruktur. Der Potentialfaktoransatz beschäftigt sich in erster Linie mit der Rolle der Infrastruktur für eine wirtschaftliche Regionalentwicklung und greift auf die volkswirtschaftliche Produktions- und Kostentheorie zurück. Dabei wird auch der Begriff des endogenen Potentials verwendet. Daneben existiert ein eigenständiges theoretisches Konzept der endogenen Potentiale. (vgl.: ARL 1995, Stichwort Disparitäten)

Im Gegensatz dazu hat sich seit den 80er Jahren eine neue Strategie durchgesetzt, die die Aktivierung regionseigener Fähigkeiten, Begabungen und Ressourcen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Teilräumen nationaler Volkswirtschaften zum Ziel hat. Irmen und Sinz (vgl. 1991) definieren Potentiale als mögliche Menge von Gütern und Dienstleistungen, die eine Region erreichen kann, wenn sie ihre Ressourcen effizient ausschöpft. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die lokalen und regionalen Akteure ein. Derartige Strategien werden als Konzepte der eigenständigen oder endogenen Regionalentwicklung bezeichnet. Kennzeichnend ist,

„daß die in der Region vorhandenen Potentiale und/oder Gestaltungsmöglichkeiten ... als prägende Kraft der regionalen Entwicklung einen hohen Stellenwert genießen.“ (Hoffmann, Nuißl 1998, S. 254 f.)

Regionale Entwicklungsprogramme setzen sich durch, die

„aus der örtlichen Situation heraus für den Einzelfall spezielle Strukturmängel, -probleme und -engpässe, aber auch besondere Chancen und Möglichkeiten für Initiativen, Projekte und Maßnahmen“ (ARL 1995, S. 219)

identifizieren.

In der vorliegenden Studie werden Potentiale als positive Bedingungen in bezug auf die Entwicklung bzw. Revitalisierung der Tagebaurandgemeinden gefaßt. Damit werden Potentiale als Voraussetzungen definiert, die unter Beachtung lokaler Spezifika das Erreichen der kommunalen Entwicklungsziele – substantielle Aufwertung, Funktionsgewinne, Stabilisierung ihres Bevölkerungsbestandes – unterstützen bzw. ermöglichen. Im Zentrum der Projektbetrachtungen stehen endogene soziale Potentiale, die in ihrer Quantität und Qualität im Hinblick auf die Entwicklungsfähigkeit der Tagebaurandgemeinden untersucht werden. Als „sozial“ sind Potentiale in dem weitgefaßten Sinne zu verstehen, wenn sie von gesellschaftlichen Strukturen, Handlungsmustern und Bewertungen abhängen bzw. erst durch sie in Wert gesetzt werden. Daneben werden auch Defizitbereiche sondiert und in ihrer Wirkung auf die Potentialentfaltung untersucht.

Die Betonung der sozialen Potentiale, die eine Revitalisierung bergbaubeeinträchtigter Gemeinden befördern können, rückt die *Gemeinde* als lokale Einheit von Einwohnern mit abgrenzbaren sozialen Interaktionsgefügen und gemeinsamen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bindungen in den Vordergrund des soziologischen Interesses. Die Einwohnerschaft trägt den Revitalisierungs- und Erneuerungsprozeß, der in einem bestimmten räumlichen Gefüge, nämlich der Siedlung, abläuft. Als *Siedlungen* werden nach städtebaulicher Definition zusammenhängende und nach einheitlicher Planung bebaute Wohngebiete verstanden, die mit ergänzenden Gemeinbedarfs-

einrichtungen ausgestattet sind (vgl. Schmidt 1994, S. 223). Sie besitzen eine eigene Wirtschafts- und Sozialgeschichte, verfügen über identitätsstiftende Symbole und einen Namen, der auch nach möglichen administrativen Veränderungen im Untertitel und in der Umgangssprache beibehalten wird. Eine Interdependenz von Gemeinde und Siedlung ist festzustellen. Gemeinschaftliches Leben bedarf materieller Voraussetzungen, und Siedlungsentwicklung bedarf gemeinschaftlichen Wirkens.

Das Verhältnis des Braunkohlebergbaus zu Siedlungen ist zunächst durch die räumliche Beeinflussung der Siedlungsstruktur durch den fortschreitenden Tagebau zur Förderung der Braunkohle bestimmt. Im Gefolge dieser wirtschaftspolitischen Entscheidung werden soziale Belange relevant. Diese beziehen sich auf zwangsläufige Auflösungserscheinungen von Gemeinden als intermediäre Sozialgebilde innerhalb der Siedlungen. Die Beeinträchtigung der Lebensfähigkeit von Gemeinden im bergbaulichen Kontext ist demnach eine mittelbare Folgeerscheinung einer flächenhaft sich ausdehnenden Ressourceninanspruchnahme.

Nach den Regelungen des Bundesberggesetzes müssen die Voraussetzungen für die volle Lebensfähigkeit von Gemeinden, einschließlich der Wertsteigerung von privatem Grundstückseigentum, bis zum unmittelbar bevorstehenden Zeitpunkt der bergbaulichen Inanspruchnahme garantiert werden. Deshalb treten die Auflösungserscheinungen erst in der Phase der Aufgabe der betroffenen lokalen Einheit im direkten Vorfeld der bergbaubedingten Devastierung und der darin eingebundenen Umsiedlung ihrer Bewohner zutage.

Eine neue Dimension nahmen die Auflösungserscheinungen in der DDR an. Die speziell im Rahmen des damals geltenden Bergrechts getroffene Regelung der „bergbaulichen Unterschutzstellung“ von Siedlungen zog den allmählichen Verfall des Siedlungskörpers und das langsame Sterben des Sozialgebildes nach sich. Beide Prozesse verliefen parallel, permanent und im Zeitverlauf sich gegenseitig verstärkend. Sie erstreckten sich über einen langen Zeitraum, bevor sie in die oben genannte Phase des endgültigen Zerfalls der Gemeinde eintraten. Mit diesem umfassenden und langwierigen Niedergang verband sich die besondere soziale Problematik geplanter und vollzogener bergbaulicher Inanspruchnahme von Siedlungen in der DDR. Daraus resultiert die spezifische Problemkonstellation, welche die Ausgangslage für zu revitalisierende Gemeinden in den neuen Bundesländern bestimmt.

Anknüpfend an die beschriebene Abfolge von bergbaubedingter Siedlungsbeanspruchung und Auflösung gemeindlicher Strukturen im Zuge des Tagebaufortschritts gilt für den Revitalisierungsprozeß der Umkehrschluß. Gemeinde und Siedlung können nur dann erfolgreich wiederbelebt werden, wenn die Siedlung als städtebauliches Gebilde in ihrer weiteren Existenz nicht bedroht ist. Diese Situation ist im vorliegenden Fall durch die Stilllegung des Tagebaus eingetreten. Nachdem diese unabdingbare Voraussetzung er-

füllt ist, können vorhandene soziale Potentiale genutzt werden und neue entstehen, die eine Revitalisierung, die nur durch die Akteure vor Ort innerhalb ihrer Interessengruppen getragen wird, vorantreiben.

Siedlung und Gemeinde sind somit zwei, sich inhaltlich partiell überlagernde Begrifflichkeiten, deren Verwendung aus dem inhaltlichen Kontext der Forschungsfrage hergeleitet, zwingend notwendig ist. Im Hinblick auf den soziologischen Ansatz des Herangehens erlangt die Gemeinde im Vergleich zur Siedlung Priorität, weil die sozialen Aspekte gegenüber den städtebaulichen vorrangig sind.

2.3.2. *Bestimmung von Revitalisierungspotentialen*

Erfolgreiche Revitalisierungsbemühungen von Tagebaurandgemeinden erfordern Akteure, die sich bewußt für ein längerfristiges Verbleiben an diesem Standort entscheiden. Dafür müssen reale Chancen und Voraussetzungen für substantielle Aufwertungsprozesse in bezug auf Wohngebäude, Infrastruktur und Umweltqualität vorhanden sein. Auf dieser Grundlage sind Attraktivitäts- und Funktionsgewinne für die Kommunen zu erzielen, die zur Stärkung ökonomischer und gemeinschaftlicher Strukturen in diesen politisch abgegrenzten Einheiten beitragen. Eine intensivere Ortsbindung ist die Folge.

Somit wird Revitalisierung wesentlich durch die Verbesserung der Wohnbedingungen, die Bereicherung des örtlichen Soziallebens und die Festigung der Ortsbindung bestimmt. In den weiteren Ausführungen werden diese verschiedenen Potentialdimensionen beschrieben. Abschließend wird auf den Revitalisierungsprozeß in seiner eigenen Ganzheitlichkeit verwiesen.

- **Wohnbedingungen**

Unter den Wohnbedingungen wird in Anlehnung an Kahl

„die Komplexität aller materiellen Faktoren“ verstanden, „die das Wohnen beeinflussen“ (Kahl 1979, S. 529).

Dazu gehören die Wohnung (Bauzustand, Größe, Ausstattungsgrad mit Komfort),

„die Wohnumwelt als Einheit von natürlicher, gebauter und sozialer Umwelt in fußläufiger Ausdehnung und die territorialen Bedingungen - ebenfalls als Einheit von natürlichen, gebauten und sozialen Gegebenheiten in der räumlichen Dimension von Entfernungen, die im Rahmen von Arbeiten, Versorgen und Erholen „unabhängig vom konkreten Verkehrsmittel zumutbar sind.“ (ebenda).

Damit werden die Wohnbedingungen auf einen größeren Aktionsraum bezogen als nach Ipsen (vgl. 1978, S. 46), der darunter die unmittelbaren Wohnverhältnisse und die örtlichen Lebensbedingungen zusammenfaßt.

Von großer Bedeutung für die Beurteilung der Wohnbedingungen ist der Grad der Übereinstimmung mit den individuellen Wohnansprüchen. Dieser drückt sich in der Wohnzufriedenheit aus. Ipsen faßt Wohnzufriedenheit als Ergebnis des Verhältnisses von Erwartungen zu der (wahrgenommenen) Realität eines Objektes (vgl. ebenda). Nach Dickmann (vgl. 1996, S. 178), der bergbaubedingte Umsiedlungsprozesse untersucht hat, bestimmen vor allem die Wohnung selbst bzw. das eigene Haus und Grundstück, die Versorgung, der Zugang zu zentralen Einrichtungen und die wohnumfeldbezogenen baulichen Anforderungen die individuelle Wohnzufriedenheit. Damit steht die Befriedigung der materiellen Wohnansprüche im Vordergrund, während soziale Aspekte in diesem Zusammenhang eine untergeordnete Rolle spielen. Indem die Ausprägung von Wohnzufriedenheit die subjektive Bewertung von wohnbaulichen, infrastrukturellen und landschaftlichen Bedingungen widerspiegelt, weist sie auf das Niveau materieller Lebensbedingungen hin. Sie ermöglicht einerseits Rückschlüsse darauf, welche Bedingungen und Prozesse sich günstig auf die Ortsentwicklung ausgewirkt haben, und andererseits Voraussagen dahingehend, welche Konditionen auf absehbare Zeit förderlich sein können.

Wesentliche Impulse für den Revitalisierungsprozeß in Siedlungen gehen von privaten Sanierungs- und Neubauaktivitäten sowie öffentlichen Investitionen in Gebäude und technische Infrastruktur aus. Anfang der 90er Jahre bestand diesbezüglich in den neuen Bundesländern ein enormer Nachholbedarf. Schäfer et al. (vgl. 1992, S. 20) und Knievel (vgl. 1997, S. 15) schätzen ein, daß städtebauliche und die technische Infrastruktur betreffende Mängel in den Kleinstädten und Dörfern Ostdeutschlands zu diesem Zeitpunkt regelmäßig und flächenhaft über das gesamte Gemeindegebiet gestreut waren. Sie zählen den Erhalt der Bausubstanz zu den vorrangigen Aufgaben, deren Lösung für deren weitere Existenz relevant ist. Attraktive städtebauliche Rahmenbedingungen werden insbesondere für die kleinen Städte und dörflichen Gemeinden bedeutend, wenn sie ihre Aufgabe als Wohn-, Gewerbe- und Versorgungsstandorte in der Siedlungsstruktur erfolgreich und nachhaltig wahrnehmen wollen und sollen (vgl. Schäfer et al. 1992, S. 20). Die privaten und öffentlichen Baumaßnahmen, die auch wenig aufwendige kleinteilige Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen beinhalten, bringen die Wiederbelebung entscheidend in Gang, weil sie unmittelbar zur Verbesserung der Wohnbedingungen beitragen und die Fortschritte eindrucksvoll dokumentieren und erlebbar machen. Die privaten Haus- und Grundstücksbesitzer, darunter auch viele seßhaft gebliebene ältere Bewohner, erweisen sich in diesem Zusammenhang als eine wichtige Stütze für die bauliche Erneuerung (vgl. Mayer 1997, S. 117). Von privater Hand übernommene Maßnahmen zur baulichen Inwertsetzung und -haltung wirken zudem entlastend auf den kommunalen Etat. Insbesondere in Orten, in denen der Anteil privater Hausbesit-

Generell kann davon ausgegangen werden, daß eine Neuansiedlung von Gewerbe einen stabilisierenden Effekt auf die Bevölkerungsentwicklung erwarten läßt, obwohl die Zahl der neuen Arbeitsplätze nicht ausreicht, die freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen (vgl. Schäfer et al. 1992, S. 45).

Die Möglichkeiten zur Versorgung mit Waren- und Dienstleistungsangeboten, also die Angebote der sozialen Infrastruktur, bestimmen die individuelle Wohnzufriedenheit ebenfalls in starkem Maße. In vielen kleineren Siedlungen in den neuen Bundesländern können wichtige Daseinsgrundfunktionen (z. B. Versorgen, Bilden) nicht oder nur noch sehr eingeschränkt realisiert werden, da Anfang der 90er Jahre ein Großteil der stationären Versorgungseinrichtungen geschlossen und ehemals von den kohleverarbeitenden Betrieben und den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereitgestellte Dienstleistungen weggefallen sind (vgl. Gerdes et al. 1997, S. 69 f.). Mobile Einkaufsmöglichkeiten für Waren des täglichen Bedarfs sind eine Variante, um bestehende Engpässe auszugleichen, die nicht nur von den älteren, weniger mobilen Einwohnern als Problem gesehen werden (vgl. Dickmann 1996, S. 176).

Die Schließung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wirkte sich aber nicht nur negativ auf die Versorgung mit Gütern und Diensten aus. Damit gingen auch viele Treffpunkte und damit Kommunikationsmöglichkeiten verloren (vgl. Knievel 1997, S. 15). Außerdem hat sich eine spürbare Einschränkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vollzogen, die einigen Bevölkerungsgruppen die Inanspruchnahme überörtlicher Angebote erschwert. Zweifellos leiden wiederum

„die älteren Menschen ... am stärksten unter ... der neuen Immobilität aufgrund der verschlechterten öffentlichen Nahverkehrsnetze“ (Kapphan 1996, S. 246).

Die sich aus der defizitären Verkehrsanbindung ergebenden Probleme beschränken sich jedoch nicht nur auf die Senioren. Deshalb bleibt die Anbindung an den ÖPNV trotz der relativ hohen Ortsunabhängigkeit breiter Bevölkerungsschichten auf der Grundlage des PKW-Besitzes ein wichtiger Faktor der infrastrukturellen Ausstattung von Wohnorten. Für den Erhalt von entwicklungsfähigen Siedlungen gilt demzufolge die Forderung sowohl nach einer Ausstattung mit ortstypischen Einkaufsmöglichkeiten, nach einer Gaststätte als Kommunikationspunkt (vgl. Wirth 1990, S. 166) sowie nach einer guten Erreichbarkeit weiterer Einrichtungen höherer Zentralität. Dem Ausbau des Verkehrs- und Infrastrukturnetzes und dem Angebot des ÖPNV wird ein maßgeblicher Einfluß auf die Bevölkerungsentwicklung in peripheren Gebieten zubilligt (vgl. Schäfer et al. 1992, S. 45). So könnte das Angebot des ÖPNV an neuen und rentierlichen Formen, z. B. durch eine Kombination von Linienbus und flexiblem Sammeltaxi, erweitert werden.

In den letzten Jahren hat die räumliche Funktionstrennung zwischen Wohnen im ländlichen Verdichtungsraum und Arbeiten in der Großstadt punktuell weiter an Bedeutung gewonnen. Ein Teil der Orte ist in den Prozeß der Suburbanisierung im Leipziger Raum involviert. Dies trifft insbesondere für die Gemeinden in einer Distanz bis etwa 30 km zur Stadtgrenze zu, in denen sich die Lebens- und Wohnbedingungen deutlich verbessert haben und die durch den landschaftlichen Wandel eine weitere Aufwertung erfahren werden (vgl. Kabisch 1997b).

Um die ökonomische Basis der Tagebaurandgemeinden zu verbessern, sind die städtebaulichen Veränderungen mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel auf lokaler Ebene zu verknüpfen. Ein wichtiges Ziel besteht darin, Industrie- und Gewerbebrachen um- und wiederzunutzen. Auch von Erneuerungen und Ergänzungen im Bereich der technischen Infrastruktur gehen in Form von Verbesserungen der Standortbedingungen wirtschaftliche Impulse aus. Für die Gemeinden sind außerdem Funktionsgewinne im Zusammenhang mit der Gestaltung und Nachnutzung der Bergbaufolgelandschaft, insbesondere der Tagebauseen, zu erwarten. Der daraus resultierende wirtschaftsfördernde Wert für strukturschwache Regionen darf nach Klaus (vgl. 1975, S. 50 ff.) nicht unterschätzt werden. So konnte für ein in Nordbayern realisiertes Projekt nachgewiesen werden,

„daß der volkswirtschaftliche Wert der gebotenen wasserbezogenen Erholungsmöglichkeiten bedeutend ist und in der Bewertung des Gesamtunternehmens nicht unerheblich zu Buche schlägt“ (Offhaus 1975, S. 329).

Generell kann davon ausgegangen werden, daß eine Neuansiedlung von Gewerbe einen stabilisierenden Effekt auf die Bevölkerungsentwicklung erwarten läßt. Dies gilt auch dann, wenn die Zahl der neuen Arbeitsplätze nicht ausreicht, die freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen (vgl. Schäfer et al. 1992, S. 45).

Die Möglichkeiten zur Versorgung mit Waren- und Dienstleistungsangeboten, also die Angebote der sozialen Infrastruktur, bestimmen die individuelle Wohnzufriedenheit ebenfalls in starkem Maße. In vielen kleineren Siedlungen in den neuen Bundesländern, wie auch im Untersuchungsgebiet, können wichtige Daseinsgrundfunktionen (z. B. Versorgen, Bilden) nicht oder nur noch sehr eingeschränkt realisiert werden, da Anfang der 90er Jahre ein Großteil der stationären Versorgungseinrichtungen geschlossen und ehemals von den kohleverarbeitenden Betrieben und den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereitgestellte Dienstleistungen weggefallen sind (vgl. Gerdes et al. 1997, S. 69 f.). Mobile Einkaufsmöglichkeiten für Waren des täglichen Bedarfs sind eine Variante, um bestehende Engpässe auszugleichen, die nicht nur von den älteren, weniger mobilen Einwohnern als Problem gesehen werden (vgl. Dickmann 1996, S. 176).

Die Schließung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wirkte sich aber nicht nur negativ auf die Versorgung mit Gütern und Diensten aus. Damit gingen auch viele Treffpunkte und damit Kommunikationsmöglichkeiten verloren. Außerdem hat sich eine spürbare Einschränkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vollzogen, die einigen Bevölkerungsgruppen die Inanspruchnahme überörtlicher Angebote erschwert. Zweifellos leiden wiederum

„die älteren Menschen ... am stärksten unter ... der neuen Immobilität aufgrund der verschlechterten öffentlichen Nahverkehrsnetze“ (Kapphan 1996, S. 246).

Die sich aus der defizitären Verkehrsanbindung ergebenden Probleme beschränken sich jedoch nicht nur auf die Senioren. Deshalb bleibt die Anbindung an den ÖPNV trotz der relativ hohen Ortsunabhängigkeit breiter Bevölkerungsschichten auf der Grundlage des PKW-Besitzes ein wichtiger Faktor der infrastrukturellen Ausstattung von Wohnorten. Für den Erhalt von entwicklungsfähigen Siedlungen gilt demzufolge neben der Forderung nach einer Ausstattung mit ortstypischen Einkaufsmöglichkeiten, nach einer Gaststätte als Kommunikationspunkt (vgl. Wirth 1990, S. 166) auch die nach einer guten Erreichbarkeit weiterer Einrichtungen höherer Zentralität. Dem Ausbau des Verkehrs- und Infrastrukturnetzes und dem Angebot des ÖPNV wird ein maßgeblicher Einfluß auf die Bevölkerungsentwicklung in peripheren Gebieten zugebilligt (vgl. Schäfer et al. 1992, S. 45). Insofern ist es wichtig, das Angebot des ÖPNV durch neue und rentierliche Formen, z. B. eine Kombination von Linienbus und flexiblem Sammeltaxi, zu erweitern.

- **Örtliches Sozialleben**

Ein weiteres entscheidendes Fundament für die kommunale Entwicklung ist das örtliche Sozialleben, in dessen Kontext es um die Beziehungen im Miteinander geht und nicht um das Beziehen von Gütern und Dienstleistungen. Es gibt unterschiedliche Arten sozialer Beziehungen. Von großer Bedeutung ist die Qualität der sozialen Kontakte (vgl. Dickmann 1996, S. 182). Das soziale Leben in einem Ort entfaltet sich über grundlegende, alltägliche menschliche Daseinsäußerungen und Aktivitäten,

„die allen sozialen Schichten eigen sind und die sich auch sozialräumlich auswirken: Arbeiten, Sich-Versorgen, Wohnen, In-Gemeinschaft-Leben, Sich-Bilden, Freizeitverhalten“ (ebenda, S. 182).

Das örtliche Sozialleben weist folglich eine hohe Komplexität auf. Es hat großen Einfluß auf die Entstehung und Intensität von Ortsbindung (vgl. Weiss 1993, S. 67).

Zu den aussagekräftigen Komponenten bezüglich der sozialen Integration des einzelnen zählen die Sozialkontakte innerhalb der Familie und Partnerschaft sowie im Kreis der Verwandten und Freunde, die in räumlicher Nähe leben. Gute Beziehungen dieser Art sind in der Regel von einem besonders

hohen Maß an Vertrautheit, Offenheit und der Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe geprägt.

Die soziale Einbindung vollzieht sich auch über die Nachbarschaftsbeziehungen. Entsprechen diese den Vorstellungen der einzelnen Bewohner, können sie zu einem angenehmen sozialen Klima am Wohnstandort beitragen und eine positive Ortsentwicklung begünstigen. Den Bewertungsmaßstab für die Kontakte zu den Nachbarn setzen die Einwohner selbst. Als gut eingeschätzte Beziehungen können relativ lose und formal sein, bis zu gegenseitigen Hilfeleistungen im Bedarfsfall reichen oder sogar gemeinsam durchgeführte Freizeitaktivitäten einschließen.

In vielen Dörfern hat sich aufgrund des Bedeutungsverlustes der Landwirtschaft und aufgrund zunehmender Einflüssen von außen (z. B. durch Zuwanderung) in den letzten Jahrzehnten ein generationsabhängiger Wandel in den nachbarschaftlichen Beziehungen vollzogen. Ein eher distanziertes, auf gegenseitige Hilfsverpflichtungen gerichtetes Verhältnis unter den älteren Bewohnern ist einem eher partnerschaftlich-freundschaftlichen unter den jüngeren Dorfbewohnern und Zuzüglern gewichen. Je bäuerlicher das Dorf geprägt ist, desto stärker dominiert das traditionelle Prinzip der nachbarschaftlichen Kontrolle, das sich in extremen Fällen auch in sozialem Druck äußern kann (vgl. Täube 1997, S. 81).

Darüber hinaus wird das örtliche Sozialleben durch das Engagement und die Kontaktstrukturen im Rahmen örtlicher Vereine und anderer lokaler, z. T. ortstypischer Aktivitäten (z. B. Ortsfeste, Initiativen zur Verschönerung des Ortsbildes) bestimmt. Die Dichte der Sozialbeziehungen wie auch die Intensität des sozialen Lebens durch Beteiligung an örtlichen Aktivitäten und eigenes Engagement sind Ausdruck soziale Integration in die Ortsgemeinschaft.

Generell kann nicht davon ausgegangen werden, daß die gesamte Einwohnerschaft am Prozeß der Ortsentwicklung partizipiert und Engagement für das Allgemeinwohl zeigt. In der wissenschaftlichen Literatur veröffentlichte Erfahrungswerte aus einem konkret untersuchten Fall zum Thema Dorferneuerung besagen, daß sich nur etwa ein Zehntel der Erwachsenen aktiv an entsprechenden Maßnahmen zur Dorfentwicklung beteiligte. Ein etwa ebenso großer Teil wirkte vor allem über Schlüsselpositionen in der Kommune (z. B. Gemeinderäte) aktiv für die Ortsentwicklung. Demgegenüber ergriff etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung von sich aus keine Initiative zu Aktivitäten für die Allgemeinheit. Ihr Interesse an der Zukunft des Ortes zeigte sich in Form der Bereitschaft, Veränderungen am eigenen Anwesen vorzunehmen und bei Aktionen für die Dorfgemeinschaft mitzuhelfen. Ein Teil davon ist potentiell zu aktivieren. Der Rest, der nur etwa ein Fünftel ausmachte, verhielt sich passiv und konnte lediglich informativ mittels Artikeln in der Lokalpresse eingebunden werden (vgl. Mayer 1997, S. 118).

In den neuen Bundesländern ist durch die nach 1990 einsetzende starke Suburbanisierung in zahlreichen Umlandgemeinden großer Städte eine Differenzierung zwischen den Alteingesessenen und den Neuzugezogenen hinsichtlich des Engagements für die Ortsentwicklung zu verzeichnen. Da sich soziale Beziehungen und Engagement für die Ortsgemeinschaft erst im Laufe der Zeit entwickeln müssen, können sich beide Gruppen hinsichtlich des Umfangs und der Intensität ihrer sozialen Integration unterscheiden, ohne daß dieser Sachverhalt jedoch zwangsläufig auf problemhafte Bedingungskonstellationen hinweist. Darauf wird an späterer Stelle noch einmal Bezug genommen.

Darüber hinaus ist das emotionale Empfinden der Einbindung in das örtliche Sozialleben und die Gemeinschaft unterschiedlich. So konnte Heydenreich (vgl. 1999, S. 127) in ihrer Untersuchung in einem Neubaugebiet am Rande einer Siedlung im Suburbanraum Leipzigs feststellen, daß Bewohner, die aus dem Altort in die Neubauten gezogen sind, gewohntes gemeinschaftliches Zusammenleben eher vermissen. Dagegen betonen die aus der Großstadt Zugezogenen die hier vorgefundenen engen sozialen Kontakte.

Weiterhin ist bei den Revitalisierungsanstrengungen der Gemeinden und hier speziell der Dörfer davon auszugehen, daß sich die Partizipation am örtlichen Sozialleben korrespondierend mit der familiären Situation und dem Grad des Hausbesitzes abhängig vom Alter der Einwohner gestaltet. In den Analyseergebnissen von Mayer (vgl. 1997, S. 117) zeigten Erwachsene zwischen 30 und 60 Jahren die größte Beteiligungsbereitschaft am Erneuerungsprozeß. Sie wirkten am aktivsten in den Bürgerarbeitskreisen mit. Außerdem stellten sie die meisten Haus- und Grundstückseigentümer und waren daher von besonderer Bedeutung für bauliche Veränderungen im privaten und öffentlichen Bereich. Da zu den Hauseigentümern viele Senioren zählten, bildeten die älteren Bewohner ebenfalls eine wichtige Personengruppe. Sie waren zwar nicht so stark in den Arbeitskreisen vertreten, dafür aber sehr gut informiert und interessiert an der Inanspruchnahme von Fördermitteln. In geringerem Maße konnte auf die Gruppe der 20- bis 30jährigen gezählt werden, obwohl gerade sie sich dadurch auszeichnet, neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen zu sein. Für sie haben zunächst die Zukunftssicherung (Berufsabschluß, Familiengründung, Hausbau) und die eigenen Hobbys Priorität gegenüber den Interessen der Allgemeinheit.

Einen maßgeblichen Integrationsfaktor einer dörflichen Gemeinschaft stellen Vereine verschiedenster Interessenausrichtung dar. Vereine ermöglichen Begegnungen und den Gedankenaustausch Gleichgesinnter. Ihre gemeinschaftsstiftende Funktion kommt insbesondere zu speziellen Anlässen zum Tragen (vgl. Mayr 1997, S. 47). Beispielsweise sind Feuerwehrfeste, Sportereignisse oder Faschingsveranstaltungen Höhepunkte im Ortsleben, die maßgeblich von den entsprechenden Vereinen getragen werden.

Hinsichtlich des Engagements in Vereinen sind gruppenspezifische Motivationen hervorzuheben. Während sich erwachsene Alteingesessene darüber eher ihres Platzes in der Dorfgemeinschaft versichern, ermöglicht es den Jugendlichen, in diese hineinzuwachsen, sich stärker in die Lebenswelt vor Ort zu integrieren und soziale Kompetenzen zu erwerben (z. B. die Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit anderen Meinungen, Toleranz, Verhaltenssicherheit). In sozialer Hinsicht kommt den Vereinen damit eine Ergänzungsfunktion zum Familienverband zu. Im Unterschied zu den Alteingesessenen suchen Neuzugezogene über das Engagement in Vereinen in erster Linie Möglichkeiten zur unverbindlichen Freizeitgestaltung (vgl. ebenda, S. 48 ff.).

Wichtige Schlußfolgerungen für die Arbeit von Traditionsvereinen und darüber hinaus für die Dorfentwicklung insgesamt ergeben sich vor dem Hintergrund der wachsenden Heterogenität in der Zusammensetzung der dörflichen Bevölkerung infolge von Zuzügen und beruflicher Mobilität (vgl. Aichhorn 1992, S. 120). Der Wohnort ist insbesondere für viele Neubürger nur noch Erholungs- und Schlafstätte. Bei der Dorfentwicklung muß berücksichtigt werden, daß die 8-Stunden-Erwerbsarbeit außerhalb des Ortes auch dem lokalen Sozialleben einen neuen Rhythmus und neue Inhalte aufzwingt. Zwar können Aktionen zu einer verstärkten Besinnung auf die eigene Geschichte und Tradition unter der Einwohnerschaft das Heimatgefühl stärken. Eine relativ kurze Wohndauer und eine geringere „Rückbindung“ Zugezogener an den (neuen) Wohnort machen es allerdings immer schwerer, in der Tradition und Geschichte eines Dorfes allein hinreichend Identitätsstiftendes vor allem für die Zukunft zu finden. Deshalb sehen sich Traditionsvereine vor neue Aufgaben in der „Heimat-Pflege“ und im „Heimat-Schutz“ gestellt. Sie müssen ihren Wirkungskreis durch zeitgemäße Aktivitäten anreichern (vgl. Schwaighofer 1992, S. 177 f.).

Als letzter Aspekt soll im Zusammenhang mit dem sozialen Leben im Wohnort die sozialstrukturelle Durchmischung der Einwohnerschaft angesprochen werden. Insbesondere in den 80er Jahren waren gerade die jüngeren, relativ gut ausgebildeten Bewohner und die jungen Familien mit Kindern aufgrund der extremen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Tagebaurandgemeinden abgewandert, so daß das Durchschnittsalter in diesen Orten deutlich angestiegen war. Die relativ umfangreichen Zuzüge in den letzten Jahren haben wieder eine größere sozialstrukturelle Durchmischung bewirkt. Vor allem jüngere, qualifizierte Menschen, die erwerbstätig und damit finanziell abgesichert sind, zogen in die Orte. Unter ihnen befinden sich wieder Familien mit kleineren Kindern und junge Paare, die vor der Familiengründung stehen. Auch die Zahl der Haushalte, in denen mehrere Generationen zusammenleben, hat in den letzten Jahren zugenommen. Damit haben speziell die ländlich geprägten Gemeinden eine Verstärkung ihrer „Selbsthilfekultur“ (vgl. Asam, Altmann 1994, S. 151) erfahren. Die Zuwanderung hat dazu

beigetragen, in den Orten das Spektrum an sozialen Fähigkeiten (z. B. Regenerationsfähigkeit der Bevölkerung, Generationenunterstützung, Toleranz, soziale Offenheit, kultureller Austausch, wirtschaftliches Leben) zu bereichern. Die neu gewonnenen Kompetenzen bedeuten einen Zugewinn an sozialen Potentialen, die für den jeweiligen Ort selbsterhaltend und entwicklungsfördernd wirken.

Die mit einem spürbaren Umfang an Zuzug verbundene wachsende Heterogenität der Bevölkerung kann zugleich ein Konfliktpotential in sich bergen. So ist z. B. eine Konkurrenz bezüglich des Bedarfs an Bauland und Wohnraum zwischen alteingesessener und neuzugezogener Bevölkerung nicht auszuschließen (vgl. BBR 1998, S. 111). Ihr ist mit Hilfe einer ausgewogenen Siedlungsplanung entgegenzuwirken, wobei sich der Flächennutzungsplan als ein geeignetes Instrument erweist.

- Ortsbindung

Sowohl die materiellen Wohnbedingungen als auch das örtliche Sozialleben beeinflussen die Bindung der ortsansässigen Bevölkerung an ihren Wohnort. Ihre positive Wahrnehmung und Bewertung durch die Einwohner stärkt die Seßhaftigkeit. Neben Impulsen nach innen (Eigenbild) besitzt ein intakter Ort auch eine positive Ausstrahlung nach außen (Fremdbild). Damit kann er Aufmerksamkeit erzeugen und sich als ein möglicher Zielort bei beabsichtigtem Umzug empfehlen. Gute Wohnbedingungen tragen somit zu einer soziodemographisch durchmischten Einwohnerstruktur bei. Die damit verknüpften sozialen Fähigkeiten und Kompetenzen können positive Veränderungen in den jeweiligen Gemeinden begünstigen.

Die materiellen Wohnbedingungen und das soziale Leben spielen in bezug auf die Herausbildung von Ortsbindung eine sich ergänzende Rolle. Sie zielen auf zwei unterschiedliche Komponenten. Eine davon ist die *Ortsgebundenheit*. Von ihr wird gesprochen, soweit die Bindung an den Wohnort auf objektive, materielle Umstände zurückzuführen ist (vgl. Kahl 1979, S. 530). Sie ergibt sich somit aus der Wahrnehmung und Bewertung solcher Faktoren wie der Wohnungsausstattung, dem Ortsbild und dem Charakter der landschaftlichen Umgebung. Außerdem wird sie durch den Umfang an familiären Bindungen und Verpflichtungen in räumlicher Nähe bestimmt. Des weiteren beeinflussen die Eigentumsverhältnisse bezüglich der Wohnung bzw. des Grundstückes den Grad der Ortsgebundenheit.

Der Stellenwert, den die Wohnung und das nähere und weitere Wohnumfeld für den einzelnen als Bindungsfaktoren einnehmen, unterscheidet sich von Fall zu Fall. Er richtet sich u. a. danach, unter welchen Umständen man sich für seinen Wohnsitz entschieden hat. Insbesondere bei einer echten (Aus-)Wahl von Wohnung und Wohnort und einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen den Wohnansprüchen und den entsprechenden Gegeben-

heiten können die Bedingungen in der näheren und weiteren Wohnumwelt vermutlich ebenso zur Ortsgebundenheit beitragen wie die Wohnung selbst.

Die andere, maßgebliche Komponente der Ortsbindung ist die emotionale Bindung, die *Verbundenheit* mit dem Wohnort. Sie weist vor allem darauf hin, wie sich die Menschen heimisch fühlen und bildet den subjektiven Aspekt der Bindung an den Wohnort.

„Heimisch fühlt sich der Bürger in seiner Wohnumwelt, wenn er ein als angenehm empfundenen Maß an sozialen Kontakten in der erstrebten Qualität pflegen, seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend sozial aktiv sein kann, die notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen vorfindet und seine Wohnumwelt auch optisch und akustisch als angenehm empfindet.“ (Kahl 1979, S. 530)

„Heimat“ verknüpft sich mit den Gefühlen der Teilhabe, Vertrautheit, Geborgenheit, Zugehörigkeit und Gewißheit (vgl. Mayr 1997, S. 53)

„Insgesamt blieb ... das Phänomen Heimatbewußtsein, d. h. der Rückgriff auf vertraute, Orientierung gebende Strukturen, für den einzelnen auch im Modernisierungsprozeß von Bedeutung.“ (Dickmann 1996, S. 180)

Direkt wird die Ortsverbundenheit durch die Ausdrucksformen des örtlichen Sozial- und Gemeinschaftslebens, also durch den Wohnort als Sozialraum bestimmt. Von erheblicher Bedeutung für die soziale Verortung ist jedoch, daß die baulich-räumlichen Voraussetzungen Gelegenheiten für die Kommunikation und das konkrete Erleben von sozialer Gemeinschaft bieten (vgl. Gebhardt et al. 1992, S. 139). Demgegenüber haben die Ausstattungsmerkmale und die Attraktivität der konkreten räumlichen Elemente im Ort und in seiner Umgebung und damit auch der Prozeß der baulichen Erneuerung einen indirekten, aber nicht unbedeutenden Einfluß auf die soziale Verortung (vgl. Mayr 1997, S. 53; Greverus 1979, S. 28; Dickmann 1996, S. 181). Die räumlichen Strukturen stellen örtliche Besonderheiten dar. Sie machen den jeweiligen Raum unverwechselbar und verleihen ihm ein besonderes Antlitz. Die über einen langen Zeitraum gewachsene und aufgrund jahrzehntelang geringer Wohnungsbautätigkeit erhaltene bauliche Grundstruktur (z. B. Straßenführungen) einschließlich ihrer historischen Gebäude in den untersuchten Tagebaurandgemeinden bilden diesbezüglich in kultureller und baulicher Hinsicht Potentiale (vgl. Schäfer et al. 1992, S. 45). Mit ihrem Erhalt wird verhindert, daß den Dörfern eine „monotone Uniformität“ (vgl. Schwaighofer 1992, S. 177) übergestülpt wird. In diesen Kontext ist die Diskussion um Innovation und Gestaltbewahrung in der Dorferneuerung einzuordnen (vgl. Roch et al. 1998, S. 527).

Von Relevanz für die Ortsbindung ist auch die Wohndauer. Am stärksten ist die Verbundenheit mit dem Wohnort ausgeprägt, wenn dieser gleichzeitig den Geburts- oder Heimatort darstellt. Kahl konnte in ihren Untersuchungen feststellen, daß die Verbundenheit am geringsten bei der Einwohnergruppe

ausgeprägt war, die weniger als 10 Jahre in dem Ort wohnten (vgl. Kahl 1979, S. 530 f.).

Mit der vor allem im letzten Jahrzehnt deutlich gewachsenen Mobilität im Zusammenhang mit der Motorisierung der Haushalte hat die Ortsbindung inhaltliche Veränderungen erfahren. Lokale Bindungen sind ambivalenter geworden. Einerseits steigt die Wohnortgebundenheit aufgrund von Wohn- und Grundstückseigentum, andererseits sinkt sie, weil die Bewohner aufgrund der hohen individuellen Mobilität und der vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten (z. B. Telefon, Versandhandel) weniger auf das Vorhandensein des breiten Spektrums lokaler Bedingungen angewiesen sind. Die gesunkene alltägliche Ortsabhängigkeit ermöglicht dauerhafte Standortentscheidungen,

„die in gewissem Maße von den vorgegebenen Ortsbedingungen abstrahieren und stärker auf die Prioritäten des persönlichen Lebensabschnitts abstellen können; sie erleichtert zugleich Wandlungen der Lebensführung ohne unmittelbar räumliche Anpassungen. Gerade weil Ortsgebundenheit für umfangreiche Gruppen nicht unmittelbar die persönliche Identität berührt und keine vollständige Identifikation erzwingt, kann sich eine neue Ortsverbundenheit entwickeln, eine Zuwendung ohne zwanghafte Unausweichlichkeit.“ (Böltken 1987, S. 149)

Dieser neue bzw. andere Charakter von Ortsbindung schließt die Möglichkeit der Inanspruchnahme vieler Angebote außerhalb des Wohnortes ein, so daß letzterer für den einzelnen nicht mehr unbedingt der hauptsächliche soziale Lebensmittelpunkt sein muß. Trotz des erweiterten Aktionsradius bleibt die Wohngemeinde selbst jedoch der Ort, an dem man verankert ist und an den man immer wieder zurückkehrt. Er ist der stabile Ausgangspunkt für unterschiedliche Unternehmungen.

Im Zusammenhang mit der neuen Ortsbindung entwickelt sich ein an den spezifischen Interessen und verfügbaren zeitlichen Ressourcen ausgerichtetes lokales Engagement. Demzufolge gewinnen in Vereinen und Interessenverbänden zielgruppenorientierte Aktivitäten, die auch zeitlich begrenzt sein können, zunehmend an Bedeutung.

- **Ganzheitliche Ortsentwicklung und Bürgerbeteiligung**

Der Erhalt der Bausubstanz, die Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung und die Sicherung der Erwerbstätigkeit zählen zu den zentralen Aufgaben in den Siedlungen der neuen Bundesländer. Der hohe Stellenwert, den das soziale Leben in bezug auf eine Identifikation mit dem Wohnort einnimmt, unterstreicht jedoch die Notwendigkeit, die intensiven Revitalisierungsanstrengungen ebenso auf das soziale und kulturelle Leben zu richten. Ortsentwicklung und insbesondere Dorfentwicklung sind als ganzheitlicher Prozeß zu verstehen und zu praktizieren (vgl. Heinritz, Wießner 1997, S. 5). Auch die Revitalisierungsbemühungen in den Tagebaurandgemeinden müssen sich diesem umfassenden Anspruch stellen und die geistige Auseinanderset-

zung mit dem konkreten Lebensumfeld, d. h. mit der Siedlung, dem Gemeindeleben und der Landschaft einbeziehen. Damit wird wiederum die Akteurs-ebene betont. Denn

„Dorfentwicklung lebt vom Engagement und dem Bildungsstand der Bürger. Voraussetzung für Engagement ist nicht zuletzt Sachkunde und Wissen um den Planungsprozeß.“ (Knievel 1997, S. 13)

Damit möglichst viele Bürger an der Revitalisierung partizipieren, müssen nach Buchenauer (vgl. 1988, S. 101) dorfspezifische Aspekte der Bewohner-motivation, des sozialen Lebens und sozialräumlicher Situationen berücksichtigt werden. Deshalb sind folgende Kriterien zu berücksichtigen:

- „– soziale Gruppen und ihre innerörtliche Differenzierung (Verwandtschaften, Nachbarschaften, Vereine, Gruppen mit sozialer Differenzierung nach z. B. beruflicher Position, Herkunft),
 - soziale Beziehungen (soziale Netzwerke, Kontakte der Dorfbewohner untereinander, überörtliche Beziehungen),
 - Einstellungen und Denkweisen (Einfluß auf Verhaltensweisen auch im Hinblick auf bestehende Normen und Werte),
 - soziale Rollen und Positionen (Verhaltenserwartungen, Wertschätzungen),
 - soziale Prozesse (Kommunikationsverhalten, soziale Kontrolle, soziale Konflikte) sowie
 - sozialräumliches Verhalten (Treffpunkte, räumlich bedingte Kontakt- und Integrationsmöglichkeiten)“.
- (Knievel 1997, S. 14)

Die Ortsentwicklung ist ein permanenter Prozeß, der an sich ändernde Gegebenheiten angepaßt werden muß. Im Rahmen ihrer eigenen Revitalisierungsanstrengungen müssen die Gemeinden den Blick auch auf die regionale Entwicklung richten. Lokal zentrierte Initiativen sind mit interkommunaler Kooperation zu verknüpfen, um einander ergänzende und sich dadurch selbstverstärkende Entwicklungspfade zu befördern. Die entstehenden Synergieeffekte können zur Herausbildung neuer und zur Stärkung vorhandener Standortvorteile beitragen.

2.3.3. *Ein Versuch zur Operationalisierung der sozialen Potentiale*

Um für das weitgefaßte Verständnis sozialer Potentiale, das dieser Untersuchung zugrunde liegt, ein konkretes Forschungsdesign einschließlich eines adäquaten Instrumentariums zu konzipieren, mußte der Potentialbegriff operationalisiert werden. Dazu erfolgte eine systematische Unterscheidung lokaler Strukturen nach Bedingungskomplexen und nach Betrachtungsebenen. Als Bedingungskomplexe wurden folgende sechs Bereiche unterschieden:

1. sozialstrukturelle Bedingungen und Gemeinschaftsleben,
2. wirtschaftliche Bedingungen,
3. wohnbauliche Bedingungen,
4. infrastrukturelle Bedingungen,
5. landschaftliche Bedingungen,
6. kommunal-administrative Bedingungen.

Jeder Bereich wurde auf drei Betrachtungsebenen hinsichtlich seiner sozialen Potentiale untersucht. Diese drei Ebenen sind:

- a) die Charakterisierung der strukturellen Bedingungen,
- b) die Wahrnehmung und Bewertung dieser Strukturen,
- c) die sich daraus ergebenden konkreten Handlungsmuster.

Je nach Betrachtungsebene wurden verschiedene Aspekte beleuchtet und damit auch unterschiedliche Potentiale erkundet. Auf der Strukturebene erfolgte die objektive Erfassung und Charakterisierung der Bedingungen vor Ort. Die Bewertungsebene beinhaltete die subjektive Wahrnehmung und Beurteilung dieser Bedingungen durch die Bewohner. Strukturelle Bedingungen einerseits und deren subjektive Einschätzung andererseits beeinflussen die konkreten Handlungsmuster der Bewohner. Darauf war die Handlungsebene gerichtet.

Die erarbeitete Systematik zur Erfassung der sozialen Potentiale wird nachfolgend vorgestellt.

Systematik zur Erfassung der sozialen Potentiale in den Tagebaurandgemeinden

1. Sozialstrukturelle Bedingungen und Gemeinschaftsleben
 - 1.1. Analyse der sozialstrukturellen Bedingungen und des Gemeinschaftslebens (Strukturebene)
 - Demographische Daten (OC und FB²)
 - Geschlecht
 - Alter
 - Familien- und Haushaltsstruktur
 - Veränderung der Einwohnerzahlen
 - Sozioökonomische Daten (OC und FB)
 - Schulische und berufliche Bildung, Bildungsindex
 - Erwerbsleben, Beschäftigtenquote
 - Stellung im Beruf, sozioökonomischer Status
 - Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen
 - Autobesitz
 - Haushaltseinkommen
 - Gemeinschaftsleben (OC und FB)
 - Wirken von Vereinen und Organisationen im Ort (OC)
 - Verfügbarkeit von Kontakten zu Verwandten, Bekannten und Freunden im Ort und/oder in Nachbarorten (FB)
 - 1.2. Wahrnehmung und Bewertung des Gemeinschaftslebens (Bewertungsebene) (FB)
 - Gemeinschaftsgefühl
 - Nachbarschaftsbeziehungen
 - Einwohnerentwicklung
 - Wissen um Feste
 - Adjektive zur Beschreibung des Gemeinschaftslebens
 - „Gute-Freund-Frage“ (allgemeiner Indikator auch für andere Dimensionen)
 - 1.3. Handlungsmuster bezogen auf das Gemeinschaftsleben (Handlungsebene)
 - Aktivitäten und Engagement sowie soziale Netze im Ort (FB)
 - Beteiligung an Festen
 - Engagement im Ort
 - Mitgliedschaft in Vereinen
 - Freunde, Bekannte und Verwandte
 - Nachbarschaftsbeziehungen, Nähe-Distanz-Verhältnis

2 OC=Ortscharakteristik; FB=Fragebogen

- Mobilitätsbereitschaft und -verhalten
 - Umzugsabsichten (FB)
 - Realisierter Zuzug (OC und FB)
 - Berufliche Mobilität (Arbeitsort/Arbeitsweg) (OC und FB)
- 1.4. Mögliche Potentiale
 - Potential Soziale Durchmischung
 - Abwechslungsreiches Dorfleben
 - Regeneration
 - Generationenunterstützung
 - Potential Offenheit gegenüber Neuerungen
 - Bereitschaft und Fähigkeit zur Integration neuer Einwohner
 - Auseinandersetzung mit Veränderungen im Ort und in der Umgebung und Fähigkeit zur Anpassung
 - Potential Stabile Dorfgemeinschaft
 - Funktionierende soziale Netze
 - Sicherer Einwohnerbestand
 - Geringes Konfliktpotential zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen
 - Potential Ortsverbundenheit
 - Seßhaftigkeit
 - Lokales Engagement
 - Identifizierung mit dem Ort und seiner Entwicklung
 - Potential Bereitschaft und Fähigkeit zu räumlicher Mobilität
 - Anpassungsfähigkeit an neue Arbeitsmarktbedingungen durch Pendeln
- 1.5. Mögliche Defizite
 - Altersmäßig und sozial unausgewogene Bevölkerungsstruktur
 - Soziale Problemlagen
 - Soziale Isolierung
 - Anhaltende Abwanderung
 - Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen
- 2. Wirtschaftliche Bedingungen
 - 2.1. Analyse der wirtschaftlichen Bedingungen (Strukturebene) (OC)
 - Gewerbestruktur
 - Gewerbegebiete
 - Initiativen zur Beschäftigungsförderung
 - Arbeitsmarkt
 - Kommunale Anreize für die Wirtschaft

- 2.2. Wahrnehmung und Bewertung der wirtschaftlichen Bedingungen (Bewertungsebene) (FB)
 - Bewertung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten
 - Bedeutung der Deponie hinsichtlich der Bereitstellung von Arbeitsplätzen
 - Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung durch den Autobahnbau (Gewerbeansiedlung, Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Erweiterung des Aktionsraums)
- 2.3. Handlungsmuster bezogen auf wirtschaftliche Bedingungen (Handlungsebene) (FB)
 - Berufliche Mobilität (Berufswechsel und Weg in die berufliche Selbständigkeit)
 - Anpassungsstrategien in bezug auf die Arbeitszeit
- 2.4. Mögliche Potentiale
 - Potential Wirtschaftliche Diversität
 - Arbeitsangebote mit differenzierten Qualifikationsanforderungen
 - Wirtschaftliche Stabilität
 - Potential Gewerbeansiedlung
 - Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes (Umfang, Vielfalt)
 - Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten (Umfang, Vielfalt)
 - Stabilisierung des Bevölkerungsbestandes
 - Steuereinnahmen für die Gemeinde
 - Belebung des Ortes (erweitertes Angebot an Waren und Dienstleistungen, Sponsoring von örtlichen Aktivitäten)
 - Definition neuer Aufgabenfelder, z. B. im Zusammenhang mit der Landschaftspflege und der Freizeitindustrie
- 2.5. Mögliche Defizite
 - Brachliegende alte Industriestandorte und Wirtschaftsgebäude sowie Leerstand neuer Gewerbeflächen
 - Wirtschaftliche Monostruktur
 - Arbeitsplatzmangel
 - Fehlende Ausbildungsplätze

3. Wohnbauliche Bedingungen

- 3.1. Analyse der wohnbaulichen Bedingungen (Strukturebene) (OC und FB)
 - Art und Alter der Wohngebäude
 - Sanierungsstand, Bauzustand
 - Wohnform und Besitzverhältnisse
 - Ausstattungsgrad der Wohnungen

- 3.2. Wahrnehmung und Bewertung der wohnbaulichen Bedingungen (Bewertungsebene) (FB)
 - Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen
 - Adjektive zur Beschreibung der Baustruktur
 - „Gute-Freund-Frage“ (allgemeiner Indikator auch für andere Dimensionen)
- 3.3. Handlungsmuster bezogen auf wohnbauliche Bedingungen (Handlungsebene)
 - bereits durchgeführte und geplante Sanierungsmaßnahmen (OC und FB)
 - Finanzierung durchgeführter und geplanter Maßnahmen (FB)
 - Wegzugsentscheidungen und Gründe (FB)
- 3.4. Mögliche Potentiale
 - Potential Besitz von selbstgenutztem Wohneigentum bzw. Möglichkeit zur Bildung desselben
 - Bereitschaft zur Investition privaten Kapitals zur Verbesserung der Wohnbedingungen
 - Verschönerung des Ortsbildes auf der Basis des persönlichen Interesses an der Werterhaltung des Eigentums
 - Günstiges Wohnungs- und Baulandangebot als Basis für Zuzug und Seßhaftigkeit
 - Bewußte Entscheidung zur Seßhaftigkeit,
 - Potential Hoher Wohnstandard
 - Hohe Wohnzufriedenheit
 - Geringe Wegzugsbereitschaft
 - Potential Hohe Wohnzufriedenheit
 - Hohe Seßhaftigkeit
 - Begünstigung von Bereitschaft zu lokalem Engagement
- 3.5. Mögliche Defizite
 - Leerstandsbedingter Verfall von Gebäuden und Infrastruktur
 - Ungeklärte Eigentumsverhältnisse von Gebäuden und dadurch bedingter Verfall
 - Niedriger Wohnungsstandard, z. B. durch Sanierungsdefizit, und daraus resultierende Wegzugsbereitschaft

4. Infrastrukturelle Bedingungen

- 4.1. Analyse der infrastrukturellen Bedingungen (Strukturebene)
 - Versorgung (OC und FB)
 - Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebot
 - Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen
 - Freizeit- und Sporteinrichtungen
 - Sehenswürdigkeiten im Ort

- Verkehr (OC und FB)
 - ÖPNV
 - Straßenanbindung, Zustand der Straßen
 - Verkehrsaufkommen
 - Autobesitz (FB)
- Baulicher Zustand sozialer und technischer Infrastruktur (OC und FB)
 - Bauzustand bzw. Sanierungsstand öffentlicher Gebäude
 - Niveau der Wasserver- und der Abwasserentsorgung
 - Anschluß an die Fernwärme- und Erdgasleitung
 - Anschluß an das Telefonnetz
- 4.2. Wahrnehmung und Bewertung der infrastrukturellen Bedingungen (Bewertungsebene) (FB)
 - Einschätzung der technischen Infrastruktur
 - Einschätzung der Verkehrsbelastung
 - Einschätzung der Ausstattung mit sozialer Infrastruktur
 - Adjektive zur Beschreibung der infrastrukturellen Bedingungen
 - Sehenswürdigkeiten im Ort
 - Wahrnehmung öffentlicher Sanierungsmaßnahmen
 - Feststellung von Ausstattungs- und Sanierungsdefiziten im Ort
 - „Gute-Freund-Frage“ (allgemeiner Indikator auch für andere Dimensionen)
- 4.3. Handlungsmuster bezogen auf infrastrukturelle Bedingungen (Handlungsebene) (FB)
 - Zielorte der Versorgung
 - Bleibe- bzw. Wegzugsabsichten
- 4.4. Mögliche Potentiale
 - Potential Hoher Standard der technischen Infrastruktur
 - Hohe Wohnzufriedenheit
 - Begünstigung von Seßhaftigkeit und Zuzug
 - Potential Gesicherte wohnungsnahe Grundversorgung
 - Hohe Wohnzufriedenheit
 - Begünstigung von Seßhaftigkeit und Zuzug
 - Potential Vorhandensein von Kommunikationsräumen (z. B. Gaststätten, Schulen, Kirchen, Begegnungszentren)
 - Soziale Kontakte innerhalb der Dorfgemeinschaft
 - Ortsverbundenheit
 - Lokale Identität
 - Potential Gute Erreichbarkeit von Zielorten
 - Erleichterung räumlicher Mobilität
 - Begünstigung von Seßhaftigkeit und Zuzug

4.5. Mögliche Defizite

- Fehlende oder mangelhafte soziale und technische Infrastruktur
- Unzureichende ÖPNV-Anbindung

5. Landschaftliche Bedingungen

5.1. Analyse der landschaftlichen Bedingungen (Strukturebene) (OC und FB)

- Veränderung der landschaftlichen Umgebung des Ortes während des aktiven Bergbaus
- Veränderung der landschaftlichen Umgebung des Ortes im Verlauf der Wiedernutzbarmachung der Tagebauflächen
- Aktueller Landschaftszustand
- Auswirkungen des (Sanierungs-)Tagebaus auf den Ort in Vergangenheit und Gegenwart

5.2. Wahrnehmung und Bewertung der landschaftliche Bedingungen (Bewertungsebene) (FB)

- Charakterisierung der landschaftlichen Umgebung
- Wahrgenommene Veränderungen der landschaftlichen Umgebung in Vergangenheit und Gegenwart
- Erwartungen an die zukünftige Bergbaufolgelandschaft
- Einordnung von Deponie und Autobahn in die Bergbaufolgelandschaft
- Sehenswürdigkeiten in der Umgebung des Ortes
- Wahrnehmung von Informationsdefiziten bezüglich des Fortgangs der Tagebausanierung

5.3. Handlungsmuster bezogen auf landschaftliche Bedingungen (Handlungsebene) (FB)

- Teilnahme an Informationsveranstaltungen zur Tagebausanierung
- Informationsaustausch in bezug auf die Tagebausanierung unter Nachbarn
- Beabsichtigte Nutzung der Bergbaufolgelandschaft

5.4. Mögliche Potentiale

- Potential Entstehung einer Erholungslandschaft in Wohnortnähe und regionaler Imagewandel
 - Erhöhung der Attraktivität der landschaftlichen Umgebung
 - Steigerung des Wohnwertes
 - Aufwertung weicher Standortfaktoren
 - Hohe Seßhaftigkeit
- Potential Erlebbarkeit des Landschaftswandels
 - Stärkung regionaler Verbundenheit
 - Imagewandel der Region

5.5. Mögliche Defizite

- Überzogene Landschaftsvernutzung durch Freizeitindustrie
- Befürchtete Verschmutzung des Grundwassers und Beeinträchtigung der Erholungslandschaft infolge der Deponie
- Befürchtete Zerschneidung der Erholungslandschaft infolge des Baus der Autobahn
- Behinderung eines Imagewandels der Region

6. Kommunal–administrative Bedingungen

6.1. Analyse der kommunal-administrativen Bedingungen(Strukturebene)

- Kommunale Zugehörigkeit (OC)
- Finanzlage (OC)
- Fördermöglichkeiten (OC und FB)
- Kommunale Zusammenarbeit hinsichtlich Folgenutzung der Tagebaulandschaft (OC)
- Auswirkungen der Gemeindegebietsreform (OC und FB)

6.2. Wahrnehmung und Bewertung der kommunal-administrativen Bedingungen (Bewertungsebene) (FB)

- Bewertung von Abgaben und Gebühren
- Bewertung der Bürgernähe der kommunalen Verwaltung

6.3. Handlungsmuster bezogen auf kommunal-administrative Bedingungen (Handlungsebene) (FB)

- Inanspruchnahme von Fördermitteln
- Aktivitäten im Zusammenhang mit der Gemeindegebietsreform

6.4. Mögliche Potentiale

➤ Potential Kommunale Zusammenarbeit

- Mögliche Vielfalt an Nutzungsangeboten in der Bergbaufolgelandschaft für die Bewohner mit Blick auf eine möglichst hohe Auslastung der Infrastruktur durch abgestimmte Nutzungskonzepte
- Aufgabenteilung zwischen den Kommunen und innerhalb der Kommunen zwischen den Ortsteilen

➤ Potential Bürgernähe der Verwaltung

- Mit den Bürgern vor Ort abgestimmte Entscheidungen zu öffentlichen Vorhaben
- Förderung „unbürokratischer“, der Ortsentwicklung dienlicher Problemlösungen
- Von den Einwohnern honoriertes Engagement der Kommunalverwaltung

- Potential Solider Finanzhaushalt
 - Solider Finanzhaushalt als Voraussetzung zur Aufstockung des kommunalen Finanzvolumens durch Fördermittel
 - Realisierung von Sanierungsvorhaben
 - Schaffung hochwertiger Kommunikationsräume
 - Verschönerung des Ortsbildes
 - Hohe Wohnzufriedenheit
 - Hohe Ortsverbundenheit und Seßhaftigkeit
- 6.5. Mögliche Defizite
 - Bürgerferne der Gemeindeverwaltung
 - Unausgewogene Flächennutzungsplanung
 - Finanzielle Engpässe, die u. a. das Einwerben von Fördermitteln erschweren
 - Sanierungsdefizite
 - Hohe Wegzugsbereitschaft
 - Behinderung einer abgestimmten Regionalentwicklung aufgrund kommunaler Egoismen

Diese Systematik dient als Basis für die Operationalisierung der sozialen Potentiale und bestimmt des gesamten Forschungsdesign. Die in ihr unterschiedenen Bedingungskomplexe und die darin jeweils enthaltenen Entwicklungskomponenten bilden das Gerüst für die Analyse der spezifischen Revitalisierungsvoraussetzungen in den Tagebaurandgemeinden, deren Ergebnisse in den Ortscharakteristika dargestellt werden, und für die Erhebung der Meinungen der Einwohner mit Hilfe eines Fragebogens. In bezug auf die differenzierten Betrachtungsebenen gilt, daß die strukturelle Ebene der sechs genannten Bedingungskomplexe in erster Linie durch die Ortscharakteristika abgedeckt wird. Die Wahrnehmungs- und die Handlungsebene wurden in der Einwohnerbefragung untersucht. Neben der methodischen Grundlegung schafft die Systematik den Interpretationsrahmen für die Untersuchungsergebnisse.

3. Regionale Ausgangsbedingungen

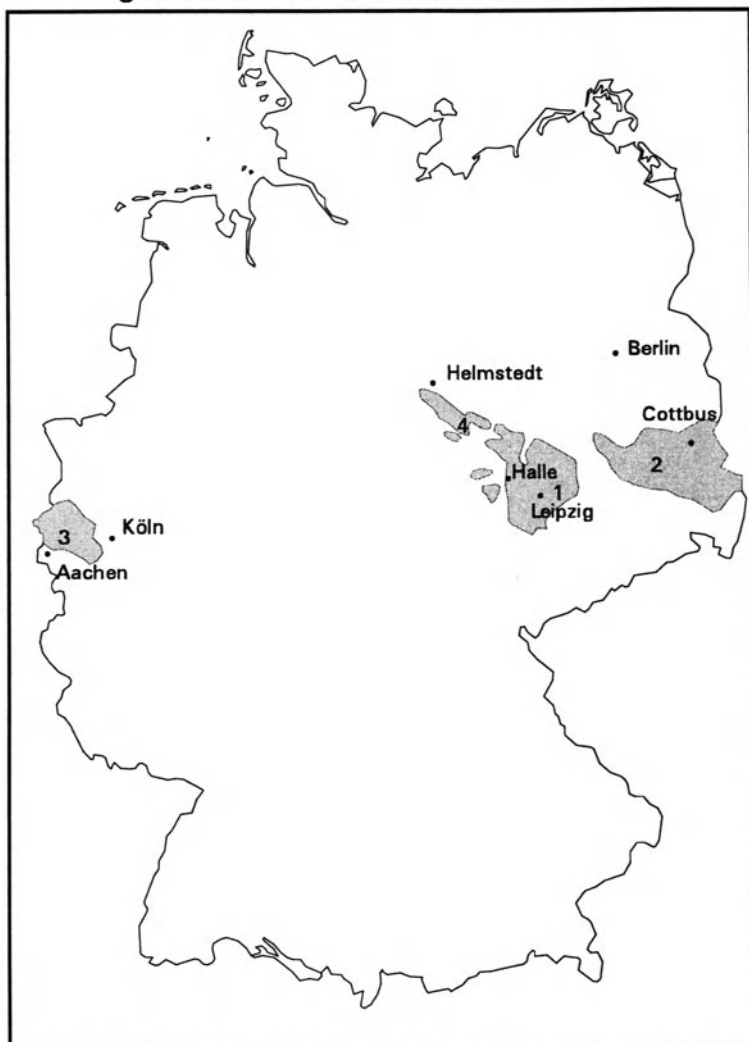
3.1. Das Braunkohlerevier Südraum Leipzig

Der Südraum Leipzig erstreckt sich südlich der Stadt Leipzig auf ein Gebiet von etwa 500 km² bis hin zu den Kleinstädten Borna, Altenburg und Meuschwitz. Damit ordnet er sich administrativ in die Landkreise Leipziger Land (Sachsen) und Altenburger Land (Thüringen) ein. Er macht den größten Teil des Mitteldeutschen Braunkohlereviere aus, welches neben dem Lausitzer, dem Rheinischen und dem Helmstedter Revier eines der vier Braunkohlefördergebiete in Deutschland ist (vgl. Karte 1).

Der Südraum Leipzig ist durch den flächenbeanspruchenden Braunkohleabbau in Großtagebauen geprägt. Die gesamte Abbautätigkeit mit einem Fördervolumen von 3,3 Mrd. t Kohle und 10 km³ Massenbewegung hat zu erheblichen Folgewirkungen geführt. Dazu gehören:

- ein Gesamtflächenentzug von fast 250 km²;
- ein Massendefizit von ca. 3 km³, darunter einzelne Hohlformen mit einer Ausdehnung von 5 bis 15 km² Fläche und Tiefen von 50 bis 100 m;
- massive Reliefveränderungen durch tagebaubedingte Übertiefungen (40 bis 70 m NN) und Bergbauhalden (bis 228 m NN) in unmittelbarer Nachbarschaft sowie die Schaffung tischebener Kippenflächen;
- eine weitreichende Grundwasserabsenkung auf etwa 350 km² Fläche verbunden mit der Zerstörung der ursprünglichen Grundwasserkommunikation;
- die (teilweise) Verlegung und Kanalisierung von Fließ- und Standgewässern;
- die großflächige Abholzung der wenigen Waldgebiete;
- die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen und die Minderung der ursprünglichen Ertragspotentiale nach erfolgter Wiedernutzbarmachung;
- eine Ausdünnung der Siedlungsstruktur und eine Deformierung der verbliebenen Siedlungen infolge der Beseitigung von ca. 70 Ortschaften und der Umsiedlung ihrer etwa 24.000 Einwohner (vgl. Berkner 1993b, S. 37).

Lage der Braunkohlereviere in Deutschland



Braunkohlereviere

- 1 Mitteldeutsches Braunkohlerevier
- 2 Lausitzer Braunkohlerevier
- 3 Rheinisches Braunkohlerevier
- 4 Helmstedter Braunkohlerevier

Karte 1

Bis 1989 waren im Südraum Leipzig neun Förderstätten aktiv.³ Die Verwirklichung aller Abbaupläne wie sie bis Ende der 80er Jahre bestanden, hätte letztlich eine bergbaubedingte Flächeninanspruchnahme von über 70% erfordert (vgl. Berkner 1997, S. 353). Neben den Tagebauen existierten in diesem Raum zahlreiche Braunkohleveredlungsanlagen der Karbochemie, der Brikkettierung und der Energieerzeugung.

Die spezifische Geschichte des Südraums Leipzig ist im Verlauf des 20. Jahrhunderts zunächst durch den Wandel von einer landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft hin zu einer ländlichen Industrieregion mit hoher Umweltbelastung gekennzeichnet. Aufgrund des hohen Schwefel- und Aschegehaltes der Kohle und der mangelhaften Ausstattung der Anlagen mit Umweltschutztechnik waren von ihnen eine außerordentlich hohe Staub- und SO₂-Belastung der Luft und eine erhebliche Kontamination des Bodens und der Gewässer ausgegangen.

Nach dem gesellschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland setzte erneut ein Wandel dieses Raumes ein. Er wird wesentlich durch wirtschaftlichen Niedergang und soziale Erosionserscheinungen bestimmt. So haben die Stilllegung von sechs Tagebauen und die Schließung fast aller Veredlungsstätten - seit 1990 stellten vierzehn Brikettfabriken, drei Schwelereien und elf Kraftwerke ihren Betrieb ein - erhebliche Arbeitsplatzverluste verursacht. Diese konnten nicht kompensiert werden. Extrem hohe Arbeitslosenquoten ließen sich bisher durch den Einsatz besonderer arbeitsmarktpolitischer Instrumente, z. B. Maßnahmen nach §249h des Arbeitsförderungsgesetzes und Vorruhestandsregelungen, vermeiden. Dennoch gehören Einkommenseinbußen und Karrierebrüche zu den einschneidenden Erfahrungen der hiesigen Erwerbsbevölkerung.

Obwohl die Schließung der alten Produktionsanlagen zu einer spürbaren Verminderung der Schadstoffbelastung der Luft geführt hat und inzwischen erste punktuelle Erfolge in der Flächensanierung sichtbar sind, gehören ökologische Schädigungen nach wie vor zu seinen prägenden Merkmalen. Somit ist der Südraum Leipzig bis in die Gegenwart ein Spiegelbild für rücksichtslose Ausbeutung der regionalen Naturressourcen unter Mißachtung traditioneller Wirtschafts-, Landschafts- und Siedlungsstrukturen.

Im Anschluß an die Auskohlung erfolgte eine partielle Rekultivierung der beanspruchten Gebiete und deren Überführung in verschiedene Nachnutzungsformen. Allerdings klappte in den 70er und 80er Jahren die Schere zwischen beanspruchter und rekultivierter Fläche immer mehr auseinander, so daß zu Beginn der 90er Jahre ein Sanierungsdefizit von über 80% bestand.

³ Zu den neun Förderstätten gehörten die Tagebaue Espenhain, Zwenkau, Borna-Ost/Bockwitz, Cospuden, Witznitz, Peres, Groitzscher Dreieck, Schleenhain und Profen-Nord.

Dies stellte eine äußerst problematische Ausgangssituation dar. Die für die Sanierung der Bergbaugebiete zuständigen Entscheidungsträger mußten Problemkonstellationen berücksichtigen, für deren Lösung keine Erfahrungswerte vorlagen.

Nach einer schrittweise vollzogenen Rekultivierung ausgekohelter Flächen kann nicht nahtlos an vorherige Landnutzungsmuster angeknüpft werden. So werden z. B. bei der Bearbeitung wiedernutzbar gemachter landwirtschaftlicher Flächen geringere Ernteerträge erzielt, weil die früheren hohen Bodenzahlen in der Regel nicht wieder erreicht werden. Deshalb wird verstärkt darauf orientiert, Flächen aufzuforsten. Der Südraum Leipzig ist mit 7% Anteil Waldfläche schon immer waldarm gewesen. Durch die Aufforstungen in Bergbaugebieten besteht nun die Chance, den Waldanteil langfristig auf ein Fünftel der Gesamtfläche zu erhöhen und damit das landschaftliche Erscheinungsbild anzureichern (vgl. Tabelle 1).

Während im Falle der Rekultivierung landwirtschaftlicher Nutzfläche noch bis zu einem gewissen Grade an frühere Nutzungsmuster angeknüpft wird, stellt die Umwandlung der verbliebenen Tagebaurestlöcher in Seen einen völligen Wandel früherer Landnutzung dar. So wird durch die Restlochflutung in den Abbauhohlformen eine Wasserfläche von ca. 65 km² entstehen. Das entspricht etwa einer Verachtfachung der jetzigen Wasserfläche bis zum Jahr 2050. Mit der zukünftigen Seenlandschaft ist ein neues Landschaftsbild im Entstehen, das auf keine natürlichen Ursprünge zurückgeht.

Tabelle 1: Flächennutzungsanteile im Südraum Leipzig vor dem Bergbau, in der Gegenwart und nach Abschluß der Gebietssanierung (in Prozent)

Jahr	1900	1993	2050
Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsfläche	10	15	17...18
landwirtschaftliche Nutzfläche	68	48	43...46
forstwirtschaftliche Nutzfläche	8	7	18...22
Wasserfläche	1	4	12...13
Flußauen	13	5	5
Bergbaubetriebsfläche	-	21	-

Quelle: Berkner 1996d, S. 14

Im Zuge der Tagebauausbreitung wurden neben der natürlichen Umwelt auch Teile der baulichen und sozialen Umwelt zerstört. Dies ist an der Devastierung⁴ von Ortschaften und der Entstehung siedlungsleerer Räume festzumachen (vgl. Kabisch 1996). Ein vormals relativ engmaschiges dörfliches und kleinstädtisches Siedlungsnetz wurde durch die großflächige Tagebauausdehnung zerrissen. Im Ergebnis dessen sind Landpfeiler mit Siedlungsbändern

⁴ Devastierung oder Devastation meint Auflösung, Zerstörung. Im hier zu betrachtenden Zusammenhang schließt die Devastierung von Ortschaften deren bergbaubedingte Auflösung und Überbaggerung sowie die Umsiedlung der Einwohner in andere Wohnorte ein.

und Verkehrs- und Versorgungstrassen entstanden. Die Vernetzung der verbliebenen Siedlungen durch ein früher weitverzweigtes Straßen- und Wegesystem ist erheblich reduziert worden. Für die Wohnbevölkerung der Ortschaften in Tagebaurlage verringerten sich damit die Kontaktmöglichkeiten zu Nachbargemeinden. Der Zeitaufwand, um Zielorte zu erreichen, erhöhte sich. Hinzu kamen Staub- und Lärmbelästigungen durch den Tagebaubetrieb, welche die Wohnqualität beeinträchtigten.

Nach den gesellschaftlichen Veränderungen 1990 und der Entlassung aus dem sog. Bergbauschutz haben die Kommunen im Südraum Leipzig begonnen, ihre Revitalisierung in Gang zu setzen. Mit Hilfe staatlicher Förderprogramme und eines hohen Maßes an Eigeninitiative der Bewohner ist es zwischenzeitlich einer Reihe von Gemeinden gelungen, erhebliche Fortschritte in bezug auf die Sanierung und Modernisierung der Bausubstanz sowie die Verbesserung der Infrastruktur zu erzielen. Zahlreiche Gemeinden konnten durch das Aktionsprogramm Ländlicher Raum des Sächsischen Staatsministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten (SML) Unterstützung erfahren. Besondere Aufmerksamkeit wurde in diesem Aktionsprogramm den Gemeinden in Bergbauschutzgebieten entgegengebracht, um hier

„eine beschleunigte Revitalisierung mit ganzheitlichen Dorfentwicklungsmaßnahmen“

in Gang zu setzen. Des weiteren erfuhren solche Dörfer Beachtung,

„die durch die Rndlage am Bergbau massive Ein- und Auswirkungen hinnehmen mußten. Stark ausgeprägte verordnete Restriktionen, Folgeschäden der Grundwasserabsenkung u. a. erfordern ebenfalls Revitalisierungsmaßnahmen“ (SML 1993, S. 12).

Ob diese

„insofern leichter anzugehen [sind], weil noch keine Umsiedlungen angelaufen waren und die dörfliche Struktur zumindest im äußeren Erscheinungsbild noch besser intakt bleiben konnte“ (ebenda),

ist allerdings zu hinterfragen und auf jeden Fall zu differenzieren.

Das Braunkohlerevier Südraum Leipzig weist trotz der großflächigen bergbaubedingten Überformung nach wie vor eine relativ hohe Bevölkerungs- und Siedlungsdichte auf. So ist der Südraum Leipzig nach der Gebietskategorisierung Sachsens als verdichteter Raum im Umfeld des Oberzentrums Leipzig ausgewiesen. Folglich stehen sich hier zwei völlig gegensätzlich geprägte Teilräume gegenüber:

1. Teilräume mit einer hohen Siedlungsdichte konzentriert auf Landpfleilern und Trassenkorridoren und
2. durch den Bergbau verursachte siedlungsleere Teilräume mit Tagebauen und Kippenflächen in einer Ausdehnung bis zu 40 km².

Daraus ergeben sich aktuelle raumordnerische Aufgaben in zwei Richtungen. Zum einen müssen die Entwicklungshemmnisse der existierenden Kommunen aufgehoben werden. Zum anderen sind die siedlungsleeren Räume einer Wiedernutzung zuzuführen und sinnvoll mit den angrenzenden Orten zu vernetzen. Dabei werden insbesondere Wasser- und Waldflächen als Nachnutzungsformen der Tagebaubereiche von besonderer Bedeutung sein. Seitens der Kommunen werden dadurch eine wesentliche Aufwertung der Lebensqualität und eine Verbesserung des regionalen Images erwartet.

Prognosen hinsichtlich zukünftiger Nutzungsänderungen im Südraum Leipzig dürfen den Zeitfaktor nicht vernachlässigen. Die Sanierung und Rekultivierung der Landschaft beansprucht Jahrzehnte, um die Wunden zu heilen. Dagegen können bauliche Aufwertungsmaßnahmen in den Siedlungen bereits kurz- und mittelfristig auf umfangreiche Ergebnisse verweisen.

Die mit der Stilllegung von Tagebauen im Südraum Leipzig begonnenen Sanierungsaktivitäten zu Beginn der 90er Jahre setzten eine politische Regelung bezüglich Rechtsnachfolge und Finanzierung voraus (vgl. Abschnitt 3.2.2.). Zu den vorrangigen Aufgaben der Sanierung gehören Sicherungsmaßnahmen in den hinterlassenen Hohlräumen und Hangstabilisierungen mit Hilfe des Abraums. Die erforderlichen Massenströme müssen gesichert werden, was nur mit Hilfe von Tagebaugroßgeräten zu bewältigen ist. Zugleich sind planerische und gestalterische Entscheidungen hinsichtlich künftiger Nutzungsmuster zu treffen. Mit den masseintensiven Abraumbewegungen im Anfangsstadium der Rekultivierung wird die Landschaftsform in ihren Grundzügen festgelegt und somit maßgeblich über die weitere Landschaftsgestaltung entschieden. Anschließende Korrekturen können nur noch randliche Bereiche betreffen. Im Verlauf der Rekultivierungsbemühungen sind bereits Ergebnisse sichtbar, die insbesondere die künftige Nutzung für Naherholung betreffen. Mit dem 4 km² großen Cospudener See im ehemaligen gleichnamigen Tagebau, dessen Flutung im Jahr 2000 abgeschlossen sein wird, soll ein erstes Beispiel für attraktive wassergebundene Landschaftsgestaltung mit umfangreichen Erholungsangeboten entstehen. Anlässlich der Weltausstellung EXPO 2000 werden hier die Sanierungs- und Rekultivierungsfortschritte in der Bergbaufolgelandschaft demonstriert. Weitere Restlöcher, darunter die beiden im Tagebau Espenhain, werden im Verlauf der nächsten zehn Jahre geflutet sein und für eine Nachnutzung zur Verfügung stehen.

Im Südraum Leipzig wird neben der Rekultivierung der ausgekohlten Bergbauflächen weiterhin der Abbau von Braunkohle in lebenden Tagebauen betrieben. Die im Gesamttraum vorhandenen Restvorräte an Braunkohle belaufen sich auf ca. 6 Mrd. t. Deren Abbau ist allerdings weitgehend durch regionale Schutzgüter blockiert. Aktuell wird in den zwei Felderkomplexen

Vereinigtes Schleenhain und Profen Braunkohle gefördert, hier existieren Abbaup Optionen für einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren.

Die Braunkohle ist nach wie vor ein wichtiger Energieträger, der bisher nicht substituiert wurde. Die Sächsische Staatsregierung orientierte 1994 in den „Leitlinien zur zukünftigen Braunkohlepolitik“ auf eine langfristige Förderung von ca. 15 Mio. t/a im Südraum Leipzig. Das Land Sachsen-Anhalt formulierte in den „Energiepolitischen Grundsätzen“, 20% des Energiebedarfs über Braunkohle abzudecken. So werden im Tagebau Profen, der zwar größtenteils zum Land Sachsen-Anhalt gehört, sich partiell aber auch auf den Südraum Leipzig und damit auf Sachsen erstreckt, jährlich ca. 10 Mio. t Braunkohle gefördert. Die voraussichtliche Flächeninanspruchnahme des Tagebaus Profen umfaßt ca. 16,1 km² Fläche, davon 1,22 km² auf sächsischem Gebiet. Der Tagebau Vereinigtes Schleenhain im Südraum Leipzig wird ca. 18,5 km² Fläche beanspruchen. Die Verstromung der hier geförderten Braunkohle in einer Größenordnung von etwa 10 Mio. t/a erfolgt in dem benachbarten Kraftwerk Lippendorf, dessen Neubau mit modernster Technologie seit 1999 voll funktionsfähig ist.

Der Bergbautreibende hat mit dieser unmittelbaren Kopplung von Kohleförderung und -abnahme eine langfristige Planungssicherheit erhalten. Er ist nun entsprechend den veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet, sofort nach der Auskohlung von Teilbereichen mit der Rekultivierung zu beginnen und diese auf einem qualitativ hohen Niveau zu vollenden. Die Inanspruchnahme von regionalen Schutzgütern wurde auf wenige Ausnahmen reduziert. Aktuelle Konflikte existieren hinsichtlich der beabsichtigten Devastierung der Gemeinde Heuersdorf. Ein konsensgetragenes Umsiedlungsmodell konnte trotz mehrjähriger Verhandlungen bisher nicht gefunden werden (vgl. Kabisch, Berkner 1995, S. 132 f.).

Die Fortsetzung der Braunkohleförderung im Südraum Leipzig in verringertem Umfang war eine politische Entscheidung von strategischer Bedeutung, da sie die Voraussetzung für den Neubau des Kraftwerkes Lippendorf und damit für Investitionen in einer Größenordnung von ca. 5 Mrd. DM darstellte. Dies war die einzige Chance für eine graduelle Erhaltung der Wirtschaftskraft dieses Raumes. Beeinflussend wirkten auch die damit im Zusammenhang erwarteten Arbeitsmarkteffekte.

Hinsichtlich der Erfordernisse der Tagebausanierung stellte die Fortsetzung des aktiven Bergbaus eine Möglichkeit dar, technologische Voraussetzungen hinsichtlich Massenverfügbarkeit und -bewegung zu garantieren und die Kostenbelastung der öffentlichen Hand zu reduzieren. Des weiteren bietet der lebende Tagebau die Möglichkeit, das durch Abpumpen gewonnene saubere Sumpfungswasser zur Flutung ausgewählter Tagebaurestlöcher zu verwenden. Damit können die entstehenden Bergbaurestseen den angestrebten

Nutzungszielen in einem überschaubaren Zeitraum⁵ und in einer akzeptablen Qualität zugeführt werden.

Der Strukturwandel im Südraum Leipzig ist in vollem Gange und die Suche nach wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklungspfaden noch lange nicht abgeschlossen. Die Region hat sich für eine begrenzte Fortsetzung der Braunkohleförderung im Großtagebau entschieden. Dies ist unmittelbar an die Verstromung der Kohle in dem nahegelegenen Kraftwerk gebunden. Darüber hinaus soll das wirtschaftliche Spektrum im Südraum Leipzig künftig durch eine diversifizierte Branchenpalette bestimmt werden, die sich positiv von der vergangenen Monostruktur abhebt.

Zu den Vorzügen der Region gehört das wachsende Angebot an Natur und Landschaft, welches zur Entwicklung attraktiver Wohnstandorte beiträgt. Im Zuge der Gestaltung der neuen Landschaft werden auch kurzfristig Beschäftigungsimpulse gesetzt. Allerdings herrscht Klarheit darüber, daß das große Arbeitsplatzdefizit das Hauptproblem in der Region ist und dieses nicht allein durch landschaftsgestalterische und -pflegerische Maßnahmen behoben werden kann. Insofern wird die Chance für einen grundlegenden Struktur- und Imagewandel, der wirtschaftliche und soziale Tragfähigkeit verspricht, in den langfristigen Wirkungen der Wiedernutzbarmachung der Bergbaufolgelandschaft gesehen (vgl. SL Südraum Leipzig GmbH, 1998).

3.2. Der Tagebau Espenhain in seinen Entwicklungsphasen

3.2.1. Der aktive Tagebau

Der Tagebau Espenhain liegt in der Leipziger Tieflandsbucht im Einzugsbereich der Pleiße und deren Nebenfluß Gösel. Geologisch ist er dem Weißelsterbecken zuzuordnen. In administrativer Hinsicht gehört der Tagebau Espenhain zum Landkreis Leipziger Land im Regierungsbezirk Leipzig. Das Tagebaugelände wird im Norden durch die Ortslagen Markkleeberg und Wachau, im Osten durch Güldengossa und Störmthal sowie im Westen und Süden durch die Bundesstraße B 2, die in ihrem weiteren Verlauf nach dem Abbiegen in westliche Richtung zur Bundesstraße B 95 übergeht, und die

⁵ In dem bereits erwähnten Restloch Cospuden würde der Endwasserstand über 110 m NN ohne Zuführung von Sumpfungswasser erst im Jahr 2035 erreicht werden. Auch in den anderen Restlöchern Zwenkau, Witznitz, Markkleeberg und Störmthal, für die die Flutung durch Sumpfungswasser vorgesehen ist, würde sich ohne diese Maßnahme der Endwasserstand erst ca. 40 Jahre später einstellen (vgl. Lehmann 1997, S. 8).

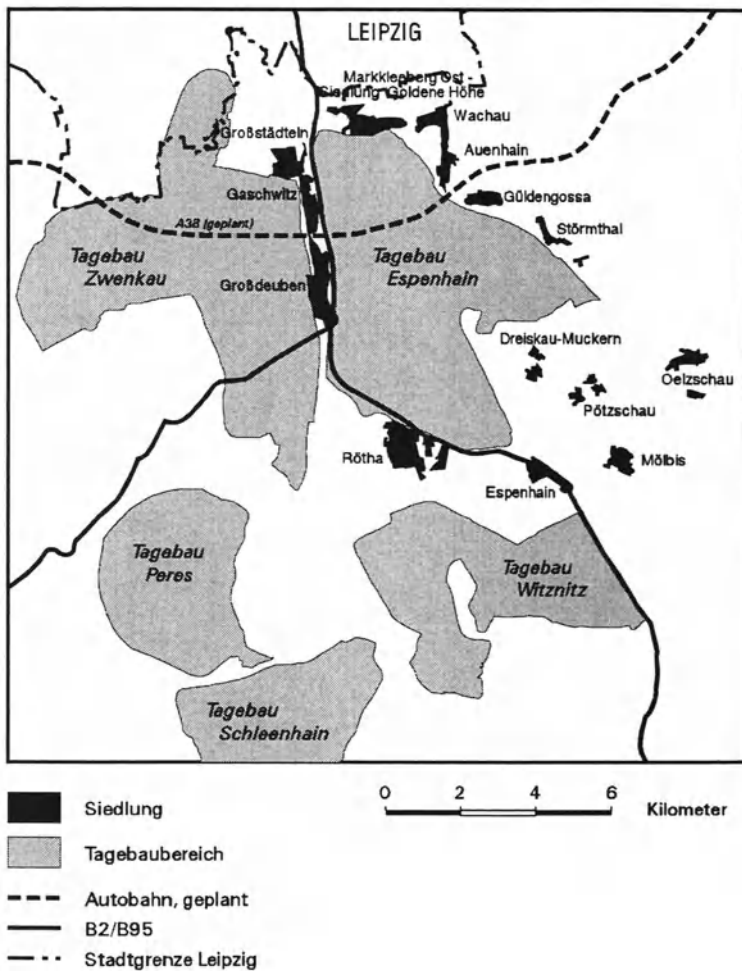
Ortslagen Gaschwitz, Großdeuben und Rötha begrenzt. Im Süden stößt der Tagebaubereich außerdem an die Gemarkungen der Orte Dreiskau-Muckern und Espenhain.

In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich weitere Tagebaue. In östlicher Richtung, nur durch eine Trasse mit Siedlungen und technischer Infrastruktur getrennt, liegt der Tagebau Zwenkau, an den sich in nördlicher Richtung der Tagebau Cosputen anschließt. Südlich des Tagebaus Espenhain erstreckt sich der Tagebau Witznitz (vgl. Karte 2).

Die Aufschlußarbeiten für den Espenhainer Braunkohlentagebau begannen im Juli 1937. Dazu wurde nordwestlich der Gemeinde Espenhain längs der ehemaligen Fernverkehrsstraße 95 ein 2,4 km langer und 800 m breiter Aufschlußgraben angelegt. Die als Abraum bezeichneten, über den Braunkohleflözen gelagerten Deckschichten im Bereich des Aufschlußgrabens umfaßten 87 Mio. m³. In Ermangelung ausreichend großer Restlöcher für diesen bisher unbekannten Massenumfang wurde außerhalb des Tagebaus auf Mölbiser Gemarkung eine Halde geschüttet. Der Abraum wurde im Zugbetrieb über eine Entfernung von sechs bis acht Kilometer transportiert. Dadurch entstand zwischen 1938 und 1948 die Hochhalde Trages, die eine Fläche von 300 ha einnimmt und 68 m hoch ist. In der ebenen Leipziger Tieflandsbucht stellt die herausragende Halde ein landschaftsveränderndes Element dar.

Nachdem die Deckschichten im Tagebau abgetragen worden waren, konnte im September 1940 im Bereich des Oberflözes mit der Kohleförderung begonnen werden. Im Unterflöz wurde ab November 1941 gefördert. Der Aufschluß des Tagebaus wurde so angelegt, daß ein Einsatz einer Abraumförderbrücke zur Kohlegewinnung möglich wurde. Deren Betrieb setzte 1944 ein. Abraumförderbrücken sind etwa 250 bis 600 Meter lange Eisenkonstruktionen, die einen Tagebau überspannen. Auf der Gewinnungsseite wird zunächst der Abraum aufgenommen und über ein Band auf der anderen Seite der Förderbrücke (Kippenseite) wieder abgelagert. Wenn das Kohleflöz erreicht ist, wird der Rohstoff gefördert und meist in Zügen abtransportiert. Auf die bereits ausgekohlten Flächen wird der Abraum verkippt, wodurch die für diese Technologie typischen Abraumförderbrückenkippen (AFB-Kippen), auch Rippenkippen genannt, entstehen (vgl. Steinmetz 1992, S. 5 f.). Die Abraumförderbrücke im Tagebau Espenhain war 590 m lang und verfügte über eine Dienstmasse von 14.000 t. Bis zum Jahr 1972 war sie die größte und leistungsstärkste in der Welt. 1994 wurde die Förderbrücke stillgelegt und im Mai 1997 im Zuge der Tagebausanierung gesprengt.

Der Tagebau Espenhain und benachbarte Tagebaue



Karte 2

Parallel zum Tagebauaufschluß wurde 1940 mit dem Bau des Braunkohleveredlungswerks in Espenhain begonnen, für das der Tagebau die Rohbraunkohle liefern sollte.⁶ Dieses wurde in Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg errichtet und diente neben der Brikett- und Teerfabrikation der Erzeugung kriegswichtiger Produkte zur Versorgung der Armee mit Treibstoff sowie Leicht- und Schwerölen.

Der Tagebau Espenhain ist in mehrere Abbaufelder gegliedert. Die Kohleförderung begann im Feld Espenhain-West und wurde im Schwenkabbau um den Drehpunkt südlich des später abgebaggerten Ortes Magdeborn betrieben. Als die Förderbrücke 1960 die Ortslage Großdeuben erreicht hatte, wurde vom Schwenkabbau auf Parallelabbau umgestellt.⁷ Bis etwa 1975 wurde der Parallelabbau in nördlicher Richtung weiterbetrieben. Eine erneute Umstellung auf Schwenkabbau erfolgte, als der Drehpunkt Magdeborn wieder erreicht war. Mit dem Anfahren der Markscheide südlich von Markkleeberg-Ost (1979) und der Tagebauendstellung westlich der Ortslage Wachau-Auenhain (1981) endete der Abbau im Westfeld.

Ab 1982 begann mit der Durchtrennung und Überbaggerung der alten Fernverkehrsstraße 95 das Einschwenken in das Abbaufeld Espenhain-Ost. Die Förderbrücke wurde weiter nach Süden an den Drehpunkt Gruna verlegt. Dort erfolgte der Abbau im Schwenkverfahren bis zur endgültigen Einstellung der Kohleförderung im Jahre 1993.

Der Umfang der geförderten Kohlemenge im Tagebau Espenhain belief sich auf insgesamt 571,6 Mio. t. Die siebziger Jahre stellten mit einem durchschnittlichen Abbau von 15 Mio. t pro Jahr die Hochphase der Kohlegewinnung dar. Das maximale jährliche Förderniveau wurde 1975 mit 16,1 Mio. t erreicht. Die durchschnittliche Jahresleistung in den achtziger Jahren lag bei 10-12 Mio. t (vgl. MBV 1994, S. 28). Bezogen auf das Gesamtabbaufeld betrug das durchschnittliche Abraum-Kohle-Verhältnis 3:1 bei Tagebauteufen zwischen 60 m und 90 m. Zwei Drittel der Gesamtabraummenge von 1.716 Mrd. m³ wurden mit der Förderbrücke von der Gewinnungs- auf die Kippenseite befördert und als Rippenkippen geschüttet (vgl. Regionaler Planungsverband Westsachsen 1998b, S. 37).

Der Tagebau Espenhain nimmt insgesamt eine Fläche von ca. 40 km² ein. Der großräumige Flächenverbrauch in einer relativ dicht besiedelten Region führte dazu, daß im Zeitraum von 1951 bis 1985 dreizehn Ortschaften bzw.

⁶ 1940 wurde im Braunkohleveredlungswerk Espenhain die erste Brikettfabrik errichtet. 1942 folgten eine weitere Brikettfabrik, chemische Anlagen für die Schwefel- und Rohsäuregewinnung und notwendige Kraftwerksbauten (vgl. Gerdes et al. 1997, S. 59 f.).

⁷ Schwenkabbau wird betrieben, wenn das Abbaufeld nur wenig langgestreckt ist. Dabei werden die Abbaustrossen fächerförmig um einen Drehpunkt aufgestellt. Dagegen eignet sich der Parallelabbau für langgestreckte, rechteckige Abbaufelder. Die Arbeitsstrossen werden entlang der Längsseiten des Abbaufeldes gelegt (vgl. Bischoff et al. 1988, S. 249/306).

Ortsteile aufgelöst und etwa 8.200 Einwohner umgesiedelt worden sind (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Bergbaubedingte Ortsverlegungen und Teilortsverlegungen im Gebiet des Tagebaus Espenhain

Lfd. Nr.	Zeitraum	Ort	Einwohnerzahl
1	1951-53	Geschwitz	545
2	1955-57	Rüben	289
3	1955-57	Stöhma	792
4	1956-63	Großdeuben-Ost	360
5	1957-58	Zehmen	580
6	1963	Kötzschwitz	17
7	1967	Sestewitz	203
8	1967-72	Crostewitz/Cröbern	1.750
9	1974	Markkleeberg-Göselsiedlung	60
10	1974-75	Markkleeberg-Ost	256
11	1976	Vorwerk Auenhain	19
12	1977-80	Magdeborn mit seinen Ortsteilen Tanzberg, Göltzschen, Gruna, Dechwitz und Göhren	3.200
13	1984-85	Rödgen	125

In der Braunkohlelagerstätte Espenhain/Störmthal befinden sich noch erhebliche Restvorräte. Deshalb wäre der Tagebau nach den Planungen der 80er Jahre trotz des sich verschlechternden Abraum-Kohle-Verhältnisses von 3:1 auf zuletzt 5:1 vollständig ausgekohlt worden (vgl. Willms, Staude 1994, S. 9). Im Zuge der geplanten Weiterführung wären im Abbaufeld Espenhain-Störmthal noch sieben Siedlungsverlegungen erforderlich gewesen.⁸ Nach der politischen Wende wurde der Tagebau nicht für die Privatisierung und den Weiterbetrieb in Betracht gezogen, obwohl etwa 400.000 t Kohle im Espenhainer Unterflöz freigelegt waren und die Umsiedlung der Einwohner von Dreiskau-Muckern in vollem Gange war. Auf die Vorräte von insgesamt ca. 500 Mio. t Braunkohle wurde verzichtet. Nachdem 1993 die Stilllegung des Tagebaus und der Erhalt der Ortslage Dreiskau-Muckern entschieden worden waren, lief die Kohleförderung allmählich aus. Der Regelbetrieb wurde im Oktober 1994 eingestellt, nachdem der Abraumförderbrückenverband des Tagebaus seine Arbeit bereits im April des gleichen Jahres beendet hatte.

⁸ Dies betraf die Orte Dreiskau-Muckern (350 EW, ca. 1993), Pötzschau (300 EW, 1997...2000), Oelzschau (500 EW, 2005...2008), Störmthal (750 EW, 2020...2023), Güldengossa (100 EW, ca. 2025), Mölbis (350 EW, ca. 2005), Auenhain (150 EW, ca. 2030) (vgl. Berkner 1991).

In Überlegung war die Aushaltung eines Landpfeilers im Bereich von Störmthal/Güldengossa bei Verzicht auf den Abbau eines Kohlevorrates von ca. 50 Mio. t. Störmthal wäre als Kristallisationspunkt in einer ansonsten völlig siedlungsleeren, großflächigen Folgelandschaft übriggeblieben (vgl. ebenda).

Damit betrug die Flächenbeanspruchung durch den Tagebau Espenhain zum Zeitpunkt 1994 3.972,6 ha (vgl. MBV 1994, S. 10).

Die ab Ende Oktober 1994 geplante vollständige Ruhe trat jedoch noch nicht ein, weil Espenhain für den Zwenkauer Tagebau zur Kohlegewinnung als Ersatz dienen mußte, als dieser 1994 über mehrere Monate umgerüstet wurde. Von ursprünglich 1.600 Bergleuten waren im November 1994 noch 80 verblieben, für die der Umbau im benachbarten Tagebau einen Aufschub des Arbeitsplatzverlustes bedeutete. Am 27. Juni 1996 fuhr der letzte Kohlenzug aus dem Tagebau Espenhain. Die Restkohlegewinnung wurde damit endgültig eingestellt. Mehr als 50 Jahre Kohleförderung im Tagebau Espenhain gingen mit seiner Stilllegung zu Ende.

3.2.2. Der Sanierungstagebau

Vorbemerkung

Die Darlegung der Spezifik des Sanierungstagebaus Espenhain bedarf einer Vorbemerkung hinsichtlich der grundlegenden politischen Regelung der Sanierung der Braunkohlentagebaue in Ostdeutschland. Die Rechtsgrundlage, die Rechtsnachfolge der ehemaligen staatseigenen Bergbaubetriebe wie auch die Finanzierung der Sanierungskosten erforderten prinzipielle Entscheidungen.

Mit der deutschen Wiedervereinigung änderte sich die Rechtsgrundlage für den ostdeutschen Bergbau. Das Bundesberggesetz (BBergG) war nun auch auf den Tagebau Espenhain anwendbar, da dieser zum Zeitpunkt 3.10.1990 in Betrieb war und sein nach DDR-Recht genehmigter technischer Betriebsplan perspektivisch die Fragen der Wiedernutzbarmachung erfaßte (vgl. Müller, Süß 1996, S. 29). Im Paragraphen 55 des Bundesberggesetzes wird der Bergbautreibende zur Wiedernutzbarmachung der von ihm beanspruchten Flächen aufgefordert. Diese bergrechtliche Pflicht übernahm die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV). Diese fungiert als Eigentümerin der nicht privatisierungsfähigen Braunkohlenbetriebe. Damit ist sie sowohl für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den stillgelegten Anlagen und Flächen als auch für deren Wiedernutzbarmachung verantwortlich.

Über die finanziellen Voraussetzungen der Tagebausanierung in Ostdeutschland wurde 1992 in einem Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung ökologischer Altlasten entschieden. Dieses Abkommen verabschiedeten der Bund und die neuen Bundesländer, in denen Braunkohlebergbau existent war. Für die Laufzeit 1993 bis 1997 wurden insgesamt 7,5 Mrd. DM zur Verfügung gestellt, wobei jährlich 1,5 Mrd. DM verausgabt werden konnten. Für den Folgezeitraum fanden neue Verhandlungen statt, die zu

einer Ergänzung des Abkommens für den Zeitraum von 1998 bis 2002 führten. Die finanzielle Größenordnung beläuft sich auf 1,2 Mrd. DM für die jährliche Verausgabung (vgl. Steuerungs- und Budgetausschuß für die Braunkohlensanierung 1999, S. 5).

Das Verwaltungsabkommen basiert auf drei finanziellen Säulen. Dies sind:

- Lohnkostenzuschüsse durch die Bundesanstalt für Arbeit,
- Erlöse durch die Privatisierung der Bergbauunternehmen MIBRAG und LAUBAG⁹ sowie durch den Verkauf von Immobilien,
- der Bund/Länder-Beitrag im Verhältnis 75:25 zur Bereitstellung der Restsumme.

Bis zum Abschluß der ersten Sanierungsetappe Ende 1997 mußten die Sanierungsaktivitäten zwingend auf die Beseitigung bergrechtlicher Sanierungsdefizite konzentriert werden. Dies hatte zum einen zur Folge, daß die im Bergrecht nicht erfaßten Bergbauflächen ohne Rechtsnachfolge (z. B. Altbergbau von vor 1945) in dieser Phase nicht saniert werden konnten. Zum anderen war es nicht möglich, Vorhaben durchzuführen, die über die vom Berggesetz geforderte Grundsanierung hinausgingen. Das bedeutete, daß eine „Rohlandschaft“ hinterlassen wurde, da z. B. bei Füllung eines Restlochs keine Erschließung und Gestaltung für dessen künftige Nutzung als Badensee erfolgen konnte.

Im Zeitraum 1998 bis 2002 werden 5 Mrd. DM wie bisher auf der Basis der drei Säulen bereitgestellt. Der verbleibende Finanzumfang von 1 Mrd. Mark soll auf der Grundlage von zusätzlichen Lohnkostenzuschüssen zustande kommen. Er wird zu einem Drittel vom Bund und zu zwei Dritteln von den Ländern aufgebracht. Damit ist es möglich, zusätzliche Arbeitnehmer zu beschäftigen. Allerdings schmilzt der Umfang arbeitsintensiver Sanierungsaufgaben beträchtlich, so daß ein Teil der Gelder nicht mehr für Lohnkosten in Anspruch genommen wird. Mit diesen (freigewordenen) Mitteln können drei verschiedene Arten von Maßnahmen (§4-Maßnahmen¹⁰) durchgeführt werden:

1. Sanierung von Altbergbauhinterlassenschaften (Bergbau ohne Rechtsnachfolger, z. B. Tiefbaustrecken oder Kleinrestlöcher ohne abgeschlossene Sanierung),
2. Regulierung von Gebäudeschäden durch Grundwasserwiederanstieg (z. B. Vernässungsprobleme in bebauten Gebieten, Altlasten),

⁹ MIBRAG=Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH, LAUBAG=Lausitzer Braunkohlen Aktiengesellschaft

¹⁰ §4 – Ergänzendes Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastensanierung) in der Fassung vom 15.1.95 über die Finanzierung der Braunkohlensanierung in den Jahren 1998-2002 (VA-Braunkohlensanierung) vom 18.7.1997.

3. Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards in Übereinstimmung mit der Landes- und Regionalplanung (z. B. Landschaftsgestaltung, Strandbekiesung, Wegebau, Bepflanzung).

Der Sanierungstagebau Espenhain

Der Tagebau Espenhain ist das größte Sanierungsobjekt im Südraum Leipzig. Das vorrangige Ziel der Maßnahmen zur Tagebausanierung, deren Realisierung voraussichtlich bis zum Jahr 2012 dauern wird, ist die Herstellung der Bergsicherheit und die Schaffung einer akzeptanzfähigen, verhältnismäßig nachsorgefreien und ökologisch ausgewogenen Bergbaufolgelandschaft mit einem landschaftsgerechten Wasser- und Vorflutsystem. Die Sanierungsmaßnahmen beinhalten weiterhin den Rückbau von Betriebsanlagen und -gebäuden, die Beseitigung von Altlasten und die Verwaltung untertägiger Hohlräume.

Die abrupte Stilllegung des Tagebaus sowie die durch die Technologie der Abraumförderbrücke entstandene AFB-Kippenlandschaft stellen schwierige Voraussetzungen für die Sanierung dar. Steile Böschungen müssen abgeflacht und angestützt und die Kippen geebnet und teilweise abgetragen werden. Dadurch ist eine enorme Massenbewegung innerhalb des Tagebaus notwendig. Im Sanierungszeitraum werden etwa 43 Mio. m³ Erdmassen von der Förderbrückenkippe wieder aufgenommen. Sie sind zur Anstützung und Ausformung der Restlochbereiche erforderlich, um den ca. 33 km umfassenden Böschungsbereich des Tagebaus und die ca. 600 ha große Kippenfläche dauerhaft zu sichern.

Hinzu kommt, daß ein beträchtliches Massendefizit besteht. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, daß beim Aufschluß des Tagebaus die Abraummassen zur Halde Trages aufgeschüttet wurden. Sie können nicht mehr aufgenommen werden und fehlen bei der aktuellen Tagebausanierung. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß im Sanierungstagebau Espenhain große Hohlformen zurückbleiben, in denen zwei Bergbauseen entstehen werden. Deren Trennung, die aufgrund hydrologischer Bedingungen unumgänglich ist, erfordert die Schüttung eines Kippendamms, der 22 Mio. m³ Erdmassen umfaßt.

Die Bergbaufolgelandschaft des Tagebaus Espenhain ist entsprechend den unterschiedlichen Sanierungsanforderungen in fünf Planungsbereiche aufgliedert worden. Einen davon bildet die im künftigen Störmthaler See entstehende Insel in der Größe von etwa 60 ha als verbleibender Bestand der AFB-Kippe mit einer Ausgangsfläche von 560 ha (vgl. MBV 1994, S. 89 f.). In bezug auf deren Gestaltung existiert derzeit ein Fortschreibungsbedarf des Sanierungsrahmenplans. Da die Insel aus Lockermaterial besteht, können von ihr bei Wind enorme Staubimmissionen für die nahe gelegenen Gemeinden Güldengossa und Störmthal ausgehen. Zielgerichtete Begrünungsmaßnahmen sind erforderlich, um die Immissionsbelastung einzudämmen. Somit kann die

ursprünglich vorgesehene vollständige Einordnung des Geländes als Sukzessionsfläche nicht beibehalten werden.

Die gesamten Sanierungskosten für den Tagebau Espenhain werden sich auf schätzungsweise 400 Mio. DM belaufen. Bis 1998 wurden nach Angaben der LMBV 215 Mio. DM ausgegeben. Die gegenwärtig realistisch abschätzbare Endsumme wird mit dem genannten Wert erheblich unter dem ursprünglich veranschlagten Finanzaufwand liegen.

Die Sanierungsarbeiten im Tagebau Espenhain werden von der LMBV verantwortet. Die LMBV ist für die Planung der Aufgaben und die Beauftragung von Firmen zuständig. Dazu erfolgt eine Ausschreibung, worauf sich Subunternehmen bewerben können. Seit 1993 steht für die Sanierungsmaßnahmen eine jeweils spezifische Anzahl geförderter Arbeitsplätze nach §249h Arbeitsförderungsgesetz und nach Sozialgesetzbuch III, §272 f. zur Verfügung, die sich jährlich entsprechend den zu bewältigenden Arbeiten verändert (vgl. Tabelle 3). Die geförderten Arbeitnehmer werden durch das Arbeitsamt den Firmen zugewiesen, die konkrete Aufträge im Rahmen der Tagebausanierung übernehmen. Die LMBV wiederum wirkt als Vermittlerin und Kontrollinstitution. Maßnahmebedingt verfünffachte sich die Zahl der geförderten Arbeitsplätze im Sanierungstagebau Espenhain von 1993 bis 1996. Bis 1998 erfolgte eine Reduzierung dieses Niveaus auf ein Drittel. 1999 konnte die Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahr noch einmal verdoppelt werden, bevor sie bis zum Jahr 2001 eine Minimierung erfahren wird.

Tabelle 3: Anzahl der geförderten Arbeitnehmer im Sanierungstagebau Espenhain

Jahr	Zahl der geförderten Arbeitnehmer
1993	69
1994	249
1995	364
1996	337
1997	251
1998	98
1999	197
2000	129
2001	35

(Die Angaben wurden von der LMBV, Länderbereich Westsachsen/Thüringen, im Februar 1999 zur Verfügung gestellt.)

Wie im Tagebau Espenhain, so ist der Arbeitskräftebedarf auch in allen anderen Sanierungstagebauen sukzessive geringer geworden. Während 1995 noch über 3.000 Arbeitnehmer in Sanierungsvorhaben in der gesamten Tagebauregion Südraum Leipzig beschäftigt werden konnten, sank ihre Zahl bis 1998 auf 1.000. 1999 ging sie auf ca. 600 zurück. Bezüglich der spezifischen An-

forderungen in der Tagebausanierung ist im Jahr 2000 mit dem Abschluß der arbeitskräfteintensiven Arbeiten zur Hohlformgestaltung und der Erdbaubewegung zu rechnen.

Die Anforderungen und Ziele bei der Sanierung eines Tagebaus werden in einem durch die Regionalplanung erarbeiteten überfachlichen Plan definiert¹¹. Das als Sanierungsrahmenplan (SRP) bezeichnete Dokument¹² legt die Grundzüge der Oberflächengestaltung und Wiedernutzbarmachung des Tagebaus fest. Dies geschieht in Abstimmung mit den verschiedenen tangierten Fachbehörden sowie mit den betroffenen Kommunen. Der Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Espenhain wurde über mehrere Jahre hinweg erarbeitet und im Dezember 1996 der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde vorgelegt. Im Januar 1998 wurde die Genehmigung erteilt und der Sanierungsrahmenplan als rechtlich verbindlich erklärt. Die Eckdaten zum Verlauf seiner Erarbeitung sind am Ende dieses Kapitels dokumentiert.

Im Sanierungsrahmenplan liegen die Schwerpunkte auf der Beseitigung von Gefährdungspotentialen, der Wiederherstellung eines quasi-natürlichen Gebietswasserhaushaltes sowie der Schaffung einer nachsorgefreien, kommunal akzeptanzfähigen und mit dem Tagebauumfeld vernetzten Bergbaufolgelandschaft. Es stehen also naturwissenschaftlich-technische Aspekte der Landschaftsgestaltung im Vordergrund. Fragen der Ortsentwicklung von Randgemeinden werden demgegenüber nur punktuell betrachtet. So zieht sich die Grenze des Sanierungsgebietes um den Tagebau Espenhain und schließt zusätzlich die Halde Trages sowie die Orte Dreiskau-Muckern und Pötzschau mit umgebenden Flächen ein. Allerdings wird im Sanierungsrahmenplan nur auf die Erhaltung und Revitalisierung von Dreiskau-Muckern eingegangen. Pötzschau findet keine Erwähnung.

Die Planvorstellungen für die Folgelandschaft des ehemaligen Tagebaus Espenhain sind in Karte 3 veranschaulicht. Wesentliche Sanierungsziele sind:

- Der Markkleeberger See und der Störmthaler See

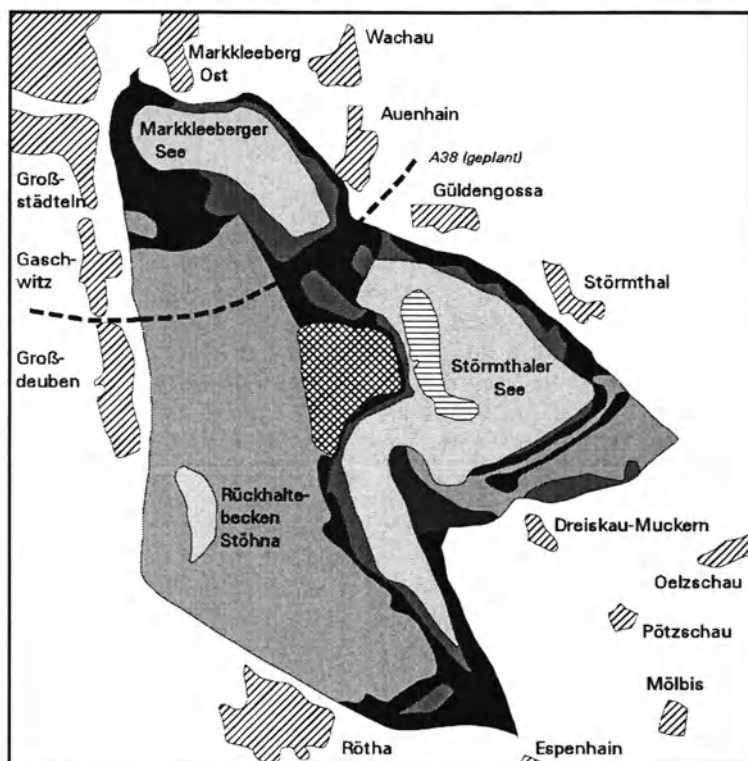
Aus hydrologischen Gründen werden im Tagebaurestloch zwei Seen entstehen. Zu deren Abtrennung ist ein Damm erforderlich, der 1999 fertiggestellt wurde. Die Länge des Damms im Bereich der Restseen beträgt etwa 1.400 m.

Die Flutung des Markkleeberger Sees hat 1999 begonnen und wird im Jahr 2003 beendet sein. Der See soll ca. 2,58 km² groß werden und eine Endwasserspiegelhöhe von 113 m über NN erreichen, das voraussichtliche Volumen beläuft sich auf 65 Mio. m³.

¹¹ Die Erarbeitung erfolgt durch das Referat Braunkohlenplanung der Regionalen Planungsstelle des Regionalen Planungsverbandes Westsachsen.

¹² Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf den Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Espenhain (vgl. Regionaler Planungsverband Westsachsen 1998a).

Folgelandschaft des ehemaligen Tagebaus Espenhain



Quelle: LMBV 1996



Karte 3

Der Störmthaler See wird eine Fläche von ca. 6,66 km² einnehmen, eine Endwasserspiegelhöhe von 117 m über NN besitzen und 155 Mio. m³ Volumen umfassen. Die Seen werden 52 m bzw. 58 m tief sein. Beide Seen erhalten Verbindungen zu Flüssen und Bächen, um einen Überlauf infolge von Wasserspiegelschwankungen zu gewährleisten.

Für die Füllung der beiden Restlöcher wird sauberes Sumpfungswasser aus dem Tagebaubereich Profen (Sachsen-Anhalt) übergeleitet. Damit kann eine hohe Wassergüte garantiert werden, die eine langfristige Nutzung als Badeseen erlaubt.

Der nordöstliche Teil des Markkleeberger Sees ist als Naherholungsgebiet vorgesehen. Die Attraktivität des Gebietes soll zusätzlich durch Gaststätten, eine Uferpromenade mit kleinen Geschäften sowie die bereits vorhandene gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel erhöht werden. Weiterhin sollen ein Ruderbootsverleih sowie ein Campingplatz eingerichtet werden. Um den gesamten See wird ein Rundweg geschaffen, durch die angrenzenden Waldflächen sind Rad-, Reit- und Wanderwege geplant. Das Ausflugsziel Crostewitzer Höhe wird mit Bäumen bepflanzt.

Während der Markkleeberger See neben einigen naturbelassenen Bereichen vorrangig für die Erholungsnutzung vorgesehen ist, trifft dies beim Störmthaler See nur für ausgewählte Bereiche zu. So sollen in der Nähe der Ortslage Störmthal ein Wasserzugang und nördlich von Dreiskau-Muckern ein Strandbereich entstehen. Ein großer Teil des Sees ist als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft geplant. Für den südwestlichen Bereich des Störmthaler Sees besteht die Absicht, einen Segelhafen und ein Wassersportzentrum zu errichten.

- Eine Landbrücke zwischen beiden Seen

Damit zwei Seen entstehen können, mußte ein Damm geschüttet werden. Der Wasserspiegel in beiden Seen wird auf eine unterschiedliche Höhe ansteigen. Die Differenz beträgt voraussichtlich vier Meter. Der geplante Einbau einer Schleuse in den Damm dient der Herstellung einer Verbindung zwischen beiden Seen.

Unter Beachtung der Böschungsneigung im Wasserbereich sind 22 Mio. m³ Erdmassen zur Dammsicherung erforderlich. Dieses große Massenvolumen ist als Last nötig, damit sich die geschütteten Erdmassen schneller verdichten und keine späteren Absenkungen zu befürchten sind. Damit wird der Damm großflächig und erfordert landschaftsgestaltende Maßnahmen, z. B. eine Aufforstung. Das Dammwerk wird 850 bis 1.100 m breit sein. Gegenwärtig sind Diskussionen darüber im Gange, ob der vorgesehene Damm durch Brückenkonstruktionen unterbrochen werden kann, um seine landschaftliche Trennwirkung zu mildern.

Die neue Autobahn A 38, die von der A 9 (Nürnberg-Berlin) zur A 14 (Dresden-Leipzig) verlaufen wird, soll auf dieser Landbrücke entlanggeführt

werden. Die Autobahn ist als Südumgehung der Stadt Leipzig vorgesehen. Der Bauabschnitt von der Bundesstraße B 95 bei Gaschwitz bis zur Staatsstraße S 38 bei Großpösna wird 7 km lang sein. Über insgesamt 3,7 km wird die Autobahn A 38 den Tagebau queren. Die Fertigstellung ist im Jahr 2005 geplant. Der Bau einer Autobahntrasse auf ehemaligem Tagebaugelände erfordert völlig neuartige technologische Lösungen und stellt ein Vorhaben dar, das sich nicht auf vorliegende Erfahrungen stützen kann.

- Die Zentraldeponie Cröbern inmitten des Tagebaus Espenhain¹³

Auf der Suche nach einem geeigneten Standort für eine Deponie war für die Entscheidung, diese im Tagebaugelände zu errichten, die relativ große Distanz zu den nächstgelegenen Siedlungen ausschlaggebend. Die Deponie weist einen hohen technischen Standard auf, der u. a. garantieren soll, daß negative Auswirkungen auf das Grund- und Oberflächenwasser langfristig ausgeschlossen werden können. Eine Reihe von Aufforstungsmaßnahmen sind geplant, um Sicht-, Staub- und Lärmschutz um die Deponie Cröbern zu gewährleisten. Da ein Gleisanschluß vorhanden ist, kann Entsorgungsmaterial auch mit Güterzügen transportiert werden.

¹³ Es handelt sich um einen Teil der Espenhainer Kippe, der (bereits seit 1993) von der Mitteldeutschen Umwelt- und Entsorgungs-GmbH (Mueg) zur Ablagerung von Siedlungs-, Gewerbe- und Industrieabfällen, die auf Hausmülldeponien zugelassen sind, umgebaut wird. Die Deponiefläche nimmt insgesamt 86 ha ein, die Ablagerungshöhe wird ca. 48 m betragen (vgl. Horsch 1997, S. 234). Die Errichtung eines Deponiekörpers auf Kippengelände bedeutete technologisches Neuland in Form besonders hoher Anforderungen an die Standsicherheit und den Grundwasserschutz. Die vorgenommene Basisabdichtung schließt auch bei auflastbedingten Absenkungsbeträgen bis zu drei Meter ein Eindringen von Deponiewässern in den Kippenuntergrund und damit in die Seen nach menschlichem Ermessen aus.

Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens erfolgte 1992, als die Stilllegung des Tagebaus Espenhain noch nicht beschlossen und die Tagebausanierung noch nicht in der jetzigen Form absehbar waren. Laut gültiger Planfeststellung vom April 1995 ist die maximale Jahresmenge an Abfall mit 450.000 t festgeschrieben (vgl. Grundmann et al. 1996, S. 254). Sicherheitsvorkehrungen, Umweltverträglichkeit und Kosten sind auf diese Menge ausgerichtet. 1996 wurde die Kapazität nur zu 48% ausgelastet. Das Problem der Überkapazität von Cröbern ist in erster Linie auf die Ertüchtigung der von der Stadt Leipzig betriebenen Deponie Seehausen zurückzuführen.

Im April 1997 fragten das Regierungspräsidium Leipzig und die Zentraldeponie Cröbern GmbH bei den Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain an, ob diese zwecks besserer Auslastung einer Öffnung der Deponie für überregionale Mülltransporte zustimmen würden. Die Gemeinden sprachen sich gegen ein derartiges Vorgehen aus und forderten ein neues Planfeststellungsverfahren (vgl. Kleine Volkszeitung 13.06.1997, S. 1). Allerdings wurde im November 1997 seitens des Regierungspräsidiums Leipzig mitgeteilt, daß nun die Genehmigung für die Abfallablagerung aus ganz Sachsen vorliegt. Dabei wurde betont, daß die Mengen, die im Planfeststellungsbeschluß bestätigt worden sind, nicht überschritten werden (vgl. Leipziger Volkszeitung 14.11.1997, S. 13).

- Die Vorranggebiete für Land- und Forstwirtschaft

Im westlichen und südwestlichen Teil des ehemaligen Tagebaus Espenhain werden Flächen für die Land- und die Forstwirtschaft ausgewiesen.

- Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege

In Form von Sukzessionsflächen werden im südwestlichen Uferbereich des Markkleeberger Sees und an der Westseite des Störmthaler Sees entsprechende Gebiete abgegrenzt. Des weiteren ist der Störmthaler See selbst weitgehend für die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege vorgesehen.

Die genannten Sanierungsziele sind auf die Entstehung einer Folgelandschaft gerichtet, die vorrangig auf Naherholung orientiert. An der geplanten Seen- und Erholungslandschaft auf dem Gelände und am Rande des ehemaligen Tagebaus Espenhain werden die Gemeinden mit einem unterschiedlichen Flächenanteil partizipieren. In besonderem Maße wird die Gemarkungsfläche von Störmthal durch die Sanierungsmaßnahmen aufgewertet - allein vier Fünftel des neu entstehenden Störmthaler Sees werden sich auf der Gemarkung dieser Ortslage befinden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Gemeinde Störmthal die Gemarkung des devastierten Ortes Magdeborn zugeschlagen wurde.

Sind die ehemaligen vom Bergbau beanspruchten Flächen entsprechend Bundesberggesetz wiedernutzbar gemacht, erfüllen sie die Voraussetzung, aus der Bergaufsicht entlassen zu werden. Die rechtliche Grundlage dafür ist die Antragstellung vom Sanierungsträger an das Bergamt (Berggesetz § 69, Abs. 2 BBergG). Nach der Freigabe stehen die Flächen den Kommunen, auf deren Gemarkung sie sich befinden, wieder vollständig zur Überplanung im Rahmen der Erarbeitung der Flächennutzungspläne zur Verfügung. Die Landflächen werden an die Kommunen selbst oder an private Eigentümer veräußert. Die Gewässer sind entsprechend der Größe und Art ihrer zukünftigen Nutzung in Gewässer I. bzw. II. Ordnung einzustufen und damit entweder dem Land Sachsen oder einer Kommune zu unterstellen. Gegenwärtig ist ihre Einordnung und damit die Entscheidung über die Zuständigkeit für den Gewässerunterhalt noch nicht abschließend geklärt. Voraussichtlich werden die beiden Seen Gewässer II. Ordnung.

Unter Bergaufsicht stehen alle Flächen, die innerhalb der Sicherheitslinie und teilweise auch geringfügig darüber hinaus liegen. Im Tagebau Espenhain wurde die Bergaufsicht bis 1989 bereits für einige Flächen (z. B. für das Stöhmaer Becken¹⁴ östlich von Großdeuben und für die nördlich und östlich

¹⁴ Das Rückhaltebecken Stöhma wurde von 1972 bis 1980 zum Hochwasserschutz vor den Toren der Stadt Leipzig errichtet. Auf 280 ha Fläche ist ein Stauraum von 11,4 Mio. m³ vorhanden. Anlässlich des Hochwassers von 1993 und 1994 wurde das Becken durch die

angrenzenden Flächen) aufgehoben. Danach wurden keine Flächen mehr aus der Bergaufsicht entlassen. Im südlichen Teil dieses Gebietes konnte kürzlich ein hinsichtlich seines Flächenumfangs bislang einmaliges Pilotprojekt durch die Stiftung „Wald für Sachsen“ in Angriff genommen werden. Östlich von Rötha soll auf 74,5 ha Fläche das „Neue Röthaer Holz“ entstehen. Eine erste Baumpflanzaktion im März 1999 war von regem Interesse der Bevölkerung getragen.

Die Sanierung des Restlochs Espenhain vollzieht sich parallel zur Sanierung anderer Tagebaue. Eine Abstimmung hinsichtlich der Nachnutzungsmöglichkeiten ist erforderlich, um die landschaftliche Attraktivität in der Region insgesamt zu erhöhen und zugleich die Herausbildung lokaler Besonderheiten unter Berücksichtigung der jeweils vorgefundenen Standortqualitäten zu befördern.

Eckdaten zum Verlauf der Erarbeitung des Sanierungsrahmenplanes (SRP) für den Tagebau Espenhain

- 06.11.92: *förmlicher Beginn des Planverfahrens* mit dem Beschluß der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Westsachsen auf seiner konstituierenden Sitzung zur Aufstellung von Braunkohlenplänen;
- 12.05.93: *sachliche Einleitung der Erarbeitung des Braunkohlenplanes für den Tagebaukomplex Zwenkau/Espenhain* mit dem Beschluß der Leitlinien;
Erarbeitung des Entwurfes durch das Referat Braunkohlenplanung der Regionalen Planungsstelle;
- 18.08.93: *Vorstellung des 1. Planentwurfes vom 23.07.93* vor dem Braunkohlenausschuß;
damit wurde das Anhörungs- und Beteiligungsverfahren vorbereitet;
- 17.09.93: *Freigabe des Entwurfs für das Beteiligungsverfahren* durch die Verbandsversammlung;
die Freigabe war mit der *Auflage* verbunden, die im Vorentwurf gemeinsam behandelten Tagebaue nunmehr in *selbständigen Planentwürfen für die Tagebaue Espenhain und Zwenkau* zu behandeln;
Hauptursachen für neue Betrachtungsweise:

Talsperrenmeisterei geöffnet. Da das Wasser entgegen den Erwartungen nicht versickert ist, haben sich dort wertvolle Biotope und Vogelbrutstätten entwickelt. 1999 wurde das Rückhaltebecken als Naturschutzgebiet festgelegt.

- die technologische Verknüpfung bei der Sanierung beider Tagebaue war nicht mehr gegeben;
 - im Rahmen der Privatisierung der MIBRAG war zu erwarten, daß beide Tagebaue in unterschiedliche Geschäftsbereiche eingliedert werden (Zwenkau: aktiver Bergbau auf Pachtgrundlage; Espenhain: Restauskohlung und Sanierungsbergbau)
 - für den Tagebau Espenhain bestand ein erheblich größerer Planfortschreibungsbedarf als für Zwenkau;
- 10.11.93-09.12.93: *öffentliche Auslegung des Planentwurfes* in den vom Vorhaben betroffenen Kommunen und in den zuständigen Landratsämtern bei gleichzeitiger Beteiligung von Gebietskörperschaften, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (Äußerungsfrist von 6 Wochen; letzter Tag der Äußerungsfrist 23.12.93);
- Januar 1994: *Zusammenfassung der fristgemäß eingereichten Stellungnahmen*;
(48 Stellungnahmen von Personen und Institutionen, darunter 37 Stellungnahmen mit Hinweisen, 11mal Feststellung von Nichtbetroffenheit und allgemeine Zustimmung zu den Planaussagen; 254 Hinweise wurden in das Material aufgenommen);
- 11.02.94: *Erörterungsverhandlung* (durchgeführt vom Braunkohlenauschuß); ein weitgehender Ausgleich der Meinungen wurde erreicht;
zwei Problemkreise blieben noch offen:
- Deponie Cröbern: die Belange sind im laufenden Planfeststellungsverfahren zu klären;
eine Betreibung ohne störende Wirkungen auf vorgesehene Nutzung in der Bergbaufolgelandschaft ist zu gewährleisten;
 - für die Sanierung der Brückenkippflächen besteht ein großer Fortschreibungsbedarf; deshalb Bildung einer Arbeitsgruppe, die Fortschreibungsgrundlagen bis März 1995 erarbeitet;
- 25.03.94: *Bericht über die Erörterungsergebnisse* an die Verbandsversammlung;
Auftrag an die Regionale Planungsstelle zur *Überarbeitung des Planentwurfes im Sinne der Erörterungsergebnisse*;
Beschuß gefaßt zur *Hinwirkung auf die Planfortschreibung*;
- 27.05.94: *Vorlage des überarbeiteten Planes* zur Beschlußfassung; *Feststellung als Satzung*;
erforderliche Neuauslegung aufgrund veränderter Zielaussagen bezüglich der Nutzung der Bergbaufolgelandschaft - Schwerpunkt: Erhöhung des Waldanteils;
fachliche Überarbeitung des Planentwurfes;

- 24.03.95: *Billigung des überarbeiteten Planentwurfes* durch die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Westsachsen und *Freigabe für das Beteiligungs- und Anhörungsverfahren*;
- 26.06.95-26.07.95: *öffentliche Auslegung des Planentwurfes* bei gleichzeitiger Beteiligung von Gebietskörperschaften, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (letzter Tag der Äußerungsfrist 09.08.95);
(36 Stellungnahmen, darunter 9mal Nichtbetroffenheit oder Übereinstimmung mit den Planaussagen);
- 20.10.95: *Erörterungsverhandlung* (149 Anregungen und Bedenken aufgenommen);
- 11.01.96: *Fortsetzung der Erörterungsverhandlung* (Behandlung vertagter bzw. nicht zum Ausgleich gebrachter Meinungen und Bedenken);
- 11.04.96: *Bestätigung des Protokolls der Erörterungsergebnisse*;
- 14.06.96: einstimmiger Beschluß der Verbandsversammlung über die Bedenken und Anregungen zum Tagebau Espenhain unter der Berücksichtigung der Änderungen;
- 05.09.96: *nochmalige Behandlung des überarbeiteten Planentwurfes* im Braunkohlenausschuß *in Auswertung der Erörterungsergebnisse*; *Vorlage zur Beschlußfassung*;
- 11.10.96: Fassung des Braunkohlenplanes als *SRP für den Tagebau Espenhain* vom 09.08.96 wurde durch die Verbandsversammlung *als Satzung festgestellt*;
- Dezember 1996: *Einreichen des SRP Espenhain zur Genehmigung* bei der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde (Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung);
- 19.1.1998: *Genehmigung des SRP* für den stillgelegten Braunkohlentagebau Espenhain durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung; damit werden die durch den Regionalen Planungsverband Westsachsen unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit aufgestellten Ziele zur Sanierung des ehemaligen Tagebaus rechtskräftig;
- 08.08.1998: *Verbindlichkeitserklärung des SRP*;

3.3. Die Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain – Niedergang und Revitalisierungsversuche

Als Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain werden alle Siedlungen verstanden, die eine der folgenden Merkmalskombinationen bezüglich der Lage zum gleichnamigen Tagebau und der Einordnung in dessen künftiges Abbaufeld, wie es bis Ende der 80er Jahre konzipiert war, aufweisen:

- Sie befinden sich in unmittelbarer Nähe zur Tagebaukante, und ihre Gemarkung stößt an die Tagebaugrenze bzw. ist bereits teilweise vom Tagebau beansprucht worden. Obwohl diese Randgemeinden direkt an den Tagebau grenzen, lagen sie nicht in seinem weiteren Abbaufeld.
- Sie befinden sich in unmittelbarer Nähe zur Tagebaukante, und ihre Gemarkung stößt an die Tagebaugrenze bzw. ist bereits teilweise vom Tagebau beansprucht worden. Im Unterschied zu obigen lagen sie jedoch im künftigen Abbaufeld und besaßen deshalb den Status des Bergbauschutzes.
- Sie befinden sich nicht wie die ersten beiden Gruppen in unmittelbarer Nähe des Tagebaus, und ihre Gemarkung stößt nicht an die Tagebaugrenze. Obwohl sie sich einige Kilometer vom Tagebau entfernt befinden, lagen sie aber im künftigen Abbaufeld und besaßen den Status des Bergbauschutzes.

Es sind demnach Gemeinden, die durch die räumliche Nähe zum Tagebau Espenhain eine Beeinflussung erfahren haben (vgl. Karte 4). Diese ist jeweils spezifisch ausgeprägt. Sowohl die Nachbarschaft zum lebenden Bergbau als auch die zum Sanierungsbergbau und schließlich die zur Folgelandschaft haben differenzierte Wirkungen für die kommunale Entwicklung ausgelöst.

Das Untersuchungsfeld wird durch alle Anliegerkommunen des Sanierungstagesbaus Espenhain gebildet, um eine *Gesamtsicht* auf die Problematik der Revitalisierungschancen von Anrainerkommunen aus der räumlichen Perspektive *eines Tagebaus* zu erhalten.

Die vierzehn Untersuchungsgemeinden sind eigenständige Siedlungskörper. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer administrativen Zugehörigkeit in Stadtteile und in dörfliche Ortsteile (vgl. Tabelle 4).

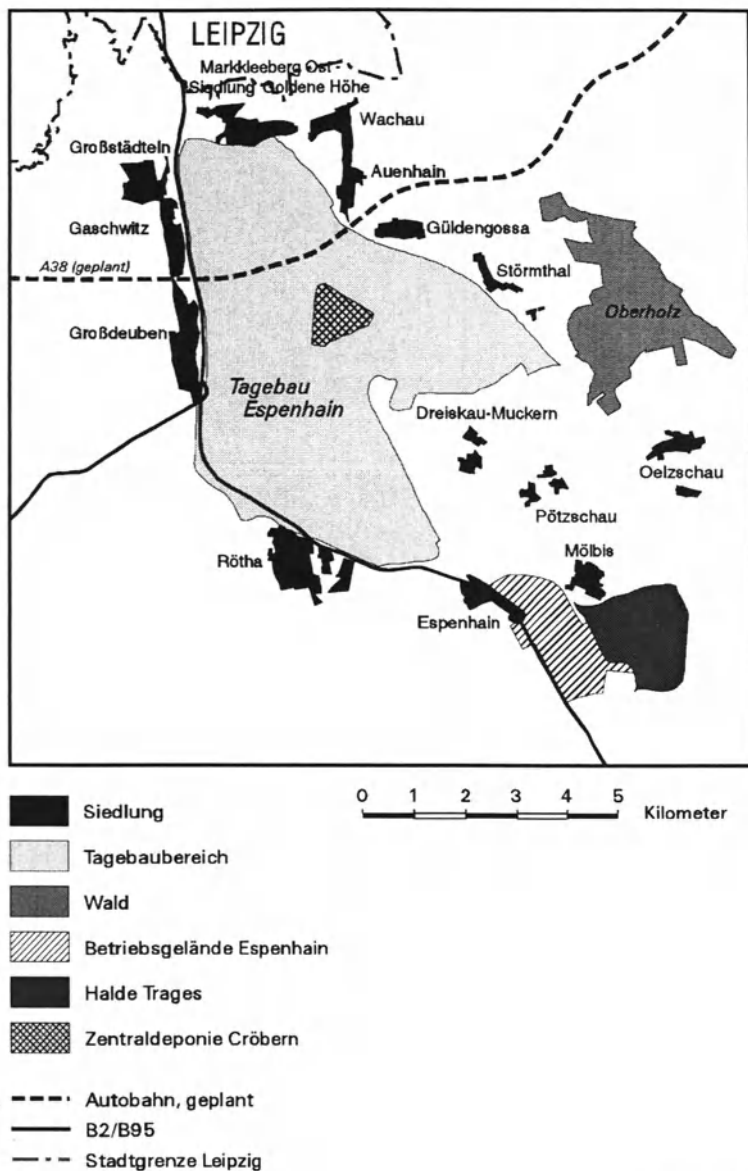
Tabelle 4: Administrative Zugehörigkeit der einzelnen Kommunen

Ort	Administrative Zugehörigkeit
Markkleeberg	Stadtrecht seit 1933, sollte laut sächsischem Stadt-Umland-Gesetz nach Leipzig eingemeindet werden, nach Klage vor dem Sächsischen Verfassungsgericht hat dieses am 18.6.1999 die Eingemeindung für verfassungswidrig und nichtig erklärt
Großstädteln	Markkleeberg seit 1937
Gaschwitz	Markkleeberg seit 1.10.1993
Wachau	Markkleeberg seit 1.1.1994
Auenhain	Wachau seit 1922; Markkleeberg seit 1.1.1994
Güldengossa	Störmthal seit 1.10.1973; Großpösna seit 1.1.1996
Störmthal	Großpösna seit 1.1.1996
Dreiskau-Muckern	Großpösna seit 1.1.1997
Pötzschau	Espenhain seit 1.1.1995
Oelzschau	Espenhain seit 1.4.1996
Mölbis	Espenhain seit 1.1.1999
Espenhain	Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Rötha seit 1.4.1995,
Rötha	Stadtrecht seit dem 13. Jahrhundert
Großdeuben	Böhlen seit 1.7.1997

Einige Ortschaften haben sich erst vor kurzem im Zuge der sächsischen Gemeindegebietsreform mit Nachbarorten administrativ zusammengeschlossen. Mit der Aufgabe der Selbständigkeit und der Abstimmung der kommunalen Interessen können Synergieeffekte hinsichtlich der Umsetzung von gemeinsamen Projekten erreicht werden. Dies trifft beispielsweise für den Straßenbau von Dreiskau-Muckern nach Störmthal und für Aufforstungsmaßnahmen, die in diesen Gemarkungen begonnen wurden, zu. Allerdings können auch Hemmnisse hinsichtlich des kommunalen Engagements seitens der Einwohner entstehen, wenn Eingemeindungen entgegen dem mehrheitlichen Bürgerwillen durchgesetzt werden. Dies ist im Fall von Großdeuben erkennbar. Der Ort ist nach Böhlen eingemeindet worden, obwohl die meisten Bürger für den Zusammenschluß mit Markkleeberg votiert hatten.

Die Geschichte der einzelnen Siedlungen ist während der vergangenen Jahrzehnte wesentlich durch den Bergbau bestimmt worden. Während der Zeit des lebenden Bergbaus und der wirtschaftlichen Wertschöpfung wurde ein umfangreiches Arbeitskräftepotential benötigt. Zuwanderungen aus anderen Regionen waren zu registrieren, die zu Einwohnerwachstum einiger Gemeinden führten und zudem Werkswohnungsbau erforderten, der eine industrielle Überformung der landwirtschaftlich geprägten Dorfstrukturen bewirkte. Ab Mitte der 70er Jahre vollzog sich parallel dazu verstärkt Abwanderung. Sie erreichte Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre ein gravierendes Ausmaß.

Der Tagebau Espenhain und seine Anliegergemeinden



Karte 4

Im ehemaligen Landkreis Borna, der Kernregion des Südraums Leipzig, nahm die Bevölkerung allein im Zeitraum zwischen Ende 1989 und Ende 1991 um rund 5,5% ab (vgl. Berkner 1995, S. 156). Dieser maßgeblich wanderungsbedingte Bevölkerungsrückgang war ein deutlicher Indikator für die sich im Laufe der Zeit permanent verschlechternden Lebensbedingungen in diesem Raum.

Die geringe Lebensqualität wurde durch die Flächeninanspruchnahme des Tagebaus mit seinen Staub- und Lärmemissionen und die zunehmende Umweltbelastung infolge der Verarbeitung der geförderten Kohle in veralteten Anlagen der Karbochemie, der Brikettfabriken und der Kraftwerke verursacht. Hinzu kamen der Verschleiß und der Verfall von Gebäuden und Infrastruktur, die aufgrund der teilweise bereits seit den 70er Jahren geltenden Investitionsbeschränkungen im Zusammenhang mit der sog. Unterschutzstellung der Orte nicht aufgehalten werden konnten. Während dieser Periode war die Tagebaunähe für die Anliegergemeinden insgesamt von negativen Begleiterscheinungen bestimmt.

Nach der Auskohlung von Teilabschnitten des Tagebaus begann zeitlich verzögert und in beschränktem Umfang der Prozeß der Wiedernutzbarmachung. Die Anliegergemeinden existierten am Rande einer weitgehend deformierten Landschaft, deren Betreten verboten und auch real kaum möglich war. Große Bereiche der Umgebung der Gemeinden waren zerstört, und vor allem war unbekannt, wann dieser Zustand eine Änderung erfahren würde. Hinzu kam, daß die Devastierung von Ortschaften und die Durchtrennung des Straßen- und Wegenetzes die vorab bestehenden Kontaktstrukturen zwischen den verbliebenen Ortschaften aufgelöst und gewohnte Versorgungswege außer Kraft gesetzt hatten. Diese über Jahrzehnte andauernden Nachteile führten zu einer erheblichen Minderung des Wohnwerts in den einzelnen Gemeinden und zu einer Imagebeeinträchtigung des gesamten Raumes.

Mit der deutschen Wiedervereinigung hob sich auf der Grundlage des Bundesberggesetzes die DDR-typische sog. bergbauliche Unterschutzstellung für die im geplanten Abbaubereich des Tagebaus Espenhain liegenden Ortschaften formal auf. Die Siedlungen wurden

„aus der Umklammerung des sogenannten Bergbauschutzes entlassen“ (Kabisch 1996, S. 100).

Ihre existentielle Bedrohung infolge bergbaulicher Flächeninanspruchnahme war jedoch noch relevant, weil die Abbaupläne nach wie vor Gültigkeit besaßen. Die Gefahr ihrer Devastierung wurde erst mit dem Stillelegungs- und Sanierungsbeschluß für den Tagebau im Jahr 1993 beseitigt.

Nun war der äußere Anlaß für die Bedrohung ihrer physischen Existenz ausgeräumt. Daraus ergab sich aber noch nicht notwendigerweise das Ende

des Niedergangs der kommunalen Strukturen. Nach der langjährigen Schwächung, welche die Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain erfahren hatten, waren sie ihrer Entwicklungsfähigkeit grundlegend beraubt worden. Der Stop der baulich-infrastrukturellen und sozialen Zersetzungsprozesse und die allmähliche Wiederbelebung der Ortschaften bedurften deshalb innerer Impulse und zusätzlicher Anstöße von außen. Nur unter diesen Voraussetzungen konnte der Revitalisierungsprozeß in Gang gesetzt werden.

Perspektivisch sind für die Anrainerkommunen eine wesentliche Verbesserung der Umweltbedingungen und ein mittel- bis langfristig absehbarer landschaftlicher Attraktivitätsgewinn im Ergebnis der Tagebausanierung und darüber hinausgehender Aktivitäten zur Landschaftsaufwertung (z. B. „Grüner Ring“ um Leipzig¹⁵, Mitteldeutsche Straße der Braunkohle¹⁶) zu erwarten. Im Verlauf der Aktivitäten des intensivierten Sanierungsbergbaus und der Diskussion um die Sanierungsziele konnten bereits konkrete Möglichkeiten der Folgenutzung beschrieben und in einen überschaubaren Zeithorizont eingeordnet werden. Seitdem sind die Kommunen als Partner des Sanierungsunternehmens aufgefordert, ihre Erwartungen an die Folgelandschaft zu formulieren und die offerierten Angebote in Bezug auf die eigenen kommunalen Interessen zu prüfen. Damit ist eine völlige Neuorientierung eingetreten. Erstmals finden die Belange der Anliegerkommunen vorrangige Beachtung. Für die Gemeinden ergeben sich daraus neue und differenzierte Entwicklungsoptionen z. B. hinsichtlich touristischer Potentiale, der Gewerbeansiedlung und der Umweltqualität, die eine schrittweise Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität nach sich ziehen.¹⁷

Der Prozeß der Sanierung ist aufgrund der erforderlichen Massenverlagerungen zur Stabilisierung von Böschungen für einige unmittelbar an die Tagebaukante angrenzende Siedlungen nochmals mit Lärm- und Staubbelastungen verbunden. Insbesondere die Orte Auenhain, Güldengossa und Störmthal sind von Immissionen betroffen, da Absetzer für die Massenverkipfung zeitweilig in einer Entfernung von 200 m zur Wohnbebauung eingesetzt werden müssen. Zur Staubbinderung in der näheren Umgebung werden Maßnahmen wie Zwischenbegrünung und Bodenversiegelung mit Montanwachs durchgeführt. Letzteres verklebt die aufgeschüttete Erde, so daß sie nicht mehr staubt

15 vgl. AG „Grüner Ring“ 1997;

16 vgl. Mitteldeutsche Straße der Braunkohle e.V. 1998;

17 Seit April 1998 existiert eine Arbeitsgruppe zur Schaffung der fachlichen Grundlagen für die Fortschreibung des Braunkohlenplanes als Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Espenhain. In ihr arbeiten die Bürgermeister bzw. die kommunalen Vertreter der Anrainergemeinden des Tagebaus Espenhain, Mitarbeiter des Sanierungsunternehmens LMBV, Vertreter des Regierungspräsidiums Leipzig, des Landratsamtes Leipziger Land und des Regionalen Planungsverbandes Westsachsen zusammen. Während der Treffen in etwa zweimonatigem Abstand werden konkrete Fragestellungen zum Sanierungsverlauf in Abstimmung mit kommunalen Belangen erörtert (vgl. Regionaler Planungsverband Westsachsen, Ergebnisprotokolle).

(zwei Jahre Staubfreiheit werden garantiert). Es ist wasserdurchlässig und für UV-Licht beständig, so daß biologische Vorgänge nicht behindert werden sollen.

Das für den Sanierungsbergbau zuständige Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt,

„Wertvorstellungen ... zur Geltung zu bringen, deren Durchsetzung eine allmähliche Aufhebung der Entfremdung zwischen Mensch und Umwelt ermöglicht und vielmehr eine Identifikation anstrebt. Konkret erfordert die Umwandlung des ehemaligen Bergbaugeländes die Anwendung von Grundsätzen naturnaher Gestaltung, extensive Nutzungsbedingungen und die Schaffung eines breitgefächerten Spektrums von Erholungsmöglichkeiten, die sich in einer Vielfalt von Landschaftsformen und Lebensräumen ausdrücken.“ (Hildmann 1993, S. 61)

Damit werden neue Landschaftsformen angekündigt, die für die Anliegergemeinden eine positive Veränderung und eine Aufwertung ihres näheren und weiteren Umfeldes bedeuten.

Die Ausprägung der lokalen Entwicklungschancen ist wesentlich vom Grad der bergbaulichen Beeinflussung abhängig, der wiederum Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der kommunalen Strukturen hatte. So können die Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain folgenden Gruppen zugeordnet werden:

1. Umsiedlungsgemeinde

Die extremste Form bergbaulicher Einflußnahme kommunaler Strukturen existiert in den Kommunen, deren bergbauliche Inanspruchnahme nach jahrelanger Unterschützstellung unmittelbar bevorstand. In diesem Fall war die Umsiedlung der Bevölkerung bereits im Gange. Die Übernahme der bisherigen Wohngrundstücke bzw. Wohnungen durch den Bergbautreibenden und die Verfügbarkeit von Ersatzwohnraum in einem anderen Ort stellten die Voraussetzungen dafür dar. Die Auflösung und das Verschwinden dieser Kommunen aufgrund des Tagebaufortschritts war zeitlich absehbar. Unter diesen Bedingungen wurden alle dörflichen Strukturen allmählich ausgedünnt, z. B. erfolgte die Reduzierung der infrastrukturellen Ausstattung auf eine Mindestversorgung bis sie fast zum Erliegen kam. Im Untersuchungsgebiet ordnete sich Dreiskau-Muckern mit einer Entfernung von mehreren hundert Metern zum Tagebaurand in die erste Gruppe ein.

2. Bergbauschutzgemeinde

Die zweite Gruppe bergbaubedingt beeinträchtigter Kommunen umfaßt die Orte, deren Gemarkungen entsprechend den bis 1990 gültigen Planungen langfristig für eine bergbauliche Inanspruchnahme vorgesehen und deshalb in die sog. Bergbauschutzgebiete eingeordnet waren. Für die betroffenen Gemeinden bestanden keine Widerspruchsmöglichkeiten gegen eine derartige Festlegung. Die damit verbundenen Entwicklungshemmnisse aufgrund stark

reduzierter Investitionen für den Erhalt und die Erweiterung der Bausubstanz und der Infrastruktur, teilweise über Jahrzehnte anhaltend, haben in diesen Kommunen zu erheblichen Entwicklungsrückständen geführt. Eine Folge davon war der bauliche und infrastrukturelle Verfall. Nur in private Grundstücke durfte seitens der Eigentümer investiert werden, so daß entsprechende Wohngebäude erhalten werden konnten. In sozialer Hinsicht waren der Rückgang der Einwohnerzahl sowie die Überalterung der Einwohnerschaft zu registrieren. Die heranwachsende Generation hatte keine Bleibeperspektive, da Wohnungsneubau nicht genehmigt wurde und sich die Lebensbedingungen permanent verschlechterten. Einige Ortsteile waren bereits bergbaubedingt aufgelöst und deren Bewohner umgesiedelt worden. Die gesamte Entwicklung zog eine Reihe von sozialen Problemen und kulturlandschaftlichen Verlusten nach sich. Im Untersuchungsgebiet traf das zum einen auf Auenhain, Güldengossa und Störmthal zu, deren bebaute Siedlungsfläche unmittelbar an die Tagebaukante angrenzt. Zum anderen gehören Oelzschau, Pötzschau und Mölbis in diese Gruppe. Diese Orte lagen im weiteren Abbaufeld des Tagebaus, ihre Entfernung zum Restloch beträgt 2 bis 4 km.

3. Randlagegemeinde

Die dritte Gruppe umfaßt die Gemeinden in direkter und indirekter Randlage des Tagebaus, auf deren bebautem Siedlungsgebiet kein Braunkohleabbau mehr vorgesehen war. In ihrem Falle wirkten sich verschiedene durch den Bergbau verursachte Lagebedingungen (z. B. Nachbarschaft zu mehreren Tagebauen oder alten Industrieflächen von ehemaligen Betrieben der Braunkohleverarbeitung) nachteilig auf das alltägliche Leben der Bewohner aus. Insbesondere die hohen Lärm- und Staubimmissionen sind als negative Begleiterscheinungen hervorzuheben. Sie führten zur Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität dieser am Tagebaurand gelegenen Wohnorte. Dazu zählen im Untersuchungsgebiet Espenhain, Rötha, Großdeuben, Gaschwitz, Großstädteln, Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Wachau.

Der sichere Fortbestand aller Tagebaurandgemeinden seit 1993 verbunden mit der Wiedernutzbarmachung der Tagebauflächen auf der einen Seite und die soziale und städtebauliche Konsolidierung und Erneuerung sowie darin eingeordnete Revitalisierungsmaßnahmen in den Kommunen auf der anderen Seite hängen eng miteinander zusammen und können einander befördern. Dies zeigt sich bereits darin, daß das Ende der existentiellen Bedrohung der Kommunen infolge der Stilllegung des Tagebaus Espenhain und der zu erwartende Gewinn an landschaftlicher Attraktivität einen Teil der vorab durchaus migrationsbereiten Einwohnerschaft zum Verbleib in ihren Wohnorten veranlaßte und junge Bewohner umliegender Gemeinden zur Ansiedlung in einigen Anliegerkommunen motivierte. Die Stabilisierung und Verjüngung der Einwohnerschaft wiederum trägt zur Überwindung der in der Vergangenheit ausgelösten sozialen Deformationen und somit zur Stärkung

der kommunalen Selbsthilfepotentiale bei und bildet eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiederbelebung der Gemeinden. Die Entwicklungen in der jüngsten Vergangenheit konnten belegen, daß der Forderung entsprochen wurde, relativ

„rasch Zeichen für eine Revitalisierung zu setzen, um die immer noch nicht auszuschließende Entwicklung zu Geisterdörfern abzuwenden“ (Berkner 1993b, S. 47).

Dennoch müssen die Entwicklungsvorstellungen realistisch bleiben, denn der Einwohnerzuwachs wird bei insgesamt sinkender Bevölkerungszahl nicht grenzenlos sein. Hinzu kommt eine gewisse Konkurrenz um Zuwanderung zwischen den Gemeinden.¹⁸

Ein möglicher Attraktivitätsgewinn der am Tagebaurand gelegenen Orte hängt von einer Reihe von Faktoren in den Kommunen selbst (z. B. vom Niveau der baulichen und infrastrukturellen Ausstattung) und darüber hinaus in deren unmittelbarer Umgebung (z. B. von der Nähe zur künftigen Naherholungslandschaft oder von der Nachbarschaft zu Industrie- und Gewerbegebieten) sowie im weiteren regionalen Umfeld (z. B. vom Imagewandel im Südraum Leipzig) ab. Er wird weiterhin maßgeblich davon bestimmt, wie es gelingt, wiedernutzbargemachte Flächen abwechslungsreich voneinander abzuheben und Siedlungsräume funktional und ästhetisch differenziert anzureichern. Die Vernetzung beider Landschaftselemente ist eine Voraussetzung für die Entwicklung vielfältiger, erlebnisreicher und zugleich übergreifender Lebensräume. Je besser dies umgesetzt werden kann, um so spürbarer wird der Zuwachs an Lebensqualität für die Bewohner des Untersuchungsgebietes sein und um so interessanter wird die Region für Besucher.

Obwohl die Tagebaurandgemeinden im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen seit Beginn der 90er Jahre viele Anstrengungen zur Revitalisierung unternehmen, können nicht alle Orte die jahrzehntelang erfahrenen Entwicklungsnachteile kurzfristig überwinden. Die oben beschriebenen negativen Folgen des Braunkohleabbaus und diesbezüglicher weiterführender Planungen im Espenhainer Tagebau wirken auch unter der veränderten Bedingungskonstellation (zumindest partiell und zeitweilig) als Entwicklungshemmnisse bzw. -rückstände. Ein Teil der Kommunen verfügt gegenwärtig noch über vergleichsweise ungünstige Ausgangsbedingungen für die Stabilisierung und Entwicklung ihrer Strukturen.

Zur Kompensation der Entwicklungsnachteile tragen zentrale Förderprogramme bei. Eine Reihe von Kommunen erzielte mit Hilfe staatlicher För-

18 Auf gleichgelagerte Fragestellungen wird im Zusammenhang mit Revitalisierungschancen von Gemeinden im Tagebaug Gebiet Bitterfeld-Muldestausee hingewiesen. Auch hier ist die geplante Rekultivierung der Tagebaufolgelandschaft mit einem Wandel zu einer attraktiven Siedlungs- sowie großräumigen Erholungs- und Kulturlandschaft verbunden (vgl. Engerer 1997, S. 19).

dermittel bereits beachtliche Fortschritte in der Sanierung und Modernisierung der Bausubstanz und der Verbesserung der Infrastruktur, so daß sich ihr Erscheinungsbild mitunter bereits eindrucksvoll gewandelt hat (vgl. Kabisch, Funck 1997, S. 152).

Die Realisierung der auf die Kommunen und Tagebaubereiche gerichteten verschiedenartigen Zielvorstellungen wird sich schrittweise, zugleich aber auch parallel und verknüpft vollziehen. Und sie wird sich über einen langen Zeitraum erstrecken, denn neben bereits kurzfristig wirksamen Revitalisierungs- und Sanierungsmaßnahmen werden Entscheidungen getroffen, deren Ergebnisse sich erst mittel- bis langfristig zeigen.

Zu beachten ist, daß insbesondere die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft entscheidend von natürlichen Prozessen beeinflußt wird, die im Zuge der Tagebausanierung in Gang kommen, und auf deren Verlauf der Mensch nur begrenzt Einfluß nehmen kann (z. B. Wiederherstellung eines quasi-natürlichen Grundwasserregimes).

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß alle Anliegergemeinden aufgrund der Nachbarschaft zum Tagebau Espenhain Beeinträchtigungen und Entwicklungshemmnisse in Kauf nehmen mußten. Diese begründen bis in die Gegenwart hinein einen Nachholbedarf. Allerdings unterscheidet sich die bergbauliche Beeinflussung der Orte in ihrer Art und Intensität. Entsprechend der jeweiligen kommunalen Ausgangssituation sind die Revitalisierungserfordernisse und -chancen differenziert zu bestimmen.

4. Zur Methodik der Untersuchung

4.1. Festlegung des Forschungsdesigns

Als *Untersuchungsgebiet* wurden die Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain ausgewählt (vgl. Karte 4). Die Gründe dafür waren sowohl inhaltlicher als auch forschungspraktischer Art. Durch die Festlegung auf *einen* Tagebau mit allen seinen Randgemeinden sollte die unterschiedliche bergbauliche Betroffenheit der Gemeinden bei ansonsten gleichen regionalen Rahmenbedingungen erfaßt werden. Dabei boten sich die Randgemeinden des Tagebaus Espenhain als Untersuchungsorte an, da sie in ganz unterschiedlicher Weise vom Braunkohleabbau betroffen waren bzw. sind (Bergbauschutz, Umsiedlung, Lage zwischen zwei Tagebauen u. a.) und darüber hinaus unterschiedliche Siedlungstypen repräsentieren (Dörfer, Industriegemeinden, städtische Wohnvororte, Kleinstädte). Hinzu kommt, daß für einzelne Gemeinden bereits eigene Untersuchungsergebnisse vorlagen (vgl. Kabisch 1991; Bischoff, Kabisch, Linke 1994; Funck 1996).

Entsprechend der Zielstellung, die Lebensbedingungen in den Tagebaurandgemeinden objektiv zu erfassen und deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung durch die Einwohner zu ermitteln, um Revitalisierungspotentiale zu erkunden, wurden zwei methodische Herangehensweisen gewählt:

1. Ortscharakteristik (Sekundäranalyse)

Für die Analyse der örtlichen Lebensbedingungen wurden umfangreiches regionalspezifisches Informationsmaterial ausgewertet und Expertenbefragungen durchgeführt. Die Sekundäranalyse beinhaltet

- die Auswertung statistischer Daten (Sozialstruktur, Erwerbsleben und Pendlerverhalten, Gewerbestruktur, Gebäude- und Wohnungssituation, Finanzsituation der Gemeinden),
- die Auswertung von Literatur und unveröffentlichten Manuskripten (Ortschroniken),
- die Auswertung der kommunalen und regionalen Pläne und Programme,
- Expertengespräche mit Vertretern der Gemeindeverwaltungen und anderen lokalen Akteuren,
- die kontinuierliche Auswertung der lokalen Presse und
- Ortsbegehungen.

Die Ergebnisse wurden für jede einzelne Untersuchungsgemeinde in einer Ortscharakteristik dargestellt. Diese bildete die Grundlage für die Ableitung von Thesen zur zukünftigen Entwicklung des Ortes. Eine Fotodokumentation der lokalen Gegebenheiten sowie der Tagebauentwicklung ergänzt die Analysen.

2. Empirische Erhebung

Zur Ermittlung der Wahrnehmung und Bewertung der örtlichen Lebensbedingungen durch die Bewohner wurde eine empirische Erhebung als schriftliche Befragung der Einwohner mit einem halbstandardisierten Fragebogen konzipiert. Sie stellte die Hauptmethode in der soziologischen Untersuchung dar. In Ergänzung dazu wurden einzelne biographische Tiefeninterviews geführt.

4.2. Zur Einwohnerbefragung

Das Ziel der Einwohnerbefragung bestand darin, die Wahrnehmung und Bewertung der örtlichen Lebensbedingungen durch die Bewohner zu erfassen. Daraus sollten Rückschlüsse auf die wahrgenommene Attraktivität des Wohnortes, die Zufriedenheit mit den Wohn- und Lebensbedingungen sowie den Grad der Ortsbindung gezogen und die vorhandenen sozialen Entwicklungspotentiale abgeleitet werden. Die Ergebnisse der Ortscharakteristika dienten der Strukturierung des Erhebungsinstruments. Es wurde ein personenbezogener Fragebogen konstruiert, der neben den zielorientierten Fragen zur Zufriedenheit mit den Wohn- und Lebensbedingungen, zum sozialen Leben im Ort sowie zu den Folgen und Chancen der Tagebaurandlage die Erhebung der sozialstrukturellen und wohnbiographischen Angaben zur Person beinhaltet.

Mit der schriftlichen Befragung sollte ein großer Teil der Einwohnerschaft erreicht werden, um die sozialen Potentiale vor Ort möglichst umfassend zu ermitteln. Es wurde deshalb festgelegt, alle Haushalte mit einem Fragebogen zu versorgen, so daß von einer Vollerhebung auf Haushaltsebene gesprochen werden kann. In jedem Haushalt sollte eine erwachsene Person den Fragebogen ausfüllen. Weitere Vorgaben für die Personenauswahl innerhalb des Haushaltes wurden nicht gegeben, so daß es sich auf der Personenebene um eine willkürliche Stichprobenauswahl (vgl. Diekmann 1995, S. 328) handelt.

Eine nicht unerhebliche Schwierigkeit bereitete die Ermittlung der Haushaltszahlen, da für die meisten Untersuchungsorte keine aktuellen statistischen Daten vorlagen. Deshalb wurde auf die Angaben aus der Gebäude- und Wohnungszählung im Freistaat Sachsen von 1995 (im folgenden abgekürzt: GWZ 1995) (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1997)

sowie auf die Angaben der Deutschen Post AG zurückgegriffen. Dadurch konnte die Zahl von 6.500 Haushalten im Untersuchungsfeld bestimmt werden.

Für die Durchführung der Befragung stellte sich das Problem, wie diese umfangreiche Grundgesamtheit mit Fragebögen zu versorgen war. Unter der Maßgabe der zur Verfügung stehenden finanziellen und zeitlichen Kapazitäten und dem Ziel, einen möglichst hohen Rücklauf zu erzielen, wurde eine Kombination von zwei Verteilungsvarianten festgelegt. In sechs Untersuchungsgemeinden mit insgesamt 4.600 Haushalten wurde der Fragebogen per Post zugestellt. Er sollte anschließend von den Bewohnern in einem beiliegenden Briefumschlag kostenlos zurückgeschickt werden. In den anderen acht Untersuchungsorten (mit 1.900 Haushalten) übernahmen Projektmitarbeiter die Verteilung des Fragebogens an jeden Haushalt. Zu einem gemeinsam vereinbarten Zeitpunkt wurde dieser wieder abgeholt. Es wurde darauf geachtet, daß sich keine der beiden Verteilungsformen auf eine bestimmte Gruppe von Orten (vgl. Abschnitt 3.3.) konzentrierte, um eine systematische Verzerrung des Rücklaufs zu vermeiden. Die Erhebung fand im Januar und Februar 1998 statt.

Der erarbeitete Fragebogen wurde vor seinem Einsatz einer kritischen Diskussion mit Fachwissenschaftlern sowie regionalen Akteuren unterzogen. Dazu erging im Oktober 1997 eine Einladung zu einem Workshop u. a. an die Bearbeiter des sozioökonomischen Teilvorhabens des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten LENAB-Verbundprojekts in der Niederlausitzer Bergbaufolgelandschaft¹⁹. Daneben waren Vertreter aus fachrelevanten Institutionen anwesend.

Außerdem wurde der Fragebogenentwurf mit dem Ziel der weiteren fachwissenschaftlichen Überprüfung dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim zur Verfügung gestellt und mit Mitarbeitern diskutiert.

Für den Pretest konnten Personen in einigen Untersuchungsgemeinden, die unterschiedliche Problemlagen repräsentieren, gewonnen werden. Die Ergebnisse des Pretests bestätigten die Anwendbarkeit des Fragebogens in der konzipierten Form.

Um die Akzeptanz und damit den Erfolg der Befragung zu gewährleisten, wurde eine sehr frühzeitige und intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Bereits ab September 1997 wurde in der Lokalpresse (Kleine Leipziger Volkszeitung) sowie in den Amtsblättern der Untersuchungsgemeinden (Markkleeberger Stadtnachrichten, Rundschau - Amtsblatt der Gemeinde Großpösna, Amtsblatt für Böhlen, Rötha, Espenhain und Mölbis, Amtsblatt

¹⁹ LENAB=LEitbilder für NATurnahe Bereiche, Forschungsverbund Niederlausitzer Bergbaufolgelandschaft

Landkreis Leipziger Land) über das Forschungsprojekt berichtet und die bevorstehende Befragung angekündigt. Im Dezember und Januar erfolgten die Vorstellung des Forschungsanliegens und die Ankündigung der Befragung in den öffentlichen Sitzungen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Ortschaftsräte aller Untersuchungsorte. Die Bürgermeister und Gemeindevertreter bekundeten ein großes Interesse an der Untersuchung und deren Ergebnissen und sagten ihre Unterstützung zu. Im Januar 1998 wurde ein Informationsblatt in den öffentlichen Schaukästen der Gemeinden ausgehängt.

Etwa eine Woche vor Befragungsbeginn erhielten die Haushalte in den Untersuchungsgemeinden per Post ein Ankündigungsschreiben. Darin wurden das Ziel der Befragung und die Zustellung des Fragebogens per Post oder durch einen Mitarbeiter angekündigt, und es wurde um die Beteiligung an der Befragung gebeten.

Die Deutsche Post AG wurde beauftragt, die Fragebögen Ende Januar 1998 in sechs Untersuchungsorten als Postwurfsendung an alle Haushalte zu verteilen. Dem persönlichen Überbringen der Fragebögen ging eine Schulung der Projektmitarbeiter voraus. Diese beinhaltete die Verdeutlichung der Ziele und Fragestellungen des Forschungsprojektes, die Charakteristik der einzelnen Untersuchungsgemeinden, die Vorstellung des Fragebogens, die Darstellung der Vorgehensweise bei der Verteilung und der Abholung der Fragebögen sowie Informationen zu den Bestimmungen des personenbezogenen Datenschutzes. Jeder Mitarbeiter wurde schriftlich verpflichtet, den Datenschutz zu gewährleisten.

Die gewählten Verteilungsvarianten führten zu unterschiedlich hohen Rücklaufquoten. Damit bestätigen sich vorliegende Erfahrungen hinsichtlich der Ergebnisträchtigkeit einer persönlichen Verteilung und Abholung der Fragebögen einerseits und der postalischen Verteilung und des Rücksendens im Briefumschlag andererseits. Insgesamt liegen 1.619 auswertbare Fragebögen vor, was einer Quote von 25% entspricht.

In den Orten, die von der Post versorgt worden waren, liegt der Rücklauf bei durchschnittlich 14%, er muß als gering eingestuft werden. Im Vergleich dazu weist eine Befragung von 1996 zum Wanderungsverhalten in Leipzig und dessen Umland, bei der die Fragebögen ebenfalls als Wurfsendung verteilt worden waren, eine durch die Verantwortlichen als gut bewertete Rücklaufquote von 20% auf (vgl. empirica 1996).

Dagegen beträgt die Ausschöpfungsquote in den Orten mit persönlicher Verteilung der Fragebögen im Durchschnitt 51%. Dieser Rücklauf ist als sehr hoch einzuschätzen und zeugt damit von dem Erfolg dieser Verteilungsform sowie vom hohen Bürgerinteresse an der Befragung. Der höchste Rücklauf wurde in Störmthal mit 75% aller Haushalte erzielt. Extrem niedrig ist dagegen der Rücklauf in Dreiskau-Muckern. Dies ist im Zusammenhang damit zu

sehen, daß der Ort sehr stark im Lichte der Öffentlichkeit steht und dort in der Vergangenheit bereits mehrere Befragungen stattgefunden haben. Deshalb war die Bereitschaft der Einwohner geringer, über sich und ihren Ort Auskunft zu geben. Hinzu kam, daß in Dreiskau-Muckern Zustellfehler auftraten. Dies führten zu Irritationen unter den Einwohnern, was die Mitarbeit beeinträchtigte.

Tabelle 5: Rücklaufquote in den einzelnen Untersuchungsorten in Abhängigkeit von der Verteilungsvariante (Rücklauf in Prozent)

postalische Verteilung in	Anzahl der Haushalte	Rücklauf	persönliche Verteilung in	Anzahl der Haushalte	Rücklauf
Rötha	1.458	15	Großdeuben	488	46
Großstädteln	1.400	10	Markkleeberg-Ost	551	56
Gaschwitz	441	21	Auenhain	127	46
Wachau	226	25	Güldengossa	130	58
Oelzschau	291	17	Störmthal	128	75
Espenhain	715	13	Dreiskau-Muckern	115	30
			Pötzschau	140	47
			Mölbis	216	46
Summe bzw. Durchschnitt	4.531	14		1.895	51

In der Erhebung wurde auch die Bereitschaft zu einem weiterführenden Gespräch zur untersuchten Problematik ermittelt. Mit 279 Befragten (17%) haben sich erstaunlich viele zu einem Tiefeninterview bereit erklärt und Namen und Adresse bzw. Telefonnummer angegeben. Auch dieses Ergebnis bestätigt, daß die in der Befragung angesprochenen Themen auf sehr großes Interesse der Bewohner gestoßen sind.

Als Kriterium zur Überprüfung der Repräsentativität der Gesamtstichprobe wurde die Altersstruktur gewählt, da hier Vergleichsdaten für die Grundgesamtheit vorliegen. Zunächst ist festzuhalten, daß sich erwachsene Personen aller Altersklassen an der Befragung beteiligt haben. Der genaue Vergleich in den einzelnen Altersgruppen macht auf geringfügige Differenzen zwischen der Grundgesamtheit und der Gesamtstichprobe aufmerksam. Die größte Abweichung findet sich in der jüngsten Altersgruppe 18-24 Jahre in Höhe von 6%. Damit stellt die Gesamtstichprobe ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit bezogen auf das Merkmal Alter dar.

Die Erfassung der Daten aus den Fragebögen erfolgte anhand eines Kodierplanes in einer Datendatei des Statistikprogramms SPSS 7.5 für Windows. Nach der Eingabe wurden die Daten einer Fehlerkontrolle unterzogen und in

einer Gesamtdatenbank sowie in vierzehn Einzeldateien für die jeweiligen Untersuchungsorte gesichert.

Die Schwerpunkte und die Zielrichtung der Datenanalyse wurden entsprechend dem theoretischen Projektzugang in einem Auswertungsplan festgelegt, der im Laufe der Analysearbeiten eine Weiterentwicklung und eine Konkretisierung erfuhr.

Die Auswertung der Daten erfolgte zunächst für jeden Ort. Anschließend wurden die Ergebnisse der einzelnen Orte miteinander verglichen. Als Bezugsebene zur Bewertung der Analyseergebnisse auf Ortsebene wurde die Gesamtstichprobe herangezogen. Zur Interpretation der Befragungsergebnisse wurde auf die Ortscharakteristika zurückgegriffen, um die Resultate in den lokalspezifischen Rahmen einzuordnen und zu beurteilen.

Die computerunterstützte Datenanalyse folgte drei Schritten. Der erste Schritt bestand in der deskriptiven Auswertung der einzelnen Verteilungen (univariate, deskriptive Datenanalyse). Dazu wurden die Häufigkeitstabellen erstellt sowie die statistischen Maßzahlen für die Mittel- und Streuungswerte bei entsprechendem Skalenniveau (arithmetisches Mittel, Median, Standardabweichung, Schiefe und Steilheit der Verteilung) errechnet.

Im zweiten Schritt wurden verschiedene Verfahren zur Datenreduktion angewandt. Zahlreiche Variablen wurden gruppiert, z. B. die metrische Variable „Alter“. Der Datenreduktion diente ebenfalls die Bildung von Indizes. Es wurden ein Bildungsindex, ein Index für die Beschreibung des sozioökonomischen Status nach der Stellung im Beruf (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik 1993, S. 136), ein Index für die Bewertung der lokalen Ausstattungsmerkmale sowie ein Nähe-Distanz-Index im Verhältnis zu den Nachbarn (vgl. Bamberg 1997, S. 96 f.) errechnet.

Der dritte Schritt der Datenanalyse bestand in Subgruppenanalysen mit Hilfe von Kreuztabellen sowie Signifikanztests (bivariate, z. T. multivariate, konfirmative Analysen). Das Ziel war, innerhalb der Befragten einzelne Gruppen zu bilden, die sich hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale und des Antwortverhaltens statistisch bedeutsam voneinander unterscheiden.

Für die Auswertung der offenen Fragen genügte in vielen Fällen eine einfache Auszählung der Häufigkeiten. Antworten, die ausführlichere Beschreibungen enthielten, wurden nach inhaltlichen Kategorien zusammengefaßt.

5. Das Leben am Tagebaurand - Empirische Befunde und Ableitung von Gemeindetypen

Im folgenden wird die vergleichende Betrachtung und Bewertung der Befragungsergebnisse aus den vierzehn Gemeinden ($n=1.619$) vorgenommen. Die jeweiligen ortsbezogenen Befunde werden in Form einer Zusammenschau diskutiert, um typische Eigenschaftsausprägungen und -kombinationen auszuweisen und Typen von Gemeinden zu identifizieren. Daran schließt sich eine Ableitung der wesentlichen Entwicklungspotentiale für typenspezifische Revitalisierungsprozesse an. Im Rahmen der Vorstellung der Befragungsergebnisse werden zu deren Illustration exemplarische Antworten auf offene Fragen zitiert. Die Auswahl repräsentiert typische Meinungsäußerungen von Bürgern der jeweils betrachteten Untersuchungsgemeinde.

5.1. Sozialstrukturelle Charakteristik

Zunächst wird die Sozialstruktur der Befragten auf der Ebene der Gesamtstichprobe dargestellt und mit Daten aus der amtlichen Statistik bzw. mit anderen zugänglichen empirischen Erhebungen verglichen. Anschließend werden Quervergleiche zwischen den Teilstichproben auf Ortsebene gezogen und die Untersuchungsorte auf der Grundlage ihrer sozialstrukturellen Merkmale typisiert.

5.1.1. Sozialstruktur der Befragten in der Gesamtstichprobe

An der Befragung haben sich mit 55,8 Prozent überdurchschnittlich viele Männer beteiligt. Wird die Geschlechterverteilung in der Erhebung mit der im Landkreis Leipziger Land im Jahr 1997 verglichen, in welcher Frauen und Männer zu gleichen Teilen vertreten sind (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998), so tritt die höhere Beteiligung der Männer um so deutlicher hervor. Eine Erklärung dafür bietet das haushaltsbezogene Auswahlverfahren. Die Fragebögen wurden an die Haushalte verteilt, welches Mitglied diesen jedoch ausfüllt, war der Entscheidung des Haushalts überlassen. Da die meisten Untersuchungsorte dörflich geprägt sind, wirkt sich vermutlich die hier vorherrschende traditionelle Stellung des Familienvaters bzw.

Ehegatten als Haushaltsvorstand aus, der die Vertretung der Familie nach außen hin übernimmt.

In Tabelle 6 werden die Altersstruktur der Gesamtstichprobe und die aller Untersuchungsgemeinden gegenübergestellt. Der Vergleich zeigt, daß in der Gesamtstichprobe die Altersgruppe der unter 30jährigen unterdurchschnittlich vertreten und die mittlere Altersgruppe der 30- bis 64jährigen leicht überrepräsentiert sind.

Tabelle 6: Anteil der Altersgruppen in der Gesamtstichprobe im Vergleich zur Altersstruktur in den Untersuchungsgemeinden (Angaben in Prozent)

Altersgruppe	Gesamtstichprobe	Untersuchungsgemeinden
18-29 Jahre	9	17
30-49 Jahre	42	38
50-64 Jahre	30	25
65 Jahre und älter	19	20

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Ausgewählte Strukturdaten 1998
Die Gesamtstichprobe umfaßt n=1.595 Befragte, die Angaben zu ihrem Alter gemacht haben.

Zur Erfassung der Familienstruktur wurde in der Befragung nicht nur der offizielle Familienstand (verheiratet, geschieden, verwitwet, ledig), sondern auch die tatsächliche Lebensform (z. B. verheiratet, getrennt lebend, ledig, in Partnerschaft lebend) erfragt. Das ergab acht mögliche Antwortkategorien, die sich zu partnerschaftlichen und nicht-partnerschaftlichen Lebensformen zusammenfassen ließen. Die Kombination von Familienstand und Lebensform bietet den Vorteil, daß eine Vergleichbarkeit mit den in offiziellen Umfragen und Statistiken verwendeten Kategorien des Familienstandes möglich ist. Zugleich spiegelt das Konzept der Lebensformen die aktuellen Lebensverhältnisse adäquater wider.¹

Über drei Viertel der Befragten leben mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammen (78%). Sie sind in der Regel verheiratet, nur wenige leben ohne Trauschein in einem Haushalt. Letztere sind überwiegend jüngere Leute mit einem Altersdurchschnitt von 30 Jahren.

Zum Vergleich werden die amtliche Statistik für das Land Sachsen und die Stadt Leipzig herangezogen (vgl. Statistisches Jahrbuch des Freistaates Sachsen 1998; Stadt Leipzig 1998). In der Untersuchungspopulation sind über zwei Drittel der Befragten verheiratet (70%), sieben Prozent geschieden, neun Prozent verwitwet und die verbleibenden vierzehn Prozent ledig. Im Landesdurchschnitt von Sachsen ist der Anteil der Verheirateten deutlich geringer und der Anteil der Ledigen deutlich höher. In der Großstadt Leipzig stellen die Ledigen sogar mehr als ein Viertel der Bevölkerung über 18 Jahre.

¹ Zum Konzept der Lebensformen vgl. Niemeyer, Voit 1993.

Nur die Hälfte der erwachsenen Einwohner von Leipzig ist verheiratet (53%). Die relativ geringe Anzahl der Ledigen in der Gesamtstichprobe ist zum einen auf die geringere Beteiligung der unter 30jährigen an der Befragung zurückzuführen. Zum anderen ist es für Gemeinden in Stadtnähe typisch, daß hier vorzugsweise Familien wohnen.

Ein Drittel der Befragten lebt mit Kindern zusammen, die jünger als 18 Jahre sind. Dies ist ein vergleichsweise hoher Anteil, wenn berücksichtigt wird, daß der Altersdurchschnitt bei 50 Jahren liegt und in den meisten Haushalten demzufolge die Kinder schon über 18 Jahre alt sind bzw. nicht mehr im Haushalt der Eltern leben. Ähnliche Werte weisen der Mikrozensus auf der Ebene des Landes Sachsen (38%) sowie die amtliche Statistik für die Gesamtbevölkerung der Stadt Leipzig (32%) auf.

Die Dominanz der partnerschaftlichen Lebensform wirkt sich auch auf die Haushaltsstrukturen aus. Über ein Drittel der Befragten lebt in einem Zweipersonenhaushalt (39%), und knapp die Hälfte wohnt in Haushalten mit drei und mehr Personen (45%). Dagegen machen die Einpersonenhaushalte nur einen Anteil von 16 Prozent der erfaßten Haushalte aus.

In bezug auf den Schulabschluß dominiert in der Gesamtstichprobe die mittlere Reife, d. h. 40% haben die 10. Klasse beendet. Ein Viertel hat die Schule nach der 8. bzw. 9. Klasse verlassen, und nur wenige (5%) können gar keinen Schulabschluß vorweisen. Ein weiteres Viertel verfügt über die Hoch- bzw. Fachhochschulreife. Bei den Schulabschlüssen ist ein enger Zusammenhang mit dem Alter zu erkennen.² So sind es vor allem die älteren Befragten, die eine zeitlich kürzere Schulausbildung (bis 8./9. Klasse) durchlaufen haben. Ihr Altersdurchschnitt liegt bei 62 Jahren. Dagegen beträgt das Durchschnittsalter der Befragten mit einer mittleren bzw. hohen schulischen Bildung 44 Jahre.

Der berufliche Werdegang ist überwiegend von einer betrieblichen Lehre bzw. einer Facharbeiterausbildung geprägt (42%). 29 Prozent der Befragten haben eine Fachschule besucht oder sich weiter zum Meister ausbilden lassen. Die Hochschule hat ein Viertel der Befragten besucht und abgeschlossen.

Der schulische und der berufliche Ausbildungsabschluß wurden zu einem Index zusammengefaßt, der ein wichtiger Indikator für den Vergleich des Qualifikationsniveaus zwischen den Untersuchungsgemeinden ist. Die Punktwerte des Index reichen von 0 (= kein Schul- und Berufsabschluß) bis 6 (= Abitur und Hochschulabschluß bzw. Fachabitur und Fachhochschulabschluß). Der Durchschnittswert für das Qualifikationsniveau der Gesamtstichprobe beträgt 3,6. Ein Viertel aller Befragten verfügt über ein hohes, etwa zwei Drittel besitzen ein mittleres und ca. 10% ein niedriges Qualifikationsniveau.

2

Der Chi-Quadrat-Test weist einen höchst signifikanten Zusammenhang auf ($p=0,000$).

53% der Befragten in der Gesamtstichprobe sind erwerbstätig. Sie arbeiten als Angestellte (54%) oder Arbeiter (29%). Immerhin 15 Prozent sind beruflich selbständig. In einem Beamtenverhältnis zu stehen ist die Ausnahme (2%). Die nicht erwerbstätigen Befragten sind zu zwei Dritteln Rentner und Frührentner sowie zu einem Viertel arbeitslos. Nur wenige von ihnen befinden sich in Ausbildung und Umschulung, im Wehr- oder Zivildienst oder im Erziehungsurlaub.

Die Berufstätigen sind in den verschiedensten Wirtschaftszweigen beschäftigt. Den größten Beschäftigungseffekt hat zum Zeitpunkt der Untersuchung der Dienstleistungssektor. Zwei Drittel der Erwerbstätigen (65%) sind in öffentlichen und privaten Dienstleistungsunternehmen tätig. Dazu zählen der Wirtschaftszweig Bildung/Gesundheit/Soziales (16%), die öffentliche Verwaltung (10%), der Handel (9%), die unternehmensbezogenen (6%) und sonstigen Dienstleistungen (10%), die Banken und Versicherungen (4%), das Nachrichtenwesen und der Verkehr (7%) und das Gastgewerbe (3%). Außerdem spielen das Baugewerbe und das Handwerk eine wichtige Rolle. Etwa ein Fünftel (21%) der erfaßten Erwerbstätigen arbeitet in den zwei letztgenannten Bereichen. Die Landwirtschaft, der Bergbau und die Industrie haben ihre frühere Bedeutung im Zuge des wirtschaftlichen Transformationsprozesses vollkommen eingebüßt, während vor der Wende knapp die Hälfte der erwerbstätigen Befragten in einem dieser drei Sektoren beschäftigt war. Im Jahr 1998 ist es nur noch ein Sechstel. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Umstrukturierung und Diversifizierung nach der Wende haben zahlreiche Personen die Branche gewechselt. Ein erheblicher Anteil der Gesamtstichprobe wurde aber auch arbeitslos. Außerdem ist eine relativ große Zahl der Befragten verrentet worden, wobei viele von ihnen die Möglichkeit der Frühverrentung genutzt haben. Von denjenigen, die 1989 in der Landwirtschaft, im Bergbau oder in der Industrie tätig waren, steht 1998 nur noch die Hälfte im Erwerbsleben. Die anderen sind inzwischen Rentner bzw. Frührentner und arbeitslos. Der Anteil an Arbeitslosen entspricht in etwa der Rate im Landkreis Leipziger Land (10%, bezogen auf die Gesamtbevölkerung über 18 Jahre).

Was die berufliche Stellung anbelangt, so sind die meisten Befragten als qualifizierte Angestellte (24%) und hochqualifizierte Angestellte (21%) oder als Facharbeiter (19%) tätig. Anhand der Skala von Hoffmeyer-Zlotnik (vgl. 1993) wurde die berufliche Stellung nach dem Grad der Handlungsautonomie, d. h. der beruflichen Entscheidungskompetenz, unterschieden. In der Gesamtstichprobe ist festzustellen, daß die niedrige und mittlere berufliche Stellung (Facharbeiter, Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit) annähernd gleich, die höheren beruflichen Stellungen (Selbständige, hochqualifizierte Angestellte) dagegen stärker vertreten sind. Letzteres ist insbesondere auf den vergleichsweise hohen Anteil an Selbständigen (13,7%) zurückzuführen.

Über extrem niedrige oder extrem hohe Handlungsautonomie im Beruf verfügen dagegen nur wenige.

Das Einkommen gilt als weiterer Indikator für die Messung des sozioökonomischen Status. Obwohl die Erhebung auf einer Personenstichprobe basiert, wurde das Einkommen auf Haushaltsebene ermittelt. Damit ist es einerseits möglich, Aussagen über die finanzielle Situation des gesamten Haushaltes zu treffen und andererseits eine Vergleichbarkeit mit vorhandenen Daten aus der Leipziger Bürgerumfrage 1997 (vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 1997, S. 107) herzustellen.

Unter dem Haushaltsnettoeinkommen sind die Einkommen aller Haushaltsmitglieder sowie sonstige staatliche Leistungen (Kindergeld, Rente etc.) zu verstehen, die einem Haushalt monatlich zur Verfügung stehen.³

82 Prozent der Befragten haben ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen angegeben. Angesichts des hohen Tabuisierungsgrades der persönlichen finanziellen Situation erstaunt der hohe Anteil derjenigen, die Auskunft über das Einkommen erteilten. Ein Vergleich der Einkommenslage ist unter Berücksichtigung der Haushaltsgrößen sinnvoll. Die unteren Einkommensgruppen bis 2.000 DM sind in den Tagebaurandgemeinden bei allen Haushaltsgrößen stärker vertreten als in der Stadt Leipzig. Des weiteren ist der Umfang der Haushalte mit einem Einkommen über 5.000 DM in der Gesamtstichprobe etwas geringer. Insgesamt zeigt sich, daß der Anteil der Haushalte mit höherem Einkommen in der Stadt Leipzig tendenziell stärker vertreten ist. Es gibt allerdings keine extremen Unterschiede zwischen beiden Teilgruppen, so daß von einer durchschnittlichen Einkommenslage der Haushalte im Untersuchungsfeld gesprochen werden kann.

Die anschließende Tabelle 7 gibt einen zusammenfassenden Überblick zu ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Gesamtstichprobe.

3

In der Frageformulierung wurde der Begriff „Haushaltsnettoeinkommen“ vermieden, da er ausschließlich an die Summe der Nettolöhne der Haushaltsmitglieder erinnert, nicht jedoch andere Einkünfte wie Kindergeld, Wohngeld etc. assoziiert. Es wurde deshalb danach gefragt, wieviel Geld der Haushalt ohne den Abzug fester Kosten wie beispielsweise der Miete monatlich zur Verfügung hat.

Tabelle 7: Sozialstrukturelle Merkmale der Befragten in der Gesamtstichprobe (n = 1.619)

Merkmale	Gesamtstichprobe	
	Zahl der Befragten	Anteil in Prozent ¹
Männer	900	55,8
Frauen	713	44,2
18- bis 24-jährige	43	2,7
25- bis 34-jährige	278	17,4
35- bis 44-jährige	344	21,6
45- bis 54-jährige	266	16,7
55- bis 64-jährige	360	22,6
65- bis 74-jährige	214	13,4
75- bis 92-jährige	90	5,6
in Partnerschaft lebend ²	1.243	77,8
nicht in Partnerschaft lebend	354	22,2
1-Personen-Haushalte	256	15,9
2-Personen-Haushalte	627	38,9
3- und 4-Personen-Haushalte	643	39,9
5- und 6-Personen-Haushalte	81	5,0
Haushalte mit mehr als 6 Personen	4	0,3
Haushalte ohne Kind ³	1.057	66,7
Haushalte mit 1 Kind	305	19,2
Haushalte mit 2 Kindern	183	11,6
Haushalte mit 3 und mehr Kindern	39	2,5
ohne Berufsabschluß/mit Teilabschluß	66	5,1
Lehre/Facharbeiter	630	41,0
Fachschule/Meister/Techniker	433	28,2
Fachhochschule/Hochschule	359	23,4
Berufstätige	826	52,6
Arbeiter/innen	238	28,8
Angestellte	123	53,6
Selbständige	443	14,9
Beamte	22	2,7
in Ausbildung befindlich ⁴	32	2,0
Arbeitslose	175	11,1
Früh- und Altersrentner/innen	478	30,2
aus anderen Gründen nicht erwerbstätig	21	4,0
monatliches Haushaltsnettoeinkommen ⁵ :		
unter 1.000 DM	46	3,5
1.000 DM bis unter 2.000 DM	254	19,1
2.000 DM bis unter 3.000 DM	340	25,6
3.000 DM bis unter 4.000 DM	316	23,8
4.000 DM bis unter 5.000 DM	187	14,1
5.000 DM bis unter 6.000 DM	84	6,3
6.000 DM und mehr	101	7,6

¹ Abweichungen von 100% erklären sich durch nicht dargestellte weitere Kategorien.

² Hier wurden zusammenlebende Verheiratete sowie Ledige, Verwitwete und Geschiedene, die in einer partnerschaftlichen Lebensform wohnen, zusammengefaßt.

³ Kind bzw. Kinder unter 18 Jahren;

⁴ einschließlich Umschüler;

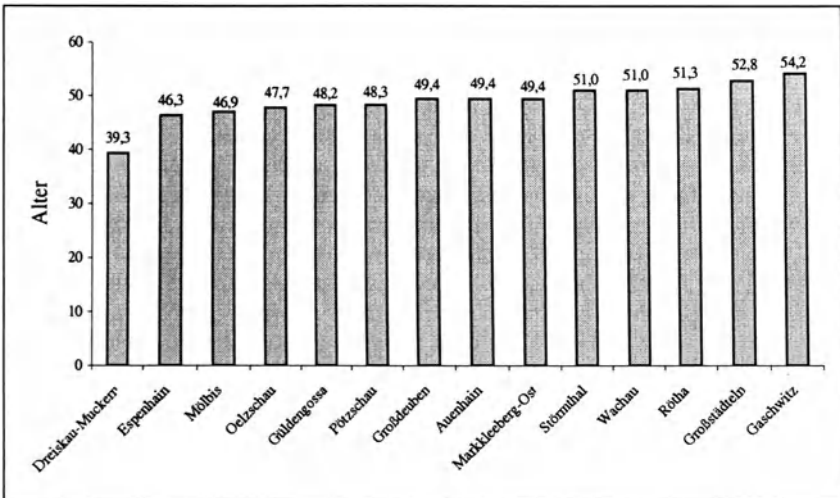
⁵ 291 Befragte (18%) gaben darüber keine Auskunft.

5.1.2. Sozialstruktur der Befragten im Vergleich der Untersuchungsgemeinden

Das Geschlechterverhältnis in den Teilstichproben variiert stark. Am höchsten ist der Männeranteil in den dörflichen Gemeinden, unter denen Gülden-gossa mit 68% an der Spitze steht.

Was das durchschnittliche Alter der Befragten anbelangt, so weichen die Teilstichproben nur unwesentlich von der Gesamtstichprobe ab, die einen Altersdurchschnitt von 49,7 Jahren verzeichnet. Eine Ausnahme stellt Dreiskau-Muckern dar, das aufgrund des hohen Zuzugs junger Familien generell eine sehr junge und homogene Altersstruktur aufweist (39,3 Jahre).⁴

Diagramm 1: Durchschnittsalter der Befragten



Zur Erfassung des sozioökonomischen Status der Befragten wurden das Qualifikationsniveau (=Bildungsindex), die berufliche Stellung nach dem Grad der Handlungsautonomie sowie das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erhoben.

Das Qualifikationsniveau der Befragten in den einzelnen Untersuchungsgemeinden bewegt sich zwischen den Mittelwerten von 3,3 bis 4,1. In Espenhain streuen die Beobachtungswerte am wenigsten ($s=1,29$) und in Oelzschau am meisten ($s=1,75$). Damit ist das Oelzschauer Sample relativ heterogen, d. h. innerhalb dieser Teilstichprobe polarisieren sich ein höheres und ein

4

Die Homogenität bezüglich der Altersstruktur kann anhand der Standardabweichung ermittelt werden. Sie ist in der Teilstichprobe Dreiskau-Muckern am niedrigsten ($s=12,3$).

niedrigeres Qualifikationsniveau. Im Unterschied dazu verfügen in Espenhain die meisten Befragten über ein Qualifikationsniveau, das dem Durchschnittswert dieser Teilstichprobe entspricht.

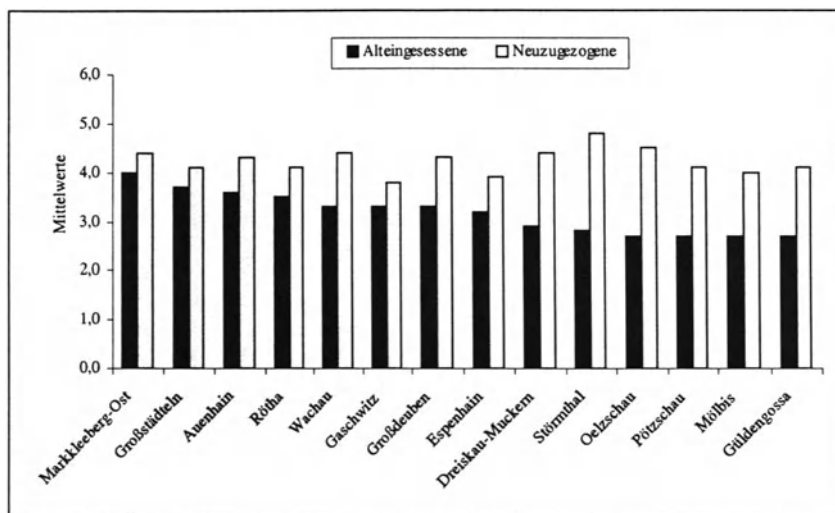
Im folgenden wird geprüft, ob sich die Alteingesessenen in bezug auf das Qualifikationsniveau von den Neuzugezogenen unterscheiden (vgl. Diagramm 2). Als Alteingesessene werden die Einwohner bezeichnet, die bereits vor 1990 im jeweiligen Untersuchungsort gelebt haben. Die Neubürger sind erst 1990 und später hierher gezogen. Wird zunächst nur die alteingesessene Bevölkerung betrachtet, so zeigen sich zwischen den Orten bezüglich des Qualifikationsniveaus signifikante Unterschiede.⁵ Es lassen sich drei Gruppen bilden:

1. Gemeinden, für deren Befragte ein relativ hoher Bildungsindex (4,0 bis 3,5),
2. Gemeinden, für deren Befragte ein mittlerer Bildungsindex (3,3 bis 3,2),
3. Gemeinden, für deren Befragte ein relativ niedriger Bildungsindex (2,9 bis 2,7) ermittelt wurde.

Zur ersten Gruppe gehören die Gemeinden Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Großstädteln, in denen eher städtische Merkmale herausragen. Auch Auenhain und Rötha sind nach dem Zuordnungskriterium „Qualifikationsniveau“ hier einzufügen. In die zweite Gruppe lassen sich die Gemeinden Gaschwitz, Espenhain und Großdeuben einordnen, in denen die Erwerbstätigen in hohem Maße auf die Braunkohleindustrie orientiert waren. Und zur dritten Gruppe zählen die Dörfer östlich des Tagebaus von Dreiskau-Muckern bis Güldengossa. Letztere sind wiederum die Gemeinden, die durch den Tagebaufortschritt bedroht waren und dadurch starke Migrationsverluste zu verzeichnen hatten. Jüngere und höher Qualifizierte waren in überdurchschnittlichem Maße abgewandert.

⁵ Mit Hilfe einer einfaktoriellen Varianzanalyse konnte festgestellt werden, daß zwischen den Alteingesessenen der einzelnen Untersuchungsorte bezüglich des Qualifikationsniveaus höchst signifikante Mittelwertunterschiede bestehen (Scheffé-Prozedur, $p=0,000$).

Diagramm 2: Qualifikationsniveau der Alteingesessenen und der Neuzugezogenen (Bildungsindex von 0 = „niedrig“ bis 6 = „hoch“, Mittelwerte)



Die nach 1990 Zugezogenen können in der Regel ein relativ hohes Qualifikationsniveau von durchschnittlich 3,8 bis 4,8 vorweisen. Durch den zahlenmäßig starken Zuzug ist das mittlere Qualifikationsniveau in allen Orten gestiegen. In bezug auf dieses Merkmal hat in den Untersuchungsgemeinden in den vergangenen zehn Jahren eine Angleichung stattgefunden.

In den Dörfern machen die Neuzugezogenen etwa 40% der Befragten aus. Einen Sonderfall stellt die Stichprobe in Dreiskau-Muckern dar, die zu drei Vierteln aus Neuzugezogenen besteht.

Der Anteil an erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Personen variiert in den einzelnen Untersuchungsorten sehr stark (vgl. Tabelle 8). So gehen in Gaschwitz nur 40 Prozent der Befragten einer Erwerbstätigkeit nach, während es in Dreiskau-Muckern doppelt so viele sind. Der Anteil an Rentnern bzw. Frührentnern beträgt zwischen einem Viertel und einem Drittel der Befragten, Ausnahmen stellen die Stichproben in Dreiskau-Muckern und Gaschwitz dar. In Dreiskau-Muckern ist er extrem niedrig (9%), und in Gaschwitz extrem hoch (47%). Der Anteil an Arbeitslosen ist in Espenhain am gravierendsten (24%). In den übrigen Teilstichproben sind zwischen sechs und dreizehn Prozent der Befragten arbeitslos.

Tabelle 8: Anteil der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen an den Befragten
(Angaben in Prozent)

Untersuchungsorte	Erwerbstätige	Arbeitslose
Gaschwitz	40	9
Espenhain	43	24
Rötha	44	13
Großstädteln	45	12
Pötzschau	51	12
Störmthal	53	12
Mölbis	53	12
Wachau	54	11
Großdeuben	54	10
Oelzschau	58	8
Markkleeberg-Ost	60	8
Auenhain	61	9
Güldengossa	63	6
Dreiskau-Muckern	79	6

Die Differenz zu 100% ergibt sich aus den Rentnern und sonstigen Nichterwerbstätigen (z. B. Hausfrau, im Erziehungsurlaub befindlich, Wehr-/Zivildienstleistender). Der Anteil der sonstigen Nichterwerbstätigen beträgt in keiner Gemeinde mehr als 8%).

Bei den Befragten, die im Erwerbsleben stehen, wurde auch die berufliche Stellung erhoben. Die Mittelwerte der beruflichen Stellung nach der Skala von Hoffmeyer-Zlotnik bewegen sich in den Teilstichproben zwischen 2,9 und 3,2. Diesbezügliche Differenzen zwischen den Orten haben sich, ähnlich wie beim Qualifikationsniveau, in den letzten Jahren durch den Zuzug von Einwohnern nivelliert. Die genauere Betrachtung der Werte für die Alteingesessenen und die Neuzugezogenen verdeutlicht, daß der sozioökonomische Status der Einwohnerschaft vor allem in den Dörfern durch den Zuzug gestiegen ist. Dort weisen die Alteingesessenen niedrigere berufliche Stellungen auf als die Neubürger. Diese Gemeinden weisen inzwischen eine hohe Wohnattraktivität auf und ziehen nun offensichtlich neue Bewohner mit relativ hohem sozioökonomischen Status an.

5.1.3. Fazit

Im Verlauf der Analyse der sozialstrukturellen Merkmale der Befragten in den einzelnen Untersuchungsgemeinden wurden drei Typen herausgefiltert. Diese korrespondieren mit der siedlungs- und wirtschaftsstrukturellen Charakteristik der Gemeinden. Unter Beachtung dieses Zusammenhangs wurden die im folgenden verwendeten Kurzbezeichnungen abgeleitet.

Typ I: Städtische Vororte

Der Typ I vereint Gemeinden, deren Bewohner über ein relativ hohes Qualifikationsniveau verfügen. Der Anteil der Beschäftigten ist vergleichsweise

hoch, und das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt über dem der Gesamtstichprobe. Die Erwerbstätigen waren schon vor 1990 stärker auf den Arbeitsmarkt der Stadt Leipzig orientiert. Deshalb entstanden hier nach dem Zusammenbruch der Braunkohleindustrie im Südraum Leipzig nicht in dem gleichen Maße wie in anderen Gemeinden Arbeitsplatzverluste. Nach 1990 hat in diesen Orten ein starker Zuzug eingesetzt, wobei die Unterschiede in der Altersstruktur und im sozioökonomischen Status zwischen Alt- und Neubürgern deutlich geringer sind als in anderen Gemeinden. Zu diesem Gemeindetyp gehören die Randlagegemeinden Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Großstädteln (westlicher Teil). Darüber hinaus treffen einige Eigenschaften dieses Typs, z. B. das relativ hohe Qualifikationsniveau, auch für die Bewohner von Rötha und Auenhain zu. Die Summe ihrer Merkmale gestattet jedoch nicht, die beiden letztgenannten Gemeinden diesem Typ zuzuordnen.

Typ II: Industriell überprägte Gemeinden

In den Gemeindetyp II sind jene Orte einzugliedern, deren Bevölkerung überwiegend im Bergbau und in den umliegenden kohleverarbeitenden Industriebetrieben beschäftigt war. Darauf war das Qualifikationsniveau, welches im Durchschnitt einen mittleren Wert aufweist, ausgerichtet. Der Anteil der aus dem Arbeitsmarkt Ausgeschiedenen, darunter der Arbeitslosen, ist in diesen Orten relativ hoch. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt unter dem mittleren Wert der Gemeinden des Typs I. Nach 1990 hat nur in geringem Umfang Zuzug stattgefunden. Vielmehr sind weiterhin jüngere Personen im erwerbsfähigen Alter aufgrund der fehlenden Arbeitsangebote und der immer noch beeinträchtigten Lebensbedingungen abgewandert. Die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung ist in der Regel durch eine Überalterung gekennzeichnet. Zu diesem Gemeindetyp zählen die Randlagegemeinden Espenhain, Großdeuben, Gaschwitz, Rötha und Großstädteln (östlicher Teil).

Typ III: Ländlich-dörflich geprägte Gemeinden

Zum Gemeindetyp III gehören jene Orte, in denen die Landwirtschaft vor 1990 ein wichtiges Beschäftigungsfeld darstellte. Darüber hinaus war ein großer Anteil der Erwerbstätigen im Bergbau und in der braunkohleverarbeitenden Industrie beschäftigt. Bis in die 90er Jahre waren diese Ortschaften durch eine tendenzielle Überalterung und ein vergleichsweise niedriges Qualifikationsniveau der Bewohner, hervorgerufen durch den Wegzug jüngerer und gut ausgebildeter Einwohner, gekennzeichnet. Die wesentliche Ursache für die Abwanderung bestand darin, daß die Orte aufgrund der Verhängung des Bergbauschatzes keine langfristige Perspektive besaßen. Durch den enormen Zuzug junger gut qualifizierter Personengruppen nach 1990 vollzogen sich Veränderungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der

Bevölkerung. Eine Verjüngung der Einwohnerschaft und eine Erhöhung von deren sozioökonomischem Status sind zu konstatieren. Hier sind neben der Umsiedlungsgemeinde Dreiskau-Muckern die Bergbauschutzgemeinden Oelzschau, Pötzschau, Mölbis, Störmthal, Güldengossa und Auenhain sowie die Randlagegemeinde Wachau einzuordnen.

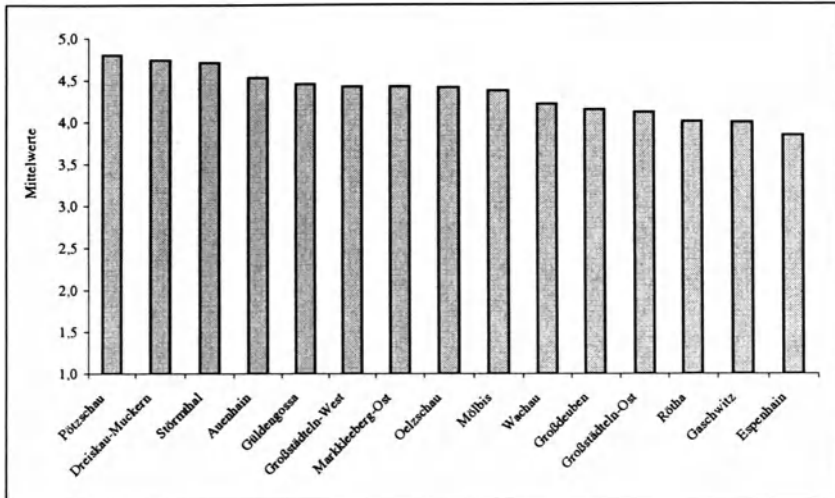
5.2. Wohnzufriedenheit in den Anliegergemeinden

Ein wesentliches Ziel der Untersuchungen besteht in der Erfassung der Wohnzufriedenheit in den Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain. Die Wohnzufriedenheit drückt das Verhältnis aus, das zwischen den Erwartungen bzw. Ansprüchen der Einwohner einerseits und der vorhandenen Qualität der unmittelbaren Wohnbedingungen (die eigene Wohnung oder das eigene Haus) und der örtlichen Lebensbedingungen andererseits besteht (vgl. Ipsen 1978, S. 46; Kahl 1979, S. 529). Ihre Ermittlung ist eine wesentliche Voraussetzung zur Beurteilung der sozialen Entwicklungspotentiale in den einzelnen Orten.

5.2.1. Zufriedenheit mit den unmittelbaren Wohnbedingungen

Die Zufriedenheit mit den unmittelbaren Wohnbedingungen ist insgesamt sehr hoch. 80 Prozent aller Befragten geben anhand einer fünfstufigen Skala an, daß sie mit ihren Wohnbedingungen zufrieden (=5) bzw. eher zufrieden (=4) sind. Dieses Ergebnis erstaunt insofern nicht, als es sich dabei um ein generelles Phänomen handelt, das in zahlreichen empirischen Erhebungen nachgewiesen werden konnte (vgl. Ipsen 1978, S. 48).

Diagramm 3: Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen (Skala von 5 = „zufrieden“ bis 1 = „unzufrieden“; Mittelwerte)



Frage: Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit Ihren Wohnbedingungen?

Dennoch zeigen sich zwischen den einzelnen Orten deutliche Unterschiede, die von einer sehr hohen Zufriedenheit mit Werten von 4,7 und 4,8 in Störmthal, Dreiskau-Muckern und Pötzschau bis zu einer durchschnittlichen Zufriedenheit von 3,8 in Espenhain reichen (vgl. Diagramm 3). Der Grad der Wohnzufriedenheit korrespondiert mit dem Typ der jeweiligen Gemeinde. Am zufriedensten sind die Bewohner der ländlich-dörflich geprägten Gemeinden. 91% von ihnen äußerten sich zufrieden bzw. eher zufrieden. In den Gemeinden mit städtischem Vorortcharakter ist die Wohnzufriedenheit mit durchschnittlich 88% ebenfalls sehr hoch. Vergleichsweise gering ist sie dagegen in den industriell überprägten Gemeinden, in denen im Durchschnitt nur 70% der Befragten die beiden höchsten Skalenwerte wählen⁶ (vgl. Diagramm 4).

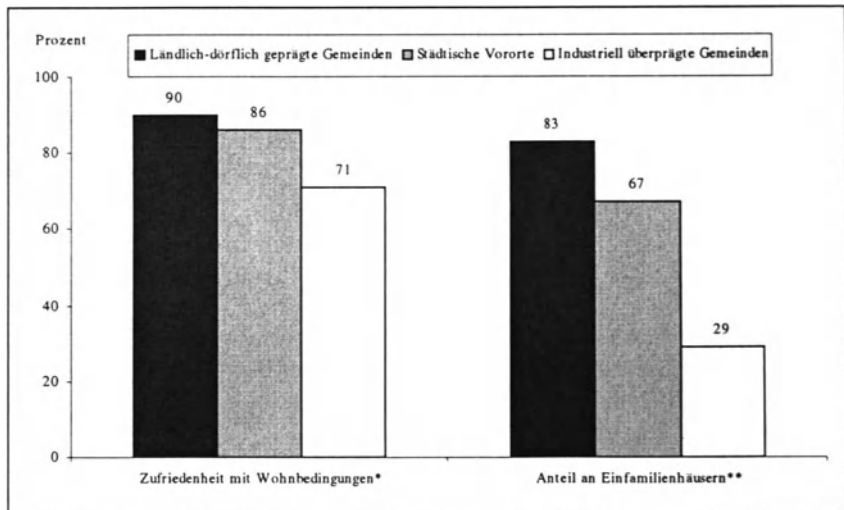
Es läßt sich nachweisen, daß der Grad der Zufriedenheit vom Sanierungs- und Ausstattungsgrad der Wohnungen bzw. Häuser abhängt. Des weiteren korrespondiert er mit den Eigentumsverhältnissen. Bewohner eines eigenen Ein- oder Zweifamilienhauses weisen höhere Werte auf als Mieter. Die hohe

⁶ Die Unterschiede zwischen den drei Mittelwerten sind laut t-Test jeweils signifikant: zwischen industriell überprägten Gemeinden (Mittelwert 4,0) und städtischen Vororten (Mittelwert 4,3) bzw. ländlich-dörflich geprägten Gemeinden (Mittelwert 4,4) jeweils höchst signifikant ($p=0,000$), zwischen städtischen Vororten und ländlich-dörflich geprägten Gemeinden immerhin noch sehr signifikant ($p=0,002$).

Zufriedenheit in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden ist darauf zurückzuführen, daß die meisten Befragten ein eigenes Haus bewohnen, an dem kontinuierlich Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Außerdem weisen diese Orte den größten Anteil an Befragten auf, die in nach 1990 errichteten Neubauten mit einem hohen Ausstattungsstandard wohnen.

In den städtischen Vororten stellen sich die Wohnbedingungen differenzierter dar. Etwa zwei Drittel der Befragten leben dort in einem Eigenheim, und ein Drittel wohnt in einer Mietwohnung. Die Zufriedenheit ist insgesamt etwas geringer als in den Dörfern, da der Anteil an unsanierten Alt- bzw. Altn Neubauten relativ hoch ist und die Mieter entsprechender Wohnungen weniger zufrieden sind. So weist der Mittelwert für die Zufriedenheit mit diesen Wohnbedingungen nur einen Wert von 3,5 auf. Dagegen sind die Mieter von neu errichteten Geschöbwohnungsbauten in Großstädteln-West im Gebiet „Am Krähenfeld“ mit ihren Wohnbedingungen sehr zufrieden (Mittelwert 4,4).⁷ Somit ist die Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen vorrangig vom Bauzustand bzw. Grad der Sanierung abhängig.

Diagramm 4: Anteil der Zufriedenen mit den Wohnbedingungen und Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern (Angaben in Prozent)



* Anteil an Personen, die 5 = „zufrieden“ und 4 = „eher zufrieden“ angekreuzt haben.

** inklusive Zweifamilienhäusern und Bauernhöfen

⁷ Der Mittelwertunterschied ist höchst signifikant (t-Test; p=0,000).

5.2.2. *Wahrnehmung und Bewertung der Lebensbedingungen*

Neben den unmittelbaren Wohnbedingungen wurden auch die örtlichen Lebensbedingungen und deren Wahrnehmung und Bewertung durch die Bewohner erfragt. Der zusammenfassende Indikator „Würden Sie einem guten Freund raten, in Ihren Wohnort zu ziehen?“ (im folgenden als „Gute-Freund-Frage“ bezeichnet), gibt einen guten Einblick in die generelle Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen im Ort. Die Befragten können mit „ja“, „weiß nicht“ oder „nein“ antworten und ihre Entscheidung anschließend begründen⁸. Die Vorteile der Fragestellung liegen darin, daß auf indirekte Art eine Gesamtbewertung der Lebensverhältnisse gefordert wird. Es kann davon ausgegangen werden, daß der Rat an den guten Freund ausgewogen und ehrlich ist, d. h. daß die verschiedenen Vorzüge und Defizite des Ortes abgewogen und eigene Erfahrungen kritisch hinterfragt werden. Die „Gute-Freund-Frage“ wurde bereits in verschiedenen Befragungen in Leipziger Stadtteilen erprobt und als Generalindikator für die Akzeptanz eines Wohngebietes bzw. Wohnortes gewertet (vgl. Kahl 1995, S. 41).⁹

Im Durchschnitt der Gesamtstichprobe antworten 45 Prozent der Befragten mit „ja“, 22 Prozent mit „nein“, und 33 Prozent können sich nicht eindeutig festlegen.¹⁰ Dabei unterscheiden sich die Antworten in den vierzehn untersuchten Tagebaurandgemeinden ganz erheblich. Eine Empfehlung des Wohnortes würden in Gaschwitz nur 14 Prozent, dagegen in Mölbis über zwei Drittel der Befragten aussprechen (vgl. Diagramm 5).

Anhand der Entscheidung für oder gegen eine Empfehlung des eigenen Wohnortes sowie anhand der angeführten Begründungen lassen sich die Orte in Gruppen zusammenfassen. Am wenigsten werden die industriell überprägten Gemeinden empfohlen, die zwischen den Tagebauen Espenhain und Zwenkau bzw. an der Bundesstraße B 2/95 liegen. Dazu zählen Rötha, Espenhain, Großdeuben und Gaschwitz. Die Orte werden überwiegend als unattraktiv angesehen. Der Anteil an Personen, die einem Freund davon abraten würden, in den Ort zu ziehen, ist mindestens doppelt so hoch wie der Anteil an Personen, die den Ort weiterempfehlen. Extrem negativ stellt sich

⁸ Es ist wichtig, die Begründungen für oder gegen eine Empfehlung des Ortes zu berücksichtigen, um eine Fehlinterpretation zu vermeiden. So kann die Bejahung der Fragestellung aus rein persönlichen Gründen ohne Bezug zu den objektiven Lebensbedingungen im Ort erfolgen.

⁹ Befragungen, in denen die „Gute-Freund-Frage“ enthalten war, wurden im Neubaugebiet Leipzig-Grünau (vgl. Kahl 1995), im Stadtteil Leipzig-Stötteritz (vgl. Kabisch, Bamberg 1998) und in verschiedenen innerstädtischen Wohngebieten sowie in Umlandgemeinden von Leipzig (vgl. Heydenreich 1999) durchgeführt.

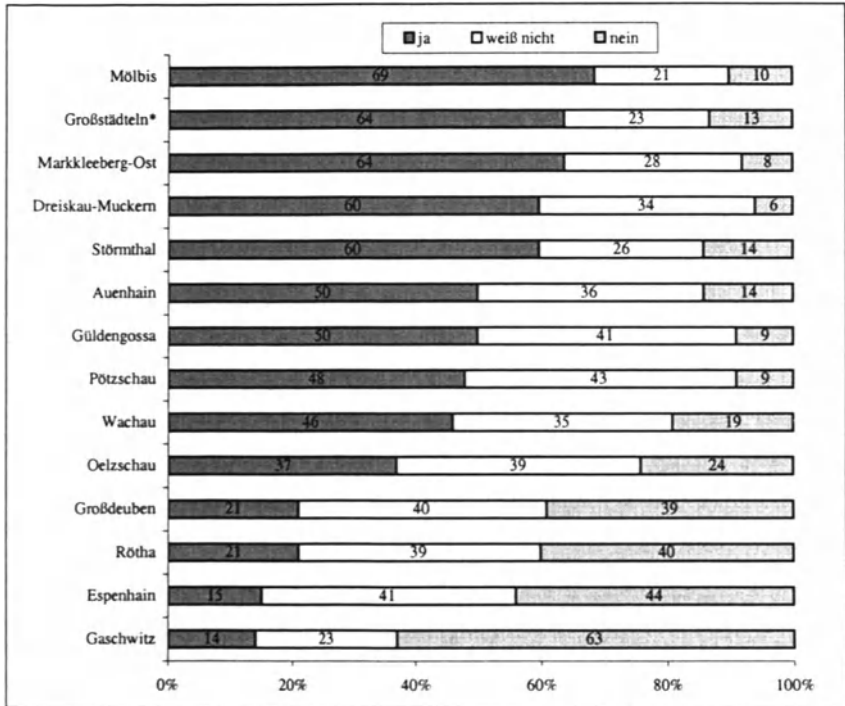
¹⁰ Die verwendeten Prozentzahlen stellen die sog. „gültigen“ Werte dar, d. h. es sind die prozentualen Anteile derjenigen, die auf diese Frage geantwortet haben. Diese Vereinbarung trifft sowohl auf die im Text als auch auf die in den Diagrammen dargestellten Prozentzahlen zu.

die Situation in Gaschwitz dar, dessen Bewohner zu zwei Dritteln von einem Zuzug abraten würden. Die Gründe dafür liegen nach Aussage der Befragten zum einen in der mangelhaften infrastrukturellen Ausstattung mit Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen und zum anderen in der schlechten Umweltqualität infolge der hohen Verkehrsbelastung sowie der umgebenden zerstörten Landschaft. In Rötha und Espenhain werden zudem insbesondere die fehlenden Arbeitsplatzangebote und die Perspektivlosigkeit der Orte beklagt. Röthaer Befragte beschreiben ihre Kleinstadt als einen „Ort, der so dahinsiecht, ohne innerliche Impulse“. In Gaschwitz und Großdeuben spielt die Einengung durch die Tagebaue und der damit verbundene Verlust der früheren landschaftlichen und städtebaulichen Schönheit eine wichtige Rolle. Sie sind „durch den Bergbau gebeutelt“ und nur „schmale, verwohnte Streifen“. Des weiteren wird erwartet, daß die geplante Autobahn A 38, die als Brücke durch Gaschwitz geführt werden soll, das Ortsbild weiter „verschandeln“ und Lärm und Schmutz mit sich bringen wird. Von den relativ wenigen Personen, die mit der Lebensqualität in den zuletzt genannten vier Orten weitgehend zufrieden sind, werden als Vorteile die Nähe zur Stadt Leipzig, die gute Verkehrsanbindung über die Bundesstraße B 2/95 sowie das noch günstige Preis-Leistungs-Verhältnis für Grundstücke und Mieten genannt. Wiederkehrende Äußerungen sind: „nicht anonym“, „kaum Kriminalität“, „ländlich“, „ruhig“. Es sind die typischen Kennzeichen von kleinstädtischen Orten.

Eine weitere Gruppe bilden die ländlich-dörflich geprägten Gemeinden östlich des Tagebaus Espenhain. Außerordentlich positiv werden die Lebensbedingungen in Mölbis, Dreiskau-Muckern und Störmthal eingeschätzt, in denen etwa zwei Drittel der Befragten die „Gute-Freund-Frage“ bejahen. In Mölbis und Dreiskau-Muckern ist die Zufriedenheit auf den bereits erreichten Stand der Ortssanierung zurückzuführen. In beiden Orten wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche private und öffentliche Investitionen in die Bau- und Infrastruktur getätigt. Der Revitalisierungsprozeß wird hier durch die Bereitstellung besonderer staatlicher Fördermittel enorm beschleunigt und unterstützt. Daß die meisten Bewohner ihren Wohnort weiterempfehlen würden, ist ein Beleg für den Erfolg der bisherigen Erneuerungsanstrengungen. Die hohe Zustimmung im Falle von Mölbis und Dreiskau-Muckern kann als Beweis dafür gewertet werden, daß gerade in diesen Gemeinden mit der prekärsten Ausgangslage die größten Fortschritte erzielt worden sind. Die Einwohner schätzen die positiven Veränderungen und schlagen deshalb ihren Wohnort auch gerne anderen vor.

In den übrigen dörflichen Gemeinden ist die Zustimmung etwas geringer. In Wachau, Auenhain, Güldengossa und Pötzschau würde etwa die Hälfte der Befragten einem Freund raten, in den Ort zu ziehen. Dagegen bejahen in Oelzschau weit weniger Personen (nur 37%) die „Gute-Freund-Frage“.

Diagramm 5: Gute-Freund-Frage (Angaben in Prozent)



Frage: Würden Sie einem guten Freund raten, in Ihren Wohnort zu ziehen?

* In Großstädteln zeigen sich höchst signifikante Unterschiede zwischen den Bewohnern aus Großstädteln-West und -Ost. In Großstädteln-West empfehlen 72% den Ort (n=58). Dagegen raten nur 55% der Bewohner von Großstädteln-Ost zu einem Zuzug (n=78).

Es fällt auf, daß die unmittelbar am Tagebaurand gelegenen Orte Auenhain, Göldengossa und Störmthal von einem höheren Anteil Befragter empfohlen werden als die weiter entfernt liegenden (Oelzschau, Pötzschau). Daß die Lage zum Tagebau bzw. zum zukünftigen Störmthaler See eine entscheidende Rolle bei der Bewertung der Lebensbedingungen spielt, findet sich in den Erklärungen der Befragten selbst wieder. Als häufigste Begründung wird in den drei Orten in direkter Nachbarschaft zum Tagebau auf die verheißungsvolle Zukunftsperspektive hingewiesen. So sind viele der Überzeugung, daß, „wenn die Landschaftsgestaltung wie geplant entsteht, es ein Top-Gebiet wird“. Neben der entstehenden Erholungslandschaft werden als gegenwärtige Pluspunkte die Stadtnähe, die ruhige Wohnlage („naturnah von Feldern umgeben, trotzdem Großstadtnähe“) sowie das ansprechende dörfliche Ortsbild („das Dorf an sich ist sehr schön“) genannt. Als Nachteile gelten die unzurei-

chende ÖPNV-Anbindung („die öffentliche Anbindung ist für Kinder und Menschen mit Beruf nur wenig effektiv und nutzbar“) sowie die infrastrukturellen Defizite. Mit dem Bau der geplanten Autobahn A 38 zwischen Auenhain und Güldengossa hindurch wird eine Verschlechterung der Wohnqualität befürchtet. Dies ist auch der Grund für manchen Anwohner, der die „Gute-Freund-Frage“ verneint, die eigene Entscheidung für den Wohnort zu bedauern („Bau der Autobahn bringt den Bürgern eine hohe Lärmbelastung und Luftverschmutzung, hätte ich das 1990 gewußt!“).

In Pötzschau und Oelzschau, die in größerer Entfernung zum Tagebau liegen, spielt die zukünftige Bergbaufolgelandschaft eine etwas geringere Rolle. Dort werden die generellen Vor- und Nachteile des dörflichen Lebens in die Entscheidung einbezogen. Wer einen ruhigen Wohnstandort im Grünen sucht und fehlende Einkaufs- und Freizeitangebote sowie lange Wege in Kauf nimmt, der ist in Oelzschau und Pötzschau gut aufgehoben – so jedenfalls sehen es die dort lebenden Bewohner: „Wer Ruhe benötigt, für den wäre Pötzschau geeignet, wer aber abends kulturell etwas erleben will, der ist hier fehl am Platze.“ Besonders hervorgehoben werden das intakte landschaftliche Umfeld (Waldgebiet Oberholz) und die angenehme soziale Atmosphäre insbesondere für Familien und Kinder. Voraussetzung ist allerdings die eigene Mobilität, denn „ohne eigenes Fahrzeug ist man aufgeschmissen“.

Anders gelagert stellen sich die Lebensbedingungen und deren Bewertung in den eher städtisch geprägten Orten Markkleeberg-Ost und Großstädteln dar. Dort fällt die Einschätzung der Lebensqualität sehr positiv aus. In beiden Fällen würden 64 Prozent der Befragten einem guten Freund zuraten, in den Ort zu ziehen. Nur 8% bzw. 13% würden davon abraten. Damit gehören diese beiden Orte zu denjenigen mit dem geringsten Umfang an dezidierten Ablehnungen. Bei den guten Einschätzungen, die hinter den Antworten der Bewohner aus Markkleeberg-Ost und Großstädteln stehen, muß allerdings berücksichtigt werden, daß eine positive Bewertung für die Stadt Markkleeberg insgesamt einfließt. Markkleeberg-Ost und Großstädteln sind seit der Stadtgründung im Jahr 1933 Teile der Gesamtstadt Markkleeberg. Die eigenständige Identität der Stadtteile ist stärker verblaßt als in den nach 1990 eingemeindeten Stadtteilen Gaschwitz, Wachau und Auenhain. Deshalb muß davon ausgegangen werden, daß die Befragten in Markkleeberg-Ost und in Großstädteln den in der „Gute-Freund-Frage“ verwendeten Begriff des Wohnortes möglicherweise nicht ausschließlich auf den eigenen Stadtteil bezogen haben. Des weiteren ist Großstädteln differenziert zu betrachten, da die Antworten im östlichen Ortsteil häufiger eine Ablehnung beinhalten als in der Einfamilienhaus- bzw. Neubausiedlung Großstädteln-West. In Großstädteln-Ost rät nur gut die Hälfte der Befragten (55%) einem guten Freund, in den Ort zu ziehen, in Großstädteln-West sind es dagegen 72 Prozent. Dieser Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß Großstädteln-Ost aufgrund seiner baulichen und sozialen Struktur sowie seiner räumlichen Lage eher den indu-

striell überprägten Orten auf dem Siedlungsband zwischen den Tagebauen Espenhain und Zwenkau (Gaschwitz, Großdeuben, Espenhain, Rötha) zuzuordnen ist. Dennoch ist die Lebensqualität in Großstädteln-Ost aus der Sicht der Befragten wesentlich besser als in den letztgenannten Orten. Eine Erklärung für diese Sonderstellung von Großstädteln-Ost ist in der starken Einbindung in die Stadt Markkleeberg zu suchen. Aufgrund der langjährigen kommunalen Zusammengehörigkeit sowie der guten Straßenbahnanbindung haben die Großstädtelner ihren Stadtteil offensichtlich nicht isoliert bewertet, sondern die Gesamtstadt Markkleeberg betrachtet.

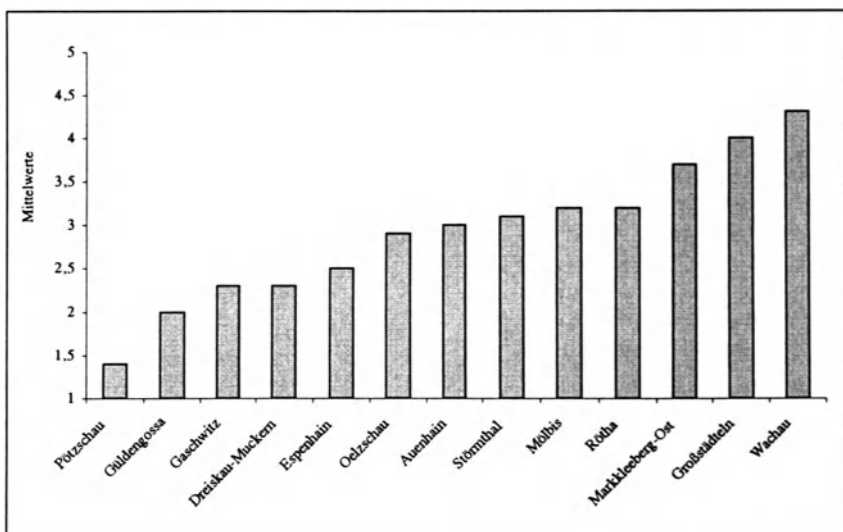
Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Großstädteln-West vereinen die Vorteile, die auch in den dörflichen Gemeinden genannt werden, und haben zusätzlich die unmittelbare Nähe und eine sehr gute öffentliche Verkehrsanbindung zur Großstadt Leipzig. So gilt die Verknüpfung von Großstadtnähe mit einem ruhigen Wohnen im kleinstädtischen Milieu als ideal: „Markkleeberg (West vor allem) vereint für meine Familie und mich alle Vorzüge einer Ideallage am Rand einer Großstadt. Die nötige Nähe und der nötige Abstand zu Leipzig sind das Beste!“. Für Markkleeberg-Ost gilt das gleiche, mit Ausnahme der Wohnstandorte an der stark befahrenen Wachauer Straße („nur in der Siedlung, abseits der Wachauer Straße, wohnt es sich idyllisch inmitten der Natur“). Das hohe Verkehrsaufkommen auf den Ortsdurchfahrtsstraßen von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Großstädteln-Ost ist das zentrale Manko der beiden Standorte. Ein Anwohner in der Wachauer Straße beklagt exemplarisch die Situation: „Als wir angefangen haben zu bauen, war es der schönste Ort auf Erden, und nach der Wende ist der Verkehr auf der Wachauer Straße fast unerträglich geworden. Im Sommer kann man vor lauter Krach nicht mal ein Wort mit dem Nachbarn wechseln.“ Die Mehrheit der Befragten ist mit den Lebensbedingungen jedoch sehr zufrieden und führt als weiteren Grund die Fortschritte in der Tagebausanierung sowie in der Stadtsanierung an. Auch der „dörfliche Kleinstadtcharakter“, in dem „jeder jeden kennt“ stärkt bei den Einwohnern die Verbundenheit mit dem Ort („uns gefällt es in Markkleeberg, würden niemals woanders wohnen“). Positive Erwähnung findet auch die „solide Stadtverwaltung“ dieser „schönen und bürgerfreundlichen Stadt“.

Die allgemeine Einschätzung der Wohnzufriedenheit in den einzelnen Untersuchungsgemeinden wird im folgenden anhand ausgewählter Merkmale vertieft. Dazu wird analysiert, wie infrastrukturelle, städtebaulich-kommunale sowie landschaftliche Bedingungen von der Bevölkerung wahrgenommen werden, und inwiefern sich die Orte in dieser Hinsicht voneinander unterscheiden.

Die Anliegergemeinden weisen entsprechend ihrer Größe und Einwohnerzahl eine sehr unterschiedliche Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen auf. Dies gilt insbesondere für die Einkaufsmöglichkeiten. In den größeren

Orten sind in der Regel Einkaufszentren oder Supermärkte vorhanden. Dagegen verfügen die Dörfer nur über kleinere Läden, die Waren des täglichen Bedarfs anbieten. Sie können jedoch bezüglich der Angebotsvielfalt und des Preisniveaus nicht mit den großen Supermärkten konkurrieren. Diese Unterschiede spiegeln sich in der Bewertung der Einkaufsmöglichkeiten in den Untersuchungsorten wider (vgl. Diagramm 6). Sehr zufrieden sind die Bewohner der Markkleeberger Stadtteile Großstädteln, Markkleeberg-Ost und Wachau, in denen jeweils große Einkaufsmärkte vorhanden sind. Dagegen werden die Einkaufsmöglichkeiten in den kleinen Dorfgemeinden wie Pötschau, Güldengossa, Dreiskau-Muckern, aber auch in den industriell überprägten Orten wie Gaschwitz und Espenhain als unzureichend eingestuft. Da hier Versorgungsangebote fehlen, sind die Einwohner gezwungen, weiter entfernte Orte mit dem eigenen Auto oder dem öffentlichen Personennahverkehr aufzusuchen.

Diagramm 6: Bewertung der Einkaufsmöglichkeiten (Skala von 1 = „gefällt gar nicht“ bis 5 = „gefällt sehr gut“; Mittelwerte)



Frage: Wie gefallen Ihnen die folgenden Ausstattungsmerkmale (Einkaufsmöglichkeiten) Ihres Wohnortes?

Die Bewertung des ÖPNV-Angebots differiert entsprechend der jeweiligen Anbindung an das Bus- und Schienennetz. So schätzen die Bewohner von Ortschaften, die mit der Straßenbahn (Markkleeberg-Ost) oder mit der S-Bahn (Großstädteln, Gaschwitz, Großdeuben) nach Markkleeberg und nach Leipzig fahren können, die öffentliche Verkehrsanbindung ihrer Ortsteile als

gut ein. Negativ dagegen fällt das Urteil in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden aus, die nur über einen regionalen Busverkehr verfügen. Die Fahrzeiten in die Zielorte sind relativ lang. Hinzu kommt, daß die Busse abends und am Wochenende nur sehr eingeschränkt verkehren. Die Einwohner dieser Orte sind deshalb meist auf das eigene Auto angewiesen.

Neben der Versorgungslage und der Verkehrsanbindung wurden die Orte auch im Hinblick auf ihr Freizeitangebot untersucht. Überall wird diesbezüglich ein Mangel konstatiert. Die durchschnittliche Bewertung reicht von „gefällt gar nicht“ (Mittelwert 1,4) bis „gefällt teilweise“ (Mittelwert 3,0). Höhere Werte werden nicht erreicht. Folgende Unterschiede zwischen den Orten sind festzustellen. In den ländlich-dörflichen und industriell überprägten Gemeinden fällt das Urteil weitgehend negativ aus. Vergleichsweise positiv beurteilen dagegen die Bewohner der städtisch geprägten und zu Markkleeberg gehörenden Stadtteile Großstädteln und Markkleeberg-Ost das bestehende Freizeitangebot. Völlig aus dem Rahmen fallen die Orte Störmthal und Dreiskau-Muckern, teilweise auch Mölbis. Dort sind die Befragten im Vergleich zu den anderen Orten mit dem Freizeitangebot am zufriedensten. In allen drei Orten ist auf intensive Revitalisierungsanstrengungen hinzuweisen, die sich nicht nur auf die bauliche Erneuerung beschränken, sondern auch das soziale und kulturelle Leben im Dorf einschließen. In Dreiskau-Muckern und Störmthal gibt es zahlreiche Veranstaltungen und Feste sowie örtliche Vereine, die rege Beteiligung finden. Diese Angebote werden von den Bewohnern wahrgenommen und genutzt. Die Einwohner von Störmthal, Dreiskau-Muckern und Mölbis empfinden ihren Wohnort als lebendig. Etwa die Hälfte der Befragten stimmt dieser Charakterisierung zu (Dreiskau-Muckern 53%, Störmthal 48%, Mölbis 41%).

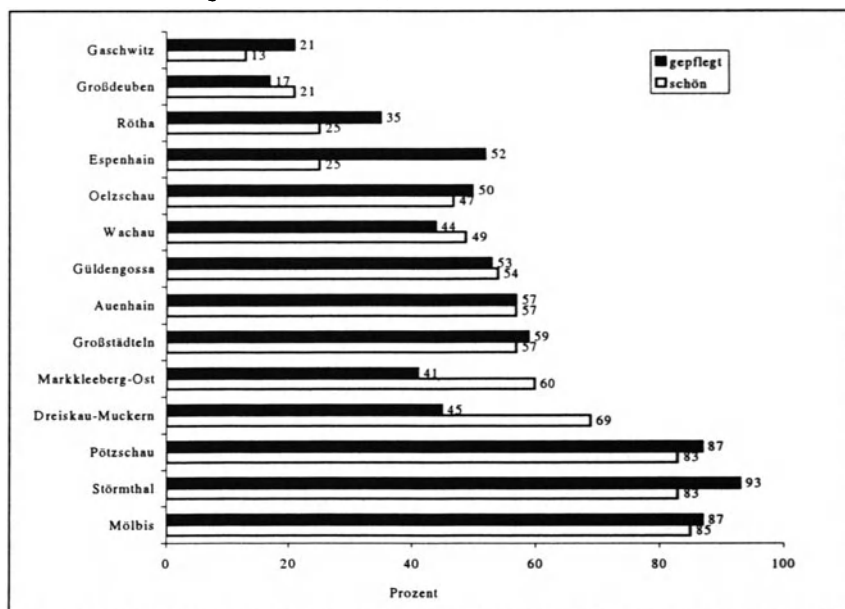
Zur Beschreibung des Erscheinungsbildes des Ortes wurden Attribute herangezogen. Die Befragten waren aufgefordert, sich zwischen einer Zustimmung oder einer Ablehnung vorgeschlagener Adjektive zur Charakterisierung des Wohnortes zu entscheiden. Die Äußerungen stehen im Zusammenhang mit dem Stand der Ortssanierung. Am besten schneiden die ländlich-dörflich geprägten Orte Mölbis, Dreiskau-Muckern, Störmthal und Pötzschau ab. Mehr als 80% der Befragten empfinden den Wohnort als schön und gepflegt. So wird von einem „freundlichen Ortsbild“ gesprochen und davon, daß „das Dorf an sich sehr schön ist“. In Dreiskau-Muckern fällt die Einschätzung nicht ganz so euphorisch aus, ist aber dennoch überdurchschnittlich positiv (69% empfinden Dreiskau-Muckern als schön, aber nur 45% sind der Meinung, daß der Ort auch gepflegt ist).

Eine mittlere Bewertung erlangen die übrigen dörflich geprägten Gemeinden und die städtischen Wohnvororte, die etwa von der Hälfte der Befragten als schön und gepflegt beschrieben werden.

Am negativsten fällt die Bewertung in den industriell überprägten Gemeinden aus. Ihre dörfliche Struktur veränderte sich im Zuge der Entwicklung

zu Wohnorten für Industriearbeiter. Teilweise wurden sie auch durch die Tagebaue stark in Mitleidenschaft gezogen (Gaschwitz, Großdeuben). Damit verbundene Defizite spiegeln sich in der negativen Bewertung des Erscheinungsbildes des Ortes durch die Befragten wider. So charakterisiert in Gaschwitz, Großdeuben, Espenhain und Rötha jeweils nur ein Viertel und weniger den Wohnort als schön. Besonders gering wird das Ortsbild in Großdeuben und Gaschwitz geschätzt, wo vier von fünf Bewohnern den Ort als ungepflegt empfinden. Die Orte gelten als „eingeeengt zwischen zwei Tagebauen, Bundesbahn und Bundesstraße B 2“ und „dazwischen ein paar Häuserzeilen“. „Der ganze Ort ist nur ein Schlauch ohne jeden Reiz“.

Diagramm 7: Beschreibung des Wohnortes als schön und gepflegt (Angaben in Prozent)



Frage: Welche Eigenschaften treffen auf Ihren Wohnort zu? Antwortmöglichkeit: „trifft zu“ und „trifft nicht zu“. Im Diagramm ist nur die Antwortmöglichkeit „trifft zu“ dargestellt.

Die Wohnzufriedenheit wird in erheblichem Maße durch die Verkehrssituation beeinflusst. Ein hohes Verkehrsaufkommen und die damit einhergehende Lärmbelastung beeinträchtigen die Wohnqualität entscheidend. Im Untersuchungsgebiet lassen sich zwei Teilräume mit hoher Verkehrsbelastung ausmachen. Das sind zum einen die am nordöstlichen Tagebaurand gelegenen Orte Markkleeberg-Ost, Wachau und Auenhain, deren Ortsdurchfahrtsstraßen

zugleich überregionale Verkehrsverbindungen darstellen (Staatsstraße S 46) und stark überlastet sind. Zum anderen sind es die an der Bundesstraße B 2/95 westlich des Tagebaus gelegenen Gemeinden Gaschwitz, Großdeuben und Espenhain. In diesen sechs Untersuchungsgemeinden sind die Verkehrsprobleme gravierend. Über die Hälfte der dort lebenden Befragten bezeichnet ihren Ort als laut. Besonders belastend ist die Situation in Wachau und Auenhain, da die meisten Bewohner entlang der stark befahrenen Hauptstraße leben. Diese Orte werden von drei Viertel der Befragten als laut empfunden. In Markkleeberg-Ost ist die Belastung der Ortsdurchfahrtsstraße zwar ebenso stark wie in Wachau und Auenhain, jedoch gibt es hier in gewisser Entfernung zur Hauptstraße auch ruhigere Wohnlagen (55% der Befragten bezeichnen den Ort als laut).

In den Gemeinden Gaschwitz und Großdeuben, an denen die Bundesstraße B2/95 entlangführt, kommt eine zusätzliche Belastung durch die stark befahrenen Ortsdurchfahrtsstraßen und den Schienenverkehr hinzu. In der Stadt Rötha hingegen wird das Verkehrsaufkommen nicht so negativ eingeschätzt, da die Stadt randlich von der Bundesstraße tangiert wird und der innerörtliche Verkehr nur in Teilbereichen zu Belastungen führt.

Ein weiterer Aspekt, der das Leben in den Untersuchungsgemeinden prägt, ist das Verhältnis zwischen den Bewohnern und der kommunalen Verwaltung. Dazu wurden die Befragten um eine Einschätzung der Bürgernähe der Verwaltung gebeten. Die Bewertungen in den einzelnen Orten spiegeln eine durchschnittliche Zufriedenheit wider, d. h. in den meisten Gemeinden werden der Bürgernähe Werte um 3 („gefällt teilweise“) verliehen. Die Orte Gaschwitz, Wachau, Auenhain und Großdeuben fallen jedoch durch eine deutlich negativere Beurteilung auf (Mittelwerte von 2,1 bis 2,3 = „gefällt kaum“).

Im Falle von Gaschwitz, Wachau und Auenhain kommen in dem Urteil Nachwirkungen der Eingemeindung nach Markkleeberg Anfang der 90er Jahre zur Wirkung. Denn dadurch sind die Verwaltungsaufgaben aus den übersichtlichen Strukturen der kleinen Gemeinden in die Mittelstadt Markkleeberg übergegangen. Diese Veränderung geht aus Sicht der Bewohner offenbar mit einem Verlust an sozialer Nähe der Gemeindeverwaltung einher. Die Gaschwitzer, Wachauer und Auenhainer bringen zum Ausdruck, daß ihre Belange nicht mehr mit der angemessenen Aufmerksamkeit verfolgt werden. Im Falle von Gaschwitz wirkt sich diesbezüglich der fehlende Ortschaftsrat negativ aus. Sie fühlen sich teilweise als „5. Rad am Wagen“. Die Befragten der Markkleeberger Stadtteile Markkleeberg-Ost und Großstädteln geben demgegenüber eine positivere Beurteilung ab, so daß nicht von einer generellen Kritik an der Stadtverwaltung gesprochen werden kann.

Großdeuben, das ebenfalls seine Selbständigkeit aufgeben mußte und der Stadt Böhlen angeschlossen wurde, stellt einen Sonderfall dar. Dort ist es im Zusammenhang mit der Eingemeindungsdiskussion zu einem Zerwürfnis zwischen der Mehrheit der Bewohner und der Ortsverwaltung gekommen. Die Verwaltungsentscheidung für eine Eingemeindung nach Böhlen ist nach wie vor umstritten, und die Beziehung zwischen den Bürgern und den Gemeindevertretern bleibt angespannt. Entsprechend negativ fällt die Bewertung aus.

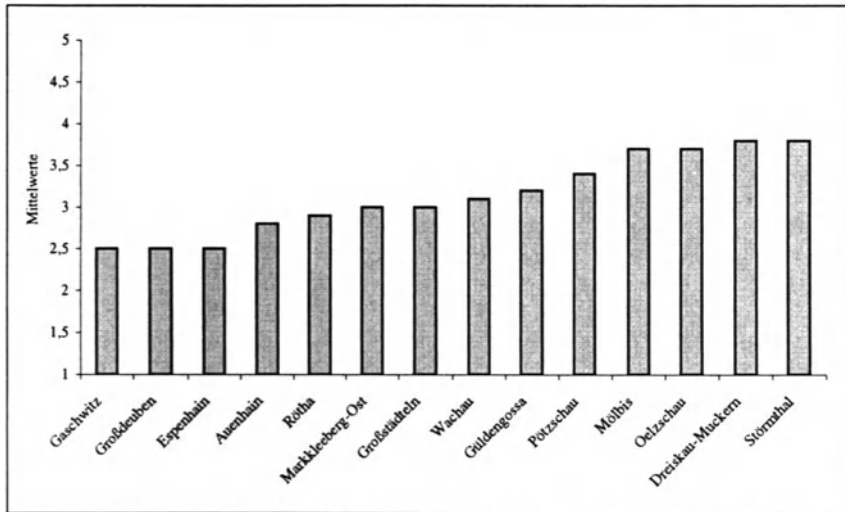
Vergleichsweise positiv wird die Bürgernähe der Verwaltung in den kleinen Dörfern, die zu Großpösna und Espenhain gehören, eingeschätzt. Die Kommunikation zwischen den Bürgern und der Verwaltung scheint dort weitgehend zu funktionieren, was u. a. auf die bestehenden aktiven Ortschaftsräte in den Ortsteilen zurückzuführen ist.

Obwohl sich alle vierzehn Untersuchungsgemeinden in Randlage zum Tagebau Espenhain befinden, haben die einzelnen Orte ein ganz unterschiedliches landschaftliches Umfeld vorzuweisen. Einige Orte verfügen über ein tagebaufreies Hinterland und andere liegen zwischen zwei Tagebauen. Auch die Entfernung zur Tagebaukante differiert.

Die Befragten wurden gebeten, die landschaftliche Umgebung ihres Wohnortes zu bewerten (vgl. Diagramm 8). Dabei läßt sich folgendes Muster erkennen. Die positivste Beurteilung treffen die Bewohner der Orte, die noch weitgehend von naturnaher Landschaft umgeben sind. Dazu gehören die Dörfer, die in gewisser Distanz zur Tagebaukante liegen und/oder über ein landschaftlich intaktes, tagebaufreies Hinterland verfügen (Störmthal, Dreiskau-Muckern, Oelzschau, Mölbis, Pötzschau). Dort gefällt den Bewohnern die umgebende Landschaft im Durchschnitt gut (Mittelwerte von 3,4 bis 3,8). Störmthal steht dabei mit an der Spitze, obwohl seine Siedlungsfläche im Westen an den Tagebau anschließt. Dafür grenzt es aber östlich an das Waldgebiet Oberholz und ist ansonsten von landwirtschaftlichen Nutzflächen umgeben. Die meisten Befragten in Störmthal (86%) beschreiben die umgebende Landschaft als natürlich und interessant. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß sie die gewachsenen Landschaftselemente schätzen, zugleich aber auch der gegenwärtigen Tagebaulandschaft in ihrer erlebbaren Veränderung sehr positiv gegenüberstehen. Sie nehmen letzte nicht (mehr) in erster Linie als zerstörte Natur, sondern als interessanten Bestandteil der sich verändernden Umwelt wahr. Dazu trägt vermutlich auch der rege Ausflugsverkehr in und um den Tagebau bei. Einen mittleren Wert erhält die Beurteilung der landschaftlichen Umgebung von den Bewohnern in Güldengossa, Wachau, Auenhain, Markkleeberg-Ost, Großstädteln und Rötha (Mittelwerte von 2,8 bis 3,2). Diese Orte liegen sehr nahe am Tagebaurand. Einige von ihnen sind kaum von freier Landschaft umgeben, z. B. Großstädteln (insbesondere der östliche Teil). Andere werden von landwirtschaftlichen Flächen tangiert,

deren landschaftliche Attraktivität relativ gering ist (Güldengossa, Auenhain, Wachau).

Diagramm 8: Bewertung der landschaftlichen Umgebung (Skala von 1 = „gefällt gar nicht“ bis 5 = „gefällt sehr gut“; Mittelwerte)



Frage: Wie gefallen Ihnen die folgenden Ausstattungsmerkmale (landschaftliche Umgebung) Ihres Wohnortes?

Am geringsten wird die landschaftliche Umgebung von Großdeuben, Gaschwitz und Espenhain wertgeschätzt (Mittelwert 2,5). Zum wiederholten Male sind es die industriell überprägten Gemeinden westlich der B 2/95, die in der Bewertung am negativsten abschneiden. Großdeuben und Gaschwitz sind von rekultivierten, aber noch kaum öffentlich nutzbaren Tagebauflächen umgeben. In Richtung des Tagebaus Espenhain begrenzen die Bundesstraße und das verlegte Flußbett der Pleiße die Zugangsmöglichkeit zur potentiellen Erholungsfläche. Im Falle von Espenhain kommt die Nachbarschaftslage zu den Betriebsflächen des Tagebaus Witznitz und zum großflächigen Industriegelände des ehemaligen Braunkohleerdlagerwerkes hinzu. Die Landschaft gilt aus Sicht der befragten Einwohner der genannten Orte als wenig natürlich und wenig einladend. Die rekultivierten Tagebauflächen sind bisher nur von geringem Reiz. Weniger als 20 Prozent der Befragten in Gaschwitz, Großdeuben und Espenhain empfinden die landschaftliche Umgebung als reizvoll (dagegen sind es in Mölbitz, Oelzschau, Störmthal mehr als 50%).

5.2.3. *Fazit*

In den untersuchten Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain lassen sich systematische Unterschiede hinsichtlich der Wohnzufriedenheit der Bewohner feststellen. Diese korrespondieren mit den im Abschnitt 5.1. auf der Basis der sozialstrukturellen Merkmale herausgearbeiteten Typen der Untersuchungsgemeinden. Da sich die Lage zum Tagebau als ein zusätzliches wesentliches Kriterium für die Beurteilung des nahen und des weiteren Wohnumfeldes erwiesen hat, erhält die Typbezeichnung eine dementsprechende Ergänzung. Ein zusammenfassender Überblick der Ergebnisse wird in Tabelle 9 gegeben.

Die Zufriedenheit mit den unmittelbaren Wohnbedingungen ist in den Gemeinden am ausgeprägtesten, die einen hohen Anteil an privaten Eigenheimen aufweisen bzw. deren Wohnungsbestand durch Neubau- und Sanierungsaktivitäten einen hohen Standard erreicht hat. Dies trifft für die städtisch geprägten Vororte Markkleeberg-Ost und Großstädteln-West und für die Dörfer östlich des Tagebaus zu. Dagegen äußern sich in den industriell überprägten Gemeinden entlang der Bundesstraße B 2/95 deutlich mehr Personen kritisch zu ihrer Wohnsituation. Die geringere Zufriedenheit in Großstädteln-Ost, Gaschwitz, Großdeuben, Espenhain sowie in der Kleinstadt Rötha erklärt sich aus den strukturellen Bedingungen im Wohnungsbestand, d. h. aus dem hohen Anteil an Mietwohnungen im Geschoßwohnungsbau und dem bestehenden Sanierungsdefizit im Bereich des kommunalen bzw. genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

Das beschriebene Muster einer hohen Wohnzufriedenheit in den städtischen und ländlich-dörflich geprägten Gemeinden am nordöstlichen Tagebau- und einer geringen Zufriedenheit in den industriell überprägten Orten westlich des Tagebaus setzt sich auch bei der Bewertung der örtlichen Lebensbedingungen fort. Allerdings zeigen sich hier weitere Differenzierungen.

Höchst unzufrieden mit den Lebensbedingungen sind die Einwohner von Gaschwitz, Großdeuben, Espenhain und Rötha (nicht jedoch von Großstädteln-Ost). Nur etwa ein Fünftel würde seinen Wohnort weiterempfehlen. Neben den infrastrukturellen und städtebaulichen Mängeln beeinträchtigt dort die hohe Verkehrsbelastung die Lebensqualität. Es gibt kaum Freizeit- und Erholungsangebote, und die umgebenden, zum Teil bereits rekultivierten Tagebauflächen sind wenig reizvoll oder nicht zugänglich. Die wenigen Vorteile ergeben sich aus der Nähe zur Großstadt Leipzig und aus deren guter Erreichbarkeit.

Eine sehr hohe Lebensqualität bescheinigen die Bewohner von Großstädteln und Markkleeberg-Ost ihrem Wohnort. Zwei Drittel der Befragten empfehlen ihn weiter. Ausschlaggebend dafür sind die ruhige Wohnlage am Stadtrand, die guten Versorgungsmöglichkeiten und die günstige Verkehrsanbindung nach Leipzig. Nachteile werden lediglich in Wohngebieten beklagt,

durch die stark frequentierte Hauptverkehrsstraßen führen. Auf dieses Problem wird deutlich hingewiesen, und dessen Lösung wird erwartet.

In den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden östlich des Tagebaus ist die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen allgemein hoch. Es gibt jedoch Unterschiede, die mit dem Stand der Revitalisierung und der Zukunftsperspektive der Orte zusammenhängen. So sind die Bewohner von Dreiskau-Muckern, Mölbis und Störmthal mit ihren Dörfern sehr zufrieden. Wie in den städtischen Vororten würden auch dort zwei Drittel der Befragten einem Freund raten, in den Ort zu ziehen. Die Einwohner von Güldengossa geben auch ein positives Votum für ihr Dorf ab, machen aber gewisse Einschränkungen geltend, die auf den Mangel an Versorgungseinrichtungen und die schlechte ÖPNV-Anbindung zurückzuführen sind.

In den Orten am Ufer des zukünftigen Markkleeberger Sees (Wachau und Auenhain) sowie in den vom Tagebaurand entfernter gelegenen Orten Pötzschau und Oelzschau ist die Zufriedenheit zwar etwas geringer, sie ist aber dennoch als hoch einzuschätzen. Knapp die Hälfte der Befragten dieser Dörfer spricht eine Empfehlung für den Ort aus. Die Abstriche, die dabei gemacht werden, beziehen sich im Falle von Wachau und Auenhain auf die gegenwärtigen Verkehrsprobleme sowie auf die zukünftig vermutete Beeinträchtigung durch die Autobahn A 38. Im Nachbarort Güldengossa sehen die Einwohner die im Zusammenhang mit der Autobahn geplanten Veränderungen ähnlich problematisch. In Oelzschau und Pötzschau werden die unzureichende Infrastruktur und die weite Entfernung zur Stadt Leipzig kritisch beurteilt. Allerdings überwiegen die Vorteile des Lebens auf dem Lande deutlich. Sie werden von den Befragten in der ruhigen Wohnlage in schöner landschaftlicher Umgebung und im angenehmen sozialen Umfeld gesehen. Die Tagebausanierung und die zukünftige Seen- und Erholungslandschaft tragen zur positiven Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen bei.

Tabelle 9: Ausprägung der Wohnzufriedenheit in den drei Typen von Tagebaurandgemeinden

Ortstypen	Orte	Zufriedenheit I* Wohnung	Zufriedenheit II** Wohnumfeld	Vorteile aus Bewohner-sicht	Nachteile aus Bewohner-sicht
Städtische Vororte mit tagebau-freiem Hinterland	Markklee-berg-Ost	hoch	sehr hoch	ruhige Wohnlage	
	Großstäd-teln			Nähe zu Leipzig	
				vielfältige Infra-struktur	Verkehrs-belastung
				gute Verkehrs-an-bindung	
Industriell überprägte Gemeinden zwischen zwei Tage-bauen	Gaschwitz	gering	sehr gering	Nähe zu Leipzig	defizitäre Infra-struktur
	Großdeu-ben			gute Verkehrs-an-bindung	Verkehrs-belastung
	Rötha				zerstörte Landschaft
	Espenhain				beeinträch-tigtes Ortsbild
Ländlich-dörflich geprägte Gemeinden mit tagebau-freiem Hinterland	Dreiskau-Muckern	hoch	sehr hoch	ruhige Wohnlage	weite Wege zu zentralen Orten
	Mölbis			attraktive Land-schaft	
	Störmthal			angenehme soziale Atmos-phäre	defizitäre Infra-struktur
	Güldengossa				
	Pötzschau			Nähe zur künftigen Erholungs-landschaft	
	Oelzschau				
	Wachau				
	Auenhain				

*Wohnzufriedenheit I: Zufriedenheit mit den unmittelbaren Wohnbedingungen (Anteil an Personen, die zufrieden bzw. eher zufrieden sind)

**Wohnzufriedenheit II: Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen im Ort (Anteil an Personen, die den Ort einem Freund als Wohnort empfehlen)

5.3. Soziales Leben im Ort aus Bewohnersicht

Neben der Wohnzufriedenheit wurde das soziale Leben in den Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain untersucht. Das soziale Leben in einem Ort umfaßt dabei sowohl Kontaktstrukturen mit öffentlichem Charakter (örtliche Vereine, Veranstaltungen u. a.) als auch die sozialen Beziehungen im privaten Bereich (Familie, Verwandtschaft, Freunde, Nachbarn). Intensive Sozialkontakte lassen auf einen hohen Grad an sozialer Integration in die Ortsgemeinschaft schließen. Sie bestimmen zugleich in hohem Maße die Zufriedenheit mit den örtlichen Lebensverhältnissen sowie die Bindung an den Ort.

Bei der Ortsbindung kann zwischen Ortsgebundenheit und Ortsverbundenheit unterschieden werden. Während die erste dieser beiden Dimensionen solche Bindungen erfaßt, die durch familiäre Verpflichtung oder selbstgenutztes Eigentum bestehen, bezieht sich die zweite Dimension auf die subjektive Komponente der inneren Verbundenheit mit dem Ort (vgl. Kahl 1979, S. 530). Hierbei spielen soziale Beziehungen und die Einbindung in soziale Netzwerke eine wichtige Rolle, wie zahlreiche empirische Erhebungen belegen (vgl. Böltken 1987, S. 150; Esser 1987, S. 112; Schweizer 1992, S. 138 f.; Dickmann 1996, S. 181).

5.3.1. Aktivitäten und Engagement

Die Art und Intensität des sozialen Lebens in den Untersuchungsorten wurde anhand von Indikatoren wie der Beteiligung an Ortsfesten oder kulturellen Veranstaltungen, der Mitgliedschaft in örtlichen Vereinen und dem persönlichen lokalen Engagement erfaßt. Anhand dieser Merkmale lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Orten feststellen.

So gibt es einige Gemeinden, in denen jährlich ein großes Orts- bzw. Stadtfest gefeiert wird. Dieses erfreut sich jeweils großer Beliebtheit. Es ist fast jedem Einwohner bekannt (über 80% der Befragten), und ein großer Teil der Bürger nimmt regelmäßig daran teil (zwei Drittel der Befragten beteiligen sich „häufig“ bzw. „ab und zu“). Dabei spielt es keine Rolle, ob jemand schon immer im Ort lebt oder erst in den vergangenen Jahren zugezogen ist. Das trifft für die Gemeinden Dreiskau-Muckern, Mölbis, Güldengossa, Störmthal, Pötschau und Rötha zu. Auch Oelzschau und Espenhain sind hier einzuordnen, schneiden jedoch deutlich schlechter ab, da nur eine durchschnittliche Beteiligung an den örtlichen Festen erfolgt (55% bzw. 51% beteiligen sich „häufig“ bzw. „ab und zu“).

Hingegen gibt es in den übrigen Gemeinden nicht nur ein Fest, sondern eine Vielzahl an Festivitäten. Diese werden in der Regel von Vereinen getragen und sprechen in erster Linie bestimmte Interessengruppen (Chor, Kirche, Sport u. a.) oder Altersgruppen (Kinder, Senioren) an. Das Wissen um solche

Feste sowie die Beteiligung daran sind deutlich geringer als in den erstgenannten Orten. Viele der Neuzugezogenen haben von diesen Festen noch nichts gehört oder wenn doch, dann beteiligen sie sich seltener daran als die langjährig Ansässigen. In Großstädteln und Markkleeberg-Ost wird nicht nur auf Feste oder Veranstaltungen im Stadtteil, sondern in der Stadt Markkleeberg insgesamt Bezug genommen (Markkleeberger Stadtfest, Veranstaltungen im agra-Park und –Messegelände). In Wachau hat das örtliche Fest anlässlich des Gedenktages zur Völkerschlacht eine starke überregionale Bedeutung. Dieses Fest ist zwar auch den Einwohnern bekannt (75% kennen es), aber seine Bedeutung für sie selbst ist relativ gering. Nur ein Drittel der Befragten nimmt regelmäßig an diesem Ereignis oder anderen Veranstaltungen teil. Noch distanzierter stehen die Auenhainer den genannten lokalen Veranstaltungen gegenüber.

Während Feste eher zu den besonderen Veranstaltungen im Jahreslauf zählen, gehört das Vereinsleben zum festen Bestand des Alltagslebens. In allen Untersuchungsgemeinden gibt es Vereine, seien es die traditionellen Sport- und Gesangsvereine, Gartenvereine, Kegelvereine oder Vereine, die sich besonderen Aufgaben innerhalb der Ortsgemeinde widmen wie beispielsweise der Heimatgeschichte (Heimatverein Güldengossa), der Betreuung von Kindern (Verein „Kleine Hände“ Großeuben) oder der Betreuung von Senioren (Volkssolidarität Gaschwitz). Die Beteiligung am Vereinsleben ist in fast allen Orten hoch. In den meisten Gemeinden sind nach Auskunft der Befragten ein Drittel bis die Hälfte selbst bzw. ihrer Angehörigen Mitglied in einem örtlichen Verein (vgl. Diagramm 9).

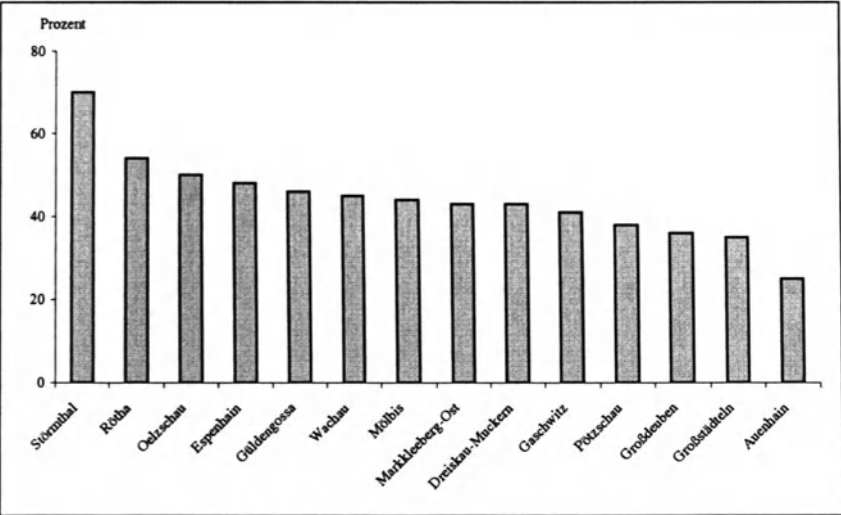
Eine herausgehobene Stellung hat das Vereinsleben in Störmthal. Hier geben 70 Prozent der Befragten an, daß sie bzw. ein Familienmitglied einem Verein angehören. Diese aktive Beteiligung gilt nicht nur für die Alteingesessenen, sondern auch für die nach 1990 Zugezogenen. Letztere sind zu 60 Prozent in einem örtlichen Verein organisiert. Das Vereinsleben in Störmthal wird also in hohem Maße von der Bevölkerung getragen und weist eine hohe Integrationskraft auf.

Weit geringer ist diese Integrationskraft beispielsweise in den Nachbarorten Güldengossa und Oelzschau. Auch in diesen beiden Gemeinden spielen Vereine eine große Rolle, hier lebt das Vereinsleben jedoch hauptsächlich durch die Aktivitäten der Alteingesessenen. In Oelzschau sind 68 Prozent und in Güldengossa 57 Prozent der langjährig ansässigen Bevölkerung, dagegen jeweils erst ein Viertel der Neuzugezogenen Vereinsmitglieder. Weitgehend unbedeutend ist das Vereinsleben für die Auenhainer (nur 25% sind Mitglied in einem Verein). In der zu Wachau gehörenden Siedlung Auenhain gibt es keinen Verein, und nur wenige Auenhainer haben sich der Freiwilligen Feuerwehr oder einem Sportverein in Wachau angeschlossen. Obwohl Wachau zahlreiche Vereine hat und die Wachauer selbst stark ins Vereinsleben einge-

bunden sind (45% sind Mitglieder), scheint dies auf die Auenhainer nicht auszustrahlen.

Der Anteil an Befragten, die sich in besonderer Weise für den Ort einsetzen, ist mit jeweils 30 bis 40 Prozent in allen Untersuchungsgemeinden etwa gleich hoch. Die Mitarbeit in örtlichen Vereinen ist nach Aussagen der Bewohner gleichzeitig die wichtigste Form des persönlichen Engagements für den Wohnort. Daneben sind einige Bürger in den Ortschafts- und Gemeinderäten aktiv. Vielfach werden auch das Sauberhalten des Wohnumfeldes oder die Pflege eines Vorgartens als Aktivitäten zugunsten des Gemeinwohls betrachtet. Besonders hoch ist das Engagement in den Orten Dreiskau-Muckern und in Störmthal. In diesen beiden Gemeinden sind nach eigenen Angaben jeweils über 50 Prozent der Befragten für den Ort aktiv. In Dreiskau-Muckern hängt dies mit der besonderen Ausgangssituation zusammen. Die erfolgreiche Wiederbelebung dieser ehemaligen Umsiedlungsgemeinde setzte ein besonders hohes Engagement der Einwohner voraus, sowohl der Alteingesessenen, die um den Erhalt ihres Dorfes kämpften, als auch der Zugezogenen, die sich hier eine neue Heimat aufbauen wollen.

Diagramm 9: Mitgliedschaft in örtlichen Vereinen (Angaben in Prozent)



Frage: Sind Sie oder Ihre Angehörigen Mitglied von Vereinen oder anderen Organisationen?

5.3.2. Soziale Beziehungen im Ort

Neben den genannten Aktivitäten in Vereinen und im Zusammenhang mit lokalen Ereignissen gehören die zahlreichen konkreten Beziehungen zu Verwandten, Freunden und Nachbarn zum sozialen Leben eines Ortes. Freundschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen sind zwar nicht an einen konkreten Ort gebunden, jedoch tragen solche intensiven sozialen Beziehungen zur Herausbildung von Ortsbindung bei. Zugleich können Freundschaften um so eher entstehen, je näher und je länger man einen gemeinsamen Raum teilt.

Bei den Bewohnern der untersuchten Tagebaurandgemeinden kann von einer hohen sozialen Einbindung in die lokalen und regionalen Kontaktstrukturen gesprochen werden. Zwischen 65 und 75 Prozent der Befragten in den vierzehn Tagebaurandgemeinden haben Verwandte, die im Wohnort selbst oder in Nachbargemeinden wohnen und zu denen ein regelmäßiger Kontakt besteht. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede in bezug auf die Wohndauer. Von den Alteingesessenen sind zwischen 74 und 90 Prozent in lokale verwandtschaftliche Netzwerke eingebunden. Bei den Personen, die erst nach 1990 in einen der Orte gezogen sind, bestehen in geringem Maße Verwandtschaftsbeziehungen in räumlicher Nähe.

Freundschaftliche Beziehungen sind in allen Untersuchungsgemeinden stark ausgeprägt. Zwischen 71 und 84 Prozent der Befragten geben an, daß sie Freunde im Wohnort selbst oder einem Nachbarort haben (Dreiskau-Muckern: 71%; Wachau: 84%). Freundschaften entstehen meist nicht von heute auf morgen, sondern über einen längeren Zeitraum. Die Herausbildung von Freundschaften innerhalb des Wohnortes hängt somit auch davon ab, wie lange jemand schon im Ort wohnt.¹¹ In den meisten Gemeinden haben die Neuzugezogenen bereits Freunde vor Ort, wenngleich der Anteil unter ihnen insgesamt geringer ist als unter den Alteingesessenen. Dies zeugt von einer hohen sozialen Integration. In den einwohnerstarken Gemeinden (z. B. Rötha, Großstädteln, Markkleeberg-Ost) bzw. in den Orten, die in der Nachbarschaft zu großen Gemeinden wie Markkleeberg und Rötha liegen (z. B. Gaschwitz, Wachau), haben die Neuzugezogenen bereits in einem höheren Maße freundschaftliche Kontakte entwickeln können, als dies in den kleineren, abseits gelegenen Gemeinden der Fall ist (z. B. Pötzschau, Oelzschau, Güldengossa, Dreiskau-Muckern). Die Ursachen dafür sind jedoch vor allem in der unterschiedlichen Größenordnung des sozialen Umfeldes zu suchen. Im Fragebogen wurde nach Freunden in der Nähe, d. h. im Wohnort oder in Nachbarorten, gefragt. In den Gemeinden, die Markkleeberg und Leipzig zu ihrer Nachbarschaft zählen, umfaßt der Begriff „in der Nähe“ demzufolge ein sehr gro-

¹¹ Der t-Test weist für die Gesamtstichprobe einen höchst signifikanten Zusammenhang aus ($p=0,000$). Für die Teilstichproben ergeben sich signifikante Unterschiede nur für Markkleeberg-Ost, Pötzschau, Oelzschau, Mölbis, Auenhain, Güldengossa und Dreiskau-Muckern.

Bes soziales Umfeld, in dem bereits vor dem Umzug freundschaftliche Kontakte bestanden haben können. Auch das Potential für neue Freundschaften ist wesentlich größer.

Im Gegensatz zu Verwandtschaft und Freundschaft ist Nachbarschaft vom Wohnbereich nicht zu trennen. Das Verhältnis zu den Nachbarn wird von den Befragten mehrheitlich positiv bewertet. Anhand einer fünfstufigen Skala konnten die Befragten angeben, ob sie die Beziehung zu den Nachbarn als „gut“ (=5), „eher gut“ (=4), als mittelmäßig („es geht so“ =3), „eher schlecht“ (=2) oder als „schlecht“ (=1) einstufen würden. In allen Gemeinden werden die Nachbarschaftsbeziehungen im Durchschnitt als gut bzw. eher gut bewertet. Die Mittelwerte reichen von 4,5 in Dreiskau-Muckern und Störmthal bis 3,8 in Espenhain.

Diese allgemeine Beurteilung sagt jedoch noch nichts über die konkrete Ausgestaltung des Nachbarschaftsverhältnisses aus. Es können darunter sowohl relativ enge, fast freundschaftliche als auch auf gegenseitiges Grüßen und auf Hilfe im Notfall beschränkte Kontakte verstanden werden.

Auf der Grundlage der Aussagen über die Nähe bzw. Distanz im Nachbarschaftsverhältnis konnte ein sogenannter Distanzindex gebildet werden.¹² Er ist ein Indikator, der eine Zusammenfassung der Einschätzung der einzelnen Vorgaben in bezug auf die konkrete Charakterisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen ermöglicht (vgl. Diagramm 10). In den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden bestehen engere Nachbarschaftskontakte als in den industriell überprägten Gemeinden und den städtischen Vororten. Der Einfluß der Wohndauer ist in diesem Zusammenhang nur marginal. Die Neuzugezogenen bewerten die Beziehungen zu den Nachbarn nicht wesentlich anders als die Alteingesessenen.¹³ Lediglich in der Kleinstadt Rötha werden die Nachbarschaftsbeziehungen von den Neubürgern nicht so positiv beurteilt wie von den lang Ansässigen. Größere Bedeutung hat dagegen die Tatsache, ob es sich um Nachbarschaftsverhältnisse zwischen Mietern oder zwischen Eigentümern von Einfamilienhäusern handelt. In der Regel stehen Mieter ihren Nachbarn kritischer gegenüber. Eigentümer, für die bereits durch das eigene Haus eine gewisse räumliche Distanz zu den Nachbarn gewährleistet ist, bewerten das Verhältnis in der Regel positiver. Sie schätzen ihre Kontakte zu den Nachbarn enger ein als Mieter.¹⁴ Es ist anzunehmen, daß die distan-

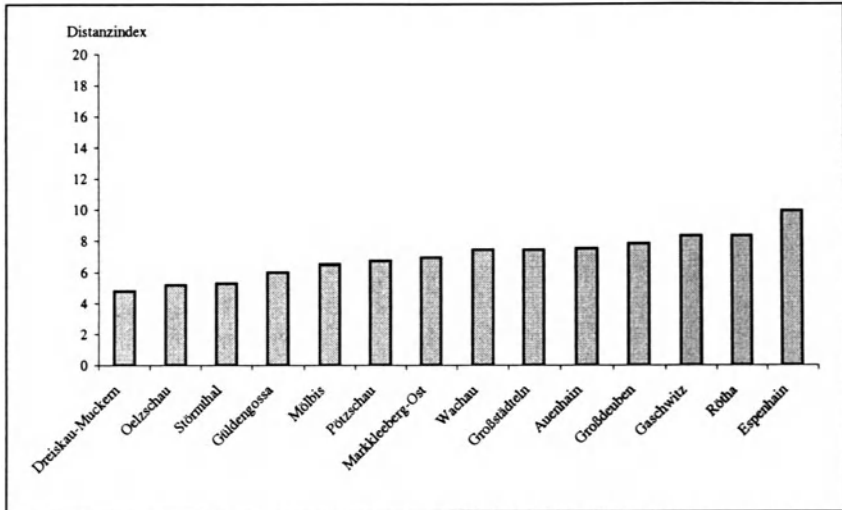
¹² Mittels Faktorenanalyse konnte nachgewiesen werden, daß die vorgegebenen Items die Dimension „Nähe bzw. Distanz im Nachbarschaftsverhältnis“ zu 61 % abbilden, d. h. nur 39% der Gesamtvarianz bleiben unerklärt. Das ist auch im Vergleich zur Gesamtstichprobe (47% unerklärte Gesamtvarianz) ein akzeptables Ergebnis. Die Skalenqualität (Reliabilität) ist zufriedenstellend (Cronbach's Alpha=0,84).

¹³ Der t-Test belegt, daß sich der Distanzindex für Alteingesessene und Neuzugezogene in der Gesamtstichprobe sowie in den Teilstichproben nicht signifikant unterscheidet (Ausnahme Rötha).

¹⁴ Für die Gesamtstichprobe weist der t-Test einen höchst signifikanten Unterschied zwischen Mietern und Besitzern bezüglich des Distanzindex auf (t-Test, p=0,000). Signifikante Un-

zierteren Nachbarschaftsbeziehungen in den industriell überprägten Gemeinden mit dem hohen Anteil an Mietwohnungsbau im Zusammenhang stehen.

Diagramm 10: Distanzindex zum Nachbarschaftsverhältnis (von 0 = „sehr geringe Distanz“ bis 20 = „sehr hohe Distanz“)



Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Bewertung des Nachbarschaftsverhältnisses in den untersuchten Tagebaurandgemeinden insgesamt positiv ausfällt, wenn auch der Charakter der Beziehungen als nicht all zu eng bezeichnet werden kann. Vielmehr beinhalten gute Nachbarschaftsbeziehungen ein gesundes Maß an Nähe und Distanz. Zwischen den Ortschaften bestehen Unterschiede in der Bewertung der Qualität und der Intensität des Nachbarschaftsverhältnisses. Als überdurchschnittlich gut und relativ eng schätzen die Einwohner von Dreiskau-Muckern, Oelzschau und Störmthal die sozialen Kontakte im Wohnbereich ein. In Gaschwitz, Rötha und Espenhain geben die Befragten in diesen Punkten vergleichsweise negative Urteile ab.

Ein gutes Nachbarschaftsverhältnis trägt zur emotionalen Verbundenheit mit dem Ort bei und fördert ein lokales Identitäts- und Gemeinschaftsgefühl. Je besser und enger die Befragten ihre Nachbarschaftsbeziehungen beurteilen, um so eher bejahen sie die Frage, ob es im Ort so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl gibt.¹⁵ Wie lange jemand bereits im Ort lebt, spielt dabei nur

terschiede in den Teilstichproben lassen sich nur für Orte nachweisen, in denen Mieter oder Eigentümer nicht absolut dominieren, also in Großdeuben, Markkleeberg-Ost, Möbis, Rötha.

¹⁵ Der t-Test bzw. U-Test weist signifikante Unterschiede zwischen den Mittelwerten des Distanzindex bzw. zwischen den Mittelwerten der Items zur Bewertung der Nachbar-

eine untergeordnete Rolle. Ausschlaggebend sind offensichtlich die Größe und der Charakter eines Ortes. So ist das Gemeinschaftsgefühl in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden stärker ausgeprägt als in den städtischen Vororten und den industriell überprägten Gemeinden (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Gemeinschaftsgefühl (Angaben in Prozent)

Untersuchungsort	„ja“	„nein“
Großdeuben	29	38
Espenhain	29	42
Gaschwitz	32	46
Rötha	38	27
Großstädteln	42	24
Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe	45	22
Auenhain	48	29
Oelzschau	50	25
Wachau	51	31
Guldengossa	53	18
Pötzschau	56	23
Störmthal	62	15
Mölbis	67	11
Dreiskau-Muckern	68	14

Frage: Gibt es Ihrer Meinung nach so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl im Ort?
Die Differenz zu 100% ergibt sich aus dem Anteil der „weiß nicht“-Antworten.

Im Falle der Dörfer Dreiskau-Muckern und Mölbis, wo zwei Drittel der Befragten der Meinung sind, daß es ein Gemeinschaftsgefühl unter den Bewohnern gibt, ist wiederholt auf die jeweils prekäre Ausgangslage und die besondere öffentliche Förderung zur Revitalisierung hinzuweisen. Insbesondere diese Bedingungen haben hier zur Stärkung des Gemeinschaftssinns beigetragen. Und in Störmthal (62%) gibt es ein intensives und vielfältiges soziales Leben, welches das Gemeinschaftsgefühl festigt. In den industriell überprägten Gemeinden Großdeuben, Espenhain, Gaschwitz sowie in der Kleinstadt Rötha ist der Anteil der Befragten, die die Existenz eines Gemeinschaftsgefühls bestätigen, mit knapp einem Drittel am geringsten. Diese Beurteilung korrespondiert mit der negativen Bewertung des Soziallebens vor Ort insgesamt.

schaftsbeziehungen über die Personengruppe aus, die ein Gemeinschaftsgefühl im Ort bejaht bzw. verneint.

5.3.3. Fazit

Das soziale Leben unterscheidet sich in den einzelnen Tagebaurandgemeinden und wird dementsprechend differenziert durch die Bewohner bewertet. Die Unterschiede lassen sich weitgehend mit den Gemeindetypen in Zusammenhang bringen (vgl. Tabelle 11). Das soziale Leben wird am positivsten von den Bewohnern der ländlich-dörflich geprägten Gemeinden beurteilt.

Tabelle 11: Reflexion des sozialen Lebens in den drei Typen von Tagebaurandgemeinden

Ortstypen	Orte	Nachbarschaftsbeziehungen*	Gemeinschaftsgefühl	Bedeutung von Ortsfesten**
Städtische Vororte mit tagebaufreiem Hinterland	Markkleeberg-Ost Großstädteln	mittlere Distanz	mittel	eher gering
Industriell überprägte Gemeinden zwischen zwei Tagebauen	Gaschwitz Großdeuben Rötha Espenhain	höhere Distanz	gering	gering eher hoch
Ländlich-dörflich geprägte Gemeinden mit tagebaufreiem Hinterland	Güldengossa Pötzschau Wachau Auenhain Dreiskau-Muckern Mölbis Störmthal Oelzschau	mittlere Distanz geringere Distanz	hoch sehr hoch	hoch gering hoch

* Distanzindex von 0 („sehr geringe Distanz“) bis 20 („sehr hohe Distanz“);

** Anteil an Personen, die sich häufig bzw. ab und zu an Ortsfesten beteiligen;

Diese Orte sind meist klein und überschaubar. Das Leben ist dort durch gute Nachbarschaftsbeziehungen, gemeinschaftsfördernde Festivitäten und ein lokales Gemeinschaftsgefühl gekennzeichnet. Der Zuzug neuer Einwohner hat dem dörflichen Zusammenleben keinen Abbruch getan. Im Gegenteil, die neuen Bewohner haben nach Einschätzung der bereits längere Zeit dort Wohnenden zu einer Belebung und Bereicherung des sozialen Lebens beigetragen. Besonders positiv stechen diesbezüglich die Gemeinden Dreiskau-Muckern und Mölbis sowie Störmthal und Oelzschau hervor.

In den städtischen Vororten Markkleeberg-Ost und Großstädteln ist auch das soziale Leben eher städtisch geprägt. Es beschränkt sich nicht auf den Stadtteil, ist vielfältiger, aber zugleich nicht so intensiv wie in den Dörfern. Von den Einwohnern wird der besondere Charakter der Wohnorte geschätzt, der Merkmale sowohl städtischer als auch ländlicher Lebensweise in sich vereint.

Eine deutlich andere Situation ist in den industriell überprägten Gemeinden vorzufinden. Nur wenige Bewohner bekunden eine emotionale Verbundenheit mit dem Wohnort. Hinzu kommt die anhaltende Abwanderung, die das Gemeinschaftsgefühl unter den Bewohnern schwächt. Die Beziehungen zu den Nachbarn sind distanzierter als in den anderen Orten. Trotzdem spielen Feste und Kulturveranstaltungen (Rötha, Espenhain) oder Vereine (Gasschwitz, Großdeuben) eine wichtige Rolle für das dortige örtliche Gemeinschaftsleben.

5.4. Tagebau und Bewertung der Lebensqualität

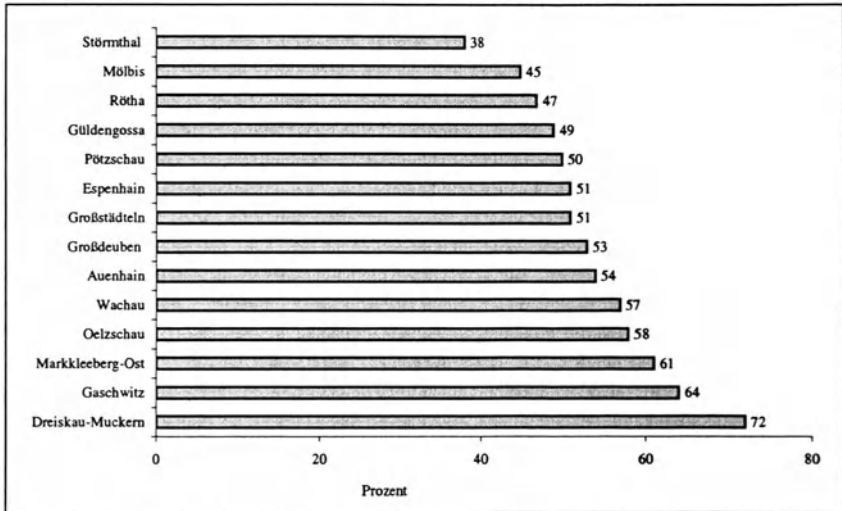
Die Veränderungen in der Tagebaulandschaft haben unmittelbaren Einfluß auf die Lebensqualität in den Anliegergemeinden. Allerdings sind zwischen den einzelnen Orten Unterschiede hinsichtlich der Intensität der Beeinflussung auszumachen. Generell kann aber festgestellt werden, daß die Tagebausanierung und die Entstehung der Erholungslandschaft von den Einwohnern aller Untersuchungsgemeinden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden.

5.4.1. Informationsstand zur Tagebausanierung

Etwa die Hälfte aller Befragten bestätigt, daß es aus ihrer Sicht Themen im Zusammenhang mit der Tagebausanierung gibt, zu denen sie mehr Informationen wünschen. Im Vergleich der einzelnen Orte ist dieser Wunsch unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Diagramm 11). Dies hängt zum einen damit zusammen, daß die Informationsstreuung in den Orten je nach Betroffenheit

in unterschiedlichem Umfang erfolgt. Zum anderen werden Informationsangebote selektiv von der Bevölkerung angenommen.

Diagramm 11: Wunsch nach mehr Informationen zur Tagebausanierung (Antwort „ja“; Angaben in Prozent)



Frage: Gibt es im Zusammenhang mit der Tagebausanierung und der Entwicklung Ihres Wohnortes Themen, zu denen Sie mehr Informationen wünschen?

Die konkret genannten Themen, zu denen weitere Informationen gewünscht werden, sind vielfältig und durchziehen die Angaben der Bewohner aller Untersuchungsgemeinden. Sie reichen von Gestaltungsideen der Tagebaurandbereiche bis zu Fragen bezüglich der Eigentumsverhältnisse der angrenzenden Grundstücke betreffend. Konkret werden von den Befragten als Schlagworte „Bebauungs- und Nutzungspläne“, „geplante Naherholungsflächen“, „Aufforstung – wo?“, „der zeitliche Ablauf der Gestaltung“, „neue Infrastruktur“, „Wassergrundstücke“ genannt. Dabei wird der zeitliche Aspekt der einzelnen Sanierungsschritte als besonders interessant betont. „Was geschieht wann und wo?“ ist eine typische Äußerung. Gefordert werden „flächen- und zeitbezogene Aussagen über die gesamte Gebietsentwicklung“. Das Gesamtziel sei bekannt, gebraucht werden „mehr Infos über den laufenden Stand“. Ganz pragmatisch wird gefragt: „Wann werden welche Flächen für die Einwohner begehbar?“ und „Wann sind die Badestrände nutzbar?“. Wichtig ist den Befragten auch die Art der Informationsvermittlung, da „im Moment alles zu theoretisch ist“. Dazu werden verschiedene Vorschläge unterbreitet, die auf regelmäßige und anschauliche Vermittlung der Informationen zielen. Dies kann mit Hilfe von „Informationen über Planung und

Stand der Sanierung, die in gewissen Zeiträumen in einem Mitteilungsblatt zugesendet werden“ und „kartographische[n] Darstellungen mit Beschreibung in öffentlichen Aushängen“ geschehen. Für die Einwohner der Gemeinden, die künftig von der Autobahn A 38 tangiert oder gequert werden, stehen deren Trassenführung und die mit der Autobahn verbundenen Einflüsse im Zentrum. „Wie stark beeinträchtigt uns der Bau bzw. die Lage der A 38?“, diese Frage steht exemplarisch für viele Äußerungen der Befragten aus Gasschwitz, Auenhain und Güldengossa.

Der Wunsch nach mehr und konkreteren Informationen korrespondiert mit dem Grad der Informiertheit der Befragten. Insgesamt antworten nur 13% aller Befragten mit „ja“ auf die Frage, ob sie sich in bezug auf die zukünftige Gestaltung des Tagebaus Espenhain gut informiert fühlen. Allerdings lassen sich zwischen den einzelnen Untersuchungsgemeinden deutliche Abstufungen feststellen. In Störmthal und Güldengossa fühlt sich ein Viertel aller Befragten, also ein wesentlich größerer Teil als im Gesamtdurchschnitt, gut informiert. Auch die Werte für Wachau, Auenhain und Markkleeberg-Ost liegen deutlich über dem Durchschnitt. Offensichtlich funktioniert in diesen Orten die Informationsgebung so, daß die Adressaten auch erreicht werden. Weiterhin scheint die konkrete Lage unmittelbar am Tagebaurand bzw. am künftigen Markkleeberger und Störmthaler See ein Grund dafür zu sein, daß diesbezügliche Informationen mit besonderer Aufmerksamkeit aufgenommen werden.

Drei Viertel aller Befragten verneinen, Informationsveranstaltungen zur Tagebausanierung besucht zu haben. Dieser Durchschnittswert wird in den Orten unterschritten, wo der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, am höchsten ist. Demzufolge trägt der Besuch von Informationsveranstaltungen zur Erhöhung der Informiertheit bei. Dabei handelt es sich wiederum um die Orte, die an den beiden künftigen Restseen des Espenhainer Tagebaus liegen.

Insgesamt wird anhand der Befragungsergebnisse deutlich, daß die Informationsübermittlung vielfältige Formen einschließen sowie stetig und allgemeinverständlich erfolgen sollte. Öffentliche Veranstaltungen können nur ein Medium neben anderen sein. Der lokalen Presse im Untersuchungsgebiet, z. B. der Kleinen Volkszeitung, kommt hier eine bedeutsame Rolle zu.

5.4.2. Erinnerungen an den aktiven Bergbau

Die rückblickende Beurteilung der Auswirkungen des aktiven Tagebaubetriebes auf die Wohnorte wird in erster Linie von der hohen Staubbelastung (76%) bestimmt. Des weiteren zählen die Lärmbelastung (66%), der Verlust an Erholungsflächen (67%) und der Verfall von Gebäuden und Infrastruktur (61%) zu den vorrangig erfahrenen Beeinträchtigungen.

Wird die Gesamtstichprobe in Alteingesessene und Neuzugezogene dichotomisiert, dann zeigt sich, daß sich die erste Gruppe, die den Tagebaubetrieb über viele Jahre miterlebt hat, in wesentlich höherem Maße an die tagesbaubedingten Immissionen erinnert. In allen Untersuchungsgemeinden bestätigen etwa 90% der bereits vor 1990 Ansässigen die starke Staubbelastung. Auch der Lärmbelastung stimmen die Alteingesessenen in wesentlich stärkerem Maße zu. In den unmittelbar an der Tagebaukante liegenden Orten betonen zwischen 80% und 90% dieser Gruppe entsprechende Belastungen. Die Bewohner etwas entfernter gelegener Orte wie Oelzschau, Pötzschau und Mölbis machen auch auf die Lärmimmissionen aufmerksam, allerdings waren diese hier offenbar nicht in vergleichbar hohem Maße wie in den unmittelbaren Randgemeinden wahrzunehmen. Auf die Vernichtung von Erholungsflächen durch den raumgreifenden Tagebaubetrieb und entsprechende Defizite machen in fast allen Untersuchungsgemeinden 80% und mehr der Alteingesessenen aufmerksam. Besonders hohe Werte erreichen Dreiskau-Muckern und Mölbis sowie Großdeuben und Gaschwitz. Hier kommen besonders ungünstige Lagefaktoren wie die unmittelbare Nähe zum Espenhainer Werk im Falle von Mölbis und die zweiseitige Einengung durch den Tagebau Espenhain und den Tagebau Zwenkau im Falle der beiden letztgenannten Gemeinden zum Tragen.

Der frühere Verfall von Gebäuden und Infrastruktur wird besonders stark in den ehemals unter Bergbauschutz stehenden Orten, und hier insbesondere von der bereits vor 1990 ansässigen Bevölkerung¹⁶, registriert. Dreiskau-Muckern und Pötzschau ragen mit den höchsten Werten (100% Bestätigung durch die Alteingesessenen) heraus. In Oelzschau, Mölbis und Güldengossa bestätigen über 80% der lang Ansässigen den baulichen Verfall während der Zeit des aktiven Bergbaus.

Abschließend wurde im Kontext der rückblickenden Beurteilung der Auswirkungen des Tagebaubetriebes nach dem damit verbundenen Image für den Wohnort gefragt. In der Gesamtstichprobe verbindet knapp die Hälfte der Befragten damit ein negatives Rufbild. Allerdings kann etwa ein Viertel aller Befragten kein Urteil dazu abgeben. Dieser Gruppe gehören fast nur Neuzugezogene an.

Den Spitzenwert bezüglich eines empfundenen Negativimage für ihren Wohnort belegen mit über 80% die alteingesessenen Mölbiser. Sehr hohe Werte (über 70% Zustimmung) werden auch in Pötzschau, Oelzschau, Espenhain, Dreiskau-Muckern und Großdeuben erreicht. Demgegenüber bestätigt in Markkleeberg-Ost, Wachau und Auenhain nur ein relativ geringer Anteil der alteingesessenen Befragten ein schlechtes Rufbild, wobei in Wachau und Auenhain die Neuzugezogenen sogar in höherem Maße das Negativimage für

¹⁶ Mit Hilfe des Chi-Quadrat-Tests konnte ein höchstsignifikanter Zusammenhang zwischen der Wohndauer im Ort und dem Registrieren von baulichem Verfall als Auswirkung der Tagebaunähe festgestellt werden ($p=0,000$).

ihren Ort durch die Nähe zum aktiven Tagebau erkennen. Dieses Ergebnis ist allerdings mit Vorbehalt zu betrachten. Die Neubürger haben offenbar die Wahrnehmung der Auswirkungen des Sanierungstagebaus, der auch Staub und Lärm verursacht, einfließen lassen, obwohl der hier eingesetzte Indikator ausschließlich auf die Zeit vor der Tagebaustillegung zielte.

Anhand dieser Befragungsergebnisse wird deutlich, daß die negativen Auswirkungen der Nähe des aktiven Tagebaus objektiv sehr unterschiedlich waren und auch differenziert wahrgenommen wurden. Die unter Bergbauschutz gestellten ländlich-dörflich geprägten Gemeinden, deren Überbaggerung in den nächsten Jahren vorgesehen war, verspürten die Tagebaubeeinträchtigungen am unmittelbarsten. Eine hohe Betroffenheit liegt auch im Falle der industriell überprägten Orte Espenhain und Großdeuben vor, wobei sie nicht vor dem Problem der bergbaubedingten Inanspruchnahme standen. Für sie war die umfassende Schädigung der Umwelt durch die Braunkohleindustrie ausschlaggebend, der sie aufgrund ihrer Lage (Angrenzen an das karbochemische Werk, Lage zwischen zwei Tagebauen) ausgesetzt waren.

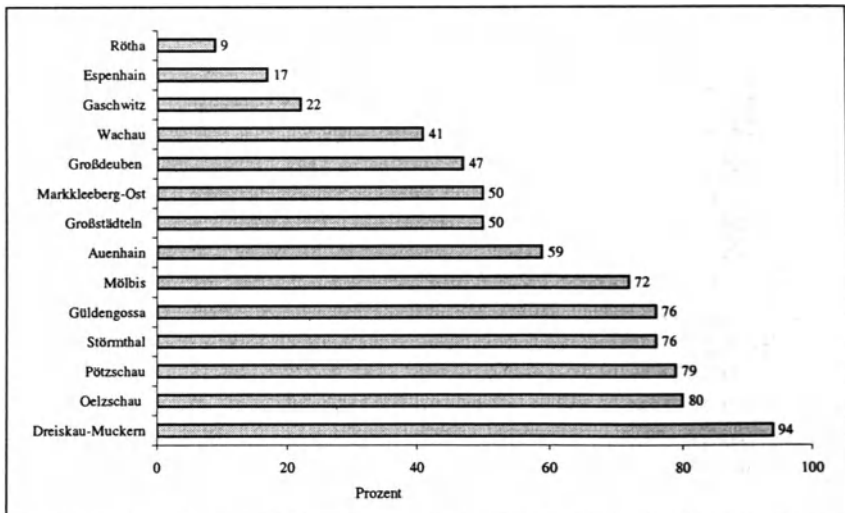
5.4.3. Reflexion der gegenwärtigen Auswirkungen der Tagebausanierung auf die Siedlungen

Der Zuzug von Einwohnern und die Sanierung sowie der Neubau von Gebäuden und Infrastruktur sind die dominierenden Veränderungen, die von den Einwohnern festgestellt werden. Etwa die Hälfte aller Befragten bestätigt diese neuen Entwicklungen. Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den länger im Ort Ansässigen und den Neuzugezogenen. Von ersteren werden diese Veränderungen in größerem Maße registriert als von den Vertretern der zweiten Gruppe. Des weiteren ist auffällig, daß der bauliche Fortschritt und der Einwohnerzuwachs in besonderem Maße von den Einwohnern der Orte, die unter Bergbauschutz standen, verzeichnet wird (vgl. Diagramm 12). Damit bestätigt sich zum wiederholten Male, daß die Einwohner gerade jener Orte, die in der Vergangenheit tagebaubedingt den stärksten Niedergang erfahren haben, gegenwärtig die größten Entwicklungssprünge aufweisen können. Im Hinblick auf Einwohnerzuzug nimmt Dreiskau-Muckern eine besondere Stellung ein, die mit dem Stop des Umsiedlungsprozesses und der Entscheidung zur Wiederbelebung des Ortes zusammenhängt. Oelzschau, Pötzschau, Störmthal, Mölbis und Güldengossa sind weitere Gemeinden, deren langfristige Existenz seit der Stilllegung des Tagebaus gesichert ist. Sie verfügen nun über ein Bündel von Entwicklungsvorteilen und -potentialen, das sich vorrangig aus der Umwandlung des Tagebaurestlochs und seiner Randbereiche in ein Naherholungsgebiet und aus der Großstadtnähe ergibt.

Die zahlreichen Zugezogenen haben diese sich hier bietenden Vorzüge und Chancen erkannt.

Auch in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe, Großstädteln und Auenhain wird Zuzug in einem bedeutsamen Umfang von den Bewohnern wahrgenommen. Er steht beispielsweise im Zusammenhang mit dem neu errichteten Wohngebiet „Am Krähenfeld“ in Großstädteln. Hier wurde der Anteil hochwertiger Wohnungen, mit denen die Bewohner eine hohe Zufriedenheit verbinden, wesentlich erweitert. In einem nicht unerheblichen Maße haben auch die Befragten in Großdeuben und Wachau Zuwanderung registriert. Dagegen kann in Gaschwitz, Espenhain und Rötha jeweils nur ein geringer Anteil an Befragten aus eigener Erfahrung einen Einwohnerzuwachs bestätigen. Darin zeigt sich wiederum die begrenzte Wohnattraktivität dieser Gemeinden.

Diagramm 12: Wahrnehmung des Zuzugs von Einwohnern (Angaben in Prozent)



Frage: Welche Auswirkungen für Ihren Ort (Zuzug von Einwohnern) hat die Sanierung des Tagebaus?

Neben den unmittelbar auf den Wohnort bezogenen Veränderungen registrieren die Einwohner im Zusammenhang mit der Tagebausanierung eine starke Aufwertung des Landschaftsbildes. Dieser Faktor wird von allen Befragten an vorderer Stelle genannt. Mindestens drei Viertel aller Befragten in den nördlich und östlich des Tagebaus Espenhain gelegenen Orten unterstreichen diesen positiven Wandel. Dagegen können die Einwohner von Großstädteln, Rötha und Espenhain nur in geringerem Maße eine Erhöhung der landschaft-

lichen Attraktivität durch die Sanierung des Tagebaus Espenhain erkennen. Auch die Oelzschauer äußern sich diesbezüglich recht zurückhaltend. Offensichtlich sind für das Urteil der Bewohner dieser Gemeinden Lagefaktoren verantwortlich. Während die ersten drei Orte durch die Barriere der Bundesstraße von den künftigen Erholungsbereichen getrennt ist, weisen Oelzschau und Espenhain eine große räumliche Entfernung zu diesen Arealen auf. Die Verzüge der Bergbaufolgelandschaft werden also in den Untersuchungsgemeinden unterschiedlich wahrgenommen.

Mit der Tagebausanierung wird das in den Orten gestiegene Verkehrsaufkommen in Zusammenhang gebracht. Mehr als die Hälfte aller Befragten macht auf dieses Phänomen aufmerksam. Dabei ragen die Orte Markkleeberg-Ost, Wachau und Auenhain heraus. Hier thematisieren fast drei Viertel der Befragten diese problematische Situation.

Die Verkehrsproblematik ist des weiteren in den an der Bundesstraße B 2/95 gelegenen Orten von Relevanz. Das Verkehrsaufkommen steigt infolge der wachsenden Frequentierung durch Fahrzeuge, die Müll zur Deponie Cröbern bringen. Die im Tagebau Espenhain errichtete Deponie wird von der Mehrzahl der Befragten sehr kritisch betrachtet. Mehr als ein Viertel der Befragten verbindet mit ihr ausschließlich Nachteile. Sie bestehen in dem hohen Verkehrsaufkommen durch Transportfahrzeuge, in der Überdimensionierung der Deponie und damit befürchteten Gebührenerhöhungen sowie in möglichen Umweltrisiken wie einer Grundwassergefährdung und einer Beeinträchtigung der Erholungslandschaft. Als exemplarische Äußerung steht: Die Deponie „paßt nicht in saniertes, naturnahes Landschaftsbild, könnte Erholungsuchende abschrecken“. Die wenigen, von den Befragten benannten Vorteile der Deponie sind die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und eine geordnete, moderne Müllentsorgung.

Der oben dargelegte kritische Blick auf den Verkehrsaspekt erhält eine zusätzliche Dimension durch den geplanten Bau des Autobahnteilstücks der Autobahn A 38, welches den nördlichen Teil des Tagebaus Espenhain queren wird. Dieses Vorhaben verfolgen die Bewohner der Untersuchungsgemeinden mit großem Interesse. Zwei Drittel aller Befragten verbinden damit Vorteile, ein Teil von ihnen betrachtet es zugleich mit Skepsis. Elf Prozent stellen ausschließlich Nachteile fest. Die übrigen wissen das Vorhaben nicht einzuschätzen. Die möglichen Vorteile konzentrieren sich aus Bewohnersicht auf eine bessere Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz und eine mögliche Entlastung der Ortsdurchfahrten. Eine „gute Verkehrsanbindung“, der „kurze Anfahrtsweg zur Autobahn“ und eine „Erhöhung der Lukrativität der Gegend“ sind typische Äußerungen. Problematisch wird im Zusammenhang mit der geplanten Südtangente Leipzig allerdings die „Luft- und Lärmbelastung der angrenzenden Gemeinden“ gesehen. Auenhain, Güldengossa und Gaschwitz sollen von der Autobahn tangiert bzw. durchquert werden, weshalb gerade die Einwohner dieser Gemeinden neue Beeinträchtigungen der Le-

bensqualität befürchten. Für Gaschwitz stehen folgende exemplarische Äußerungen: „Da die Autobahn dann unmittelbar vor unserem Wohnhaus verläuft, befürchten wir Tag und Nacht hohe Lärm- und Geruchsbelästigungen.“ Enttäuschung kommt in der Frage „Möchten Sie an der Autobahnbrücke in einer 1992 erworbenen Eigentumswohnung wohnen?“ zum Ausdruck. Darüber hinaus wird der geplante Autobahnbau als „mächtiger Einschnitt in die Folgelandschaft“ betrachtet, der zur „Zerstörung der (sich neu entwickelnden) Natur“ führen könnte.

Da in diesen Orten ein hoher Informationsbedarf zur weiteren Tagebau- sanierung und dabei insbesondere bezüglich des Autobahnbaus besteht, könnte eine gezielte und wiederholte Informationsstreuung möglicherweise dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen.

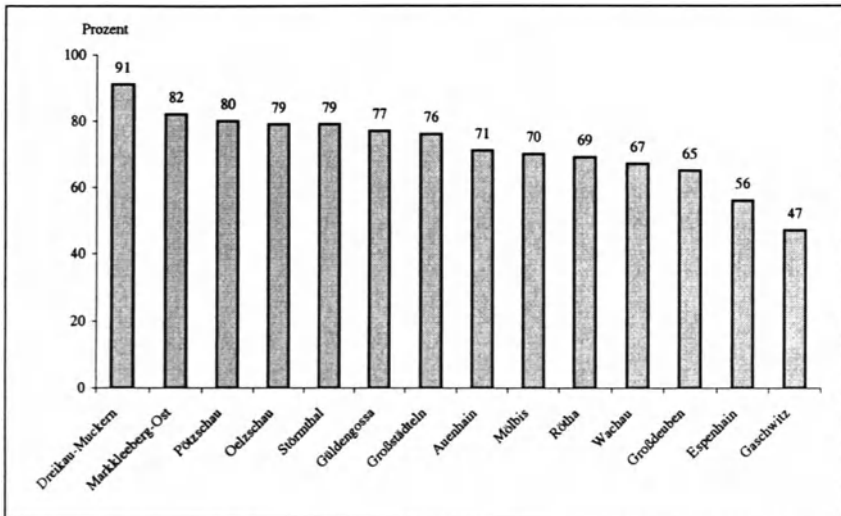
5.4.4. Erwartungen an die zukünftige Ortsentwicklung in der Bergbaufolgelandschaft

An der Spitze der zukünftigen Erwartungen an die sanierte Tagebaulandschaft steht eine aufgewertete landschaftliche Umgebung. Zugleich verbinden zwei Drittel aller Befragten damit für sich persönlich eine gestiegene Wohnqualität. Die Entstehung einer attraktiven Folgelandschaft, in der Erholung und Sportmöglichkeiten bestimmend sind, korrespondiert demnach unmittelbar mit der Verbesserung der jeweiligen Wohnbedingungen in den Orten in Randlage des jetzigen Sanierungstagebaus.

Im Vergleich der einzelnen Untersuchungsgemeinden zeigt sich eine Abstufung in der Erwartungshaltung (vgl. Diagramm 13). Am überzeugtesten zeigen sich die Befragten in Dreiskau-Muckern. Die positive Erwartungshaltung, die von den konkreten Plänen eines Strandbereiches in Ortsnähe mit umgebender Waldfläche gespeist wird, ist ebenfalls in Markkleeberg-Ost, Auenhain, Störmthal, Güldengossa und Großstädteln anzutreffen. Aber auch in Pötzschau und Oelzschau wird sich nach Meinung der Befragten die bereits zu beobachtende positive Entwicklung fortsetzen. Die zurückhaltendsten Einschätzungen werden in Großdeuben, Espenhain und Gaschwitz vorgenommen. Hier spielen wiederum die bereits genannten ungünstigen Lagefaktoren eine Rolle, und im Urteil der Gaschwitzer schlägt sich der geplante Autobahnbau mit der vermuteten zerschneidenden Wirkung des Ortes nieder.

Drei Viertel aller Befragten erwarten in Zukunft mehr Erholungs- und Sportmöglichkeiten in der Folgelandschaft, was ihrer Meinung nach auch dazu führen wird, daß mehr Besucher und Erholungsuchende anzutreffen sein werden. In diesem Zusammenhang wird mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen gerechnet.

Diagramm 13: Steigende Wohnqualität als zukünftige Wirkung der sanierten Tagebaulandschaft (Antwort „trifft zu“; Angaben in Prozent)



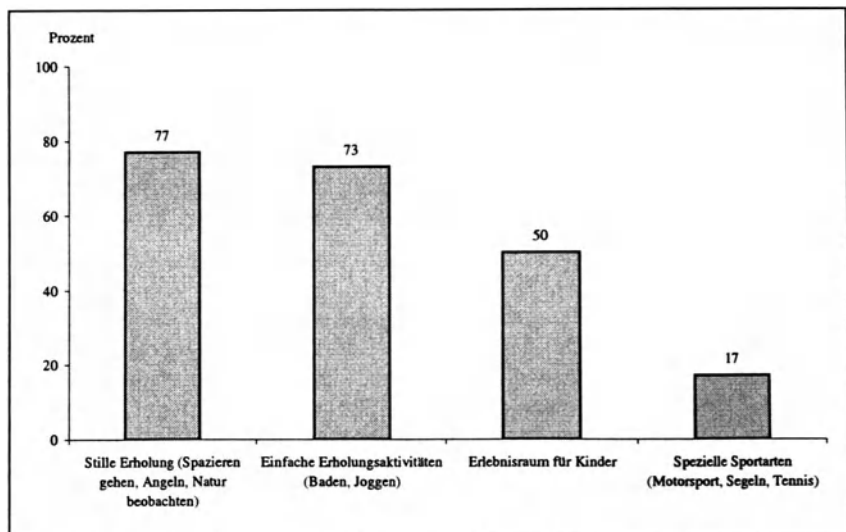
Frage: Welche Auswirkungen (gestiegene Wohnqualität) wird die sanierte Tagebaulandschaft Ihrer Meinung nach für den Ort haben?

Auf die Frage nach der beabsichtigten Nutzung der Folgelandschaft dominiert durchgängig der Wunsch nach naturnaher, stiller Erholung (vgl. Diagramm 14). Hervorhebenswert ist ebenfalls, daß sich die Hälfte der Befragten dahin gehend äußert, daß die Bergbaufolgelandschaft als Erlebnisraum für Kinder nutzbar gemacht werden sollte. Offensichtlich werden diesbezüglich gegenwärtig Defizite gesehen, denen mit Hilfe entsprechender Angebote in den künftigen, erweiterten Nutzungsräumen begegnet werden kann. Schließlich wird von immerhin 17% aller Befragten auch der Wunsch geäußert, spezielle Sportarten ausüben zu können. Konfligierende Interessen und Nutzungsarten sind damit nicht auszuschließen. Die Kanalisierung von unterschiedlichen Nutzungsansprüchen ist möglichst frühzeitig zu befördern, um Konflikte zu vermeiden.

Die Zukunftsbilder der Landschaft nach Abschluß der Tagebausanierung enthalten solche Motive wie „Seenlandschaft“, „Badegebiet“, „neu aufgeforstete Wälder, Wander- und Radwege“ und „Auenflächen“. „Viel Wald“ und „viel mehr Grün“ werden dieses „große Erholungsgebiet“ mit einem „hohen Erholungswert“ kennzeichnen. Dabei wird auch die Hoffnung ausgedrückt, daß eine „klare Trennung zwischen Freizeitsportarealen und naturbelassenen Uferzonen, Waldbereichen usw.“ vollzogen wird. Die wassergebundenen Freizeitaktivitäten nehmen in den Vorstellungen einen hohen Stellenwert ein,

denn „ein Erholungsgebiet für Wasserfreunde“ wird erwartet. „Keine Motorboote, Angeln und Naturschutz als Einheit“ wird als eine Forderung formuliert. Besorgte Töne klingen hinsichtlich der Gestaltungsvarianten und damit der Zielgruppen an. So soll „keine Landschaft für Reiche entstehen, die nur Golf spielen und mit Motorbooten angeben“. Die künftige Landschaft soll in erster Linie für naturnahe Erholungsmöglichkeiten nutzbar gemacht werden. Unter den seitens der Befragten angestrebten Nutzungsarten steht Baden neben Radfahren und Joggen an erster Stelle. Gefordert werden attraktive und kostenlose Bademöglichkeiten. Die laut Sanierungsrahmenplan vorgesehenen Badestrände in unmittelbarer Nachbarschaft zu Gemeinden wie Dreiskau-Muckern, Störmthal, Auenhain ermutigen gerade deren Einwohner, von einem künftigen „Badeparadies vor der Haustür“ zu träumen.

Diagramm 14: Voraussichtliche Nutzung der künftigen Bergbaufolgelandschaft (Mehrfachantworten möglich; Angaben in Prozent)



Frage: Wie wollen Sie voraussichtlich die zukünftige Tagebaulandschaft nutzen?

Die ganz persönlichen Erwartungen der Wohnbevölkerung hinsichtlich Tagebausanierung und Ortsentwicklung lehnen sich inhaltlich eng an die Vorstellungen von der zukünftigen Landschaft an. So wird „Eine bessere Lebensqualität“ ebenso betont wie „ruhiges Wohnen in landschaftlich schöner Gegend“ oder „ein behutsam wiederbelebtes Dorf in ortstypischer Bebauung am Rand eines Bade- und Sportgewässers mit umfangreichen Aufforstungen“. Die „Aufwertung der Immobilien durch eine attraktive Umgebung“ wird durchgehend betont, wobei der Begriff der „Aufwertung“ auffallend häufig

Verwendung findet. In den beschriebenen individuellen Wahrnehmungen kommt zum Ausdruck, daß sich ein regionaler Imagewandel vollzieht. Er beruht nach Einschätzung der Befragten darauf, daß „im Gegensatz zum jetzigen öden Zustand eine abwechslungsreiche Landschaft entstehen [wird], die auch Gäste anlockt.“

Seitens der Einwohner der Gemeinden, die am westlichen Tagebaurand liegen, wird sehr deutlich die Forderung unterstrichen, die entstehenden Erholungsbereiche zugänglich zu machen. Es wird betont, daß „Möglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden müssen, um das sanierte Gebiet gegenüber von Gaschwitz/Großdeuben zu erreichen“. „Übergänge über die Pleiße und die Fernverkehrsstraße (B 2/95)“ sind notwendig, um die nach wie vor existente Barrierewirkung der Bundesstraße und die damit verbundene Abschottung der Gemeinden von der Bergbaufolgelandschaft des Tagebaus Espenhain aufzuheben.

Exemplarisch für die weitreichenden Auswirkungen der Tagebausanierung soll folgende Äußerung eines Bürgers aus Dreiskau-Muckern stehen: „Da die Natur und Landschaft verunstaltet wurde durch die vielen Tagebaue, hoffe ich, daß die Landschaft attraktiv und freundlich aufgewertet wird, damit ich mich in meiner Heimat wieder wohlfühlen kann.“

Der Erwartung eines landschaftlichen Attraktivitätsgewinns in der Bergbaufolgelandschaft steht die Reflexion des Arbeitsplatzdefizits als größtes soziales Problem gegenüber. Nahezu von jedem Befragten wird auf den Mangel an Arbeits- und an Ausbildungsplätzen hingewiesen. Mit ihren Erwartungen an die künftige Entwicklung verbinden die Befragten auch die Hoffnung, daß „es mehr Arbeitsplätze (Tourismus, neue Werke) durch die besseren Verkehrsanbindungen (Autobahn) gibt, und damit eine positive Zukunft für unsere Stadt [Rötha]“ garantiert werden kann. Der Hoffnung wird Ausdruck verliehen, „daß die Leute, die durch Schließung des Tagebaus arbeitslos geworden sind, Arbeit bekommen.“ Mit der Aufforderung: „Sanieren sie bitte sehr langsam, damit die Leute [in der Tagebausanierung] lange ihre Arbeit behalten.“ wird deutlich, wie problematisch die Befragten die Arbeitsmarktsituation in der Region einschätzen. Die Schaffung von Arbeitsplatzalternativen ist für sie lebenswichtig. Ein älterer Bürger erhofft „einen Arbeitsplatz für meinen Enkel“ und bringt damit seine Sorgen zum Ausdruck, die er sich in bezug auf eine sichere Existenz der jungen Generation macht. Seine Äußerung steht exemplarisch für die Meinung vieler Mitbürger. In ihr werden mit Blick auf die junge Generation Existenzsorgen sichtbar. Insgesamt ist nur ein Viertel aller Befragten der Auffassung, daß die sanierte Tagebaulandschaft zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen beitragen wird. Diesbezügliche Erwartungen sind eher verhalten, lediglich geringfügige Arbeitsmarkteffekte werden als realistisch erachtet.

5.4.5. *Fazit*

Die Entwicklung des Sanierungstagebaus Espenhain und die schrittweise Entstehung einer Erholungslandschaft korrespondieren in hohem Maße mit einer stetigen Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität in den Tagebaurandgemeinden. Die Umwandlung der Bergbauflächen in eine Erholungslandschaft bestärkt die Bewohner der Anliegergemeinden in der Richtigkeit ihrer Entscheidung, sich für die Entwicklung ihres Wohnortes einzusetzen.

Durchgängig ist ein großes Interesse am Fortgang der Sanierungsarbeiten und an konkreten Planungen für die Folgenutzungen vorhanden. Daraus resultiert der Wunsch nach weiteren Informationen. Die Informationsgebung muß vielfältig sein sowie stetig und allgemeinverständlich erfolgen.

In den Erinnerungen an den lebenden Tagebau dominieren die Umweltbelastungen, insbesondere durch Staub und Lärm, und der Verlust an Erholungsflächen. Da sich die Lebensqualität zunehmend verschlechterte, verließen viele Menschen ihren Wohnort. Dies zog wiederum den Verfall von Gebäuden und Infrastruktur nach sich, der sich insbesondere in den Orten zeigte, deren Gemarkungen unter Bergbauschutz gestellt waren. Diese kommunalen Niedergangerscheinungen haben sich im Gedächtnis der Bewohner festgesetzt.

Der mit den vergangenen Prozessen verbundene Imageverlust konnte durch den Stop des Tagebaubetriebes aufgehalten und durch die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zügig verlaufende Umsetzung des Sanierungsrahmenplanes für den Tagebau Espenhain partiell abgebaut werden. Von der großen Mehrheit der Befragten wird schon gegenwärtig eine Aufwertung des Landschaftsbildes registriert. Diese landschaftsbezogenen Veränderungen strahlen auf innerörtliche Aktivitäten zur Sanierung und zum Neubau von Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen aus. Fast die Hälfte aller Befragten bestätigt Zuzug von Einwohnern in ihren Ort. Darin sehen sie ein deutliches Signal für einen Imagegewandel.

Insbesondere die ländlich-dörflich geprägten Gemeinden, die während der Laufzeit des aktiven Tagebaus solche gravierenden Beeinträchtigungen erfuhren, daß die Aufgabe ihrer Existenz real bzw. in Zukunft absehbar war, können zwischenzeitlich Entwicklungssprünge aufweisen. Aus der Sicht ihrer Bewohner sind die Revitalisierungsfortschritte erheblich. Belege dafür sind der deutlich wahrgenommene Bevölkerungszuwachs und die Überzeugung, daß sich mit der Aufwertung der Tagebaulandschaft die Wohnqualität in den Orten erhöhen wird.

Auch die Einwohner der Gemeinden, die unter den städtischen Vororten zusammengefaßt sind, sind sich der positiven Wirkungen der sanierten Tagebaulandschaft für die Entwicklung ihrer Orte sicher. Die Wohnattraktivität

von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und von Großstädteln wird sich weiter stabilisieren.

Die Befragten in den industriell überprägten Gemeinden beurteilen die positive Wirkung der sanierten Tagebaulandschaft auf die Wohnqualität in ihren Orten verhaltener. In Großdeuben, Espenhain und Gaschwitz kann der Wandel der Bergbau- zur Erholungslandschaft aufgrund der hier anzutreffenden Bündelung von Problemlagen offensichtlich nur in begrenztem Maße zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen.

Im Zusammenhang mit der in der Entstehung begriffenen Erholungslandschaft erwartet kaum ein Befragter Einwohnerverluste. Inwieweit diese Zuversicht Bestätigung finden wird, hängt letztlich maßgeblich vom künftigen Arbeitsplatzangebot in der Region ab. Das gegenwärtige Arbeitsplatzdefizit stellt das größte soziale Problem in der Region dar. Die Lösung desselben ist unbedingt erforderlich, um die lokalen und regionalen Potentiale ausschöpfen zu können.

Die künftigen Erwartungen der Bewohner der Randgemeinden des Tagebaus Espenhain an die landschaftliche Umgebung sind auf den Attraktivitätsgewinn der Wohnorte gerichtet. Mit der entstehenden, durch Seen und Wälder bestimmten naturnahen Folgelandschaft erhoffen sich die Einwohner Nutzungsangebote für Erholung und Sport. Sie gehen davon aus, daß die begonnene landschaftliche Aufwertung fortgesetzt und zu einem Imagewandel der gesamten Region beitragen wird.

In Tabelle 12 wird dargestellt, wie die Einwohner der Tagebaurandgemeinden die Auswirkungen des bergbaubedingten Landschaftswandels auf ihre Lebensqualität wahrnehmen. Ein Bezug zu den unter 5.1. herausgearbeiteten Typen ist gegeben.

Tabelle 12: Wahrnehmung der Auswirkungen des Tagebaus auf die Lebensqualität in den drei Typen von Tagebaurandgemeinden im Zeitverlauf

Ortstypen	Orte	Negativimage durch aktiven Bergbau	Landschaftliche Attraktivität durch Sanierungsbergbau	Hohe Wohnqualität durch gestaltete Bergbaufolgelandschaft
Städtische Vororte mit tagebaufreiem Hinterland	Markkleeberg-Ost	kaum empfunden	bestätigt	in hohem Maße erwartet
	Großstädteln			
Industriell überprägte Gemeinden zwischen zwei Tagebauen	Gaschwitz	in hohem Maße empfunden	kaum bestätigt	in geringem Maße erwartet
	Großdeuben			
	Rötha			
	Espenhain			
Ländlich-dörflich geprägte Gemeinden mit tagebaufreiem Hinterland	Dreiskau-Muckern	in hohem Maße empfunden	in hohem Maße bestätigt	in hohem Maße erwartet
	Mölbis			
	Störmthal			
	Gülden-gossa			
	Pötzschau			
	Oelzschau			
	Wachau	kaum empfunden		
	Auenhain			

6. Repräsentanten der Typen von Tagebaurandgemeinden im Revitalisierungsprozeß

In diesem Kapitel werden die Untersuchungsergebnisse für jeweils einen Repräsentanten der vorab herausgearbeiteten drei Typen von Revitalisierungsgemeinden dargestellt. Zur Auswahl gehören:

- Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe für den Typ „Städtische Vororte mit tagebaufreiem Hinterland“,
- Espenhain für den Typ „Ländlich-dörflich geprägte Gemeinden mit tagebaufreiem Hinterland“,
- Störmthal für den Typ „Industriell überprägte ländliche Gemeinden zwischen zwei Tagebauen“.

Diese Beispielsgemeinden unterscheiden sich hinsichtlich des Siedlungscharakters, der bergbaulichen Beeinflussung und der benachbarten Flächennutzungsstrukturen. Des weiteren weist ihre Einwohnerschaft typische sozialstrukturelle Charakteristika und gruppenspezifische Reflexionen des lokalen Lebensumfeldes auf. Die Auswahl berücksichtigt außerdem, daß die drei Orte in verschiedenen Segmenten des Tagebaumfeldes liegen und separaten administrativen Einheiten angehören.

Nachfolgend werden in den Ortscharakteristika die bergbauliche Betroffenheit, die Sozialstruktur, die bauliche Struktur und deren Nutzung, die Wirtschaftsstruktur, kommunale Belange und die Potentiale der Landschaft skizziert. Die Beschreibung der jeweiligen Bedingungskonstellationen bildet die Grundlage für eine erste Ableitung lokalspezifischer Entwicklungsoptionen.

Im Rahmen der Auswertung der Befragung wird zunächst kurz die Durchführung der Erhebung erläutert. Daran schließt sich die Vorstellung ausgewählter Ergebnisse zur Sozialstruktur, zum sozialen Leben, zu den Wohnbedingungen, zum Alltag in Tagebaunähe und zur Lebensqualität insgesamt an. In der Beantwortung des Fragebogens schlagen sich die Wahrnehmung und Bewertung der Konditionen durch die Einwohner nieder.

Abschließend werden auf der Grundlage der Resultate der Situationsanalyse und der empirischen Erhebung Schlußfolgerungen für den örtlichen Revitalisierungs- und Entwicklungsprozeß gezogen.

6.1. Der städtische Vorort Markkleeberg-Ost/ Siedlung Goldene Höhe

6.1.1. Ortscharakteristik

Das Stadtgebiet Markkleebergs schließt nördlich unmittelbar an die Stadtgrenze Leipzigs an. Es erstreckt sich in südlicher Richtung bis an die Grenzen der Tagebaue Zwenkau/Cospuden und Espenhain. Markkleeberg stellt somit eine Verbindung zwischen der Stadtregion Leipzig und der ländlichen Industrie- und Bergbauregion des Südraums Leipzig dar. Die Stadt Markkleeberg entstand 1934 aus dem Zusammenschluß mehrerer Dörfer, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu städtisch geprägten Wohnorten entwickelt hatten. Demzufolge ist die Siedlungsstruktur der Stadt durchgliedert und polyzentral. Die einzelnen Stadtteile Markkleeberg-Ost, -West und -Mitte sind z. T. durch Freiflächen voneinander abgegrenzt und verfügen über ein eigenes Zentrum.

Der Stadtteil Markkleeberg-Ost ist aus dem Dorf Markkleeberg hervorgegangen, das der Stadt ihren Namen gab. Markkleeberg-Ost ist von den anderen Stadtteilen Markkleebergs durch die verlegte Pleiße und die vierspurige Bundesstraße B 2 getrennt. Der Siedlungsstruktur nach gliedert sich der Ort in vier Teilbereiche: erstens die alte dörfliche Bebauung, zweitens das etwas außerhalb gelegene Rittergut mit der Kirche, drittens die Siedlung Goldene Höhe sowie viertens die an Leipzig angrenzende Wohnbebauung im Musikerviertel und an der Rathenaustraße. Da als Untersuchungsgebiet nur die unmittelbar an den Tagebau Espenhain angrenzenden Siedlungsbereiche von Interesse sind, wurden das Wohngebiet Musikerviertel und die Wohnbebauung um die Rathenaustraße nicht in die Ortscharakteristik und die Einwohnerbefragung einbezogen. Der Untersuchungsort wird im folgenden als Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe bezeichnet, um ihn von dem gesamten Stadtteil Markkleeberg-Ost unterscheiden zu können. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß bei der Betrachtung bestimmter Aspekte wie der Wirtschaftsstruktur und der kommunalen Angelegenheiten aufgrund des Sachbezugs und der Datenlage der gesamte Ortsteil Markkleeberg-Ost berücksichtigt werden muß.



Bergbaubedingte Betroffenheit

Der Tagebau Espenhain beanspruchte fast die Hälfte der Gemarkung von Markkleeberg-Ost. Von den 429 ha Gemarkungsfläche wurden 204 ha durch den Tagebau devastiert bzw. durch die Verlagerung von Infrastruktureinrichtungen in Anspruch genommen (vgl. Stadt Markkleeberg o. J.). Markkleeberg-Ost lag direkt an der Pleiße. Deren Flußlauf wurde im Zuge der Tagebauentwicklung in ein weiter westlich gelegenes künstliches Bett verlagert. Dies führte zu einer Degradierung der ursprünglichen Landschaft. Der alte Pleißeverlauf mit dem dazugehörenden Mühlgraben fiel trocken. Um einen Mindestabfluß der sogenannten Kleinen Pleiße zu gewährleisten, mußte Grundwasser aus dem Abbauvorfeld bzw. Grubenwasser künstlich eingeleitet werden. Eine weitere, wenn auch indirekte Folge der Pleißeverlegung ist die Kappung der Verkehrsverbindungen nach Markkleeberg-Mitte. Die Mönchereistraße, die bis dahin Hauptverbindungsstraße war, wurde gesperrt, und lediglich eine Fußgängerbrücke führte noch über die Pleiße. Als neue Ost-West-Verbindung wurde die Staatsstraße S 46 gebaut, die wiederum die Mönchereiwiesen zerschneidet.

Die tagebaubedingte Absenkung des Grundwasserspiegels wirkte sich in Markkleeberg-Ost besonders drastisch aus, da sich dort zahlreiche Gärtnereien befanden, die ihren Wasserbedarf über Brunnen stillten. Meist konnte die Wasserversorgung durch eine Vertiefung der Brunnen wieder hergestellt werden. Teilweise wurde dafür auch Grubenwasser aus dem Tagebau verwendet, das in eigenen Speicherbecken gesammelt wurde. Das Braunkohlenkombinat Espenhain war für die Wiederherstellung der Wasserversorgung zuständig und übernahm die Kosten (vgl. ebenda).

Den Planungsvorstellungen des Rates des Bezirks von 1964 zufolge sollten zwischen 1970 und 1975 auch Teile von Markkleeberg-Ost einschließlich der Siedlung Goldene Höhe umgesiedelt werden. Diese Ortsteile standen unter Bergbauschutz. Bereits vor der Errichtung der Siedlung im Jahr 1934 bestand die Absicht, in diesem Bereich Braunkohle abzubauen. Das Gebiet wurde nur unter der Bedingung zur Bebauung freigegeben, daß die Siedler ab dem 1. Januar 2010 ohne Entschädigung ihre Grundstücke für den Abbau zur Verfügung stellen. Der Bergbauschutz führte in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe im Unterschied zu anderen Untersuchungsorten nicht zu Bauverboten, sondern erlaubte eine, wenn auch befristete, Siedlungstätigkeit.

Anfang der 70er Jahre wurden die ursprünglichen Planungen zur Fortführung des Tagebaus geändert, da es in dem nördlichen Abbauvorfeld zu bergbautechnischen Problemen kam (eine Wasserader flutete den Silberschacht; die Flözmächtigkeit war geringer als erwartet). Der Tagebau wurde nach Süden zurück verlegt. Lediglich der südliche Stadtrand mußte dem Tagebau weichen. 115 Einwohner wurden umgesiedelt.

1974 kam es zur Verlegung der ehemals zwischen Markkleeberg-Ost und Crostewitz befindlichen Göselsiedlung. Diese war eine reine Wohnsiedlung mit Eigenheimen und zahlreichen Kleingärten. Die etwa 60 Einwohner erhielten im Leipziger Stadtteil Dölitz Kohleersatzwohnungen. Zusätzlich wurden weitere kleine Wohnstandorte geräumt. Für die Umzusiedelnden von Markkleeberg-Ost wurden insgesamt 125 Ersatzwohnungen in Leipzig-Dölitz, Leipzig-Schönefeld und Wachau geschaffen (vgl. ebenda).

Durch den Tagebau Espenhain und seinen Nachbarn Zwenkau sind zahlreiche Verkehrsverbindungen in Ost-West-Richtung unterbrochen worden. Als einzige Querverbindung in diesem Bereich bleibt die Staatsstraße S 46, die gleichzeitig die Hauptverkehrsstraße für Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe darstellt. Diese nimmt sowohl den innerörtlichen als auch den von der Bundesstraße B 2 bzw. B 95 abzweigenden überörtlichen Verkehr auf. Das umfangreiche Verkehrsaufkommen ist mit einer hohen Lärm- und Abgasbelastung für die Anwohner verbunden.

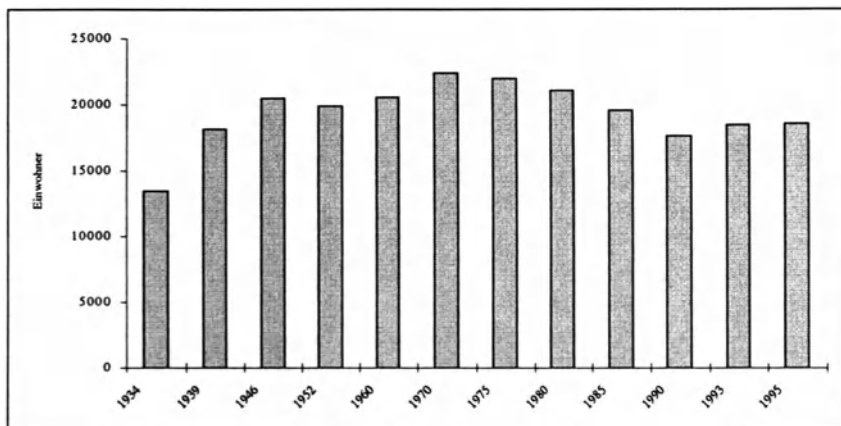
Durch den Tagebau Espenhain kam es ab den 70er Jahren zu einer Bodensenkung im Bereich der Auenkirche von Markkleeberg-Ost. Das Fundament der Kirche wurde beschädigt, so daß mit dem Einsturz des Gebäudes gerechnet werden mußte. 1997 wurde dieser Bergbaufolgeschaden von der LMBV anerkannt und durch ein neues Fundament aus Stahlbeton behoben. Die Kosten für die Sicherungsmaßnahmen wurden von der LMBV übernommen.

Sozialstruktur der Bevölkerung und soziale Infrastruktur

– Veränderung der Einwohnerzahl

Als eigenständiger Wohnort bis 1934 kann Markkleeberg-Ost einen kontinuierlichen Einwohnerzuwachs verzeichnen. 1921 wurden ca. 1.500 Einwohner gezählt. Nach dem Zusammenschluß mit den umliegenden Gemeinden zur Stadt Markkleeberg im Jahr 1934 kann die Einwohnerentwicklung von Markkleeberg-Ost nicht mehr getrennt von den übrigen Stadtteilen verfolgt werden. In Diagramm 1 wird ersichtlich, daß es in der Gesamtstadt Markkleeberg ab den 70er Jahren zu Einwohnerverlusten kam. Dazu trugen auch die bergbaubedingten Umsiedlungen bei. Die 80er Jahre markierten einen weiteren Bevölkerungsrückgang. Zwischen 1980 und 1989 verlor Markkleeberg 10% seiner Einwohner. Während der Wende nahm die Abwanderung nochmals zu. Die Gründe für die permanente Abnahme der Bevölkerungszahlen sind in dem akuten Wohnraumangel und in der schlechten Ausstattung der vorhandenen Wohnungen zu sehen. In welchem Umfang dabei die Umweltbeeinträchtigungen infolge der Emissionen des südlichen Industrieraumes eine Rolle gespielt haben, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Diagramm 1: Einwohnerentwicklung der Stadt Markkleeberg von 1934 bis 1995



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998

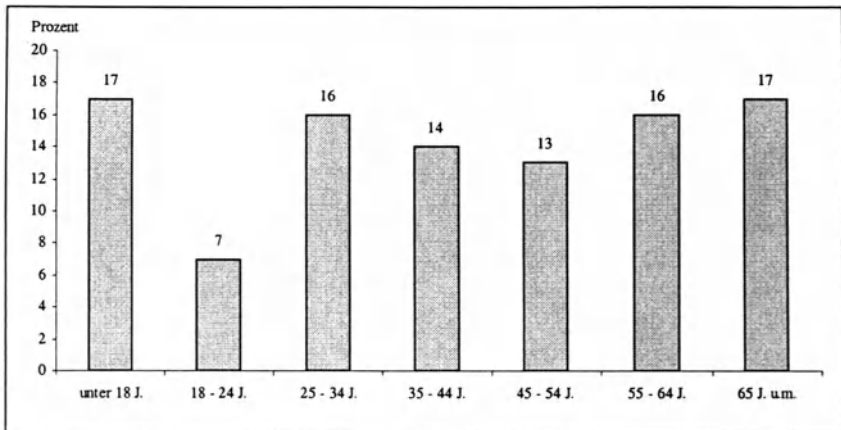
Die positive Einwohnerentwicklung ab 1992 ist auf den Zuzug nach Markkleeberg in Verbindung mit einer regen Bautätigkeit zurückzuführen. Die natürliche Bevölkerungsbewegung ist nach wie vor negativ.

Die Einwohnerzahl des Stadtteils Markkleeberg-Ost liegt heute bei etwa 3.000 (vgl. Markkleeberger Stadtnachrichten 6/98). Im Untersuchungsgebiet Markkleeberg-Ost/Goldene Höhe leben 1.585 Einwohner (Stand: 7.10.1998, Angabe des Einwohnermeldeamtes Markkleeberg).

– Altersstruktur

Die aktuelle Altersstruktur der Stadt Markkleeberg ist in Diagramm 2 dargestellt. Der Vergleich der Altersstruktur von 1996 mit der von 1985 zeigt, daß der Anteil der unter 24jährigen gesunken und der Anteil der mittleren Altersgruppe der 25- bis 44jährigen deutlich gestiegen ist. Eine Erklärung dafür sind die ausbildungsbedingte Abwanderung der Jüngerer sowie die Zuwanderung von Personen, die bereits im Berufsleben stehen und sich in der familiären Wachstumsphase befinden.

Diagramm 2: Altersstruktur der Einwohner der Stadt Markkleeberg 1996
(Angaben in Prozent)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998

– Soziale Infrastruktur

Die Stadt Markkleeberg verfügt über mehrere Betreuungseinrichtungen für verschiedene Altersgruppen. Es gibt eine Kindertagesstätte und eine Grundschule in Markkleeberg-Ost. Des weiteren existiert ein Jugend „Treff 11“ der Kindervereinigung Leipzig e. V.

Für betagte Bürger gibt es ein Seniorenheim, das von der Arbeiterwohlfahrt betrieben wird.

Die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sowie verschiedenen Dienstleistungen konzentriert sich in kleinen Geschäften entlang der Bornaischen Straße und in dem 1997 eröffneten Einkaufszentrum „Goldene Höhe“. Hier sind ein Supermarkt, eine Drogerie sowie sieben kleinere Geschäfte untergebracht. Weitere Gewerberäume warten auf ihre Nutzer.

An gastronomischen Einrichtungen sind ein griechisches Restaurant sowie die Gaststätte „Grüne Eiche“ vorhanden. In einem ehemaligen Bauerngehöft wird das Landhotel „Pleißenhof“ betrieben. In dem Blumenhaus Brenner wurde eine neue Postagentur eröffnet.

Markkleeberg-Ost verfügt über einige Sport- und Freizeiteinrichtungen, z. B. einen Sportplatz, mehrere Tennisplätze, eine Skateboardbahn, eine Sporthalle und eine Kegelbahn. Darüber hinaus besteht ein Reitsportverein.

Im Bereich Markkleeberg-Ost existiert die Kleingartenanlage „Schöne Aussicht“ mit Gartenverein. Es gibt die Freiwillige Feuerwehr. Und es arbeitet der Förderverein „Historisches Torhaus zu Markkleeberg - 1813“ e. V.

Der Verein hat sich 1996 mit dem Ziel gegründet, das Torhaus zu erhalten und dort ein Museum zur Völkerschlacht und Heimatgeschichte einzurichten. Der Siedlerverein der Siedlung Goldene Höhe hat sich nach der Wende neu gegründet und 1994 mit den Wachauer Siedlern zum Siedlerverein „Goldene Höhe - Am Wiesengrund“ Markkleeberg-Ost/Wachau zusammengeschlossen. Grundgedanke des Vereins ist es, das Gemeinschaftsleben in den Siedlungen zu pflegen und eine aktive Nachbarschaftshilfe zu fördern.

Bauliche Struktur und Nutzung

– Siedlungsform

Der Stadtteil Markkleeberg-Ost ist von den anderen Stadtteilen Markkleebergs (mit Ausnahme von Wachau/Auenhain, das 1994 eingemeindet wurde) relativ isoliert. Die weitläufige Pleißeau trennt den Stadtteil vom übrigen Markkleeberg. Durch die Verlegung der Pleiße sowie den Neubau der vierspurigen Bundesstraße B 2 wurde diese Trennung noch verstärkt.

Markkleeberg-Ost bildet keine geschlossene Siedlungsform, sondern ist ein puzzleartig zusammengesetztes Siedlungsgebilde. Dazu zählen das ehemalige Rittergut und die Auenkirche, die vom alten Dorfkern relativ weit entfernt sind. Die alte dörfliche Baustruktur erstreckt sich hauptsächlich westlich der Bornaischen Straße, die städtische Bebauung entlang der Bornaischen Straße bzw. östlich davon als Geschoßwohnungs- und Einzelhausbebauung. Reine Wohngebiete sind die Siedlung Goldene Höhe sowie das nördlich gelegene Musikerviertel.

– Siedlungsentwicklung¹

Markkleeberg gehört zu den frühen sorbischen Siedlungen in diesem Gebiet. Im 11. Jahrhundert siedelten sich im Zuge der Ostkolonisation flämische Bauern am rechten Pleißeufer an. Die erste urkundliche Erwähnung von Markkleeberg datiert aus dem Jahr 1190. Die flämischen Kolonisatoren errichteten links der Pleiße eine Wasserburg sowie eine erste Andachtsstätte. Damit war die bis heute bestehende Ortsstruktur angelegt. Im ausgehenden Mittelalter gab es in Markkleeberg drei Großhöfe, einschließlich des Rittergutes. Dieses bestand aus Wohn-, Tor- und Brauhaus sowie Ställen. Auch die Mühle an der Pleiße, die Schäferei und das spätere Vorwerk Auenhain sowie das Dorf Cröbern gehörten dazu.

Zu der dörflichen Struktur von Markkleeberg kam im Laufe des 19. Jahrhunderts die städtische Wohnbebauung hinzu. Die Bautätigkeit im östlichen Teil des heutigen Markkleeberg blieb jedoch im Vergleich zu den anderen Ortsteilen gering. Die Lage in der Auelandschaft sowie die zahlreichen Gärtnerei-

¹ Die Informationen wurden der Chronik der Stadt Markkleeberg entnommen (vgl. Stadt Markkleeberg o. J.).

en prägten das Ortsbild. Erst im 20. Jahrhundert kam es in Markkleeberg-Ost zu einer intensiven Siedlungstätigkeit. In den 20er Jahren entstand ein Villenviertel. Da die Straßen in diesem Viertel nach verschiedenen Komponisten benannt sind, wird das Wohngebiet heute als Musikerviertel bezeichnet. Es kam zu einer Erweiterung des Dorfkerns in östlicher Richtung, und es entstanden 103 Einfamilienhäuser, sogenannte Landhäuser. In den 30er Jahren wurde ein neues Wohngebiet, die Siedlung Goldene Höhe, gebaut. Die kleine Anhöhe an der Grenze zur Gemarkung Wachau wurde als Wohnbauland freigegeben, obwohl bereits Planungen für den Braunkohleabbau existierten. Als Arbeitslosensiedlung wurden 43 Häuser eines einheitlichen Typs geschaffen. Charakteristisch sind sehr kleine Wohnhäuser mit großen Gärten, die der Selbstversorgung dienten. Nicht alle Grundstücke wurden sofort bebaut, einige dienten über Jahrzehnte als Gärten mit Wochenendhäusern.

Daneben entwickelte sich Markkleeberg-Ost zu einem beliebten Naherholungsziel. So konnten sich elf Gaststätten sowie das 1912 eröffnete Familienbad etablieren. In den zwanziger und dreißiger Jahren zählten die Betreiber jährlich über 100.000 Besucher aus den umliegenden Orten und vor allem aus Leipzig. An der künstlichen Grotte im nördlichen Bereich des Badegeländes fanden „Kurkonzerte“ statt. Wie das Motto des 2. Heimat- und Schulfestes im Jahre 1935 besagt, hatte sich Markkleeberg

„von der Sorbensiedlung zur Stadt der Erholung“ (Stadt Markkleeberg o. J., S. 285).

entwickelt. Die Funktion und das Image einer „Stadt im Grünen“ konnte Markkleeberg bis heute beibehalten. Allerdings hatte die Stadt durch die Flächeninanspruchnahme der Tagebaue und durch die Umweltverschmutzung Verluste hinzunehmen.

– Flächennutzung und Wohnungsbestand

Der Stadtteil Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe kann entsprechend seiner gegenwärtigen Struktur in drei Bereiche untergliedert werden:

1. Wohngebiete nordöstlich der Bornaischen und Wachauer Straße, insbesondere die Siedlung Goldene Höhe
Dieses Gebiet ist durch Einfamilienhäuser mit Gärten geprägt. Die Wohnqualität ist hoch, und es herrscht eine rege private Bau- und Sanierungstätigkeit.
2. Mischgebiete entlang der Bornaischen und Wachauer Straße
Das Gebiet ist durch städtischen Geschoßwohnungsbau entlang der Hauptstraße gekennzeichnet. In den unteren Geschossen sind verschiedene Versorgungseinrichtungen und Gewerbebetriebe untergebracht. Durch das hohe Verkehrsaufkommen ist die Wohnqualität stark beeinträchtigt.
3. Wohn-, Gewerbe- und Freiflächen westlich und südlich der Bornaischen und Wachauer Straße bis zum Tagebaubereich

Die städtebauliche Struktur ist in diesem Bereich äußerst heterogen. Es ist durch baulichen Verfall und Brachflächen gekennzeichnet, jedoch liegt es landschaftlich reizvoll an den Mönchereiwiesen und der Kleinen Pleiße. Es besteht ein Schutzwaldstreifen südlich der Wachauer Straße, der die Siedlung Goldene Höhe gegen den Staub aus dem Tagebau schützt. Im Zusammenhang mit der Tagebausanierung wird dieses Gebiet aufgrund seiner Lage am künftigen Markkleeberger See eine grundlegende Aufwertung erfahren. Im Flächennutzungsplan von Markkleeberg ist es bereits als neues Wohngebiet vorgesehen.

Laut Erhebungen der Gebäude- und Wohnungszählung im Freistaat Sachsen von 1995 (GWZ, vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1997) gab es in Markkleeberg-Ost 483 Wohngebäude mit insgesamt 821 Wohneinheiten. Auffallend ist dabei der hohe Anteil an Einfamilienhäusern, der die Wohnform in Markkleeberg-Ost dominiert.

Foto 1: Reihenhausbauung in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe

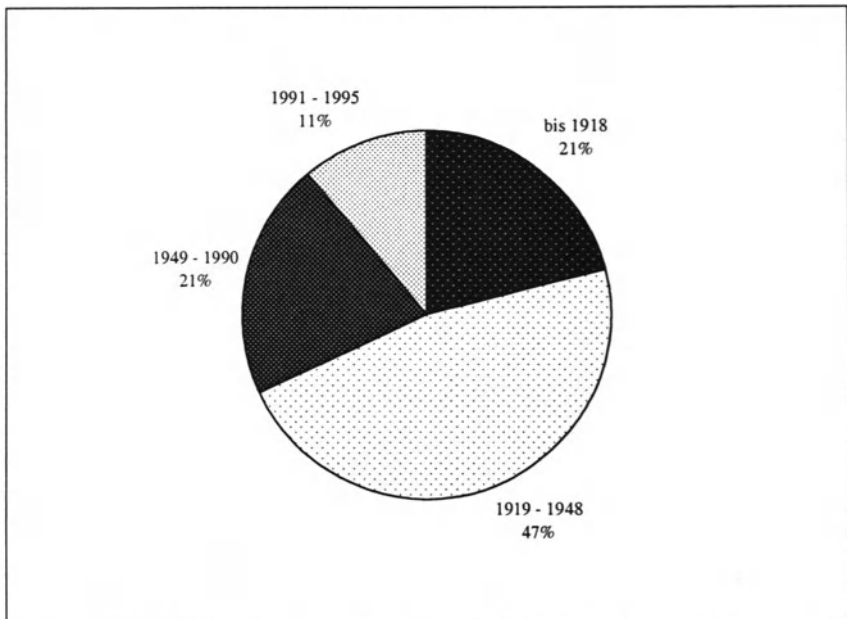


Fast alle Wohnungen gehören privaten Eigentümern, jedoch nur die Hälfte der Eigentümer bewohnt die Wohnung bzw. die Einfamilienhäuser selbst. Die andere Hälfte wird vermietet. Der Leerstand ist mit 5% gering und nur zeitlich befristet.

Diagramm 3 zeigt den Anteil der Wohngebäude nach dem Baualter. Die intensivste Siedlungstätigkeit fällt in die Zeit zwischen 1919 und 1948. Fast die Hälfte der Wohngebäude wurde in dieser Zeit errichtet. Eine weitere Phase intensiver Neubautätigkeit setzte nach 1990 ein. Die zwischen 1991 und 1995 errichteten Gebäude machen 11% des gesamten Bestandes an Wohngebäuden aus. Es wurden zahlreiche Eigenheime auf Grundstücken gebaut, die jahrelang als Gärten genutzt worden waren.

Für den ältesten Teil von Markkleeberg-Ost wurde am 11.11.1998 vom Stadtrat eine Erhaltungssatzung beschlossen. Ziel ist es, die städtebaulichen Eigenarten und die denkmalschutzwürdigen Ensembles zu bewahren.

Diagramm 3: Wohngebäude in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe nach Baujahren (Angaben in Prozent)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1997

– Technische Infrastruktur und Verkehr

Der Anschluß an die öffentliche Wasserentsorgung erfolgte in der Siedlung Goldene Höhe erst ab 1996/97. Auf Initiative des Siedlervereins „Goldene Höhe - Am Wiesengrund“ wurde der Anschluß an die Kanalisation vorangetrieben und von den Anwohnern vorfinanziert. Durch staatliche Fördergelder wurde das Vorhaben unterstützt.

Im November 1998 hat die Stadt Markkleeberg eine verwahrloste Fläche an der Bornaischen Straße zu einem Parkplatz befestigt (an der Einfahrt der Staatsstraße S 46 in die Bornaische Straße). Dadurch sollte der Verkehrsstau in der Bornaischen Straße, der durch parkende Fahrzeuge verursacht wurde, behoben werden.

Der letzte Teil der Rilkestraße wurde 1998 saniert. Ein Geh- und ein Radweg wurden angelegt und mit einer neuen Beleuchtungsanlage ausgestattet.

Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe hat über die Straßenbahnlinie 11 eine gute Verbindung mit einem öffentlichen Verkehrsmittel nach Leipzig. Dagegen ist die Anbindung nach Markkleeberg-Mitte und -West ungenügend. Die Buslinie 75 Probstheida-Dölitz fährt nur achtmal am Tag von Markkleeberg-Ost nach Markkleeberg-West.

Das etwa 3 km entfernt gelegene Rathaus kann zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht werden. Dazu wurde 1996 ein neuer Rad- und Fußweg mit einer Fußgängerbrücke über die Kleine Pleiße eingerichtet. Die Mönche-reistraße ist für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Da sie durch die Mönche-reiwiesen führt und in einem Tunnel die Bundesstraße B 2 unterquert, ist dieser Weg für Fußgänger jedoch relativ unsicher und unangenehm. Mit den 1998 durchgeführten Erneuerungsmaßnahmen konnten Verbesserungen erzielt werden.

Für den Individualverkehr stellt die Staatsstraße S 46 die einzige direkte Verbindung zwischen den beiden Stadtteilen dar. Eine weitere innerörtliche Straßenverbindung ist nur über den Umweg Leipzig-Dölitz möglich. Als örtliche und überörtliche Verbindungsstraße ist die S 46 zwischen Hauptstraße und Bornaischer Straße mit über 13.000 Kfz pro Tag (nach Zählungen im Jahr 1992) sehr stark belastet (vgl. Stadt Markkleeberg 1994). Die Straße weist Schäden auf, und es kommt an der Abzweigung von der Bornaischen auf die Wachauer Straße regelmäßig zum Stau. Die Wohnqualität wird durch Lärm und Abgase stark gemindert. Zur Entlastung von Markkleeberg-Ost ist eine Ortsumgehung geplant.

Als besondere Gebäude in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe sind die Auenkirche, das Rittergut mit dem Torhaus, der Friedhof mit Kapelle und die Stadtmühle zu nennen.

Wirtschaftsstruktur

Bis ins 19. Jahrhundert war der Ort Markkleeberg von der Landwirtschaft geprägt. Das Rittergut Markkleeberg betrieb eine Mühle (Getreide- und Ölmühle) sowie eine Brauerei. Auch der Abbau von Sand und Kies in vier Sandgruben brachte einen wirtschaftlichen Ertrag ein. Im Zusammenhang mit der Industrialisierung und Verstädterung um die Jahrhundertwende veränderte Markkleeberg insgesamt seinen landwirtschaftlich-dörflichen Charakter. Allerdings behielt Markkleeberg-Ost seine landwirtschaftliche Bedeutung durch die Spezialisierung auf Gartenbau. 1925 gab es in Markkleeberg acht Gartenbaubetriebe, sieben Kolonial- und Grünwarenhändler, fünf Gastwirte, eine Fischerei sowie die verschiedensten Handwerker und Händler. Der Fischereibetrieb in der Pleiße war bereits ab 1921 durch die Wasserverschmutzung aus der westsächsischen Textilindustrie und später durch die Braunkohlenwerke Böhlen und Espenhain stark beeinträchtigt.

Gegenwärtig sind bei der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer (vgl. IHK zu Leipzig 1998; Handwerkskammer zu Leipzig 1998) folgende kleine und mittelständische Betriebe gemeldet: ein Garten- und Landschaftsbaubetrieb, zwei Dienstleistungsbetriebe im Bereich Umweltschutz und ein Bauunternehmen. Daneben bestehen mehrere Kleinstbetriebe wie Einzelhandelsgeschäfte, Architektur- und Ingenieurbüros, Transportunternehmen und ein Buchverlag. Wenn die Bergbaufolgelandschaft vermehrt Erholungsuchende anziehen wird, kann sich weiteres Gewerbe im Bereich der Freizeitwirtschaft, der Gastronomie und des Handels ansiedeln.

Der nahe gelegene agra-Park ist für die Einwohner von Markkleeberg-Ost ein Erholungsgebiet, das über ein vielfältiges Angebot verfügt. Dazu gehören ein Wildgehege, ein Landwirtschaftsmuseum (das 1998 neu eröffnet wurde), ein Freibad sowie verschiedene gastronomische Einrichtungen. Das eingebundene Messegelände bietet zusätzlich Veranstaltungen und Freizeitangebote an.

Kommunale Angelegenheiten

1915 vereinigte sich die Gemeinde Markkleeberg mit der Gemeinde Oetzsch-Raschwitz. Die Gemeinde nannte sich Oetzsch-Markkleeberg und bestand von 1915 bis 1933. Bereits zum damaligen Zeitpunkt gab es Bestrebungen, den Ort durch weitere administrative Zusammenschlüsse zu stärken und damit einer Eingemeindung nach Leipzig entgegenzuwirken. Am 1.1.1934 schlossen sich die Gemeinden Oetzsch-Markkleeberg und Gautzsch zusammen. Daraufhin wurde der Gemeinde das Stadtrecht zuerkannt. Als gemeinsamer Name wurde nun Markkleeberg geführt. Die einzelnen Stadtteile werden seitdem Markkleeberg-West (für Gautzsch), Markkleeberg-Mitte (für Oetzsch-Raschwitz) und Markkleeberg-Ost (für Alt-Markkleeberg) genannt.

Im Zuge der sächsischen Gemeindegebietsreform wurde vom Parlament des Freistaates beschlossen, ab 1999 Markkleeberg nach Leipzig einzugemeinden. Die Stadt Markkleeberg hatte frühzeitig und massiv dagegen Einspruch erhoben. Im März 1997 wurde ein Bürgerbegehren durchgeführt, in dem sich 97 Prozent der stimmberechtigten Markkleeberger (bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent) gegen die Eingemeindung nach Leipzig aussprachen. Die massive Ablehnung der Eingemeindung hatte sowohl materielle als auch immaterielle Gründe. Zahlreiche kommunale Steuern und Gebühren sind in Leipzig höher, so daß die Markkleeberger mit der administrativen Eingliederung höhere Kosten verbanden. Weiterhin wurde ein Verlust an Selbständigkeit und Identität befürchtet.

Das Stadt-Umland-Gesetz war seit September 1998 rechtskräftig. Die Stadt Markkleeberg hatte jedoch Klage dagegen beim Sächsischen Verfassungsgericht erhoben. Der Klage wurde stattgegeben. Die endgültige Entscheidung des Sächsischen Verfassungsgerichtes fiel am 18.6.1999. Es bestätigte die Selbständigkeit der Stadt Markkleeberg.

Die finanzielle Situation der Stadt Markkleeberg ist vergleichsweise positiv. Durch den anhaltenden Einwohnerzuzug aus relativ einkommensstarken Schichten und die florierenden Gewerbegebiete, insbesondere das große Gewerbegebiet des Ortsteils Wachau, hat Markkleeberg wichtige Einnahmequellen.

Die Verschuldung von Markkleeberg liegt mit 1.431 DM pro Einwohner (1998) unter dem Landesdurchschnitt von 1.650 DM. Auch die kommunalen Ausgaben sind niedriger als im Landesdurchschnitt. So belaufen sich die Personalkosten der Verwaltung von Markkleeberg auf durchschnittlich 616 DM pro Einwohner. Im Landesdurchschnitt betragen die Kosten 766 DM (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998; Kl. VZ v. 02.01.1997).

Zustand und Potentiale der Landschaft

Markkleeberg-Ost mit der Siedlung Goldene Höhe liegt inmitten der Auelandschaft der Pleiße. Ein besonderer Teil sind die sogenannten Mönchereiwiesen, die sich auf Resten der ursprünglichen Auelandschaft erstrecken. Der landschaftliche Reiz der Mönchereiwiesen zeichnet sich durch den Wechsel zwischen Grünland und mit Weiden bestandenen Wasserflächen aus. Die Wiesen werden heute teilweise als Pferdekoppel genutzt. An fließenden Gewässern sind die Kleine Pleiße und der Mönchereigraben erhalten.

Der Weinteichgraben ist ein Bachlauf mit einer Länge von 3,7 Kilometern. Er durchfließt die Markkleeberger Flur und mündet in die Weinteichsenke, eine sumpfige, bewaldete Niederung. Der südliche Abhang der Wein-

teichsenke ist landwirtschaftlich genutzte Fläche. Im nördlichen Bereich befindet sich ein Waldgebiet.

Besondere Potentiale der landschaftlichen Entwicklung eröffnet der künftige Grünverbund zwischen dem Leipziger Auewald und dem zukünftigen Markkleeberger See, einem der beiden Folgeseen des ehemaligen Tagebaus. Dieser Bereich ist im Flächennutzungsplan als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Es soll ein Auepark entstehen, der als ruhige Erholungszone genutzt werden kann.

Im Bereich der Weiteichsenke sind offene Strukturen wie Wiesen und niedrige Bepflanzung vorgesehen, die die Sicht auf den künftigen See freigeben. Der Auenhainer Graben wird in den Weiteichgraben geführt. Entlang des Baches ist ein Rad- und Fußweg geplant, der bis zur Pleißeau verlaufen soll. Die Biotopvernetzung soll durch den Rückbau und die Verkehrsberuhigung der Wachauer Straße begleitet werden.

Mit dem Markkleeberger See und seinen Uferbereichen erhält Markkleeberg-Ost in südlicher Richtung eine neue landschaftliche Umgebung, die von den Einwohnern innerhalb weniger Minuten zu Fuß erreichbar sein wird. Zahlreiche Wohnhäuser werden sogar eine direkte Sicht auf den See erhalten. Die an Markkleeberg grenzenden Uferbereiche sind hinsichtlich ihrer landschaftlichen Gestaltung und Nutzung als Naherholungsgebiet vorgesehen. Dagegen sind die südwestlichen Uferbereiche einer naturnahen Gestaltung vorbehalten, sie sollen nur durch Wanderwege erschlossen werden. Zwischen der Siedlung Goldene Höhe und dem See sind vielfältige Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten geplant: ein Kinderspielplatz, Streetballfelder und eine Skateboardbahn für Jugendliche, ein Aussichtsplattform sowie Sitznischen.

Eine Besonderheit von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe wird die städtebauliche Integration des neuen Sees in den Ort sein. Der Entwicklungszielplan malt das Bild einer „Stadtterrasse“ als urbane Verbindung zwischen Stadt und See.

Eine Vision, die noch weiter in die Zukunft reicht, haben die Städte Leipzig und Markkleeberg gemeinsam entwickelt. Sie wollen sich als Austragungsort für die Bundesgartenschau im Jahr 2013 bewerben (vgl. Kl. VZ vom 23.2.1999). Einer ersten Machbarkeitsstudie zufolge ist der Bereich mit dem agra-Gelände, den Mönchereiwiesen und dem westlichen Ufer des Markkleeberger Sees der am besten geeignete Standort. Von der Durchführung einer Bundesgartenschau versprechen sich die Stadtverwaltungen einen weiteren Imagegewinn und wirtschaftliche Impulse.

Thesen zur Ortsentwicklung

Markkleeberg-Ost mit der Siedlung Goldene Höhe hat sich aufgrund seiner Lage- und Ausstattungsmerkmale zu einem zunehmend attraktiven Wohnstandort entwickelt. Die teilweise reizvolle landschaftliche Umgebung mit der Pleißeau und dem agra-Park sowie die innerörtlichen Grün- und Freiflächen für den Gartenbau haben den Charakter eines grünen Wohnortes gestärkt. Die Belastungen durch den voranschreitenden Braunkohlentagebau und die Emissionen der Kohleindustrie beeinträchtigten die Wohnqualität, jedoch der Ruf von Markkleeberg-Ost als bevorzugter Wohnstandort wurde nicht grundlegend geschädigt. Obwohl auch Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe zeitweise mit den Beschränkungen des Bergbauschatzes konfrontiert war, ist darauf zurückzuführender Niedergang nicht festzustellen. Gegenwärtig stabilisiert sich die Attraktivität des Ortes, wie der Zuwachs an Einwohnern und die rege Bautätigkeit belegen.

Die im folgenden formulierten Thesen zur Ortsentwicklung gehen von den Ergebnissen des untersuchten Siedlungsbereiches Goldene Höhe aus. Ihr Geltungsbereich kann auf den gesamten Stadtteil Markkleeberg-Ost erweitert werden.

1. Markkleeberg-Ost mit der Siedlung Goldene Höhe ist ein attraktiver Wohnstandort, der an ein Oberzentrum angrenzt. Sein landschaftliches Umfeld erfährt eine erhebliche Aufwertung.

Markkleeberg-Ost bildet den südlichen Rand der Stadtregion Leipzig. Als Teil der Stadt Markkleeberg, die unmittelbar an Leipzig angrenzt, kann der Ortsteil die Vorzüge eines städtischen Vorortes mit der Inanspruchnahme großstädtischer Angebote verbinden. Die Attraktivität von Markkleeberg-Ost als Wohnstandort ist durch die lockere und durchgrünte Siedlungsstruktur und ein gemischtes Angebot an Wohnformen gegeben. Besonders begehrt ist das Wohnen in einem Eigenheim mit Garten. Für die Naherholung existieren bereits hochwertige Angebote. Durch den künftigen Markkleeberger See werden sich neue attraktive Standortbedingungen herausbilden, die sowohl das Wohnen als auch die Erholungsmöglichkeiten weiter begünstigen. Anhaltender Zuzug von Einwohnern und entsprechende Bautätigkeit sind zu prognostizieren.

2. In Markkleeberg-Ost sind trotz der bestehenden hohen Wohnqualität noch erhebliche städtebauliche Defizite zu bewältigen. Diese können durch die Sanierung und Belegung des dörflichen Ortskernes sowie die Integration des neuen Wohngebietes am See überwunden werden.

Der dörfliche Ortskern von Markkleeberg-Ost weist gegenwärtig erhebliche Gestaltungs- und Nutzungsdefizite auf, die baulichen Verfall und Leerstand

von Gebäuden und verwilderte Freiflächen betreffen. Ein städtebauliches Konzept sollte den Erhalt der dörflichen Bausubstanz, die Gestaltung einer Ortsmitte sowie den Erhalt und die gezielte Förderung der Nutzungsmischung (Wohnen, Dienstleistung, Handel, Freizeit) berücksichtigen. Eine wesentliche Aufgabe ist die Verminderung des Verkehrsaufkommens im Ort. Weitere Zielorientierungen bestehen in der städtebaulichen Integration des Wohngebietes am See in den Ortskörper und in der baulichen Abrundung des Ortsrandes.

3. Das Wachstum von Markkleeberg-Ost hat sich in sozialer Hinsicht verträglich vollzogen. In Zukunft wird es darauf ankommen, die soziale Integration weiter zu fördern.

Die Bautätigkeit und der Einwohnerzuwachs nach 1990 haben in Markkleeberg-Ost in einem für die Alteingesessenen überschaubaren und verträglichen Maße stattgefunden. Im Bereich der Siedlung Goldene Höhe konnte eine weitgehende bauliche und soziale Integration in die gewachsenen Strukturen erreicht werden. Darüber hinaus hat sich das Spektrum an Wohnformen erweitert. Während in der Siedlung Goldene Höhe vor allem Einfamilienhäuser gebaut wurden, entstanden an anderen Stellen auch Reihenhäuser und Wohnungen in mehrgeschossigen Häusern.

Für den zukünftigen Wachstumsprozeß wird es darauf ankommen, die soziale Integration der Einwohner zu wahren und zu fördern. Gerade im Bereich der zukünftigen bevorzugten Lagen am See bzw. an verkehrsberuhigten Straßen ist auf eine adäquate und angemessene Grundstücksvergabe zu achten.

4. Markkleeberg-Ost bietet günstige Voraussetzungen für eine schwerpunktmäßige Entwicklung im Bereich Freizeit und Naherholung. Dies wird zu einer größeren Bedeutung der Freizeitwirtschaft in Markkleeberg-Ost führen.

Landschaftsbezogene Naherholung und Freizeitaktivitäten, die an eine bauliche Infrastruktur gebunden sind, können in Markkleeberg-Ost räumlich und funktional miteinander verbunden werden. Der entstehende Markkleeberger See wird eine zunehmend bestimmende Rolle spielen, wobei der besondere Reiz des Landschaftsangebots in der Vernetzung der neuen mit den bestehenden Landschaftsteilen besteht.

5. Markkleeberg-Ost wird sich verstärkt als Wohnort mit hohem Erholungswert entwickeln und seine Identität im Verbund der Gesamtstadt ausprägen.

Der Stadtteil Markkleeberg-Ost hat bis in die Gegenwart eine eigene Identität bewahrt. Der 1934 erfolgte Zusammenschluß zur Stadt Markkleeberg führte in erster Linie zu einer administrativen Einheit. Räumlich und funktional

blieb Markkleeberg-Ost relativ isoliert. Auch mental hat sich bei den Einwohnern eine gewisse Abgrenzung und Eigenständigkeit erhalten. Dies ist u. a. mit der unterschiedlichen baulichen und wirtschaftlichen Struktur im Vergleich zu den anderen Stadtteilen zu erklären. Mit der wachsenden Attraktivität von Markkleeberg-Ost erfährt das Selbstbewußtsein der Einwohner eine Stärkung. Vor allem im Zusammenhang mit dem Attraktivitätsgewinn durch die Lage am künftigen Markkleeberger See wird Markkleeberg-Ost seinen Ruf als bevorzugter Wohn- und Naherholungsstandort in der Stadtregion Leipzig weiter untermauern.

6.1.2. Auswertung der Befragung

Zur Durchführung der empirischen Erhebung

In Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe erfolgte die Verteilung der Fragebögen durch Projektmitarbeiter. Dabei wurden alle 551 Haushalte aufgesucht und die Fragebögen persönlich überreicht. Diese Verfahrensweise gewährleistete eine hohe Rücklaufquote. 309 auswertbare Fragebögen liegen vor, das entspricht einem Rücklauf von 56 Prozent. Die Quote liegt deutlich über der der Gesamtstichprobe von 25 Prozent und auch noch über der durchschnittlichen Rücklaufquote von 51 Prozent, die bei der Verteilung durch Projektmitarbeiter erreicht werden konnte.

Zur Überprüfung der Repräsentativität wurde das Merkmal Alter verwendet. Die Daten der Stichprobe wurden mit den amtlichen Daten zur Altersstruktur und mit der Grundgesamtheit verglichen. Dieser Vergleich ist unter Vorbehalt vorzunehmen, weil im Falle von Markkleeberg-Ost lediglich ein Teil der Haushalte eines Stadtteils befragt wurde. Dagegen beziehen sich die amtlichen Daten auf Markkleeberg insgesamt.

Tabelle 1: Vergleich der Altersstruktur zwischen der Stichprobe, der Stadt Markkleeberg insgesamt sowie der Gesamtstichprobe (Angaben in Prozent)

	Stichprobe Markkleeberg-Ost (n=306)	Stadt Markkleeberg 1996 (n=17.856)	Gesamtstichprobe (n=1.595)
18-24jährige	2,0	8,5	2,7
25-34jährige	14,4	18,9	17,4
35-44jährige	25,2	17,1	21,6
45-54jährige	17,6	15,2	16,7
55-64jährige	24,2	19,7	22,6
65jährig und älter	16,7	20,7	19,0

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998

Tabelle 1 verdeutlicht nur relativ geringfügige Unterschiede. Insbesondere die Altersgruppen der 35- bis 44jährigen sowie der 55- bis 65jährigen sind im Sample etwas überdurchschnittlich vertreten. Alle anderen Altersgruppen sind im Vergleich zur Wohnbevölkerung leicht unterdurchschnittlich anzutreffen. Insgesamt kann bestätigt werden, daß das Sample die Grundgesamtheit repräsentiert.

Sozialstruktur der Befragten

– Sozialdemographische Daten

Geschlecht und Alter

Der Anteil der Männer und Frauen in der Stichprobe ist etwa gleich verteilt. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 49 Jahren und entspricht damit dem Wert der Gesamtstichprobe.

Haushalts- und Familienstruktur

78 Prozent der Befragten leben in einer Partnerschaft². Auch dieser Wert entspricht dem der Gesamtstichprobe.

Hinsichtlich der Haushaltsgröße leben nur 15% in Einpersonenhaushalten. Die mittlere Haushaltsgröße beträgt 2,6 Personen. In den Angaben zur Kinderzahl fällt auf, daß in dem großen Anteil der befragten Haushalte von 71 Prozent kein Kind unter 18 Jahren wohnt. In 17 Prozent der Haushalte lebt ein Kind, und in 12 Prozent leben mehrere.

– Sozioökonomische Daten

Bildung

Bezüglich der Bildungsabschlüsse zeigt sich, daß der Anteil höherer Schulabschlüsse in der Markkleeberger Population (Fachhochschulreife/Abitur 37% und Abschluß der 10. Klasse 38%) größer ist als in der Gesamtstichprobe (26% bzw. 42%).

Ein ähnlich differenziertes Bild ergibt sich beim Niveau der beruflichen Ausbildung. Der Anteil der Befragten mit einem hohen Qualifikationsniveau liegt in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe mit 38% erheblich über dem Wert der Gesamtstichprobe von 27%.

Das Bildungsniveau korrespondiert mit der Handlungsautonomie im Beruf, die den Grad der Entscheidungsfreiheit angibt. Unter Berücksichtigung dessen, daß nur Erwerbstätige in die entsprechende Analyse einbezogen werden können, weist Tabelle 2 aus, daß 22 Prozent der Befragten eine geringe und 25 Prozent eine mittlerer Entscheidungsfreiheit haben. 53 Prozent der Befragten verfügen über eine hohe Handlungsautonomie und damit über eine

² Dies umfaßt „verheiratet, zusammenlebend“, „geschieden, in Partnerschaft lebend“, „verwitwet, in Partnerschaft lebend“, „ledig, in Partnerschaft lebend“.

relativ selbständige Position im beruflichen Leben. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe ist dieser Anteil wesentlich höher.

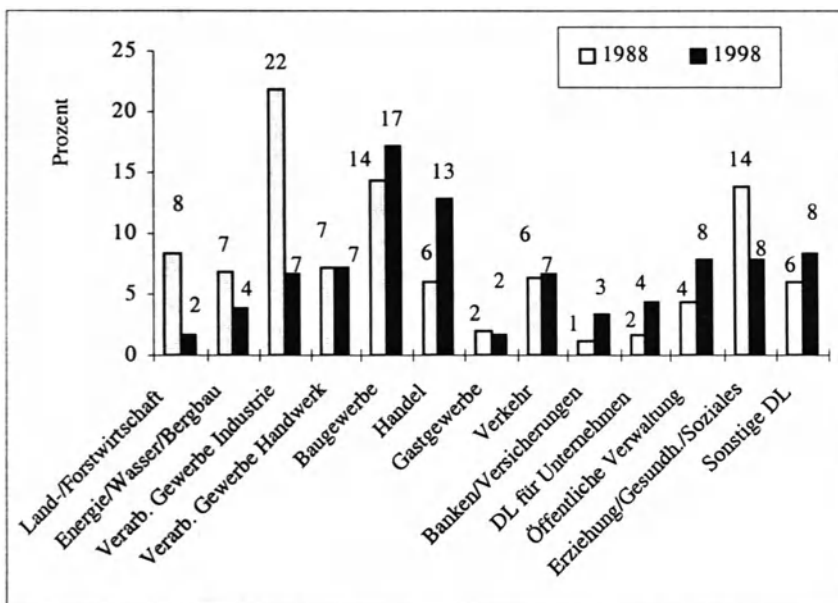
Tabelle 2: Grad der Handlungsautonomie im Beruf (Angaben in Prozent)

Grad der Handlungsautonomie	Markkleeberg-Ost/ Siedlung Goldene Höhe (n=178)	Gesamtstichprobe (n=826)
Niedrig	21,9	30,6
Mittel	25,3	28,6
Hoch	52,8	40,8

Erwerbstätigkeit

Rund die Hälfte der Bewohner Markkleeberg-Osts (52%) ist vollzeitbeschäftigt. Der Anteil übersteigt den der Gesamtstichprobe von 46%. Daneben stehen sieben Prozent in einer Teilzeitbeschäftigung. Von Arbeitslosigkeit sind acht Prozent der Befragten betroffen. 25 Prozent befinden sich bereits im Ruhestand. Von den Erwerbstätigen hat die Mehrzahl ihren Arbeitsort in Leipzig (59%). Ein Viertel arbeitet im Südraum Leipzig, vorrangig in Markkleeberg. Die anderen Arbeitsorte befinden sich in Sachsen und in anderen Bundesländern.

Diagramm 4: Beschäftigungsfelder 1988 (n=251) und 1998 (n=180) im Vergleich (Angaben in Prozent)



Die konkreten Beschäftigungsfelder der Befragten differieren zwischen 1998 und 1988 erheblich (vgl. Diagramm 4). 1988 dominierten die Industrie (22%), das Baugewerbe (14%) sowie der Bereich Erziehung/Gesundheit/Soziales (14%). Die Branche Energie/Wasser/Bergbau war mit 8% von relativ geringer Bedeutung. 1998 sank der Anteil der Beschäftigten in der Industrie auf 7%. Daneben hat sich der Anteil der Befragten im Bereich Erziehung/Gesundheit/Soziales auf 8% verringert. Einen Bedeutungszuwachs haben die Dienstleistungsbranchen und das Baugewerbe erfahren. Besonders im Handel ist ein Beschäftigungsplus von sechs Prozent auf 13 Prozent zu verzeichnen.

Haushaltseinkommen

Die Beantwortung der Frage nach dem Haushaltsnettoeinkommen ist von einem hohen Anteil an Verweigerungen gekennzeichnet. Gut ein Fünftel der Befragten (22%) verweigert eine Antwort. Im Gesamtsample sind es 18%.

Tabelle 3: Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens (Angaben in Prozent)

	Einkommensgruppen in DM						
	unter 1.000	1.000 bis 1.999	2.000 bis 2.999	3.000 bis 3.999	4.000 bis 4.999	5.000 bis 5.999	6.000 und mehr
Markklee- berg-Ost	1,7	15,3	22,7	24,4	14,9	9,1	12,0
Gesamt- sample	3,5	19,1	25,6	23,8	14,1	6,3	7,6

Frage: Wieviel Geld hat Ihr Haushalt im Monat zur Verfügung (ohne Abzug fester Kosten, wie z. B. Miete)? Denken Sie dabei bitte an die Netto-Einkommen aller Haushaltsangehörigen, d. h. Lohn bzw. Gehalt, Kindergeld, Renten, Arbeitslosengeld usw.

Tabelle 3 zeigt, daß sich im Einkommensbereich von 2.000 DM bis unter 4.000 DM mit insgesamt 47 Prozent fast die Hälfte der Befragten bewegen. Mit 16% ist der Anteil derjenigen, die über weniger als 2.000 DM verfügen, geringer als in der Gesamtstichprobe. Demgegenüber ist der Anteil der Höherverdienenden entsprechend größer.

– Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Stichprobe in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe der Gesamtstichprobe bezüglich der Altersstruktur, des Familienstandes, der Lebensformen sowie der Haushaltsgröße weitgehend ähnelt. Eine Differenz besteht dahingehend, daß der Anteil der Haushalte mit Kindern in der Teilstichprobe kleiner ist.

Wesentliche Unterschiede zur Gesamtsample existieren hinsichtlich des Qualifikationsniveaus und des Grades der beruflichen Handlungsautonomie. Die Markkleeberger Population ist durch ein höheres Bildungs- und Qualifikationsniveau charakterisiert. Der Anteil der Vollbeschäftigten liegt höher, und

das Durchschnittseinkommen übersteigt den Wert der Gesamtstichprobe deutlich.

Wohnzufriedenheit der Befragten

– Wohnbiographie

Die Wohnbiographie wird durch die Zeitspanne, in der die Befragten bereits in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe wohnen, sowie durch die Herkunftsorte und die Umzugsgründe näher bestimmt.

Im Mittel sind die Befragten 27 Jahre hier ansässig. Ein Anteil von 73 Prozent der Befragten hat vor seinem Zuzug nach Markkleeberg in anderen Orten gelebt. Lediglich rund 27 Prozent wohnen schon immer in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe. Damit ist die Gruppe der sog. Alteingesessenen relativ klein. Im Gesamtsample macht sie 32 Prozent aus.

Analysiert man die Gruppe der Zugezogenen nach dem Zeitpunkt Ihres Wohnortwechsels, dann zeigt sich, daß seit der Wende eine beträchtliche Zuwanderung stattgefunden hat. So sind rund 32 Prozent aller Befragten erst nach 1989 hierher gezogen. Die Gruppe der Zugezogenen rekrutiert sich vor allem aus dem Stadtgebiet Leipzig (60%). Im Vergleich zur Gesamtstichprobe ist der Anteil ehemaliger Leipziger an den Zugezogenen wesentlich größer (60% vs. 40%). In dem Ergebnis spiegeln sich die besonderen Vorzüge des Wohnens am Stadtrand wider, die gerade ehemalige Großstadtbewohner erkannt haben. Dies findet auch in dem Ergebnis seine Bestätigung, daß ein Drittel der Befragten wegen der guten Wohnlage nach Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe gekommen ist. Insbesondere bei den nach 1989 Zugezogenen dominieren die Gründe „Schaffung von Wohneigentum“ sowie „gute Wohnlage“.

Die Frage nach den aktuellen Wegzugsabsichten verneinen insgesamt 93 Prozent der Befragten. Unter den Verbliebenen 7 Prozent will etwa die Hälfte innerhalb des Stadtteils umziehen. Unter den Einwohnern von Markkleeberg-Ost ist demnach von einem hohen Maß an Ortsbindung auszugehen.

– Charakterisierung und Bewertung der unmittelbaren Wohnbedingungen

Die durchschnittliche Wohndauer in der jetzigen Wohnung beträgt 17 Jahre. Der Vergleich zur durchschnittlichen Wohndauer im Ort mit 27 Jahren läßt auf eine relativ hohe Umzugsmobilität innerhalb des Ortes schließen. Eine genauere Betrachtung zeigt, daß tatsächlich knapp ein Fünftel der Befragten mindestens einmal innerhalb Markkleebergs umgezogen ist. Im Falle von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe läßt sich dabei nicht ausschließen, daß sich dieser Zuzug auch von anderen Ortsteilen Markkleebergs aus vollzog.

Etwa drei Viertel der Befragten wohnen in einem Ein- oder Zweifamilienhaus, während nur ein sehr kleiner Anteil der Befragten sein Domizil in

Bauernhäusern hat (2%). Der Anteil jener Befragten, die in einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus wohnen, beträgt 25 Prozent. Verglichen mit der Gesamtstichprobe, in der dieser Anteil 40% ausmacht, ist er in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe relativ klein. Damit deutet sich in der Stichprobe eine Struktur an, die auch in den Daten der Gebäude- und Wohnungszählung zu Tage tritt. 1995 wurden fast 90 Prozent des Hausbestandes als Ein- bzw. Zweifamilienhäuser ausgewiesen (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1997).

Fast drei Viertel der befragten Haushalte (72%) sind auch Eigentümer des Hauses, in dem sie wohnen. Daneben leben 19 Prozent der Haushalte in Wohnhäusern, die einem (fremden) privaten Besitzer gehören. Lediglich sieben Prozent der Häuser sind kommunales Eigentum.

98 Prozent aller Haushalte verfügen über ein Bad bzw. eine Dusche, 97 Prozent über eine Innentoilette und 90 Prozent über eine Zentralheizung. Auf 58 Prozent beläuft sich der Anteil der Haushalte, die mit schallisolierten Fenstern ausgestattet sind. Damit liegt Markkleeberg-Ost etwa im Durchschnitt der Gesamtstichprobe, d. h. fast alle Wohnungen besitzen eine moderne Wohnungsausstattung. Wird die Ausstattung im Zusammenhang mit den Besitzverhältnissen betrachtet, so zeigt sich, daß die Wohnungen in kommunaler Trägerschaft durchgängig unterdurchschnittlich gut ausgestattet sind.

Hinsichtlich des Sanierungsstandes ist zu vermerken, daß lediglich 12 Prozent der Häuser noch nicht saniert sind. 8 Prozent wurden nur vor 1990, 46 Prozent ausschließlich nach 1990 und 34 Prozent sowohl vor als auch nach 1990 saniert³. Daraus erklärt sich der relativ gute Bauzustand der Wohnhäuser, wobei hier die Ein- und Zweifamilienhäuser im Privatbesitz dominieren. Zugleich wird an dem Ergebnis deutlich, daß privates und selbstgenutztes Wohneigentum auch vor 1989 so weit wie möglich von den Besitzern erhalten und gepflegt wurde. Als Finanzierungsquellen spielten in der Vergangenheit private Mittel des Eigentümers die größte Rolle. Knapp zwei Drittel der Befragten, die eigene Gelder in die Baumaßnahmen steckten, kombinierten diese mit staatlichen und Bankkrediten. Die übrigen griffen ausschließlich auf private Reserven zurück. In der Zukunft wird der Anteil privat finanzierter Maßnahmen nach Einschätzung der Befragten voraussichtlich noch steigen.

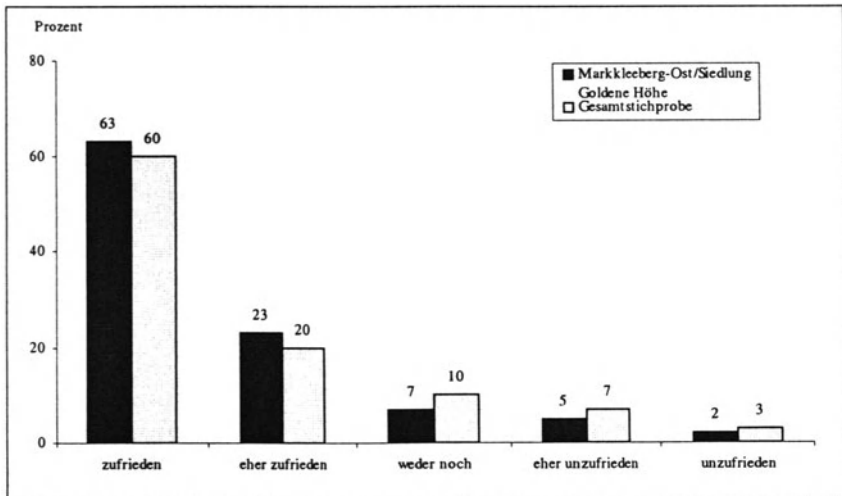
Gleichwohl besteht auch in den kommenden Jahren Sanierungsbedarf. Bei immerhin rund 40 Prozent der befragten Haushalte sind weitere Sanierungsmaßnahmen geplant. Dies entspricht in etwa dem Durchschnitt im Gesamtsample. Eine genauere Analyse bestätigt die Erwartung, daß diese Sanierungsvorhaben vor allem den älteren Hausbestand, d. h. insbesondere bis 1948 errichtete Gebäude, betreffen. Bei den geplanten Sanierungsmaßnahmen kann zwischen energiebezogenen Maßnahmen, Sanierung des Was-

3 Alle Zahlen beziehen sich auf jene Häuser, die vor 1990 gebaut wurden.

ser/Abwasser-Systems, Ausbauten, Instandhaltungsmaßnahmen, Modernisierungen von Bad, Küche und WC sowie Maßnahmen, die das unmittelbare Hausumfeld (Garten, Hof) betreffen, unterschieden werden.

Die subjektive Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen wurde mit Hilfe einer Skala von 1 (= „unzufrieden“) bis 5 (= „zufrieden“) erfragt. Der Mittelwert beträgt 4,4. Auf die beiden Ausprägungen „zufrieden“ und „eher zufrieden“ entfallen 86 Prozent der Antworten (vgl. Diagramm 5). Lediglich sechs Prozent äußern Unzufriedenheit (eher unzufrieden und unzufrieden). Damit ergibt sich ein positives Bild, das der Gesamtstichprobe entspricht (Mittelwert 4,3). Im Kontext der bislang zur Wohnung behandelten Aspekte sind Zusammenhänge zu anderen Bedingungen herzustellen. So läßt sich ein gewisses Zufriedenheitsgefälle von Befragten, die in ihrem eigenen Haus wohnen, über jene, deren Häuser sich in fremdem Privatbesitz befinden, zu den Befragten, die in kommunalen Wohnungen leben, ermitteln⁴. Das korrespondiert zugleich mit dem jeweiligen Sanierungsstand. Zwischen den Altersgruppen und zwischen Neuzugezogenen und Alteingesessenen konnten hinsichtlich der Wohnzufriedenheit keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden.

Diagramm 5: Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen im Vergleich zwischen Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe (n=304) und der Gesamtstichprobe (n=1.605) (Angaben in Prozent)



Frage: Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit ihren Wohnbedingungen?

⁴ Entsprechend ergibt eine Varianzanalyse signifikante Unterschiede zwischen Mietern und Besitzern.

– Bewertung und Wahrnehmung des weiteren Wohnumfeldes

Die Analyse der individuellen Wohnsituation wird durch eine Untersuchung des weiteren Wohnumfeldes ergänzt. Mit dem Begriff des weiteren Wohnumfeldes werden hier die Wohnbedingungen außerhalb des eigenen Hauses bzw. Grundstückes gefaßt. Dazu nehmen die Einwohner eine Einschätzung verschiedener Merkmale des Ortes und seiner Umgebung vor.

Erscheinungsbild des Wohnortes und seiner Umgebung

Mittels einer Liste von Adjektiven, zu denen die Befragten ihre Zustimmung, Ablehnung oder Stimmenthaltung zum Ausdruck bringen konnten, läßt sich ein erster Überblick zur Beurteilung des Erscheinungsbildes des Wohnortes sowie der landschaftlichen Umgebung gewinnen.

Bezüglich des Ortes ergibt sich ein uneinheitliches Bild. So entscheiden sich klare Mehrheiten für dessen Beschreibung als dörflich und vertraut sowie gegen die Einschätzung als rückständig. 47 Prozent schätzen ihn als langweilig ein. Als schön bezeichnen 45 Prozent der Befragten ihren Ort, aber eine fast gleich große Gruppe empfindet ihn als ungepflegt. Von knapp der Hälfte wird Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe als laut charakterisiert. Jedoch widerspricht dem immerhin mehr als ein Drittel. Dies läßt sich durch die unterschiedliche Lärmbelastung je nach Wohnlage erklären.

Zur Einordnung dieser Ergebnisse wird der Vergleich mit den Daten des Gesamtsamples hinzugezogen. Es stellt sich heraus, daß fast allen positiven Eigenschaften in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe häufiger zugestimmt wird. Diesem Muster widersprechen allerdings zwei Items. So wird „laut“ häufiger und „gepflegt“ seltener bestätigt. Mit Blick auf die Ortscharakteristik erscheint die Einschätzung zur Lärmbelastung plausibel, wenn die Verkehrsproblematik rund um die Staatsstraße S 46 berücksichtigt wird.

Auch im Zusammenhang mit der Charakterisierung der landschaftlichen Umgebung ergibt sich ein differenziertes Bild. Für fast zwei Drittel ist die Umgebung vertraut. Etwa die Hälfte der Befragten kann die Landschaft als interessant, natürlich und angenehm, aber ebenso als zerklüftet bezeichnen. Allerdings widerspricht diesen Beschreibungen jeweils etwa ein Drittel der Befragten.

Wird wiederum der Vergleich zur Gesamtstichprobe hergestellt, hebt sich Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe bezüglich der Zustimmung zu einigen positiv belegten Adjektiven bei der Charakterisierung der landschaftlichen Umgebung des Wohnortes ab. Sie erscheint den Befragten in stärkerem Maße interessant, angenehm und abwechslungsreich. Gleichzeitig wird Items mit negativer Ausrichtung häufiger zugestimmt. Dies betrifft „zerstört“ und „verschmutzt“. In dieser Einschätzung wird die reale Situation der landschaftlichen Umgebung von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe deutlich. Die nördlich angrenzenden Naherholungsgebiete weisen eine hohe Qua-

lität auf, dagegen ist der südlich gelegene Tagbaubereich noch unwirtlich und unzugänglich.

Somit resultiert gegenwärtig die geäußerte hohe Wohnzufriedenheit in erster Linie aus der Qualität der unmittelbaren wohnungs- und grundstücksbezogenen Bedingungen. Im Zuge der Sanierungsarbeiten und der Entstehung von Erholungsgebieten im ehemaligen Tagebaubereich wird die Wohnzufriedenheit voraussichtlich eine Stärkung erfahren.

Infrastrukturelle Ausstattung

Zur Bewertung der konkreten Ausstattungsmerkmale des Wohnortes wurde den Befragten eine entsprechende Batterie vorgelegt, die auf einer Skala von 1 = „gefällt nicht“ bis 5 = „gefällt sehr gut“ zu bewerten war. Sie umfaßt neben den infrastrukturellen Merkmalen auch Aspekte der Ortsgestaltung und Umwelt sowie der Wirtschaft.

Die Einkaufsmöglichkeiten und das Dienstleistungsangebot (z. B. Friseur, Reinigung etc.) sowie die ärztliche Betreuung lassen sich zur Versorgungsinfrastruktur zusammenfassen. Insgesamt wird dieser Bereich mit Mittelwerten von 3,7 bzw. 3,8 durchaus positiv beurteilt. Ein großes Einkaufszentrum im benachbarten Ortsteil und die entsprechenden Angebote in Markkleeberg sowie in der nahen Großstadt begründen dieses Ergebnis. Trotzdem werden im Stadtteil selbst eine Apotheke und eine Poststelle vermißt.

Daneben läßt sich der Bereich Infrastruktur für Kinder identifizieren, der sich aus den Kinderspielmöglichkeiten und den Einrichtungen zur Kinderbetreuung zusammensetzt. Während die Einrichtungen zur Kinderbetreuung eine positive Einschätzung erhalten, werden die Angebote in bezug auf Spiel- und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche eher defizitär empfunden.

Die Variablen „Anbindung ans Straßennetz“, „Anbindung an das Bus- und Schienennetz“ sowie „Zustand der Straßen“ bilden den Bereich Verkehr. Die beiden erstgenannten werden relativ positiv beurteilt. Letztere wird häufig bemängelt und mit der Forderung nach Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung verbunden.

Abschließend werden die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung betrachtet. Insgesamt werden die Freizeitangebote relativ kritisch bewertet (Mittelwert 2,3), nur das Angebot an Gaststätten und Kneipen wird von den Befragten recht positiv beurteilt (Mittelwert 3,5).

Der Vergleich zur Gesamtstichprobe zeigt, daß die untersuchten Aspekte der Infrastruktur trotz kritischer Urteile in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe in der Tendenz besser bewertet werden.

Ortsgestaltung und Umwelt

Ein zweiter Komplex setzt sich aus Aspekten der Ortsgestaltung und der Umwelt zusammen. Dazu gehören „Ortsbild im weiteren Sinne“, „Umweltbelastungen“ und „Ortsumgebung“. Der Bereich Ortsbild im weiteren Sinne umfaßt die Aspekte Sauberkeit im Ort, Grünanlagen und Parks sowie das Ortsbild im engeren Sinne. In der Bewertung durch die Befragten nehmen alle drei Einzelaspekte eine klare Mittelposition ein. Die Mittelwerte schwanken zwischen 2,9 und 3,1. Das gleiche trifft auch auf die Dimension der Ortsumgebung zu. Zusammengesetzt aus den Variablen „Nähe zum Tagebau“ sowie „landschaftliche Umgebung“ verweisen Mittelwerte von 2,8 (Tagebau) bzw. 3,0 (Umgebung) ebenfalls auf eine deutliche Tendenz zur mittleren Kategorie „gefällt teilweise“. Dagegen faßt der Aspekt Umweltbelastungen zwei gegenläufig bewertete Variablen zusammen. Mit einem Mittelwert von 3,2 wird die Luftqualität noch relativ gut bewertet. Das Verkehrsaufkommen wird hingegen als Belastung empfunden. Ein Anwohner in der Wachauer Straße beklagt die Situation wie folgt: „Als wir angefangen haben zu bauen, war es der schönste Ort auf Erden, und nach der Wende ist der Verkehr auf der Wachauer Straße fast unerträglich geworden. Im Sommer kann man vor lauter Krach nicht mal ein Wort mit den Nachbarn wechseln.“ Damit wird die besondere Bedeutung der Verkehrsproblematik in Markkleeberg-Ost zum wiederholten Maße deutlich. In der Tendenz bestätigen diese Ergebnisse die Charakterisierung des Wohnortes und der Umgebung mit Hilfe der Adjektive.

Schließlich ist in diesem inhaltlichen Komplex die Nähe zur Stadt Leipzig zu untersuchen. Dieses Item erhält eine sehr positiv Beurteilung. Die Kombination der Vorzüge des Wohnens in ländlicher Umgebung mit der unkomplizierten Inanspruchnahme großstädtischer Angebote wird hiermit unterstrichen.

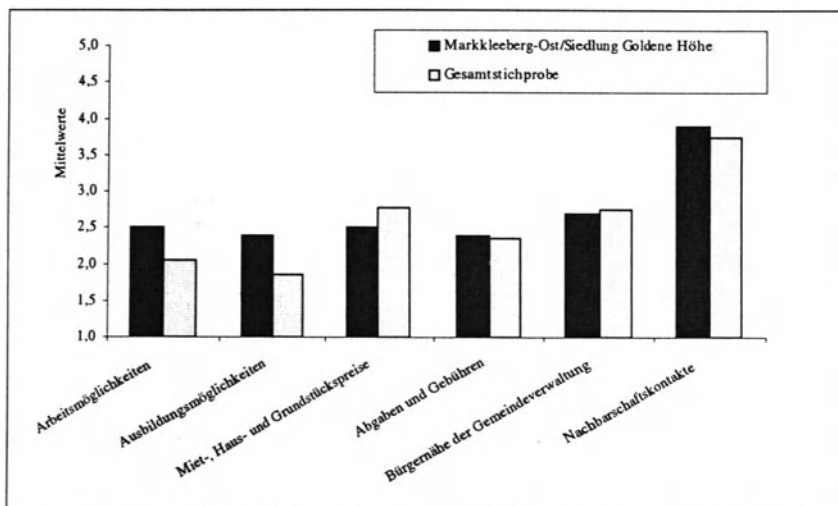
Wirtschaft und Soziales

Mit Mittelwerten von 2,5 bzw. 2,4 fällt die Einschätzung der Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im Sample relativ negativ aus (vgl. Diagramm 6). Damit wird auch von den Einwohnern in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe das größte Problem der Region, der Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, hervorgehoben. Allerdings wird die Arbeitsmarktsituation weniger problematisch gesehen als in der Gesamtstichprobe. Dort betragen die Mittelwerte 2,1 bzw. 1,9.

Der Vergleich der mittleren Bewertung der Miet-, Haus- und Grundstückspreise im Markkleeberger (Mittelwert 2,5) und im Gesamtsample (Mittelwert 2,8) zeigt, daß die Preise von den Befragten der Teilstichprobe etwas ungünstiger empfunden werden. Dagegen unterscheiden sich die beiden Stichproben in bezug auf die durchschnittliche Beurteilung der Angemessenheit der Abgaben und Gebühren nur unwesentlich voneinander. Das gleiche trifft für das Item „Bürgernähe der Gemeindeverwaltung“ zu.

Die Nachbarschaftskontakte erfahren in dem Markkleeberger Stadtteil mit dem Mittelwert von 3,9 eine positive Einschätzung. Sie werden im Vergleich zur Gesamtstichprobe höher bewertet.

Diagramm 6: Bewertung wirtschaftlicher und sozialer Faktoren (arithmetisches Mittel)



Frage: Bitte kreuzen Sie an, wie Ihnen die folgenden Ausstattungsmerkmale Ihres Wohnortes gefallen! (Skala von 1 = „gefällt gar nicht“ bis 5 = „gefällt sehr gut“)

Sehenswürdigkeiten

Auskunft über die Attraktivität des Wohnortes und die Identifikation mit ihm geben auch die Antworten auf die Frage nach Sehenswürdigkeiten im Ort und in der Umgebung. Bei den örtlichen Sehenswürdigkeiten bezieht sich ein Teil der Nennungen auf das unmittelbare Ortsgebiet von Markkleeberg (z. B. Torhaus und Auenkirche) und das agra-Gelände. Eine größere Zahl Befragter verweist auch auf Leipzig und hier vor allem auf das Völkerschlachtdenkmal. Die Völkerschlacht ist ein an den Raum um Markkleeberg gebundenes historisches Ereignis, zu dem ein Teil seiner Bewohner eine Beziehung hat. Viele Befragte engagieren sich im „Förderverein Historisches Torhaus zu Markkleeberg – 1813“ sowie im „Zweckverband Südliches Schlachtfeld Völkerschlacht 1813“.

In einer Reihe mit den oben genannten Sehenswürdigkeiten wird auch relativ häufig der Tagebau Espenhain angeführt. Offenbar nehmen die Befragten an der Veränderung ihrer landschaftlichen Umgebung regen Anteil. Ausmaß und Art dieser Umgestaltung - von einer zerklüfteten Landschaft hin zu einer

Erholungslandschaft - lassen den Tagebau zu einem Anziehungspunkt werden.

Die „Gute-Freund-Frage“

Eine Gesamtsicht auf die Wahrnehmung und Bewertung der verschiedenen Aspekte des weiteren Wohnumfeldes liegt der Frage zugrunde: „Würden Sie einem guten Freund raten, in Ihren Wohnort zu ziehen?“ (im folgenden als „Gute-Freund-Frage“ bezeichnet). Diese Frage ist ein Indikator für die generelle Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen im Ort. Die Befragten konnten mit „ja“, „weiß nicht“ oder „nein“ antworten und ihre Entscheidung anschließend begründen. Fast zwei Drittel (64%) bejahen die „Gute-Freund-Frage“. Lediglich acht Prozent verneinen sie, und 28 Prozent entziehen sich einem Urteil. Dieses Ergebnis ist sehr positiv. Darin bestätigt sich die hohe Wertschätzung von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe als Wohnort. Exemplarisch steht folgende Begründung: „uns gefällt es in Markkleeberg, würden niemals woanders wohnen“.

Die Empfehlung für den Wohnort Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe überragt den entsprechenden Wert in der Gesamtstichprobe (43%) erheblich. Dort verneinen 24 Prozent die Frage, und ein Drittel gibt kein Urteil ab.

In Markkleeberg dominiert unter den Begründungen für ein Zuraten zum Zuzug die gute Wohnlage. Dieses Ergebnis erstaunt insofern, als die Nähe zum Sanierungstagebau offensichtlich kaum einschränkend wirkt. Der Wohnort wird vor allem als ruhig und im Grünen gelegen, mit einem bisweilen dörflichen oder kleinstädtischen Charakter beschrieben, der gleichwohl über eine gute Anbindung zur Großstadt Leipzig verfügt. Daneben spielen die Aussicht auf die neu entstehende Erholungslandschaft in unmittelbarer Nähe des Wohnortes und die gute soziale Einbettung in die Ortsgemeinschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle.

– Fazit

Markkleeberg-Ost fällt durch einen vergleichsweise hohen Anteil an Zugezogenen auf. Vor der Wende spielten arbeitsplatz- und familienbezogene Gründe die größte Rolle, während nach der Wende wohnungsbezogene Gründe erstrangig sind.

Der Hausbestand ist äußerst stark von Ein- und Zweifamilienhäusern geprägt. Dabei ist ein überdurchschnittlicher Anteil des Haus- und Wohnungsbestandes Eigentum der Bewohner. Obwohl mehr als die Hälfte der Häuser aus der Zeit vor 1948 stammt, liegt der Grad der Ausstattung mit Bad/Dusche, Innentoilette und Zentralheizung hoch und erreicht den Durchschnittswert des Gesamtsamples.

Die subjektive Wohnzufriedenheit ist in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe im Vergleich zur Gesamtstichprobe überdurchschnittlich hoch.

Es ist eine starke Bindung an den Ort zu registrieren, Wegzugsabsichten sind kaum vorhanden.

Der Wohnort erscheint den Befragten mehrheitlich vertraut, dörflich und dabei nicht rückständig. Die Bewertung der Infrastrukturmerkmale fällt im Vergleich zur Gesamtstichprobe überdurchschnittlich gut aus. Defizite bestehen jedoch bei Kinderspielmöglichkeiten. Außerdem werden der Zustand der Straßen und das hohe Verkehrsaufkommen beklagt.

Obwohl auf verschiedene Fehlstellen im Ort aufmerksam gemacht wird, fällt die Beantwortung der „Gute-Freund-Frage“ äußerst positiv aus. Darin zeigt sich ein wesentlicher Vorzug des Wohnortes: Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe verbindet bei überschaubarer Ortsgröße eine besonders hohe Wohnqualität, die teilweise durch Ruhe und Nähe zur Natur gekennzeichnet ist, mit einer guten Anbindung an die Stadt Leipzig. Diese Wertschätzung wird von den Einwohnern unterstrichen. Ihre Verbundenheit mit dem Ort erfährt durch dessen Aufwertung im Zuge der Entstehung des Markkleeberger Sees eine weitere Stärkung.

Soziales Leben im Ort aus Sicht der Bewohner

Das soziale Leben im Ort wird anhand von zwei Aspekten beleuchtet. Einerseits geht es um Aktivitäten der Bewohner in ihrem Ort. Diese umfassen die Teilnahme an Festen und kulturellen Ereignissen ebenso wie das Engagement für den Wohnort. Daneben sind die sozialen Beziehungen der Einwohner einer genaueren Analyse zu unterziehen.

– Feste und kulturelle Ereignisse

Feste und kulturelle Ereignisse im Ort sind Ausdruck des Gemeinschaftslebens und stellen kollektive Güter von besonders engen Gemeinschaften dar. Sie sind Indikatoren für die soziale Einbindung seiner Mitglieder.

56 Prozent der Befragten bejahen die Frage, ob es Feste und Veranstaltungen im Ort gibt, und 24 Prozent verneinen dies. 20 Prozent haben davon keine Kenntnis. Das Spektrum an kulturellen Veranstaltungen ist breit. Es reicht vom Stadtfest und dem Torhausfest über eine Reihe weiterer Beispiele. Insgesamt wurden zwölf verschiedene Feste genannt. Neben diesen Festen bilden diverse Veranstaltungen auf dem agra-Gelände und Feierlichkeiten rund um das Ereignis der Völkerschlacht einen weiteren Schwerpunkt der Nennungen. Allerdings muß angemerkt werden, daß sich in den Aussagen das Angebot des gesamten Ortes Markkleeberg widerspiegelt und nicht nur für Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe gesprochen wird. Daran zeigt sich, daß die Bewohner ihren Ortsteil als integralen Bestandteil der Stadt Markkleeberg verstehen.

An den genannten Veranstaltungen beteiligen sich etwa drei Viertel der Befragten, wenn auch unterschiedlich oft. Unter ihnen sind die höher Qualifizierten und die Familien mit Kindern besonders häufig vertreten.

– Engagement für den Wohnort und Einbindung in Vereine

Als ein weiterer Indikator für die Qualität sozialer Netzwerke in der Ortsgemeinschaft kann das Engagement für den Wohnort eingestuft werden. Ca. ein Drittel der Befragten gibt an, sich für seinen Wohnort zu engagieren. Dabei läßt sich nachweisen, daß Personen mit einem höheren Qualifikationsniveau in einem stärkeren Maße Engagement zeigen als diejenigen mit einem niedrigeren Qualifikationsniveau. Dieses Ergebnis entspricht dem der Gesamtstichprobe.

Des weiteren wurde nach Formen des Engagements bzw. nach Gründen für dessen Ausbleiben gefragt. Aktivitäten vor Ort machen sich in erster Linie am Problem der Eingemeindung Markkleebergs nach Leipzig, das im Befragungszeitraum relevant war, sowie am Thema Straßenbau/Verkehrsberuhigung und an den Bemühungen um die naturnahe Erhaltung der Weinteichsenke fest. Der Form nach reicht es von kritischer Auseinandersetzung bis zur Teilnahme an Bürgerentscheiden, Befragungen und Unterschriftensammlungen. Darüber hinaus findet die Mitarbeit in den politischen Institutionen wie Stadtrat bzw. Stadtverwaltung, bei Wahlen sowie innerhalb der Parteien Erwähnung. Mehrere Nennungen zeigen Engagement in Sachen Ortsgestaltung und -pflege an. Dieser Bereich umfaßt Aktivitäten zur Ortsverschönerung und zur Verbesserung der Infrastruktur.

Als Gründe für ausbleibendes Engagement werden Zeitmangel, Arbeitsbelastung und ein zu hohes Alter der Befragten hervorgehoben. Darüber hinaus wird von einigen Befragten Politikverdrossenheit genannt. Beispielhafte Äußerungen sind: „Man wird doch so und so nicht gefragt“ oder schlicht „Politikverdrossenheit“. Eine weitere Gruppe von Befragten beklagt Informationsmangel bzw. sieht keine Möglichkeiten für Engagement. Andere meinen, erst zu kurze Zeit in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe zu wohnen, um sich im Ort engagieren zu können. Lediglich vier Befragte sehen keinen Anlaß bzw. keine Notwendigkeit für ein Engagement.

Die Mitgliedschaft in Vereinen wird von 43 Prozent aller Befragten bejaht. Die meisten Markkleeberger sind in Sportvereinen aktiv. Des weiteren sind viele im Siedlerverein, in der kirchlichen Gemeinde, der Freiwilligen Feuerwehr und in Chören eingebunden. Außerdem ist das Bemühen um eine historische Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohnort, insbesondere im Rahmen des Fördervereins Historisches Torhaus 1813 zu erwähnen. Dieses Ergebnis kann als Ausdruck intensiver sozialer Einbindung im Ort gewertet werden.

– Soziale Beziehungen im Ort

Knapp 80 Prozent der Befragten haben Freunde in der unmittelbaren Nähe (im Wohnort und in den Nachbarorten). Von 72 Prozent der Befragten wohnen auch Verwandte, zu denen regelmäßiger Kontakt besteht, in nächster Umgebung. Dies entspricht etwa den Anteilen in der Gesamtstichprobe.

Bei der Einschätzung der Beziehungen zu den Nachbarn gelangen fast 80 Prozent zu einem positiven Urteil. So ist es für etwa die Hälfte aller Befragten völlig selbstverständlich, bei fast jedem der Nachbarn um Hilfe bitten zu können. Nur 15 Prozent können kaum mit Hilfe aus der Nachbarschaft rechnen. Eine fast deckungsgleiche Antwortverteilung ergibt sich bei der Frage nach Unterhaltungen über gemeinsam interessierende Probleme. Somit stellen die Nachbarn für die Markkleeberger wichtige Kommunikationspartner dar. Sie sind vorrangige Ansprechpartner bei Belangen, die das Alltagsleben betreffen.

Diese positive Tendenz setzt sich in der Beantwortung der Frage nach dem Gemeinschaftsgefühl im Ort fort. Mit 45 Prozent empfindet knapp die Hälfte der Befragten in ihrem Wohnort „so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl“. Nur 22 Prozent verneinen dies, und ein Drittel weiß auf die Frage keine Antwort. Das deckt sich mit den Ergebnissen der Gesamtstichprobe. Hier ergibt sich anhand der Wohndauer kein Unterschied.

Auch bei der Frage, warum der oder die Befragte einem guten Freund raten würde, hierher zu ziehen, finden sich immer wieder Hinweise auf gute soziale Beziehungen. Formulierungen wie „gutes Nebeneinander, Wohnen ist menschlich“, „man kennt noch viele Leute im Ort“ oder „man kennt sich hier und wird freundlich begrüßt“ sind dafür beispielhaft.

– Offenheit und Integrationsbereitschaft

Im Zusammenhang mit den sozialen Beziehungen und Netzwerken spielen Offenheit und die Bereitschaft zur Aufnahme von Neubürgern eine Rolle. Dies ist in Verbindung mit dem Zuzug von Belang. Gut ein Drittel der Befragten begrüßt den Zuzug von Einwohnern in den letzten Jahren. Nur vier Befragte stehen ihm negativ gegenüber. 22 Prozent der Befragten verbinden mit dem Bevölkerungswachstum Vor- und Nachteile. Als Vorteile werden vor allem der Ausbau der Infrastruktur (Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen) sowie die Stärkung von Wirtschaft und Gewerbe gesehen. Da vor allem der Zuzug jüngerer Leute bzw. von Familien mit Kindern beobachtet wird, knüpft sich daran die Erwartung, daß Kindertagesstätten und Schulen erhalten bleiben bzw. noch weiter ausgebaut werden. Generell wird Zuzug mit einer Stärkung der Stadt Markkleeberg verbunden, was u. a. die Chancen Markkleebergs, nicht nach Leipzig eingemeindet zu werden, verbessern könnte.

Weitere von den Befragten erwähnte positive Aspekte sind ein Plus an Steuereinnahmen und eine Belebung des Ortes. Mit den neuen Einwohnern

sollen „frischer Wind“ und „neue Ideen“ in den Ort getragen werden. Schließlich erhoffen sich einige in diesem Zusammenhang auch weiteren Neubau und fortgesetzte Sanierungsaktivitäten, die zu einer Verschönerung des Ortsbildes beitragen.

Bei den Nachteilen fallen vor allem Meinungen ins Gewicht, in denen neue Einwohner als eine Störung der sozialen Gemeinschaft betrachtet werden. Formulierungen wie „Anonymität“, „Verfremdung“ oder „Verlust des dörflichen Charakters“ stehen dafür. Einige befürchten auch ein wachsendes Verkehrsaufkommen und eine Zunahme der Bautätigkeit, die zu einer „Überbauung“ und „Zersiedelung der Landschaft“ führen würden.

Insgesamt dominieren jedoch aus der Sicht der Einwohner von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe die mit dem Zuzug neuer Bürger verbundenen Vorteile für den Ort.

– Fazit

Die Einwohner von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe sind in hohem Maße in soziale Netze eingebunden. Die große Mehrheit der Befragten weist darauf, daß Freunde und Verwandte in der Nähe wohnen. Die Beziehungen zu den Nachbarn werden als gut eingeschätzt, und knapp die Hälfte des Samples, ein Anteil, welcher der Gesamtstichprobe entspricht, verspürt ein Gemeinschaftsgefühl im Ort. Das Engagement für den Wohnort ist durchschnittlich ausgeprägt. Schließlich sind die Offenheit und die Aufnahmebereitschaft gegenüber den Neubürgern hervorzuheben. Mit dem Zuzug werden Vorteile für den Wohnort verbunden.

Die konkreten Inhalte des lokalen Engagements lassen eine beachtliche Identifikation mit dem Wohnort erkennen, die sich auch in einer hohen Ortsbindung niederschlägt. Beispielhaft sind die gemeinschaftlichen Aktivitäten, mit denen sich die Bürger der Eingemeindung Markkleebergs nach Leipzig widersetzt haben. Aber auch die Mitarbeit in Vereinen und das Interesse der Bewohner an der Ortsgeschichte sind Hinweise auf die Ausprägung lokaler Identität.

Tagebau und Bewertung der Lebensqualität

– Zur Bedeutung des Tagebaus in Vergangenheit und Gegenwart

Der Tagebau Espenhain war mehrere Jahrzehnte der bestimmende Einflußfaktor der örtlichen Entwicklung, da mit seiner Ausdehnung die Existenz von Teilen der Gemarkung infrage gestellt war. Ab 1964 stand das südliche Markkleeberg-Ost mit der Siedlung Goldene Höhe unter sog. Bergbauschutz, und es existierten Pläne zur Umsiedlung, die allerdings nicht vollständig realisiert wurden. Aufgrund des relativ langen Zeitraumes, der inzwischen vergangen ist, können sich nur noch 22% der Befragten an die Festlegung des Bergbauschutzes erinnern. Allerdings kann mehr als die Hälfte aller Befrag-

ten die Erfahrung der Beeinflussung der Landschaft durch die Pleißeверlegung und durch die Kappung der Verkehrsverbindungen nach Markkleeberg-Mitte bestätigen. Dies ging jedoch nicht mit dem Empfinden einer isolierten Lage einher, was mit der ausgeprägten Orientierung nach Norden in Richtung Leipzig zu erklären ist.

Im Zusammenhang mit der Tagebauentwicklung in der Vergangenheit weist fast die Hälfte der Befragten auf Gebäudeschäden als eine Folge der Grundwasserabsenkung im Vorfeld der Kohlegewinnung hin. Insgesamt 61 Prozent der Befragten bestätigen baulichen Verfall.

Zum Teil spielen in der Erinnerung auch Aspekte räumlicher Einengung und Begrenzung eine Rolle. Rückblickend empfinden drei Viertel der Befragten einen Mangel an Flächen für die Erholung. Dies steht mit dem teilweisen Verlust der Pleißebeue und wichtiger Erholungseinrichtungen wie dem Freibad im Zusammenhang. Bauland wird demgegenüber retrospektiv, auch im Vergleich zur Gesamtstichprobe, wesentlich seltener vermißt.

Die Lärm- und Staubbelastung durch den aktiven Tagebau bestätigen etwa 80 Prozent der Befragten. Exemplarisch berichtet ein Bürger: „Diese Eimerketten und das Gejaule, das hörte nie auf. Aber irgendwann gewöhnst du dich dran an den Staub und den Dreck.“ Eine Intensivierung erfuhr die Immissionsbelastung zusätzlich durch das hohe Verkehrsaufkommen auf den Durchgangsstraßen.

Trotz zahlreicher negativer Einflußfaktoren übte der Tagebau in der Vergangenheit die wichtige Funktion des Arbeitgebers aus. 42 Prozent der Befragten bestätigen dies. Obwohl dieser Umfang beachtlich ist, liegt er erheblich unter dem Mittel des Gesamtamples von 66 Prozent. Damit wird belegt, daß die Markkleeberger Erwerbstätigen in der Vergangenheit in geringerem Maße auf den Bergbau fixiert waren als Befragte aus anderen Untersuchungsgemeinden.

Auch bezüglich der Erinnerung an Einwohnerbewegung unterscheiden sich die Markkleeberger von der Gesamtstichprobe. 36 Prozent der Teilstichprobe bestätigen Wegzüge, und 22 Prozent sind Zuzüge im Gedächtnis. Im Gesamtample erinnern sich 52 Prozent an Wegzüge und 24 Prozent an Zuzüge.

Knapp 40 Prozent der Befragten in Markkleeberg-Ost sind der Meinung, daß mit dem Tagebaubetrieb ein negatives Image für den Ort verbunden war. Der Anteil ist bemerkenswert, und dennoch liegt er deutlich unter dem Wert der Gesamtstichprobe. Wird dieser Indikator in sämtlichen Teilstichproben nach der Wohndauer im Ort ausgewertet, dann ergibt sich folgende Differenzierung. Während obige Aussage im Sample Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe von 45% der Alteingesessenen hervorgehoben wird, ist der entsprechende Anteil unter den lang ansässigen Befragten in den östlich und südlich gelegenen Tagebaurandgemeinden fast doppelt so groß. Damit wird

untermauert, daß der Einfluß des Tagebaus auf den Ortsteil von Markkleeberg unübersehbar war. Zugleich existierten aber Potentiale, die eine Deformierung der Ortschaft verhindern konnten.

Die Auswirkungen der Tagebausanierung in der Gegenwart werden von drei Viertel der Befragten in Form einer Aufwertung des Landschaftsbildes erlebt. Jeweils 40 Prozent der Befragten bestätigen Lärm- und Staubbelastungen durch den Tagebau, die mit den laufenden Sanierungsarbeiten im Zusammenhang stehen (vgl. Tabelle 4). Auffallend ist das Ergebnis zum Verkehrsaufkommen. 72 Prozent der Befragten heben eine hohe Verkehrsbelastung hervor, wobei das Verkehrsproblem bereits in der Vergangenheit von vielen Befragten betont wurde.

Ein Wegzug von Einwohnern wird kaum noch bemerkt, dafür nehmen im Vergleich zu früher wesentlich mehr Befragte einen Zuzug wahr. Damit einhergehend registrieren sie einen Ausbau der Versorgungseinrichtungen. In bezug auf den baulichen Bestand werden Neubauten und baulicher Sanierungsfortschritt wahrgenommen (44%). Gleichwohl bringt die Gegenwart auch negative Veränderungen mit sich. So werden Gebäudeschäden durch Vernässungen beklagt (15%). Und nur noch 10 Prozent der Befragten bringen den Tagebau mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen in Verbindung.

Tabelle 4: Auswirkungen des Tagebaus (Auswahl) (Angaben in Prozent)

Auswirkungen	„traf zu“ in der Vergangenheit	„trifft zu“ in der Gegenwart
hohe Lärmbelastung	79	40
hohe Staubbelastung	82	40
hohe Verkehrsbelastung	62	72
Bereitstellung von Arbeitsplätzen	42	10
Wegzug von Einwohnern	36	2
Zuzug von Einwohnern	22	55

Fragen: 1) Zunächst bitten wir Sie um eine rückblickende Beurteilung: Welche Auswirkungen für Ihren Wohnort hatte die Nähe zum Tagebau Espenhain während seines Betriebes?

2) Nun zur Gegenwart: Welche Auswirkungen für ihren Ort hat die Sanierung des Tagebaus?

– Bewertung von Deponie und Autobahn

Die Befragten wurden gebeten, auf zwei spezielle Projekte der Folgenutzung des Tagebaus Espenhain ausführlicher einzugehen. Das betrifft die Deponie Cröbern und das geplante Autobahnteilstück der A 38.

In den Befragungsergebnissen zur Deponie Cröbern kommt eine weitgehend ablehnende Haltung der Markkleeberger zum Ausdruck. Im offenen Fragenteil zu diesem Projekt werden überwiegend Nachteile genannt. Dabei liegt der eindeutige Schwerpunkt auf Umweltaspekten. Vor allem Luftverschmutzungen und Geruchsbelästigungen sowie Grundwasserbelastungen

werden beklagt bzw. befürchtet. Es wird auch erwähnt, daß schlecht abgesicherte Müllfahrzeuge eine nicht unbeträchtliche Verschmutzung der Straßen im Ortsbereich nach sich ziehen. Zudem sind sie für die hohe Verkehrsbelastung, die mit einem erhöhten Lärmpegel einher geht, verantwortlich.

Daneben werden einige Vorteile der Deponie angeführt. Diese betreffen die unkomplizierte und sichere Müllentsorgung sowie die Bereitstellung einiger Arbeitsplätze.

Der Neubau des Autobahnteilstücks im Rahmen des Konzeptes zur Sanierung des Tagebaus Espenhains wird im Unterschied zur Deponie Cröbern deutlich positiver gesehen. 39 Prozent der Befragten können diesem Projekt nur Vorteile abgewinnen. Ausschließlich Nachteile sehen lediglich vier Prozent. Sowohl Vorteile als auch Nachteile erkennen 44 Prozent der Befragten, dagegen sind für 13 Prozent weder positive noch negative Auswirkungen ersichtlich. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe fallen diese Ergebnisse wesentlich positiver aus. Im offenen Fragenteil wird auf die erwartete Verkehrsentslastung der Durchfahrtsstraßen hingewiesen, was mit einer Reduzierung von Lärm und Staub in Verbindung gebracht wird. Viele Befragte verweisen darauf, daß sich die verkehrstechnische Anbindung an das überregionale Autobahnnetz verbessern wird. Damit könnten standortbezogene Anreize für Investoren verbunden sein.

Konträr zu der als Vorteil benannten erwarteten Verkehrsentslastung stehen Äußerungen, in denen Befürchtungen hinsichtlich eines steigenden Verkehrsaufkommens und einer Zunahme des Lärms zum Ausdruck kommen. Die Begründungen beziehen sich darauf, daß die erhoffte Entlastung des innerörtlichen Verkehrs aufgrund der zukünftigen Funktion der Staatsstraße S 46 als Zubringer zur Autobahn nicht einsetzen wird. Daneben erfolgt wiederholt der Hinweis darauf, daß die Autobahntrasse die Landschaft bzw. das zukünftige Erholungsgebiet zerschneiden könnte.

– Informationsstand zur Tagebausanierung

Zunächst wurde erfragt, ob die Tagebausanierung ein Gesprächsthema in der Nachbarschaft ist. 80 Prozent der Befragten bestätigen das.

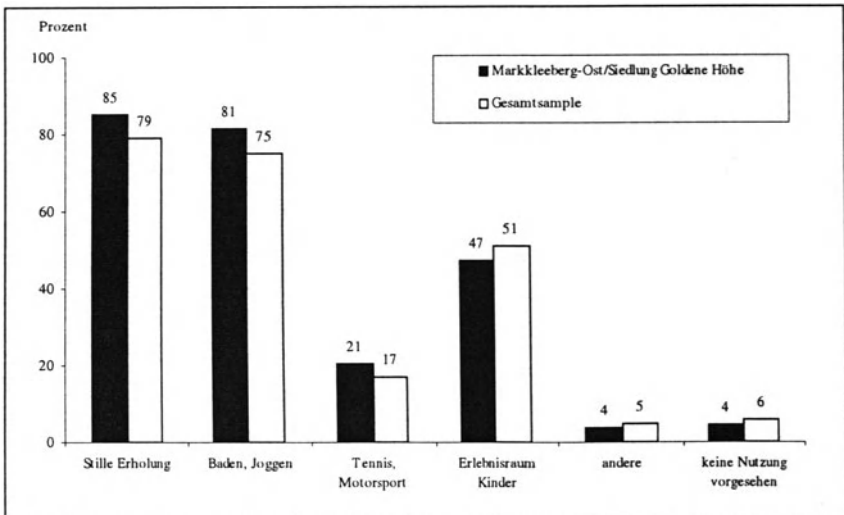
An Informationsveranstaltungen zur Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft hat etwa ein Viertel der Befragten in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe teilgenommen. 17 Prozent der Markkleeberger fühlen sich gut über die zukünftige Gestaltung des Tagebaus Espenhain informiert. Die Hälfte antwortet auf die entsprechende Frage mit „teils/teils“, während sich ein Drittel nicht gut informiert fühlt. Für 61 Prozent der Befragten gibt es themenbezogene Sachverhalte, über die sie gerne besser informiert wären. Vor allem werden konkrete Informationen zur Tagebausanierung gefordert. Dies drückt sich darin aus, daß nach dem Gesamtkonzept und nach mehr Einzelheiten gefragt wird. Exemplarische Äußerungen sind: „Was ist über-

haupt wo geplant?“, „Was geschieht konkret durch die Sanierung?“ und „Wie geht es weiter?“. Darin kommen eine Reihe grundsätzlicher Informationsdefizite zum Ausdruck. Ein besonderes Interesse besteht am zeitlichen Ablauf der Sanierung. Es wird eine kontinuierliche Informationsgebung gewünscht, die sich unterschiedlicher Medien bedient, um den Sanierungsfortschritt transparent zu vermitteln.

– Erwartungen der Befragten an die zukünftige Bergbaufolgelandschaft

Als Naturlandschaft und als Freizeit- und Erholungslandschaft wird der künftige Charakter des Umfeldes beschrieben. Eine „grüne Lunge“ bzw. „grüne Naturlandschaft mit Seen, Wald und Biotopen“ soll viele Erholungsmöglichkeiten anbieten und auch „Lebensraum für Tiere und Vögel“ sein. Dabei wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß wachsende Verkehrsströme und umfangreicher Besucherverkehr die Erholungslandschaft nicht beeinträchtigen mögen.

Diagramm 7: Nutzungsabsichten für die zukünftige Tagebaulandschaft in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe im Vergleich zum Gesamtstichprobe (Mehrfachantworten möglich; Angaben in Prozent)



Frage: Wie wollen Sie voraussichtlich die zukünftige Tagebaulandschaft nutzen?

Hinsichtlich der zukünftigen Nutzungsabsichten werden naturnahe, stille Erholungsmöglichkeiten präferiert (vgl. Diagramm 7). Da die Natur erhalten bleiben soll, werden bauliche Einrichtungen zur Sport- und Freizeitbetätigung eher abgelehnt. Spazieren, Joggen, Angeln, Baden und Natur beobachten sind

angestrebte Aktivitäten. Für knapp die Hälfte der Befragten hat die Folge-landschaft auch als Erlebnisraum für Kinder Bedeutung. Andere Nutzungsab-sichten im Sinne von Aktivitäten, die bestimmte Einrichtungen voraussetzen (z. B. Tennis, Motorsport, Segeln), machen nur etwa ein Fünftel aller Nen-nungen aus. Dennoch sind diese Vorstellungen zu berücksichtigen. Somit ist ein vielgestaltiges Sport- und Erholungsangebot gefragt.

In Zukunft werden die unmittelbaren Lebensbedingungen nach Meinung der Befragten in starkem Maße von der entstehenden Erholungslandschaft be-stimmt sein. Mehr als 90% unterstreichen dies. Damit korrespondiert die Erwartung an eine unmittelbar erfahrbare, höhere Wohnqualität. Markklee-berg-Ost/Siedlung Goldene Höhe wird sich dadurch auch für Umzugswillige als Wohnort empfehlen. 60% der Befragten rechnen mit einer positiven Ein-wohnerentwicklung, womit auch eine Verbesserung des Angebotes an Ver-sorgungseinrichtungen verknüpft wird. Weiterhin werden in Verbindung mit der Naherholungslandschaft wachsende Besucherzahlen und neue finanzielle Einnahmequellen für die Kommune erwartet. Die Hoffnung auf mehr Ar-beitsplätze ist gedämpft.

Im Zusammenhang mit der Nutzbarmachung der Bergbaufolgelandschaft gehen mehr als drei Viertel der Befragten von einem Ausbau der Verkehrs-verbindungen aus. Für ebenso viele ist damit ein höheres Verkehrsaufkom-men einschließlich Lärm- und Luftbelastungen verbunden.

Insgesamt wird eine Erholungslandschaft mit überwiegenden Vorteilen erwartet, ohne nachteilige Begleiterscheinungen zu verkennen.

– Fazit

In der Vergangenheit hatte der Tagebau nach Einschätzung der Einwohner von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe unmittelbare Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen. Umsiedlungen und ein hoher Anteil wegziehen-der Bürger wurden registriert. Der Tagebau galt als Arbeitsort, wenngleich in geringerem Maße als in anderen Untersuchungsgemeinden. Aus ökologischer Perspektive waren Belastungen durch Lärm und Staub zu verzeichnen. Ein negatives Image ihres Wohnortes, hervorgerufen durch die Tagebaunähe, bestätigen rückblickend 40 Prozent der Befragten. Trotzdem war Markklee-berg-Ost/Siedlung Goldene Höhe als Wohnort gefragt.

In der Gegenwart werden positive Veränderungen beobachtet. Dies be-trifft insbesondere die Entlastung von Lärm und Staub und die Verbesserung der Bausubstanz. Verstärkt ziehen Einwohner nach Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe, während nur noch wenige den Ort verlassen wollen. Das landschaftliche Umfeld erfährt eine wesentliche Aufwertung, wodurch das Rufbild als attraktiver Wohnort gefestigt wird.

Gegenüber der Deponie Cröbern im Tagebaubereich wird überwiegend eine kritische Haltung eingenommen, die vor allem aus dem Gefahrenpotenti-

al für die Umwelt resultiert. Dagegen wird das Autobahnprojekt positiv beurteilt. Hoffnungen auf eine Verkehrsentslastung der Ortsdurchfahrtsstraßen und eine gute Verkehrsanbindung an das überregionale Netz überwiegen gegenüber besorgten Äußerungen hinsichtlich eines möglichen Verkehrszuwachses.

Die zukünftige Landschaft wird vor allem als Naturlandschaft sowie als Freizeit- und Erholungslandschaft gesehen. Entsprechend groß ist das Interesse der Bewohner am Fortgang der Tagebausanierung. In diesem Zusammenhang werden Defizite bei der Informationsvermittlung beklagt. Insgesamt erfolgt eine positive Einschätzung des mit der Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft verbundenen Wandels des Lebensumfeldes.

6.1.3. *Ableitung von Entwicklungsoptionen*

Für die weitere Entwicklung von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe werden in den folgenden Ausführungen lokalspezifische soziale Potentiale hervorgehoben und Defizitbereiche benannt. Diese stützen sich auf eine Gesamtschau der Ergebnisse aus der Ortscharakteristik als Beschreibung der faktischen Gegebenheiten sowie aus der empirischen Erhebung unter den Einwohnern.

Hinsichtlich der *sozialen Bedingungen* ist auf die soziale Durchmischung insbesondere im Hinblick auf die Familien- und Altersstruktur hinzuweisen. Damit sind positive Voraussetzungen für die Regeneration und die Generationenunterstützung vorhanden. Des weiteren sind Aufnahmebereitschaft und Integrationsfähigkeit im Zusammenhang mit dem Zuzug neuer Einwohner festzustellen. Diese Voraussetzungen begünstigen Suburbanisierungseffekte. Der Wohnort ist für Zuziehende mit einem relativ hohen sozioökonomischen Status und einer festen Einbindung in den Arbeitsmarkt attraktiv. Tragfähige soziale Netze, unterstützt durch intakte Nachbarschaftsbeziehungen befördern die Herausbildung eines Gemeinschaftsgefühls und stärken das Engagement für den Wohnort. Das belegbare große Interesse an der Ortsentwicklung basiert u. a. auf Gemeinschaftsstrukturen mit einem hohen Maß an Selbsthilfepotential.

Die *wirtschaftlichen Bedingungen* werden durch einen relativ hohen Grad der Einbindung der Markkleeberger in den Arbeitsmarkt bestimmt. Der regionalwirtschaftliche Strukturbruch hatte vergleichsweise geringe Auswirkungen für die Markkleeberger, da sie bereits in der Vergangenheit auf vielfältige Beschäftigungsfelder orientiert waren. Die Einsatzmöglichkeiten im Bereich der Dienstleistungen sind nach der Wende erweitert worden. Arbeitslosigkeit ist nur in relativ geringem Umfang anzutreffen. Dennoch wird auch von den Markkleebergern das Arbeits- und Ausbildungsplatzdefizit als größtes Problem der Region benannt. Für die Einbindung in den Arbeitsmarkt

erweist sich die räumliche Nähe zu Leipzig als Gunstfaktor, da tägliches Pendeln problemlos möglich ist. Die Arbeitsangebote im Untersuchungsort selbst sind auf kleine Firmen beschränkt und zahlenmäßig gering. Mit einer Ausweitung wird im Zusammenhang mit der Etablierung von Gewerbe im Bereich der Freizeitwirtschaft gerechnet, wenn der Markkleeberger See mit seinen Uferbereichen für die Naherholung zur Verfügung steht.

Bezüglich der *wohnbaulichen Bedingungen* dominiert in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe das Ein- bzw. Zweifamilienhaus. Die Baustruktur wird durch Mehrfamilienhäuser ergänzt. Weiterer Wohnungsbau ist vorgesehen. Besondere Vorzüge des Wohnstandortes sind der hohe Anteil an Grün- ausstattung und die in absehbarer Zeit vorhandene Lage an einem See. Aufgrund des hohen Anteils an privatem Grundstückseigentum und der ununterbrochenen Pflege und Aufwertung desselben konnten die Beeinträchtigungen durch den Tagebaubetrieb in Grenzen gehalten werden. Der hohe Bestand an selbstgenutztem Wohneigentum ist eine wesentliche Grundlage für die hohe Wohnzufriedenheit und die ausgeprägte Ortsbindung. Ein überwiegend angenehmes Ortsbild kann durch die Beseitigung von Defiziten in bezug auf den Erhalt der historischen Bausubstanz, die Gestaltung der Ortsmitte und die bauliche Abrundung des Ortsrandes weiter aufgewertet werden.

Die Bedingungen der *Infrastruktur* können als überdurchschnittlich gut bewertet werden. Im Ort gibt es verschiedene Verkaufs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Sportstätten. Durch die räumliche Nähe zu Leipzig und die gute Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind zahlreiche Versorgungs- und Kulturangebote zu erreichen. Hinsichtlich der technischen Infrastruktur wird die außerordentlich hohe Verkehrsbelastung durch die Staatsstraße S 46 seitens der Einwohner hervorgehoben. Damit sind die größten Beeinträchtigungen der Lebensqualität in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe verbunden. Deren Beseitigung wird massiv eingefordert.

Mit dem weiteren Voranschreiten der Entstehung einer für die Naherholung bestimmten Bergbaufolgelandschaft werden der Reiz und die Anziehungskraft der *landschaftlichen Bedingungen* im Umfeld von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe erhöht. Die Gemeinde verfügt bereits nördlich an die Wohnbebauung angrenzend über ausgedehnte Grünflächen und Parks. Die künftigen wassergebundenen Naherholungsflächen in südlicher Nachbarschaftslage werden das bereits vorhandene hochwertige Erholungsangebot ergänzen. Seitens der Markkleeberger besteht ein ausgeprägtes Interesse am Fortgang der Sanierungsarbeiten. Eine entsprechende Informationsvermittlung wird eingefordert. Dies betrifft auch die Deponie Cröbern. Nach Auffassung eines großen Teil des Befragten wirkt sie in mehrfacher Hinsicht als Störfaktor, zugleich werden Risiken mit ihr verbunden. So registrieren die Bewohner negative Einflüsse auf die Umwelt, und sie befürchten Gefahren für das Grundwasser. Des weiteren wird die Deponie als Beeinträchtigung für das Image der entstehenden Naherholungslandschaft empfunden. Aktuelle,

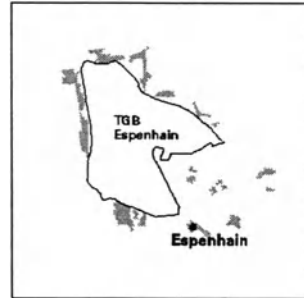
verlässliche und transparente Informationen tragen dazu bei, Planungsvorhaben im Rahmen der Tagebausanierung zu verdeutlichen und die Akzeptanz dafür unter den Einwohnern zu befördern.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die bergbaubedingte Beeinträchtigung der Entwicklung von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe in ihrem Ausmaß nicht mit anderen Untersuchungsgemeinden vergleichbar ist. Zwar hat die Randlage zum Tagebau Espenhain die Lebensbedingungen auch hier erschwert, indem der zeitlich befristete „Bergbauschutz“ zu punktuellen Verlusten geführt hat. Die vorhandenen Gunstfaktoren wie die Nähe zu Leipzig, die Einbindung in die Stadt Markkleeberg und die Wohnbaustruktur, die durch einen hohen Anteil an selbstgenutztem Eigentum bestimmt wird, trugen jedoch zur Überlebensfähigkeit dieser Gemeinde bei. Die zu Beginn der 90er Jahre vorgefundenen lokalen Bedingungen begründen im Fall von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe keine Revitalisierungserfordernisse im definierten Sinne. Vielmehr verfügt der Ort über ausgeprägte soziale Potentiale, die sich u. a. in relativ engmaschigen sozialen Netzen, einem starken Gemeinschaftsgefühl und einer hohen Ortsverbundenheit zeigen und die eine selbsttragende Entwicklung absichern. Durch den Attraktivitätsgewinn des landschaftlichen Umfeldes und die Verbesserung der Lebensqualität erfahren diese eine Erweiterung. Für Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe kann prognostiziert werden, daß es seinen Ruf als begehrter Wohnstandort weiter festigen wird.

6.2. Die industriell überprägte Gemeinde Espenhain

6.2.1. Ortscharakteristik

Der Ort Espenhain wurde nach 1150 im Rahmen des hochmittelalterlichen Landesausbaus als Bauernsiedlung gegründet. Der Name leitet sich aus dem mittelhochdeutschen „aspe“ = Espenbaum ab.



Gegenwärtig ist Espenhain eine industriell geprägte Gemeinde im Südraum Leipzig, deren wirtschafts- und sozialstrukturelle Entwicklung sehr eng mit dem Aufstieg und dem Niedergang der Braunkohleindustrie im Zusammenhang steht.

In Verbindung mit dem Aufschluß des Tagebaus Espenhain und dem Bau des Braunkohleveredlungswerkes 1938–1942 wurde das ehemalige landwirtschaftlich geprägte Dorf durch industrielle Strukturen überformt. Die Errichtung von Bergarbeitersiedlungen war die Voraussetzung, um den Zustrom an Arbeitskräften beherbergen zu können. Mit dem intensiven Wohnungsbau im Zusammenhang mit der Errichtung des Werkes und dessen Ausbau erhielt der Ort seinen urban-industriellen Charakter.

Die Wohnbebauung Espenhains wird durch das Werksgelände in östlicher und südlicher Richtung begrenzt. An der nördlichen Gemeindegrenze beginnt der Einfahrtsschlauch des gleichnamigen Tagebaus. An die westliche Gemeindegrenze reicht der Tagebau Witznitz heran, so daß der Ort von allen Seiten bergbaulich-industriell „belagert“ wurde. Es gibt wenige Siedlungen im Braunkohlerevier Südraum Leipzig, die in ihrer Historie eine räumlich so vollständige Konfrontation mit industrieller Entwicklung erfahren haben wie dies für Espenhain zutrifft. Damit waren über Jahrzehnte Lebensbedingungen verbunden, die ökologischen Kriterien kaum Bedeutung beimaßen. Die Erklärung für deren Akzeptanz seitens der Einwohner kann nur in dem konkreten Arbeitsplatzangebot mit entsprechend hohen Verdienstmöglichkeiten in der Branche Energie/Wasser/Bergbau gefunden werden.

Die Stilllegung des Tagebaus und des Werkes haben zu einem beträchtlichen Arbeitsplatzverlust geführt. Fehlende Arbeitsmarktalternativen aufgrund des relativ geringen Umfangs an Gewerbeneuansiedlungen auf dem alten Werksgelände bewirkten ein Brachfallen von Gewerbeflächen und bauliche sowie soziale Erosionsprozesse in der Gemeinde Espenhain. Der mit dem

wirtschaftlichen Strukturbruch verbundene Effekt einer wesentlichen Aufwertung der landschaftlichen Umgebung und deutlich verbesserter Umweltbedingungen wird zwar von den Bewohnern registriert. Er kann aber bislang deren existentielle Verluste im Zusammenhang mit dem Wegbrechen von mehreren tausend Arbeitsplätzen nicht kompensieren.

Mit der Etablierung des „Campus Espenhain“ im Jahr 1998 auf dem Gewerbegebiet Margarethenhain, einem Teilstück des ehemaligen Werksgeländes sind Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Trendwende verbunden.

Die Ortsteile Pötzschau und Oelzschau werden nicht in die Ortscharakteristik der Gemeinde Espenhain einbezogen. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Geschichte und ihres Charakters von Espenhain. Als landwirtschaftlich geprägte Orte in einer relativ intakten landschaftlichen Umgebung können sie in den letzten Jahren auf Einwohnerzuwachs verweisen. Dieser ist Bestandteil erfolgreicher Revitalisierungsbemühungen, durch die die Restriktionen des sog. Bergbauschutzes, unter denen die Orte in der Vergangenheit gelitten haben, aufgehoben werden konnten. In beiden Ortsteilen überwiegt heute die Wohnfunktion. Sie stellen im Forschungsprojekt eigenständige Untersuchungsorte dar.

Bergbaubedingte Betroffenheit

Die bergbauliche Betroffenheit des Ortes Espenhain bezüglich der Flächeninanspruchnahme besteht erstens in der Beanspruchung von Gemarkungsflächen für den Tagebaubetrieb. Zweitens ist sie dadurch gegeben, daß das Braunkohleveredlungswerk zum Teil auf der Gemarkung Espenhain errichtet worden ist. Drittens besteht die Betroffenheit insofern, als ebenfalls auf der Espenhainer Gemarkung eine Spülkippe angelegt worden ist.

Der Ort Espenhain selbst war nicht für eine Abbaggerung vorgesehen und stand folglich nie unter dem sog. Bergbauschutz.

Der nördlich an die Ortslage angrenzende Tagebau erhielt aufgrund seiner Lagebeziehung zum Ort Espenhain seinen Namen. Die Aufschlußbaggerung des Tagebaus ging von der Gemarkung Espenhain aus. Diese erfolgte in den Jahren 1937-1944 im Zusammenhang mit dem Aufbau des Braunkohleveredlungswerkes Espenhain 1938-1942. Beide Produktionsanlagen waren Bestandteil der Vorbereitungen auf den 2. Weltkrieg. Sie sollten zur Sicherung einer Autarkie in der Energie- und Treibstoffversorgung beitragen.

Für den Tagebau wurde zunächst die unverritzte Fläche zwischen der Reichsbahnstrecke Leipzig-Altenburg im Westen, der ehemaligen Reichsstraße 95 Leipzig-Borna im Osten und der Querbahn Böhlen-Rötha-Espenhain im Süden vorgesehen. Die Planungen bezüglich weiterer Flächeninanspruchnahmen blieben zum damaligen Zeitpunkt offen, da über die genauen Ab-

baumöglichkeiten keine klaren Erkenntnisse vorlagen.

Der Tagebaufortschritt führte zu erheblichen Einschnitten in das Straßen- und Wegenetz. So wurde u. a. die Fernverkehrsstraße F 95 (ehemals Reichsstraße 95) zwischen Espenhain und Leipzig unterbrochen.

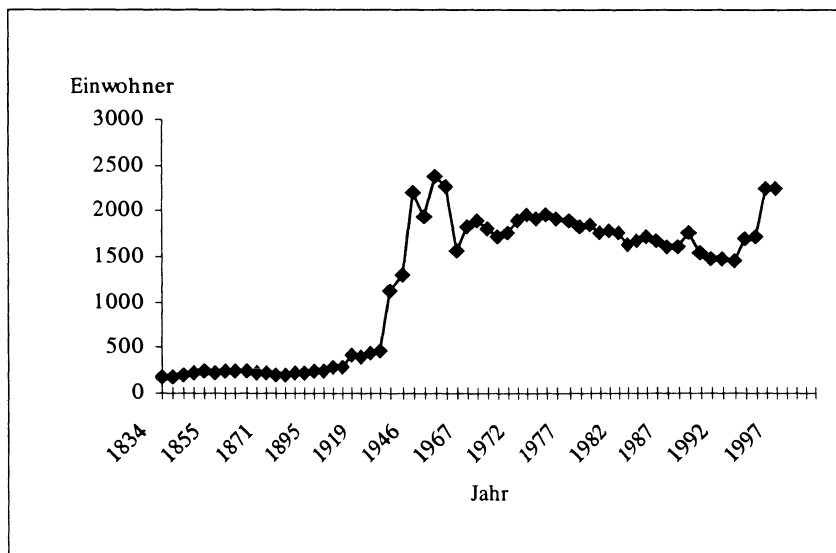
Sozialstruktur der Bevölkerung und soziale Infrastruktur

– Veränderung der Einwohnerzahl

1997 lebten in Espenhain und seinen eingemeindeten Ortsteilen insgesamt 2.194 Personen, davon 49% Männer und 51% Frauen.

Espenhain konnte bezüglich seiner Bevölkerungsentwicklung von externen Ereignissen profitieren. Insbesondere durch den Aufbau des Werkes Espenhain und den Aufschluß des Tagebaus Ende der dreißiger Jahre wurden viele Arbeitskräfte in diesen Raum gezogen.

Diagramm 1: Einwohnerentwicklung von Espenhain 1834–1997 (Eingemeindung von Pötschau 1995, von Oelzschau 1996)



Zwischen 1933 und 1939 verdreifachte sich die Einwohnerzahl von 453 auf 1.120. Sie stieg weiter an und erreichte 1946 mit 2.205 Einwohnern ihren vorläufigen Höhepunkt. Obwohl das Werk während des Krieges stark zerstört wurde, kam es zu keiner Zeit zu einer Produktionsunterbrechung. Daraus erklärt sich der hohe Personalbedarf, der bis 1955 zu einem weiteren Anstieg der Einwohnerzahl auf 2.393 führte. Ab 1960 vollzog sich ein allmähliches Absinken der Einwohnerzahl, welches durch kurzzeitige kleinere Wachs-

tumsphasen variierte. Allerdings wurde nie wieder die Größenordnung von 2.000 Einwohnern erreicht. Erst im Zuge der Eingemeindungen von Oelzschau und Pötzschau konnte diese Grenze erneut überschritten werden. 1994, im letzten Jahr vor den beginnenden Eingemeindungen, wurden für den Ort Espenhain allein 1.362 Personen gezählt (vgl. Diagramm 1).

Nach den Angaben des Einwohnermeldeamtes Espenhain war der Saldo der Bevölkerungsbewegung für den Ort Espenhain bis 1994 negativ, wobei sich der Bevölkerungsrückgang im Zeitraum von 1990 bis 1994 jährlich verringerte (vgl. Tabelle 1). Seit 1995 werden die Wanderungszahlen für die Gemeinde Espenhain einschließlich ihrer eingemeindeten Ortsteile erfaßt. In der Gesamtsumme überwiegen nun die Zuzüge gegenüber den Wegzügen, so daß sich die Einwohnerzahl stabilisiert bzw. daß sie leicht anwächst.

Tabelle 1: Bevölkerungsbewegung 1991-1995 in Espenhain

Bevölkerungs- bewegung	1990	1991	1992	1993	1994	1995*
Saldo natürl. Bew.	-8	-4	-15	-14	-11	-10
Saldo räuml. Bew.	-201	-68	17	-16	-9	23
Saldo gesamt	-209	-72	2	-30	-20	13

*1995 mit Oelzschau und Pötzschau

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998

– Altersstruktur

Die Altersstruktur von Espenhain läßt sich anhand der Bevölkerungspyramide berechnen. 1997 waren die Anteile der verschiedenen Altersgruppen an der Einwohnerschaft relativ ausgeglichen und betrugen jeweils zwischen 13 und 18%.

Der Anteil der Frauen, die älter als 65 Jahre sind, liegt mit 19% erheblich höher als der Anteil der Männer mit 11%. Dagegen ist der Anteil von Männern und Frauen im Alter bis 18 Jahre mit jeweils 18% gleich verteilt (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998).

– Leistungsempfänger

Unter „Leistungsempfängern“ werden im folgenden Empfänger von finanziellen Leistungen seitens der Bundesanstalt für Arbeit verstanden¹.

¹ Im Arbeitsmarktkontext werden folgende Gruppen von Leistungsempfängern unterschieden:

- Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld und Eingliederungshilfe,
- Empfänger von Altersübergangsgeld sowie
- Empfänger von Unterhaltsgeld, Eingliederungsgeld und Eingliederungshilfe bei Fortbildung und Umschulung.

Der Anteil der Leistungsempfänger war in Espenhain im Jahr 1993 relativ hoch. Im Vergleich zu anderen Untersuchungsgemeinden wie Großdeuben, Markkleeberg oder Dreiskau-Muckern erreichte Espenhain Spitzenwerte, die nur von Mölbis überboten wurden. Bis 1995 blieb der Umfang der Leistungsempfänger annähernd konstant. Für 1996 und 1997 liegen nur Zahlen für Espenhain einschließlich seiner inzwischen eingemeindeten Ortsteile Oelzschau und Pötzschau vor. Möglicherweise sind diese vollzogenen administrativen Zuordnungen eine Erklärung dafür, daß sich der Umfang der Leistungsempfänger in diesem Zeitraum etwas vergrößerte (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1996, 1997).

In Espenhain sind im Jahr 1995 135 Arbeitslose, darunter 59 Langzeitarbeitslose, registriert. Der Anteil der Frauen war wesentlich höher als der Anteil der Männer. 1996 und 1997 stieg die Zahl der Arbeitslosen weiter an. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen hat sich deutlich erhöht. Nach wie vor überwog der Frauenanteil. Arbeiter waren in erheblich größerem Maße vertreten als Angestellte (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1998).

Werden die Zahlen für Espenhain zu den Beziehen von Arbeitslosenhilfe mit den entsprechenden Angaben für den Landkreis Leipziger Land verglichen, dann zeigt sich, daß dieser Anteil in Espenhain um etwa 10 Prozentpunkte höher liegt. Damit deuten sich spezifische Arbeitsmarktprobleme bezüglich Langzeitarbeitslosigkeit an.

– Soziale Infrastruktur und Initiativen

Der Ort Espenhain verfügt über eine Reihe infrastruktureller Einrichtungen. Dazu zählen eine Kindertagesstätte, eine Grundschule, ein Sportstadion mit Fußballfeld für den Schul- und Vereinssport, eine Kegelbahn und zwei Gaststätten. Für die medizinische Versorgung stehen zwei Ärzte für Allgemeinmedizin, ein Zahnarzt und ein Kinderarzt sowie ein Physiotherapeut zur Verfügung. Des weiteren existiert eine Dorfkirche, die von dem Friedhof umgeben ist.

In Espenhain bestehen mehrere Vereine. Es sind dies die Gartenvereine „Wiesenruh“ e.V. und „Bergmannsruh“ e. V., der Singekreis Espenhain und der Sportverein „Espenhain 91“ e. V.

Die Gemeinde Espenhain ist Mitglied in zahlreichen Verbänden:

- Arbeitgeberverband
- Städte- und Gemeindetag
- Abwasser-, Trinkwasser- und Gaszweckverbände
- Rotes Kreuz
- Interessengemeinschaft Witznitzer Seenlandschaft
- Kommunalforum Südraum Leipzig
- Südraum Leipzig GmbH

- Förderverein Espenhain
- Mitteldeutsche Straße der Braunkohle e.V.

Bauliche Struktur und Nutzung

– Künftige Siedlungsentwicklung

Im Entwurf des Regionalplans Westsachsen ist die Gemeinde Espenhain als Kleinzentrum eingestuft, d. h. sie soll mit ihrer Ausstattung mit Gütern und Dienstleistungen den wiederkehrenden Grundbedarf der Bevölkerung im Nahbereich abdecken.

Um die Lebensbedingungen in den verschiedenen Siedlungsräumen einander anzunähern und insbesondere im Espenhainer Raum zu verbessern, ist vorgesehen, Espenhain trotz Unterschreitung der Richtzahl von 5000 Einwohnern zu einem zentralen Ort mit komplexer Grundausstattung auszubauen und somit in seiner lokalen Bedeutung aufzuwerten.

– Flächennutzung

Die Fläche der Gemeinde Espenhain beträgt zum Zeitpunkt der empirischen Erhebung 20,72 km². Der Ortsteil Espenhain allein besitzt 3,18 km² Fläche.

Von den 20,72 km² Gemarkungsfläche entfallen 63% auf land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, 20% auf Grünflächen (Dauerkleingärten, Sportplätze, Friedhöfe und sonstige Grünflächen), knapp 2% auf Verkehrsflächen und etwa 10% auf Bauflächen. Unter letzteren ist der Anteil an Wohnbauflächen mit 38 ha (zu 89 ha reinen Gewerbeflächen bzw. 74 ha gemischten Bauflächen) am niedrigsten. Die restlichen 5% der Gemarkung verteilen sich auf die verschiedenen Ver- und Entsorgungsflächen sowie auf Gemeinbedarfsflächen (vgl. Verwaltungsgemeinschaft Rötha, Espenhain, Mölbis 1998).

Der Ort Espenhain wird durch die vierspurig ausgebaute Bundesstraße B 95 zerteilt. Parallel zur B 95 verläuft auf der östlichen Seite ein Straßenzug, an dessen Ende sich das ehemalige karbochemischen Werk Espenhain anschließt. Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße befindet sich eine größere Ansammlung von Wohneinheiten um den ehemaligen Dorfanger. Diese beiden Siedlungsteile sind durch eine Unterführung der Bundesstraße B 95 miteinander verbunden.

Für Espenhain existiert ein bestätigter Entwurf eines Flächennutzungsplanes. In dem Entwurf sind neue Wohnbauflächen aufgenommen. Für Espenhain ist das Gebiet „Ziegenwinkel“ mit 70 Wohneinheiten vorgesehen. Ein gemeinsamer Flächennutzungsplan für die Verwaltungsgemeinschaft Espenhain, Rötha, Mölbis ist in Vorbereitung.

– Wohnungsbestand

Der Wohnungsbestand betrug 1995 820 Wohneinheiten. Der Anteil der Einfamilienhäuser macht knapp zwei Drittel aus. In der stark industriell gepräg-

ten Gemeinde Espenhain gibt es 43 Wohngebäude mit mindestens 7 Wohnungen. Darunter sind auch 8 Wohnblöcke mit jeweils 13 oder mehr Wohnungen.

Knapp die Hälfte des Wohnungsbestandes befindet sich in Privatbesitz. Von zahlenmäßig großer Bedeutung sind die Wohnungen, die ehemals Werksbesitz waren. Außerdem ist der kommunale Wohnungsbestand in der Größenordnung von 12% bemerkenswert. (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1996)

82 Wohnungen stehen leer. Das sind 8% des Bestandes. Dabei handelt es sich überwiegend um die bisher unsanierten Altbauwohnungen. Diese Blöcke wurden in den 50er Jahren in Zeilenbauweise errichtet und liegen unmittelbar an der Bundesstraße B 95. Ca. 60% dieser Wohnungen stehen leer. Gegenwärtig werden diese Wohnungen von der Montan Wohnungsgesellschaft verwaltet.

– Technische Infrastruktur

In Espenhain werden 70% der Gebäude mit Erdgas versorgt. Der Ort ist vollständig an das Telefonnetz angeschlossen. Die Qualität der Telefonversorgung wird dadurch unterstrichen, daß ein ISDN-fähiges digitales Netz vorhanden ist.

Verkehrsmäßig kann die Stadt Leipzig von Espenhain aus gut über die Bundesstraße B 95 erreicht werden. Mit seinen Ortsteilen ist Espenhain durch Kreisstraßen und Ortsverbindungsstraßen verbunden. Eine weitere Verbesserung der verkehrsmäßigen Anbindung wird Espenhain durch die geplante Wiederherstellung der vom Braunkohlebergbau unterbrochenen Verkehrsverbindungen erfahren. Dazu gehört vorrangig der Ausbau der Kreisstraße K 207, durch die Espenhain direkt mit Liebertwolkwitz verbunden wird (vgl. Regionaler Planungsverband Westsachsen 1996c, Z-68).

Im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs bestehen Busverbindungen nach Leipzig, Chemnitz und Borna.

Der Bahnhof in Espenhain wurde 1988 geschlossen. Das ehemalige Bahnhofsgebäude verfällt, und das umgebende Gelände ist in einem sehr ungepflegten Zustand. Laut Entwurf des Flächennutzungsplanes soll hier das Mischgebiet „Am alten Bahnhof“ in der Größe von 4,2 ha entstehen.

Die Bundesstraße B 95 stellt eine große Belastung für den Ort dar, die sowohl aus der hohen Frequentierung als auch aus der starken Trennwirkung resultiert. Es gibt nur eine Unterführung an der Bushaltestelle.

Foto 1: Ortslage Espenhain mit Bundesstraße B 95



– Besondere Gebäude und Stätten

In Espenhain steht die Dorfkirche von 1709 bereits unter Denkmalschutz. Zum Ortskern, zur Eingangszone des Werkes und zur Gaststätte „Aspehof“ gibt es Überlegungen hinsichtlich einer Sanierung unter Denkmalschutzaspekten.

Das ehemalige Kulturhaus Espenhain wurde im November 1995 Opfer einer Brandstiftung. Über die weiteren Pläne des Investors, der das Gebäude der Treuhand abgekauft hatte, ist nichts bekannt.

Wirtschaftsstruktur

– Historische Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung des Ortes Espenhain war sechs Jahrzehnte lang unmittelbar an die Förderung und Veredlung von Braunkohle gebunden.

Zum Zwecke der großindustriellen Verarbeitung der Braunkohle erfolgte 1932 die Gründung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke (ASW) (vgl. Gerdes et al. 1997, S. 59 f.). Im Zuge der Kriegsvorbereitungen wurde die Sicherung der Treibstoffversorgung zunehmend wichtig, so daß die ASW 1936 mit der Projektierung des Veredlungswerkes und der Kraftwerke Es-

penhain begann. Die dafür erforderliche Fläche, welche Teile der Gemarkungen von Espenhain, Mölbis und Eula betraf, wurde von den Großgrundbesitzern aus Rötha und Kitzscher abgekauft. Nach der kurzen Bauzeit von fünf Jahren konnten Kraftwerk I, Brikettfabrik I und Schwelerei I bereits 1940 den Betrieb aufnehmen. 1942 folgten Kraftwerk II, Brikettfabrik II, Schwelerei II, die Teerverarbeitung und die nachgeschalteten Chemieanlagen. 1944 erreichte das Werk seine volle Warenproduktion, darunter 400 MW Elektroenergie, Teer, Leichtöl, Schwelkoks, Paraffinmasse, Gasöl, Elektrodenkoks, Pech und Schwefel, Rohkarbolsäure. Neben der Kohleveredlung wurde Erdöl auf destillativem Weg in Rohbenzin, Dieselmotortreibstoff, Rohspindelöl und Straßenbaubitumen zerlegt. Obwohl das Werk während des Krieges stark beschädigt wurde, setzte die Produktion nie aus. Als Teil der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) wurde es nach Kriegsende weiterbetrieben. Das Ausbleiben von Investitionen zur Erneuerung und Modernisierung während der DDR-Zeit trotz steigender Produktionsziele führten zu erheblichen Umweltbelastungen und Gefährdungen. Im Zuge der Wende wurden die Umweltprobleme öffentlich gemacht. Zudem waren die karbochemischen Produkte auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, so daß die Forderungen nach einer schrittweisen Stilllegung des Werkes relativ schnelle Erfüllung erfuhren. 1990 wurden alle karbochemischen Anlagen abgeschaltet. Die weiteren Anlagen wurden schrittweise stillgelegt.

Im Juli 1996 ging der letzte Kraftwerksblock außer Betrieb. Arbeitsplätze für ca. 6.000 Erwerbstätige waren damit verloren (vgl. LMBV 1996).

Auf dem Gelände des Altwerkes siedelten sich kleine und mittelständische Unternehmen an. Überwiegend waren dies Ausgründungen oder Neugründungen mit Bezügen zum Altwerk. Hinsichtlich ihres Charakters dominierten Dienstleistungsunternehmen der Entsorgungsbranche. Etwa 800 Arbeitnehmer konnten in diesen Firmen eine Beschäftigung finden (vgl. Kabisch et al. 1996).

– Gewerbestruktur

Nach der Schließung des Braunkohleveredlungswerkes wird die Industriebranche von der Mitteldeutschen Braunkohle Strukturfördergesellschaft (MBS) saniert und als Industrie- und Dienstleistungspark Leipzig-Espenhain für die Ansiedlung von Gewerbe vorbereitet. Die entsprechenden Mittel zur Sanierung entstammen einem Förderprogramm des Bundes.

Das Gewerbegebiet Margarethenhain ist ein bereits sanierter Teil dieses Dienstleistungsparkes. Es befindet sich zu 100% im Besitz der Kommune Espenhain und ist mit Unternehmen aus den Bereichen Elektrohandwerk und -großhandel, Stahlbau, Metallverarbeitung und aus dem Dienstleistungssektor belegt. Außerdem entsteht hier ein Wissenschafts- und Technologiepark, der „Campus Espenhain“.

Zwischen Espenhain und Pötzschau liegt ein weiteres Gewerbegebiet, das

Sitz der 1996 von Leipzig ausgesiedelten Leipziger Kommissions- und Großbuchhandelsgesellschaft mbH (LKG) ist. 100 Arbeitskräfte sind hier beschäftigt.

Kommunale Finanzsituation

Die Finanzsituation von Espenhain ist im Vergleich zu den benachbarten Industriegemeinden als schwierig einzuschätzen. Über die Grundsteuer A (Besteuerung landwirtschaftlich genutzter Flächen) erzielt die Gemeinde kaum Einnahmen. Die Grundsteuer B (Besteuerung sonstiger Flächen wie z. B. Grundstücksflächen) liegt in bezug auf die absoluten Werte als auch auf die Einwohnerzahl über den Gewerbesteuerereinnahmen. Darin unterscheidet sich Espenhain erheblich von seinen Nachbargemeinden Böhlen und Rötha, aber auch vom Landkreis Leipziger Land insgesamt. Diese Bilanz wirft ein deutliches Licht auf die aktuell immer noch schwache Stellung Espenhains als Industrie- und Gewerbestandort. Die klein- und mittelständischen Unternehmen verfügen über eine zu geringe Kapitaldecke, um die Wirtschaftskraft Espenhains aus eigener Kraft positiv zu beeinflussen. Großinvestitionen am Standort Espenhain sind bislang nicht in Sicht.

Fördermittel

Espenhain erhält Fördermittel der öffentlichen Hand. Die alte Ortslage von Espenhain ist seit 1992 Sanierungsgebiet im Rahmen der städtebaulichen Förderung. Das Sanierungsgebiet „Ortsmitte“ umfaßt 15 ha. Die Förderung, die zu jeweils einem Drittel durch den Bund, den Freistaat Sachsen und die Gemeinde erfolgt, wird im Jahr 2002 auslaufen. Die finanziellen Mittel wurden bisher für Planungsleistungen, Straßenbau und -beleuchtung sowie Grünanlagen verwendet. Darüber hinaus wurden Fördermittel für die Feuerwehr und das Gewerbegebiet Magarethenhain (Planung und Baumaßnahmen) in Anspruch genommen. Weitere Fördermittel standen für Planungsleistungen auf dem ehemaligen Werksgelände zur Verfügung.

Gemeindegebietsreform

Nach Espenhain wurden die beiden Orte Pötzschau (1.1.1995) und Oelzschau (1.4.1996) eingemeindet.

Die Gemeinde Espenhain bildet seit 1.4.1995 gemeinsam mit Mölbis und Rötha eine Verwaltungsgemeinschaft, deren Sitz in Rötha ist. In Espenhain sind das Bauamt mit der Bauleitplanung, die Straßenverwaltung sowie der gesamte technische und finanzielle Bereich angesiedelt. Der neue Bauhof der Verwaltungsgemeinschaft befindet sich ebenfalls in Espenhain.

Die Eingemeindung von Mölbis nach Espenhain wurde am 1.1.1999 vollzogen.

Landschaft

Ziel der Maßnahmen im Rahmen der Sanierung des Tagebaus Espenhain ist die Schaffung einer ökologisch ausgewogenen Landschaft mit einem naturnahen Wasser- und Vorflutsystem. Bis zum Jahr 2013 sollen durch Flutung der Restlöcher zwei Seen entstanden sein, im Norden der Markkleeberger See mit einer Fläche von 250 ha und im Süden der Störmthaler See mit 630 ha. Espenhain wird auf seiner Gemarkung keinen direkten Zugang zum nahe gelegenen Störmthaler See haben. Der an Espenhain heranreichende südliche Zipfel des Tagebaus wird aufgeforstet.

Thesen zur Ortsentwicklung

Espenhain ist eine industriell überprägte Gemeinde, deren historische Entwicklung eng mit wirtschaftlichen Interessen unterschiedlicher politischer Systeme verknüpft ist. Die politische Fremdbestimmtheit hatte eine völlige Überformung der ehemals ländlichen Gemeinde zur Folge, die ein Wegbrechen von traditionellen Wurzeln und Identifikationsmustern bewirkt hat. Der äußere Veränderungsdruck auf den Ort hat zu einer erzwungenen Offenheit gegenüber gravierenden Neuerungen geführt, die die Gemeinde hingenommen und durchgestanden hat. Die damit verbundenen Erfahrungen können Chancen für die weitere Ortsentwicklung eröffnen.

1. Die günstige Verkehrsanbindung Espenhains über die Bundesstraße B 95 verleiht dem Ort eine zentrale Lage an der Entwicklungsachse Leipzig-Chemnitz.

Die Verkehrsanbindung sowohl an das regionale als auch das überregionale Verkehrsnetz stellt einen Vorteil für die Ansiedlung von Gewerbe dar. Ihn gilt es im Rahmen des regionalen Marketings stärker herauszustellen. Mit der Realisierung des Vorhabens zum Bau der Autobahn A 38 wird dieser günstige Standortfaktor voraussichtlich eine weitere Aufwertung erfahren.

2. Im Falle von Espenhain beinhaltet die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft die Sanierung von Tagebauflächen und ehemaligen Werksflächen gleichermaßen.

Die Aufwertung des landschaftlichen Umfeldes wird neben der Gestaltung der Folgelandschaft des gleichnamigen Tagebaus auch von der des Tagebaus Witznitz bestimmt. Gravierende Fortschritte im Erscheinungsbild seiner Gemarkung wird Espenhain jedoch erst dann erzielen, wenn das ehemalige Werksgelände seinen Brachencharakter verloren hat.

3. Die Standortvoraussetzungen für die Ansiedlung neuer Branchen verbessern sich mit dem Sanierungsfortschritt auf den alten Industrieflächen.

Mit den ehemaligen Standorten der weggebrochenen Braunkohleindustrie verfügt Espenhain über ausgedehnte Gewerbeflächen mit guter Verkehrsanbindung. Ein Teil davon kann die Gemeinde bereits preisgünstig verpachten, z. B. an Dienstleistungsunternehmen der Entsorgungsbranche. Mit fortschreitendem Sanierungsgrad der alten Industrieflächen erhöhen sich für die Gemeinde die Chancen, die von ihr angestrebte Umnutzung der Areale vollziehen zu können. Die begonnene Ansiedlung wissenschaftlicher Einrichtungen auf dem Campus Espenhain stellt diesbezüglich einen bemerkenswerten Erfolg dar.

4. Der Ortsteil Espenhain definiert seine Funktion auch weiterhin vorrangig als Industrie- und Gewerbestandort.

Espenhain hat sich seit den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu einem Industrie- und Gewerbestandort entwickelt. Der Ort wurde im Verlauf dieses Prozesses seiner traditionellen Wurzeln beraubt und verlor seinen ländlichen Charakter. Er wurde industriell überformt und schöpfte daraus seine neue Identität. Trotz des Zusammenbruchs der Braunkohleindustrie eingangs der 90er Jahre hält Espenhain, wenn auch auf niedrigerem Niveau, an der erst in den vergangenen Jahrzehnten gewonnenen Identität fest.

5. Der lokale Wohnungsmarkt ist heterogen. Er weist Spielräume für die Versorgung mit Wohnraum in verschiedenen Preissegmenten auf.

Espenhain verzeichnet erheblichen Wohnungsleerstand. Damit können Angebote im niedrigpreislichen Mietwohnungssegment unterbreitet werden. Dies eröffnet wohnungsuchenden Einwohnern mit geringen Einkommen Wahlmöglichkeiten. Zu den damit verbundenen Vorzügen gehört die Chance des Erhalts der sozialer Beziehungen unter den sozial schwächeren Bewohnern. Diese sozialen Netze würden bei einem angespannten Wohnungsmarkt zu zerreißen drohen. Ungeachtet dessen sind die Sanierungsanstrengungen fortzusetzen, um ein diverses Wohnungsangebot in unterschiedlichen Preisklassen zu sichern.

6.2.2. *Auswertung der Befragung*

Zur Durchführung der empirischen Erhebung

Im Januar und Februar 1998 fand in Espenhain eine schriftliche Befragung statt. Die Fragebögen wurden durch die Deutsche Post AG verteilt. Es war vertraglich vereinbart worden, jedem Haushalt einen Fragebogen zur Verfügung zu stellen. Nach den Angaben der Post AG existierten in Espenhain zum Zeitpunkt der Befragung 715 Haushalte, in die jeweils ein Fragebogen geschickt wurde. 93 auswertbare Fragebögen wurden zurückgeschickt. Das entspricht einer Rücklaufquote von 13%. Damit liegt Espenhain knapp unter dem Durchschnitt der postalisch versorgten Orte von 14% und deutlich unter der Gesamtrücklaufquote von 25%. Die anonyme Übergabe der Fragebögen ist ein Grund dafür, daß die Bereitschaft zur Mitarbeit relativ gering war. Weiterhin belegen die Ergebnisse der Stichprobe, daß die Espenhainer über ein niedrigeres Qualifikationsniveau verfügen als die Einwohner der anderen Untersuchungsgemeinden. Dieser Sachverhalt hat einen Erklärungsanteil daran, daß die Beteiligung an der Befragung in diesem Ort gering war.

Nach Angaben des Einwohnermeldeamtes von 1997 leben 2.194 Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Espenhain, einschließlich seiner Ortsteile Oelzschau und Pötzschau. Der Anteil der Männer und der Frauen ist gleich groß.

Um die Repräsentativität der Stichprobe für Espenhain zu prüfen, wird das Merkmal Alter verwendet. In Ermangelung aktueller altersgruppenspezifischer Zahlen für den Gemeindeteil Espenhain muß auf die Angaben von 1994 zurückgegriffen werden. Am Stichtag 31.12.1994 lebten hier 1.362 Personen. Die Altersstruktur der Stichprobe (n=93) wird mit der altersstrukturellen Verteilung der Einwohner über 18 Jahre (N=1.065) verglichen.

Die Verteilung der Altersgruppen unter den Befragten deckt sich weitgehend mit der Grundgesamtheit. Nur in den Altersgruppen 25-34 Jahre und 45-54 Jahre sind Differenzen in der Größenordnung von acht Prozentpunkten zu verzeichnen.

Sozialstruktur der Befragten

– Sozialdemographische Daten

Geschlecht und Alter

Unter den 93 befragten Haushaltsvertretern befinden sich 44 Männer (47%).

Das Durchschnittsalter des Samples beträgt 46,3 Jahre und liegt damit unter dem Mittelwert der Gesamtstichprobe von 49,7 Jahren. Es zeigt sich eine Abweichung hinsichtlich der Besetzungstärke der einzelnen Altersgrup-

pen. Während die 25- bis 34jährigen in der Stichprobe Espenhain ein Viertel der Befragten ausmachen, beträgt ihr Anteil an der Gesamtstichprobe nur 17%. Ein ebenfalls erheblicher Unterschied ist für die Altersgruppe 55-64 Jahre zu registrieren. Hier ist der relative Wert für das Espenhainer Sample um acht Prozentpunkte niedriger als für die Gesamtstichprobe.

Familien- und Haushaltsstruktur

Die durchschnittliche Haushaltsgröße im Espenhainer Sample beträgt 2,5 Personen. Sie entspricht dem Wert der Gesamtstichprobe. Abweichungen betreffen den Anteil der Einpersonenhaushalte, der in Espenhain im Vergleich zur Gesamtstichprobe um sechs Prozentpunkte höher ausfällt, sowie den Anteil der Dreipersonenhaushalte, der fünf Prozentpunkte niedriger als im Gesamtsample ist.

Der Anteil der Einpersonenhaushalte korrespondiert in etwa mit dem der Alleinlebenden von 20%. 80% aller Befragten in Espenhain leben in einer partnerschaftlichen Beziehung - 66% sind verheiratet und 14% ledig. In der Gesamtstichprobe ist der Anteil der letztgenannten Gruppe nicht einmal halb so groß.

In 34% aller Haushalte leben Kinder, davon in 14% mehrere. Der Anteil der Haushalte mit Kindern bewegt sich in Espenhain in der gleichen Größenordnung wie in der Gesamtstichprobe (33%).

– Sozioökonomische Daten

Bildung

Bezüglich des Bildungsabschlusses fällt in der Espenhainer Stichprobe der relativ geringe Anteil von Abiturienten auf (15%). In der Gesamtstichprobe kann etwa ein Viertel diesen Bildungsabschluß vorweisen. Folgerichtig verfügen auch nur 12% über einen Hoch- oder Fachschulabschluß gegenüber 23% in der Gesamtstichprobe.

Das Qualifikationsniveau, bestimmt aus der Kombination von schulischem und beruflichem Ausbildungsabschluß, zeigt den sozioökonomischen Status an. Für Espenhain muß ein im Vergleich zur Gesamtstichprobe geringeres Qualifikationsniveau festgestellt werden. Der Mittelwert dafür liegt mit 3,3 unter dem Wert von 3,6 der Gesamtstichprobe.

Der Grad der Handlungsautonomie im Beruf ist ein weiterer zentraler Indikator zur Ermittlung des sozioökonomischen Status (vgl. Tabelle 2). Zu beachten ist, daß nur Erwerbstätige in diese Betrachtung einbezogen werden können. Im Vergleich zwischen Espenhain und der Gesamtstichprobe fällt auf, daß sich die Relationen zwischen mittlerer und hoher Handlungsautonomie umkehren. Die mit hoher Handlungsautonomie und damit Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit im Beruf Ausgestatteten sind in Espenhain wesentlich geringer vertreten. Dieses Ergebnis korrespondiert mit den Aussagen zum Qualifikationsniveau.

Tabelle 2: Grad der Handlungsautonomie im Beruf (Angaben in Prozent)

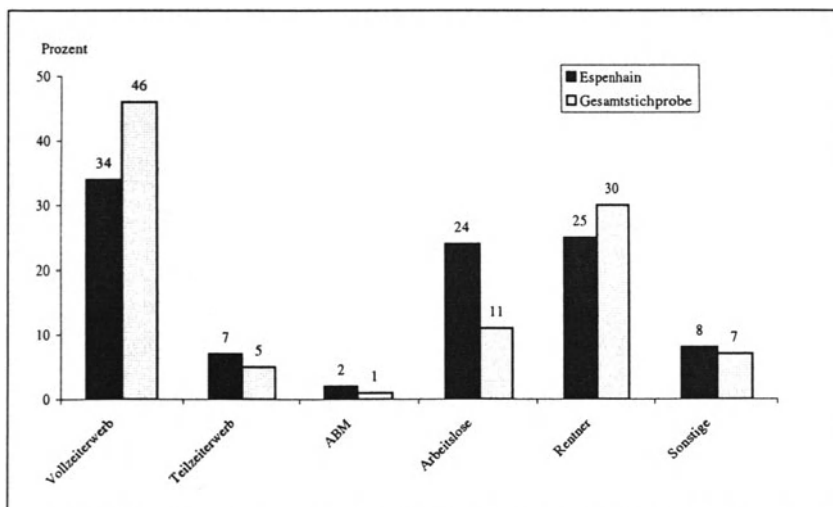
Rangordnung	Espenhain	Gesamtstichprobe
Niedrig	29,3	30,6
Mittel	46,3	28,6
Hoch	24,4	40,8

Erwerbstätigkeit

Nur ein gutes Drittel der Befragten in Espenhain ist vollzeiterwerbstätig (vgl. Diagramm 2). In der Gesamtstichprobe trifft dies auf 46% zu. Teilzeiterwerbstätigung und ABM sind in Espenhain von geringer Bedeutung (9%). Statt dessen ragt der Anteil der Arbeitslosen von fast einem Viertel aller Befragten deutlich heraus und übersteigt den Wert der Gesamtstichprobe erheblich (11%). Espenhain erreicht damit eine „Spitzenposition“, deren Wirkungen auf soziale Entwicklungspotentiale des Ortes genau zu beachten sind.

Der hohe Anteil an Arbeitslosen in Espenhain ist ein wesentlicher Grund für den überdurchschnittlichen Anteil von nicht mehr Erwerbstätigen. 57% aller Befragten sind nicht in den Arbeitsmarkt integriert. Mit 47% liegt dieser Wert auch in der Gesamtstichprobe sehr hoch, doch in Espenhain erreicht er eine alarmierende Größenordnung. Unter den nicht Erwerbstätigen beträgt der Anteil der Arbeitslosen im Sample 42%. In der Gesamtstichprobe beläuft sich dieser Wert nur auf 23%. Damit wird nochmals die kritische Arbeitsmarktsituation in Espenhain unterstrichen.

Diagramm 2: Erwerbstätigkeit im Vergleich zwischen Espenhain (n=92) und der Gesamtstichprobe (n=1.581) (Angaben in Prozent)



Die Analyse der beruflichen Stellung der erwerbstätigen Befragten zeigt, daß diese von den Angestellten dominiert wird (vgl. Tabelle 3).

Unter den Angestellten sind diejenigen mit qualifizierter und hochqualifizierter Tätigkeit besonders stark vertreten. In der Gruppe der Selbständigen findet sich kein Landwirt und kein Handwerker. Dies bestätigt den Charakter von Espenhain als Industriegemeinde (vgl. Ortscharakteristik Espenhain).

Tabelle 3: Berufliche Stellung der Erwerbstätigen im Vergleich zwischen Espenhain (n=41) und der Gesamtstichprobe (n=826) (Angaben in Prozent)

Berufliche Stellung	Espenhain	Gesamtstichprobe
Arbeiter	26,8	28,8
Selbständige	9,7	14,8
Angestellte	63,5	53,7
Beamte	-	2,7

Die Analyse der Beschäftigungsfelder, in denen die Befragten gegenwärtig tätig sind und in denen sie 1988 tätig waren, soll auf den zeitlich konkreten Beschäftigungsumfang in den Branchen und die individuelle berufliche Mobilität hinweisen. Die dominierende Branche war 1988 mit 52% eindeutig Energie/Wasser/Bergbau. Hinzu kommt noch der Anteil der in der Industrie Beschäftigten von 8%. Damit hatte die Mehrzahl (60%) ihren Arbeitsplatz im Tagebau Espenhain und im Braunkohleveredlungswerk vor Ort. Im Vergleich dazu weist die Gesamtstichprobe nur 37% der Befragten aus, die 1988 in diesen beiden Branchen beschäftigt waren.

Die 1988 absolut führenden Branchen Energie/Wasser/Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie) sind 1998 aufgrund der Schließung bzw. Stilllegung der beiden o. g. Unternehmen als Beschäftigungsfelder fast bedeutungslos. Parallel zur Reduzierung der Arbeitsplätze vollzog sich ein tiefgreifender Wandel der Einsatzmöglichkeiten. Der tertiäre Sektor ist 1998 bestimmend. Die sonstigen Dienstleistungen (Abwasser- und Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung, Frisör, Wäscherei u. a.) haben einen erheblichen Zuwachs erfahren und machen nun einen Anteil von 21% aus. Auch der Anteil der in der öffentlichen Verwaltung und der im Handel Beschäftigten ist deutlich gestiegen. Daneben ist darauf hinzuweisen, daß die Baubranche als oftmals hervorgehobener Boomsektor für die Espenhainer weder 1988 noch 1998 von Bedeutung war bzw. ist.

Die Arbeitsorte der Befragten konzentrieren sich auf Espenhain selbst und auf Leipzig (je 12 Nennungen). Relativ häufig wird zusätzlich die Stadt Borna genannt. Der nahegelegene Industriestandort Böhlen findet nur selten Erwähnung. Offensichtlich konnte der dortige Industriepark mit mehreren Großunternehmen keine Alternative für den Arbeitsplatzabbau in Espenhain bieten.

Die räumliche Nähe des Arbeitsplatzes, auf die zumindest ein Teil der Befragten hinweist, führt dazu, daß der Anteil derer, die mit dem PKW zur Arbeitsstelle gelangen, im Sample vergleichend zur Gesamtstichprobe relativ klein ist. Dafür nutzen die Espenhainer in stärkerem Maße das Fahrrad, oder sie gehen zu Fuß.

Haushaltseinkommen

Um den sozioökonomischen Status weiter zu charakterisieren, wurde das Haushaltsnettoeinkommen erfragt. Erfahrungsgemäß liegt die Beantwortungsquote für diese Frage niedriger als bei anderen Fragen. Doch in Espenhain ist festzustellen, daß nur 7% der Befragten keine Auskunft gaben. Damit hebt sich dieser Ort positiv von der Gesamtstichprobe ab, in der 18% die Antwort verweigerten. Der Vergleich zwischen beiden macht deutlich, daß sich die Belegung der einzelnen Einkommensgruppen in den Bezugseinheiten weitgehend entspricht. Dabei fällt die Hälfte aller Befragten in die Einkommensgruppe 2.000 bis 4.000 DM. Etwa 30% der Befragten verfügen über ein höheres Haushaltseinkommen, und ca. 20% müssen mit einem Betrag von unter 2.000 DM auskommen.

– Fazit

Die sozialstrukturelle Ausgangssituation in Espenhain wird durch den hohen Anteil an Arbeitslosen überschattet. Im Zusammenhang mit der Schließung bzw. Stilllegung des Braunkohleveredlungswerkes und des Tagebaus sind sehr viele Arbeitsplätze weggebrochen, für die in der Region keine Alternativen geboten unterbreitet werden konnten. Bemerkenswert ist dennoch die starke Einbindung eines Teils der Befragten in den tertiären Sektor, die auch als Folge vorhandener Bereitschaft zu beruflicher Mobilität unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen interpretiert werden kann.

Hinsichtlich des Alters und des Einkommens entspricht die jeweilige Merkmalsausprägung im Sample der Gesamtstichprobe. Das Qualifikationsniveau ist vergleichsweise geringer. Vermutlich haben gerade Höherqualifizierte und Erwerbstätige in leitender Position den Ort verlassen, als sich der wirtschaftliche Bruch abzeichnete.

Bei der Interpretation der Befragungsergebnisse ist zu berücksichtigen, daß eine Rücklaufquote von nur 13% erreicht werden konnte. Da erfahrungsgemäß die „Schreibgewandten“ eher geneigt sind, Fragebögen auszufüllen, erklärt sich der relativ hohe Anteil an Angestellten mit qualifizierter Tätigkeit innerhalb der Stichprobe. Trotz dieser Verzerrung gestatten die Ergebnisse der Stichprobe einen Einblick in die relativ kritische sozialstrukturelle Situation in Espenhain.

Wohnzufriedenheit der Befragten

– Wohnbiographie

Die durchschnittliche Wohndauer der Befragten in Espenhain liegt bei 30 Jahren. Dieser Wert entspricht dem von 29 Jahren in der Gesamtstichprobe. Etwa ein gutes Drittel der Befragten (36%) wohnt schon immer in Espenhain. Ein weiteres Drittel ist aus einem Ort des umgebenden Landkreises zugezogen. Die Herkunftsorte der weiteren Befragten streuen breit. Nur sieben Befragte wohnten vorher in Leipzig. Im Unterschied zu anderen Untersuchungs-orten war Espenhain demnach kein bevorzugter Zielort für Migranten aus dieser Großstadt. Von den insgesamt 60 Befragten, die nach Espenhain gezogen sind, kamen nur vierzehn Personen (15%) im Zeitraum seit 1990 in den Ort. Für die vor 1990 Zugezogenen stellte das Arbeitsplatzangebot den Hauptgrund dar. In diesem Zusammenhang kommen der in der Industriege-meinde angesiedelte Großbetrieb und der angrenzende Tagebau mit ihrem umfangreichen Arbeitsplatzangebot zum Tragen. Dieser Grund hat nach 1990 seine vorrangige Stellung verloren. Nun sind familiäre Gründe ausschlaggebend. Auch das Merkmal „günstiges Wohnungsangebot“ hat an Bedeutung gewonnen. Dies ist mit der lokalen Wohnungsmarktsituation, insbesondere mit dem wachsenden Leerstand und den dadurch bedingten relativ günstigen Mietpreisen, zu erklären.

– Charakterisierung der unmittelbaren Wohnbedingungen

Während die durchschnittliche Wohndauer im Ort Espenhain 30 Jahre beträgt, liegt die durchschnittliche Wohndauer in der jetzigen Wohnung nur bei 15 Jahren. Demnach haben innerörtliche Wanderungsprozesse stattgefunden bzw. die Wohnung ist baulich verändert worden, so daß die Wohndauer in der jetzigen Wohnung wesentlich geringer ausfällt.

66% aller Befragten wohnen in einem Mehrfamilienhaus. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe mit einem Anteil von 40% Mehrfamilienhausbewohnern weist Espenhain in höherem Maße verdichtete städtische Wohnbaustrukturen auf. Folglich ist auch der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser mit 30% geringer als in der Gesamtstichprobe (56%). Nur vier Befragte wohnen auf einem Bauernhof.

55% der Befragten aus Espenhain wohnen in Gebäuden, die im Zeitraum von 1949 bis 1971 entstanden, und 30% in Häusern, die im Zeitraum zwischen 1919 und 1948 gebaut worden sind.² Diese sehr spezifische Situation in Ver-

² In den Angaben der Gebäude- und Wohnungszählung von 1995 werden für Espenhain insgesamt 182 Wohngebäude angegeben. Davon sind 11% bis 1918, 48% im Zeitraum zwischen 1919 und 1948 und 37% zwischen 1949 und 1981 entstanden (Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1997).

gleich zu den anderen untersuchten Gemeinden erklärt sich aus den Wohnungsbauaktivitäten im Zusammenhang mit dem wachsenden Arbeitskräftebedarf des karbochemischen Werkes. Die Altersgruppierung der Wohngebäude in Espenhain weicht damit deutlich von der Gesamtstichprobe ab. Weiterhin ist auffällig, daß nur 2% aller Wohngebäude nach 1990 errichtet wurden. Auch diesbezüglich hebt sich Espenhain markant von der Gesamtstichprobe ab. Der Arbeitsplatzverlust im Zuge der Stilllegung des karbochemischen Werkes und weiterer Großbetriebe in der Umgebung hat u. a. zu anhaltenden Einwohnerverlusten geführt. Außerdem scheint der Ort nur über begrenzte Attraktivitäten zu verfügen, die einen großemäßig bedeutsamen Wohnungsneubau stimulieren könnten. Vielmehr steht die Eigentümer der mehrgeschossigen Wohnblöcke vor dem Problem eines wachsenden Leerstandes der Mietwohnungen.

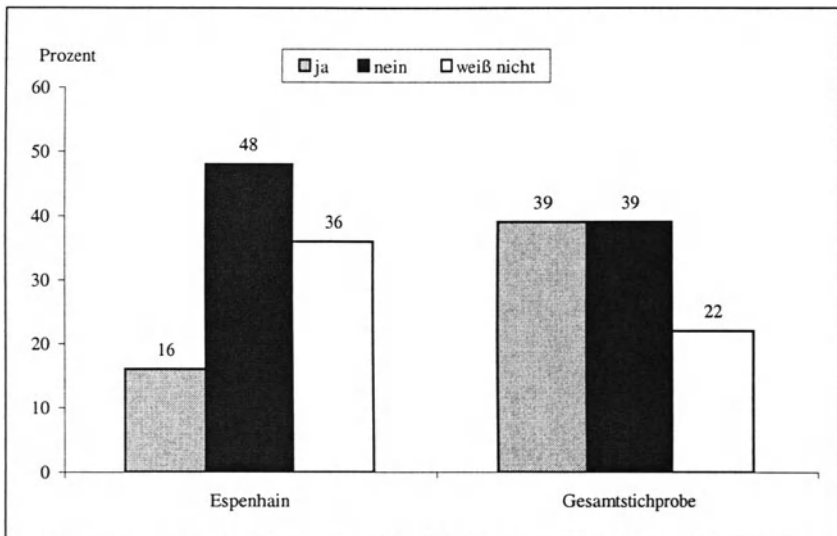
Von allen Befragten wohnen 68% zur Miete, 30% sind Eigentümer und 2% sind Mitbewohner im Haus von Angehörigen. Die Mietwohnungen werden von verschiedenen Eigentümern angeboten. Etwa ein Drittel der Mieter wohnt in einer genossenschaftlichen Wohnung, 42% der Mieter bewohnen eine kommunale Wohnung. Nur zwei Mieter leben in einem privaten Mietshaus. Eine Spezifik für Espenhain sind die ehemaligen Werkswohnungen, die von der Montan Wohnungsgesellschaft übernommen worden sind und in denen etwa 20% der Befragten leben.

Alle Wohnungen der Befragten sind mit Bad/Dusche und Inntoilette ausgestattet. Der Versorgungsgrad mit Zentralheizung fällt geringer aus. Ein Viertel der Wohnungen verfügt nicht darüber. Dieser Anteil ist um ca. zehn Prozentpunkte höher als in der Gesamtstichprobe.

Ebenfalls ein Viertel aller Befragten wohnt in einem Haus, in dem noch keine Sanierungsmaßnahmen durchgeführt worden sind. Dieser Anteil ist etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtstichprobe. In diesen Häusern gibt es auch keine Zentralheizung. Überdurchschnittlich hoch ist das Sanierungsdefizit in den Wohngebäuden, die sich in kommunalem Besitz befinden.

Zur Finanzierung der bisherigen Sanierungsmaßnahmen wurden von allen Eigentümern, unabhängig vom jeweiligen Sanierungsausmaß, Fördermittel beansprucht. Deren Bedeutung für Sanierungsmaßnahmen ist nach den Angaben der Befragten in Espenhain im Vergleich zur Gesamtstichprobe erheblich höher. In die von den Besitzern bewohnten Häuser, im wesentlichen sind dies Ein- und Zweifamilienhäuser, sind durchgängig auch private Mittel für Sanierungsmaßnahmen geflossen.

Diagramm 3: Geplante Sanierungsarbeiten am Wohnhaus in den nächsten Jahren im Vergleich zwischen Espenhain (n=92) und der Gesamtstichprobe (n=1.581) (Angaben in Prozent)



Frage: Sind im Laufe der nächsten zwei bis drei Jahre (weitere) Sanierungs- bzw. Ausbaurbeiten im/am Haus geplant?

Die Frage, ob in den nächsten zwei bis drei Jahren weitere Sanierungs- bzw. Ausbaurbeiten beabsichtigt sind, bejahen nur 16%. In der Gesamtstichprobe ist dieser Anteil mehr als doppelt so hoch. Allerdings weiß ein gutes Drittel in Espenhain auf diese Frage keine Antwort (vgl. Diagramm 3). Dieses Ergebnis ist insofern überraschend, als 25% der Befragten in Espenhain angeben, in einem nicht sanierten Wohnhaus zu wohnen. Offensichtlich existieren hier Defizite in der Informationsgebung seitens des kommunalen Eigentümers. Möglicherweise werden auch bestimmte Häuser, für die sich eine Sanierung nicht mehr lohnt, aufgegeben. Die Befragungsergebnisse können diesen Schluß allerdings nicht belegen.

Es ist auffallend, daß fast alle, die konkrete Angaben zu den geplanten Maßnahmen machen, Besitzer ihrer Häuser sind. Demgegenüber verfügen die Mieter kaum über diesbezügliche Informationen. Ein Befragter antwortet auf die Frage nach Themen im Rahmen von Tagebausanierung und Ortsentwicklung, zu denen Informationen gewünscht werden: „Ich wünsche mir, daß wir erfahren wann und ob unsere Wohnhäuser mal saniert werden.“ Damit werden Lücken in der Informationsgebung der Vermieter an die Mieter angesprochen.

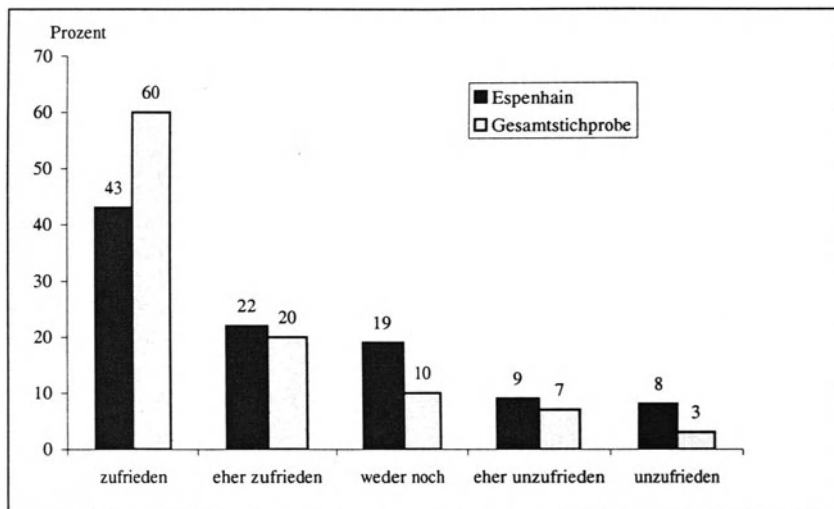
Die Stichprobe weist einen hohen Anteil an Umzugswilligen auf. Fast ein Viertel aller Befragten bestätigt Umzugsabsichten. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe ist der Anteil in Espenhain um zehn Prozentpunkte größer. Bei den Gründen für einen möglichen Umzug steht die schlechte Ausstattung der Wohnung einschließlich baulicher Mängel an absolut erster Stelle. Die hohe Umzugsbereitschaft korrespondiert in hohem Maße mit dem Sanierungsstand des jeweils bewohnten Hauses. Insbesondere die Bewohner nicht sanierter Häuser sind umzugswillig.³ Die Vermieter unterschätzen offensichtlich die Wirkung von qualitativ beeinträchtigten Wohnbedingungen als wegzugsstimulierenden Faktor.

Die bisherigen Ergebnisse lassen eine nur eingeschränkte Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen vermuten. Und in der Tat weicht der Mittelwert von 3,8 erheblich von dem der Gesamtstichprobe (4,3) ab. Von allen Espenhainern wählen nur 43% den höchsten Wert auf der fünfstufigen Zufriedenheitsskala (vgl. Diagramm 4). In der Grundgesamtheit sind es 60%. Der Anteil der Unzufriedenen von 17% in Espenhain überschreitet den von 10% in der Gesamtstichprobe erheblich. Werden die wohnzufriedenheitsbezogenen Mittelwerte der Eigentümer (4,8) und der Mieter (3,4) miteinander verglichen, dann zeigt sich ein deutlicher Unterschied.⁴ Bei letzteren ist in diesem Zusammenhang zu beachten, daß sich unter ihnen ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Arbeitslosen befindet. Somit treffen bei den Mietern mehrere ungünstige Faktoren zusammen, die auch Auswirkungen auf das lokale Engagement haben. Das hohe Potential an Unzufriedenheit weicht sowohl die Ortsgebundenheit als auch die Ortsverbundenheit auf und läßt kaum Einsatzbereitschaft für kommunale Belange erwarten.

³ Mit Hilfe des Chi-Quadrat-Tests konnte ein signifikanter Zusammenhang ermittelt werden ($p=0,011$).

⁴ Die mittlere Zufriedenheit bei Eigentümern und bei Mietern weist einen höchst signifikanten Unterschied auf (t-Test, $p=0,000$).

Diagramm 4: Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen im Vergleich zwischen Espenhain (n=93) und der Gesamtstichprobe (n=1.605) (Angaben in Prozent)



Frage: Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit ihren Wohnbedingungen?

– Bewertung und Wahrnehmung des weiteren Wohnumfeldes

Im folgenden Abschnitt werden die Wohnbedingungen außerhalb der Wohnung und des Wohnhauses betrachtet. Der gesamte Wohnort und dessen Umgebung sollen aus der Sicht der Befragten charakterisiert und bewertet werden. Zunächst erfährt die infrastrukturelle Ausstattung eine nähere Analyse.

Infrastrukturelle Ausstattung

Die medizinische Versorgung und Einrichtungen zur Kinderbetreuung werden in Espenhain gut beurteilt. Sie erhalten hier höhere Werte als in der Gesamtstichprobe. Ebenso werden die Kinderspielmöglichkeiten wesentlich positiver eingeschätzt. Die Hervorhebung der Anbindung an das Straßennetz ist durch die Bundesstraße B 95 bedingt, die durch den Ort führt. Bei den Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten und Dienstleistungseinrichtungen wird ein eher zurückhaltendes Urteil abgegeben. Die entsprechenden Werte liegen unter denen der Gesamtstichprobe.

Gefragt nach den Einrichtungen, die in Espenhain vermißt werden, lauten die meisten Antworten der Einwohner: Kulturelle Angebote, Freizeitangebote insbesondere für Jugendliche und eine niveauvolle Gaststätte. Häufig wird auf das abgebrannte Kulturhaus verwiesen, in dem in der Vergangenheit oft Veranstaltungen stattgefunden haben. Außerdem wird der Wunsch nach Grünan-

lagen und Parks geäußert. Damit ist auch das Bedürfnis nach mehr Ruhe verbunden. Die Bundesstraße B 95 verursacht offensichtlich viel Lärm, so daß nach Lärmschutz und nach einer Umgehungsstraße gefragt wird. Im Ort werden weiterhin eine ausreichende Straßenbeleuchtung, Abfallkörbe und mehr Sauberkeit vermißt. Hervorzuheben ist die wiederholte Erwähnung von fehlenden Arbeitsplätzen durch die Befragten. Insgesamt haben 71% aller Befragten auf diese Frage geantwortet. Damit liegt die Quote um zehn Prozentpunkte höher als in der Gesamtstichprobe. Daraus ist zu schließen, daß die Espenhainer ihr Wohnumfeld sehr genau beobachten, Fehlstellen wahrnehmen und ihre Kritik äußern. Das kann zusätzlich durch die Antworten auf die Frage nach weiteren erforderlichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Ort belegt werden. Auch auf diese Frage antworten etwa drei Viertel aller Befragten. Am häufigsten werden Sanierungsmaßnahmen an den alten Wohngebäuden genannt. Sanierungserfordernisse werden außerdem im Zusammenhang mit Straßen, Fußwegen, dem Dorfteich und dem ehemaligen Bahnhofsgelände gesehen. Wiederholt wird das Problem der Bundesstraße B 95 angeführt, indem deren Verlegung oder eine Umgehungsstraße, Lärmschutzmaßnahmen sowie Übergänge gefordert werden.

Da die Einkaufseinrichtungen in Espenhain offensichtlich nur einen begrenzten Bedarf decken können, wurde nach den Orten in der Umgebung gefragt, wo der Lebensmittelkauf getätigt wird. Neben Espenhain selbst werden vorrangig Borna und Rötha genannt. Auch Böhlen wird von einer größeren Anzahl Befragter aufgesucht. Die Städte Borna und Leipzig sind die vorrangigen Zielorte für „größere“ Einkäufe. Dafür sind ebenfalls Markkleeberg und Wachau von Bedeutung, weil hier Einkaufszentren mit einem breiten Angebot existieren. Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen erfolgt in erster Linie in Espenhain selbst. Weiterhin werden diese in Borna und in Rötha genutzt.

Der Arzt wird überwiegend in Espenhain aufgesucht. Der hohe Wert von 4,1 belegt eine außerordentlich hohe Zufriedenheit mit der ärztlichen Betreuung.

Auf die Frage, wo Versorgungseinrichtungen in Anspruch genommen werden, haben jeweils über 90% der Befragten geantwortet. Auf das Thema „abends weggehen“ wurde dagegen in wesentlich geringerem Umfang (60%) eingegangen. Der in diesem Rahmen eindeutig dominierende Zielort ist Leipzig. Ansonsten werden einige Orte in der Umgebung aufgesucht. Espenhain selbst kommt so gut wie gar nicht in Frage. Ein Einwohner bringt die Situation auf den Punkt, indem er antwortet: „In Espenhain kann man nirgends hingehen.“

Ortsgestaltung und Umwelt

Die Nähe zu Leipzig wird sehr geschätzt, kann doch dadurch mancher Mangel im Ort ausgeglichen werden. Aufgrund der guten Verkehrsanbindung

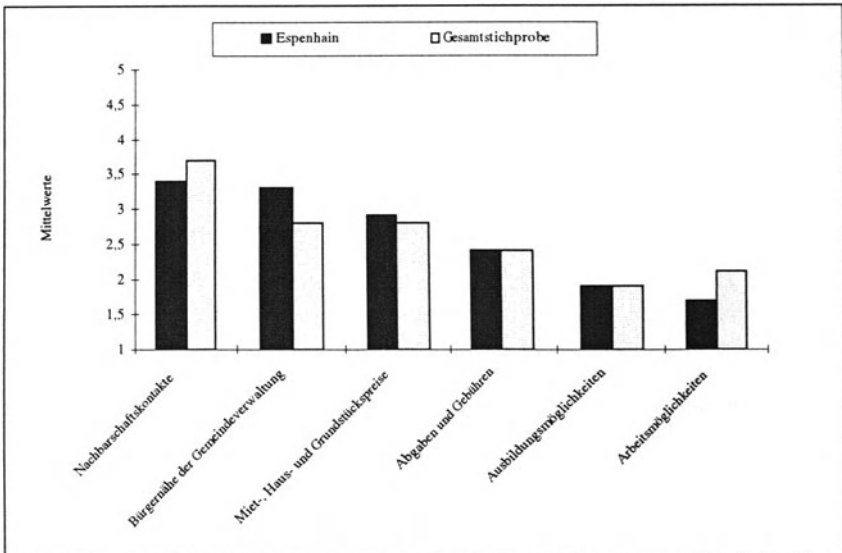
durch die B 95 ist die Distanz schnell überwindbar. Allerdings führt dies zu der negativen Begleiterscheinung eines sehr hohen Verkehrsaufkommens im Ort. Dieses Merkmal wird außerordentlich kritisch bewertet.

Die den Ort beschreibenden Merkmale wie Ortsbild und Sauberkeit erhalten einen mittleren Wert, der Mangel an Grünanlagen wird mit einem entsprechend niedrigen Wert gekennzeichnet. Auffallend positiv wird die Luftqualität eingeschätzt. Dies dürfte mit der wesentlich verbesserten Situation für den Ort nach Schließung der Produktionsanlagen im nahegelegenen Werk zusammenhängen. Die Nähe zu Tagebauen ist ein Aspekt der landschaftlichen Umgebung von Espenhain. Diesbezüglich können zum Zeitpunkt der Befragung offensichtlich noch keine positiven Einschätzungen gegeben werden.

Wirtschaft und Soziales

Der dritte Bereich der Ausstattungsmerkmale umfaßt Indikatoren, die soziale und wirtschaftliche Aspekte betreffen. Es fällt auf, daß die Bürgernähe der Gemeindeverwaltung in Espenhain einen höheren Wert erhält als in der Gesamtstichprobe. Dies spricht für einen guten Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgern (vgl. Diagramm 5).

Diagramm 5: Bewertung wirtschaftlicher und sozialer Faktoren (arithmetisches Mittel)



Frage: Bitte kreuzen Sie an, wie Ihnen die folgenden Ausstattungsmerkmale Ihres Wohnortes gefallen! (Skala von 1 = „gefällt gar nicht“ bis 5 = „gefällt sehr gut“)

Die Nachbarschaftskontakte werden durchaus positiv, aber nicht so gut wie in der Gesamtstichprobe beurteilt. Diese Differenz ist z. T. darin begründet, daß die Sozialstruktur in Espenhain eher industriell beeinflusst ist. In der Gesamtstichprobe überwiegen Orte mit dörflichem Charakter und einer eher gemischten Sozialstruktur, in denen die Nachbarschaftsbeziehungen intensiver sind.

In Espenhain wird die Situation in bezug auf Arbeits- und Ausbildungsplätze wie in allen anderen Gemeinden außerordentlich kritisch gesehen. Allerdings tritt hier der Arbeitsplatzverlust noch deutlicher ins Bewußtsein, da die Stilllegung des Werkes und des Tagebaus unmittelbar mit dem täglichen Leben verbunden war und z. T. gesamte Familien betroffen hat. Das große Arbeitsplatzdefizit und die starke subjektive Betroffenheit werden von den Espenhainern in fast allen Themenkomplexen der empirischen Erhebung hervorgehoben. Der überdurchschnittlich hohe Anteil Arbeitsloser in der Stichprobe - fast ein Viertel aller Befragten ist arbeitslos - hat Erklärungsanteil an der Sensibilität für dieses Problem.

Erscheinungsbild des Wohnortes und seiner Umgebung

Um das weitere Wohnumfeld noch genauer zu charakterisieren, wurde die subjektive Wahrnehmung des Wohnortes mit Hilfe von Adjektiven erfaßt. Drei Viertel aller Befragten sind der Meinung, daß Espenhain langweilig ist. Demzufolge wird der Ort auch nicht als einladend beschrieben. Nur sehr wenige Befragte können Espenhain als schön bezeichnen. Mit diesem Ergebnis sowie mit der Einschätzung von 60% der Befragten, daß ihr Ort als laut zu charakterisieren ist, hebt sich Espenhain deutlich von den anderen Befragungsgemeinden ab.

Mit der gleichen Methodik wurde bei der Charakterisierung der landschaftlichen Umgebung des Wohnortes gearbeitet. Auch hier wurden Adjektive aufgelistet, denen die Befragten zustimmen oder die sie ablehnen konnten. Da die landschaftliche Umgebung räumlich relativ weit dimensioniert ist und den Tagebau einschließt, kann bei den Antworten ein Vergleich zwischen Espenhain und der Gesamtstichprobe erfolgen.

Die Umgebung ist vertraut, das bestätigen über 60% aller Befragten. Darüber hinaus nennen die Espenhainer im Unterschied zur Gesamtstichprobe allerdings in wesentlich stärkerem Maße negativ belegte Adjektive. Abwechslungsreich und reizvoll oder gar einladend schätzen sie die landschaftliche Umgebung ihres Wohnortes kaum ein. Im Fall von Espenhain müssen im Zusammenhang mit der landschaftlichen Umgebung neben dem Tagebau Espenhain auch der Tagebau Witznitz und das Werksgelände des ehemaligen Braunkohleveredlungswerkes berücksichtigt werden, zu denen der Ort ebenfalls eine Randlage aufweist. Alle genannten örtlichen Gegebenheiten beeinträchtigen maßgeblich das Umfeld des Ortes. Diese Fakten beachtend, er-

staunt es, daß immerhin 42% aller Befragten die Umgebung als natürlich und 34% als interessant charakterisieren. Offensichtlich nehmen sie die Sanierungsbemühungen auf den angrenzenden Betriebsflächen wahr und werten sie als Zeichen einer positiven Entwicklung.

Sehenswürdigkeiten

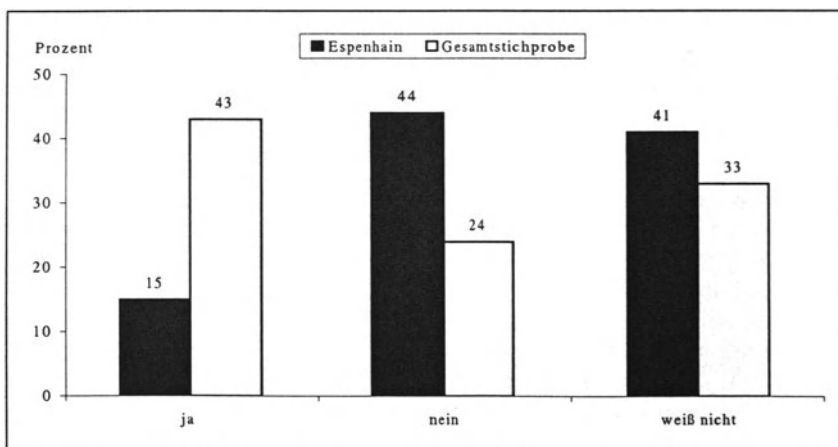
Auf die Frage nach Sehenswürdigkeiten im Ort und der näheren Umgebung haben 70% aller Befragten eine Antwort gegeben. In Espenhain würde mit Abstand am häufigsten die Gartenanlage „Wiesenruh“ gezeigt werden. Einige Espenhainer würden auch das ehemalige Werksgelände und das Tagebaugelände anbieten. Aber 30% aller Antworten lauten: „Es gibt keine Sehenswürdigkeiten!“ Dahinter verbirgt sich eine distanzierte Haltung zum Wohnort.

Zu den Sehenswürdigkeiten in der Umgebung zählen die Espenhainer die Tagebaulandschaft und die Hochhalde Trages. Sie würden aber auch sehr häufig weitere Wege zurücklegen und Leipzig mit seinem Völkerschlachtdenkmal, das Kohrener Land, den Colditzer Forst oder das Freizeitbad in Bad Lausick besuchen.

Die „Gute-Freund-Frage“

Um die individuelle Wahrnehmung des eigenen Wohnortes noch genauer zu ergründen, wurde gefragt, ob man einem guten Freund raten würde, nach Espenhain zu ziehen.

Diagramm 6: Empfehlung, in den Wohnort zu ziehen, im Vergleich zwischen Espenhain (n=93) und der Gesamtstichprobe (n= 1.577) (Angaben in Prozent)



Frage: Würden Sie einem guten Freund raten, in Ihren Wohnort zu ziehen?

Nur 15% bejahen die Frage. Dagegen würden 44% klar abraten. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe gibt es große Unterschiede (vgl. Diagramm 6). Die Größenverhältnisse sind im Vergleich zur Gesamtstichprobe fast umgekehrt. Die Begründungen für die ablehnende Haltung beziehen die fehlenden Arbeitsplätze ebenso ein wie den Charakter des Ortes. „Dieser Ort ist in keinsten Weise attraktiv“, „Ort wirkt wie ausgestorben“, „Lärm- und Abgasbelastung durch die Bundesstraße B 95 ist unzumutbar“ – dies sind typische Aussagen. Eine resignative Haltung kommt in dem Satz „die Zeit in Espenhain ist stehen geblieben“ und in der Bezeichnung von Espenhain als „verlorenes Dorf“ zum Ausdruck.

Die wenigen, die zum Zuzug raten, begründen den Zuspruch mit den günstigen Mietpreisen und der Nähe zu Leipzig. Einige verweisen auch auf „ländliche Ruhe“, die offensichtlich in Teilen des Ortes anzutreffen ist, die abseits der Bundesstraße B 95 liegen.

Insgesamt untermauert dieser Indikator die bislang bereits deutlich gewordene distanzierte Haltung zum Wohnort Espenhain.

– Fazit

Nach 1990 ist in Espenhain fast kein Zuzug zu verzeichnen. Die Bevölkerungszahl sinkt, und der Umfang des Wohnungsneubaus ist sehr gering. Espenhain ist kein Zielort für Leipziger Migranten. Suburbanisierungstendenzen gehen an diesem Ort vorbei.

Die überdurchschnittlich hohe Zahl von Mehrfamilienhäusern weist auf die eher städtische Struktur des Ortes hin. Die Qualität der Wohnungsausstattung der Mietwohnungen ist begrenzt. Insbesondere die fehlende Zentralheizung in einem Viertel aller Wohnungen und der ebenso hohe Umfang unsanierter Wohnungen, vor allem im kommunalen Bestand, beeinträchtigen die Wohnzufriedenheit. Außerdem beklagen die Befragten Informationslücken hinsichtlich weiterer Sanierungsvorhaben. Diese Bedingungen begünstigen Wegzugsabsichten. Nachweisbar sind gerade die Mieter viel unzufriedener als die Eigentümer, und unter ihnen wächst der Wunsch umzuziehen.

Die infrastrukturelle Ausstattung des Ortes wird entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten sehr differenziert beurteilt. Die medizinische Betreuung und die Kindereinrichtungen ragen mit außerordentlich positiven Bewertungen heraus. Dagegen wird die den Ort zerschneidende Bundesstraße B 95 sehr kritisch und ambivalent betrachtet. Einerseits ist durch sie eine sehr gute Anbindung an das überörtliche Straßennetz gegeben. Dieser Vorzug wird aber durch den Verkehrslärm, die Abgase und die Trennwirkung überlagert. Die Forderung nach Abschaffung dieser Mißstände bis hin zum Ruf nach einer Umgehungsstraße und nach Lärmschutz werden von resignativen Tönen begleitet: „Espenhain ist durch die Autobahn in zwei Teile zerrissen worden und es fahren hier mehr Autos wie auf jeder anderen Autobahn in Deutsch-

land. Wir haben nur Lärm und Abgase. Wir haben auch keine Hoffnung, daß sie verlegt wird.“

Insgesamt ist das Problembewußtsein der Espenhainer ausgeprägt. Sie nehmen ihr unmittelbares Wohnumfeld genau wahr und benennen viele konkrete Fehlstellen. Mehr als 70% aller Befragten zählen Mängel auf. Espenhain wird von seinen Bewohnern als wenig attraktiv betrachtet. Sehenswürdigkeiten im Ort gibt es kaum, und in der Umgebung sucht man eher entferntere Ziele auf.

Als größtes und in den verschiedenen inhaltlichen Zusammenhängen immer wiederkehrendes Problem wird das Arbeitsplatzdefizit benannt. Insgesamt kommt wenig Optimismus in den Äußerungen der Espenhainer zum Ausdruck. Damit sind auch nur geringe Potentiale für ein Engagement für die kommunale Entwicklung zu erwarten.

Soziales Leben im Ort aus der Sicht der Bewohner

– Aktivitäten und Engagement im Ort

Auf die Frage, ob man selbst oder die Angehörigen sich in irgendeiner Form für den Wohnort einsetzen, antworten 69% aller Befragten in Espenhain mit „nein“. In der Gesamtstichprobe liegt dieser Wert bei 57%. Hiermit bestätigen sich die Vermutungen hinsichtlich eines nur begrenzten Engagements für kommunale Angelegenheiten. Es ist statistisch belegt, daß die wesentlich unzufriedeneren Mieter auch weniger Engagement für den Wohnort entwickeln als die Eigentümer.

Die häufigsten Formen der Mitarbeit im Ort sind die Mitgliedschaft in Vereinen, insbesondere im Sportverein und in der Arbeitsgemeinschaft für Kinder, sowie die Unterstützung von Festen. Des weiteren streuen die Aktivitäten sehr breit von der Mitarbeit im Kirchenvorstand über die Mitgliedschaft in der Gemeindeverwaltung bis zur Pflege von Grünanlagen und dem „Bekämpfen von Vandalismus an der Bushaltestelle, leider allein“. Bei den Begründungen für das fehlende Engagement fallen die relativ häufigen Antworten „ich wüßte nicht wie“, „ich werde nicht gebraucht“, „Gelegenheit dazu fehlt“ auf. Hieran wird ein bisher nicht genutztes Potential an Mitwirkungsbereitschaft erkennbar, das brach liegt und offensichtlich eine inhaltliche Anregung und einen konkreten Anstoß braucht.

Die Mitgliedschaft der Espenhainer in Vereinen ist ausgeprägt. Zur Vereinspalette gehören Sportvereine (Fußball, Angeln, Kegeln), zwei Gartenvereine, die Rettungshundestaffel, der Knappschaftsverein, die Freiwillige Feuerwehr, der Tanzsportverein und der Chor.

An Dorffesten wird rege Anteil genommen. Insbesondere die Veranstaltungen zum 1. Mai werden von der Mehrzahl der Befragten hervorgehoben. Weiterhin feiert man Gartenfeste, den Bergmannstag und Pfingsten. Man trifft sich zu Seniorenfeiern, Kinderfesten, zum Feuerwehrfest und zu Konzertver-

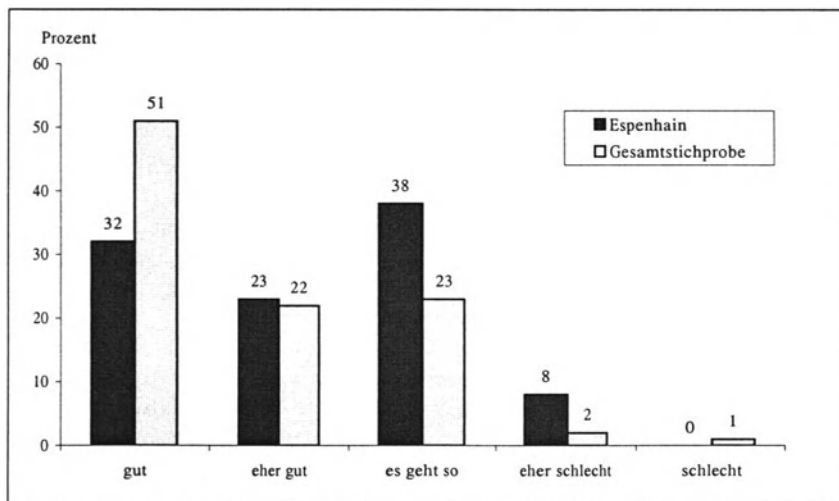
anstaltungen in der ehemaligen Werkshalle. Nur zehn Prozent der Befragten beteiligen sich nicht an derartigen kulturellen Veranstaltungen. Offensichtlich gibt es das Bedürfnis nach kulturellen Ereignissen im Wohnort. Die Angebote werden angenommen, allerdings wird auf deren, als begrenzt empfundene Anzahl verwiesen.

– Soziale Beziehungen im Ort

Zum Aufbau sozialer Beziehungen im Ort sind Kontakte zu Freunden, Verwandten und Nachbarn eine entscheidende Voraussetzung. Etwa drei Viertel aller Espenhainer Befragten geben an, daß Freunde und Verwandte von ihnen im Ort oder in der Nähe wohnen. Das ist eine gute Voraussetzung für die emotionale Bindung an den Wohnort. In der Gesamtstichprobe wird ein etwa gleich hoher Wert erreicht.

Im engeren Wohnumfeld spielen die Nachbarschaftsbeziehungen eine große Rolle. Die Beziehungen zu den Nachbarn werden mit einem Mittelwert von 3,8 auf der Fünferskala bewertet. Damit liegt Espenhain unter dem Wert der Gesamtstichprobe von 4,2.

Diagramm 7: Bewertung der Nachbarschaftsbeziehungen im Vergleich zwischen Espenhain (n=92) und der Gesamtstichprobe (n=1.603) (Angaben in Prozent)



Frage: Wie schätzen Sie ganz allgemein die Beziehungen zu Ihren Nachbarn ein?

Ca. ein Drittel des Samples beurteilt die Nachbarschaftsbeziehungen mit „gut“. Mit der Belegung dieses Skalenwertes liegt Espenhain fast 20 Prozentpunkte unter der Gesamtstichprobe (vgl. Diagramm 7). Statt dessen wird hier

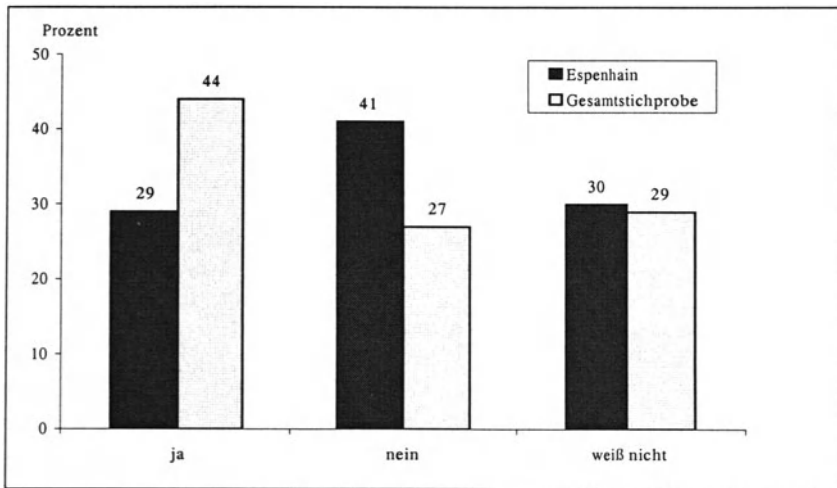
wesentlich stärker auf den mittleren Wert „es geht so“ zurückgegriffen. Nur 33% stimmten in Espenhain der Antwortvorgabe zu, bei fast jedem Nachbarn um Hilfe bitten können, falls im Hof, in Haus oder Garten etwas fehlt. In der Gesamtstichprobe sind 49% dieser Meinung. Jeder Fünfte in Espenhain ist der Auffassung, daß es seinen Nachbarn nicht auffallen würde, wenn ihm etwas zustieße. In der Gesamtstichprobe sind dies lediglich 10%. Das Verhältnis zu den Nachbarn wird nicht generell negativ bewertet. Allerdings ist es stärker auf Distanz ausgerichtet, und offensichtlich erfolgt auch eine stärkere Differenzierung hinsichtlich Kontaktintensität innerhalb der Nachbarschaft.

Bezüglich der Themenstellung des Projektes interessiert, ob die Tagebausanierung ein Gesprächsthema unter Nachbarn ist. In Espenhain verneinen 42% die Frage, in der Gesamtstichprobe nur 29%. Einerseits kann die reduzierte Kontaktdichte innerhalb der Nachbarschaft im Vergleich zur Gesamtstichprobe eine Ursache für dieses Ergebnis sein. Andererseits besteht auch die Möglichkeit, daß andere Themen von vorrangigerem Interesse im Gespräch unter Nachbarn sind.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Ortes wurden die Befragten gebeten, ihre Meinung zu möglichem Zuzug zu sagen. Da in den vergangenen Jahren nur sehr wenige Bürger nach Espenhain gezogen sind, verwundert es nicht, daß mehr als die Hälfte mit „weiß nicht“ geantwortet hatten. Einige haben ihre Meinung dazu aufgeschrieben und machen auf die positiven Aspekte aufmerksam, die ein Einwohnergewinn für die Ortsentwicklung mit sich brächte. „Mit neuen Einwohnern leben die Gemeinden wieder auf, z. B. Dreiskau-Muckern“, und mit dem Zuzug wird die Aufrechterhaltung der Infrastruktur wie Kindergarten und Schule verbunden. Und schließlich wird daran auch Hoffnung geknüpft: „Es zeigt, daß trotz immer noch bestehender Widrigkeiten Espenhain eine Zukunft hat.“

Als ein zusammenfassender Indikator hinsichtlich der Qualität und der Quantität sozialer Beziehungen kann die Frage nach einem Gemeinschaftsgefühl im Ort gelten. Wie Diagramm 8 veranschaulicht, wird in Espenhain diesbezüglich eine eher zurückhaltende Einstellung deutlich. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe kehren sich die Werte für Zustimmung und Ablehnung um. Nur 29% der Befragten bestätigen das Vorhandensein eines Gemeinschaftsgefühls im Ort. Das Ergebnis darf nicht überbewertet werden, da der Rücklauf nur 13% beträgt. Dennoch fällt der große Unterschied zur Gesamtstichprobe auf. Wie bereits ausgeführt, treffen in Espenhain mehrere ungünstige Voraussetzungen aufeinander, die eine mögliche Wiederbelebung der örtlichen Strukturen erschweren. Offensichtlich münden diese kumulativen Effekte in ein eher emotional zurückhaltendes Urteil über das Gemeinschaftsgefühl im Ort.

Diagramm 8: Gemeinschaftsgefühl im Ort im Vergleich zwischen Espenhain (n=92) und der Gesamtstichprobe (n=1.572) (Angaben in Prozent)



Frage: Gibt es Ihrer Meinung nach so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl im Ort?

– Fazit

Ein Engagement für kommunale Angelegenheiten wird in Espenhain in wesentlich geringerem Umfang bekundet als in der Gesamtstichprobe. Die sich bereits im Zusammenhang mit der Wohnzufriedenheit andeutenden Hindernisse schlagen auch auf den Bereich des sozialen Lebens durch. Die existierenden kulturellen Angebote werden angenommen, allerdings wird ihr Umfang als zu gering angesehen. Eine Kompensation dafür könnte die ausgeprägte Vereinsmitgliedschaft bieten. Bemerkenswert ist die geäußerte Bereitschaft zur Mitarbeit bei örtlichen Angelegenheiten. Offensichtlich fehlen für deren Aktivierung die entsprechenden Anstöße. Die Funktionsfähigkeit sozialer Netze ist differenziert einzuschätzen. Hilfe unter Nachbarn wird bestätigt, aber nicht jeder hat zu jedem Nachbarn ein enges Verhältnis. Auf Zuzug in den Ort wird gehofft, weil damit die zukünftige Lebensfähigkeit verbunden wird. Einzelne Zuziehende werden als ein Signal verstanden, das dem Ort eine Zukunft verheißt.

Insgesamt ist das Gemeinschaftsgefühl in Espenhain aus der Sicht der Befragten nicht sehr stark ausgeprägt. Damit sind diesbezüglich auch nur in begrenztem Umfang soziale Potentiale für die örtliche Entwicklung vorhanden. Sie konzentrieren sich auf die Seßhaften im Ort.

Tagebau und Bewertung der Lebensqualität

– Zur Bedeutung des Tagebaus in Vergangenheit und Gegenwart

Die Interpretation der Untersuchungsergebnisse für Espenhain muß dessen geographische Lage beachten. Zum einen schließt sich der Ort im Norden an den Einfahrtsschlauch in den Tagebau Espenhain an. Zum anderen wird er westlich der Bundesstraße B 95 vom Tagebau Witznitz berührt. Die Wohnbebauung von Espenhain ist räumlich näher zum Tagebau Witznitz als zum Tagebau Espenhain gelegen, womit ein großes Interesse an der Folgelandschaft des erstgenannten Tagebaus verbunden ist. Des weiteren grenzt der Ort im Südosten unmittelbar an das Werksgelände. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß im Falle der Espenhainer bei der Beantwortung der Fragen zum Einfluß des Tagebaus auf ihre Lebensbedingungen auch Aspekte eingeflossen sind, die das karbochemische Werk betreffen. Denn dessen Schadstoffausstoß beeinträchtigte in der Vergangenheit ihre Lebensqualität in wesentlich höherem Maße als der Tagebau.

Foto 2: Gelände des ehemaligen karbochemischen Werkes Espenhain



Die Auswirkungen des Tagebaus Espenhain während seiner Betriebsphase werden seitens der Espenhainer Befragten insbesondere mit überdurchschnittlich hoher Staubbelastung (88%), hoher Lärmbelastung (77%) und fehlenden Erholungsflächen (75%) beschrieben. Im Sample wird der Wahrnehmung dieser Merkmale in deutlich stärkerem Maße zugestimmt als in der Gesamtstichprobe.

Bemerkenswert ist auch das massiver empfundene Negativimage. Hier liegt die Vermutung nahe, daß die in der Öffentlichkeit thematisierte Umweltbelastung durch das karbochemische Werk und dessen Bezeichnung als „Dreckschleuder der Nation“ dieses reflektierte Negativimage verstärkt haben.

Neben den sehr negativen Begleiterscheinungen der Braunkohleindustrie werden aber auch positive Aspekte betont. Fast 90% aller Befragten in Espenhain unterstreichen die Bereitstellung von Arbeitsplätzen. In der Gesamtstichprobe stimmen dem nur 60% zu. Im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatzangebot ist der Zuzug von Einwohnern einzuordnen. Bedeutend mehr Befragte in Espenhain registrierten in der Zeit vor dem Strukturbruch einen Zuzug (45%) als einen Wegzug (31%). Damit ist die Relation von beobachtetem Zuzug und Wegzug in der Vergangenheit im Sample umgekehrt zur Gesamtstichprobe.

Interessant ist auch der geringere Anteil von Befragten in Espenhain im Vergleich zur Gesamtstichprobe (20% vs. 28%), der auf die Schließung von Versorgungseinrichtungen hinweist. Während der vollen Laufzeit der Produktionsanlagen funktionierten zugleich vielfältige Versorgungseinrichtungen, die durch die Betriebe unterhalten worden sind. Die Einwohner von Espenhain konnten davon profitieren. In Espenhain spielten Tagebau und Folgeindustrie eine wesentlich größere Rolle im Alltagsleben als in anderen Orten. Dies spiegelt sich in den Untersuchungsergebnissen wider.

Die gegenwärtigen Auswirkungen des Sanierungsbergbaus sind in erster Linie durch die Aufwertung des Landschaftsbildes zu spüren. Der hohe Anteil der Espenhainer von 62%, der diesem Aspekt zustimmt, entspricht dem Anteil in der Gesamtstichprobe. Die Staub- und die Lärmbelastungen durch den Tagebau sind offensichtlich merklich zurückgegangen, 8% bzw. 14% weisen noch darauf hin. Im Unterschied zur Gesamtstichprobe (25% bzw. 23%) werden solche Folgewirkungen im Sample also kaum noch beklagt. Allerdings ist das Verkehrsaufkommen nach wie vor hoch. Wie bereits ausgeführt, sind damit erhebliche Kritikpunkte der Espenhainer verbunden.

Im Gegensatz zur vergangenen Situation registrieren die Einwohner heute wesentlich mehr Wegzug aus Espenhain (36%) als Zuzug in den Ort (17%). Zugleich fällt auf, daß fast die Hälfte der Befragten zu den Themen Wegzug und Zuzug von Einwohnern kein Urteil abgeben kann. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Ortsentwicklung nicht im Zentrum des persönlichen Interesses

steht. Obwohl der Anteil derjenigen, die bauliche Sanierungs- und Neubauaktivitäten in Espenhain bestätigen, die gleiche Größenordnung wie in der Gesamtstichprobe erreicht, ist damit allein offenbar keine Bindung an den Ort zu garantieren.

Die gegenwärtigen Sanierungsaktivitäten im Tagebau Espenhain schließen zwei Projekte der Folgenutzung ein: die Deponie Cröbern und die Autobahn A 38. Während erstere bereits seit einigen Jahren in Betrieb ist, befindet sich das Teilstück der Autobahntrasse in der Planung. Die Befragten wurden gebeten, zu beiden Projekten Stellung zu nehmen.

Mit der Deponie Cröbern verbinden nur 5% der Espenhainer ausschließlich Nachteile. Damit besteht ein großer Unterschied zur Gesamtstichprobe, in der ein Viertel (26%) nur Nachteile sieht. Allerdings machen 41% der Espenhainer sowohl Vorteile als auch Nachteile geltend. In der Gesamtstichprobe sind das 27%.

Der mit Abstand erstrangige Vorteil wird in der Bereitstellung von Arbeitsplätzen gesehen. Eine geordnete, moderne Müllentsorgung ist der zweite positive Aspekt, den die Espenhainer benennen. Als Nachteile gelten das hohe Verkehrsaufkommen, die Überdimensionierung der Deponie und damit befürchtete Gebührenerhöhungen, mögliche Umweltschäden und eine Beeinträchtigung der künftigen Erholungslandschaft.

Bezüglich des Teilstücks der Autobahn fällt der überdurchschnittlich hohe Anteil von 39% aller Espenhainer Befragten auf, die nur Zustimmung zu dem Projekt signalisieren. In der Gesamtstichprobe beträgt der Anteil 26%. Weitere 30% der Espenhainer sehen zugleich Vor- und Nachteile. Die Vorteile konzentrieren sich auf eine erwartete bessere Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz und eine mögliche Entlastung der Espenhainer Straßen. Die Nachteile umfassen Befürchtungen einer noch stärkeren Belastung der Bundesstraße B 95 aufgrund ihrer Zubringerfunktion.

Auf die Frage, ob sie sich bezüglich der künftigen Gestaltung des Tagebaus Espenhain gut informiert fühlen, antworten nur 16% der Befragten mit „ja“. 43% antworten mit „teils/teils“ und 40% verneinen dies. Allerdings haben 76% bisher nicht an Informationsveranstaltungen zur Tagebausanierung teilgenommen. 45% der Befragten benennen konkrete Themen im Zusammenhang von Tagebausanierung und Ortsentwicklung, zu denen sie mehr Informationen erwarten. An erster Stelle steht die Frage nach der Schaffung von Arbeitsplätzen. Weiterhin interessieren „landschaftsgestalterische Pläne“, „Nutzungskonzepte“, „Baulandvergabe um neu entstehende Seen“. Exemplarisch wird gefragt: „Bleibt für uns ein kostenloser Badestrand?“ „Welche Vorteile entstehen dem Ort Espenhain bei der Tagebausanierung?“. Im Unterschied zu anderen in die Untersuchung einbezogenen Gemeinden dominiert

gegenwärtig in Espenhain die Frage nach existenzsichernden Arbeitsplatzangeboten im Zuge der Tagebausanierung. Damit wird immer wieder die schwierige soziale Situation in Espenhain ins Gedächtnis gerufen. Des weiteren scheint es erforderlich zu sein, die Entwicklungschancen für den Ort im Zusammenhang mit der Sanierung des Tagebaus Espenhain stärker zu verdeutlichen. Mit einer alleinigen Konzentration auf den Tagebau Witznitz seitens der lokalen Verantwortungsträger werden möglicherweise Entwicklungsimpulse ausgeblendet, die für den Ort aus der benachbarten Lage zum Tagebau Espenhain hervorgehen können.

– Erwartungen an die zukünftige Bergbaufolgelandschaft

Die persönlichen Erwartungen an Tagebausanierung und Ortsentwicklung lassen sich in drei inhaltlichen Komplexen zusammenfassen. Die erste Gruppe kann mit „Schaffung von Arbeitsplätzen“ überschrieben werden. Wie schon an anderer Stelle betont, zieht sich dieses Thema durch die Antworten auf die verschiedenen Fragen hindurch. Dabei schwingen sowohl Hoffnung als auch Resignation mit. Einerseits wird auf neue Arbeitsplätze durch die „Schaffung von Gewerbe und Dienstleistung“ gehofft, andererseits sind diesbezügliche Erwartungen gering, denn „dadurch [die Bergbaufolgelandschaft] werden kaum Arbeitsplätze gewonnen“. Nur 20% der Befragten rechnen in diesem Kontext mit einem wachsenden Arbeitsplatzangebot. Einerseits wird die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen betont, andererseits existiert eine realistische Sicht auf die Problematik, denn die sanierte Tagebaulandschaft allein kann das Arbeitsmarktproblem nicht lösen. Hierin drückt sich die schwierige Situation aus, in der sich Espenhain befindet.

Der zweite Komplex bezieht sich auf landschaftliche Veränderungen. Eine Erholungs- und Freizeitlandschaft mit „Baden im See, Reiten über die Felder und Natur pur“ wird erwartet. In ihr sollen „möglichst viele Biotope erhalten bleiben“. Insgesamt sieht man die Chancen für ein „besseres Landschaftsbild“, damit das „Negativimage verschwindet“. Die Vorstellungen von der Landschaft nach der Sanierung des Tagebaus Espenhain bewegen sich im Rahmen einer „Wald- und Seenlandschaft, eingebettet in landwirtschaftliche Nutzflächen“. Ein Naherholungsgebiet, in dem es „Wasser, Wald und Wege zur Erholung“ gibt, oder „eine grüne Oase, in der man sich erholen kann“, sind Beschreibungen, die die Nutzbarkeit der Folgelandschaft betonen. Die Sorge um den freien Zugang kommt in folgender Äußerung zum Ausdruck: „Hoffentlich als Landschaft, die man betreten kann und nicht als Vorzeigemodell für irgendwelche Gesellschaften und Parteien!“

Den dritten Bereich umfassen die Erwartungen bezüglich der Verbesserung der Wohnbedingungen. „Schöneres Wohnen“, „Verbesserung der Wohnqualität“ und „bessere Lebensqualität“ sind exemplarische Äußerungen. Damit verbinden die Befragten eine aufgewertete Landschaft und ein umfangreiches Erholungs- und Sportangebot. Von besonderer Bedeutung ist die gute

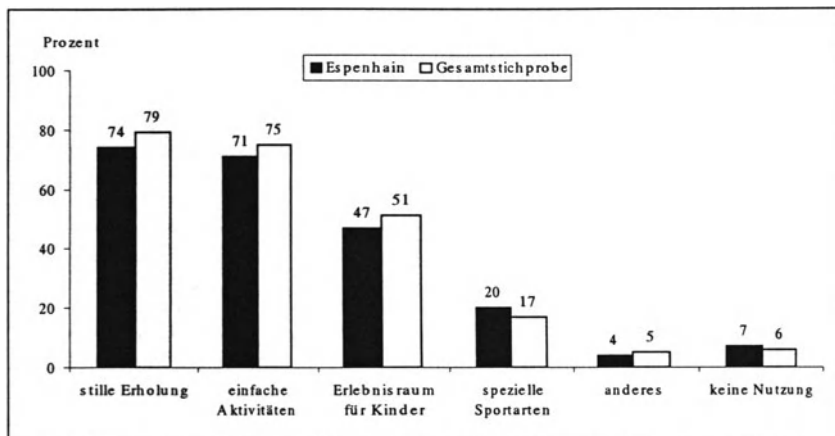
Luftqualität für die Espenhainer. Die Erklärung dafür findet sich in den Erfahrungen mit einer außerordentlich starken Luftbelastung in der Vergangenheit, verursacht durch das karbochemische Werk. Die gute Luftqualität erlangt die dritthäufigste Zustimmung. In der Gesamtstichprobe rangiert dieser Faktor erst auf Platz sieben. 54% der Befragten erwarten insgesamt eine weiter steigende Wohnqualität. Das dürfte auch der Hauptgrund dafür sein, daß mehr als ein Drittel der Befragten Zuzug nach Espenhain erhofft und der Wegzug in ihren Augen nahezu gestoppt werden kann. Darin kommt eine optimistische Haltung zum Ausdruck, die dem Ort Espenhain eine Zukunftschance verspricht.

Auf die Frage nach der Form der künftig beabsichtigten Nutzung der Tagebaulandschaft unterscheiden sich die Espenhainer zunächst kaum von der Gesamtstichprobe (vgl. Diagramm 9). Auch hier wird die naturnahe, eher stille Erholung präferiert. Spaziergehen und die Natur beobachten sind Aktivitäten, die keine infrastrukturellen Einrichtungen erfordern. Sie bestimmen die stille Erholung. Daneben besteht großes Interesse an der Ausübung naturnaher Sportmöglichkeiten wie Baden, Radfahren oder Joggen, die ebenfalls nicht an bauliche Voraussetzungen gebunden sind. Alle diese Aktivitäten dominieren die künftigen Nutzungsabsichten der Bergbaufolgelandschaft.

Der Blick in die lokalspezifischen Ergebnisse zeigt jedoch beachtenswerte Abweichungen in der Antwortverteilung im Espenhainer Sample im Vergleich zu anderen Orten – z. B. zu Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe. Während Espenhain den Gesamtdurchschnitt in Bezug auf die oben genannten Nutzungsmöglichkeiten unterschreitet, liegt Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe mit 85% bei der stillen Erholung und 81% bei einfachen Aktivitäten über den Werten der Gesamtstichprobe. Ausschlaggebend für diese Differenzen ist die unterschiedliche Lage beider Orte zur Folgelandschaft. Die größere Entfernung Espenhains zum gleichnamigen Tagebau und insofern auch die schlechtere Zugänglichkeit der auf seinem Gelände im Entstehen begriffenen Erholungsmöglichkeiten dämpfen die Absichten der Bewohner, selbige zu nutzen.

Seitens der Espenhainer wird unterstrichen, daß Kinder einen Erlebnisraum brauchen und daß sich mit der neuen Landschaft erweiterte Möglichkeiten dafür anbieten. Die speziellen Sportarten, die an bauliche Voraussetzungen gebunden sind, wie z. B. Motorboot fahren, Segeln oder Geländeralleye mit Krädern, finden durchaus auch ihre Anhänger. Auf dieses unterschiedliche Interessenspektrum ist bei der Gestaltung der Folgelandschaft zu reagieren, um von vornherein konfligierende Nutzungen auszuschließen und einen Freizeit- und Erholungswert für möglichst alle Nutzergruppen zu erhalten.

Diagramm 9: Voraussichtliche Nutzung der zukünftigen Tagebaulandschaft im Vergleich zwischen Espenhain (n=92) und der Gesamtstichprobe (n=1.583) (Mehrfachantworten möglich, Angaben in Prozent)



Frage: Wie wollen Sie voraussichtlich die zukünftige Tagebaulandschaft nutzen?

– Fazit

Espenhain ist durch seine exponierte Lage zwischen dem Tagebau Espenhain, dem Tagebau Witznitz und dem Gelände des ehemaligen Braunkohleveredlungswerkes gezeichnet. Damit wird der Ort faktisch durch bergbaubedingte Flächennutzung eingekreist. Die aus dieser Nachbarschaftslage entstandenen Umweltbeeinträchtigungen, insbesondere die hohe Luft- und Lärmbelastung, führten zu einem Negativimage, welches die Befragten genau registriert haben. Mit der Stilllegung des Tagebaus und der Schließung der karbochemischen Produktionsanlagen ist eine spürbare Umweltverbesserung entstanden, die betont wird. Mit der weiteren Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft wird eine Aufwertung und Verbesserung des Landschaftsbildes einschließlich des Angebotes an Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten erwartet.

Alle Vorhaben zur Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft werden aus Espenhainer Sicht unter dem Aspekt der Arbeitsplatzschaffung betrachtet. Das Problem der hohen Arbeitslosigkeit im Ort kommt in allen inhaltlichen Komplexen der Befragung zum Ausdruck und überlagert teilweise die spezifischen Fragestellungen. Alle Projekte, die erfolversprechend im Hinblick auf positive Arbeitsmarkteffekte sind, werden begrüßt (z. B. die Deponie). Aus den Befragungsergebnissen wird eine ambivalente Situation der Espenhainer deutlich. Sie hoffen zum einen auf eine wesentliche Aufwertung der landschaftlichen Umgebung und damit auch auf eine Verbesserung ihrer Wohnqualität, und sie benennen zum anderen deutlich und etwas resignativ

das soziale Konfliktpotential, das sich mit dem nunmehr zu verzeichnenden Arbeitsplatzdefizit verbindet. „Viel Wasser, viel Grün, sehr viele Arbeitslose“ – in dieser Meinungsäußerung eines Espenhainers bezüglich der zukünftigen Entwicklung wird das Dilemma deutlich.

6.2.3. *Ableitung von Entwicklungsoptionen*

Um den Revitalisierungsprozeß der untersuchten Gemeinden zu befördern, sind aus soziologischer Perspektive die sozialen Potentiale herauszufiltern. Die konkreten Befragungsergebnisse gestatten einen Einblick in die Struktur der Potentiale und deren Ausprägung.

Hinsichtlich der *Sozialstruktur* der Einwohner von Espenhain erweist sich der überdurchschnittlich hohe Anteil an Arbeitslosen (24%) als dominierendes Merkmal. Der Arbeitsplatzverlust und das fehlende Alternativangebot sind die immer wieder thematisierten Hauptprobleme. Das Qualifikationsniveau der Befragten in Espenhain ist geringer als in der Gesamtstichprobe. Diese Faktoren zusammen begünstigen nicht individuelle Anstrengungen, den kommunalen Revitalisierungsprozeß voranzutreiben. Die persönliche Problemlage engt die Auseinandersetzung mit weitergreifenden vor Ort bestehenden Schwierigkeiten ein und läßt potentiell Engagement schrumpfen.

Soziale Netze existieren in Espenhain, obwohl ihre Ausprägung und die Zufriedenheit damit, z. B. im Zusammenhang mit den Nachbarschaftsbeziehungen, weniger intensiv sind. Eine besondere Betonung erfahren die Vereinsmitgliedschaften, die soziale Kohäsion in Espenhain wesentlich begründen. Insgesamt ist aber das Verhältnis der Einwohner untereinander merklich distanzierter als in der Gesamtstichprobe. Ein Gemeinschaftsgefühl wird von weniger als einem Drittel der Befragten registriert. Dennoch ist die Bereitschaft, sich an kommunalen Belangen zu beteiligen und sich zu engagieren, zumindest bei einem Teil der Befragten vorhanden. Diese machen allerdings darauf aufmerksam, daß die konkreten Möglichkeiten und Anstöße fehlen. Hier liegt offensichtlich Potential brach.

Die *wirtschaftlichen Voraussetzungen* in Espenhain korrespondieren mit dem Problem der Arbeitslosigkeit. Für die Mehrzahl der ehemals im karbochemischen Werk und im Tagebau Beschäftigten konnte keine Alternative geschaffen werden. Auf dem Gelände des Werkes wurden aus- und neugegründete kleine und mittelständische Unternehmen seßhaft. Auf dem Arbeitsmarkt erreichen sie eine begrenzte Wirkung. Die Entwicklung des Gewerbegebietes „Margarethenhain“ westlich der Bundesstraße B 95 wird von einigen Befragten verfolgt, allerdings wird der dort etablierte „Campus Espenhain“ nicht

wahrgenommen. Er wird in keiner Aussage der Befragten erwähnt. Offenbar besteht eine räumliche und mentale Distanz zwischen Wohnort und diesem Gewerbegebiet.

Die *wohnbaulichen Bedingungen* müssen in ihrer Beurteilung nach Mietwohnungen und selbstgenutztem Wohneigentum unterschieden werden. Während Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern in erheblichem Umfang Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt haben, ist der Sanierungsrückstand der Miethäuser bedenklich. Insbesondere die im kommunalen Besitz befindlichen weisen ein kritisches Sanierungsdefizit auf. Hier konzentrieren sich auch die unzufriedenen Einwohner. Unter ihnen sind die Migrationsabsichten am ausgeprägtesten. Eine Ausführung dieser Absicht wird durch den fehlenden Arbeitsplatz und ein damit begrenztes Einkommen behindert.

Neubauaktivitäten sind nur in sehr geringem Maße vorhanden. Die Sanierungstätigkeiten im Ortskern werden registriert, aber nach Meinung der Befragten sind auch andere Teile des Ortes sanierungsbedürftig.

Die *städtebauliche Situation* wird durch den urban-industriellen Umbau der ursprünglichen Wohnbaustruktur geprägt. Mehrgeschossiger Wohnungsbau, der die Unterbringung der Industriearbeiter ermöglichte, hat das dörfliche Erscheinungsbild verändert. Sehenswürdigkeiten im Ort sind fast nicht existent bzw. werden nicht als solche definiert. Auch in der unmittelbaren Umgebung lassen sich nach Meinung der Befragten kaum sehenswerte Orte benennen. Insgesamt wird Espenhain als wenig attraktiv eingeschätzt.

Das *infrastrukturelle Angebot* in Espenhain ist sehr unterschiedlich. Während die gute medizinische Betreuung hervorgehoben wird, erfahren weitere Versorgungseinrichtungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht nur eine geringe Wertschätzung. Ein großes Problem ist die durch den Ort führende Bundesstraße B 95. Die von ihr ausgehenden Umweltbelastungen und ihre den Ort zerschneidende Wirkung beeinträchtigen Espenhain als Wohnort erheblich.

Die *landschaftlichen Bedingungen* sind für die Bewohner von Espenhain bisher noch nicht als ein besonderer Gunstfaktor zu erkennen. Dies ist mit der spezifischen geographischen Lage des Ortes zu begründen. Zwischen zwei Tagebauen gelegen und östlich unmittelbar an das ehemalige Werksgelände angrenzend, kann der Ort momentan noch nicht von einer landschaftlichen Aufwertung profitieren. Die Orientierung erfolgt schwerpunktmäßig auf den Tagebau Witznitz, da die Entfernung von der Wohnbebauung zu dem dort zu erwartenden Strandbereich geringer ist als zum Tagebau Espenhain. Dennoch erscheint die fast völlige Ausblendung der neuen Landschaft im Zuge der Sanierung des Tagebaus Espenhain durch die kommunalen Verantwortungs-

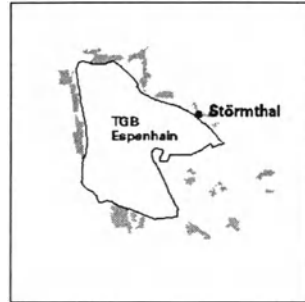
träger nicht gerechtfertigt. Hier sollte auf die unterschiedlichen Angebote und Nutzungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden, um das noch immer durch Industriebrachen bestimmte Bild Espenhains anzureichern.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Ort Espenhain hinsichtlich seiner sozialen Entwicklungspotentiale im Vergleich zu anderen Untersuchungsgemeinden nicht begünstigt ist. Über Jahrzehnte hat sich eine Einwohnerstruktur herausgebildet, die von den Vorzügen der industriellen Überformung des Ortes profitiert hat. Die negativen Begleiterscheinungen wie ein ökologisch bedenkliches Wohnumfeld sind durch gute Verdienstmöglichkeiten und eine staatliche Fürsorge durch das Werk überlagert worden. Diese Existenzgrundlage ist weggebrochen. Nun werden die negativen Seiten des Lebens in diesem Ort deutlich wahrgenommen. Wer beruflich und räumlich mobil war, ist nach 1990 weggezogen. Zurückgeblieben ist eine weniger mobile Klientel. Insbesondere unter den Mietern, die über unbefriedigende Wohnbedingungen klagen, ist der Anteil der Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch. Damit kumulieren verschiedene negative Merkmale in Bewohnergruppen, deren Größenordnung innerhalb der Bevölkerung des Ortes nicht unbedeutend ist. Die Gesamtheit der aktuellen Bedingungen begrenzt gemeinschaftliches Engagement für die Kommune. Das größte Problem für die Einwohner von Espenhain sind die fehlenden Arbeitsplätze. Keine andere Untersuchungsgemeinde ist im Zusammenhang mit ihrer Revitalisierung in einem vergleichbar hohen Maße von der Beseitigung dieses Defizits abhängig.

6.3. Die ländlich-dörflich geprägte Gemeinde Störmthal

6.3.1. Ortscharakteristik

Störmthal liegt ca. zehn Kilometer entfernt von Leipzig im Südosten des Landkreises Leipziger Land. Seine Ersterwähnung geht auf das erste Drittel des 14. Jahrhunderts zurück. Der Name ist germanischen Ursprungs und bedeutet etwa „zum stürmischen Tal“ (vgl. Eichler 1960). Alte Urkunden weisen darauf hin, daß auf den Fluren von Störmthal ursprünglich vier Dörfer bestanden haben (vgl. Landratsamt Leipzig o. J., S. 2). Zur Geschichte des Dorfes gehört die Völkerschlacht 1813. Störmthal zählte zwar nicht unmittelbar zum Kriegsgebiet, wurde aber zur Quartiergebung herangezogen und war von Franzosen und Russen belagert. Infolge der Plünderungen und mutwilligen Zerstörungen flüchteten viele Einwohner in benachbarte Orte. Das Dorf ist durch eine reiche geistig-kulturelle Tradition geprägt. Persönlichkeiten wie Friedrich Naumann, Johann Sebastian Bach und Zacharias Hildebrandt waren eng mit ihm und seiner Kirche verbunden. Das Rittergut Störmthal hatte sich im 19. Jahrhundert zu einem der größten, einträglichsten und schönsten im Leipziger Umland entwickelt und den Ort landwirtschaftlich geprägt. Das während dieser Zeit entstandene äußere Bild des Dorfes blieb bis 1940 im wesentlichen erhalten. Danach bewirkte der Betrieb des Tagebaus Espenhain markante Veränderungen in der nahen Umgebung der Ortslage und eine ganzheitliche Schwächung des Dorfes. Erst mit dem gesellschaftlichen Umbruch im Jahre 1989 und mit neuen Prämissen in der Kohlepolitik konnten Aktivitäten zur Revitalisierung von Störmthal einsetzen.



Die Betrachtungsebene in der Ortscharakteristik Störmthal wechselt je nach Datenverfügbarkeit zwischen der Ortslage Störmthal und der von 1973-1995 bestehenden Administration Störmthal/Güldengossa. Aus Gründen der zentralen Datenerhebung liegen für diese Jahre in der Regel nur noch Daten für die Doppelgemeinde vor. Das betrifft z. B. die Angaben zu den Leistungsempfängern. Da 1996 die Eingemeindung nach Großpösna erfolgte, waren nun für ausgewählte Sachverhalte keine ortsteilbezogenen Angaben mehr verfügbar. So mußte wie im Falle der Pendlerdaten auf Zahlen zurückgegriffen

fen werden, die nur noch für die neue administrative Einheit bereitgestellt wurden.

Bergbaubedingte Betroffenheit

– Betroffenheit vom aktiven Bergbau

Die Landschaft um Störmthal wurde während der letzten Jahrzehnte gravierend verändert. Grund dafür war der Betrieb des Tagebaus Espenhain mit seinen Auswirkungen auf den gebietlichen Wasserhaushalt (gebietsweite Grundwasserabsenkung um ca. 60 m, Kappung bzw. Begradigung von Flüssen) sowie auf das Siedlungs- und Straßennetz.

Ehemals war Störmthal Teil eines relativ gleichmäßig über die Region verteilten und dichten Siedlungsnetzes, welches verkehrstechnisch gut miteinander verbunden war. Mit der Betreibung des Tagebaus Espenhain wurde ein großes Loch in dieses Netz gerissen. In diesem Zusammenhang wirkte sich insbesondere die Zerstörung der ehemaligen Fernverkehrsstraße F 95 defizitär aus. Sie hatte nur ca. drei Kilometer entfernt am Ort vorbei- und direkt nach Leipzig und in der anderen Richtung nach Espenhain und Borna geführt, wohin ein Teil der Bevölkerung täglich arbeitsbedingt pendelte. Nachdem sie gekappt worden war, gestalteten sich die Arbeits- und Versorgungswege erheblich aufwendiger, weil der große Tagebaubereich umfahren werden mußte. Auch die direkte Anbindung an die westlich gelegenen Orte wie Großdeuben und Gaschwitz ging verloren.

1984-85 wurde der Störmthaler Ortsteil Rödgen devastiert, nachdem dessen 125 Einwohner umgesiedelt worden waren. Entsprechend der bis Ende der 80er Jahre geltenden Braunkohlenplanung sollte Störmthal ca. drei Jahrzehnte später das gleiche Schicksal widerfahren. Die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortslage war um das Jahr 2020 vorgesehen. Lediglich unter der Voraussetzung, daß dem Verzicht auf Abbau eines Kohlevorrates von ca. 50 Mio. Tonnen Rohbraunkohle im Tagebau Espenhain stattgegeben worden wäre, war in den 80er Jahren die Variante in Überlegung, im Bereich von Störmthal/Güldengossa einen Landpfeiler in einer ansonsten völlig siedlungsleeren, großflächigen Tagebaulandschaft auszuhalten. Das hätte für Störmthal eine Insellage bedeutet, wodurch die Problemlage verändert, aber keineswegs entschärft worden wäre. Erst mit der Stilllegung des Tagebaus Espenhain wurden jegliche Pläne zur bergbaubedingten Inanspruchnahme der Gemarkung Störmthal aufgegeben.

Die Ortslage Störmthal grenzt westlich unmittelbar an die ehemalige Betriebsfläche des Tagebaus. Die Entfernung zum Rand des Restlochs beträgt punktuell nur 20 bis 100 m. Unmittelbar am Rand des Ortes war die Abraumförderbrücke zum Stehen gekommen. Sie wurde am 07. Mai 1997 gesprengt.

Ca. vier Fünftel der gesamten Tagebaufläche befinden sich auf der Gemarkung von Störmthal.

Foto 1: Störmthal in Nachbarschaft zum unsanierten Tagebaurestloch



Die Verwaltungsfläche von Störmthal hat sich von $4,8 \text{ km}^2$ (Angabe aus dem Jahr 1947) auf $23,6 \text{ km}^2$ (Angabe von 1990) vergrößert. Dahinter verbergen sich die Eingemeindung von Güldengossa im Jahr 1973 (verbunden mit einem Flächenzuwachs von etwa 7 km^2) und die zum 01.08.1980 vollzogene Zuordnung der Gemarkungsfläche der überbaggerten Gemeinde Magdeborn. Faktisch befand sich das zuletzt hinzugekommene Areal aufgrund seines Status als Bergbauggebiet nicht in der Planungshoheit der Gemeinde. Somit stand es nicht nutzbringend für die Gemeinde zur Verfügung.

Die Planungen zur Ausdehnung des Tagebaus Espenhain bedrohten die Existenz von Störmthal bereits vor dem Vollzug der vorgesehenen Devastierung. Die Ende der 70er Jahre festgelegte sog. bergbauliche Unterschutzstellung von Störmthal hatte bauliche Restriktionen zur Folge, so daß Gebäude und Infrastruktur mehr und mehr verfielen. Außerdem litt die Bevölkerung unter den enormen Lärm- und Staubbelastungen, die sowohl die Braunkohleförderung als auch deren Verarbeitung in den nahegelegenen Kohlebetrieben hervorriefen. Die permanente Verschlechterung der alltäglichen Lebens-

bedingungen führte schließlich zur Abwanderung insbesondere jüngerer Einwohner. Diese vollzog sich in Störmthal in einem Ausmaß, das die Selbsthilfepotentiale der Gemeinde mehr und mehr schrumpfen ließ.

– Betroffenheit vom Sanierungsbergbau

Die Ortslage Störmthal liegt in der Hauptwindrichtung vom ehemaligen Abbaugbiet des Tagebaus Espenhain. Da die Entfernung zur Tagebaukante gering ist, wird die beträchtliche Staubbimmission auch über die Dauer der Sanierung der offenen Tagebaubereiche anhalten. Insbesondere bei starkem Westwind und Trockenheit sind markante Grenzwertüberschreitungen festzustellen (vgl. rundschau 53/1996, S. 11 f.). „Dann könne man in Störmthal ... trotz eingeleiteter Maßnahmen der LMBV ... wegen des aufgewirbelten Bodens die Hand nicht vor Augen sehen“ (Kl. VZ v. 10.03.1998, S. 3). Es ist davon auszugehen, daß die Staubbelastungsdisposition in Störmthal und Güldengossa solange erhalten bleibt, wie die Böschungsbereiche des Tagebaus Espenhain gesichert und Erdmassen zur Anstützung und Ausformung der Restlochbereiche verkippt werden. Die Durchführung passiver Immissionschutzmaßnahmen zur Zwischenbegrünung und Aufforstung sowie zur Bodenversiegelung mit Naturan im Raum Störmthal/Güldengossa hat nur eine relativ geringe Abnahme der Belastung bewirkt.

Sozialstruktur der Bevölkerung und soziale Infrastruktur

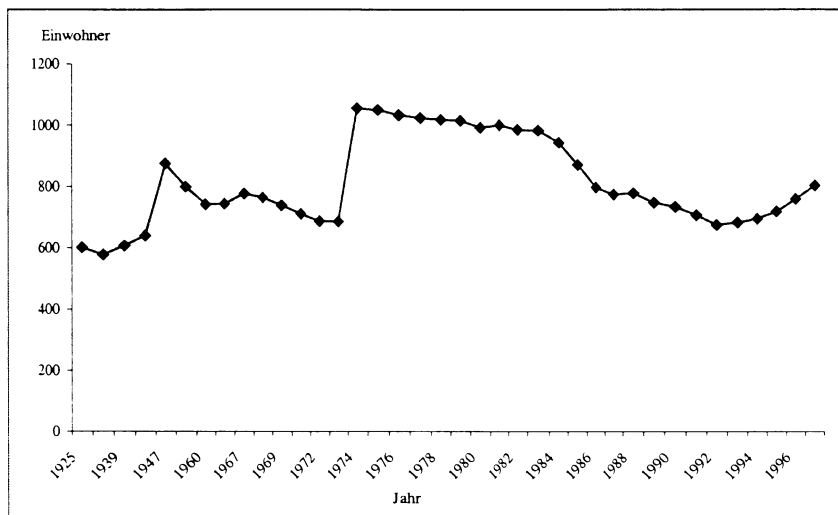
– Veränderung der Einwohnerzahl

1824 besaß Störmthal neben Rittergut, Schule und Pfarrei 56 Häuser mit 270 Bewohnern. Mitte des 19. Jahrhunderts zählte Störmthal ca. 500 Einwohner. Mit Beginn der Entwicklung der Großindustrie im Südraum Leipzig in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts stieg die Einwohnerzahl um ca. 100 Bewohner an. Die anschließende Veränderung der Einwohnerzahl bis in die Gegenwart ist im Diagramm 1 dargestellt.

Es zeigt, daß sich im Jahr 1947 mit der Einbürgerung von Kriegsflüchtlingen in den Ort die nächste deutliche Zunahme des Bevölkerungsbestandes auf 875 vollzog. Im Anschluß verringerte er sich jedoch und sank 1972 wieder unter 700. Der Zuwachs im Jahr 1974 um knapp 400 Einwohner ist auf die Eingliederung von Güldengossa per 01.10.1973 zurückzuführen.

Für die folgenden Jahre liegen nur noch Zahlen für die Administration Störmthal/Güldengossa und nicht mehr für die beiden Ortsteile separat vor. Die Zahl von ca. 1.050 Einwohnern in der Doppelgemeinde im Jahre 1974 ging bis 1992 um mehr als ein Drittel auf 674 zurück. Damit war aus heutiger Sicht der Tiefpunkt in bezug auf den Bevölkerungsbestand erreicht. Seit 1993 ist wieder ein Anstieg der Einwohnerzahl zu verzeichnen, so daß Störmthal/Güldengossa 1997 wieder für 785 Menschen der Wohnort war.

Diagramm 1: Veränderung der Einwohnerzahlen von Störmthal*

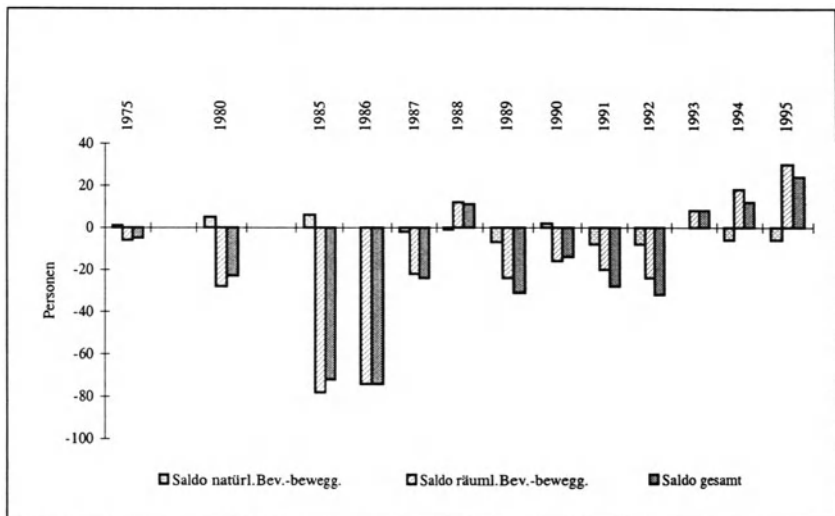


* bis 1973 nur Störmthal, danach mit Güldengossa;

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1992, 1994, 1998;

Die Statistik zur Bevölkerungsbewegung (vgl. Diagramm 2) verdeutlicht, daß der Bevölkerungsrückgang in den Jahren 1985 und 1986 seine Spitzenwerte erreichte. Der Verlust war bis 1986 ausschließlich und danach hauptsächlich auf den negativen Wanderungssaldo zurückzuführen - seit 1987 war der Gestorbenenüberschuß partiell beteiligt. Eine Trendwende setzte erst nach der Stilllegung des Tagebaus Espenhain ein. 1993 zogen in die Doppelgemeinde erstmals wieder mehr Leute zu als weg. Dieser Trend verstärkte sich sowohl 1994 als auch im Folgejahr. Damit konnte der noch immer zu verzeichnende Sterbefallüberschuß deutlich vom positiven Wanderungssaldo übertroffen werden. Nach Aussagen der Gemeindeverwaltung kamen ca. 80% der zugezogenen Bevölkerung aus Leipzig. Sie wollten sich wohnlich verbessern. Für ihre Entscheidung, in Störmthal/Güldengossa sesshaft zu werden, waren die geplanten landschaftlichen Veränderungen im Umfeld der Ortslagen neben den relativ günstigen Modalitäten zum Erwerb des Grundstücks und zu dessen Bebauung ausschlaggebend. Untergeordnet spielten berufsbedingte Zuzüge eine Rolle. Der Bevölkerungszuwachs korrespondiert mit der Fertigstellung von neuen Wohnhäusern in den beiden Orten.

Diagramm 2: Bevölkerungsbewegung Störmthal/Güldengossa 1975, 1980 und 1985-1995



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998.

– Sozialstrukturelle Merkmale

Altersstruktur

Die Altersstruktur der Wohnbevölkerung von Störmthal/Güldengossa entspricht im Jahr 1992 bei den Einwohnern bis zu 44 Jahren etwa dem Durchschnitt des Landkreises Leipziger Land. Dagegen sind im Vergleich zum Landkreis die Altersgruppe der 45-55jährigen unterdurchschnittlich und die der 55-65jährigen überdurchschnittlich vertreten. Darin deutet sich in der Tendenz eine Überalterung der Einwohnerschaft der Gemeinde an, ausgelöst durch die Abwanderung jüngerer Bevölkerungsgruppen in den 70er und 80er Jahren.

Von 1991 bis 1997 hat sich die Altersstruktur der Bevölkerung von Störmthal/Güldengossa im Ergebnis der Zuzugsaktivitäten etwas verändert (vgl. Einwohnermeldeamt Liebertwolkwitz 1998). Die Anteile der jungen und mittleren Altersgruppen (25-55 Jahre) haben sich u. a. infolge des Zuzugs neuer Einwohnern erhöht. Gestiegen ist aber auch der Anteil der Senioren. Dafür verringerte sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen sowie der 18-25jährigen.

Bezüglich der künftigen Bevölkerungsentwicklung kann angenommen werden, daß sich der Kinderanteil in der Gemeinde etwas erhöhen wird, da sich gerade junge Familien für den Wohnstandort Störmthal entschieden haben.

Leistungsempfänger

Unter „Leistungsempfängern“ werden im folgenden Empfänger von finanziellen Leistungen seitens der Bundesanstalt für Arbeit, und Empfänger von Wohngeld, das die Kommunen zahlen, zusammengefaßt.

Störmthal/Güldengossa lag 1993 mit der Zahl der arbeitsmarktbezogenen Leistungsempfänger pro 1.000 Einwohner deutlich unter den Werten der anderen Randgemeinden des Tagebaus Espenhain und unter dem Wert des Landkreises Leipziger Land. Zwei Jahre später hatte sich die Zahl der Leistungsempfänger um ein Viertel verringert (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1998). Allerdings war in Störmthal/Güldengossa der Anteil der Personen, die Altersübergangsgeld bezogen, höher als im Landkreis Leipziger Land.

Speziell zur Arbeitslosigkeit liegen für Störmthal/Güldengossa nur Angaben für das Jahr 1995 vor (Stand: Ende Dezember, vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1998). Von den zu diesem Zeitpunkt registrierten 18 Arbeitslosen waren zwei bereits länger als ein Jahr auf Jobsuche.

Der Anteil der Wohngeldempfänger lag 1992 in Störmthal/Güldengossa etwas unter dem Durchschnitt des Leipziger Landkreises (8% vs. 11%). Der mittlere monatliche Wohngeldanspruch betrug etwa das Eineinhalbfache des Landkreises. Aktuellere Angaben liegen aufgrund der Eingemeindung nicht vor.

– Soziale Infrastruktur

Versorgungseinrichtungen und soziale Betreuung

Mit „Helgas Einkaufsleck“ verfügt Störmthal über einen Konsum, der darüber hinaus bis Ende 1998 als Postagentur fungierte. Seit 1999 beschränkt sich der Postservice auf einen mobilen Dienst. Er ist insbesondere für Berufstätige völlig unzureichend.

In Störmthal gibt es einen Kindergarten, in dem seit 1989 auch die Kinder aus Güldengossa betreut werden. Er befindet sich in der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt. 1997 erfolgten Sanierungsarbeiten am Gebäude, und die Einrichtung wurde neu ausgestattet. Das Dorf verfügt über keine eigenen Schuleinrichtungen. Hinsichtlich des Besuchs von Grund- und Mittelschule sowie Gymnasium gehört der Ort zum Einzugsbereich von Großpösna, Markkleeberg und Liebertwolkwitz. Die ärztliche Versorgung der Einwohner ist über eine im Ort befindliche Arztstation gewährleistet. Das Lutherstift beherbergt gegenwärtig als Einrichtung des Diakonischen Werkes „Innere Mission Leipzig e. V.“ behinderte Mädchen und Frauen. Es war bereits 1870 als Werk der „Inneren Mission“ als Heim für schwererziehbare Kinder eingeweiht worden und zu allen Zeiten Heimstatt für hilfsbedürftige Menschen. (vgl. Gemeindeverwaltung Großpösna 1996, S. 51; rundschau 11/97, S. 18)

Anfang 1999 initiierte die Gemeinde eine Umfrage zur Errichtung eines Bürgerbüros in Störmthal. Die große Resonanz seitens der Bevölkerung bewies das große Interesse an der Einrichtung eines solchen Dienstleistungszentrums (vgl. rundschau 4/99, S. 16).

Kultur und Freizeit

In Störmthal gibt es einen Jugendclub und eine Gemeindebibliothek. In der unter Denkmalschutz stehenden Störmthaler Kreuzkirche, in der eine wertvolle Hildebrandt-Orgel steht, finden regelmäßige Konzertabende statt.

Als gastronomische Einrichtungen sind im Ort der Gasthof Störmthal, die Gaststätte im Sportzentrum und die Gaststätte „Galerie & Cafè Mai“ zu nennen. In letzterer werden ständig wechselnde Fotoausstellungen gezeigt. Sie soll zu einem Treffpunkt für Fotofreunde ausgebaut werden. Ihr Wirt engagiert sich zudem im Tourismusverein Leipziger Land und bemüht sich, die Geschichte und Gegenwart des Südraumes Leipzig verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen.

– Bürgerengagement

Interesse und Beteiligung an der Kommunalentwicklung

Die Beteiligung der Bürger an der Kommunalpolitik ist differenziert einzuschätzen. Im Vordergrund stehen für den einzelnen oftmals die eigenen Probleme, z. B. die enorme zeitliche Beanspruchung durch die berufliche Tätigkeit und Anstrengungen zur Sicherung des Erwerbsarbeitsverhältnisses. Viele Einwohner realisieren Maßnahmen zum Erhalt bzw. zur Modernisierung ihrer Häuser und Anwesen, womit ein Beitrag zur Aufwertung des Ortsbildes geleistet wird.

Das Engagement für den Wohnort drückt sich auch darin aus, daß die öffentlichen Sitzungen des Ortschaftsrates Störmthal/Güldengossa relativ gut besucht werden. In ganz besonderem Maße trifft dies zu, wenn kommunale Belange diskutiert und entschieden werden, welche die persönlichen Interessen der Einwohner unmittelbar tangieren (z. B. Straßenbau vor dem eigenen Haus). Die persönliche Betroffenheit ist aufgrund der Kleinheit und Überschaubarkeit des Ortes bei einem großen Teil der anstehenden Probleme und Entscheidungen gegeben.

Alljährlich wird in Störmthal das Kinder- und Volksfest organisiert, welches drei Tage gefeiert wird und verschiedenste kulturelle und sportliche Veranstaltungen einschließt. Es wird seit 1999 unter dem unverwechselbaren Namen „Störmthaler See-Fest“ begangen. Vor dem Festwochenende werden die Sport-Tage durchgeführt (vgl. rundschau 4/99, S. 35; 5/99 S. 21). Die Festwoche steht maßgeblich unter der Federführung des Vereins „Störmthaler See e. V.“.

Vereinsleben

Das Vereinsleben in Störmthal/Güldengossa ist ein Indikator für das Engagement der Bürger des Ortes. 1977 wurde die Betriebssportgemeinschaft BSG „Traktor Störmthal“ gegründet. Sie hatte anfangs 56 Mitglieder. Der Trägerbetrieb war die LPG „Tierproduktion“. Daraus sind ein Fußball- und ein Kegelsverein, eine Frauengymnastik- sowie eine Kinderturngruppe hervorgegangen. Außerdem gibt es den Kleintierzüchterverein „Göseltal“ Magdeborn-Störmthal, der alljährlich eine Kleintier- und Geflügelausstellung veranstaltet (vgl. rundschau 54/1996, S. 7). Im Ort existiert eine Freiwillige Feuerwehr.

Seit 1991 besteht der 40 Mitglieder umfassende Heimatverein Störmthal/Güldengossa, der zum Gründungszeitpunkt der erste seiner Art im Landkreis Leipzig war. Der Verein beschäftigt sich mit der Geschichte des Ortes und seiner Umgebung sowie mit aktuellen Problemen der Landschaftsgestaltung u. a. im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen des Tagebaus Espenhain. Er beteiligt sich an der Durchführung von Heimatfesten und organisiert kulturelle Veranstaltungen. So pflegt er Traditionen wie das jährliche Maibaumsetzen vor dem Schloß Güldengossa und lädt zu musikalisch-literarischen Heimatabenden im Schloß Güldengossa ein.

Im Sommer 1998 gründete sich der Verein „Störmthaler See e. V.“. Er will Aktivitäten im Zusammenhang mit der entstehenden Seenlandschaft und insbesondere mit dem Störmthaler See bündeln.

Bauliche Struktur und Nutzung sowie Siedlungsentwicklung

– Siedlungsform

Das landwirtschaftlich geprägte Störmthal ist ein Straßenangerdorf. Diese Ortsstruktur läßt die ursprüngliche germanische Besiedelung erkennen. Entlang der Dorfstraße ziehen sich große Dreiseithöfe. Einer Beschreibung von 1940 zufolge ließ sich das äußere Bild des Dorfes zu diesem Zeitpunkt folgendermaßen charakterisieren: Zu beiden Seiten der Dorfstraße waren die großen Bauerngüter aufgereiht. Fast alle Giebel waren der Straße zugewandt und langgezogene Blumengärten säumten die Auffahrten zu den Höfen. Hin und wieder schoben sich kleine Gebäude dazwischen, die Tagelöhner- und Häuslerwohnungen, und ab und zu ein Auszüglerhaus. Die Dorfstraße war schlicht und fast gerade auf das Rittergut ausgerichtet. (vgl. Gemeindeverwaltung Großpösna 1996, S. 46) Die gegenwärtige Struktur und Ausstrahlung des Ortes sind nach wie vor von der des Straßenangerdorfes bestimmt.

– Wohnen

Gebäude- und Wohnungsbestand, Wohnungsausstattung sowie Eigentumsform

Per 30. September 1995 gab es im Ortsteil Störmthal 122 Gebäude mit Wohnraum, darunter 118 Wohngebäude (vgl. Statistisches Landesamt des

Freistaates Sachsen 1997). Insgesamt wurden in Störmthal 157 Wohnungen gezählt. Davon standen fünf leer, in der Regel wegen Umbau bzw. Modernisierung. Im Juli 1997 wurde die Zahl der Wohngebäude mit 125 beziffert. Die meisten Häuser wiesen ein stattliches Baualter auf - zwei Drittel wurden bereits vor 1949, die meisten davon vor 1919 gebaut. Lediglich 12% der Wohngebäude waren laut 95er Zählung nach 1981 errichtet worden, wobei der überwiegende Teil davon erst 1991 bzw. später entstanden ist. Von den 118 Wohngebäuden waren 110 in traditioneller Bauweise errichtet worden. Entsprechend dem dörflichen Charakter von Störmthal handelte es sich bei 93% der Wohngebäude um maximal zweigeschossige Häuser (ca. ein Fünftel aller Häuser bestand aus einem Geschoß). Ein Viertel der Häuser wies 1995 keinerlei Schäden auf. An sechs der übrigen Gebäude ließen sich schwere Schäden an mindestens einem Bauteil feststellen.

Nur 18 Wohngebäude waren im Jahr 1995 an die Kanalisation angeschlossen.

Knapp 90% der Wohnungen wiesen 1995 eine Ausstattung mit Bad/Dusche und WC auf, 8% verfügten über keines dieser drei Ausstattungsmerkmale. 70% der Wohnungen in Störmthal bezogen ihre Wärme über eine Zentralheizung, nahezu ein Fünftel wurde mit Öfen beheizt. Störmthal war nicht an die Fernwärmeversorgung angeschlossen.

Zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 befanden sich in Störmthal ca. 85% der Wohngebäude in privater Hand und 4% in genossenschaftlichem Besitz. Zum Anteil anderer Eigentumsformen (z. B. Volkseigentum) liegen keine Angaben vor. Im September 1995 waren 96% Eigentum natürlicher und der Rest Eigentum juristischer Personen. Auf die Nutzungsart der Wohnungen bezogen gab es in Störmthal zum Zeitpunkt der 95er Zählung 27% Miet- und ca. 70% Eigentümerwohnungen. Der Wohnungsleerstand betrug 3%.

Grundstückspreise/Mietpreise

Die Preise für Wohnbauland bewegten sich 1996/97 in Störmthal zwischen 40 und 75 DM/qm. Damit waren sie zu diesem Zeitpunkt noch relativ niedrig. Es wurde allerdings mit einem Preisanstieg gerechnet (vgl. Plötz-Immobilienführer '96/97, S. 134), denn die Wohngegend wurde als „Insidertip“ gehandelt (vgl. Bauen und Wohnen v. 05.03.1998, S. 8).

Wohnungsbau (Neubau und Sanierung)

Zu Beginn der 90er Jahre setzten in Störmthal eine Reihe von kommunalen und privaten baulichen Aktivitäten ein. Die Bausubstanz und die technische Infrastruktur wiesen Mängel auf bzw. waren veraltet, auch wenn ein großer Teil der Gehöfte im Vergleich zu anderen Randkommunen des Tagebaus Espenhain noch einen relativ intakten Eindruck machte.

Der Wohnungsbau konzentriert sich seit Beginn der 90er Jahre auf den Erhalt, die Sanierung und die Erweiterung vorhandener Bausubstanz. Neubau soll vorrangig auf „Grundstücken im rückwärtigen Grundstücksbereich des Ortskerns“ erfolgen (vgl. Flächennutzungsplan 1997).

Störmthal hat als Wohnstandort im Umland der Stadt Leipzig seit Beginn der 90er Jahre rasch an Bedeutung gewonnen (vgl. Grundmann et al. 1996, S. 254). Die Nachfragenden kommen häufig aus Leipzig. Darüber hinaus wollen oftmals auch Kinder bzw. Enkel von bergbaubedingt Umgesiedelten wieder zurück in den ehemaligen Heimatort ihrer Eltern.

– Besondere Gebäude und Einrichtungen

Das Schloß Störmthal (auch Herrenhaus oder Rittergut genannt) wurde 1693 erbaut. 1786 wurden die niedrigeren Seitenflügel angefügt und vier Jahre später die Fassaden des zweigeschossigen Barockbaus und der Nebengebäude nochmals verändert (vgl. Kl. VZ v. 06.01.1998, S. 5). Zum Schloß gehörte seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine der ersten sächsischen Parkanlagen im englischen Stil mit seltenen Gehölzen sowie eine Gärtnerei und ein Gewächshaus. Der Park wurde vom Rittergutsbesitzer Rudolph von Schönefeld gestaltet, wobei bereits einige Alleen und Teiche in die Anlage einfließen. Das Schloß und der Park waren bis nach dem Zweiten Weltkrieg gut erhalten, sie bildeten ein kulturhistorisches Kleinod. In den 60er Jahren wurde der Park zum größten Teil als Sportplatz umgenutzt. Später fiel ein Teil der Parkanlagen dem Tagebau zum Opfer. Das ehemalige Herrenhaus fungierte nach der Enteignung des Rittergutes im Jahr 1945 zunächst als Augenklinik und von 1952 bis 1991 als Kinderheim. Das Schloß ist denkmalgeschützt. Seit Beginn der 90er Jahre befand es sich einschließlich des davor gelegenen Sportplatzes im Besitz der LMBV bis es 1998 in Privatbesitz überging. Es wurde mit erheblichem Aufwand gesichert, aber noch nicht saniert. Langfristig soll es als Gaststätte und für kulturelle Veranstaltungen verfügbar gemacht werden. „Eine neue Nutzung des Schlosses steht und fällt mit dem entstehenden Störmthaler See.“ (Kl. VZ v. 13.07.1999, S. 1) Der Grund und Boden des Sportzentrums wurde im zweiten Quartal 1998 dem Gemeindeeigentum zugeordnet (vgl. rundschau 6/98, S. 14).

Die Störmthaler Kirche war mehrmals baulich verändert worden, ehe sie 1722 als neue Pfarrkirche auf den romanischen Grundmauern im barocken Stil erbaut wurde. Die Kirche mit dem goldenen Turmknopf und mit der Jahreszahl 1779 versehenen Turmfahne zählt heute zu den kulturhistorisch bedeutenden Dorfkirchen im Leipziger Landkreis. Die Innenausstattung ist im schlichten Bauernbarock gehalten. Besonderheiten sind die schöne geschnitzte Kanzel über dem Altar und eine 1722/23 vom Silbermann-Schüler Zacharias Hildebrandt¹ erbaute Orgel. Diese Orgel ist als einzige aus Bachs

¹ Hildebrandt gilt als bedeutendster sächsischer Orgelbaumeister nach Gottfried Silbermann. Die Hildebrandt-Orgel wurde am 2. November 1723 in der Kirche des Ortes Störmthal

Zeiten erhalten geblieben. In der Störmthaler Kreuzkirche werden regelmäßig gut besuchte Konzertabende veranstaltet. Im September 1998 konnte mit den dringend erforderlichen Sanierungsarbeiten begonnen werden, die aus Fördergeldern von Bund und Land, aus Mitteln der Kirche, aus dem Haushalt der Gemeinde Großpösna und aus Spendengeldern finanziert werden.

Nahe der Kirche befindet sich das Pfarrhaus, welches das Geburtshaus des Theologen und Politikers Friedrich Naumann (geboren am 25. März 1860) ist. Das Seitengebäude des Pfarrhauses war in den 80er Jahren mit Hilfe der Stiftung und der Gesellschaft „Freunde und Förderer der Friedrich-Naumann-Stiftung“ ausgebaut worden. Heute befindet sich hier eine kleine Ausstellung über das Leben und Wirken dieses Ur-Liberalen (vgl. Kl. VZ. v. 29./30.03.1997; Gemeindeverwaltung Großpösna 1996, S. 50).

– Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen und weitere Investitionen

Die Kommune investierte bis 1998 u. a. in Sanierungsarbeiten am Gemeindehaus Störmthal, am Kindergarten, am Jugendclub und am Sportzentrum. Im Zusammenhang mit realisierten öffentlichen Investitionen sind außerdem die Aufbereitung des Löschteiches in Störmthal, Sanierungsmaßnahmen am Feuerwehrhaus, die Fertigstellung der Straßenbaumaßnahmen im Gewerbegebiet Störmthal, die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der gesamten Ortslage, die Errichtung eines Spielplatzes im Bereich des Sportzentrums sowie die Sanierung eines in kommunalem Besitz befindlichen Wohnhauses anzuführen.

Auf dem Plan stehen die Sanierung der Teichanlagen, die Rekonstruktion im Außen- und Innenbereich des Sportzentrums, die Modernisierung des Jugendclubs und die Lösung der Abwasser- und Oberflächenwasserproblematik. Die Verbesserung des Zustandes der Straßen und Fußwege ist fortzusetzen. Ergänzend sollen die Verbindungswege in das Waldgebiet Oberholz befestigt und die allgemeine Wegebepflanzung vorangebracht werden.

– Technische Infrastruktur

Verkehrsanbindung

Die Straßenanbindung an benachbarte Orte ist durch den Tagebaufortschritt reduziert worden. Unterbrochene Verkehrsverbindungen sollen nun entsprechend den Aussagen im Regionalplan Westsachsen wiederhergestellt werden (vgl. Regionaler Planungsverband Westsachsen 1996b, Z-68). Ende des Jahres 2000 wird die Straße zwischen Störmthal und Dreiskau-Muckern fertiggestellt sein. Eine Ortsumgehungsstraße ist geplant.

Der öffentliche Personennahverkehr bietet Busverbindungen auf der Strecke Leipzig-Borna an.

durch Johann Sebastian Bach geweiht, welcher dem Ereignis die Kantate „Höchsterwünschtes Freudenfest“ (BWV Nr. 194) widmete.

Wasser-, Abwasser- und Erdgasleitungen

Infolge der gebietsweiten Grundwasserabsenkung zur Trockenhaltung des Tagebaus Espenhain mußten die Einwohner an überörtliche Wasserversorgungsanlagen angeschlossen werden. 1996 wurden die Trinkwasserleitungen und die Hausanschlüsse erneuert. Im September 1995 wurde Störmthal zusammen mit Güldengossa an das Erdgasnetz angeschlossen. Mit den Baumaßnahmen für eine zentrale Abwasserentsorgung wurde 1999 begonnen.

Wirtschaftsstruktur

– Historische Entwicklung

Das Rittergut Störmthal war in der Vergangenheit eng mit dem Gut Liebertwolkwitz verbunden. Seine Wirtschaft verteilte sich über fünf Ortschaften. Zum Rittergut gehörten jeweils eine Brauerei, Brennerei, Schäferei, Teichfischerei und Ziegelei.

Nach dem Weltkrieg wurde auch in Störmthal die Bodenreform durchgeführt, was zur Enteignung des Rittergutes im Oktober 1945 führte. 1952 kam es zur Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), die das Gelände und die Räumlichkeiten des ehemaligen Rittergutes nutzte.

– Aktuelle Gewerbestruktur und Arbeitsplatzangebot

Zur Situation in der Gemeinde Großpösna insgesamt

In der Gemeinde Großpösna mit allen ihren Ortsteilen existierten Anfang 1998 knapp 370 Unternehmen (vgl. IHK zu Leipzig 1998, Gemeindeverwaltung Großpösna 1998). Das vorhandene Arbeitsplatzspektrum ist breit und schließt Erwerbsarbeitsmöglichkeiten im Handwerk, in der Industrie und in der Baubranche ebenso ein wie im Computerfach und im künstlerischen Bereich. Die Unternehmen verfügen im Durchschnitt über höchstens drei Arbeitsplätze. Nur wenige Firmen bieten bis zu 20 Arbeitnehmern Beschäftigung. Das Handwerk stellt in allen Ortsteilen von Großpösna (einschließlich dem Zentralort) ca. 100 Arbeitsplätze bereit.

Auf den Gemarkungen der Gemeinde Großpösna sind nach 1990 zwei neue Gewerbegebiete entstanden. Eins davon ist das 1993 entrichtete Einkaufszentrum Pösna Park im Kernort Großpösna. Es nimmt eine Verkaufsfläche von ca. 40.000 qm ein und umfaßt etwa 50 Unternehmen und ca. 450 Arbeitsplätze (vgl. Kl. VZ v. 02.02.1999). Das andere ist das zwischen Störmthal und Güldengossa befindliche Gewerbegebiet Nord 1.1. Es ist rd. 30 ha groß und soll letztlich 45 kleine und mittelständische Firmen beherbergen. Im September 1999 war seine Gewerbegebietsfläche zu 84% belegt. Damit liegt die Auslastung über dem Durchschnitt des Landkreises Leipziger Land von 70% (vgl. Kl. VZ v. 03.09.1999, S. 1).

Zum Stichtag 30.06.1996 war Großpösna mit seinen Ortsteilen lediglich für 20% der im Ort Beschäftigten gleichzeitig Wohn- und Arbeitsort. Vier Fünftel der erwerbstätigen Großpösnaer Einwohner pendelten aus. Ihr Arbeitsplatz befand sich vor allem in Leipzig und in anderen Gemeinden des Leipziger Landkreises, wobei Liebertwolkwitz und Markkleeberg die größte Rolle spielten. Etwas mehr als 70% derjenigen, die in Großpösna erwerbstätig waren, pendelten ein. Die Einpendler kamen insbesondere aus der Stadt Leipzig, aus anderen Gemeinden des Landkreises Leipziger Land (insbesondere aus Liebertwolkwitz) und aus dem Muldentalkreis.

Im Januar 1998 lief das Projekt „Arbeit statt Sozialhilfe“ über den Verein für soziale Integration an, das Großpösna gemeinsam mit anderen Gemeinden des Leipziger Landkreises initiiert hat. In diesem Rahmen konnte auch einigen Bürgern der Gemeinde Störmthal ein Arbeitsplatz vermittelt werden (vgl. Rundschau 4/98, S. 13).

In der Ortslage Störmthal angesiedeltes Gewerbe

Direkt in der Ortslage Störmthal sind ca. 30 Unternehmen angesiedelt. Sie sind der Landwirtschaft, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe, der Handelsvermittlung und dem Großhandel, dem Einzelhandel, dem Gastgewerbe, dem Verkehr und der Nachrichtenübermittlung, dem Kredit- und Versicherungsgewerbe, dem Gesundheitswesen sowie dem Bereich der sonstigen Dienstleistungen zuzuordnen.

Landwirtschaft in Störmthal und Umgebung

Störmthal hatte sich nach der 1952 vollzogenen Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zu einem agrarwirtschaftlichen Zentrum im Landkreis Leipzig entwickelt. Bis 1994 wurde hier intensive Schweinezucht betrieben. Auch in den 90er Jahren ist die Landwirtschaft in diesem Raum relativ stark geblieben. Zwar wurden auch in dieser Branche Arbeitsplätze reduziert, aber sie ist nicht völlig zusammengebrochen. 1991 schlossen sich zwei große Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu einer Landwirtschafts-Aktiengesellschaft zusammen. Sie verfügt über etwa 60 Arbeitsplätze.

Die durchschnittliche Ackerzahl für die landwirtschaftlichen Flächen (Ackerland) betrug Ende 1996 53, der Bodenrichtwert war mit 1,30 DM/qm ausgewiesen. Grünlandflächen hatten einen Bodenwert in Höhe von ca. 70-100% des Ackerlandwertes (vgl. Bodenrichtwertkarte 1996).

Für den Raum Großpösna/Liebertwolkwitz/Espenhain (ca. 6.000 Hektar groß mit etwa 5.500 Bewohnern) im Südraum Leipzig wurde durch eine Planungsgruppe eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens des Freistaates eine Studie zur „Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung“ (AEP) erarbeitet. Die Studie hebt die traditionelle Verwurzelung der Landwirtschaft in diesem Raum hervor und betont, daß die natürlichen Bedingungen für die Agrarwirt-

schaft hier aufgrund der guten Böden und der relativ offenen Landschaft günstig sind. Die Studie enthält auch Vorschläge zu künftigen Aufforstungsarbeiten, zur Anlage von Grünland und zum Rückbau von wilden Mülldeponien und verfallenen Feldscheunen, die sich störend auf das Landschaftsbild auswirken. Die Einflüsse der geplanten Autobahn A 38 auf die Landwirtschaft in der Region, speziell der mit ihr verbundene enorme Flächenbedarf, werden thematisiert.

Kommunale Finanzsituation

Der in Störmthal/Güldengossa pro Einwohner erzielte Umfang der Steuereinnahmen lag im Jahr 1992 geringfügig über dem entsprechenden Durchschnittswert des damaligen Landkreises Leipzig. Die Grundsteuer-A-Einnahmen waren in Störmthal/Güldengossa deutlich höher und die Gewerbesteuererinnahmen erheblich niedriger als im Landkreis. Die Steuereinnahmen verringerten sich 1993 im Vergleich zum Vorjahr um fast 60 Prozent, vervierfachten sich im Folgejahr und gingen 1995 auf ca. 85 Prozent der 94er Einnahmen zurück. In der Verdoppelung der Gewerbesteuererinnahmen von 1994 bis 1995 verbergen sich vermutlich die Unternehmensansiedlungen im benachbarten neuen Gewerbegebiet. 1994 und 1995 lieferte die Einkommenssteuer die Hauptquelle der steuerlichen Einnahmen der Gemeinde.

Der Schuldenstand von Störmthal/Güldengossa betrug 1994 69.000 DM, also 99 DM pro Einwohner. Im Vergleich zu den anderen Untersuchungsgemeinden war dies ein sehr niedriger Betrag. (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1998) Die Gemeinde Großpösna sah für 1998 die Aufnahme neuer Kredite vor. Die Inanspruchnahme hätte zu einer Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung geführt, die allerdings immer noch unter dem zu diesem Zeitpunkt bestehenden Landesdurchschnitt gelegen hätte.

Verfügbarkeit von Fördermitteln

Im Jahr 1993 wurden der Gemeinde Störmthal/Güldengossa zur Erschließung des neuen Gewerbegebietes vom Regierungspräsidium Leipzig Fördermittel aus dem Programm Gemeinschaftsausgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bewilligt.

Bezüglich der baulichen Erneuerung bestand in Störmthal im öffentlichen Bereich Anfang der 90er Jahre ein ebenso großer Sanierungsbedarf wie in anderen auf den ersten Blick verfallener wirkenden Untersuchungsorten (z. B. bei der technischen Infrastruktur und bei kommunalen Gebäuden und Anlagen wie dem ehemaligen Rittergut und dem Sportzentrum Störmthal). Im Unterschied zu anderen Randgemeinden des Tagebaus Espenhain machten die privaten Häuser und Höfe in Störmthal dank der Bemühungen ihrer Ei-

gentümer aber einen relativ guten Eindruck. Aus diesem Grund bekam der Ort zu diesem Zeitpunkt im Rahmen der finanziellen Unterstützung der Gemeinden, die bis dahin unter dem sog. Bergbauschutz gestanden hatten, kaum zentrale Fördermittel. Erst 1996 wurde Störmthal in das Kohleförderprogramm des Freistaates Sachsen aufgenommen. Im März 1997 entschied sich außerdem die Förderwürdigkeit der Ortslage Störmthal im Rahmen des Sächsischen Dorferneuerungsprogramms. Dessen Ziel besteht in der Erhaltung und Umnutzung der Ortsbildprägenden, zum Teil ehemaligen landwirtschaftlichen Bausubstanz. Das bedeutet, daß neben dem Ausbau der dörflichen Infrastruktur und der Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude die Sanierung wertvoller Kulturdenkmäler im Ort unterstützt wird. Neubauten werden vom Dorfentwicklungsprogramm ausdrücklich nicht gefördert, da in erster Linie die alten Ortskerne wiederbelebt werden sollen, um den ländliche Charakter der Orte zu erhalten (vgl. Kl. VZ v. 02.05.1997, S. 3).

1998 schuf das Landwirtschaftsministerium innerhalb des Aktionsprogrammes „Ländlicher Raum - Dorfentwicklung, Land- und Forstwirtschaft in Braunkohlelandschaften“ finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Eigentümer von Hofstellen, denen zu DDR-Zeiten landwirtschaftliche Flächen für die bergbauliche Inanspruchnahme entzogen worden sind. Die Förderhöhe bei Sanierungs- und Umbauvorhaben ist abhängig vom Ausmaß des Flächenverlustes (vgl. Amtsblatt Böhlen/Rötha 7/98).

Administrative Zugehörigkeit und kommunale Zusammenarbeit

In Störmthal wurde am 01. Oktober 1973 Güldengossa als Ortsteil eingemeindet. Der Zusammenschluß beider Gemeinden erfolgte aufgrund der territorialen Lage, der einheitlichen Bewirtschaftung sowie der Zentralisierung der Volksbildung (vgl. Ortschronik Güldengossa 1995/96). Der Sitz der Gemeindeverwaltung war Störmthal.

Mit Wirkung vom 01.01.96 wurde die Eingemeindung von Störmthal und seinem Ortsteil Güldengossa nach Großpösna vollzogen. Diese drei Orte haben zu Beginn der 90er Jahre auf einen administrativen Zusammenschluß orientiert. Verbindende Elemente zwischen Großpösna und Störmthal/Güldengossa sind das Waldgebiet Oberholz als attraktives Naherholungsgebiet und die gemeinsame und arbeitsteilige Gewerbegebietsplanung. Der Ortschaftsrat von Störmthal/Güldengossa existiert weiter, und der Ortsvorsteher vertritt den Ortsteil im Gemeinderat von Großpösna.

Zustand und Potentiale der Landschaft

Östlich der Ortslage Störmthal zieht sich das ca. 600 ha große Oberholz entlang. Dabei handelt es sich um das größte zusammenhängende Waldgebiet im Südosten vor den Toren der Stadt Leipzig. Es ist ein bekanntes und von der

Wohnbevölkerung der Region intensiv genutztes Naherholungsgebiet. Bestimmte Wege sind für den Reittourismus freigegeben. Insbesondere aus dem Oberholz resultiert gegenwärtig die landschaftliche Attraktivität dieses Untersuchungsortes bzw. seiner nahen Umgebung.

Im Zuge der Tagebausanierung werden sich in dem Restlochbereich zwei Seen bilden. Der bis ca. 2013 geflutete, rd. 665 ha großen Störmthaler See wird unmittelbar an die Ortslage grenzen. Dieser See erhält überwiegend den Status eines Natursees. Das bedeutet, daß er Voraussetzungen für die ruhige Erholung bieten wird. Das Steilufer an der nordöstlichen Seite des künftigen Sees soll erhalten bleiben. Die ganzjährige Nutzung steht im Mittelpunkt der Überlegungen zu Gestaltung des Sees. Nur ausgewählte Bereiche werden der aktiven Erholung dienen. Am Ostufer werden die Störmthaler einen ortsnahen Strand erhalten. Neben diesem kleinen Badebereich wird am Südufer noch ein größerer Strandbereich nördlich der Ortslage Dreiskau-Muckern eingerichtet. Westlich davon ist ein Segelhafen mit weiteren Freizeiteinrichtungen geplant. (vgl. LVZ v. 11.02.1999, S. 13).

Rund um den zukünftigen Störmthaler See wird ein Radweg entstehen, der größtenteils auf der Gemarkung Störmthal verlaufen wird (vgl. FNP 1997). Seeseitig ist insgesamt eine parkähnliche Randstruktur vorgesehen, die zugleich eine Schutzfunktion hat: die nahegelegenen Siedlungsbereiche sollen vor dem Wind geschützt werden, mit dessen Bildung auf der relativ großen Wasserfläche zu rechnen sein wird (vgl. Öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates v. 19.03.1997).

Laut Zielstellungen des Sanierungsrahmenplanes für den stillgelegten Braunkohlentagebau Espenhain sollen darüber hinaus die Vorflutverhältnisse „so gestaltet werden, daß mit dem Erreichen der Endwasserstände ... kleinere Fließgewässer aus östlich des Sanierungsgebietes liegenden Bereichen in die neu zu schaffende Vorflut einschließlich des Störmthaler Sees eingebunden werden.“ (Regionaler Planungsverband Westsachsen 1998a, S. 37)

Zusätzliche landwirtschaftliche Flächen werden infolge der zu realisierenden Tagebausanierung nicht entstehen. Jedoch wird die Sanierung des Tagebaus Espenhain mit weiteren Änderungen in der forstwirtschaftlichen Flächennutzung auf der Gemarkung Störmthal verbunden sein. Bereits im November 1996 wurden die Aufforstungen zwischen Störmthal und dem Waldgebiet Oberholz begonnen. Dafür hatte die Gemeinde Großpöna einige Flächen am Tagebaurand gekauft. Diese Aktion zählt zum Aufforstungsprogramm, welches die Kommune zusammen mit der Stiftung „Wald für Sachsen“ gestartet hat. Es ist in die Aktion „Ein grüner Ring für Leipzig“ eingebunden.

In die Folgelandschaft des Tagebaus sind außerdem eine Hausmülldeponie und eine (geplante) Autobahntrasse integriert. Infolge dieser Nachbarschaften erfahren die raumordnerischen Konflikte im Tagebaubereich Espenhain in der ohnehin komplizierten Sanierungssituation eine Zuspitzung (vgl.

Grundmann et al. 1996, S. 254). Die Deponie ist inmitten des Kippengeländes, auf dem bald die Flutung des Störmthaler Sees beginnt, angesiedelt. Ein Restrisiko für das Grund- und Oberflächenwasser infolge der Setzungerscheinungen des geschütteten Bodens kann trotz des hohen technischen Sicherheitsstandards der Deponie (vgl. Amtsblatt Landkreis Leipziger Land v. 31.07.1998, S. 8) nicht ausgeschlossen werden. Ein weiteres Problem besteht in der Unvereinbarkeit des Müllberges mit der entstehenden Erholungslandschaft. Damit der Sicht-, Immissions- und Lärmschutz um die Deponie Cröbern gewährleistet wird, sind eine Reihe von Aufforstungsmaßnahmen geplant.

Im Zusammenhang mit der geplanten Autobahn A 38 sind aus Störmthaler Sicht Veränderungen der bisherigen Gebietsstruktur nicht auszuschließen. So könnte nach ihrem Bau der gesamte nördlich angrenzende, gegenwärtig noch stark land- und forstwirtschaftlich geprägte Raum urban überformt und die Grenze urbaner Prägung im Umland der Stadt Leipzig bis unmittelbar vor Störmthal verschoben werden. Die Bedeutung von Störmthal als Wohnort im Rahmen der Suburbanisierungsprozesse um die Stadt Leipzig würde in diesem Kontext weiter wachsen. Ein weiterer bedeutsamer Aspekt bezüglich der Trasse ist die ästhetische Gestaltung der landschaftlichen Umgebung von Störmthal. Es werden bauliche Lösungen gesucht, die die Autobahn harmonisch in die Umgebung einpassen. (vgl. Stadt Markkleeberg, Gemeinde Großpösna, Gemeinde Großeuben 1997) Die geplante Autobahn A 38 wird seitens der politischen Entscheidungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung des Südraumes Leipzig als außerordentlich wichtig eingeschätzt. Zugleich wird sie für die potentiellen Anliegerkommunen mit Problemen behaftet sein. Dazu gehören der Flächenentzug für die Autobahn selbst und für die erforderlichen Ausgleichsbereiche ein. Diese Flächen gehen für andere Nutzungsarten, z. B. für Landwirtschaft und Erholung, verloren. In bezug auf das zu erwartende Verkehrsaufkommen herrschen unterschiedliche Meinungen vor. Einerseits wird eine Entlastung der örtlichen Durchfahrtsstraßen vom Fernverkehr erwartet. Andererseits wird aufgrund ihrer Zubringerfunktion mit mehr Verkehr gerechnet.

Thesen zur Ortsentwicklung

Störmthal war ein regionaltypisches Bauerndorf, das seinen Charakter durch den Einfluß der Braunkohleindustrie partiell verändert hat. Die Landwirtschaft als Hauptbeschäftigungsfeld der Einwohner wurde zurückgedrängt. Die bauliche Struktur des Dorfes konnte weitgehend erhalten werden. Der hohe Anteil an privatem Grundeigentum und dessen Instandhaltung durch die Besitzer sind die wesentliche Ursache dafür. Nach dem Stilllegungsbeschluß des Tagebaus kann der Ort an traditionelle dörflich-ländliche Gemeindestrukturen anknüpfen. In Verbindung mit modernen, diversen Entwicklungspfaden, die

den landschaftlichen Attraktivitätsgewinn im Zuge der Tagebausanierung einschließen, empfiehlt sich Störmthal als suburbaner Wohnstandort.

1. Störmthal orientiert sich schwerpunktmäßig auf das Leitbild einer Wohn-gemeinde im suburbanen Raum. Vergangene Nachteile der Randlage zum Tagebau Espenhain schlagen mittelfristig in den Vorteil der unmittelbaren Lage am Störmthaler See um.

Der dörfliche Charakter, eine relativ intakte Baustruktur, die Nähe zur Stadt Leipzig und die Sanierungsziele für den Tagebau Espenhain stellen ein Bedingungsgefüge dar, das Störmthal als Wohnort besonders interessant macht. Der Wohnwert des Ortes selbst ergibt sich insbesondere aus seiner baulichen Grundstruktur (Straßenangerdorf), den sanierten Gebäuden, dem realisierten innerörtlichen privaten Wohnungsneubau und den schön gestalteten Vorgärten. Des weiteren verfügt der Ort über kulturhistorisch wertvolle, teilweise sanierungsbedürftige Stätten.

Die Ortsentwicklung seit der Tagebaustillegung hat den Zuzug neuer Einwohner stimuliert. Mit der zu erwartenden Aufwertung der landschaftlichen Umgebung wird dieser Trend voraussichtlich weiter anhalten.

2. Die Naherholungsfunktion ist von Störmthal als ergänzende Aufgabe wahrzunehmen.

Gemäß dem Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Espenhain ist die Nutzung des künftigen Störmthaler Sees auf der gleichnamigen Gemarkung in erster Linie auf die stille Erholung (Spaziergehen, Angeln, Natur beobachten) und die Ausübung von Freizeitaktivitäten, die ebenfalls an keine baulichen Voraussetzungen gebunden sind, gerichtet. Der Ort wird von Tagesgästen frequentiert werden, die Störmthal zu Fuß oder mit dem Rad durchqueren, um Sehenswürdigkeiten und andere schöne Ortsdetails zu besichtigen, die gastronomischen Einrichtungen zu nutzen und die Badestelle aufzusuchen. Mit dieser voraussichtlichen Art des Besucherstroms erhält Störmthal eine Naherholungsfunktion. Die im Vergleich zur Wohnfunktion nachgeordnete Bedeutung der Naherholung setzt einerseits zielgerichtete Initiativen und ortsgestaltende Maßnahmen zur Verbesserung des Selbstbildes voraus, die auch zur Erhöhung der Außenwirkung beitragen.

3. Zusätzlich zur Funktion als Wohnort und Naherholungsort orientiert Störmthal auf die Ansiedlung kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Die Ansiedlung von Gewerbe in der Ortslage und deren unmittelbarem Umfeld wird von Störmthal als eine wichtige Dimension der Ortsentwicklung betrachtet. Diese Sicht vertritt auch die Gemeinde Großpösna im Rahmen ihres funktionsteiligen Konzeptes für die zugehörigen Ortsteile. Mit der bereits vollzogenen und der fortzusetzenden Unternehmensansiedlung wird die Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes für die ansässige Bevölkerung ver-

folgt. Sie unterstützt außerdem die funktionale Eigenständigkeit des Ortes und sichert den öffentlichen Haushalt. Dies kann wiederum Potentiale zur Erhöhung der Attraktivität als Wohnstandort mit Eignung für die Naherholung freisetzen.

4. Landwirtschaftlichen Strukturen wird weiterhin eine wirtschaftliche Bedeutung beigemessen.

Die Landwirtschaft um Störmthal wurde in der Vergangenheit erheblich zurückgedrängt. Ein Teil der verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen bleibt infolge der intensiven Bepflanzung der Region, insbesondere im Zusammenhang mit dem Autobahnbau, bedroht.

Die Studie zur agrarstrukturellen Entwicklungsplanung, die für den Raum Liebertwolkwitz/Großpösna/Espenhain unter Mitarbeit von Großpösna und seinen Ortsteilen erstellt wurde, liefert Anregungen für die überörtliche Planung der Landwirtschaft sowie Hinweise zur Entwicklung der im Untersuchungsgebiet gelegenen Ortslagen für einen Zeithorizont von zehn bis zwölf Jahren. Sie verweist auf vorhandene Potentiale, deren Aufgreifen die begrenzte Weiterführung landwirtschaftlicher Traditionen im Betrachtungsraum ermöglicht. Da die Landwirtschaft immer auch unter dem landschaftsgestaltenden Aspekt zu sehen ist, könnte ihr Weiterbetreiben wiederum helfen, den dörflichen Charakter des Ortes und den Stellenwert Störmthals als Wohnort im suburbanen Raum zu sichern.

5. Eine Bedingung für die mittel- und langfristige Entwicklungsfähigkeit des Ortes ist die Aufwertung der sozialen und technischen Infrastruktur.

Den Störmthalern wird seitens des hiesigen Sportvereins ein umfangreiches Angebot an sportlichen Aktivitäten unterbreitet. Dagegen ist der Ausstattungsgrad in Bezug auf Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote im Ort relativ gering. Unter Berücksichtigung der in den 90er Jahren gestiegenen und momentan weiter im Ansteigen begriffenen Einwohnerzahl des Ortes ist das Spektrum an Versorgungsleistungen zu erweitern. Damit könnte zugleich die Ortsbindung der Bewohner gefördert werden. Sie gilt als zuverlässiges Fundament für die weitere Ortsentwicklung.

Die Ende 1999 begonnenen Baumaßnahmen zur Realisierung eines flächendeckenden Anschlusses der Verbraucher vor Ort an die zentrale Abwasserentsorgung sind im Hinblick auf die Qualität der zu renaturierenden Fließgewässer in der künftigen Wohn- und Erholungslandschaft von großer Bedeutung.

6.3.2. Auswertung der Befragung

Zur Durchführung der empirischen Erhebung

Nach Angaben der Deutschen Post AG gibt es in Störmthal 128 Haushalte. An 120 wurden durch eine Projektmitarbeiterin Fragebögen verteilt.

Die Rücklaufquote beträgt 75%. Dies ist ein außerordentlich positives Ergebnis. Denn im Durchschnitt aller Untersuchungsgemeinden, in denen die Fragebögen persönlich übergeben wurden, lag der Rücklauf bei 51%.

Junge Einwohner im Alter von 18 bis 24 Jahren sind nicht in der Stichprobe vertreten. Die Besetzung der übrigen Altersgruppen deckt sich weitgehend mit dem entsprechenden Anteil der Einwohnerschaft (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Vergleich der Altersstruktur der Störmthaler Befragten mit der Wohnbevölkerung von Störmthal/Güldengossa von 1997 (Angaben in Prozent)

Altersgruppe	Befragte in Störmthal (n=94)	Wohnbevölkerung* Störmthal/Güldengossa
18 - 24 Jahre	0	8,0
25 - 34 Jahre	18,1	17,9
35 - 44 Jahre	21,3	19,6
45 - 54 Jahre	16,0	13,9
55 - 64 Jahre	21,3	18,7
65 Jahre und älter	23,4	21,9

* Die Berechnung der Anteile der Altersgruppen erfolgte auf der Basis der Wohnbevölkerung ab dem Alter von 18 Jahren (663 Einwohner); insgesamt hatte Störmthal/Güldengossa per 31.12.1997 803 Einwohner.

Quelle: Gemeindeverwaltung Großpösna 1997

Damit spiegelt das Sample die Einwohnerschaft von Störmthal nach dem Merkmal Alter adäquat wider, und es kann als repräsentativ bezeichnet werden.

Sozialstruktur der Befragten

– Sozialdemographische Daten

Geschlecht und Alter

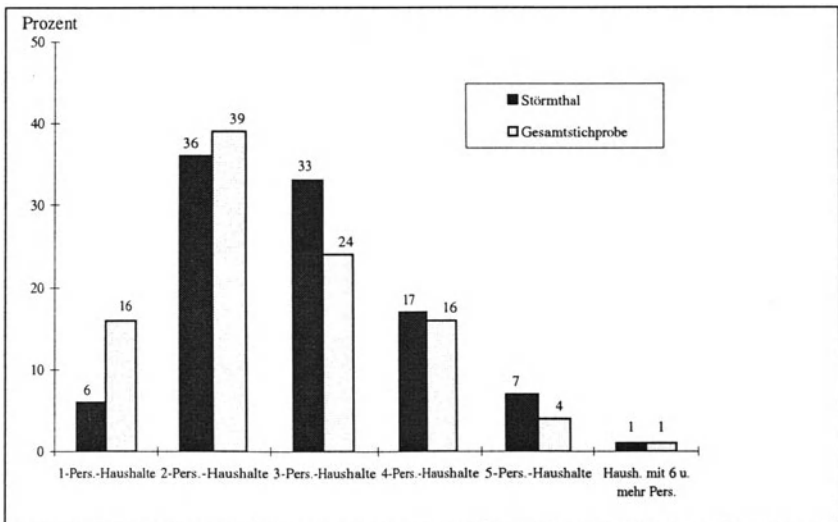
55% der Stichprobe sind Männer und 45% Frauen. Diese Verteilung entspricht der Gesamtstichprobe.

Familien- und Haushaltsstruktur

Dem Familienstand nach sind drei Viertel der Störmthaler Befragten verheiratet, der Anteil der Ledigen beträgt knapp 10%. Geschieden sind 6%, verwitwet 8%. Nach der Lebensform sortiert, leben 85% der Befragten in einer partnerschaftlichen Beziehung und 15% allein. In der Gesamtstichprobe umfaßt die letztgenannte Gruppe 22% aller Befragten. Die Hälfte der Alleinlebenden ist im Rentenalter.

Knapp zwei Drittel der befragten Haushalte in Störmthal sind kinderlos, ähnlich wie in der Gesamtstichprobe. Ein Viertel der Haushalte hat ein Kind unter 18 Jahren, und 16% haben zwei Kinder – der letzte Wert ist etwas höher als im Gesamtsample. Lediglich in einem Haushalt leben mindestens drei Kinder.

Diagramm 3: Haushaltsgröße im Störmthaler Sample (n=97) und in der Gesamtstichprobe (n=1.611) (Angaben in Prozent)



Zur Haushaltsgröße (vgl. Diagramm 3) ist festzustellen, daß die aus zwei und aus drei Personen bestehenden Haushalte im Sample jeweils etwa ein Drittel der Befragungspopulation ausmachen. Kleine (Einpersonenhaushalte) und große Haushalte (Fünf- und Sechspersonenhaushalte) sind mit Anteilen von 6% bzw. 8% vertreten.

Im Vergleich zur Gesamtstichprobe weist das Sample einen deutlich geringeren Anteil an Einpersonenhaushalten und einen erheblich höheren Anteil an Haushalten mit drei und mehr Personen auf. Die größeren Anteile an Mehrpersonenhaushalten können nur geringfügig darauf beruhen, daß mehr

Kinder in den Familien leben. Die Befragungsergebnisse weisen auf Haushalte hin, in denen drei Generationen zusammen bzw. Eltern(teile) bei ihren erwachsenen Kindern leben. Damit wird die Existenz eines Merkmals traditioneller ländlich-dörflicher Haushaltsführung belegt.

– Sozioökonomische Daten

Bildung

Die schulische Bildung zugrunde gelegt, hat ein Drittel der Population die 8./9. Klasse bzw. die Hauptschule beendet. 46% verfügen über den Abschluß der 10. Klasse bzw. der Realschule. 15% haben das Abitur abgelegt. Ohne schulischen Abschluß sind vier Personen. Diejenigen mit höheren Schulabschlüssen sind im Durchschnitt jünger. Diese Tendenz setzt sich auch hinsichtlich der beruflichen Qualifikation fort.

In der Störmthaler Befragungspopulation hat knapp die Hälfte eine Lehre bzw. eine Ausbildung zum Facharbeiter abgeschlossen. Etwa ein Drittel verfügt über einen Fachschul-, Meister- oder Technikerabschluß, und Hochschulabsolventen sind zu 13% vertreten. Befragte ohne oder mit einem niedrigen Abschluß (angelernt oder Teilfacharbeiter) machen einen Anteil von 6% aus.

Das Vorliegen der schulischen und beruflichen Ausbildungsabschlüsse gestattet die Ermittlung des Bildungsindex, aus dem das Qualifikationsniveau abgeleitet werden kann. Er dient der Charakterisierung des sozioökonomischen Status der Befragten. Entsprechend dieses Index und seines Interpretationsmodus verfügen etwa 9% der Befragten von Störmthal über ein relativ niedriges, 72% über ein mittleres und 18% über ein relativ hohes Qualifikationsniveau. Bezüglich dieses Merkmals liegt Störmthal im Mittel etwas unter dem des Gesamtsamples.

Erwerbstätigkeit

Zum Zeitpunkt der Erhebung waren im Sample, genau wie in der Gesamtstichprobe, 53% erwerbstätig², 84% davon in Vollzeitjobs. Als (überwiegenden) Arbeitsort geben 38% der Erwerbstätigen den eigenen Wohnort und 32% Nachbarorte bzw. Orte in der nahen Umgebung (ohne Leipzig) an. Ein Viertel arbeitet in der Stadt Leipzig. Nur in Einzelfällen wird regelmäßig in den Nachbarkreis oder in andere Bundesländer ausgespendelt. 69% der Erwerbstätigen fahren meist mit dem PKW zur Arbeit. Ein relativ hoher Prozentsatz von 34% geht zu Fuß oder nimmt das Fahrrad, in der Gesamtstichprobe sind dies nur 23%.

Im folgenden geht es um die Beschäftigungsfelder der Erwerbstätigen des Samples. Erhoben wurden die Branchen, in denen die Befragten in den Jahren

² In die Kategorie „erwerbstätig“ fallen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte sowie Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und in §249h-Maßnahmen. Auszubildende wurden zur Gruppe der Nichterwerbstätigen gezählt.

1988 und 1998 tätig waren. In Tabelle 2 werden die Branchen hervorgehoben, in denen zu den beiden Zeitpunkten die meisten Störnthaler beschäftigt waren. Vor der Wende spielte die Land- und Forstwirtschaft für den Erwerb des Lebensunterhalts die größte Rolle, mehr als ein Viertel der Befragten war damals in dieser Branche beschäftigt. Auf Platz zwei folgten mit einem Anteil von jeweils 13% der seinerzeit in der Region dominante Wirtschaftszweig Energie/Wasser/Bergbau sowie die Branche Erziehung/Unterricht/ Gesundheit/So- ziales. Dahinter rangierten die Verarbeitende Industrie, das Baugewerbe, das Handwerk, die Öffentliche Verwaltung und sonstige Dienstleistungen und alle weiteren Branchen. Zehn Jahre später haben sich deutliche Veränderungen vollzogen. Am extremsten ist der Rückgang des Beschäftigtenanteils in der Landwirtschaft von 28% auf 6%. Reichlich die Hälfte der 1988 in dieser Branche Beschäftigten ist aus der Erwerbsarbeit ausgeschieden. Fast alle von ihnen haben die Rentenregelungen in Anspruch genommen, Arbeitslosigkeit ist die Ausnahme. Auch die Branchen Energie/Wasser/Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie) haben an Bedeutung verloren. Nur noch zwei Drittel der im Jahr 1988 in diesen Branchen beschäftigten Befragten arbeiten 1998 hier. Die Bedeutungsverluste der o. g. drei Branchen korrespondieren mit den strukturellen Veränderungen in der Regionalwirtschaft.

Demgegenüber hat sich der Stellenwert des Dienstleistungssektors erhöht, insbesondere in unternehmensbezogenen Dienstleistungen ist der Beschäftigtenanteil gestiegen. Die Bedeutung der Baubranche und des Handwerks hat jeweils leicht zugenommen.

Tabelle 2: Beschäftigung der Erwerbstätigen nach ausgewählten Branchen 1988 und 1998 (Angaben in Prozent)

Branchen	1988 Sample n=83	Gst* n=1.324	1998 Sample n=47	Gst n=825
Land- und Forstwirtschaft	27,7	9,6	6,4	2,5
Energie/Wasser/Bergbau	13,3	20,4	10,6	6,9
Verarbeitendes Gewerbe (Industrie)	9,6	16,5	6,4	5,5
Verarbeitendes Gewerbe (Handwerk)	7,2	6,5	10,6	8,1
Baugewerbe	8,4	9,7	10,6	13,0
Handel	3,6	4,8	6,4	9,5
Unternehmensbezogene Dienstleistungen				
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,4	1,5	12,8	5,7
Erziehung/Unterricht/Gesundheit/Soziales	13,3	12,8	10,6	15,6

*Gst=Gesamtstichprobe

Die beschriebenen relativen Veränderungen in den Beschäftigungsfeldern der erwerbstätigen Befragten im Zeitraum von 1988 bis 1998 sind mit einer drastischen Erhöhung der Nichterwerbstätigkeit verbunden. War in der Teilstichprobe vor der Wende fast jeder Zwanzigste nicht erwerbstätig, so ist es

zehn Jahre später jeder Zweite. Der Anteil Arbeitsloser im Sample entspricht dem in der Gesamtstichprobe. Die Erwerbstätigen und die Nichterwerbstätigen im arbeitsfähigen Alter unterscheiden sich in der Tendenz: Die Erwerbstätigen sind im Durchschnitt jünger und verfügen über ein höheres mittleres Qualifikationsniveau.

Für die Erwerbstätigen wurde auch die berufliche Stellung erhoben. Angestellte dominieren mit einem Anteil von 51%. Arbeiter sind mit 30%, Selbstständige mit 12% und Beamte mit 6% vertreten. Diese Verteilung entspricht etwa der in der Gesamtstichprobe.

Die Stellung im Beruf kann zur Ermittlung des sozioökonomischen Status bzw. des Grades der Handlungsautonomie im Beruf nach Hoffmeyer-Zlotnik (1993) herangezogen werden. Von den Berufstätigen der Störmthaler Population verfügt demnach reichlich ein Drittel über eine relativ geringe Selbstständigkeit bzw. Entscheidungsfreiheit im Berufsleben (z. B. Arbeiter, Angestellte mit einfacher Tätigkeit, selbstständige Landwirte). Für eine beinahe ebenso große Gruppe besteht aber auch eine hohe Handlungsautonomie (z. B. Angestellte mit hochqualifizierter Tätigkeit und Führungsaufgaben, selbstständige Handwerker sowie sonstige Selbstständige) (vgl. Tabelle 3). Im Vergleich zur Gesamtstichprobe sind im Störmthaler Sample die Beschäftigten mit hoher Handlungsautonomie in geringerem Umfang vertreten.

Tabelle 3: Grad der Handlungsautonomie (Angaben in Prozent)

Rangordnung	Störmthal (n=49)	Gesamtstichprobe (n=826)
Niedrig	36,7	30,6
Mittel	28,6	28,6
Hoch	34,7	40,8

Haushaltseinkommen

Erfahrungen bei der Ermittlung der Einkommenshöhe besagen, daß die Angaben in der Regel zu niedrig veranschlagt werden (vgl. Statistisches Bundesamt 1999, S. 32) und daß die Zahl der Antwortverweigerer relativ hoch ist (vgl. Krupp 1979, S. 208). In Störmthal hat ein Fünftel der Befragten keine Angaben zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen gemacht. Die Antwortverweigerungen durchziehen nahezu alle Haushaltsgrößen.

Von den Haushalten, die Auskunft gaben, verfügt reichlich ein Fünftel über weniger als 2.000 DM. Die gute Hälfte ordnet sich der Spanne von 2.000 DM bis 3.999 DM zu. 16% der Haushalte können Nettoeinkünfte von 5.000 DM und mehr verbuchen, die knappe Hälfte davon über 6.000 DM. Diese Verteilung entspricht annähernd der in der Gesamtstichprobe.

Das Segment der unteren Einkommen bündelt auffallend viele Rentnerhaushalte und Haushalte, in denen die befragte Person arbeitslos ist. In die höchste Einkommensgruppe über 5.000 DM ordnen sich Haushalte ein, in denen die Bezugsperson in der Regel einen Vollzeitjob ausübt. Diese Ergeb-

nisse unterstreichen tendenziell andere Untersuchungsergebnisse, in denen belegt wird, daß Rentner- und Arbeitslosenhaushalte im Vergleich zu Erwerbstätigenhaushalten über relativ niedrige Haushaltsnettoeinkommen verfügen (vgl. Drechsel 1997, S. 14).

– Fazit

Die Einwohner von Störmthal sind in relativ hohem Maße familiär eingebunden. Dafür sprechen einerseits der niedrige Anteil der Einpersonenhaushalte wie andererseits die aus den Befragungsdaten ablesbaren Hinweise darauf, daß zu relativ vielen Haushalten neben den Kindern der befragten Bezugsperson auch die (Schwieger-)Eltern gehören. Der hohe Grad an familiärer Einbindung ist als soziales Potential einzuordnen, weil der Familienverbund den dazugehörigen Mitgliedern ein hohes Maß an emotionaler und materieller Sicherheit bietet.

Die Störmthaler Befragten verfügen über ein etwas niedrigeres mittleres Qualifikationsniveau als die Gesamtstichprobe. Allerdings ist zwischen den Altersgruppen weiter zu differenzieren. Das Bildungsniveau der jüngeren Befragten ist höher als das der älteren.

Der Anteil der Erwerbstätigen entspricht mit 53% dem Wert der Gesamtstichprobe. Der regionale Strukturwandel schlägt sich in dem veränderten Besatz der Beschäftigungsfelder nieder. Zwischen 1988 und 1998 ist vor allem der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft drastisch gesunken. Aber auch der Arbeitsplatzabbau in der Branche Energie/Wasser/Bergbau und im Verarbeitendem Gewerbe (Industrie) wirkt sich in Störmthal aus, allerdings nicht in dem Maße wie es anderenorts der Fall ist (z. B. in Espenhain).

Wohnzufriedenheit der Befragten

– Wohnbiographie

Die durchschnittliche Wohndauer der Störmthaler Befragten im Wohnort beträgt 34 und die mittlere Wohndauer in der Wohnung 24 Jahre.

46% der Befragten wohnen schon immer in Störmthal. Von denjenigen, die erst im Laufe ihres Lebens hierher gezogen sind, kam die Hälfte aus der Stadt Leipzig, und knapp ein Viertel stammt aus einem Ort des Landkreises Leipziger Land³. Die geringe Entfernung zur Großstadt und die Attraktivität Störmthals dürften Gründe dafür sein, daß der Anteil der ehemaligen Leipziger im Sample um gut 10% höher ist als in der Gesamtstichprobe. Auch unter den nach 1990 Zugezogenen, die ein gutes Viertel der Störmthaler Stichprobe ausmachen, ist der Anteil der ehemaligen Leipziger mit 70% sehr hoch. Für etwa die Hälfte von ihnen ist die Großstadt weiterhin der Arbeitsort geblie-

³ Der Landkreis Leipziger Land umfaßt die früheren Landkreise Leipzig, Borna und Geithain.

ben. Dieser Sachverhalt stützt die These, daß Störmthal Teil des suburbanen Raumes von Leipzig ist. Es hat aufgrund der hier vorzufindenden Wohnbedingungen, die im weiteren näher analysiert werden, von der Wanderung der Leipziger Bevölkerung in das Umland profitiert.

Neuzugezogene und Alteingesessenen weisen im Sample sozialstrukturelle Unterschiede auf. Neuzugezogene

- sind signifikant jünger⁴,
- sind durch einen höheren sozioökonomischen Status charakterisiert (höheres Qualifikationsniveau und größere berufliche Handlungsautonomie) und
- verfügen über höhere Haushaltsnettoeinkommen⁵.

Im folgenden interessiert, warum Störmthal als Wohnort gewählt wurde (vgl. Tabelle 4) Vorrangig waren die Schaffung von Wohneigentum und familiäre Gründe. Diese beiden Gründe werden auch in der Gesamtstichprobe am häufigsten genannt. In Abhängigkeit zum Umzugszeitpunkt ergibt sich eine unterschiedliche Rangfolge der Umzugsgründe. Während vor 1990 die familiären Belange ausschlaggebend waren, dominierte danach die Option „Schaffung von Wohneigentum“.

Tabelle 4: Gründe für die Wohnortwahl (Mehrfachnennungen möglich) (Angaben in Prozent)

Zuzugsgründe	Störmthal			Gesamtstichprobe Zugezogene insgesamt
	Zugezogene insgesamt (n=46)	davon: vor 1990 (n=22)	seit 1990* (n=25)	
familiäre Gründe	28,3	40,9	16,0	36,6
Schaffung von Eigentum	47,8	31,8	60,0	35,5
gute Wohnlage	13,0	4,5	20,0	18,8
Arbeitsplatzangebot	17,4	22,7	12,0	15,7
günstiges Wo.-Angebot	10,9	0	20,0	13,0
günstiger Preis für Land	15,2	0	28,0	7,6
mögliche Inanspruchnahme von Fördermitteln	10,9	4,6	16,0	4,7

Frage: Bitte nennen Sie die Gründe für die Wahl Ihres Wohnortes!

*entspricht der Gruppe der Neuzugezogenen;

⁴ Für die Neuzugezogenen beträgt das mittlere Alter 41 Jahre, für die Alteingesessenen 54 Jahre.

⁵ Die in Abhängigkeit zur Wohndauer aufgezeigten Unterschiede sind statistisch bedeutsam (p=0,000 bzw. p=0,001).

– Charakterisierung und Bewertung der unmittelbaren Wohnbedingungen
20% der Störmthaler Befragten leben auf einem Bauernhof. In einem Ein- oder Zweifamilienhaus wohnen 73% und in einem Mehrfamilienhaus 7%. Diese Angaben unterstreichen den dörflichen Charakter von Störmthal. Im Vergleich dazu haben in der Gesamtstichprobe 5% ihr Domizil auf einem Bauernhof, und 40% leben in Mehrfamilienhäusern.

86% der Störmthaler geben an, daß das Haus, in dem sie wohnen, ihnen selbst bzw. ihrer Familie gehört. In der Gesamtstichprobe sind dies nur knapp 60%. Damit ist der Anteil selbstgenutzten Eigentums in Störmthal überdurchschnittlich hoch. Weitere 5% wohnen in Häusern eines anderen privaten Eigentümers - mit 13% ist dieser Anteil in der Gesamtstichprobe erheblich größer. Genossenschaftliches und kommunales Wohneigentum ist nur in sehr geringem Umfang vertreten. Aufgrund dieser Eigentumsstruktur ist der Anteil der Mieter im Sample mit 12% sehr niedrig. Eine Mietwohnung wird tendenziell von einkommensschwächeren Haushalten, deren jeweilige Bezugsperson zum Zeitpunkt der Befragung teilzeitbeschäftigt, arbeitslos oder Rentner/in war, genutzt.

Fast 40% der Befragten in Störmthal wohnen in einem Haus, das bereits vor 1918 gebaut worden ist. Jeweils etwa 20% leben in Häusern die zwischen 1919 und 1948, zwischen 1949 und 1989 und nach 1990 errichtet wurden. Der Anteil der neuen Häuser entspricht dem Wert in der Gesamtstichprobe.

Von Relevanz für das Niveau der unmittelbaren Wohnbedingungen ist der Stand der Werterhaltungsmaßnahmen. Diese Frage erübrigt sich für die 20%, deren Häuser erst nach der Wende gebaut worden sind. Von den anderen Befragten bestätigen 93% (das sind 75% des Samples), Sanierungsarbeiten durchgeführt zu haben. Von diesen sorgten sich fast zwei Drittel bereits vor der Wende aktiv um die Werterhaltung ihrer privaten Anwesen, obwohl Störmthal seit den 70er Jahren unter dem sog. Bergbauschutz gestanden hatte. Dieser Anteil überschreitet den in der Gesamtstichprobe erheblich (46%). Die Ursache dafür dürfte in dem hohen Maß an Engagement zur Erhaltung des privaten Wohneigentums liegen. Trotzdem setzte nach der Wende ein regel-rechter Sanierungsschub ein.

In ca. 90% der Sanierungsaktionen bzw. Hausbauten flossen private Mittel des Eigentümers. Bei 30% wurden Bankkredite, bei knapp einem Fünftel staatliche Kredite und bei einem weiteren Fünftel staatliche Förder-gelder genutzt. Privates Kapital spielte in der Teilstichprobe bei der Sanie-rung von Wohnraum eine größere Rolle als in der Gesamtstichprobe. Demge-genüber wurden zentrale Fördergelder und staatliche sowie Bankkredite in Störmthal unterdurchschnittlich in Anspruch genommen. Bei über 50% der Fälle kamen Finanzierungspakete zur Anwendung, die vor allem eine Kombi-nation aus Eigenmitteln, Krediten und/oder staatlichen Fördergeldern dar-

stellen. In der Gesamtstichprobe machen solche Kombinationen ebenfalls etwa die Hälfte aus.

Der Ausstattungsgrad der Wohnungen der Befragten Störmthaler läßt sich folgendermaßen charakterisieren: Bis auf zwei Wohnungen, darunter ist eine Mietwohnung, sind alle mit Bad/Dusche und Innentoilette ausgestattet. Über eine Zentralheizung verfügen 94%. Bei den restlichen 6% handelt es sich bis auf eine Ausnahme um Wohnungen im jeweils eigenen Haus, das in der Regel ein älteres, unsaniertes Ein- oder Zweifamilienhaus ist. In knapp zwei Drittel aller Wohnungen sind schallisolierte Fenster eingebaut. Die Wohnungen der Störmthaler verfügen zu einem höheren Anteil über eine Heizung und schallisolierte Fenster als die Wohnungen in allen Untersuchungsgemeinden.

Baumaßnahmen werden auch künftig zur Aufwertung der Gebäude und des Ortsbildes insgesamt beitragen. Ca. 56% der Befragten planen in den nächsten zwei bis drei Jahren (weitere) Sanierungs- bzw. Ausbauarbeiten im bzw. am Haus - dieser Anteil ist wiederum höher als in der Gesamtstichprobe (39%). Unter den für Sanierungsaktionen vorgesehenen Häusern sind solche überrepräsentiert, die vor mehr als 50 Jahren gebaut wurden. Aber auch an einem Drittel der erst nach 1990 entstandenen Häuser sollen entsprechende Maßnahmen vorgenommen werden. Ca. 30% der Befragten sehen kurzfristig keinen Nachholbedarf, und 15% sind noch unentschlossen.

Die geplanten Vorhaben betreffen am häufigsten Arbeiten am Dach, an der Fassade sowie die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Dachausbau, Um- oder Anbau. Von Bedeutung sind in diesem Rahmen auch Arbeiten im Hof bzw. an den Außenanlagen, der Einbau neuer Fenster und Sanierungsarbeiten an Nebengebäuden.

Vier Fünftel der geplanten Vorhaben in Störmthal sollen privat finanziert werden. Fast die Hälfte der Sanierungswilligen erwägt die Inanspruchnahme staatlicher Fördermittel. Insgesamt wird an den Ergebnissen die große Bereitschaft der Bürger zum Erhalt ihrer Grundstücke deutlich.

Die vorab betrachteten strukturellen Aspekte der unmittelbaren Wohnbedingungen stellen Einflußgrößen für die Wohnzufriedenheit dar. Das Baualter des Hauses korrespondiert insofern mit der Wohnzufriedenheit, als Besitzer von zwischen 1919 und 1948 gebauten Häusern in der Gruppe der Zufriedenen relativ gering vertreten sind. (Für viele dieser Häuser sind kurzfristig Sanierungsmaßnahmen geplant.) Dagegen sind Bewohner von zwischen 1949 und 1971 errichteten Häusern sehr zufrieden, wozu die hier realisierten Sanierungsmaßnahmen beigetragen haben dürften. Eine überdurchschnittlich hohe Wohnzufriedenheit trifft für die Besitzer von neuen Häusern zu.

96% der Befragten von Störmthal sind, eine Fünfer-Skala von 1 = „zufrieden“ bis 5 = „unzufrieden“ zugrunde gelegt, mit ihren unmittelbaren Wohnbedingungen zufrieden (Wert 1 bzw. 2). Damit ist die Wohnzufrieden-

heit in Störmthal im Vergleich zu allen Untersuchungsgemeinden (80%) überdurchschnittlich hoch ausgeprägt. Mit der hohen Wohnzufriedenheit im Sample korrespondiert die Beantwortung der Frage nach der Umzugsbereitschaft. Bis auf einen Befragten wollen alle im Ort wohnen bleiben. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe, in der 85% einen Umzug für sich ausschließen, sind die Störmthaler damit besonders seßhaft und ortsverbunden.

– Bewertung und Wahrnehmung des weiteren Wohnumfeldes

Unter dem weiteren Wohnumfeld werden die Wohnbedingungen außerhalb des Wohnhauses bzw. des eigenen Grundstücks verstanden. Es schließt also den Wohnort und seine Umgebung ein.

Die Ausführungen in diesem Abschnitt beginnen mit der Betrachtung der infrastrukturellen Ausstattung des Ortes und deren Beurteilung. Dabei wird zwischen den Komplexen Infrastruktur, Ortsgestaltung/Umwelt sowie Wirtschaft/Soziales unterschieden. Die Befragten sollten auf einer Fünfer-Skala (1 = „gefällt gar nicht“ bis 5 = „gefällt sehr gut“) anzukreuzen, wie ihnen ausgewählte Ausstattungsmerkmale des Wohnortes gefallen. Es war den Befragten überlassen, wieweit sie quantitative, also das (ausreichende) Vorhandensein, und/oder qualitative Aspekte in das Urteil einbeziehen.

Infrastrukturelle Ausstattung

Die mit Abstand beste Einschätzung erfahren die Items „Einrichtungen zur Kinderbetreuung“ und „Gaststätten/Kneipen“. Mit Mittelwerten von 4,3 bzw. 4,2 werden sie deutlich besser beurteilt als in der Gesamtstichprobe. Die Wertschätzung der gastronomischen Einrichtungen deutet darauf hin, daß vor Ort Treffpunkte vorhanden sind, die sich günstig auf das soziale Leben im Dorf auswirken.

Am negativsten werden die Kinderspielmöglichkeiten (zum Befragungszeitpunkt existierte der inzwischen fertiggestellte Spielplatz noch nicht), der Straßenzustand und die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr bewertet (Mittelwerte von 2,7 und 2,4), wobei der Mittelwert für die Verkehrsanbindung erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt liegt.

Alteingesessene und Neuzugezogene unterscheiden sich in der Einschätzung der Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen und ärztlichen Versorgung signifikant voneinander. Neuzugezogene bewerten die entsprechenden Angebote generell kritischer als die Alteingesessenen. Die Bewertungsgrundlage beider Bewohnergruppen dürfte unterschiedlich sein. Die meisten neuen Einwohner kommen aus Leipzig. Es ist zu vermuten, daß sie die Versorgungsinfrastruktur in Störmthal im Vergleich zu der früher gewohnten großstädtischen als defizitär empfinden, obwohl sie diese wahrscheinlich nur in relativ begrenztem Maße beanspruchen. Den Alteingesessenen, vor allem den Älteren unter ihnen, dienen die täglichen Einkäufe nicht nur der Versorgung,

sondern auch der Kommunikation. Die (wenigen) örtlichen Versorgungsmöglichkeiten werden deshalb von ihnen höher geschätzt.

In der Beurteilung der verkehrstechnischen Voraussetzungen (Straßenzustand und Anbindung an das Straßennetz) unterscheiden sich die beiden Bewohnergruppen nicht signifikant. Bei der insgesamt sehr kritischen Bewertung der Verkehrsanbindung mittels ÖPNV sind allerdings die Alteingesessenen bei den negativen Skalenwerten über- und die Neuzugezogenen unterrepräsentiert. Neuzugezogene weisen eine größere Unabhängigkeit von den Angeboten des ÖPNV auf. Ihre Haushalte verfügen im Unterschied zu denen der Alteingesessenen in höherem Maße über ein bzw. mehrere Pkw's. Zudem pendelt etwa die Hälfte von ihnen täglich mit dem Auto zum Arbeitsplatz nach Leipzig. Es kann davon ausgegangen werden, daß dieser Weg mit der Erledigung von Einkäufen und der Inanspruchnahme von Dienstleistungen verbunden wird. Demgegenüber ist anzunehmen, daß die Lebenswelt der Alteingesessenen im Durchschnitt kleinräumiger strukturiert, d. h. stärker auf den Wohnort und unmittelbare Nachbarorte fixiert ist. Sowohl für die Erreichbarkeit der Nachbar- als auch zentraler Orte ist für sie die Busanbindung, auf die sich der ÖPNV beschränkt, bedeutsam.

Die oben beschriebenen infrastrukturellen Defizite finden sich in den Antworten auf die Frage wieder, was die Befragten in ihrem Wohnort vermissen. Mit Abstand am häufigsten wird ein ausreichender ÖPNV-Anschluß genannt, und damit ist vor allem die Busverbindung nach Leipzig, nach Liebertwolkwitz und zu den Ortsteilen der Gemeinde Großpösna, aber auch zu den Nachbarorten überhaupt gemeint. Oft wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß auch abends und am Wochenende Busse fahren sollten. Vielen Befragten fehlen darüber hinaus Rad- und Fußwege, Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen (speziell genannt werden u. a. Einrichtungen zur medizinischen Versorgung, ein Bäcker, ein Blumenladen, ein Geldautomat), Freizeitmöglichkeiten sowie Spielmöglichkeiten für Kinder.

Aufgrund der in Störmthal nur in begrenztem Maße vorhandenen Einkaufs-, Dienstleistungs- und Freizeiteinrichtungen ist im Alltag der Einwohner räumliche Mobilität gefragt. Die Nutzungsräume der Störmthaler Befragten sind aktivitätsspezifisch bestimmt, im wesentlichen aber auf Wachau und Großpösna (insbesondere bei kleinen und großen Einkäufen), Liebertwolkwitz (vor allem bei Arztbesuchen, Lebensmitteleinkäufen, Dienstleistungen) und Leipzig (vorrangig bei größeren Einkäufen, Arztbesuchen und abendlichen Freizeitunternehmungen) ausgerichtet.

Insgesamt ist die infrastrukturelle Ausstattung von Störmthal zwar nicht besonders umfassend, aber deutlich besser als in einigen anderen Untersuchungsgemeinden. Sie ermöglicht kleinere Einkäufe, die Inanspruchnahme einiger Dienstleistungen, eine medizinische Grundversorgung sowie die Durchführung ausgewählter Freizeitaktivitäten.

Ortsgestaltung und Umwelt

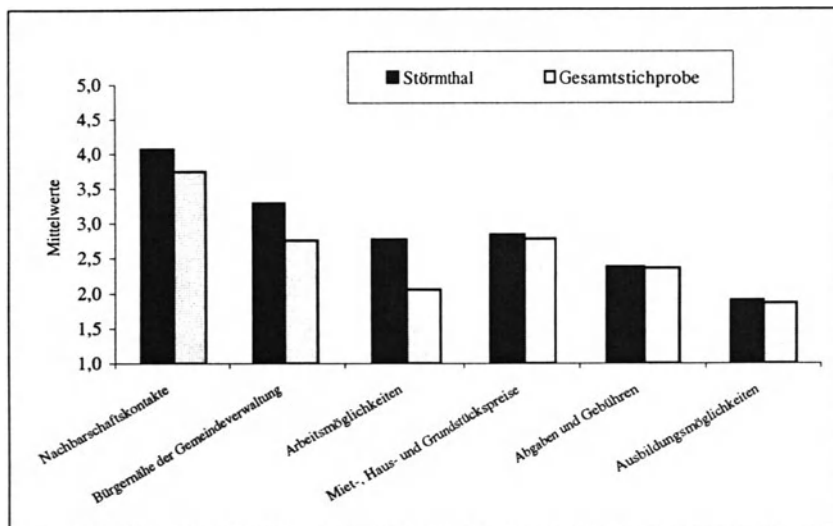
In diesem Komplex steht die Einschätzung von Umweltkomponenten und Lagefaktoren im Mittelpunkt. Die beste Beurteilung erfahren die Items „Nähe zur Stadt Leipzig“, „Ortsbild“, „Sauberkeit im Ort“ und „landschaftliche Umgebung“. Die Befragten sehen es unabhängig von der Wohndauer als einen Gunstfaktor an, daß sie die großstädtischen Angebote aufgrund der geringen Entfernung von lediglich ca. 13 km bis nach Leipzig relativ unproblematisch nutzen können. Das steht mit der vorangegangenen Darstellung in Übereinstimmung, daß die Stadt für die Störmthaler Befragten im Rahmen der Versorgung und Nutzung kultureller Angebote eine wichtige Rolle spielt. Besonders positiv äußern sich diesbezüglich die 25- bis 34jährigen.

Am negativsten werden das Verkehrsaufkommen und die Tagebaurandlage eingeschätzt. Die kritische Sicht durchzieht alle Bevölkerungsgruppen und könnte sich u. a. aus der Ortsstruktur erklären. In dem Straßenangerdorf ist der größte Teil der Häuser und Gehöfte entlang der Dorfstraße aufgefädelt. Nur wenige neue Häuser liegen abseits der Straße, so daß der dichte Straßenverkehr nahezu für alle Einwohner spürbar ist. Die Lage in Tagebaunähe gefällt knapp einem Fünftel der Befragten „gar nicht“ und einem Viertel „kaum“. Daß sich 37% der Antwortvorgabe „gefällt teilweise“ und 20% den Vorgaben „gefällt gut“ und „gefällt sehr gut“ anschließen, weist auf die Ambivalenz hin, die der Tagebauproblematik in der Wahrnehmung der Bewohner aktuell anhaftet. Möglicherweise haben die einen auch primär die vergangenen und gegenwärtigen, die anderen aber vorrangig die künftig erwarteten Folgewirkungen der Randlage im Blick.

Wirtschaft und Soziales

Hinsichtlich der verfügbaren Ausbildungsmöglichkeiten im Ort und in der Umgebung ist bei allen Bevölkerungsgruppen die mit Abstand größte Unzufriedenheit festzustellen (vgl. Diagramm 4). Die Arbeitsmöglichkeiten erhalten eine etwas positivere Einschätzung, auch im Vergleich zur Gesamtstichprobe. Dennoch ist die Unzufriedenheit diesbezüglich hoch. Im Unterschied dazu werden die Nachbarschaftskontakte und die Bürgernähe der Gemeindeverwaltung von den Störmthalern positiv und im Vergleich zur Gesamtstichprobe höher bewertet. Die Einschätzung der übrigen zwei Items „Miet-, Haus- und Grundstückspreise“ sowie die „Angemessenheit der Abgaben und Gebühren“ entspricht der in der Gesamtstichprobe.

Diagramm 4: Bewertung wirtschaftlicher und sozialer Faktoren (arithmetisches Mittel)



Frage: Bitte kreuzen Sie an, wie Ihnen die folgenden Ausstattungsmerkmale Ihres Wohnortes gefallen! (Skala von 1 = „gefällt gar nicht“ bis 5 = „gefällt sehr gut“)

Öffentliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Ort

Seit Beginn der 90er Jahre wurden verschiedene öffentliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. In der Befragung war von Interesse, ob und wie diese kommunalen Aktivitäten wahrgenommen werden. Die Befragten wurden aufgefordert, die Maßnahmen aufzulisten, die sie persönlich als die wichtigsten ansehen (bis zu drei Maßnahmen konnten genannt werden). 80% der Befragten haben konkrete Maßnahmen benannt. Dabei wird am häufigsten auf Aktivitäten zur Verbesserung der technischen Infrastruktur wie der Straßenbeleuchtung, der Gasversorgung und dem Telefonnetz verwiesen.

Knapp drei Viertel der Störmthaler Befragten machen auf weitere Bau- und Sanierungsmaßnahmen aufmerksam, die aus ihrer Sicht ebenfalls erforderlich sind. Den absoluten Schwerpunkt bildet dabei weiterhin die technische Infrastruktur, z. B. die Sanierung der Verkehrswege und der Anschluß an die zentrale Abwasserentsorgung. Öffentliche Gebäude betreffend, konzentriert sich der Sanierungsbedarf auf die Kirche und das Schloß mit seiner Parkanlage.

Sehenswürdigkeiten

Nach Sehenswürdigkeiten im Wohnort befragt, rangiert die Kirche mit ihrer Hildebrandt-Orgel mit Abstand auf dem ersten Platz. Weiterhin wird auf das „schöne Dorfstraßenbild“ und die „typischen Bauernhöfe“ aufmerksam gemacht.

Foto 2: Ortsansicht des Straßenangerdorfes Störmthal



Überraschenderweise wird in diesem Zusammenhang häufig der Tagebau genannt. Seine Erwähnung belegt, daß das Leben im Ort so unmittelbar mit den Vorgängen im Tagebau verwoben war und ist, daß er von einem Teil der Bewohner als zum Ort zugehörig betrachtet wird.

Auf die Frage nach einer Sehenswürdigkeit bzw. landschaftlich reizvollen Gegend in der Nähe des Wohnortes machen 70% Angaben. Sie verweisen auf das Waldgebiet Oberholz, die Stätten der Völkerschlacht oder vereinzelt auf Siedlungselemente in den umliegenden Dörfern. Auch hier wird der Tagebau Espenhain wieder hervorgehoben. Eine plausible Erklärung für die positiv unterlegte Benennung als Sehenswürdigkeit findet sich in dem Erleben des landschaftlichen Aufwertungsprozesses. Dieser ist in einem überschaubaren Zeitrahmen eingeordnet und mit konkreten Zielvorgaben verbunden.

Erscheinungsbild des Wohnortes und seiner Umgebung

Im Rahmen der empirischen Erhebung wurden die Befragten gebeten, ihr Wohnumfeld zusammenfassend zu charakterisieren. Zur Beschreibung des Wohnortes waren Adjektive vorgegeben, die sich im wesentlichen auf das Erscheinungsbild des Ortes bezogen.

Störmthal wird mehrheitlich als ein schönes, gepflegtes Dorf gesehen. Es wird als relativ ruhig und recht einladend eingeschätzt. Diese Prädikate korrespondieren im wesentlichen mit der von den Befragten getroffenen Beurteilung der infrastrukturellen Ausstattung sowie der Ortsgestaltung und Umwelt.

Die vorgegebenen Adjektive drücken Eigenschaften des Ortes aus, die positiv oder negativ besetzt sind. Eine Ausnahme bildet „vertraut“. Es beschreibt keine Eigenschaft im strengen Sinne, sondern gibt eine Beziehung zum Ort wieder. Vertrautheit garantiert die Möglichkeit, auf räumliche und maßgeblich auch auf soziale Strukturen zurückgreifen zu können, die dem einzelnen Orientierung geben und die lokales Bewußtsein bzw. Ortsbindung zu Tage treten lassen. Dieses Potential sehen reichlich drei Viertel der Störmthaler Befragten als gegeben an - darunter befinden sich nahezu alle Alteingesessenen sowie reichlich zwei Drittel der Neuzugezogenen.

Die Umgebung von Störmthal wirkt auf mehr als die Hälfte der befragten Einwohner natürlich, interessant und angenehm. 50% stimmen ihrer Beschreibung als abwechslungsreich und einladend zu. Fast ein Drittel empfindet die Umgebung zerstört und zerklüftet. Damit werden auch die verschiedenen Facetten der Umgebung von Störmthal deutlich. Das nahe Oberholz bedarf einer anderen Charakterisierung als das in Sanierung befindliche Tagebaurestloch. Möglicherweise machen diese landschaftlichen Kontraste gerade den erkennbaren Reiz und Abwechslungsreichtum der landschaftlichen Umgebung aus.

Die „Gute-Freund-Frage“

Mit der Absicht, von den Einwohnern Störmthals eine Gesamtbewertung der Wohnbedingungen (Wohnung und Wohnumfeld) zu erhalten, wurden sie gefragt, ob sie einem guten Freund raten würden, in ihren Wohnort zu ziehen. Die Reaktion auf die „Gute-Freund-Frage“ spiegelt die Akzeptanz des Wohnstandortes wider. Bis auf eine Person haben alle die „Gute-Freund-Frage“ beantwortet. 60% des Samples würde dem Freund zuraten, nach Störmthal zu ziehen, ein Viertel ist unentschlossen („weiß nicht“). Im Sample äußert sich damit ein erheblich größerer Teil als in der Gesamtstichprobe (42%) zustimmend. Ein Zuraten wird in Störmthal am häufigsten mit der Lage des Ortes begründet. Darunter werden insbesondere die Ruhe, die schöne Wohnlage nahe am Oberholz und die Nähe zu Leipzig verstanden. Außerdem beeinflussen die Bedingungen im Ort selbst ein Zuraten. Zum einen ist damit das Ortsbild gemeint („freundliches Ortsbild“, „das Dorf an sich ist sehr schön“). Zum

anderen wird in diesem Rahmen das Zusammenleben in Störmthal angeführt („freundliche Leute“, „weil die nachbarlichen Beziehungen untereinander einmalig sind“, „kinderfreundlich“, „Ruhe vor Kriminalität“). Ein weiterer wesentlicher Grund dafür, eine Zuzugsabsicht des Freundes zu unterstützen, ist die begonnene Aufwertung der landschaftlichen Umgebung durch die Tagebaugestaltung („Es wird schön werden, wenn der Tagebau umgestaltet ist.“, „Wenn die Landschaftsgestaltung wie geplant entsteht, wird es ein Top-Gebiet.“).

Foto 3: Einfahrt in einen Teil des Sanierungstagebaus Espenhain von der Ortslage Störmthal



14% würden ihrem Freund abraten, nach Störmthal zu ziehen. Die Meinungen spiegeln im wesentlichen Unzufriedenheit mit der infrastrukturellen Ausstattung und der Verkehrsanbindung des Ortes wider („die öffentliche Anbindung ist für Kinder und Menschen mit Beruf nur wenig effektiv und nutzbar“). Vereinzelt wird eine Ablehnung auch mit einer Negativeinschätzung des Zusammenlebens im Ort begründet („man findet schwer Anschluß“, „Intoleranz“).

Die vorherrschende Ansicht unter den Befragten, einen guten Freund in seinem Vorhaben, nach Störmthal zu ziehen, zu bestärken, korrespondiert mit einer generellen Offenheit gegenüber einer positiven Einwohnerentwicklung. Diese findet sich in den Meinungsäußerungen auf die Frage wieder, wie die Auswirkungen des Zuzugs, den Störmthal seit 1990 zu verzeichnen hat, beurteilt werden. Die Befürworter einer wachsenden Einwohnerzahl betrachten den Zuzug als eine Chance für den Ort, weil er zu einer Verjüngung der Einwohnerschaft führt („Die Gemeinde wird jünger.“), ihr Dorf zugleich belebt und die sozialen Beziehungen bereichert („dadurch kommt es zur Belebung, sogar zur Bereicherung, weil viele junge Leute hier ansässig werden“, „eingefahrene Strukturen werden aufgelockert und belebt“). Zugleich verbinden einige Befragte damit die Hoffnung auf mehr kulturelle Ereignisse und eine Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung, zumindest aber auf den Erhalt der Kindertagesstätte. Auch finanzielle Vorteile für die Kommune und eine Verbesserung des Ortsbildes durch bauliche Aktivitäten werden als positive Folgen von Zuzug genannt.

– Fazit

Störmthal ist ein akzeptierter Wohnstandort. Dafür spricht, daß Störmthal seit Anfang der 90er Jahre Zuzug zu verzeichnen hat, der mit den zahlreichen wohnungsbaulichen Aktivitäten im Ort korrespondiert. Als ausschlaggebende Gründe für die Wohnortwahl nach 1990 werden von den neuen Einwohnern die Schaffung von Wohneigentum und die gute Wohnlage angeführt.

Das Sample verzeichnet eine sehr hohe Zufriedenheit mit den unmittelbaren Wohnbedingungen. Dazu haben die Einwohner mit den zum großen Teil selbst finanzierten Werterhaltungsmaßnahmen an ihren Häusern und Grundstücken aktiv beigetragen. Die im Vergleich zur Gesamtpopulation zahlreichen Sanierungsaktivitäten vor der Wende, aber auch die vielen nach 1990 durchgeführten Maßnahmen sind Ausdruck der im Ort vorhandenen Selbsthilfefotentiale und hängen mit dem hohen Stellenwert zusammen, den privates, selbstgenutztes Wohneigentum einnimmt. Von den Grundstücks- und Hausbesitzern sind bereits maßgebliche Impulse für die Revitalisierung von Störmthal ausgegangen.

Daneben ist in Störmthal auch eine relativ hohe Anerkennung der mittelbaren Wohnbedingungen festzustellen. Sie äußert sich darin, daß das Ortsbild, die Nachbarschaftsbeziehungen, die Bürgernähe der Gemeindeverwaltung, die landschaftliche Umgebung und teilweise auch die infrastrukturelle Ausstattung des Ortes besser als in der Gesamtstichprobe bewertet werden.

Die große Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen insgesamt hat einen Anteil daran, daß die Bereitschaft, aus Störmthal wegzuziehen, äußerst gering ist. Damit hängt auch zusammen, daß ein relativ großer Teil des Samples Störmthal als Wohnort an Dritte weiterempfehlen würde. Die ruhige Ortslage, Vorzüge im Zusammenleben der Bewohner, die gleichzeitige Lagegunst zum

Oberholz und zur Großstadt sowie die zu erwartende Aufwertung der landschaftlichen Umgebung begründen eine solche Empfehlung. Gerade das letzte Argument verdeutlicht, daß die Tagebausanierung aus der Sicht der Bewohner zu den entscheidenden Bedingungen gehört, die Störmthal zu einem hohen Wohnwert verhelfen. Ihr kommt insofern eine große Bedeutung für die Ortsentwicklung zu. Die gegenwärtige Hervorhebung des Tagebaus als Sehenswürdigkeit dokumentiert eine Veränderung der Beziehung der Einwohner zu diesem Landschaftsteil. Sie war in der Vergangenheit von den negativen Folgen geprägt, die der Tagebau für den Alltag brachte. Die Wahrnehmung der Verbesserung der Lebensqualität im Zusammenhang mit der begonnenen landschaftlichen Aufwertung läßt nun zunehmend Vorteile der künftigen Nachbarschaftslage erkennen.

Neben der engen Ortsbindung und der insgesamt hohen Wohnzufriedenheit wirkt sich positiv auf den Revitalisierungsprozeß in Störmthal aus, daß die Zuwanderung zu einer Verjüngung der Einwohnerschaft geführt hat. Auch der relativ hohe sozioökonomische Status der Neuzugezogenen stellt ein in sozialstruktureller Hinsicht ein gewinnbringendes Potential für die Wiederbelebung von Störmthal dar.

Soziales Leben im Ort aus der Sicht der Bewohner

– Aktivitäten und Engagement im Ort

Im folgenden wird analysiert, ob und in welcher Form sich die Einwohner für ihren Wohnort einsetzen. Eine Mitgliedschaft in lokal wirkenden Vereinen oder anderen Organisationen haben ca. 70% des Samples bestätigt, in der Gesamtstichprobe sind es 43%. Die größte Rolle spielt der Sportverein. Des weiteren sind die Freiwillige Feuerwehr und die kirchliche Gemeinde sowie der Garten- und der Heimatverein von Bedeutung. Allerdings wird die Betätigung in Vereinen von den Einwohnern selbst nur teilweise im Sinne eines Engagements für den Wohnort gewertet. Die Bedeutung dieser Aktivitäten für das soziale Leben im Ort ist offensichtlich einigen Befragten nicht bewußt. Das zeigt sich daran, daß trotz der oben herausgestellten umfangreichen einbindung in Vereine nur ein Anteil von 49% sagen, sie oder ihre Angehörigen würden sich für den Wohnort einsetzen. Der Anteil ist allerdings immer noch erheblich höher als in der Gesamtstichprobe, die einen Wert von 36% aufweist. Die meisten von ihnen beziehen dieses Engagement auf ihre Aktivitäten in den örtlichen Interessenvereinigungen. Ein Teil faßt das Wirken breiter und bezieht die Aktivitäten im Ortschaftsrat bzw. die Teilnahme an den Ortschaftsratssitzungen ebenso ein wie die Kinder- und Jugendarbeit oder die Beteiligung an bzw. die Unterstützung von Volksfesten. Nach Meinung einiger Bürger drückt sich Engagement für die Gemeinde auch in Nachbarschaftshilfe, in Bemühungen zur Vermittlung christlicher Werte und darin

aus, auf Sauberkeit im Ort zu achten und mit der Gestaltung der Außenanlagen zur Verschönerung des Ortsbildes beizutragen.

43% der Befragten verneinen ein Engagement für den Ort. Für Passivität werden Alters- und Gesundheitsgründe angeführt. Ein weiterer Grund besteht darin, daß die berufliche Tätigkeit keine Zeit lasse. Und wenige Befragte weisen darauf hin, daß sie erst kurze Zeit in Störmthal wohnen und sich noch keine konkrete Möglichkeit zum Mitwirken ergeben hätte.

Das Engagement für den Wohnort einschließlich der Mitgliedschaft in Vereinen gestaltet sich unabhängig von der Wohndauer. Es ist somit ein Indikator für die relativ hohe Integration der neuen Einwohner in die Dorfgemeinschaft.

Ortsfeste sind zu den Faktoren zu zählen, die Ortstypik aufgreifen sowie vermitteln und die emotionale Bindung an den Wohnort befördern können. Im Falle von Störmthal sind 81% der Befragten in der Lage, Feste und kulturelle Ereignisse zu benennen, die zum Ortsleben dazugehören. Damit verweist in diesem Sample ein erheblich größerer Anteil auf Ortsfeste als in den untersuchten Gemeinden insgesamt. Erwähnung finden das „Kinderfest“, „Kinder- und Volksfest“, „Sportfest“ und/bzw. von örtlichen Vereinen initiierte Volksfeste. Außerdem werden Orgelkonzerte, kirchliche Feste wie das Martinsfest, Fasching und Neujahrskegeln angeführt. Häufig genannt wird das Maibaumsetzen, welches alljährlich im Nachbarort Güldengossa stattfindet, am 30. April beginnt, mit einem Lampionumzug verbunden ist und woran sich am Folgetag gesellige Veranstaltungen anschließen. 11% des Samples verneinen, daß es Ortsfeste gibt. Vereinzelt wird von älteren Einwohnern angeführt, „seit 1990 ist kaum noch was los“ und „Traditionen gingen verloren“, ohne solche näher zu benennen.

An den Veranstaltungen im Ort nehmen 90% des Samples teil, fast die Hälfte davon nach eigener Einschätzung häufig. Zusammenfassend kann in Störmthal von einem regen geselligen Leben der Bewohner ausgegangen werden.

– Soziale Beziehungen im Ort

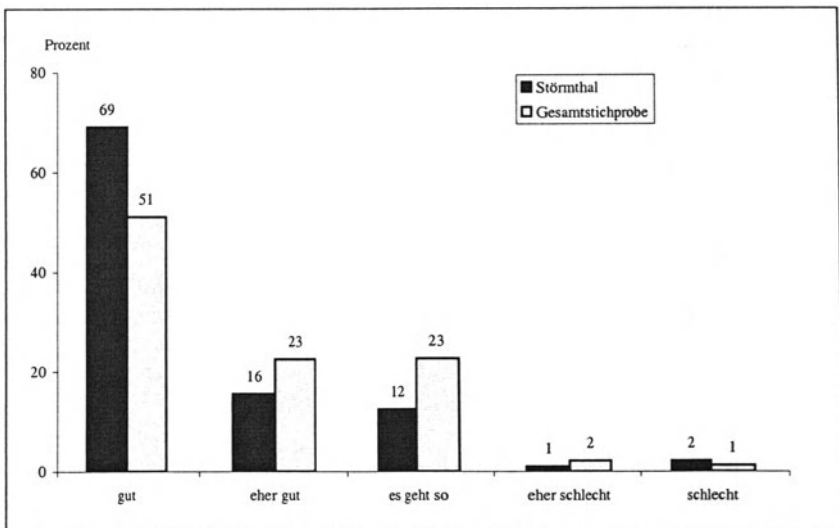
Zu den sozialen Komponenten im Leben eines Dorfes gehören auch die familiären, verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen. Die Familien- und Haushaltsstruktur des Samples besagt, daß die Störmthaler überwiegend familiär eingebunden sind. 85% leben in einer partnerschaftlichen Lebensform. Zu reichlich einem Drittel der befragten Haushalte gehören minderjährige Kinder. Darüber hinaus gibt es einige Haushalte, die aus drei Generationen oder erwachsenen Kindern und deren Eltern bestehen, ihr Anteil wird auf knapp 10% geschätzt.

75% können auf weitere Verwandte und knapp 80% auf Freunde im Wohn- oder im Nachbarort verweisen, zu denen sie regelmäßig Kontakt haben. In der Gesamtstichprobe ist dieser Anteil ähnlich groß. Der Umfang

verwandschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen nimmt in Störmthal mit der Länge der Wohndauer zu.

Im engeren Wohnumfeld sind die Nachbarschaftsbeziehungen als Bestandteil der sozialen Netze im Ort bedeutsam. Wie Diagramm 5 zeigt, bezeichnen 69% der Befragten die Nachbarschaftsbeziehungen als gut und 16% als eher gut. Damit bewegen sich fast alle Einschätzungen im positiven Bereich.

Diagramm 5: Allgemeine Einschätzung der Nachbarschaftsbeziehungen (Störmthal n=97, Gesamtstichprobe n=1.603) (Angaben in Prozent)



Frage: Wie schätzen Sie ganz allgemein die Beziehungen zu Ihren Nachbarn ein?

Der Mittelwert 4,5 belegt die hohe Wertschätzung der Nachbarschaftsbeziehungen durch die Störmthaler Befragten. Sie gehen mehrheitlich über den Austausch formaler Höflichkeiten hinaus und schließen im Bedarfsfall Hilfeleistungen ein. 66% der Befragten sind überzeugt davon, daß sie bei fast jedem der Nachbarn um Hilfe bitten können, falls etwas fehlt. Diese Einschätzung nehmen Neuzugezogene und Alteingesessene gleichermaßen vor. Bei 43% der Befragten reichen die Nachbarschaftsbeziehungen soweit, daß ein Teil der Freizeit gemeinsam verbracht wird.

Entsprechend der inhaltlichen Ausrichtung der Untersuchung wurde nach dem Stellenwert gefragt, den das Thema „Tagebausanierung“ in Gesprächen mit den Nachbarn einnimmt. Während sich 72% der Teilstichprobe mit den Nachbarn „häufig“ sowie „ab und zu“ darüber unterhalten, geschieht dies in

der Gesamtstichprobe nur bei 38% der Befragten. Damit bestätigt dieser Indikator die enge mentale Beziehung der Störmthaler zum Tagebau Espenhain, die sich bereits darin zeigte, daß viele von ihnen den Tagebau als eine Sehenswürdigkeit auffassen.

Für eine zusammenfassende Beurteilung der Qualität des sozialen Lebens im Ort kann die Frage nach dem Vorhandensein eines Gemeinschaftsgefühls gelten. 62% der Störmthaler Befragten bestätigen, daß es „so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl im Ort“ gibt, im Unterschied zur Gesamtstichprobe, in welcher der entsprechende Anteil nur 43% beträgt. Nur 15% verneinen das Vorhandensein eines solchen Gefühls der Zusammengehörigkeit und 23% legen sich nicht fest („weiß nicht“).

– Fazit

Die befragten Störmthaler sind fast ausnahmslos in familiäre und/oder freundschaftliche Beziehungen eingebunden. Die Nachbarschaftsbeziehungen werden insgesamt positiv bewertet und dürften somit wesentlich zum Wohlfühlen im Ort beitragen. Sie sind von geringer Distanz geprägt und schließen selbstverständlich Hilfeleistungen ein. Zum Teil reichen die Nachbarschaftskontakte bis in den Freizeitbereich hinein. In Unterhaltungen mit den Nachbarn spielt die Tagebausanierung eine große Rolle.

Einen wichtigen Kommunikationsort stellen für die Störmthaler die örtlich wirkenden Vereine mit ihren regelmäßigen Zusammenkünften dar. Das Vereinsleben im Ort wird insbesondere vom Sportverein und der Freiwilligen Feuerwehr getragen. Die Vereine beteiligen sich auch maßgeblich an der Organisation und Durchführung lokaler Festivitäten. Diese sind unter den Einwohnern allgemein bekannt und werden von fast allen besucht.

Das Mitwirken in lokalen Interessensvereinigungen ist eine Form des Engagements für den Wohnort. Darüber hinaus werden von den Befragten Kinder- und Jugendarbeit, die Teilnahme an bzw. die Unterstützung von Volksfesten, Nachbarschaftshilfe, Bemühungen zur Vermittlung christlicher Werte und die Gestaltung der Außenanlagen auf bzw. vor dem eigenen Grundstück angeführt. Grundsätzlich durchzieht das Engagement alle Bevölkerungsgruppen im Ort. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe sind die Beziehungen und Aktivitäten, die das soziale Leben in Störmthal qualitativ charakterisieren, überdurchschnittlich ausgeprägt. Ausdruck des guten Zusammenlebens im Ort ist das von der Mehrheit der Befragten bestätigte Gemeinschaftsgefühl unter den Einwohnern.

Tagebau und Bewertung der Lebensqualität

– Zur Bedeutung des Tagebaus in Vergangenheit und Gegenwart

Aufgrund der Spezifik von Störmthal, bestimmt durch die unmittelbare Randlage zum Tagebau Espenhain, die jahrzehntelange bergbauliche Unter-

schutzstellung des Ortes und die Devastierung des Ortsteils Rödgen, sind die örtlichen Lebensbedingungen besonders eng mit der Tagebauentwicklung und der Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft verbunden.

Zur Ermittlung der alltagsweltlichen Bedeutung des Tagebaus Espenhain wurden die Befragten zunächst gebeten, die Auswirkungen des aktiven Bergbaus einzuschätzen. Als besonders gravierende Folgen werden die hohe Lärm- und Staubbelastung in der Vergangenheit und die mit der Umsiedlung der Bewohner des Ortsteils Rödgen und den beeinträchtigten Lebensbedingungen verbundenen Wegzüge von Einwohnern hervorgehoben. Des weiteren spielen in der Erinnerung der Verfall von Gebäuden und Infrastruktur, die Unterbrechung von Verkehrsverbindungen und die Defizite in bezug auf Bau- und Erholungsflächen eine große Rolle. Daß Störmthal in der Vergangenheit unter dem Negativimage der Bergbauregion zu leiden hatte, bestätigen 46% der Befragten. Diesen ausnahmslos als Belastung empfundenen Auswirkungen, die in enger Verbindung zur sog. bergbaulichen Unterschutzstellung des Ortes stehen, stellen die Befragten als einzig positiv eingeschätzten Effekt die Bereitstellung von Arbeitsplätzen gegenüber.

Für nahezu alle im Fragebogen aufgelisteten Folgen des Tagebaubetriebes gilt unabhängig davon, welchen Grad an Zustimmung sie erfahren, daß sie von den Alteingesessenen überproportional als zutreffend eingeschätzt werden.

Einigen Auswirkungen des Tagebaubetriebes kommt in Störmthal eine größere Bedeutung zu als in der Gesamtstichprobe. Dazu zählen der sog. Bergbauschutz, unter den der Ort gestellt worden war, und die 1984/85 realisierte Teilumsiedlung. Darüber hinaus wird in stärkerem Maße als in der Gesamtstichprobe auf die Abwanderung der Wohnbevölkerung und auf die geringere Verfügbarkeit von Bauflächen aufmerksam gemacht. Die Unterschiede belegen, daß Störmthal zu den Untersuchungsgemeinden gehört, deren Geschichte sehr eng mit dem Tagebaugeschehen verknüpft war.

Die Folgen der Tagebaustillegung und der begonnenen Sanierung bestehen nach Ansicht der Störmthaler insbesondere im Einwohnerzuwachs und in der Aufwertung der landschaftlichen Umgebung. Weiterhin werden Sanierungs- und Neubauaktivitäten an Gebäuden und an der Infrastruktur hervorgehoben, die in hohem Maße durch private Mittel finanziert und durch die Bereitstellung von Fördermitteln unterstützt wurden. Daneben verweisen fast drei Viertel der Befragten darauf, daß die Staubbelastung, die vom Tagebaugelände ausgeht, nach wie vor hoch ist. Mehr als die Hälfte der Befragten macht auf ein gestiegenes Verkehrsaufkommen aufmerksam, was neben den Tagebausanierungsarbeiten eine Ursache für die als relativ hoch empfundene Lärmbelastung sein dürfte.

Der Tagebaubereich Espenhain umfaßt zwei Großvorhaben. Das ist zum einen die zu Beginn der 90er Jahre errichtete Deponie Cröbern. Zum anderen

handelt es sich um den geplanten Bau eines Teilstücks der Autobahn A 38, der sog. Südtangente Leipzig. Zu beiden Projekten sind die Befragten hinsichtlich Vor- und Nachteilen um ihre Meinung gebeten worden.

In Störmthal gibt es bis auf eine Person niemanden, der im Zusammenhang mit der Deponie nur Vorteile sieht. Demgegenüber verbinden sich mit ihr nach Ansicht von fast einem Drittel nur Nachteile und nach Auffassung von einem Fünftel sowohl Vorteile als auch Nachteile. Die Nachteile betreffen vorrangig Umweltbelastungen („wir befürchten, die Deponie bringt erneut Staub- und Schmutzbelastungen“, „Belästigungen Verkehr, Geruch, Umwelt“, „Umweltbelastung durch Schadstoffe“, „könnte Wasser der entstehenden Seen verschmutzen“, „mögliche Verschmutzung des Grundwassers“, „mehr Verkehr von schweren Fahrzeugen“, „Müllhalde von Sachsen zu werden, ist übel“). Des weiteren wird darauf verwiesen, daß die Deponie das künftige Naherholungsgebiet stören wird („wirkt abstoßend für ein Naherholungsgebiet“, „es ist das Spaßbad neben der Müllhalde, eine Hochzeit auf dem Friedhof“, „schlechter Ruf für zukünftige Touristik“). Außerdem besteht nach Ansicht einiger Befragter die Gefahr, daß die Kosten für die „überdimensionierte Deponie“ in Form hoher Müllgebühren auf die Bürger umgelegt werden. Und vereinzelt wird befürchtet, daß hier bald auch Sondermüll verbracht wird. Die in wesentlich geringerem Maße angeführten Vorteile beziehen sich darauf, daß es sich um eine geordnete, kontrollierte Müllentsorgung handelt und daß einige Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Wie die Befragungsergebnisse zeigen, setzt sich ein Teil der Störmthaler intensiv und in vielfältiger Hinsicht mit dem Thema Deponie auseinander. Bemerkenswert ist dennoch der Anteil von knapp 30% der Befragten, der mit „weiß nicht“ auf die Frage nach Vor- und Nachteilen der Deponie antwortet, obwohl es sich hier um ein bereits realisiertes Projekt handelt, daß sich zudem in Sichtweite der Störmthaler befindet. Diese Teilgruppe hat sich offenbar bisher nicht weiter mit diesem Thema beschäftigt.

Hinsichtlich des geplanten Autobahnprojektes liegt eine völlig andere Antwortverteilung vor. In diesem Zusammenhang führen die meisten Befragten sowohl Vorteile als auch Nachteile an. Vor allem eine mit der Trassenrealisierung erwartete allgemein günstigere Verkehrsanbindung, auch an das Autobahnnetz, sowie eine mögliche Entlastung der Ortsstraßen werden als vorteilhaft eingeschätzt. Der größte Teil der genannten Nachteile betrifft auch bei diesem Projekt negative Folgen für die Umwelt, d. h. eine befürchtete hohe Verkehrs- und damit Lärm- und Abgasbelastung. Darüber hinaus werden eine mögliche „Zerstörung der Landschaft“ und eine „Zerteilung gewachsener Lebensräume“ durch die künftige Autobahn kritisiert.

Im Sample fühlt sich ein Viertel gut über die Sanierungspläne informiert. Knapp 60% machen diesbezüglich Einschränkungen („teils/teils“). Lediglich

eine Person sagt, daß es sie gar nicht interessiere, wie der ehemalige Tagebau Espenhain gestaltet wird.

24% der Befragten haben an öffentlichen Informationsveranstaltungen teilgenommen. Die Befragungsergebnisse zeigen, daß ein solcher Besuch im Sample in jedem Fall mit der Einschätzung korrespondiert, gut oder zumindest teilweise über die geplante Landschaftsgestaltung Bescheid zu wissen.

38% des Samples wünschen, mehr Informationen über die Tagebausanierung zu erhalten. Darunter befinden sich überproportional Neuzugezogene. Die benannten Informationsdefizite betreffen das „Wann, Wie und Wo“ der Sanierung. Von Interesse für die Befragten sind also der zeitliche Ablauf („was in welchem Zeitraum stattfinden soll“), Probleme im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahn A 38 („in welcher Weise erfolgt die Verkehrsanbindung des Ortes an die geplante Autobahn?“, „Wie soll der Schutz (Lärm, Staub, Abgase) vor der neuen Autobahn aussehen?“), Aspekte der Landschaftsgestaltung („Gestaltung des Tagebaurandes Richtung Störmthal“, „Ortterschließung bzw. –sanierung im Zusammenhang mit der Tagebausanierung“) sowie Aspekte der künftigen Gewerbeentwicklung („Welche perspektivischen Überlegungen für ansässige Gewerbe und Investoren lassen sich sinnvoll koordinieren?“).

– Erwartungen an die zukünftige Bergbaufolgelandschaft

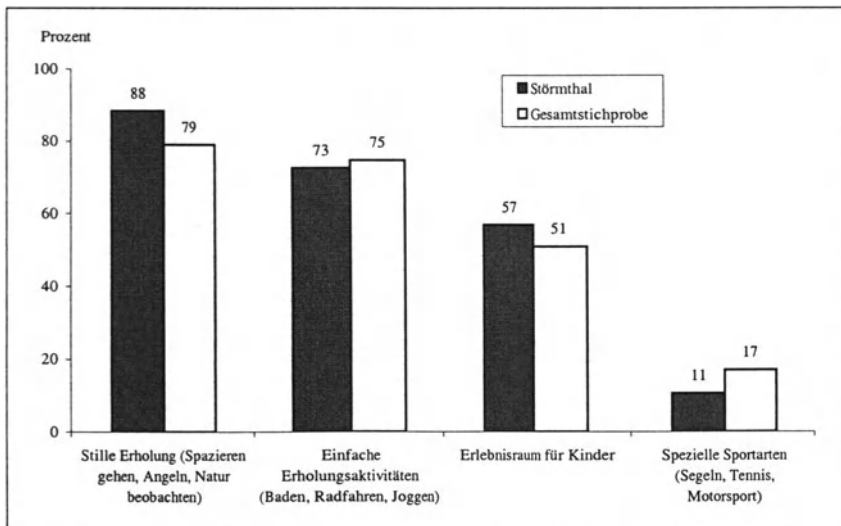
Die weitere Entwicklung von Störmthal wird nach Meinung der Befragten vor allem mit dem Zuzug von Einwohnern verbunden sein. Eine Ursache dürfte der landschaftliche Attraktivitätsgewinn sein, der in außerordentlich hohem Maße von der zukünftigen Folgelandschaft erwartet wird. Fast drei Viertel der Störmthaler sind von dem Ansteigen der Wohnqualität überzeugt. Mit der Tagebausanierung verbindet sich bei reichlich der Hälfte der Befragten außerdem die Hoffnung, daß sich für den Ort finanzielle Einnahmequellen erschließen könnten. Allerdings erwarten nur 33% eine Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes in der Region.

Neben dem Blick auf allgemeine Auswirkungen der Tagebausanierung war in der empirischen Erhebung auch von Interesse, welche Veränderungen und Möglichkeiten die Befragten ganz persönlich erwarten. Zwei Drittel haben sich dazu geäußert. Der Grundtenor ist, daß sich die Wohn- und Lebensqualität verbessern wird. An vorderer Stelle rangieren die Hoffnungen auf eine bessere Umweltqualität („Wegfall der Sandstürme“, „saubere Luft“, „schöneres Umfeld für Ausflüge“) sowie die Erwartung an attraktive Freizeitmöglichkeiten für Erholung und Sport („mehr für Sport, Freizeit und Seele“, „mehr kulturelle Angebote, Ausflugsziele“, „ein schönes Dorf mit mehr Kultur- und Freizeitangebot“, „Bademöglichkeiten“). Im Kontext der Landschaftsgestaltung werden von einigen Befragten auch explizit ökologische Aspekte hervorgehoben. So wird z. B. gefordert, daß die Bemühungen auf „die Wiederherstellung des biologischen Gleichgewichtes in und um das

Tagebaurestloch“ abzielen sollen, daß „hoffentlich [die] Entwicklung eines sanften Tourismus“ betrieben wird und daß „keine Kultur- und Freizeitparks“ entstehen werden. Ein Teil der Befragten führt an, daß die landschaftliche Aufwertung ihrer Meinung nach Chancen für die Ortsentwicklung birgt. So würde sie die „Entstehung von Arbeitsplätzen [begünstigen] und damit sozialen Wohlstand des Dorfes“ befördern. Außerdem könnte sie zur „Weiterentwicklung Störmthals als Tor zum zukünftigen See“ beitragen. Darüber hinaus werden Erwartungen an eine Verbesserung der lokalen Infrastruktur geäußert (z. B. Einkaufsmöglichkeiten, bessere Fußwege, bessere Busverbindungen). Vereinzelt wird aber auch Befürchtungen Ausdruck verliehen, die geplante Badenutzung des künftigen Störmthaler Sees würde Verkehr und Unruhe im Ort ansteigen lassen und zu defizitären Parkmöglichkeiten führen.

Die Bergbaufolgelandschaft wird, wie entsprechende Pläne ausweisen, später den Charakter einer Erholungslandschaft haben. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche Nutzungsformen sie voraussichtlich bevorzugen werden (vgl. Diagramm 6).

Diagramm 6: Beabsichtigte Nutzung der Tagebaulandschaft (Störmthal n=95, Gesamtstichprobe n=1.583, Mehrfachnennungen möglich) (Angaben in Prozent)



Frage: Wie wollen Sie voraussichtlich die zukünftige Tagebaulandschaft nutzen?

Die Antwortverteilung gestaltet sich im Sample und in der Gesamtstichprobe ähnlich. Das größte Interesse wird jeweils an Möglichkeiten für die stille

Erholung und für andere Aktivitäten bekundet, die nicht an besondere bauliche Voraussetzungen gebunden sind (jeweils drei Viertel der Befragten und mehr). Ca. 10% bis 15% möchten Freizeitaktivitäten ausüben, die einer bestimmter Infrastruktur bedürfen, z. B. Tennis, Segeln oder Motorsport. Und ein großer Teil der Befragten (über 50%) ist der Ansicht, daß die Bergbaufolgelandschaft einen interessanten Erlebnisraum für Kinder darstellen kann.

Diese Vorstellungen korrespondieren damit, wie sich die Befragten die Landschaft nach der Sanierung vorstellen. Sie erwarten, daß ein attraktives Naherholungsgebiet entsteht, das sich durch eine abwechslungsreiche Landschaft und vielfältige Naherholungsmöglichkeiten auszeichnet. Das drückt sich in den folgenden Niederschriften aus, in denen die Landschaft nach der Sanierung zu charakterisieren versucht wird: „schön und abwechslungsreich“, „wasser- und waldreich“, „natürlich und ruhig“, „Wald, Wasser, Wiesen, Naherholung“, „See, Naherholung, viel Wald, Biotope, Ansiedlung heimischer Tierarten“, „Baum- und Strauchlandschaften mit Fahrradwegen, Liegewiesen, Bade-, Segelflächen“, „attraktiv mit vielen Erholungsmöglichkeiten und Naturschutz“, „Badensee mit viel grüner Umgebung“.

– Fazit

In der Vergangenheit haben die Folgen des Tagebaubetriebes in unmittelbarer Nähe der Ortslage sowie der sog. bergbaulichen Unterschutzstellung der Siedlungsbereiche einschließlich der Zerstörung des Ortsteils Rödgen zur Verschlechterung der alltäglichen Lebensbedingungen der Einwohner von Störmthal geführt.

Seit der Beendigung der Braunkohleförderung im Espenhainer Tagebau registrieren die Einwohner in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld in verschiedener Hinsicht Veränderungen. Sie nehmen bauliche Maßnahmen in Form von Sanierung und Neubau im privaten und öffentlichen Bereich wahr, für die sowohl erhebliche private als auch öffentliche Mittel zum Einsatz gekommen sind. Außerdem können die Störmthaler seit Beginn der 90er Jahre den Zuzug von neuen Einwohnern feststellen. Er wird allgemein positiv beurteilt.

Neben den vorteilhaften Entwicklungen reflektieren die Bewohner aktuelle Defizite. Immissionsbelastungen werden nach wie vor von vielen Bewohnern hervorgehoben, auch wenn sie vor 1990 noch stärker in der Kritik standen. Das gilt insbesondere in bezug auf Staub, aber auch auf Lärm. Sie resultieren einerseits maßgeblich aus der unmittelbaren Nähe der Ortslage zu den Tagebaubereichen, auf die sich die Sanierungsarbeiten in den letzten Jahren konzentriert haben. Andererseits hat nach Ansicht vieler Einwohner der Verkehr zugenommen.

Die weitere Entwicklung ihres Wohnortes sehen die Befragten insgesamt positiv. Störmthal wird seine Attraktivität als Wohnort mit ansprechenden, vielfältigen Voraussetzungen für Sport und Naherholung weiter steigern.

Die beiden Großprojekte im Tagebaubereich (Deponie Cröbern und Autobahn A 38) bringen nach Meinung der Befragten Nachteile für die Umweltqualität mit sich und können damit den Wert der in Ortsnähe geplanten Erholungslandschaft schmälern. Während die Deponie vorrangig skeptisch betrachtet wird, ist die Sicht auf das Autobahnprojekt eher als ambivalent zu charakterisieren. In letzterem steht den Nachteilen die Erwartung einer günstigeren Verkehrsanbindung und einer Entlastung der Ortsstraßen gegenüber.

Das alles läßt die Einschätzung zu, daß kurz- und mittelfristig grundlegend günstige Voraussetzungen für die Entwicklung von Störmthal bestehen, obwohl auch Problemfelder (insbesondere hinsichtlich der Umweltqualität und des Angebotes an Arbeits- und Ausbildungsplätzen) auszumachen sind. Bezüglich der künftigen Landschaftsgestaltung und Ortsentwicklung im Zusammenhang mit der Tagebausanierung besteht bei vielen Befragten der Wunsch nach mehr Informationen, die in geeigneter Form durch verschiedene Medien vermittelt werden sollten.

6.3.3. Ableitung von Entwicklungsoptionen

Nachfolgend werden für Störmthal die positiven Voraussetzungen und Möglichkeiten sowie die Defizitbereiche in bezug auf die Revitalisierung und weitere Ortsentwicklung zusammengefaßt, die in den Ergebnissen der empirischen Erhebung und in der Ortscharakteristik herausgearbeitet worden sind.

Hinsichtlich der *sozialen Bedingungen* ist festzustellen, daß sich die Entwicklungschancen für Störmthal grundlegend verbessert haben. Nachdem der Ort jahrzehntelang Bevölkerungsverluste zu beklagen hatte und in den Jahren 1991/92 beinahe die niedrigste Einwohnerzahl in seiner Geschichte erreichte, setzten mit dem anschließenden Bevölkerungszuwachs die demographische Belebung und Durchmischung ein. Die Zuwanderung, von den Störmthalern allgemein positiv gewertet, hat zu einer Verjüngung der Einwohnerschaft geführt und strahlt günstig auf die Sozialstruktur insgesamt aus. Die neuen Einwohner im arbeitsfähigen Alter stehen zu einem höheren Anteil in Erwerbsarbeit als die entsprechenden Alteingesessenen. Des weiteren verfügen die erwerbstätigen Neuzugezogenen im Durchschnitt über einen relativ hohen sozioökonomischen Status, d. h. über ein hohes Qualifikationsniveau und über relativ hohe Haushaltsnettoeinkommen. Im Rahmen der Bevölkerungsentwicklung profitiert Störmthal von der Umlandwanderung der Leipziger Bevölkerung. Die ruhige Ortslage bei gleichzeitiger Lagegunst zum Waldgebiet „Oberholz“ und zur Stadt Leipzig sowie die Aussicht auf eine attraktive Umgebung im Ergebnis der Tagebausanierung begründen die Attraktivität dieses Wohnstandortes.

Anhand der Ergebnisse der empirischen Erhebung kann davon ausgegangen werden, daß die Störmthaler in hohem Maß sozial eingebunden sind.

Dafür sprechen die Familien- und Haushaltsstruktur, die Einbindung in verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen, die positive Bewertung der Nachbarschaftsbeziehungen, die rege Beteiligung in lokal wirkenden Interessenvereinigungen und die überdurchschnittliche Hervorhebung des Gemeinschaftsgefühls im Ort. Das offensichtlich gut funktionierende soziale Leben ist als Ausdruck einer hohen Ortsverbundenheit großer Teile der Einwohnerschaft zu werten. Zugleich wirkt es selbst als Bindungsfaktor.

Werden die *wirtschaftlichen Bedingungen* betrachtet, so haben sich die grundlegenden Strukturveränderungen in der Region in den 90er Jahren auch in der Beschäftigungsstruktur der Störmthaler niedergeschlagen. So ist der Beschäftigtenanteil in der ursprünglich bedeutendsten Branche, der Land- und Forstwirtschaft, extrem zurückgegangen. Die Rolle des Dienstleistungssektors ist gewachsen. Ihren Arbeitsplatz haben die Störmthaler relativ häufig im Wohnort bzw. in dessen Nähe. Die Orientierung auf Leipzig als Arbeitsort ist geringer als in anderen Untersuchungsgemeinden. Der Anteil der Nichterwerbstätigen hat deutlich zugenommen, wobei die Arbeitslosigkeit im Hinblick auf die Gesamtstichprobe ein vergleichbar hohes Niveau aufweist.

Die Befragten weisen darauf hin, daß großer Handlungsbedarf in bezug auf die Beseitigung der Defizite im Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot besteht. Chancen für neue Beschäftigungsfelder werden im Zusammenhang mit einer Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung und mit der Etablierung des Freizeitsektors in der Region verbunden. Die Forderung nach Arbeitsplatzsicherung gilt auch im Hinblick auf die Landwirtschaft, die für einige Störmthaler nach wie vor die Haupterwerbsquelle darstellt. Die Sicherung des Arbeitsplatzbestandes und eine weitergehende Gewerbeansiedlung ließen auch für die Zukunft stabilisierende Effekte auf die Bevölkerungsentwicklung erwarten. Sie sind deshalb als Entwicklungspotentiale hoch einzuschätzen.

Die *wohnbaulichen Bedingungen* haben sich in Störmthal in den 90er Jahren erheblich verbessert. Daraus resultieren eine überdurchschnittlich hohe Zufriedenheit mit den unmittelbaren Wohnbedingungen sowie eine überdurchschnittlich hohe Seßhaftigkeit als Ausdruck einer hohen Ortsbindung. Zur ersteren haben die Bewohner selbst aktiv beigetragen, indem sie zahlreiche Werterhaltungsmaßnahmen und Neubauvorhaben realisierten. Der sehr hohe Stellenwert von selbstgenutztem Wohneigentum, zugleich ein Indikator für eine hohe Ortsgebundenheit der Bewohner, hat sich als impulsgebend für die Revitalisierung von Störmthal erwiesen. In den individuellen baulichen Aktivitäten dokumentiert sich die Entwicklungsfähigkeit des Ortes. Diese Initiativen wirken aufgrund ihres Beispieleffektes selbstverstärkend und werden auch weiterhin zu einem attraktiven Ortsbild beitragen.

Mit den *Bedingungen* der technischen *Infrastruktur* sind die Störmthaler relativ zufrieden, wird von der Verkehrsinfrastruktur abgesehen. Im Rahmen der sozialen Infrastruktur erfahren insbesondere die Gaststätten im Ort eine hohe Wertschätzung. Mit ihnen sind Treffpunkte und Kommunikationsräume

vorhanden, die sich vorteilhaft auf das soziale Leben auswirken und zudem mit ihren kulturellen Aktivitäten lokale Identität befördern helfen.

Reserven im Bereich der Infrastruktur liegen zum einen in der Erweiterung der Ausstattung mit Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen und in der Verbesserung der technischen Infrastruktur. Zum anderen sind öffentliche Gebäude wie die Kirche und das Schloß mit seinen Parkanlagen zu sanieren, die Identifikationssymbole für die Einwohner darstellen und den Ort für Fremde attraktiver machen können. Letzteres ist im Zusammenhang mit dem zu erwartenden regionalen Naherholungstourismus in der künftigen Seenlandschaft relevant.

Die positive Veränderung der *landschaftlichen Bedingungen* im Zusammenhang mit der Tagebausanierung stellt ein außerordentliches Potential für die Revitalisierung von Störmthal dar. Trotz extrem hoher tagesbaubedingter Umweltbelastungen in der Vergangenheit haben die Störmthaler Einwohner eine positive Sicht auf den Sanierungstagebau Espenhain. Sie betrachten ihn als Sehenswürdigkeit. Ihnen ist bewußt, daß sich mit der Tagebausanierung ein bis unmittelbar vor „ihre Haustür“ reichender grundlegender Wandel der landschaftlichen Nutzung verbindet, und daß sie mit ihrem Ort in diesen Prozeß involviert sind. Die Bevölkerung erwartet ein attraktives Rekreationsgebiet mit einer abwechslungsreichen, weitreichend naturnah gestalteten Landschaft und vielfältigen Naherholungsmöglichkeiten. Nach Abschluß der Sanierungsmaßnahmen wird Störmthal gewissermaßen von einer ansprechenden Landschaft umschlossen sein, denn der sanierte Bergbaubereich wird direkt an das beliebte Waldgebiet „Oberholz“ anschließen.

Alle Einwohnergruppen gehen davon aus, daß diese Veränderungen positiv in den Ort hineinstrahlen werden. Die landschaftliche Aufwertung begründet eine bevorzugte Wohnlage und damit das Leitbild der Kommune vom Wohnort Störmthal. Sie eröffnet Chancen für eine ergänzende Naherholungsfunktion. Darüber hinaus kann sie wesentlich zur Beheimatung der Bewohner beitragen.

Neben der grundsätzlich positiven Sicht der Wohnbevölkerung auf die begonnene und die weitere Landschaftsgestaltung besteht die Befürchtung, einige Vorhaben würden sich negativ auf die Umweltqualität auswirken. So wird die Deponie Cröbern als allgemeine (unberechenbare) Bedrohung für die Erholungslandschaft gesehen. Auch von der geplanten Autobahn-Südtangente Leipzig, die nach Ansicht der Störmthaler den unumstrittenen Vorteil einer günstigeren Verkehrsanbindung bieten wird, werden Einschränkungen bezüglich der Umweltqualität erwartet.

Im Zusammenhang mit der Betrachtung der *Umweltbedingungen* zählt Störmthal zu den Siedlungen im Südraum Leipzig, in denen die Lebensbedingungen in den vergangenen Jahrzehnten besonders stark von den vom Braunkohlebergbau ausgehenden Emissionen beeinträchtigt worden sind. Die direkte Lage des Ortes am Tagebaurand ist der Grund dafür, daß Störmthal

auch während der Sanierung den damit zwangsläufig verbundenen Auswirkungen, insbesondere Staubwolken, unmittelbar ausgesetzt ist als andere Untersuchungsgemeinden. Die Dauer dieser Belastungen ist begrenzt. Mit der Fertigstellung der Böschungen und des Autobahndammes, der Flutung der Seen sowie der Realisierung von Aufforstungs- und Begrünungsmaßnahmen um den künftigen Störmthaler See werden sie rapide abnehmen. Anders verhält es sich jedoch mit den verkehrsbedingten Umweltbelastungen, die nach Ansicht der Bewohner bereits in den letzten Jahren zugenommen haben und für die künftig mit einem weiteren massiven Anstieg gerechnet wird.

Angesichts der Verkehrsentwicklung und der Befürchtungen und Ängste im Zusammenhang mit Deponie und Autobahn muß die Kommune Anstrengungen zur weitestgehenden Verringerung der Umweltbelastungen unternehmen. Anderenfalls können die hohen Erwartungen der Einwohner an die Verbesserung der Lebensqualität nicht erfüllt werden.

In bezug auf die *kommunal-administrativen Bedingungen* ist zunächst die Eingliederung von Störmthal sowie von Güldengossa und Dreiskau-Muckern in die Gemeinde Großpösna hervorzuheben. Mit diesem Zusammenschluß werden die gegenseitige funktionale Ergänzung der Ortsteile und ein abgestimmtes Nutzungskonzept der Naherholungsbereiche am Nord-Ost- und Südufer des Störmthaler Sees verfolgt. Die einheitliche administrative Zugehörigkeit dieser drei Anliegerorte ist eine günstige Voraussetzung dafür, daß jeder Ortsteil einen eigenständigen und zugleich besonderen Stellenwert im künftigen Erholungsraum erhält. Infolge der Verminderung kommunaler Konkurrenz erhöht sich die Chance auf ein abwechslungsreich gestaltetes und ausgestattetes Naherholungsgebiet, weil die unnötige Häufung einzelner Nutzungsarten und entsprechender Infrastruktur (z. B. von Badestränden oder Bootsanlegestellen) vermieden werden kann. Das macht es zugleich möglich, Belastungen für die Bewohner der Anliegergemeinden zu verringern und Kosten sinnvoll und auf unterschiedliche Vorhaben zu verteilen.

Die Bereitstellung zentraler Fördermittel für innerörtliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen erfolgte erst ab 1997 in einem bedeutsamen Umfang. Im privaten Bereich konnte dieser Mangel über den verstärkten Einsatz eigener Mittel und die Aufnahme von Krediten ausgeglichen werden. Auf die bauliche Erneuerung im öffentlichen Bereich wirkte sich dieser Umstand jedoch ungünstig aus, weil einige wichtige Sanierungsvorhaben zurückgestellt werden mußten. So ist der Nachholbedarf im Hinblick auf die technische und soziale Infrastruktur in Störmthal gegenwärtig teilweise größer als in anderen ehemaligen Tagebaurandgemeinden, die dank einer frühzeitigeren finanziellen Unterstützung stärker in den öffentlichen Bereich investieren konnten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich Störmthal seit dem Beschluß zur Stilllegung des Tagebaus Espenhain positiv entwickelt hat und in keiner Hinsicht mehr in seiner Existenz bedroht ist. Die Revitalisierung basiert in erster

Linie auf dem Zusammenspiel von vorteilhaften Lagebedingungen (ruhiger Lage, Großstadtnähe, Nachbarschaft zum Oberholz, Nähe zum künftigen Störmthaler See), der Gewerbeansiedlung, der baulichen Erneuerung insbesondere der in Privatbesitz befindlichen Wohnhäuser, dem Vorhandensein und Funktionieren ausgewählter dorftypischer Versorgungs- und gastronomischer Einrichtungen, einem überschaubaren Wohnungsneubau und damit verbundenem Bevölkerungszuwachs sowie guten sozialen Beziehungen im Ort. Damit werden die sozialen Potentiale weitgehend durch die Einwohner selbst getragen.

Als problematisch für die kontinuierliche Ortsentwicklung stellen sich aus gegenwärtiger Sicht insbesondere Defizite in der technischen Infrastruktur, der Sanierungsbedarf ausgewählter öffentlicher Gebäude, die schlechte Verkehrsanbindung mittels ÖPNV sowie die hohe Umweltbelastung im Zusammenhang mit dem gestiegenen und künftig voraussichtlich weiter steigenden Verkehrsaufkommen dar.

Störmthal kann mittlerweile ein Niveau lokaler Entwicklung vorweisen, welches von dem Übergang der Revitalisierungsphase zur Phase erfolgreicher, auf einer Eigendynamik basierender Ortsentwicklung bestimmt ist.

6.4. Vergleichendes Fazit

Die vorgestellten Repräsentanten der drei Typen von Tagebaurandgemeinden besitzen jeweils spezifische Merkmalsausprägungen, die letztlich die lokalen Entwicklungschancen bestimmen. Des weiteren stellen sich in jeder Untersuchungsgemeinde sowohl positiv als auch negativ unterlegte Merkmalskombinationen heraus, so daß stets beide Ausprägungsrichtungen zum Tragen kommen. Entscheidend für den Verlauf und den Erfolg des innerörtlichen Revitalisierungsprozesses ist das Überwiegen der einen oder der anderen Richtung.

Der Umfang und der Grad der Ausprägung vorhandener sozialer Potentiale bestimmen die Erfolgchancen lokaler Revitalisierungsvorhaben. Werden die drei beschriebenen typischen Untersuchungsgemeinden hinsichtlich der sozialstrukturellen Charakteristik verglichen, dann treten bereits deutliche Unterschiede hervor. Zur Veranschaulichung dessen werden zunächst die Merkmale Qualifikationsniveau und Erwerbstätigkeit herangezogen. Die Einwohner des städtischen Vorortes Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe weisen im Vergleich der drei Repräsentanten das höchste Qualifikationsniveau auf. Hier ist auch der Beschäftigtenanteil unter den Erwerbsfähigen am größten. Werden die Wirtschaftszweige betrachtet, in denen die Erwerbstätigen 1989 beschäftigt waren und in denen sie 1998 beschäftigt sind, dann zeigt sich, daß reichlich die Hälfte der Markkleeberger zum erstgenannten Zeitpunkt in den verschiedensten Branchen des Dienstleistungssektors tätig war. Im Unterschied dazu waren die Beschäftigten der industriell geprägten Gemeinde Espenhain in starkem Maße (52%) in die Branche Energie/Wasser/Bergbau, die bis 1989 die Regionalwirtschaft dominierte, eingebunden. In keiner der anderen Untersuchungsgemeinden wies einen so hohen Anteil an Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig auf. Und es gibt keine andere Branche, auf die sich die Beschäftigten der Untersuchungsgemeinden in einem vergleichbaren Umfang konzentrierten. Aufgrund des wirtschaftlichen Strukturbruchs hat dieses Beschäftigungsfeld in den 90er Jahren weitgehend an Bedeutung verloren. Die Folgen für den Arbeitsmarkt spiegeln sich am deutlichsten im drastisch reduzierten Umfang an Erwerbstätigkeit im Espenhainer Sample im Jahr 1998 wider. Die einseitige Ausrichtung der Erwerbsarbeitsbevölkerung von Espenhain auf die ehemals dominante Branche ist ein wesentlicher Grund dafür, daß diese Gemeinde im Vergleich der drei Typrepräsentanten wie auch aller Untersuchungsorte den höchsten Anteil an Arbeitslosen aufzuweisen hat.

Unter Berücksichtigung weiterer sozialstruktureller Merkmale wie z. B.

der Einkommenshöhe und dem Grad der Handlungsautonomie ist zu resümieren, daß in den städtischen Vororten und in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden die sozial stärkeren Bewohnergruppen zu finden sind. Das belegen die Beispiele Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Störmthal. Diese günstigere Ausgangsbedingung der Gemeinden mit städtischem Vortortcharakter und der ländlich-dörflich geprägten Gemeinden für ihre Revitalisierung resultiert unter anderem aus dem Zuzug junger Familien. Die Möglichkeit zum Erwerb von privatem Eigentum an Grund und Boden in einer guten Wohnlage zu moderaten Preisen war dafür der auslösende Faktor. Die räumliche Nähe zur Großstadt Leipzig stellt in diesem Zusammenhang einen Gunstfaktor dar. Die Distanz nach Leipzig ist leicht zu überwinden, so daß das dortige Arbeitsplatz-, Versorgungs- und Kulturangebot genutzt werden kann. Insbesondere ehemalige Leipziger haben die Chance zum Eigentumserwerb, die den beiden oben genannten Typen angehören, ergriffen. Im Vergleich der drei Repräsentanten zeigt sich, daß der Anteil der ehemaligen Leipziger unter den Markkleebergern mit 40% sehr hoch ist. Es bestätigt sich damit, daß Markkleeberg aus Leipziger Perspektive schon immer ein bevorzugter Zuzugsort war. Unter den Störmthalern beträgt der entsprechende Anteil 25%. Die Datenanalyse belegt, daß Störmthal seine Attraktivität als Zuzugsort für Leipziger nach 1990 und nach der Tagebaustillegung erheblich steigern konnte. Von den nach 1990 Zugezogenen kommen fast drei Viertel aus der Großstadt. Dagegen war und ist Espenhain kein bevorzugter Zielort. Somit kann der Revitalisierungsprozeß in den städtischen Vororten und in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden auf Potentiale zugreifen, die sich infolge der Suburbanisierung entfalten. Dagegen müssen die industriell überprägten Gemeinden wie Espenhain auf derartige Impulse von außen verzichten. Mitnahmegewinne durch Suburbanisierung sind hier nicht zu erzielen.

Als ein wesentliches Kriterium für die bauliche Wiederherstellung der Siedlungen und für die Verschönerung des jeweiligen Ortsbildes sowie für den Grad der Wohnzufriedenheit erweist sich der Umfang an privatem Grundeigentum. Während in Störmthal 86% der Befragten und in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe 72% im eigenen Grundstück wohnen, sind es in Espenhain nur 32%. Die Eigentümer bestätigen durchgängig einen hohen Einsatz zur Erhaltung und Verbesserung des Wohneigentums, der u. a. in der Tätigkeit umfangreicher privater Investitionen zum Ausdruck kommt. Das hat zu einem guten baulichen Zustand der Wohngebäude und zu einer hohen Wohnzufriedenheit geführt. Damit geht eine relativ hohe Ortsbindung einher, die Umzugsabsichten nicht aufkommen läßt. Während in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und in Störmthal über 90% der Befragten seßhaft sind, liegt der Anteil in Espenhain bei 76%. Hier sind offensichtlich die materiell begründete Gebundenheit und die emotional begründete Verbundenheit mit dem Wohnort wesentlich geringer ausgeprägt.

Der Grad der Ortsbindung wirkt sich auch auf das soziale Leben im Ort aus. Dies betrifft z. B. die Bereitschaft der Einwohner, sich in irgendeiner Form für den Wohnort zu engagieren. Sie wird in Espenhain im Vergleich zu den anderen Gemeinden in geringerem Maße zum Ausdruck gebracht. Des weiteren zeigen sich erhebliche Unterschiede in bezug auf die Nachbarschaftshilfe. Während Sie in Störmthal selbstverständlich ist, was auf das Vorhandensein traditioneller dörflicher Strukturen verweist, kann in Espenhain nur ein Drittel der Befragten bestätigen, im Bedarfsfall auf nachbarschaftliche Hilfeleistung zählen zu können. In Markkleeberg wiederum ist sich die Hälfte der Befragten sicher, sich auf die Hilfe der Nachbarn verlassen zu können. Die Repräsentanten der drei Gemeindetypen weisen somit am Beispiel der Nachbarschaftsbeziehungen eine abgestufte Intensität sozialer Netzwerke auf. Die Einschätzungen der verschiedenen Dimensionen des sozialen Lebens korrespondieren miteinander und bestimmen das ortsspezifische Gemeinschaftsgefühl.

Mit dem Indikator „Würden Sie einem guten Freund raten, in Ihren Wohnort zu ziehen?“ gelingt eine zusammenfassende Beurteilung der örtlichen Lebensbedingungen. In die Beantwortung dieser Frage fließen sowohl die subjektive Bewertung der materiellen Wohnbedingungen als auch des Gemeinschaftslebens ein. Während in Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe 64% und in Störmthal 60% der Einwohner die Frage uneingeschränkt bejahen, sind es in Espenhain nur 15%. In diesen Ergebnissen spiegelt sich die höhere Wohnqualität in den städtischen Vororten und den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden im Vergleich zu den industriell überprägten Gemeinden wider.

Die Nachbarschaft zum Tagebau Espenhain wird in sämtlichen Gemeinden rückblickend als eine Bedingung eingeschätzt, welche die alltäglichen Lebensbedingungen einschränkte. Alle Einwohner heben die enormen Lärm- und Staubbelastungen hervor. Im Falle von Espenhain verschärfte sich die Umweltbelastung durch die Immissionen, die vom angrenzenden karbochemischen Werk ausgingen.

In der Gegenwart betonen insbesondere die Einwohner der unmittelbaren Randlagegemeinden, die eine Blickbeziehung vom Ort in das Restloch haben, ein überdurchschnittlich große Interesse am Fortgang der Tagebausanierung. In Störmthal wird dies z. B. dadurch unterstrichen, daß bei fast drei Viertel der Befragten die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft zu den vorrangigen Gesprächen mit Nachbarn gehört. Unter den Markkleebergern bestätigen 45% der Befragten die häufige Unterhaltung darüber. Dagegen verweist in Espenhain nur ca. ein Viertel darauf. Die künftige Entwicklung der Bergbaufolgelandschaft und die erwartete Aufwertung der landschaftlichen Attraktivität im Umfeld des Wohnortes sind für die Espenhainer von ungleich geringerer

Bedeutung als für die Befragten der anderen Orte. Die Einwohner von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Störmthal verbinden die Entstehung einer Naherholungslandschaft sehr eng mit positiven Erwartungen in bezug auf die Entwicklung ihrer Wohnorte. Sie rechnen mit dem Zuzug neuer Einwohner. Daran knüpfen sie wiederum Hoffnungen auf eine Stärkung und Ausweitung des sozialen Lebens und auf eine Erweiterung der infrastrukturellen Versorgungseinrichtungen. Insgesamt geben die Markkleeberger und die Störmthaler ihrer Überzeugung Ausdruck, daß sich die Wohnqualität weiter verbessern wird. Ihre Hoffnungen speisen sich aus dem Erleben des landschaftlichen Umgestaltungsprozesses und dessen Ausstrahlung auf den Wohnort. Diese Zuversicht ermutigt sie zur Investition von finanziellen Mitteln, Zeit und Kraft in das eigene Wohnumfeld.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die ausgewählten Repräsentanten der drei Typen von Tagebaurandgemeinden ein unterschiedliches Maß an lokal verfügbaren Revitalisierungspotentialen verdeutlichen. Die Einwohner von Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe als Beispiel für die städtischen Vororte und von Störmthal als Repräsentant der ländlich-dörflich geprägten Gemeinden unterstreichen die neuen Chancen für ihre Wohnorte, die sich maßgeblich aus der zeitlich überschaubaren Umgestaltung der Bergbaufolgelandschaft hin zu einem Naherholungsgebiet ergeben. Die hier erkennbaren positiv unterlegten Merkmalskombinationen zeigen Entwicklungspotentiale auf, die bereits einen beachtenswerten Revitalisierungsfortschritt ermöglicht haben. Diese Potentiale werden den Prozeß der Revitalisierung, der schon weitgehend in das Stadium normaler Ortsentwicklung übergegangen ist, weiter vorantreiben.

Im Unterschied dazu äußern sich die Espenhainer in bezug auf die künftige Entwicklung ihrer Gemeinde verhaltener. Aufgrund des Zusammentreffens mehrerer ungünstiger Bedingungen, wie der hohen Arbeitslosigkeit und der Nachbarschaft zum alten Betriebsgelände des ehemaligen karbochemischen Werkes, haben die Revitalisierungsanstrengungen in Espenhain noch nicht zu ähnlichen Erfolgen geführt wie in den anderen Gemeinden. Erste Fortschritte sind auch hier zu registrieren, allerdings ist eine dynamische Ortsentwicklung auf einer stabilen Basis selbsttragender sozialer Potentiale noch nicht erreicht. Espenhain als Beispiel für die industriell überprägten Gemeinden muß den Revitalisierungsprozeß fortsetzen.

7. Zusammenfassende Ergebnisse

Die Untersuchung der Revitalisierungschancen von Gemeinden in Randlage eines Tagebaus thematisiert den Versuch der Wiederbelebung niedergegangener lokaler Strukturen im Kontext bergbaulandschaftlicher Aufwertung, die letztlich in die Erneuerung alter Industrieregionen eingeordnet ist. Diese Fragestellung ist in der bisherigen wissenschaftlichen Diskussion weitgehend unbeachtet geblieben. In der vorliegenden Fachliteratur wird die Auseinandersetzung mit dem Prozeß der Revitalisierung vorwiegend im Zusammenhang mit der Suche nach Aufwertungsstrategien für verfallene innerstädtische Wohngebiete geführt. Jedoch erfolgen dabei keine umfassende theoretische Grundlegung des Revitalisierungsprozesses und keine systematische Aufarbeitung seiner Inhalte und der ihn befördernden oder behindernden Bedingungen. Die Kenntnis der für die Erneuerung relevanten Revitalisierungspotentiale und -hemmnisse bildet jedoch eine elementare Voraussetzung für die Entwicklung von Revitalisierungsstrategien für räumliche Struktureinheiten mit Erneuerungsbedarf. Somit fehlen auch übertragbare Revitalisierungsmodelle.

Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke. Abgeleitet aus den Erfahrungen und Erkenntnissen des Forschungsprozesses wird der Revitalisierungsbegriff inhaltlich geschärft: Revitalisierung meint die Wiederbelebung sozialräumlicher Strukturen. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus einem besonders niedrigen Ausgangsniveau ortsbezogener städtebaulicher und sozialer Bedingungen, welches die kommunale Entwicklungsfähigkeit wesentlich einschränkt oder gar gefährdet. Revitalisierung umfaßt eine besondere Phase gemeindlicher Entwicklung, in der ein Niedergangsprozeß mit drohender vollständiger Erosion aufgehalten und umgekehrt werden soll. Deren Erfolg entscheidet über die weitere Existenz einer Gemeinde. Die Revitalisierung läuft mit dem Erreichen eines Niveaus kommunaler Lebensfähigkeit, das durch sich selbsttragende und -steuernde Prozesse charakterisiert ist, aus und mündet in den auf einer Eigendynamik basierenden Prozeß der Stadt- und Dorfentwicklung ein. In dieser strengen inhaltlichen Fassung wird der Revitalisierungsbegriff in der vorliegenden Studie angewendet.

Des weiteren werden Revitalisierungspotentiale von Tagebaurandgemeinden bestimmt und operationalisiert. Die wesentlichen Merkmale und Bedingungen der Ortsentwicklung werden herausgefiltert, nach inhaltlichen Kriterien geordnet und als Voraussetzung für die Entfaltung von Potentialen bewertet. Im Verlauf des Forschungsprozesses konnte eine Abstraktion von

den Fallbeispielen erreicht werden, die es erlaubt, die Untersuchungsergebnisse zu generalisieren und auf andere Raumeinheiten mit Erneuerungsbedarf zu übertragen.

Tagebaurandgemeinden boten sich in einem besonderen Maße als Untersuchungsfeld an, weil hier abgegrenzte lokale Einheiten mit ihrer sozialen Gemeinschaft einen langjährigen Niedergang erfahren haben, der bis zur Extremsituation der physischen Auflösung und des Verschwindens reichte. Die ökologischen Deformierungen infolge des Tagebaufortschritts wurden von baulichen und sozialen Erosionsprozessen in den Siedlungen begleitet. Deutlichster Ausdruck des kommunalen Niedergangsprozesses war die anhaltende Abwanderung von Einwohnern. Insgesamt kann festgestellt werden, daß sich diese nachteiligen Bedingungen wechselseitig beeinflussten und auf Grund ihrer Komplexität zu einem massiven Verlust an Lebensqualität geführt hatten, so daß die langfristige Existenz der Siedlungen in Randlage zum Tagebau in Frage gestellt war. Nach der politischen Entscheidung, den Tagebaubetrieb einzustellen und die Gemeinden in der Bergbaulandschaft zu erhalten, waren Akteure präsent, die die Revitalisierungschancen erkannten und diese Aufgabe in Angriff nahmen.

Mit dieser außerordentlich pointierten Ausgangssituation eröffnete sich ein Untersuchungsfeld für die Analyse von Revitalisierungspotentialen, das sich durch eine klare Strukturiertheit auszeichnete. Im folgenden werden die wesentlichen Inhalte, die den Revitalisierungsprozeß von Tagebaurandgemeinden kennzeichnen und die im Rahmen der vorliegenden Studie herausgearbeitet wurden, in Form von Thesen zusammengefaßt.

These 1: Die Revitalisierungschance setzt den Wegfall existentieller Bedrohung voraus.

Im hier untersuchten Anwendungsfall waren die Gemeinden durch den Tagebaufortschritt in ihrer Existenz bedroht. Allerdings unterschieden sich die Orte in der Form und Intensität der Bedrohung. Alle Untersuchungsgemeinden sahen sich in ihrer Entwicklung außerordentlich starken Immissionsbelastungen, der Abtrennung der Verbindungen zu Nachbargemeinden und der Ungewißheit über die zeitlichen und inhaltlichen Tagebausanierungsabsichten ausgesetzt, wodurch ihre Lebensqualität erheblich eingeschränkt wurde. Ihren konkreten Ausdruck fanden die Niedergangserscheinungen u. a. im baulichen Verfall und in massiven Abwanderungen gerade junger Einwohner. Eine herausgehobene und besonders prekäre Stellung nahmen zudem die Orte ein, deren Gemarkung unter „Bergbauschutz“ stand. Deren zeitlich gestaffelte Einordnung in das weitere Abbaufeld und die damit festgelegte mittelfristige Überbaggerung begründeten ihren unausweichlichen Niedergang.

Mit der Tagebaustillegung und damit in Verbindung stehend der Schließung des karbochemischen Werkes fiel von den Gemeinden eine schwere Bürde ab, denn eine Bedrohung ihrer Existenz durch diese äußeren Einflüsse

war damit beendet. Nun galt es zu prüfen, ob die endogenen Potentiale für eine Wiederbelebung quantitativ und qualitativ ausreichen.

These 2: Eine Revitalisierung kommunaler Strukturen muß politisch gewollt sein.

Nach den gesellschaftlichen Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre standen eine öffentliche politische Aufarbeitung der Lage im Bergbaugebiet und entsprechende politische Entscheidungen auf der Tagesordnung. In einem demokratischen Prozeß wurde z. B. den Einwohnern von Mölbis freigestellt, ob sie gemeinsam umsiedeln oder ihren Ort revitalisieren wollten. Für beide Varianten wurde die notwendige Unterstützung zugesichert. Die Einwohner entschieden sich für ihren alten Standort und für die Mühen des Erneuerungs- und Wiederbelebungsprozesses. Damit stand vor den politisch Verantwortlichen einerseits die Verpflichtung, dieses Vorhaben mit geeigneten Maßnahmen zu befördern, andererseits war damit die Chance gegeben, ein positives Beispiel für neuartige kommunale Entwicklung zu schaffen. Die konkreten Formen der Unterstützung bestanden in der Bereitstellung von Fördergeldern für Neubau und Sanierung von Gebäuden und Infrastruktur, einer großen öffentlichen Aufmerksamkeit in den Medien, der Präsenz von Entscheidungsträgern vor Ort und in dem transparenten Bemühen, dauerhafte und sich selbsttragende kommunale Strukturen zu schaffen. Damit wurde ein Vertrauensgewinn auf Seiten der Bürger erreicht. Die Aufmerksamkeit politischer Verantwortungsträger und deren angemessenes Reagieren auf Problemkonzentrationen beförderten das Engagement der Einwohner für ihre Gemeinden.

These 3: Die Revitalisierungschancen der Tagebaurandgemeinden resultieren maßgeblich aus der Gesamtheit ihrer konkreten lokalen Ausgangsbedingungen Anfang der 90er Jahre.

Die Forschungsergebnisse zeigen, daß sich die Entwicklungsfähigkeit der Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain aus der Gesamtheit der konkreten Ausgangsbedingungen ergibt, die in den Orten selbst sowie in deren näherem Umfeld zum Zeitpunkt der Stilllegung des Tagebaus vorherrschten und teilweise mittel- und längerfristig fortbestehen. Sowohl die jeweilige Ausprägung einzelner Dimensionen als auch die Art und Weise ihres Zusammentreffens waren und sind ausschlaggebend für die Möglichkeit der Wiederbelebung der kommunalen Strukturen.

Die Entwicklungsvoraussetzungen der Orte unterschieden sich zu Beginn der 90er Jahre sowohl in bezug auf die bergbauliche Betroffenheit (z. B. die Einordnung in das Bergbauschutzgebiet) als auch die sozialstrukturellen (z. B. die Altersstruktur der Einwohner, den Grad der Erwerbstätigkeit), wohnbaulichen (z. B. das Alter und die Struktur der Wohngebäude), infrastrukturellen (z. B. das Vorhandensein von Versorgungseinrichtungen, die ÖPNV-Anbindung) und kommunal-administrativen Bedingungen (z. B. die

administrative Zugehörigkeit, die Finanzlage) sowie ihre landschaftliche Einbettung (z. B. die Beschaffenheit des Hinterlandes).

In jeder Gemeinde treffen sowohl positive als auch negative Entwicklungsvoraussetzungen aufeinander. Entscheidend für das Veränderungsvermögen ist die Relation zwischen günstigen und ungünstigen Voraussetzungen. Wenn in einem Ort vorteilhafte Bedingungen überwiegen, kann davon ausgegangen werden, daß er über eine Reihe von endogenen sozialen Entwicklungspotentialen verfügt, die eine innerörtliche Aufwertung befördern. Dagegen erschwert bzw. hemmt eine Konzentration von Defiziten die Initiierung positiver Veränderungen.

These 4: Die ökologische Aufwertung des landschaftlichen Umfeldes ist eine entscheidende Revitalisierungsvoraussetzung, da von ihr starke Impulse für die innerörtliche Entwicklung in den Anrainergemeinden ausgehen.

Im Zuge der politischen Wende und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wurde das Ausmaß der ökologischen Zerstörung deutlich. Zugleich setzte eine wesentliche Minderung der Immissionsbelastung ein, die Landschaftszerstörung wurde beendet, und ein massiver Umkehrprozeß in Richtung landschaftliche Aufwertung und damit Verbesserung der Lebensbedingungen wurde eingeleitet. Mit dem Beginn der verbindlichen, zeitlich konkreten und die Belange der Gemeinden berücksichtigenden Sanierung des Tagebaus und dessen Neugestaltung hin zu einer Erholungslandschaft bildeten sich in einem relativ kurzen Zeitraum völlig neue Entwicklungschancen für die Anrainerkommunen heraus. Die öffentliche Diskussion um die genaue Festlegung der Sanierungsziele, die Finanzierung der Maßnahmen und die zeitliche Überschaubarkeit der Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft verliehen den Gemeinden die Gewißheit, in ihrer Umgebung bald ein Naherholungsgebiet vorzufinden. Auf die Einwohner wirkte der unverzügliche Beginn der Tagebausanierung außerordentlich mobilisierend. Das Erleben der Landschaftsveränderung lieferte den Beweis dafür, daß ein individueller Einsatz für die Verbesserung der Wohnbedingungen in den Gemeinden lohnenswert ist. Insbesondere in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden und städtischen Vororten mit tagesbaufreiem Hinterland vollzogen sich in kurzer Zeit eine Reihe von privaten Sanierungs- und Baumaßnahmen, mit deren Hilfe das Ortsbild sichtbar für alle Bewohner verbessert werden konnte. Der innerörtliche Aufwertungsprozeß wurde durch die Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen, wofür die Gemeindeverwaltungen staatliche Fördergelder einwerben konnten, ergänzt.

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse belegen, daß landschaftlicher Attraktivitätsgewinn und Revitalisierungserfolg von Gemeinden im ehemaligen Tagebaug Gebiet zwei zusammenhängende und sich wechselseitig befördernde Komponenten der hiesigen Regionalentwicklung sind.

These 5: Die Verbesserung der Umweltqualität bleibt eine aktuelle Aufgabenstellung, um die günstigen landschaftsbezogenen Bedingungen für die weitere Ortsentwicklung uneingeschränkt zum Tragen zu bringen.

Die Verbesserung der Umwelt- und der Lebensqualität bleibt eine aktuelle Aufgabenstellung, obwohl diesbezüglich im Untersuchungsfeld in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten. Allerdings sind neue, im Vergleich zur Vergangenheit wesentlich geringere Umweltbelastungen zu beobachten, die den Wert der bisher erreichten Verbesserungen einschränken. Sie resultieren im wesentlichen aus drei Ursachen: den laufenden Arbeiten zur Tagebausanierung, dem Verkehrsaufkommen und der im Tagebaubereich befindlichen Deponie.

Die Sanierungsarbeiten sind aktuell mit Lärm- und Staubbelastungen verbunden. Da der Fortgang der Arbeiten zu beobachten und ihr Ende zeitlich absehbar ist, bringen die Betroffenen zum Ausdruck, daß sie diese Unannehmlichkeiten billigend in Kauf nehmen. Eine wesentlich kritischere Bewertung erfahren die Begleiterscheinungen des hohen und voraussichtlich weiter wachsenden Verkehrsaufkommens. Bereits in der Gegenwart ist die starke Frequentierung der Durchfahrtsstraßen nach Meinung der Einwohner kaum erträglich. Künftig könnte sich diese Lage weiter zuspitzen, wenn die Straßen als Zubringer für die geplante Autobahn A 38 fungieren sollten. Die Deponie Cröbern wird von vielen Befragten in den Tagebaurandgemeinden mit dem Risiko einer Umweltschädigung und einer Beeinträchtigung des Bildes der zukünftigen Erholungslandschaft verbunden. Da keine sinnvolle Standortalternative für die Deponie existiert, müssen die Betreiber und die Aufsichtsbehörden ihre Kontrollpflicht außerordentlich verantwortungsvoll wahrnehmen. Hier ist Handlungsbedarf der Verantwortungsträger erforderlich, um die Verunsicherung der Einwohner abzubauen. Des weiteren ist der Deponiekörper so zu gestalten, daß ein optisches Einpassen in das Bild der Erholungslandschaft gewährleistet werden kann. Nur so können Wege zu einem akzeptierten Nebeneinander verschiedener Nutzungen der Bergbaufolgelandschaft eröffnet werden.

These 6: Steigende und sich stabilisierende Einwohnerzahlen sind Indikatoren für einen erfolgreich verlaufenden Revitalisierungsprozeß.

Fast alle Tagebaurandgemeinden können mittlerweile auf einen wachsenden Bevölkerungsbestand in überschaubarer Größenordnung verweisen, der maßgeblich auf Suburbanisierung beruht. Aufgrund des noch vor wenigen Jahren zu verzeichnenden Einwohnerschwundes und der daraus resultierenden unausgewogenen Sozialstruktur, die sich u. a. in der tendenziellen Überalterung zeigte, war die Zuwanderung für ihre erfolgreiche Revitalisierung zwingend erforderlich. Um einen Einwohnergewinn zu erzielen, wurden günstige Kon-

ditionen für einen Grundstückserwerb zum Eigenheimbau angeboten. Ein großer Teil der Neuzugezogenen hat diese Chance wahrgenommen und diesen Gunstfaktor mit dem Vorteil einer guten und perspektivisch sich weiter verbessernden Wohnlage verbunden.

Generell ist einzuschätzen, daß privates Wohneigentum, ländliche Wohnstrukturen, die Aussicht auf eine ansprechende landschaftliche Umgebung mit gut zugänglichen Angeboten für die Erholung sowie die Nähe zur Stadt Leipzig, die die Inanspruchnahme großstädtischer Angebote ermöglicht und somit zum Ausgleich von Defiziten in den kleineren Wohnorten beiträgt, ein Bedingungsgefüge darstellt, welches das Wohnen in den Tagebaurandgemeinden attraktiv macht. Die Bündelung dieser Standortfaktoren begünstigt die Entwicklungsfähigkeit der Orte außerordentlich und ist demzufolge ein entscheidende Bedingungskonstellation für ihre erfolgreiche Revitalisierung.

These 7: Der Revitalisierungserfolg läßt sich an der Funktionsfähigkeit sozialer Netze im Ort festmachen.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Wiederbelebung und die dauerhafte Lebensfähigkeit eines lokalen Gemeinwesens ist eine sich durch reißfeste soziale Netze auszeichnende Gemeinschaft der Einwohner. Von erstrangiger Bedeutung sind die Nachbarschaftsbeziehungen, die gegenseitige Hilfe und Unterstützung beinhalten. Für die Wertschätzung dieser Kontakte sind sowohl quantitative als auch qualitative Kriterien entscheidend. Letztere betreffen die Intensität von Gemeinschaftsbeziehungen, die sich auf einer Skala, die von Nähe auf Distanz bis zu gemeinschaftlichen Unternehmungen am Wochenende reicht, gemessen werden kann.

Des weiteren gehören von den Einwohnern selbst organisierte Feste und kulturelle Veranstaltungen zum Ortsleben dazu. Sie sind zugleich Höhepunkte im gemeinschaftlichen Zusammenleben, und erfüllen die Funktion der Selbstdarstellung. Die Initiative dafür geht häufig von Vereinen aus. Diese nehmen über ihre interessen geleitete Arbeit hinaus die gesamte Bewohnerschaft betreffende Aufgaben wahr und befördern damit den Zusammenhalt der Gemeinde. Die Wiederaufnahme und Pflege zwischenzeitlich unterbrochener örtlicher Traditionen durch Vereine, z. B. in Form typischer Ortsfeste, sind Belege für die Vitalität der Gemeinden und damit für den Revitalisierungserfolg.

These 8: Der Grad der Beeinflußbarkeit von negativen Entwicklungsvoraussetzungen bestimmt die Entwicklungsfähigkeit der Tagebaurandgemeinden.

Für den Verlauf der Ortsentwicklung ist von Bedeutung, inwieweit Bedingungen, von denen nachteilige Wirkungen für das alltägliche Leben der Bewohner ausgehen, beeinflußbar und damit veränderbar sind. Bestimmte Gegebenheiten sind relativ feststehend und demzufolge als beständige Bedingungen zu betrachten. Ihre negativen Seiten können nur punktuell zurückgenommen, nicht aber grundlegend beseitigt werden. So setzt die unabänderliche Lage auf dem schmalen Siedlungsband bzw. Trassenkorridor zwischen zwei Tagebauen den Entwicklungsmöglichkeiten von Großdeuben und Gaschwitz vorerst enge Grenzen. Ein weiterer gegenwärtig kaum zu ändernder Negativfaktor ist der Verlauf der Bundesstraße B2/95. Für die Wohnbedingungen in Espenhain bringt sie mehrere nachteilige Auswirkungen mit sich, indem sie den Ort zerschneidet und aufgrund der starken Frequentierung zwangsläufig eine hohe Lärm- und Abgasbelastung erzeugt.

Demgegenüber hat sich in den meisten Kommunen der noch vor wenigen Jahren fast flächendeckende bauliche Verfall als kurzfristig positiv beeinflussbare Komponente erwiesen. Insbesondere in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden und in den städtischen Vororten mit tagesbaufreiem Hinterland, in denen die Wohnverhältnisse durch selbstgenutztes Wohneigentum und klare Eigentumsrechte bestimmt sind, wirkte der Beginn der Tagesbausanierung wie eine Initialzündung. Die Besitzer investierten umfangreiche private Finanzmittel für Baumaßnahmen an ihren Häusern und Grundstücken. Unterstützt wurden die innerörtlichen Veränderungen durch engagierte Gemeindeverwaltungen, die u. a. erfolgreich Fördermittel einwerben konnten.

In den Orten, in denen sich verschiedene Bedingungen in den letzten Jahren bereits grundlegend gewandelt haben und sich weiterhin dynamisch verändern, kann mittlerweile von einem relativ breiten Spektrum an verfügbaren Entwicklungspotentialen ausgegangen werden.

These 9: Kurzfristig und unmittelbar wahrnehmbare Verbesserungen der alltäglichen Lebensbedingungen wirken auf die Revitalisierung außerordentlich stimulierend und selbstverstärkend.

Es ist festzustellen, daß einmal in Gang gekommene Entwicklungen den Revitalisierungsprozeß weiter vorantreiben. Dies trifft besonders auf Maßnahmen zu, deren Resultate nicht lange auf sich warten lassen. Kurzfristig spürbare Verbesserungen in den alltäglichen Lebensbedingungen, wie sie im Zusammenhang mit einer Vielzahl von privaten und öffentlichen Sanierungsmaßnahmen, die innerhalb eines kurzen Zeitraums realisiert wurden, zu verzeichnen sind, führen den Einwohnern eindrucksvoll vor Augen, daß ihre Anstrengungen positive Ergebnisse hervorbringen. Hinzu kommt, daß eine bestimmte Quantität an durchgeführten Aktivitäten in eine neue Qualität um-

schlägt, indem sich die zunächst über den Ort verstreuten Sanierungsergebnisse in einer für alle sichtbaren Verschönerung des gesamten Ortsbildes vereinen. Diese Veränderungen bestärken die Einwohner in ihrem lokalen Engagement, erhöhen die Ortsverbundenheit und mobilisieren neue Kräfte. Damit wird eine sich selbsttragende Entwicklung unterstützt, so daß die Revitalisierung in die nächsthöhere Phase der Ortsentwicklung einmünden kann.

These 10: Revitalisierungserfolge verbessern sowohl das Selbstbild als auch das Fremdbild des Ortes.

Die Erfolge der innerörtlichen Entwicklung, die sich unter anderem in einem guten Zustand der Gebäude und der Infrastruktur, in einem bedarfsgerechten Angebot an Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen und in gepflegten Grünbereichen dokumentieren, verbessern das Selbstbild der Gemeinden. Das führt dazu, daß die Bewohner die Bedingungen vor Ort positiver wahrnehmen, das Erreichte wertschätzen und den Entwicklungsfortschritt durch Erzählungen, Fotos und Einladungen nach außen tragen. Dies kann zur Aufwertung des Fremdbildes beitragen und den Ort für Zuzug empfehlen. Der daraus folgende Einwohnergewinn befördert die in den Tagebaurandgemeinden dringend erforderliche soziale Durchmischung und die Stabilisierung einer ausgewogenen Sozialstruktur. Davon gehen wiederum Impulse für die Ortsentwicklung aus.

Mit dem grundlegenden Wandel der Bergbaufolgelandschaft hin zu einem attraktiven Naherholungsgebiet vor den Toren Leipzigs einschließlich des ansprechenden Erscheinungsbildes der in diesem Raum liegenden Siedlungen sind Grundlagen für ein neues Image des ehemaligen Bergbaureviers vorhanden. Natur, Erholungslandschaft und hochwertige Ortsbilder als Attribute einer hohen Lebensqualität werden allmählich bestimmend, sie lassen das Bild der „Kraterlandschaft“ in der Erinnerung verblassen.

These 11: Die Anpassung an die aktuellen Arbeitsmarktbedingungen führt zur Herausbildung einer neuen Form von Ortsbindung. Die Revitalisierungsstrategien müssen diese Veränderungen berücksichtigen.

Die Bereitschaft zum Pendeln, auch über größere Entfernungen, hat vielen ehemals in der Braunkohleindustrie Beschäftigten eine Chance auf dem Arbeitsmarkt eröffnet. Als Gunstfaktor erweist sich die relative Nähe des Untersuchungsfeldes zum Oberzentrum Leipzig. Die Distanz von 20 bis 30 Kilometer ist täglich überwindbar. Im Zusammenhang mit der Anpassung an die veränderten Arbeitsmarktbedingungen verschränken sich in bezug auf die Ortsbindung zwei entgegengesetzte Phänomene. Einerseits wird die Ortsbindung gefestigt, indem die Einbindung in den Arbeitsmarkt und das gesicherte Einkommen Voraussetzungen für Investition in privates Wohneigentum schaffen. Andererseits verringert sich die Ortsverbundenheit, weil die erhöhte

(Auto-)Mobilität raumauflösend wirkt. Letztere zieht eine Vergrößerung des Aktionsraumes nach sich und ermöglicht damit die Entstehung und Pflege von Kontakten an verschiedensten Orten. Zur Lockerung der Ortsverbundenheit trägt auch die in der Regel hohe zeitliche Beanspruchung im Rahmen der Erwerbsarbeit bei, weil sie die Möglichkeiten zur Beteiligung an Aktivitäten in der Gemeinschaft am Wohnort einschränkt. Folglich bildet sich bei dem mobileren Teil der Bewohner eine neue, lose Form der Ortsbindung heraus, die keine vollständige Identifikation erzwingt. Ein an den spezifischen Interessen und verfügbaren Zeitreserven ausgerichtetes lokales Engagement entsteht.

These 12: Die Überwindung der regionalen Arbeitsmarkdefizite ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Revitalisierungsprozeß in den Gemeinden und eine vorbehaltlose Würdigung des Gewinns an Umweltqualität seitens der Einwohner.

Die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Ausbildungsplätzen werden von den Einwohnern als größte soziale Probleme der Region wahrgenommen. In bezug auf den Arbeitsmarkt verschränkt sich ein quantitatives mit einem qualitativen Manko. Die Arbeitsmarkdefizite führen dazu, daß nicht abgefragte Kompetenzen brach fallen und nicht gewinnbringend für den örtlichen Revitalisierungsprozeß mobilisiert werden können. Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt führt auch zu Rückzug in das persönliche Lebensumfeld. Die Fähigkeit und die Bereitschaft zur räumlichen und beruflichen Mobilität können zwar die individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Jedoch kann nicht jeder von Arbeitslosigkeit Betroffene vorhandene Chancen nutzen. So sieht ein großer Teil derjenigen Befragten, die mehrere Jahrzehnte in der Braunkohleindustrie gearbeitet haben, keine Möglichkeiten, seine Fertigkeiten und Fähigkeiten in anderen Branchen unterzubringen. Enttäuschungen über fehlgeschlagene Versuche führen zu einer Verstärkung über Jahrzehnte herausgebildeter Bindungs- und Verharrungskräfte. Es sind Arbeits- und Ausbildungsplätze erforderlich, die den Erwerbsfähigen den Einstieg in zukunftsorientierte Arbeitsfelder ermöglichen. Sollen insbesondere junge Menschen dauerhaft an die Region gebunden werden, brauchen sie eine Zukunftsperspektive, die ihnen garantiert, ihre Kompetenzen gewinnbringend in der Heimatregion einsetzen zu können. Mittelbar kann damit auch die Lebensfähigkeit der Siedlungen gefestigt werden.

Die Erweiterung des Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen trägt darüber hinaus dazu bei, dem insbesondere seitens der Arbeitsuchenden empfundenen „umgekehrten Dilemma“ in bezug auf Gewinne und Verluste entgegenzuwirken. Waren aus der Sicht der Befragten die Arbeitsplätze während der Zeit des aktiven Bergbaus für den Preis der Umweltzerstörung garantiert, muß gegenwärtig der Gewinn an Umweltqualität mit dem Arbeitsplatzverlust bezahlt werden.

These 13: Das Erfordernis der Revitalisierung kommunaler Strukturen trifft nicht gleichermaßen für alle Tagebaurandgemeinden zu.

Im Ergebnis der detaillierten Analyse der einzelnen Untersuchungsorte wurden drei Typen herausgefiltert. Sie sind in unterschiedlichem Maße vom Bergbau und davon ausgelösten Erosionserscheinungen betroffen. Demzufolge weisen sie einen differenzierten und abgestuften Revitalisierungsbedarf auf. Diese drei Ortstypen sind (1) die ländlich-dörflich geprägten Gemeinden mit tagebaufreiem Hinterland, (2) die städtischen Vororte mit tagebaufreiem Hinterland und (3) die industriell überprägten Gemeinden zwischen zwei Tagebauen. Der größte Revitalisierungsbedarf bestand in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden, die alle unter Bergbauschutz standen und über Jahrzehnte umfangreichen Beeinträchtigungen ausgesetzt waren. Dazu zählen die Untersuchungsgemeinden Dreiskau-Muckern, Mölbis, Pötzschau, Oelzschau, Störmthal, Güldengossa, Auenhain und Wachau. Unter ihnen ragten Dreiskau-Muckern und Mölbis mit einer besonders schwachen Ausgangsposition heraus, da sie am Rande ihrer weiteren physischen Existenz standen.

Die Vertreter der industriell überprägten Gemeinden Gaschwitz, Großdeuben, Rötha und Espenhain haben ebenfalls mit strukturellen Problemen kommunaler Entwicklung zu kämpfen. Auch zwischen ihnen existieren graduelle und verschieden akzentuierte Entwicklungsunterschiede. Vor allem Espenhain bedarf aufgrund seines überdurchschnittlich hohen Anteils an Arbeitslosen und aufgrund seiner ungünstigen Lagefaktoren besonderer Unterstützung.

In den als städtische Vororte bezeichneten Untersuchungsgemeinden Markkleeberg-Ost/Siedlung Goldene Höhe und Großstädteln existierte infolge ihrer relativ guten Ausgangsbedingungen kein im oben definierten Sinne verstandener Revitalisierungsbedarf. Hier sind die Anstrengungen auf eine harmonische Weiterentwicklung gerichtet. Diese wird von der Entstehung einer Naherholungslandschaft begleitet. Die relativ hohe Lebens- und Wohnqualität erfährt damit eine Stabilisierung.

Seit der Stilllegung des Tagebaus Espenhain 1993 konnten in allen Untersuchungsgemeinden bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden. Gerade in den ländlich-dörflich geprägten Gemeinden mit ehemals besonders hohem Revitalisierungsbedarf hat sich eine deutliche Aufwertung des Ortsbildes vollzogen. Zugleich wurde die Dorfgemeinschaft gestärkt. Der Revitalisierungsprozeß konnte hier schon schrittweise in die nächsthöhere Stufe der Dorfentwicklung übergehen. Im Unterschied dazu haben die Revitalisierungsanstrengungen in den industriell überprägten Gemeinden erst zu Teilerfolgen geführt. Im Rahmen weiterer Revitalisierungsbemühungen ist auf Erfahrungen bei der Mobilisierung von Potentialen gemeindlicher Strukturen zurückzugreifen. Vor der Übernahme andernorts erfolgreicher Konzepte muß deren Paßfähigkeit entsprechend den örtlichen Ausgangsbedingungen geprüft werden.

These 14: Die Gemeindegebietsreform beeinflußt die Revitalisierungsanstrengungen in den Ortsteilen sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht.

Durch den Zusammenschluß kleinerer Orte zu einem Gemeindeverband konnten verschiedentlich Interessen und Kapazitäten gebündelt und das Vorgehen bei der Umsetzung von Vorhaben (z. B. im Straßenbau und bei der Planung und Gestaltung der Uferbereiche des Störmthaler Sees) abgestimmt werden. Für die Einwohner dokumentiert sich darin das Interesse der Verwaltung für die Ortsteile.

Die Eingemeindung kleinerer Orte kann nach Meinung ihrer Bewohner allerdings auch benachteiligend wirken. Ein Grund für das subtile „Gefühl des Zurückgesetzseins“ besteht darin, daß die Sichtweisen des Gemeinde- bzw. Stadtrates und der Verwaltung einerseits und der Bewohner von Ortsteilen andererseits in bezug auf die Prioritätensetzung kommunaler Aufgaben differieren können. Ein anderer Grund für die in einigen Orten empfundene Benachteiligung sind teilweise schon länger zurückliegende Vorfälle, die sich im kollektiven Gedächtnis festgesetzt haben und sich nur schwer durch positive Beispiele in der Gegenwart auslöschen lassen. Darüber hinaus spielt in diesem Zusammenhang das Phänomen eine Rolle, daß den Bürgern der Ortsteile die Wege zum Verwaltungszentrum aufgrund bereits mehrfach erfolgter Eingliederungen in immer größere Verbände länger erscheinen, ohne daß die tatsächliche Entfernung weiter geworden sein muß. Dadurch entstehen „mentale Umwege“.

Als unerläßlich für die erfolgreiche Revitalisierung von Ortsteilen erweist sich die Wahrnehmung einer Mittlerfunktion zwischen der Hauptadministration im Kernort und ihren Nebenstellen. Hier hat sich der Ortschaftsrat bewährt, der spezifische Belange der Ortsteile in der gewachsenen Verwaltungseinheit vertritt. Diese Form kommunaler Verwaltung kann dazu beitragen, Probleme auf „kurzem Wege“ zu lösen. Zugleich können damit die Transparenz der Lokalpolitik und das Verständnis der Einwohner für getroffene Entscheidungen erhöht werden. Nur eine bürgernah arbeitende Gemeindeverwaltung ist in der Lage, die potentiellen Vorteile kommunaler Kooperation zugunsten aller beteiligten Partner nutzbar zu machen.

These 15: Das am Beispiel der Tagebaurandgemeinden entwickelte Revitalisierungsmodell ist auf niedergegangene und erodierte kommunale Einheiten übertragbar und damit verallgemeinerungsfähig.

Die Revitalisierung richtet sich auf die Aufwertung gemeindlicher Strukturen in ihrer Gesamtheit. Deshalb ist sie auf die verschiedenen Bereiche des Alltagslebens auszurichten. Sie muß sozialstrukturelle, wirtschaftliche, wohnbauliche, infrastrukturelle, kommunal-administrative und Umweltbedingungen einbeziehen und sich auf dort verortete Potentiale stützen.

Der Erfolg der Revitalisierung hängt letztlich vom Engagement der Akteure vor Ort ab, welche die entscheidenden Träger dieses Prozesses sind. Äußere Impulse wie staatliche Fördergelder können den Revitalisierungsfortschritt unterstützen, ihn aber nicht dauerhaft stabilisieren. Die verschiedenen Interessen der hier tätigen Akteure sind miteinander in Einklang zu bringen. Bewohner, Eigentümer und Vertreter von Verwaltung und Politik sollten weitgehend übereinstimmende Ziele hinsichtlich der wiederherzustellenden Lebensfähigkeit eines lokalen Gemeinwesens verfolgen. Die konkrete Ausgestaltung des Revitalisierungsprozesses kann entsprechend der jeweils anzutreffenden sozialstrukturellen Prägung der Akteure, ihrer Wertorientierungen und ihrer Milieuzugehörigkeit sehr differenziert sein. Demzufolge gibt es verschiedene Varianten der Umsetzung des Revitalisierungsmodells und auch unterschiedliche Ergebnisformen.

8. Literaturverzeichnis

- Abo-Rady, Mustafa; Weise, Andreas (1995): Braunkohlebergbau und Rekultivierung in Sachsen. Landesamt für Umwelt und Geologie Freistaat Sachsen, Bericht, Vorträge und Fachaufsätze, Heft 2, Mai 1995.
- ABW Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Weiterbildung mbH (Hrsg.) (1998): Störmthal. Aus der Geschichte einer Gemeinde. Leipzig, Störmthal, 138 S.
- AG „Grüner Ring“ (1997): Zusammenstellung von Projekten und Maßnahmen zum Grünen Ring Leipzig. In: Tagungsmappe, 2. Stadt-Umland-Konferenz Grüner Ring Leipzig am 10.07.1997 in Lützschena-Stahmeln.
- Agrarsoziale Gesellschaft e. V. (Hrsg.) (1995): Dorf- und Regionalentwicklung in den neuen Bundesländern – Beiträge aus der Praxis – Dokumentation einer Seminarreihe zur Situation der Dorfentwicklung in den neuen Bundesländern. ASG - Kleine Reihe, Nr. 54, Göttingen, 243 S.
- Aichhorn, Ferdinand (1992): Dorferneuerung als umfassende Planungsaufgabe. In: Dachs, Herbert (Hrsg.): Das gefährdete Dorf. Grundsätzliches zur Dorferneuerung. Erfahrungen am Beispiel Salzburg. Schriftenreihe des Landespressebüros Salzburg, Serie Sonderpublikationen, Nr. 99, Salzburg und Wien, S. 120-125.
- Amtsblatt der Stadt Böhlen mit Stadtteil Großdeuben und Ortsteil Gaulis und der Stadt Rötha sowie der Gemeinde Espenhain mit den Ortsteilen Pötzschau und Oelzschau und der Gemeinde Mölbis (abgekürzt: Amtsblatt Böhlen/Rötha): Nr. 7/98, S. 5.
- Amtsblatt Landkreis Leipziger Land, 8. Jg., Ausgabe 7 v. 31.07.1998.
- Arbeitskreis Suburbanisierung (1999): Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen unter Suburbanisierungsdruck. Positionspapier, UFZ-Diskussionspapiere 4/1999, 8 S.
- Architekten Riedel/Greiner/Murzik (1995): Kriterien einer behutsamen Erneuerung. In: Gemeinde Mölbis in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha e. V. und Pro Leipzig e. V. (Hrsg.): Mölbis. „Unsere Zukunft hat schon begonnen!“, SÜDRAUMjournal 1, Leipzig, Mölbis, S. 66-67.
- ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1995): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, 1160 S.
- Asam, Walter; Altmann, Uwe (1994): Sozialplanung im Landkreis – Planen und Beraten mit erprobtem Werkzeug und flexibler Organisation. In: Verein für Sozialplanung e. V. / Stadt Bielefeld (Hrsg.): Organisation der kommunalen Sozialplanung, Bestandsaufnahme und Perspektiven. Bielefeld, S. 150-173.
- Bamberg [Steinführer], Annett (1997): Soziale Beziehungen und ihr Raumbezug – ein Beitrag zum Konzept der sozialräumlichen Differenzierung. Unveröff. Masterarbeit, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, 127 S.
- Barsch, Heiner; Saupe, Gabriele (1995): Funktionsräumliche Gliederung - Ein Mittel zur Minderung des Konfliktes zwischen Naturschutz und Landnutzung. In: Tagungsband, Naturschutzziele in der Bergbaufolgelandschaft, BTUC-UW 7/95, S. 34-41.

- Bauen und Wohnen. Verlagsbeilage der Leipziger Volkszeitung v. 05.03.1998, S. 8.
- BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (1998): Bausteine einer nachhaltigen Raumentwicklung. In: Forschungen des BBR, Heft 88 (Themenheft).
- BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (1999): Erhaltung und Entwicklung gewachsener Kulturlandschaften als Auftrag der Raumordnung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5/6.
- Berkner, Andreas (1989): Braunkohlebergbau, Landschaftsdynamik und territoriale Folgewirkungen in der DDR. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3/1989, S. 173-190.
- Berkner, Andreas (1991): Wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchungen und Haushaltsbefragung vom März/April 1991 in Dreiskau-Muckern, Pötzschau, Oelzschau, Störmthal und Güldengossa. Manuskript, unveröffentlicht.
- Berkner, Andreas (1993a): Der Raum Leipzig-Borna-Altenburg - Wege vom ökologisch belasteten Braunkohlerevier zur Landschaft nach dem Tagebau. In: Naturforschende Gesellschaft des Osterlandes. Naturwissenschaftliches aus dem Osterlande, Heft 3, Altenburg, S. 2-15.
- Berkner, Andreas (1993b): Der Südraum Leipzig - Braunkohlebergbau, Grundstoffindustrie und Folgelandschaft im Umbruch. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 67, Heft 1, S. 35-53.
- Berkner, Andreas (1994): Bergbaubedingte Ortsverlegungen in den mitteldeutschen Braunkohlerevieren und ihre Folgen für die Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur. In: Hallesches Jahrbuch Geowissenschaften 16 (1994), Halle, S. 113-128.
- Berkner, Andreas (1995a): Der Braunkohlebergbau in Mitteldeutschland. Wirtschaftszweig im Spannungsfeld zwischen Strukturwandel, sozialer Verträglichkeit und ökologischer Sanierung. In: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht, Heft 4/1995, S. 151-162.
- Berkner, Andreas (1995b): Der Braunkohlebergbau in Westsachsen im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Erneuerung, ökologischer Sanierung und Sozialverträglichkeit. In: Barsch, Dietrich; Karrasch, Heinz (Hrsg.): 49. Deutscher Geographentag, Bochum 1993, Band 1, Stuttgart.
- Berkner, Andreas (1996a): Der Südraum Leipzig. Braunkohlebergbau, Grundstoffindustrie und Folgelandschaftsgestaltung im Umbruch. In: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e. V. - Vereine und Initiativen in bergbaubetroffenen Regionen, Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Jahrbuch BergbauFolgeLandschaft 1996, Wittenberg, S. 22-35.
- Berkner, Andreas (1996b): Der Südraum Leipzig - Braunkohlebergbau und Strukturwandel. In: Grundmann, Luise; Tzschaschel, Sabine; Wollkopf, Meike (Hrsg.): Leipzig - Ein geographischer Führer durch Stadt und Umland. Institut für Länderkunde, Leipzig, S. 252-279.
- Berkner, Andreas (1996c): Der Südraum Leipzig und das Wasser – eine unendliche Geschichte. In: Christliches Umweltseminar Rötha e. V. und Pro Leipzig e. V. (Hrsg.): Freizeit- und Erholungslandschaft Südraum Leipzig. Werte, Projekte, Visionen. SÜDRAUMjournal 2, Leipzig, S. 64-71.
- Berkner, Andreas (1996d): Die beeinträchtigten Oberflächengewässer des Südraumes Leipzig mit besonderer Berücksichtigung der Pleiße. In: Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig, Beiträge zu Lehre und Forschung. Zukunft Südraum Leipzig. Sonderheft, 2. Jg., S. 10-21.

- Berkner, Andreas (1997): Der Südraum Leipzig – Rückblick auf Entwicklungslinien seit 1960 und Ausblick auf den Beginn des neuen Jahrtausends. In: Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt, 43. Jahrgang, Heft 5, S. 353-361.
- BfLR Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (1994): Revitalisierung der Innenstädte in den neuen Bundesländern. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 3 (Themenheft).
- BfLR Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (1996): Ländliche Räume - Rural Areas-Escapees Rurales. Ländliche Entwicklung im internationalen Vergleich. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 11/12 (Themenheft).
- BfLR Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (1997): Regionale Disparitäten - zwischen Normalität und Handlungsbedarf. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 1/2 (Themenheft).
- Bilkenroth, Klaus-Dieter; Hildmann, Eckart; Jolas, Peter (1996): Forschungsstrategie des Sanierungsbergbaus Braunkohle. In: Braunkohle, Surface Mining, 48. Jahrgang (1996), Nr. 1 Januar/Februar, S. 73-75.
- Bilkenroth, Klaus-Dieter; Hildmann, Eckart (1998): Grundlagen und Entwicklung des Sanierungsbergbaues. In: Pflug, Wolfram (Hrsg.): Braunkohlentagebau und Rekultivierung. Landschaftsökologie-Folgenutzung-Naturschutz. Springer-Verlag Berlin, Heidelberg, New York, S. 1015-1027.
- Birkhölzer, Karl (1996): Soziale Ökonomie, Gemeinwesenwirtschaft und Dritter Sektor. Modische Schlagworte oder Bausteine für eine zukunftsweisende Wirtschaftsweise? In: Stiftung Bauhaus Dessau und Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hrsg.): Wirtschaft von unten. people's economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa, Berlin, S. 35-38.
- Bischofer, Wilfried (1992): Dorf und Wirtschaft. In: Dachs, Herbert (Hrsg.): Das gefährdete Dorf. Grundsätzliches zur Dorferneuerung. Erfahrungen am Beispiel Salzburg. Schriftenreihe des Landespressebüros Salzburg, Serie Sonderpublikationen, Nr. 99, Salzburg und Wien, S. 95-107.
- Bischoff, Ursula; Kabisch, Sigrun; Linke, Sabine (1994): Der Einfluß der Braunkohleindustrie auf Struktur und Verhalten der Erwerbsbevölkerung im Landkreis Borna. In: Kabisch, Sigrun (Hrsg.): Handlungsstrategien für den Leipziger Raum - Visionen, Innovationen, Praktikabilität. UFZ-Bericht 2/1994, Leipzig, S. 100-122.
- Bischoff, Ursula; Kabisch, Sigrun; Linke, Sabine; Ring, Irene; Rink, Dieter (1995): Soziale Brüche und ökologische Konflikte in einer ländlichen Industrieregion: Der Südraum Leipzig. UFZ-Bericht 2/1995, Leipzig, 48 S.
- Bischoff, Ursula; Linke, Sabine (1997): Von der Industrieregion zum Sanierungsgebiet - ein regionaler Arbeitsmarkt in Veränderung. In: Ring, Irene (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Industrie- und Bergbauregionen - Eine Chance für den Südraum Leipzig? Stuttgart, Leipzig, S. 138-167.
- Bischoff, Walter; Bramann, Heinz; Dürer, Friedrich; Moebius, Paul Gerhard; Quadfeld, Heinrich; Schlüter, W. (1988): Das kleine Bergbaulexikon. Essen.
- Blaschke, Karlheinz (Bearb.) (1957): Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen, Leipzig.

- Blaschke, Karlheinz (1967): Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur Industriellen Revolution. Weimar.
- Bodenrichtwertkarte Landkreis Leipziger Land. Stichtag: 31.12.1996.
- Böltken, Ferdinand (1987): Ortsgebundenheit und Ortsverbundenheit. Empirische Befunde im Zeit- und Regionalvergleich. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 3, S. 147-156.
- Braube, Horst; Hentschel, Helmut (1992): 700 Jahre Stadt Rötha. Rötha.
- Bräutigam, Claus (1996): Erinnerungen. In: Christliches Umweltseminar Rötha e. V. / Kulturbüro Espenhain und Heimatverein Regis-Breitungen und Umgebung e. V. (Hrsg.): SÜDRAUMjournal 3, 80 S.
- Buchenaue, Renate (1988): Sozialraum Dorf. Eine Studie im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Wiesbaden.
- BUND (Hrsg.) (1996): Das Oberholz. In: Umweltreport 1996.
- Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsamtsbezirk Leipzig (1998): Ausgewählte Daten zur Beschäftigungslage und zur Pendlerstatistik für die untersuchten Tagebaugemeinden, unveröff. Sonderauswertung im Auftrag des UFZ.
- Bundesberggesetz (BBergG) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310) i. d. F. des Änderungsgesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560), der Änderungsverordnung vom 26. November 1986 (BGBl. I S. 2089), des Änderungsgesetzes vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2450, durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 215) und durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. April 1992 (BGBl. S. 1564).
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (o. J.): ExWoSt-Informationen zum Forschungsfeld Städtebau und Wirtschaft.
- Büro für Stadtplanung (1994): Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan-Vorentwurf der Gemeinde Dreiskau-Muckern, 1994 (zitiert als FNP 1994).
- Büro für Stadtplanung (1999): Gemeinde Großpösna, Ortsteil Dreiskau-Muckern. Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan, Entwurf, Stand: Februar 1999, Rötha, 35 S.
- Das Ausmaß der Katastrophe. In: Gemeinde Mölbis in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha e. V. und Pro Leipzig e. V. (Hrsg.) (1995): Mölbis. „Unsere Zukunft hat schon begonnen!“ SÜDRAUMjournal 1, Leipzig, Mölbis, S. 22-25.
- Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1997 (Schriftenreihe; Bd. 340).
- Davey, Brian (1996): Strategien gegen Armut und Umweltzerstörung in Europa. „Neue Armut“ und das Wachsen einer „gespaltenen Gesellschaft. In: Stiftung Bauhaus Dessau und Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hrsg.): Wirtschaft von unten. people's economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa, Berlin, S. 39-45.

- Decker, Jochen; Ebert, Othmar; Hater, Katrin; Jansen, Thomas; Ritscherle, Martin; Zlonicky, Peter (1990): Gutachten zur Beurteilung der Sozialverträglichkeit von Umsiedlungen im Rheinischen Braunkohlerevier. In: Institut für Landes- und Stadtforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS): ILS Schriften 48, Dortmund, 396 S.
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Deutsches Institut für Urbanistik (1996): TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb 1996. Berlin, 152 S.
- Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein e. V. 1995.
- Dickmann, Frank (1996): Umsiedlungsatlas des Rheinischen Braunkohlereviere. Siedlungsform, Wohnen, Infrastruktur - Umsiedlungsmaßnahmen als Faktor kommunalen Strukturwandels. Veröffentlichung des Landschaftsverbandes Rheinland, Amt für rheinische Landeskunde, Köln, Bonn, 301 S.
- Dieck, Werner (1993): Statement zur Arbeitsgruppe I: Die komplexe Entwicklung der Landschaft in Westsachsen. In: Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftspflege e. V. (Hrsg.): Landschaft 2000. Landschaftsplanung in der Region Halle/Leipzig, Berlin, S. 29-31.
- Diekmann, Andreas (1995): Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek, 640 S.
- Dietrich, Norman (1994): Aspekte für die Planung aus Sicht des Bergbauingenieurs. In: Uhlig, Günther (Hrsg. im Auftrag des Regierungspräsidiums Leipzig mit den Gemeinden des Südraums und dem Regionalen Planungsverband Westsachsen): Südraum Leipzig. Eine Region im Wandel. Ergebnisse der 3. Regionalkonferenz und des Teamwettbewerbs 1994, Leipzig, S. 106-110.
- Dorffklub Großdeuben (Hrsg.) (1967): Festschrift zur 950-Jahrfeier von Großdeuben. Großdeuben - Drei Bauernsiedlungen entwickelten sich zur Arbeiterwohn-gemeinde der Kombinate Böhlen und Espenhain: 1017-1967, Großdeuben.
- Drebenstedt, Carsten (1995): Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes bei der Planung von Bergbaufolgelandschaften in der Lausitzer Braunkohle AG. In: Tagungsband, Naturschutzziele in der Bergbaufolgelandschaft, BTUC-UW 7/95, S. 17-33.
- Drechsel, Dieter (1997): Die Einkommen der Leipziger Privathaushalte. In: Statistischer Quartalsbericht 3/97. Leipziger Statistik und Stadtforschung. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, S. 14 f.
- Eichler, Ernst (1960): Die Ortsnamen des Kreises Leipzig. Leipzig.
- Einem, Eberhard von; Diller, Christian; Gornig, Martin (1995): Revitalisierung der Innenstädte in Ostdeutschland. Rahmenbedingungen Ostdeutschlands und Erfahrungen im Westen. In: DSSW Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftsstandort Innenstadt und „Grüne Wiese“. Deutsche und europäische Erfahrungen. Bonn, S. 83-134.
- Einwohnermeldeamt Espenhain (1998): Strukturdaten Dreiskau-Muckern. Unveröff. Auswertung im Auftrag des UFZ.
- Einwohnermeldeamt Espenhain (1998): Strukturdaten Mölbis. Unveröff. Auswertung im Auftrag des UFZ.
- Einwohnermeldeamt Liebertwolkwitz (1998): Strukturdaten Störmthal/Güldengossa. Unveröff. Auswertung im Auftrag des UFZ.

- empirica – Gesellschaft für Struktur- und Stadtforschung mbH (1996): Wanderungsverhalten in Relation zur Wohnbauentwicklung in Leipzig und Umland. Forschungsprojekt im Auftrag der Stadt Leipzig und des Regionalen Planungsverbandes Westsachsen, Berlin.
- Engerer, Karlheinz (1997): Rekultivierung der Tagebaufolgelandschaft - Neue Hoffnung für die Gemeinden. In: ARGOS, Sonderausgabe Braunkohle, Wirtschafts- und Regionalmagazin Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, S. 18-19.
- Entwicklungsgesellschaft Südraum Leipzig mbH (Hrsg.) (1996): Firmen des produzierenden Gewerbes und unternehmensnaher Dienstleistungen. In: Wirtschaftsinformation 1/1996.
- Entwicklungsgesellschaft Wachau (1997): Übersicht über die Anzahl der Unternehmen im Gewerbegebiet Wachau. Unveröff. Informationspapier.
- Esser, Hartmut (1987): Lokale Identifikation im Ruhrgebiet. Zur allgemeinen Erklärung einer speziellen Angelegenheit. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 3, S. 109-118.
- Fahrplan 1996/97. Hrsg.: RVL Regionalverkehr Leipzig mbH in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Leipzig, Zwenkau.
- Fahrplan 1997/98. Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipziger S-Bahn.
- Flächennutzungsplan der Gemeinde Großpösna für die Ortsteile Störmthal, Gülden-gossa und Gruna: Wohnen - Freizeit - Arbeiten. FNP vom 10. März 1997, Zentner Industrie Plan GmbH, Leipzig.
- Flächennutzungsplan für Rötha – Erläuterungsbericht (1994). Erarbeitet durch das Büro Schmelzer (Büro für Stadtplanung), Rötha.
- Franz, Peter; Junkernheinrich, Martin; Lammers, Konrad; Richert, Reimar; Weillepp, Manfred (1996): Suburbanisierung von Handel und Dienstleistungen. Ostdeutsche Innenstädte zwischen erfolgreicher Revitalisierung und drohendem Verfall. Berlin, 156 S.
- Franz, Peter (1998): Wie läßt sich die Naherholungsqualität in ostdeutschen Stadtre-gionen verbessern? Defizite und Handlungsbedarf bei einem weichen Standort-faktor. In: Wirtschaft im Wandel, Veröffentlichung des Instituts für Wirtschafts-forschung Halle, Heft 15, S. 10-15.
- Freytag, Klaus (1995): Das Nebeneinander, Miteinander oder Nacheinander von Bergrecht und Naturschutzrecht in der Bergbaufolgelandschaft. In: Tagungsband, Naturschutzziele in der Bergbaufolgelandschaft, BTUC-UW 7/95, S. 12-15.
- Friedrichs, Jürgen (1994): Revitalisierung von Städten in altindustrialisierten Gebie-ten: Ein Modell und Folgerungen. In: Geographische Zeitschrift, Heft 82, S. 133-153.
- Friedrichs, Jürgen; Thorn, Gabriele (1995): Revitalisierung von Städten in altindu-strialisierten Regionen. In: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 3/95, S. 82-91.
- Friesen, Heinrich Freiherr von (1871): Zur Geschichte der Stadt und des Schlosses Rötha. In: Mittheilungen des Königlich Sächsischen Alterthumsvereins, 21, S. 19-31.
- Friesen-Rötha, Heinrich Freiherr von (1941): Schloß Rötha und die Freiherren von Friesen. In: Mittheilungen des Landesvereins sächsischer Heimatschutz, Heft 30, S. 57-100.
- Fuchs, Thomas (1996): Macht Euch die Stadt zum Bilde! Über die Modernisierung des ländlichen Raumes. Pfaffenweiler, 201 S.

- Funck, Ortrud (1996): Untersuchung zur Revitalisierung einer Tagebaurandgemeinde am Beispiel von Dreiskau-Muckern unter besonderer Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit. Unveröff. Diplomarbeit, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Geographie, 82 S.
- Gebhardt, Hans; Reuber, Paul; Sachs, Klaus (1992): Heimat in der Großstadt - Räumliche Identifikation im Verdichtungsraum und seinem Umland (Beispiel Köln). In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 66, Heft 1, S. 75-144.
- Gemeinde Espenhain (Hrsg.) (1994): Technologie- und Gewerbeansiedlung „Am Witznitzer See“. Städtebauliches Gutachten für die Gemeinde Espenhain, Dokumentation, Espenhain.
- Gemeinde Großdeuben (1995): Flächennutzungsplan - Vorentwurf Gemeinde Großdeuben, erarbeitet vom Büro für Stadtplanung, Juli 1995.
- Gemeinde Großdeuben (1995): Integrierter Landschaftsplan Großdeuben, September 1995.
- Gemeindeverwaltung Großpösna (Hrsg.) (1996): Rund ums Oberholz. Ein Wanderführer, Störmthal, 85 S.
- Gemeindeverwaltung Großpösna (1997): Altersstruktur von Störmthal/Güldengossa 1997. Unveröff. Auswertung im Auftrag des UFZ.
- Gemeindeverwaltung Großpösna (Hrsg.) (1997): Gemeinde Großpösna, Ortschaft Dreiskau-Muckern, Landkreis Leipziger Land. Miltitz.
- Gemeindeverwaltung Großpösna (Hrsg.) (1998): Gewerbeliste der Gemeinde Großpösna (mit Seifertshain, Störmthal, Güldengossa und Dreiskau-Muckern), Stand: März 1998, 59 S.
- Gerdas, Johann; Heseler, Heiner; Osterland, Martin; Häußermann, Hartmut; Bischoff, Ursula; Kabisch, Sigrun; Linke, Sabine; Löser, Heike; Prassek, Marion (1997): Das Verschwinden der Arbeitsplätze - wo bleiben die Arbeitskräfte? Zwei Fallstudien aus den neuen Bundesländern. In: Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung, Heft 7, Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 219 S.
- Georgi, Birgit (1994): Braunkohleabbau und Landschaftshaushalt. In: Geographische Rundschau, 46. Jg., Heft 6, S. 344-350.
- Gestaltungssatzung zum örtlichen Entwicklungs- und Neuordnungskonzept der Gemeinde Dreiskau-Muckern (1994): Beschluß-Nr. 11/2/94, Dreiskau-Muckern, 30.3.1994.
- Girot, Christophe; Physis, Atelier (1994): Künstliche Auen - terrassierte Natur. In: Uhlig, Günther (Hrsg. im Auftrag des Regierungspräsidiums Leipzig mit den Gemeinden des Südraums und dem Regionalen Planungsverband Westsachsen): Südraum Leipzig. Eine Region im Wandel. Ergebnisse der 3. Regionalkonferenz und des Teamwettbewerbs 1994, Leipzig, S. 62-67.
- Gorres, Anke (1997): Wirtschaftsentwicklung in Duisburg-Marxloh: Lokales Standortprofil und Ziele der Arbeit des Büros für Wirtschaftsentwicklung. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund, S. 24-26.
- Greverus, Ina-Maria (1979): Auf der Suche nach Heimat. München, 303 S.
- Grundmann, Luise; Tzschaschel, Sabine; Wollkopf, Meike (Hrsg.) (1996): Leipzig - Ein geographischer Führer durch Stadt und Umland. Institut für Länderkunde, Leipzig, 288 S.

- Grüne Liga e. V. (Hrsg.) (1996): Nachhaltige Regionale Entwicklung, Informationsreihe Grüne Liga, Netzwerk Ökologischer Bewegungen, Berlin, Dresden, 17 S.
- Haikal, Mustafa; Streller, Heino (1995): Bilderbogen einer Kulturlandschaft. In: Gemeinde Mölbis in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha e. V. und Pro Leipzig e. V. (Hrsg.): Mölbis. „Unsere Zukunft hat schon begonnen!“ SÜDRAUMjournal 1, Leipzig, Mölbis, S. 54-63.
- Hainichen, Wolfgang; Barton, Stefan (1995): Quo vadis, Espenhain? In: Gemeinde Mölbis in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha e. V. und Pro Leipzig e. V. (Hrsg.): Mölbis. „Unsere Zukunft hat schon begonnen!“ SÜDRAUMjournal 1, Leipzig, Mölbis, S. 64-65.
- Handwerkskammer zu Leipzig (1998): Handwerks- und Gewerbebetriebe in den untersuchten Tagebaurandgemeinden. Stand: 03.07.1998, unveröff. Sonderauswertung im Auftrag des UFZ.
- Hatzfeld, Ulrich (1997): Stadtentwicklung und Lokale Ökonomie. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund, S. 31-34.
- Heide, Hans-Jürgen von der (1995): Die Revitalisierung der ostdeutschen Innenstädte. In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie. 19. Jg., Heft 1, S. 13-19.
- Heimatblätter des Bornaer Landes, Mölbiser Vereinsleben, S. 36-40.
- Heinritz, Günter; Wießner, Reinhard (Hrsg.) (1997): Dorfbewohner als Dorfentwickler. Kommunikative Strategien in der ländlichen Entwicklungsplanung. Münchener Geographische Hefte, Heft 75, Passau, 151 S.
- Heinze, Manfred (1996): Thesen zur strategischen Entwicklung der Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften in den neuen Bundesländern. In: Stiftung Bauhaus Dessau und Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hrsg.): Wirtschaft von unten. people's economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa, Berlin, S. 153-157.
- Herbarth, Olf; Krumbiegel, Peter; Koschny, Ingrid; Rehwagen, Martina; Richter, Matthias (1997): Umweltepidemiologische Untersuchungen zur gesundheitlichen Entwicklung von Kindern. In: Ring, Irene: Nachhaltige Entwicklung in einer Industrie- und Bergbauregion - Eine Chance für den Südraum Leipzig? Stuttgart, Leipzig, S. 168-188.
- Heydenreich, Susanne (1999): Aktionsräume in dispersen Stadtregionen. Ein akteursbezogener Ansatz zur Analyse von Suburbanisierungsprozessen am Beispiel der Stadtregion Leipzig. Technische Universität München, Geographisches Institut, Dissertation (im Druck).
- Hildmann, Eckart (1993): Braunkohlentagebau und Landschaftseingriffe - neue Orientierung für die Folgelandschaft. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 67, Heft 1, S. 55-66.
- Hoffmann, Nicole; Nuissl, Henning (1998): Zwischen Halbgott und Handlanger. Zum Akteursverständnis in Konzepten der eigenständigen Regionalentwicklung. In: Kujath, Hans-Joachim (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung - Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin, S. 251-289.

- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. (1993): Operationalisierung von „Beruf“ als zentrale Variable zur Messung von sozio-ökonomischem Status. In: ZUMA-Nachrichten, Heft 32, 17. Jg., S. 135-141.
- Horsch, Helga (1997): Umweltwirtschaft und regionale Nachhaltigkeit. In: Ring, Irene (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Industrie- und Bergbauregionen - Eine Chance für den Südraum Leipzig?, Stuttgart, Leipzig, S. 221-248.
- IHK Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (Hrsg.) (1995): Ausgewählte Gewerbegebiete im Kammerbezirk Leipzig. Ausgabe 1995/96.
- IHK Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (1998): Gewerbebetriebe in den untersuchten Tagebaurandgemeinden. Unveröff. Sonderauswertung im Auftrag des UFZ.
- Ipsen, Detlev (1978): Das Konstrukt Zufriedenheit. In: Soziale Welt, 29. Jg., S. 44-53.
- Irmen, Eleonore; Sinz, Manfred (1991): Regionale Entwicklungspotentiale und -engpässe in den neuen Ländern. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, S. 755-771.
- Jahoda, Marie u. a. (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt/M., (zuerst 1933).
- Jenkis, Helmut W. (Hrsg.) (1995): Raumordnung und Raumordnungspolitik. München, Wien, 564 S.
- Kabisch, Sigrun (1991): Revitalisierung der Gemeinde Mölbis. Unveröff. soziologische Studie, Universität Leipzig, 16 S.
- Kabisch, Sigrun; Bischoff, Ursula; Linke, Sabine (1993): Unternehmensgründung und Zukunftsperspektive am Industriestandort Espenhain. Soziologische Studie, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig, 27 S.
- Kabisch, Sigrun; Berkner, Andreas (1995): Bergbaubedingte Ortsverlegungen in Mitteldeutschland - Suche nach Sozialverträglichkeit oder unlösbarer sozialer Konflikt? In: Heinritz, Günter; Ossenbrügge, Jürgen; Wiessner, Reinhard (Hrsg.): Raumentwicklung und Sozialverträglichkeit. Verhandlungsband zum 50. Deutschen Geographentag Potsdam 1995, München, S. 130-138.
- Kabisch, Sigrun (1996): Zum Einfluß des Braunkohlebergbaus auf die Siedlungsstrukturen im Südraum Leipzig. In: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e. V. - Vereine und Initiativen in bergbaubetroffenen Regionen, Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Jahrbuch BergbaufolgeLandschaft 1996, Wittenberg, S. 100-105.
- Kabisch, Sigrun; Bischoff, Ursula; Linke, Sabine (1996): Chancen und Risiken der Unternehmen am Industriestandort Espenhain. Auswertung der Unternehmensbefragung 1995, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig, 44 S.
- Kabisch, Sigrun; Ring, Irene; Rink, Dieter (1996): Das ambivalente Erbe der Stadt-Umland-Entwicklung: Der Südraum Leipzig. In: Breuste, Jürgen: Stadtökologie und Stadtentwicklung: Das Beispiel Leipzig. Berlin, S. 87-99.
- Kabisch, Sigrun (1997a): Siedlungsstrukturelle Einschnitte infolge des Braunkohlebergbaus. In: Ring, Irene (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Industrie- und Bergbauregionen - eine Chance für den Südraum Leipzig? Stuttgart, Leipzig, S. 113-137.

- Kabisch, Sigrun (1997b): Wohn- und Gewerbeansiedlungen als Chance für die Revitalisierung eines devastierten Suburbanraumes – Das südliche Umland Leipzigs. In: Breuste, Jürgen (Hrsg.): 2. Leipziger Symposium „Ökologische Aspekte der Suburbanisierung“. In: UFZ-Bericht 7/1997, Leipzig, S. 35-45.
- Kabisch, Sigrun; Funck, Ortrud (1997): Wiedergeburt eines Dorfes in der Bergbaufolgelandschaft – Dreiskau-Muckern. In: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e. V. - Vereine und Initiativen in bergbaubetroffenen Regionen, Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Jahrbuch BergbauFolgeLandschaft 1997, Leipzig, S. 147-154.
- Kabisch, Sigrun (1998): Revitalisierung von Tagebaurandgemeinden – Chancen und Hemmnisse aus Bewohnersicht. Ergebnisbericht einer Befragung im Südraum Leipzig. In: SL Südraum Leipzig GmbH in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Leipzig (Hrsg.): Zukunft Stadt-Land-Landschaft, Ergebnisse des Städtebaulichen Symposiums zur Entwicklung des Südraum Leipzig vom 6. Juli 1998, Leipzig, S. 69-77.
- Kabisch, Sigrun; Bamberg [Steinführer], Annett (1998): Interdependenzen von gebauter, sozialer und natürlicher Umwelt und deren Einfluß auf Wohnzufriedenheit und Seßhaftigkeit. Quartiersbezogene stadtsoziologische Untersuchungen in Leipzig-Stötteritz im Rahmen des Themenschwerpunktes „Sozialräumliche Differenzierung und stadtökologischer Strukturwandel“. UFZ-Bericht 9/1998, Leipzig, 97 S.
- Kabisch, Sigrun; Funck, Ortrud; Linke, Sabine (1998): Wohnqualität in der Bergbaufolgelandschaft. In: Lebensräume. Schwerpunktthema: Forschung in Bergbaufolgelandschaften, Magazin, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Ausgabe 1, Januar 1998, S. 22-23.
- Kabisch, Sigrun; Linke, Sabine; Funck, Ortrud (1998): Revitalisierung von Tagebaurandgemeinden. In: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e. V. - Vereine und Initiativen in bergbaubetroffenen Regionen, Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Jahrbuch BergbauFolgeLandschaft 1998, Leipzig, S. 169-173.
- Kahl, Alice (1979): Zum Verhältnis von Wohnzufriedenheit und Wohnortverbundenheit an neuen Wohnungsbaustandorten in der DDR. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 28. Jg., Heft 4, S. 529-533.
- Kahl, Alice (1995): Soziales Porträt des Neubaugebiets Grünau – 20 Jahre Neubaugebiet Grünau. Bericht im Auftrag der Stadt Leipzig, Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung, Leipzig, 70 S.
- Kapphan, Andreas (1996): Wandel der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. In: Strubelt, Wendelin; Genosko, Joachim; Bertram, Hans; Friedrichs, Jürgen; Gans, Paul; Häußermann, Hartmut; Herlyn, Ulfert; Sahner, Heinz: Städte und Regionen. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Band 5, Opladen, S. 217-253.
- Kattler, Franz (1993): Dorferneuerung und Dorfentwicklung. Wiesbaden, 73 S.
- Katzur, Joachim; Rauhut, Horst (1998): Neue Forschungs- und Planungsansätze sowie Sanierungsbergbau im Lausitzer und Mitteldeutschen Braunkohlerevier. In: Pflug, Wolfram (Hrsg.): Braunkohlentagebau und Rekultivierung. Landschaftsökologie-Folgenutzung-Naturschutz. Berlin, Heidelberg, New York, S. 1021-1029.

- Klaus, Joachim (1975): Freizeitnutzen und wirtschaftsfördernder Wert von Naherholungsprojekten. Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Berlin, 138 S.
- Kleine Volkszeitung Markkleeberg, Zwenkau, Großdeuben, Großpösna, Liebertwolkwitz (abgekürzt: Kl. VZ), Beilage der Leipziger Volkszeitung v. 02.01.1997, 29./30.03.1997, 02.05.1997, 13.06.1997, 06.01.1998, 10.03.1998, 02.02.1999, 23.02.1999, 13.07.1999, 03.09.1999.
- Kniesel, Melanie (1997): Neue Länder - Neue Wege? Geistige Dorfentwicklung in Sachsen: Anspruch und Wirklichkeit. In: Heinritz, Günter; Wießner, Reinhard (Hrsg.): Dorfbewohner als Dorfentwickler. Kommunikative Strategien in der ländlichen Entwicklungsplanung. Münchener Geographische Hefte, Heft 75, Passau, S. 9-28.
- Königlich Statistisches Landesamt (Hrsg.) (1902): Zeitschrift des Königlich Statistischen Landesamtes, 30. Jg.
- Königlich Statistisches Landesamt (Hrsg.) (1905): Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen. 33. Jg., Dresden, S. 13.
- Königlich Statistisches Landesamt (Hrsg.) (1907): Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen. 35. Jg., Dresden, S. 13.
- Kreibich, Barbara; Kreibich, Volker; Ruhl, Gernot (1989): Vom Funktionsraum zum Aktionsraum. Wissenschaftliche Grundlagen für eine Modernisierung der Infrastruktur- und Regionalplanung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 1, S. 51-71.
- Kretschmer, Kerstin (1996): Tradition versus Industrialisierung. Die Freiherren von Friesen auf Rötha und der Braunkohlebergbau (1900–1945). In: Sächsische Heimatblätter 42, S. 97–101.
- Kretschmer, Kerstin (1998): Braunkohle und Umwelt: Zur Geschichte des nordwest-sächsischen Kohlereviere (1900-1945). Frankfurt a. M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 246 S.
- Krönert, Rudolf (1995): Ökologischer Handlungsbedarf zur Sicherung der Mehrfachnutzung im Raum Leipzig-Halle. In: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht, Heft 4, S. 163-173.
- Krummsdorf, Albrecht; Grümmner, Gerhard (1981): Landschaft vom Reißbrett. Leipzig, Jena, Berlin, 196 S.
- Krupp, Hans-Jürgen (1979): Probleme der Messung von Einkommen und Vermögen als Hintergrundmerkmale für allgemeine Bevölkerungsumfragen. In: Pappi, Franz Urban (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten. Königstein/Ts., S. 207-215.
- Kunst, Friedemann (1989): Infrastruktur im ländlichen Raum unter den Bedingungen funktionsräumlicher Maßstabsvergrößerungen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 1, S. 39-50.
- Kunze, Ronald; Schmidt, Holger (1994): Die Revitalisierung von Halle-Neustadt als Beispiel für den Umgang mit der Substanz der Plattensiedlungen der DDR. In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen und Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1994. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen, Berlin, S. 205-222.

- Kunze, Ronald (1997): Zur planerischen Erneuerung der industriellen Hinterlassenschaft im Südraum Leipzig. In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen und dem Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1997, Berlin, S. 103-114.
- Kutscher, Joachim (1995): Die Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) zur „Sanierung und ökologischen Gestaltung der Landschaften des Braunkohlebergbaus in den neuen Bundesländern“. In: Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz, 4. Jg., Heft 3, S. 173-175.
- Landratsamt Leipzig (Hrsg.) (o. J.): Städte und Gemeinden im Landkreis Leipzig. Leipzig, 59 S.
- Landschaftsplan Rötha – Vorentwurf (1991). Erarbeitet durch das Büro Schmelzer (Büro für Stadtplanung).
- Lehmann, Rudolf (1997): Das Engagement der LMBV für die Revitalisierung. In: ARGOS Sonderausgabe Braunkohle. Wirtschafts- und Regionalmagazin Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, S. 6-10.
- Leser, Hartmut; Haas, Hans-Dieter; Mosimann, Thomas; Paesler, Reinhard (Hrsg.) (1985): Diercke-Wörterbuch der Allgemeinen Geographie. München, Braunschweig, Band 2, 421 S.
- LMBV Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (Hrsg.) (1995): Rehabilitation des Wasserhaushaltes im Braunkohlerevier Mitteldeutschland. Berlin.
- LMBV Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (Hrsg.) (o. J.): Sanierungstagebau Espenhain. Borna.
- LMBV Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (Hrsg.) (1996): Veredlungsstandort Espenhain 1938-1996. Leipzig, 71 S.
- Löffler, Fritz (1974): Die Stadtkirchen in Sachsen. Berlin.
- Lotzmann, Edith (1990): Territoriale Auswirkungen des großflächigen Braunkohlebergbaus im Bezirk Cottbus bei besonderer Beachtung der Siedlungsstruktur. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn, Heft 4/5, S. 255-272.
- LVZ Leipziger Volkszeitung v. 14.11.1997, 11.02.1999.
- Markkleeberger Stadtnachrichten - Amts- und Mitteilungsblatt der Stadt Markkleeberg und der Gemeinde Großdeuben, 7.-10. Jg.
- Mayer, Sebastian (1997): Bürgerbeteiligung bei der Dorferneuerung - Erfahrungen aus der Vorlaufphase. In: Heinritz, Günter; Wießner, Reinhard (Hrsg.): Dorfbewohner als Dorfentwickler. Kommunikative Strategien in der ländlichen Entwicklungsplanung. Münchener Geographische Hefte, Heft 75, Passau, S. 103-126.
- Mayr, Martha (1997): Regionalorientierung und Dorfbezogenheit bei Jugendlichen - untersucht am Beispiel der „Auerberg-Gemeinden“. In: Heinritz, Günter; Wießner, Reinhard (Hrsg.): Dorfbewohner als Dorfentwickler. Kommunikative Strategien in der ländlichen Entwicklungsplanung. Münchener Geographische Hefte, Heft 75, Passau, S. 29-62.
- MBV Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (1994): Abschlußbetriebsplan Tagebau Espenhain vom 30.6.1994.
- MBV Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (Hrsg.) (1995): Bergbaufolgelandschaft: Tagebau Espenhain. Bitterfeld.

- Mitteldeutsche Straße der Braunkohle e. V. (Hrsg.) (1998): Straße der Braunkohle. 22 Stationen. Leipzig, 78 S.
- Mühlnickel, Rainer (1995): Plädoyer für die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. In: Agrarsoziale Gesellschaft e. V. (Hrsg.): Dorf- und Regionalentwicklung in den neuen Bundesländern, Beiträge aus der Praxis, Göttingen, S. 65-77.
- Müller, Reinhard; Süß, Birgit (1996): Ausgewählte Rechtsfragen in bezug auf die Sanierung von Braunkohlentagebaugebieten in den neuen Bundesländern. In: UFZ-Bericht 7/1996, Leipzig, 61 S.
- NABU Kreisverband Leipzig im Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Sachsen e.V. (Hrsg.) (1994): Natur und Naturschutz im Raum Leipzig, Teil I, Leipzig.
- Niemeyer, Frank; Voit Hermann (1995): Lebensformen der Bevölkerung 1993. In: Wirtschaft und Statistik, 6. Jg., S. 437-445.
- Öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Störmthal/Güldengossa v. 19.03.1997.
- Offhaus, Kurt (1975): Folgerungen für die Praxis aus den Ausführungen über Wasser für die Erholungslandschaft. In: Wasser für die Erholungslandschaft. Münchener Beiträge zur Abwasser-, Fischerei- und Flußbiologie, München, Wien, S. 325-329.
- Ortschronik Güldengossa (Recherchiert und geschrieben 1995/96), erarbeitet von: Rother, Monika unter Mitarbeit von Ernst, Martha; Holze, Ingeborg; Rühle, Anneliese; Scholz, Günther. ABW Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Weiterbildung mbH - Leipzig.
- Plötz, Werner (Hrsg.) (1996): '96/97 Immobilienführer Leipzig/Halle und Umgebung. Presseverlag Werner Plötz in Zusammenarbeit mit Leipziger Volkszeitung und Mitteldeutsche Zeitung, Berlin.
- Pohle, Michael (1997): Mit dem Wachstum umgehen: Strategien im Umland. In: Mensing, Klaus; Thaler, Andreas (Hrsg.): Stadt, Umland, Region: Entwicklungsdynamik und Handlungsstrategien: Hamburg, Bremen, Hannover. Berlin, S. 45-55.
- Pro Leipzig e. V. in Zusammenarbeit mit dem „Städtebaulichen Modellvorhaben Bornaer Pleißeland“ sowie den beteiligten Gemeinden (Hrsg.) (1994): Das Bornaer Pleißeland. Zerstörung und Neuanfang. Leipzig, 256 S.
- Rammner, Peter (1998): Gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte der Sanierung/Rekultivierung des ost-/mitteldeutschen Braunkohlebergbaus. In: Braunkohle. Surface Mining. 50 (1998) Nr. 6 November/Dezember, S. 569-574.
- Rat des Bezirkes Leipzig (1986): Komplexe Wahrnehmung der Verantwortung der örtlichen Staatsorgane zur Vorbereitung und Durchführung der bergbaulichen Inanspruchnahme von Siedlungen im Bezirk Leipzig. Beschluß des Rates des Bezirkes Nr. 266/86 vom 19.12.1986 (zitiert in der Kurzform RdB 1986).
- Regionaler Planungsverband Westsachsen (Hrsg.) (1996a): Braunkohlenplan als Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Espenhain. Regionale Planungsstelle, Planfassung entsprechend dem Satzungsbeschluß vom 11.10.1996 mit Einarbeitung der Maßgaben entsprechend Anlage zum Beschluß Nr. II VV 09/02a/1996, Redaktionsschluß: 10.12.1996.
- Regionaler Planungsverband Westsachsen (Hrsg.) (1996b): Regionalplan Westsachsen, Entwurf für die Beteiligung nach der Ausarbeitung gemäß § 7(4) SächsLPiG, am 09.08.1996, Grimma.

- Regionaler Planungsverband Westsachsen (Hrsg.) (1996c): Regionalplanung in Westsachsen. Grimma.
- Regionaler Planungsverband Westsachsen (1997): Braunkohlenplan als Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Zwenkau, Planfassung entsprechend dem Satzungsbeschluß vom 28.2.1997.
- Regionaler Planungsverband Westsachsen, Regionale Planungsstelle (1997): Braunkohlenplan als Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Witznitz. Leipzig.
- Regionaler Planungsverband Westsachsen, Regionale Planungsstelle (1998a): Braunkohlenplan als Sanierungsrahmenplan Tagebau Espenhain. Eintritt der Verbindlichkeit gemäß § 9(2) SächsLPlG am 8.8.1998.
- Regionaler Planungsverband Westsachsen (Hrsg.) (1998b): Braunkohlenplanung in Westsachsen. Baalsdorf, 80 S.
- Regionaler Planungsverband Westsachsen, Ergebnisprotokolle der Sitzungen der Arbeitsgruppe zur Schaffung der fachlichen Grundlagen für die Fortschreibung des Braunkohlenplanes als Sanierungsrahmenplan für den Tagebau Espenhain vom 24.4.98, 5.6.98, 17.7.98, 18.9.98, 6.11.98, 15.1.99, 19.3.99, 7.5.99, 2.7.99.
- Reuber, Paul (1992): Ortsbindung in Köln am Beispiel ausgewählter Stadtviertel. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Band 66, Heft 1, S. 87-100.
- Roch, Isolde; Leimbrock, Holger; Mathey, Juliane; Siegel, Bernd; Wirth, Peter (1998): Raumentwicklung und Nachhaltigkeit in Ostdeutschland – Entwicklungstendenzen, Konfliktfelder und Gestaltungsmöglichkeiten - In: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung. 11. Jg., Heft 3/4, S. 522-631.
- Rommelspacher, Thomas (1997): Die Bedeutung der lokalen Ökonomien für die städtische Wirtschaftsstruktur und -entwicklung. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund, S. 11-14.
- rundschau Großpösna, Seifertshain, Störmthal, Güldengossa. Nr. 53/1996, 54/1996.
- rundschau. Amtsblatt der Gemeinde Großpösna, 7. Jg., Ausgabe 11/97; 8. Jg., Ausgabe 4/98, 6/98; 9. Jg., Ausgabe 4/99, 5/99.
- Sächsishe Staatskanzlei (Hrsg.) (1992): Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz - SächsLPlG) vom 24. Juni 1992. Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Nr. 21/1992, Dresden, 29. Juni 1992, 2B 12109 B, S. 259-268.
- Sächsisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (1936): Gemeindeverzeichnis für das Land Sachsen 1933. Dresden.
- Sächsisches Umweltministerium für Umwelt und Landesentwicklung (Hrsg.) (1994): Landesentwicklungsplan Sachsen 1994. Dresden.
- Scarbata, Frank (1995): Feierabend in Espenhain. In: zeitlupe 5/95, S. 18/19.
- Schäfer, Rudolf; Stricker, Hans-Joachim; Soest, Daniela v. (1992): Kleinstädte und Dörfer in den neuen Bundesländern - Aufgaben für die städtebauliche Erneuerung. Göttingen, Schriftenreihe des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heft 48.
- Schlesinger, Walter (Hrsg.) (1990): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Bd. 8: Sachsen, unveränd. Neudruck der 1. Aufl. von 1965, Stuttgart.

- Schmidt, Birgit (1994): Siedlungserneuerung in Ostdeutschland und ihre Akteure. Der Fall der Siedlung Zschornewitz. In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen und Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1994. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen, Berlin, S. 223-233.
- Schnell, Rainer; Hill, Paul; Esser, Elke (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung, 5. überarb. Aufl., München, Wien, 506 S.
- Schramm, Engelbert (1995): Dezentrale Kreisläufe - Baustein für eine urban-ökologische Wasserpolitik. In: Forschungsprojekt Wasserkreislauf und urban-ökologische Entwicklung. (Hrsg.): WasserKultur, Urbanität - Technik - Ökologie. Espenau-Mönchehof, Nr. 4, Mai 1995, S. 4-10.
- Schulze-Fielitz, H. (1979): Sozialplanung im Städtebaurecht. Königstein/Ts.
- Schumann, August (1822): Vollständiges Staats-, Post- und Zeitungslexikon von Sachsen. Bd. 9, Zwickau.
- Schwaighofer, Cyriak (1992): Neue Identität über Dorferneuerung und/oder Regionalkultur? In: Dachs, Herbert (Hrsg.): Das gefährdete Dorf. Grundsätzliches zur Dorferneuerung. Erfahrungen am Beispiel Salzburg. Schriftenreihe des Landespressebüros Salzburg, Serie Sonderpublikationen Nr. 99, Salzburg und Wien, S. 175-183.
- Schwarz, Robert (1998): Glück auf! Eine Analyse der dörflichen Lebenswelt um den Bayerischen Rigi. Diplomarbeit, Technische Universität München, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Geographisches Institut.
- Schweizer, Günther (1992): Heimat in der Großstadt: Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur räumlichen Bindung im Verdichtungsraum und seinem Umland. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 66, Heft 1, S. 138-140.
- Serbser, Wolfgang (1998): Zukunftsgestaltung am Rande der Bergbaufolgelandschaft - Chancen der Vielfalt in einem demokratischen Planungsprozeß. In: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e. V. - Vereine und Initiativen in bergbaubetroffenen Regionen, Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Jahrbuch BergbauFolgeLandschaft 1998, Leipzig, S. 174-177.
- Skur, A. (o. J.): Aus der Geschichte von Dreiskau und Muckern, o. O.
- SL Südraum Leipzig GmbH in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Leipzig (Hrsg.) (1998): Zukunft Stadt-Land-Landschaft. Ergebnisse des Städtebaulichen Symposiums zur Entwicklung des Südraum Leipzig vom 6. Juli 1998, Leipzig, 84 S.
- SML Sächsisches Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten (1993): Aktionsprogramm Ländlicher Raum: Dorfentwicklung, Land- und Forstwirtschaft in Braunkohlenlandschaften, Dresden.
- SMU Sächsisches Staatsministerium für Umwelt- und Landesentwicklung (1994): Landesentwicklungsplan, Dresden.
- Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.) (1998): Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sozialreport, Sonderheft 1+2.
- Sperling, Wolfgang (1995): Zur Geschichte des Dorfes Mölbis. In: Gemeinde Mölbis in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha e. V. und Pro Leipzig e. V. (Hrsg.): Mölbis. „Unsere Zukunft hat schon begonnen!“ SÜDRAUMjournal 1, Leipzig, Mölbis, S. 5-21.

- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Leipzig (Hrsg.) (1981): Statistisches Jahrbuch 1981. Bezirk Leipzig.
- Stadtentwicklungskonzeption Rötha (1993). GEWOS-Studie zur Stadtentwicklung.
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (1997): Bürgerumfrage 1997 - Ergebnisübersicht, Leipzig.
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (1998): Statistisches Jahrbuch 1998, Leipzig.
- Stadt Markkleeberg (o. J.): Chronik der Stadt Markkleeberg. Unveröffentlicht.
- Stadt Markkleeberg (1994): Verkehrsuntersuchung, bearbeitet von Obermeyer Albis-Bauplan, Institut für Verkehrsplanung München, Band 2, Juli 1994.
- Stadt Markkleeberg (1995): Gewerbeverzeichnis für die Stadt Markkleeberg, Februar 1995.
- Stadt Markkleeberg (1996): Karte und Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan (Entwurf), Oktober 1996.
- Stadt Markkleeberg (1997): Entwicklungszielplan für den Markkleeberger See, bearbeitet von ÖKOplan GmbH, Juni 1997.
- Stadt Markkleeberg, Gemeinde Großpösna, Gemeinde Großdeuben (1997): Landschaftsplanerische Vorgaben für die Trassierung der geplanten BAB 38 im Bereich der Bergbaufolgelandschaft des Tagebaus Espenhain (Entwurf), erarbeitet von Ökoplan GmbH im Auftrag der Stadt Markkleeberg und der Gemeinden Großdeuben und Großpösna, August 1997.
- Stadt Markkleeberg, Einwohnermeldeamt (1998): Angaben zu Einwohnerzahlen auf Ortsteilebene, im Auftrag des UFZ.
- Statistischer Jahresbericht 1956, Bezirk Leipzig. Berlin 1957.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1999): Demographische Standards. Eine gemeinsame Empfehlung des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI) und des Statistischen Bundesamtes, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden, 94 S.
- Statistisches Jahrbuch 1970, Bezirk Leipzig. Leipzig, o. J.
- Statistisches Jahrbuch des Freistaates Sachsen 1992–1998. Kamenz 1993–1999.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (1992): Verzeichnis der Gemeinden im Freistaat Sachsen. Dresden, März 1992.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (1992): Verzeichnis der Gemeinden im Freistaat Sachsen. Dresden, Dezember 1992.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (1993): Verzeichnis der Gemeinden im Freistaat Sachsen. Kamenz, Juli 1993.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (1994): Strukturdaten des Landkreises Leipziger Land nach Gemeinden 1993. Sonderheft, Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (1996): Statistische Berichte. Realsteuervergleich für den Freistaat Sachsen 1995. Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (1996): Sächsische Gemeindestatistik - Ausgewählte Strukturdaten, Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (1997): Gebäude- und Wohnungszählung im Freistaat Sachsen am 30. September 1995. Unveröff. Sonderauswertung im Auftrag des UFZ für die Untersuchungsgemeinden auf Ortsteilebene, Kamenz.

- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (1997): Statistisches Jahrbuch Sachsen 1997, Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (1998): Ausgewählte Strukturdaten für die Randgemeinden des Tagebaus Espenhain. Unveröff. Sonderauswertung im Auftrag des UFZ, Kamenz.
- Stein, Brigitte (Hrsg.) (1992): Festschrift zur 975-Jahrfeier von Großdeuben. Hrsg. im Auftrag des Festkomitees, Juni 1992.
- Steinbach, Brigitte; Großert, Hansjörg (1995): Die Arbeit des Christlichen Umweltseminars Rötha. In: Gemeinde Mölbis in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha e. V. und Pro Leipzig e. V. (Hrsg.): Mölbis. „Unsere Zukunft hat schon begonnen!“ SÜDRAUMjournal 1, Leipzig, Mölbis, S. 26-37.
- Steinmetz, Richard (1992): Schematische Gegenüberstellung von Schaufelrad-Bagger/Band/Absetzer-Betrieb und Förderbrückenbetrieb bei der Abraumgewinnung und -verkipfung in Braunkohlentagebauen. In: Braunkohle, Heft 3, S. 5-7.
- Steuerungs- und Budgetausschuß für die Braunkohlensanierung, Geschäftsstelle (1999): Braunkohlensanierung in den neuen Bundesländern. Bericht.
- Stierand, Rainer; Serbser, Wolfgang; Zong, Y. (1998): Sozioökonomische Bedingungen und Ziele bei der Gestaltung naturnaher Bereiche im Lausitzer Braunkohlerevier. In: Verbundvorhaben Niederlausitzer Bergbaufolgelandschaft: Erarbeitung von Leitbildern für die verantwortliche Gestaltung und nachhaltige Entwicklung ihrer naturnahen Bereiche (LENAB), im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunktes „Sanierung und ökologische Gestaltung der Landschaften des Braunkohlebergbaus in den neuen Bundesländern“, Abschlußbericht, unveröff.
- Strukturdaten des Landkreises Leipziger Land. In: Leipziger Statistik: Statistische Berichte II. Quartal 1994, S. 7-15.
- Täube, Claudia (1997): Ansätze für eine frauengerechte Dorferneuerungsplanung: Ergebnisse einer Lebensweltanalyse von Frauen auf dem Land. In: Heinritz, Günter; Wießner, Reinhard (Hrsg.): Dorfbewohner als Dorfentwickler. Kommunikative Strategien in der ländlichen Entwicklungsplanung. Münchener Geographische Hefte, Heft 75, Passau, S. 63-102.
- Treinen, Heiner (1974): Symbolische Ortsbezogenheit. In: Atteslander, Peter und Bernd Hamm (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln, S. 234-259.
- Verein „Verlorene Orte“ e. V. (Hrsg.) (1996): Ausstellungskatalog zu „Verlorene Orte im Espenhainer Tagebau“. Gemeinde Thümmnitzwalde, OT Ostrau.
- Verein „Verlorene Orte“ e. V. (Hrsg.) (1996): Ausstellungskatalog zu „Verlorene Orte im Zwenkauer/Cospudener Tagebau“, Gemeinde Thümmnitzwalde, OT Ostrau.
- Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der BAB 38 Südumgehung Leipzig, Großpösna/Liebertwolkwitz vom 11.04.97. Regierungspräsidium Leipzig.
- Verwaltungsgemeinschaft Rötha, Espenhain, Mölbis (1998): Gemeinsamer Landschaftsplan – Entwurf (Stand April 1998). Erläuterungsbericht zum gemeinsamen Flächennutzungsplan, Rötha: Büro für Stadtplanung.
- Weiss, Günter (1993): Heimat vor den Toren der Großstadt. Eine sozialgeographische Studie zu raumbezogener Bindung und Bewertung in Randgebieten des Verdichtungsraums am Beispiel des Umlandes von Köln. Kölner Geographische Arbeiten, Heft 59, Köln.

- Wiegleb, Gerhard (1995): Naturschutzziele in der Bergbaufolgelandschaft - Einführung in das Thema des Workshops. In: Tagungsband, Naturschutzziele in der Bergbaufolgelandschaft, BTUC-UW 7/95, S. 6-11.
- Wiegleb, Gerhard; Bröring, Udo; Mrzljak, Jadranka; Schulz, Friederike (2000): Naturschutz in Bergbaufolgelandschaften: Landschaftsanalyse und Leitbildentwicklung. Heidelberg, 381 S.
- Willms, Beate; Staude, Jörg (1994): Die letzten Tage von Espenhain. In: zeitlupe, Nr. 11, S. 9.
- Wirth, Andrea (1990): Bewahrung lokalen Bewußtseins bei Umsiedlungsmaßnahmen im rheinischen Braunkohlerevier. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Heft 1, Bd. 64, S. 157-173.
- Wittenberg, Reinhard (1991): Grundlagen computerunterstützter Datenanalyse. Handbuch für computerunterstützte Datenanalyse, Band 1, Stuttgart, 223 S.
- Wittenberg, Reinhard; Cramer, Hans (1998): Datenanalyse mit SPSS für Windows 95/NT. Handbuch für computerunterstützte Datenanalyse, Band 9, Stuttgart, 325 S.
- Wolf, Christof (1995): Sozioökonomischer Status und berufliches Prestige. Ein kleines Kompendium sozialwissenschaftlicher Skalen auf Basis der beruflichen Stellung und Tätigkeit. In: ZUMA-Nachrichten, Heft 37, 19. Jg., S. 102-136.
- Zimmer, Annette (1992): Vereine heute – zwischen Innovation und Tradition. Basel, Boston, Berlin, 300 S.